98-84465- 3

Walter, Emil Jakob

Der Kapitalismus

Zürich

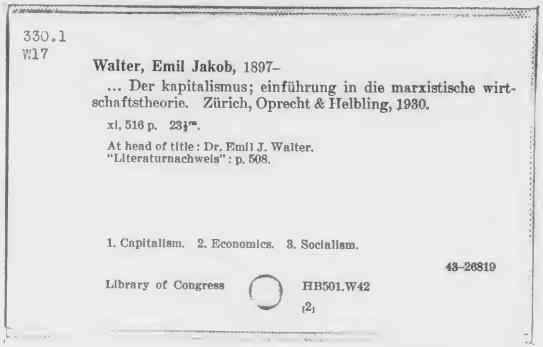
1930

98-84465-3
MASTER NEGATIVE #

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
PRESERVATION DIVISION

BIBLIOGRAPHIC MICROFORM TARGET

ORIGINAL MATERIAL AS FILMED -- EXISTING BIBLIOGRAPHIC RECORD



330.1
W17

Walter, Emil Jakob, 1897–

... Der kapitalismus; einführung in die marxistische wirtschaftstheorie. Zürich, Oprecht & Helbling, 1930.

xi, 516 p. 23½ᶜᵐ.

At head of title: Dr. Emil J. Walter.
"Literaturnachweis": p. 508.

1. Capitalism. 2. Economics. 3. Socialism.

43-26819

Library of Congress HB501.W42
[2]

RESTRICTIONS ON USE: *Reproductions may not be made without permission from Columbia University Libraries.*

TECHNICAL MICROFORM DATA

FILM SIZE: 35 mm REDUCTION RATIO: 12:1 IMAGE PLACEMENT: IA (IIA) IB IIB

DATE FILMED: 11/23/98 INITIALS: LL

TRACKING #: 33466

FILMED BY PRESERVATION RESOURCES, BETHLEHEM, PA.

BIBLIOGRAPHIC IRREGULARITIES

MAIN ENTRY: Walter, Emil Jakob

Der Kapitalismus

Bibliographic Irregularities in the Original Document:

List all volumes and pages affected; include name of institution if filming borrowed text.

____ Page(s) missing/not available:

____ Volume(s) missing/not available:

____ Illegible and/or damaged page(s)

____ Page(s) or volume(s) misnumbered:

____ Bound out of sequence:

____ Page(s) or volume(s) filmed from copy borrowed from:

X Other: inside front cover - picture partially obscured by Columbia University book plate

____ Inserted material:

TRACKING #: MSH33466

2.0 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

1.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

PM-MGP
METRIC GENERAL PURPOSE TARGET
PHOTOGRAPHIC

200 mm

150 mm

100 mm

A3

A4

A5

1.0

1.1

1.25

1.4

1.6

1.8

2.0

2.2

2.5

2.8

3.2

3.6

4.0

4.5

5.0

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

1.0 mm

1.5 mm

2.0 mm

2.5 mm

PRECISION℠ RESOLUTION TARGETS

A & P International
612/854-0088 FAX 612/854-0482
8030 Old Cedar Ave. So., Ste. #215
Bloomington, MN 55425

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz
1234567890

4.5 mm

3.5 mm

ABCDEFGHIJKLMNOPQRSTUVWXYZ
abcdefghijklmnopqrstuvwxyz1234567890

EMIL J. WALTER

DER KAPITALISMUS

Columbia University
in the City of New York

THE LIBRARIES

03

Haupt-Archiv
der NSDAP.
Nr.

INTENTIONAL SECOND EXPOSURE

244

DR. EMIL J. WALTER

DER KAPITALISMUS

EINFÜHRUNG IN DIE MARXISTISCHE WIRTSCHAFTSTHEORIE

ZÜRICH 1930
VERLAG FÜR SOZIALWISSENSCHAFT DR. OPRECHT & HELBLING

Haupt-Archiv
der NSDAP.
Nr.

LCCAP

AUG 1 5 1947

330 1
W17

Alle Rechte,
auch das der Uebersetzung vorbehalten.

Copyright 1930 by
Verlag für Sozialwissenschaft
Oprecht & Helbling
Zürich.

W520
1065

3
Copy
6
18
47

Haupt-Archiv
der NSDAP.
Nr. .....

Dem Andenken von

HERMAN GREULICH

dem grossen Führer der schweizerischen Arbeiterschaft

1842–1925

Inhaltsverzeichnis.

Seite

Vorwort IX

I. Einleitung. 1

§ 1. Dialektische Erkenntnistheorie 2
§ 2. Die materialistische Geschichtsauffassung . . . 5

II. Das Wesen der Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft.

§ 3. Wirtschaftliche Grundbegriffe 19
§ 4. Methoden und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft 32
§ 5. Die Hülfswissenschaft der Wirtschaftswissenschaft 34

III. Wirtschaftstheorie.

A. Theorie des Kapitals.

§ 6. Wert-, Geld- und Preistheorie 37
(Die Ware. Wertgesetz und Produktionspreisgesetz. Das Tauschgesetz der einfachen Warenproduktion. Die Entwicklung des Tausches. Das Geldwesen. Der Markt.)

§ 7. Der Produktionsprozeß 53
(Einteilung der Güter. Technisches, soziales, wirtschaftliches Nutzprinzip. Arbeitsteilung. Die verschiedenen Produktionszweige. Natürliche und soziale Produktionsbedingungen.)

§ 8. Theorie der Mehrarbeit und der Mehrwertbildung 61
(Mehrarbeit als Grundlage der Zivilisation. Die Sklaverei. Notwendige Arbeit. Die Umwandlung der Mehrarbeit in Mehrwert. Verwandlung des Handwerkerlohnes in Arbeitslohn und Mehrwert. Arbeitslohn, Mehrwert und Profit.)

§ 9. Theorie des kapitalistischen Produktionsprozesses 76
1. Die Produktion des Mehrwertes (Veränderliches und unveränderliches Kapital. Mehrwertrate. Profitrate. Organische Zusammensetzung des Kapitals. Arbeitszeit. Arbeitsintensität. Taglohn. Akkordlohn. Taylorismus). 2. Die Organisation des Produktionsprozesses (Betriebsorganisation. Optimale Betriebsgröße. Gesellschaften). 3. Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung. (Die Konzentration des Kapitals: In der Industrie, in der Landwirtschaft).

Seite

§ 10. Theorie des kapitalistischen Zirkulationsprozesses 104
(Gläubiger und Schuldner. Geldkapital, Warenkapital, Produktionskapital. Der Einfluß der Umschlagszeit auf den Kapitalvorschuß. Berechnung des Verkaufspreises. Das industrielle Kapital. Produktive Konsumation, individuelle Konsumation. Produktionszeit, Umlaufszeit, Umschlagszeit.)

§ 11. Der Reproduktionsprozeß des Kapitals . . . 129
(Die statischen Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses. Die Reproduktion des Kapitalverhältnisses.)

§ 12. Der kapitalistische Akkumulationsprozeß . . . 138
(Die Akkumulation des Individualkapitals. Die gesellschaftliche Akkumulation. Die dynamischen Gleichgewichtsbedingungen der kapitalistischen Wirtschaft. Die Theorie von Rosa Luxemburg. Industrielle Reservearmee. Die Verschärfung der Klassengegensätze. Die Vermögensverteilung.)

§ 13. Die Konkurrenz 166
(Profitrate und organische Zusammensetzung des Kapitals. Durchschnittsprofitrate. Die historischen Modifikationen des Wertgesetzes. Produktionspreis. Das Gesetz der Konkurrenz. Die Preisbildung des Marktes. Angebot und Nachfrage. Die Bestimmung der Produktionspreise. Grenznutzen.)

§ 14. Arbeitswert- und Grenznutzentheorie 193
(Die Grenznutzentheorie als Versuch antisozialistischer Wirtschaftswissenschaft. Der Marxismus als Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft. Böhm-Bawerk. Das Gesetz von Gossen. Der Grenznutzen. Substitutionsprinzip. Liefmann, Cassel, Lederer. Monopolpreise. Arbeitswert- und Grenznutzentheorie.)

§ 15. Das Handelskapital 223
(Die Abspaltung des Zirkulationskapitals vom Produktionskapital. Der kommerzielle Profit.)

§ 16. Die Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn, die Bildung der Grundrente . . . 231
1. Die Entstehung des Zinses. (Das Leihkapital. Zins, Unternehmergewinn. Die theoretische Rate des Zinsfußes. Fiktives Kapital.) 2. Die Entstehung der Grundrente. (Das Grundeigentum. Naturalrente. Geldrente. Fruchtbarkeitsrente. Anlagerente). 3. Die absolute Bodenrente (Absolute Grundrente. Baustellen- und Bergwerksrente. Kornrente, Selbständigkeitsrente. Grundbesitz und Grundeigentum).

Seite

§ 17. Das Kredit-, Bank- und Börsenwesen 267
(Devisenhandel. Arbitrage. Der Kredit. Der Wechsel. Der Wechseldiskont. Bankgeschäfte. Zahlungsverkehr. Banken. Börsen. Effektenhandel. Termingeschäfte. Börsenkurse. Die Notwendigkeit der Börse.)

§ 18. Die Krise 289
1. Die kapitalistische Krise. (Merkmale der Krise.) 2. Zur Geschichte der Wirtschaftskrisen. (Uebersicht. Die Law'sche Krise. Die Krise von 1907. Die Krise von 1921.) 3. Zur Theorie der Krise. (Die Krise Folge 1. des Falles der Profitrate. 2. der Schranken des Akkumulationsprozesses. Die Disproportionalitäten der Produktion. Die Dauer des Aufschwunges.)

§ 19. Der Frühkapitalismus 336
(Vorkapitalistische Produktion. Wucherkapital. Kaufmannskapital. Vom Handwerk zur Manufaktur. Die ursprüngliche Akkumulation).

§ 20. Der Industriekapitalismus 365
(Die Entwicklung der Maschinerie. Die Entstehung der Fabrik. Die Lage des englischen Fabrikproletariates. Die industrielle Entwicklung Englands.)

§ 21. Der Finanzkapitalismus 402
1. Die ökonomischen Elemente des Kapitalismus. 2. Vom Produktionspreis zum Monopolpreis (Transportrente. Patentrente. Kartellrente. Schutzzoll. Virtuelle Konkurrenz). 3. Organisationsformen des Monopolkapitalismus (Kartelle. Trusts. Syndikate. Finanzierungsgesellschaften. Dumpingsystem. Beispiele). 4. Finanzkapital (Kapitalkredit. Kreditrente. Entwicklung des Bankwesens). 5. Börse, Aktiengesellschaft und die geschichtliche Tendenz des Finanzkapitals.

§ 22. Vom Merkantilismus zum Marxismus 461
(Klassische Nationalökonomie. Historische Schule. Oestereichische Schule. Mathematische Schule. Zerfall der bürgerlichen Nationalökonomie. Der Marxismus.)

§ 23. Der Imperialismus 472
(Begriff und Theorien des Imperialismus. Kolonialpolitik und Kapitalexport.)

B. Der Sozialismus.

§ 24. Probleme der sozialistischen Wirtschaftspolitik . 494
(Sozialismus als wissenschaftliche Praxis. Das ökonomische Ziel des proletarischen Klassenkampfes: Beseitigung des

Seite

Grundeigentums, Verstaatlichung des Kreditwesens. Die Bedeutung der Altersversicherung. Die Ausschaltung des Rentenkapitals. Produktionspolitik. Patentwesen. Beamtenrecht. Wirtschaftsräte. Der Sozialismus als Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit. Die Vereinigten Staaten von Europa.)

Literaturnachweis 508

Namen- und Sachverzeichnis 509

Vorwort.

Die marxistische Literatur besitzt eine empfindliche Lücke. Es existiert kein einziges Werk mittleren Umfanges, welches systematisch in die volkswirtschaftliche Theorie von Karl Marx einführt. Dieser Mangel der marxistischen Literatur ist umso fühlbarer, als gerade im gegenwärtigen Entwicklungsstadium der sozialistischen Bewegung die Gewinnung der Intellektuellen für die Sache des Sozialismus mehr und mehr zur Grundlage des Fortschreitens der sozialistischen Bewegung wird. Um in das System der marxistischen Nationalökonomie einzudringen, kann man kaum jedermann zumuten, nicht nur die drei dicken Bände des «Kapitals», sondern auch noch das «Finanzkapital» von Hilferding und den «Akkumulationsprozeß des Kapitals» von Rosa Luxemburg, ganz abgesehen von kleineren Schriften, durchzuarbeiten. Daher stellt sich die vorliegende Arbeit die Aufgabe, diese Lücke durch eine systematische Einführung in die marxistische Wirtschaftswissenschaft zu schließen.

Wir hoffen, daß es uns gelungen ist, die marxistische Theorie nicht nur übersichtlich, sondern auch anschaulich zu entwickeln. Wir haben versucht, die Darstellung so einfach und so lesbar als möglich zu gestalten; auf eine fremdwortreiche Ausdrucksweise haben wir umso eher verzichtet, als sie die Klarheit eines Gedankenganges nur verdunkeln kann. Leider gilt auch heute noch für manche Kreise die Feststellung, daß eine Arbeit umso höher bewertet wird, je fremdwortreicher sie geschrieben ist. Auseinandersetzungen mit modernen Anschauungen, wie der Grenznutzenlehre waren nicht zu vermeiden, doch haben wir sie auf ein Minimum zu beschränken versucht.

Wo wir uns veranlaßt gesehen haben, von Marx in Einzelheiten abzuweichen, geschah dies aus dem Bestreben heraus, die marxistische Theorie zu einem einheitlichen, den modernen Wirtschafts-

verhältnissen angepaßten System auszubauen. Als wesentliche Erweiterungen der marxistischen Theorie möchten wir die konsequent innegehaltene Parallelisierung der theoretischen Ableitung der Tauschgesetze mit der historischen Entwicklung (siehe bes. §§ 6, 13, 14), die Darstellung der Umwandlung der Mehrarbeit in Mehrwert (§ 8), die Gegenüberstellung von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie (§ 14), die mathematische Fixierung der Rate des Zinsfußes (§ 16) und die Theorie der Monopolpreise (§ 21) betrachten. Diesen Versuchen, über Marx hinauszugehen, ist die Absicht gemeinsam, die Erweiterung der marxistischen Theorie dem System des Marxismus organisch und widerspruchsfrei einzufügen. Das einigende Band der marxistischen Schule kann nicht der starre Dogmatismus des Buchstabenglaubens, sondern bloß die gemeinsame Grundlage der marxistischen Methode sein.

In den einleitenden philosophischen Abschnitten konnten wir nur auf die allgemeinsten Beziehungen der marxistischen Dialektik zur modernen Erkenntnistheorie verweisen. Angesichts der Umstellung der Philosophie, die sich im Anschluß an die gewaltige Ausweitung des physikalischen Erkenntnisgebietes durch Relativitätstheorie und Quantenmechanik vollzieht, beginnt sich eine neue Art des Philosophierens abzuzeichnen, die in kollektiver Zusammenarbeit eng umrissene Probleme exakter Philosophie und Erkenntnistheorie bearbeitet: Moritz Schlick war einer der ersten, der in dieser Richtung arbeitend, eine Synthese von physikalischer und philosophischer Erkenntnis schuf; gegenwärtig sind es besonders die Arbeiten von Carnap: «Der logische Aufbau der Welt», wie auch Hans Reichenbachs «Raum-Zeit-Lehre», von denen wertvolle erkenntnistheoretische Anregungen ausgehen. Wir müssen es uns leider versagen, näher auf diese Arbeiten einzutreten. Aber wir möchten trotzdem mit allem Nachdruck auf diese Werke als Ausdruck der neuen exaktphilosophischen Strömung hinweisen.

Ich schulde vielen Freunden und Mitarbeitern Dank. Vor allem meiner Lebenskameradin, deren unermüdliche Unterstützung es ermöglicht hat, die Niederschrift in absehbarer Zeit zu beenden. R. Sternschein verdanke ich wertvolle Anregungen und Hinweise; S. Bloch von der Zentralstelle für soziale Literatur (Zürich) war mir gleichfalls eine wertvolle Stütze. Und nicht zuletzt mein Freund E. Mauser, dessen Freundschaft mir über wesentliche Schwierigkeiten hinweggeholfen hat. Ihnen allen, Mitarbeitern und Freunden widme ich diese Arbeit, vor allem aber sei sie gewidmet dem Andenken des großen Führers der schweizerischen Arbeiterbewegung, ihrem Begründer und Vater, dem verstorbenen «Papa» Greulich.

Zürich, im September 1929.

Der Verfasser.

I. Einleitung.

In der Vergangenheit bestand die Aufgabe der marxistischen Literatur in der Erweckung der Arbeiterschaft zum Klassenbewußtsein. Heute, da die Arbeiterschaft in den wichtigsten Kulturstaaten zum Klassenbewußtsein erwacht ist, sich in Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft machtvolle Organisationen im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft geschaffen hat, fällt für den marxistischen Theoretiker auch die letzte psychologische und ideologische Notwendigkeit dahin, das marxistische System durch Vereinfachung zu verflachen.

Allerdings wird absolute Objektivität stets ein unerreichbares Ideal bleiben. Ebensowenig wie die Wissenschaft als Ganzes aus dem sozialen Organismus herausgelöst werden kann, vermag der Einzelne sich völlig von den Bedingungen seiner subjektiven Entwicklung und Erfahrung zu befreien. Auch die vorliegende Arbeit macht in dieser Hinsicht keine Ausnahme. Dies umso weniger, als wir versuchten, die marxistische Theorie im Gegensatz zum «Kapital» nicht deduktiv abzuleiten, sondern als theoretische Erläuterung des historischen Entwicklungsprozesses aufzufassen. Gewisse Härten der Darstellung ließen sich deshalb kaum vermeiden.*

Marx kommt überall dort unverkürzt zu Wort, wo die Formulierung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten ihre klassische Form gefunden. Was uns nicht hindern soll — im Sinne der Marx'schen Methode, des historischen Materialismus — da über Marx hinauszugehen, wo Marx die moderne Entwicklung nicht voraussah, nicht voraussehen konnte. Begriffe sind uns nur Mittel, um sachliche Gegensätze logisch auseinanderhalten zu können.

Wenn Wertungen sich nicht umgehen lassen, möge dies der Leser der Art der bürgerlichen Kritik am Marxismus zuschreiben

* «Wir sind heute Teilarbeiter und suchen gemeinsam die Wahrheit . . . Wir dürfen zum Teil irren — denn sicherlich berichtigt der Nächste den Irrtum . . .» Dr. L. Karner: «Die soziale Funktion der Rechtsinstitute».

und nicht dem Marxismus selbst. Zahlreich sind die gewollten und ungewollten Mißverständnisse ideologischer Natur, die sich der Ausbreitung des Marxismus entgegenstemmen. Wir erinnern bloß an die Versuche, die materialistische Geschichtsauffassung mit dem naturwissenschaftlichen Materialismus zu identifizieren, oder an das Bestreben, zwischen dem 1. und dem 3. Bande des Kapitals innere Widersprüche aufzudecken, trotzdem — wie historisch mit unzweifelhafter Sicherheit feststeht — Marx den 3. Band des «Kapitals» vor der Veröffentlichung des 1. Bandes im Jahre 1867* in den grundlegenden Abschnitten bereits niedergeschrieben hatte. Wenn noch irgendwelche Zweifel an dieser Auffassung bestehen sollten, wonach Marx die Umwandlung der Tauschwerte in Produktionspreise als innere, logische Konsequenz seines Systems betrachtete, so wurden diese Zweifel endgültig beseitigt durch die kurz vor dem Kriege veröffentlichte, zusammenhängende Kritik der klassischen Nationalökonomie im Marx'schen Nachlaßwerk: «Theorien über den Mehrwert».

§ 1. Dialektische Erkenntnistheorie.

Die moderne Erkenntnistheorie schöpft aus zwei Quellen: Kant und Hegel. Wenn Kant den Begriff des Seins aus seiner metaphysischen Verdunkelung befreite, schuf Hegel als Ergänzung die Dialektik. Marx löste die Hegel'sche Dialektik aus ihrer mystischen Hülle und bereitete so den Aufbau der modernen dialektischen Erkenntnistheorie vor. Die dialektische Erkenntnistheorie liegt — unausgesprochen — der gesamten wissenschaftlichen Arbeit von Marx, wie auch der wissenschaftlichen Arbeit aller Hauptdisziplinen der Wissenschaft der Gegenwart zu Grunde. Die Rolle der Erkenntnistheorie ist im wesentlichen eine bescheidene: Sie hat lediglich die von den Einzelwissenschaften erarbeiteten methodischen Erkenntnisse zusammenzufassen und in ihrer allgemeinen Bedeutung abzuschätzen; aber es ist nicht die Erkenntnistheorie, die den Einzelwissenschaften das Gesetz vorschreibt. Die Einzelwissenschaften legen der Erkenntnistheorie nur solche Probleme allgemeiner Natur vor, welche im Rahmen der Einzelwissenschaft sich als unlösbar erweisen. Dazu treten jene allgemeinsten Fragen, welche nach dem Wesen und den Grenzen der Erkenntnis selbst zielen.

* Hilferding: Böhm-Bawerks Marxkritik, S. 28. «Marxstudien», 1. Bd.

Unsere Behauptung, daß die Hegel'sche — resp. Marx'sche Dialektik als gleichberechtigtes Glied neben der Kant'schen A-Prioritätsphilosophie in die moderne Erkenntnistheorie eingeht, mag den Leser zunächst befremden. Die philosophische Tradition der Hochschulen, die auf Kant zurückgeht, hat die Erkenntnis dieser Zusammenhänge verschleiert und die Bedeutung Hegels für die Geschichte der Philosophie verkennen lassen*.

Nach Kant gründet sich das menschliche Erkenntnisvermögen auf die Sinnlichkeit und den Verstand. Die Sinnlichkeit, d. h. die Gesamtheit der inneren und äußeren Sinne liefern dem Bewußtsein das Material für die gedankliche Verarbeitung durch den Verstand. Weder vermag der Verstand durch reines Denken in Begriffen, noch die Sinnlichkeit durch leere Anschauung Erkenntnis zu schaffen. Erst das Zusammenwirken von Verstand und Sinnlichkeit schafft Erkenntnis. Mit dieser Auffassung verwies Kant endgültig die Metaphysik und damit auch die Religion aus dem Reiche des Wissens in das Reich des Glaubens. Jede Wissenschaft muß sich auf die sinnliche Erfahrung stützen. Das Denken ist eine Erkenntnisquelle nur in Verbindung mit der sinnlichen Erfahrung. Der zweite grundlegende Gedanke Kant's unterscheidet zwischen Form und Inhalt der Erkennntis. Die Form der Erkenntnis ist a priori, d. h. unabhängig von der Erfahrung gegeben**. Das Denken ist an und für sich formal; aber auch die sinnliche Empfindung enthält formale Elemente a priori: Die einzelnen Sinnesqualitäten (rot, grün, süß, bitter, etc., selbst Raum und Zeit) sind im Sinne Kant's Anschauung a priori. Die Weiterentwicklung der philosophischen Ansichten Kant's über den apriorischen Charakter des Denkens hat die sogenannte Marburger Schule des Logismus*** übernommen. Es gelang dem Logismus im Trennen und Verknüpfen die grundlegenden Denkoperationen aufzufinden und eine logische Begründung der Mathematik zu

* Inwieweit Kant's Einfluß im deutschen Obrigkeitsstaat auf seine Staats- und Rechtsphilosophie und seine blutarme Pflichtethik (dem Korrelat des preußischen Militärstaates) zurückzuführen ist, steht hier nicht zur Diskussion.

** Daher die Bezeichnung Aprioritätsphilosophie.

*** Gründer der Marburgerschule ist H. Cohen («Logik der reinen Erkenntnis»); seine hervorragendsten Schüler sind P. Natorp («Die logischen Grundlagen der exakten Wissenschaften»), E. Cassirer («Substanzbegriff und Funktionsbegriff»), G. F. Lipps («Mythenbildung und Erkenntnis»), K. Vorländer («Kant und Marx»).

entdecken. Der Logismus erkannte, daß die menschliche Erkenntnis sich auf die Aufdeckung von Beziehungen beschränkt. Das Denken «setzt» den Gegenstand des Denkens als ein festes unteilbares Ganzes. Das Objekt, der Gegenstand, liegt im sinnlichen Empfindungsinhalt noch nicht vor; erst die logischen Denkfunktionen des Trennens und Verknüpfens zerlegen das sinnlich gegebene Material in Gegenstände, Dinge. Jedem Objekt wird durch das Denken ein Begriff zugeordnet. Das Urteil verknüpft Begriffe in Gedanken. Mit dem Gegenstand ist aber gleichzeitig auch die Beziehung gesetzt. In der Erfassung dieser gegenseitigen Abhängigkeit von Gegenstand und Beziehung trifft sich der Logismus mit der — Dialektik.

In den physikalisch-chemischen Naturwissenschaften nimmt die Beziehung die Form der mathematischen Funktion an, in den biologischen und sozialen Wissenschaften die Form der entwicklungsgeschichtlichen Abhängigkeit. Von dieser letzteren Form ausgehend, gelangte Marx zur dialektischen Auffassung der Begriffe. Die durch die Sinne dem Denken dargebotene Erfahrungswelt ist in fortwährender Veränderung begriffen, während der einmal definierte Begriff unveränderlich in sich selber ruht. Das Grundproblem, das sich der Dialektik stellt, ist das Problem der Veränderung, des Werdens. Die Veränderung soll begrifflich eingefangen werden. Jede begriffliche Setzung muß — weil sie unveränderlich ist — einseitig sein. Mit jeder begrifflichen Setzung ist aber gleichzeitig auch ihr Gegensatz gesetzt: Hegels bekannte dialektische Formel: Thesis, Antithesis, Synthesis (resp. Affirmation, Negation, Negation der Negation) ist nur ein schematischer Ausdruck der Notwendigkeit, die Begriffe — soll das Denken dem lebendigen Werden der Erfahrungswelt gerecht werden — in ihrem Zusammenhang, ihrer gegensätzlichen Bestimmtheit und Abhängigkeit zu betrachten. Die logische Isolierung der Begriffe führt zur Dogmatik und Metaphysik: Damit schließt sich der Kreis, wo Kant'sche antimetaphysische Philosophie und Marx'sche Dialektik sich begegnen.

Wie wenig erschöpfend unsere Ausführungen sein mögen, so genügen sie doch, einen Einwand abzuwehren, der je und je, zuletzt mit besonderem Ernst von den Vertretern der revisionistischen Taktik innerhalb der Arbeiterbewegung, gegen den historischen Materialismus erhoben wurde: den Vorwurf des Materialismus. Der historische Materialismus hat mit der philosophi-

schen Lehrmeinung des Materialismus nichts zu tun. Denn der historische Materialismus will bloß eine Methode sein, das geschichtliche Ereignis gesetzmäßig zu fassen. Der historische Materialismus bedeutet die Anwendung des Kausalitätsprinzipes (im weitesten Sinne des Wortes) auf die Geschichte. Erst der historische Materialismus formt aus der Geschichte eine Wissenschaft. Schon die Kant'sche Philosophie forderte den Einbezug der Geschichte in die kausal orientierten Wissenschaften. Gehören doch nach Kant geschichtliche Ereignisse zu den Phänomena, zum Reich der Erscheinungen. Die Erscheinungswelt ist aber die Welt der Wissenschaft. So ist gerade Marx einer der Vollstrecker des kant'schen geistesgeschichtlichen Erbes geworden.

§ 2. Die materialistische Geschichtsauffassung.

Marx und Engels haben die materialistische Geschichtsauffassung in ihren Schriften nirgendwo eingehend und systematisch entwickelt*. Nur gelegentlich finden wir in den Gedankengang ökonomischer und politischer Studien andeutende Auslassungen eingestreut. So konnten sich tief verwurzelte Mißverständnisse und Vorurteile bilden. Politische Gegensätze trugen das ihre dazu bei, das Bild des historischen Materialismus zu verschleiern. Das gewollte und ungewollte Mißverstehen der Marx'schen Geschichtsphilosophie wurde durch ihre Bezeichnung als einer materialistischen Lehre gefördert, da der Begriff des Materialismus seit der Mitte des 19. Jahrhunderts einen wesentlichen Bedeutungswandel erfuhr.

Die Benennung der marxistischen Geschichtsphilosophie als materialistische Geschichtsauffassung ist historisch begründet, weil sie als Gegensatz zur Hegel'schen Geschichtsphilosophie entstand. Hegel versuchte, die Geschichte als die Selbstentfaltung des Weltgeistes zu begreifen. Hegel leitet das Sein aus dem Denken ab, während Marx und Engels umgekehrt im Denken nur die Selbstentfaltung des gesellschaftlichen Seins erkennen, das gesellschaftliche Denken auf das gesellschaftliche

* Dagegen hat Karl Kautsky in seinem abschließenden Lebenswerk: «Die materialistische Geschichtsauffassung» (Verlag Dietz, 1927) mit Erfolg versucht, diese systematische Darstellung zu schaffen.

Sein zurückführen. Der Hegel'schen wie der Marx'schen Geschichtsphilosophie ist gleicherweise der Entwicklungsgedanke eigen. Gegensätzlich ist nur der Ausgangspunkt. Hegel konstruiert die Geschichte a priori aus dem Denken und leitet die geschichtlichen Gesetze scholastisch aus den Gesetzen der Logik ab; Marx beobachtet die Geschichte und stützt sich auf die Erfahrung. Hegel ist Dogmatiker, Marx Empiriker. Dem ideologisch-dogmatischen System Hegels stellt Marx sein materialistisch-empirisches System gegenüber.

Der Marx'sche «Materialismus» hat mit dem naiven naturwissenschaftlichen Materialismus nichts anderes gemein, als das Bekenntnis zur Empirie, zur Tatsachenforschung. Denn der Materialismus eines Vogt und Büchner ist metaphysische Spekulation, der Materialismus eines Marx wissenschaftliche Methode, positivistische Einstellung.

Ebensowenig wie mit einseitig naturwissenschaftlich-materialistischer Orientierung hat der historische Materialismus etwas mit ethischem Materialismus oder materieller Gesinnung zu tun. Man hat — um Mißverständnisse zu meiden — den historischen Materialismus umtaufen wollen (so z. B. in ökonomische Geschichtsauffassung). Wir sehen aber keinen Grund, von der historisch überlieferten Bezeichnung abzugehen, soferne wir uns nur dessen bewußt bleiben, daß der historische Materialismus keineswegs behauptet, der Geist sei ein «Produkt» der Materie. Wenn die materialistische Geschichtsauffassung in den ökonomischen, wirtschaftlichen Verhältnissen die treibenden geschichtlichen Kräfte erkennt, so soll damit bloß eine beweisbare Behauptung, aber keine über die Erfahrung hinausgehende Theorie ausgesprochen werden. Die materialistische Geschichtsauffassung hat im Vorwort zur «Kritik der politischen Oekonomie»* durch Marx ihre klassische Formulierung erhalten:

> «In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer

* Seite LV.

Ueberbau erhebt, und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewußtseinsformen entsprechen. Die Produktionsweise des materiellen Lebens bedingt den sozialen, politischen und geistigen Lebensprozeß überhaupt. Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen, oder was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb derer sie sich bisher bewegt hatten. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. Mit der Veränderung der ökonomischen Grundlage wälzt sich der ganze ungeheure Ueberbau langsamer oder schneller um. In der Betrachtung solcher Umwälzungen muß man stets unterscheiden zwischen der materiellen naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten. So wenig man das, was ein Individuum ist, nach dem beurteilt, was es sich selbst dünkt, ebensowenig kann man eine solche Umwälzungsepoche aus ihrem Bewußtsein beurteilen, sondern muß vielmehr dieses Bewußtsein aus den Widersprüchen des materiellen Lebens, aus dem vorhandenen Konflikt zwischen gesellschaftlichen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen erklären. Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist, und neue, höhere Produktionsverhältnisse treten nie an die Stelle, bevor die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet worden sind. Daher stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind. In großen Umrissen können asiatische, antike, feudale und modern bürgerliche Produktionsweise als progressive Epochen der ökonomischen Gesellschaftsformation bezeichnet werden. Die bürgerlichen Produktionsverhältnisse sind die letzte antagonistische Form [widerspruchsvolle Form] des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, antagonistisch nicht im Sinne von individuellem Antagonismus, sondern eines aus den gesellschaftlichen Lebensbedingungen der Individuen hervorwachsenden Antagonismus, aber die im Schosse der bürgerlichen Gesellschaft sich entwickelnden Produktivkräfte schaffen zugleich die materiellen Bedingungen zur Lösung dieses Antagonismus.

Mit dieser Gesellschaftsformation schließt daher die Vorgeschichte der menschlichen Gesellsellschaft ab»*.

Die menschliche Gesellschaft ist eine Arbeits- und Produktionsgemeinschaft. Als Glieder dieser Arbeitsgemeinschaft gehen die Menschen bestimmte Produktionsverhältnisse ein, welche in ihrer Gesamtheit die ökonomische Struktur der Gesellschaft bilden**. Die Produktionsverhältnisse werden bestimmt durch die Organisation der Arbeit, welche ihrerseits wieder abhängig ist von den natürlichen Produktionsbedingungen und der erreichten Produktivkraft der sozialen Arbeit (unter Produktivkraft der Arbeit versteht man ihre Ergiebigkeit, d. h. die Menge der Gebrauchsgüter, welche durch eine bestimmte Arbeitsleistung erzeugt werden kann). Dem Begriff der Produktionsverhältnisse, wie dem Begriff der Produktivkraft der Arbeit kommt im marxistischen System entscheidende Bedeutung zu.

Sobald der Mensch von der primitiven Sammelwirtschaft zur wirtschaftlichen Produktion, d. h. zu mehr oder weniger planmäßiger Tätigkeit zwecks Befriedigung wirtschaftlicher Bedürfnisse vorgeschritten ist, hängt die Ergiebigkeit der Arbeit — abgesehen von der Natur — vom erreichten Stande der Technik ab. Je vorgeschrittener die Technik, umso größer die Ergiebigkeit der Arbeit, die Produktivkraft der Gesellschaft, die Masse der gesellschaftlich erzeugten Güter.

Der primitive Wilde kann durch die Sammelwirtschaft, wenn nicht die Natur den Landstrich, den er durch-

* K. Kautsky unterzieht im 1. Bande seiner materialistischen Geschichtsauffassung vorliegende Formulierung der Grundgedanken des historischen Materialismus einer eingehenden kritischen Würdigung.

** Die Produktionsverhältnisse regeln die Organisation der produktiven Arbeit. Unter produktiver Arbeit ist jene Arbeit zu verstehen, welche den materiellen Lebensprozeß der Gesellschaft sichert. Der Begriff der Produktionsverhältnisse bezieht sich demnach auf die eigentliche Güterproduktion, nicht auf die abgeleiteten ökonomischen Verhältnisse. Dienste, welche aus dem Mehrwert bezahlt werden, sind keine produktive Arbeit. Die Umwälzung einer bestimmten Wirtschaftsordnung kann nur durch die Umwälzung der Organisation der materiellen Güterproduktion (d. h. Produktion von Nahrungsmitteln, Geweben, Baustoffen etc.) erreicht werden. Klassenkämpfe greifen stets auf die Grundlagen des materiellen Produktionsprozesses zurück. Es kann daher auch nur die produktive Arbeit wertbildend sein, weil die unproduktive Arbeit der Dienste aus dem Mehrwert bezahlt werden muß.

zieht, mit überreichen Naturgaben beschenkte, knapp die allernotwendigsten Nahrungsbedürfnisse befriedigen. Die Bevölkerung wird immer wieder durch Hungersnöte dezimiert: Der Mensch unterliegt noch völlig den Gesetzen des brutalen Kampfes ums Dasein. Die Anzahl der vorhandenen Menschen steht mit der Menge der einzusammelnden Nahrungsmittel in natürlichem, biologischem Gleichgewicht. Dieser Zustand kann Hunderttausende von Jahren dauern. Er ist von den Menschen-Affen noch nicht einmal erreicht, geschweige denn überschritten worden.

Schon auf dieser Stufe besitzt die Arbeitsleistung sozialen Charakter. Die Versuche einer Abteilung der wirtschaftlichen Entwicklung nach Wirtschaftsstufen sind zahlreich und entbehren oft nicht der Originalität. Aber meistens greifen diese Versuche auf Einteilungsgründe zurück, welche nur äußerliche Merkmale erfassen. So, wenn die Wirtschaftsstufen nach den wichtigsten Nahrungsquellen gegliedert werden: Jägervölker, Fischervölker, Nomaden, Ackerbauer und gewerbetreibende Völker (F. List); oder wenn die Wirtschaft sich nach regionalen Gesichtspunkten entwickeln soll: Geschlossene Hauswirtschaft, Stadtwirtschaft, Volkswirtschaft (Prof. Bücher: «Entstehung der Volkswirtschaft»); oder wenn schließlich die Art des Tauschverkehrs zur Einteilung verwertet wird: Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft, Kreditwirtschaft (Hildebrand). Bestimmendes Moment der wirtschaftlichen Entwicklung sind aber weder die rein äußerlichen Merkmale der Natur der Hauptnahrungsmittel, noch die Größe der Wirtschaftsgebiete, noch die Art des Tauschverkehrs; diese bilden im Gegenteil sekundäre Ausdrucksformen des primär bestimmenden Faktors, der Gestaltung der Wirtschaft durch die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse.

Den ersten Schritt zur sinngemäßen, dem historischen Materialismus entsprechenden Einteilung der Wirtschaftsstufen vollzog Morgan (1877 «Urgesellschaft»), von welchem Forscher F. Engels in seiner Studie: «Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates» die wichtigsten Grundgedanken übernommen hat. Morgan gliedert die Menschheitsgeschichte in die Stufen der Wildheit, der Barbarei und der Zivilisation. Jeder dieser Abschnitte der Kulturentwicklung zerfällt in je drei Unterstufen. In manchen wesentlichen Punkten ist Morgan's Schema durch eingehende neuere Studien überholt worden, besonders was die Einteilung der Unterstufen anbetrifft, welche Morgan teil-

weise nach rein technischen Gesichtspunkten, wie Erfindung der Töpferei u. ä. vornimmt, aber in den Grundzügen wird wohl das Morgan'sche Schema als der wirtschaftlichen Entwicklung adäquatester Ausdruck beibehalten werden müssen.

Als im Zustande der Wildheit lebend können wir alle jene Völker betrachten, die nicht über die Sammelwirtschaft hinausgekommen sind. Beginnt die Produktion als zweckbewußte vorsorgliche Bedürfnisbefriedigung die sozialen Lebensverhältnisse der Menschen bestimmend zu beeinflussen, so wird der Wilde zum Barbaren. Die soziale Organisation stützt sich auf der Stufe der Barbarei hauptsächlich auf den Geschlechtsverband, die unmittelbaren Verwandtschaftsverhältnisse. Die wichtigsten Produktionsmittel befinden sich im Gemeineigentum, die Wirtschaftsorganisation der Barbarei ist in wesentlichen Zügen kommunistisch. Mit dem Aufkommen des Privateigentums ist die Entwicklung der staatlichen Gewalt- und Rechtsorganisation aufs innigste verknüpft, womit die Stufe der Zivilisation erreicht wird. Die Periode der Zivilisation umfaßt annähernd die Abschnitte der schriftlich überlieferten Geschichte und die Wirtschaftsformen von der Sklaverei des Altertums, der einfachen Warenproduktion des Mittelalters bis zum modernen Hochkapitalismus der Gegenwart*.

*Nachstehend geben wir in abgekürzter Form ein knappes Schema der wirtschaftlichen Entwicklung:

I. **Wildheit.**	a) Tierhafter Urzustand.	(Nur gelegentlich werden Werkzeuge benützt. Entwicklung von Sprache u. sozialem Bewußtsein.)
	b) Sammelwirtschaft. (Niedere Jäger. Niedere Fischervölker. Sammler.)	(Erfindung primitiver Werkzeuge, Entdeckung des Feuers, gelegentlicher Ackerbau.)
II. **Barbarei.**	a) Höhere Jäger. b) Nomaden. c) Hackbau und primitive Form des Ackerbaues.	Meistens Gentilverfassung.
III. **Zivilisation. Klassenkultur.**	a) Orientalischer Despotismus, Gartenbau, Hackbau oder Pflugbau. b) Antike Sklavenwirtschaft. c) Feudale Wirtschaft des Mittelalters mit beginnender einfacher Warenproduktion. d) Kapitalistische Warenproduktion.	Entwicklung des Staates.
IV. **Sozialkultur.**	Sozialistische Wirtschaftsorganisation.	

Parallelentwicklungen und Ueberkreuzungen, die Wechselwirkungen von natürlichen Bedingungen, wirtschaftlicher Entwicklungsstufe und technischem Fortschritt modifizieren die Entwicklung der einzelnen Völker in weitgehendem Maße. Speziell bei Nomaden und Ackerbauern finden wir häufig Parallelentwicklungen.

Es ist die soziale Arbeit, welche den Menschen aus der Tierheit heraushebt. Mit der Produktion von Arbeitsmitteln, Werkzeugen etc. beginnt die Menschwerdung der Tiermenschen. Grundlage der Erzeugung von Produktions- resp. Arbeitsmitteln bildet die Vergrößerung und Vermehrung der Bedürfnisse. Diese ist aber bloß auf sozialer Basis denkbar und auf sozialer Basis möglich (Nachahmung!)*.

Auch die Sprache kann nur auf sozialer Basis entstehen. Soziale Arbeitsleistung, Sprache und soziales Bewußtsein bedingen die Vergesellschaftung des Menschen. Je enger der wirtschaftliche Zusammenhang, umso weiter schreitet die Vergesellschaftung der Menschen fort. In den Urhorden, welche wir in wechselnder Kopfzahl von 20, 30 — vielleicht 100 Köpfen anzunehmen haben, ordnen sich Arbeit und Geschlechtsverkehr auf urwüchsigste Art und Weise. Denn der Lebensprozeß einer solchen Horde umfaßt nicht nur die Befriedigung der unmittelbaren Lebensbedürfnisse, er umfaßt auch Produktion und Reproduktion der Art**. Je primitiver die Wirtschaftsverhältnisse, umso enger schließt sich die soziale Ordnung der Regelung der sexuellen Beziehungen an.

Die fortschreitende Ausbildung und Entfaltung der sozialen Beziehungen wird bestimmt durch die Regelung der sozialen Arbeit, die Steigerung ihrer Produktivkraft. In gemäßigten Breiten und in Dürregebieten verlangt der Wechsel der Jahres-

* Marx, «Lohnarbeit und Kapital» (S. 25): «Ein Haus mag groß oder klein sein, solange die umgebenden Häuser ebenfalls klein sind, befriedigt es alle gesellschaftlichen Ansprüche an eine Wohnung. Erhebt sich aber neben dem kleinen Haus ein Palast, und das kleine Haus schrumpft zur Hütte zusammen . . . Unsere Bedürfnisse und Genüsse entspringen aus der Gesellschaft.»

** «Nach der materialistischen Geschichtsauffassung ist das in letzter Instanz bestimmende Merkmal in der Geschichte die Produktion und Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Diese ist aber selbst wieder doppelter Art. Einerseits die Erzeugung von Lebensmitteln. . . .; andererseits die Erzeugung von Menschen selbst, die Fortpflanzung der Gattung. Die gesellschaftlichen Einrichtungen, unter denen die Menschen eines bestimmten Landes leben, werden bedingt durch beide Arten der Produktion: durch die Entwicklungsstufe einerseits der Arbeit, andererseits der Familie» (F. Engels: «Ursprung der Familie etc.», S. VIII).

zeiten die Anlage von Vorräten. Der Wilde ist gezwungen, Methoden und Werkzeuge zu erfinden, welche die Ueberdauerung des Winters oder der Trockenzeit ermöglichen. Das primitive Steinbeil ersetzt die natürlichen Waffen des Tieres, Pfeil und Bogen erleichtern die Jagd, das Reibzeug steht an der Wiege des Feuers.

Aber den wichtigsten Fortschritt zur Steigerung der Produktivkraft der Arbeit bildet der Uebergang zum seßhaften Ackerbau oder zur Viehzucht: Der Wilde wird zum Ackerbauer oder zum Nomaden. Die ungeregelten Naturmächte werden in den Dienst der Menschen gestellt, erst noch roh, im Laufe der Zeit immer zielbewußter. Die Produktivität der Arbeit nimmt zu. Der Mensch ist auf der Stufe der Barbarei bereits in gewisser Hinsicht den natürlichen Lebens- und Existenzbedingungen entronnen, um fortan gesellschaftlichen Gesetzen unterworfen zu sein. Der Einzelne (z. B. Robinson auf seiner Insel) wird niemals über die einfachsten Erfindungen hinaus kommen können. Der Robinson der Kinderbücher importiert seine Kenntnisse aus dem England des 16. Jahrhunderts, Freitag die seinen von irgend einer Südseeinsel; Robinson ist kein Naturmensch, er ist und bleibt der Kulturmensch, der er vor dem Schiffbruch war. Wenn der Einzelne nicht einem sozialen Verbande angehört, so gehen mit seinem Tode auch seine besonderen Kenntnisse und Erfahrungen verloren. Nur der soziale Verband sichert die Uebermittlung der Erfahrungen der Vorfahren an die Nachkommen.

Die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit ist ein gesellschaftlicher Prozeß. Die Stufe der erreichten Produktivkraft bedingt die Stellung des Einzelnen in der Gesellschaft. Die Produktionsverhältnisse sind gleichzeitig gesellschaftliche Verhältnisse.

Der Jäger jagt in der Horde, der Sippe, im Stamm. Jeder Stamm beansprucht ein bestimmtes Gebiet als sein eigen, weil nur ein verhältnismäßig großes Gebiet die regelmäßige Jagd, jahraus, jahrein die Deckung des Bedarfes an Wild ermöglicht. Im offenen Gelände ist die Jagd meistens nur dann erfolgreich, wenn die ganze Sippe zusammenwirkt. Auf der Jagd fühlen sich die Männer als soziale Einheit. Der Führer wird als der Tüchtigste aus der Schar seiner Genossen gewählt. Er verwandelt sich leicht in den Häuptling, besonders wenn Krieg und Ueberfall zur Vereinigung zwingen. Dagegen entbehren die Frauen dieses engeren

Zusammenhaltes. In der Konsumation, in der Aufzucht der Kinder durch die Familie lockert sich das soziale Band. Die Frau ist so von allen öffentlichen. d. h. gemeinsamen Angelegenheiten ausgeschlossen. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung benachteiligt die Frau, weil sie schwächer ist. Nur dort, wo die Frau durch den Hackbau den Hauptteil der Nahrung schafft, erobert sie sich auch öffentliche, d. h. soziale Achtung.

Der Bauer ist an die Scholle gefesselt. Die Produktionseinheit wird von der patriarchalischen Großfamilie gebildet. Die Einheit der produktiven Leitung ist im Hausvater verkörpert. Frau, Söhne, Töchter und Enkelkinder erhalten ihre Tätigkeit vom Vater zugewiesen. In der patriarchalischen Bauernfamilie werden die verschiedensten Arbeiten, je nach Alter, Geschlecht und Jahreszeit wechselnd, verrichtet, um die Bedürfnisse der Produktionsgemeinschaft zu befriedigen. Die Männer pflügen, mähen, das Vieh wird auf die Weide getrieben, die Kühe werden gemolken, Käse wird bereitet, Jungvieh aufgezogen, Holz gesammelt; die Frauen spinnen, weben, nähen, stricken, ein Schuppen wird gezimmert; kurz, die Bauernfamilie bewältigt die verschiedensten Arbeiten, deren Produkte aber nicht gegeneinander ausgetauscht, sondern einfach verteilt werden. Auf breiterer Basis wiederholt sich diese Art der Arbeits- und Produktionsgestaltung in der Markgenossenschaft der Germanen, dem russischen Mir, der indischen Dorfgemeinde. Die Handwerker der indischen Dorfgemeinde z. B. werden durch bestimmte Anteile an den Ernteerträgen entschädigt, haben aber dafür für die ganze Gemeinde zu arbeiten. Dank dem ausgebauten Kastenwesen wird die Kontinuität der Produktionsverhältnisse in der indischen Dorfgemeinde trotz vorgeschrittener Arbeitsteilung selbst gegenüber den modernen Einflüssen gewahrt. Die Fesselung des Bauern an die Scholle ermöglicht die Errichtung der staatlich geschützten Klassenherrschaft. Kriegerische Nomaden unterwerfen sich benachbarte ackerbautreibende Völker und machen diese zu Sklaven oder Leibeigenen. Ueber die dumpf dahinvegetierende Klasse der Bauern erhebt sich der grundherrliche Adel, dem die militärische Sicherung des Staates nach innen und außen zufällt.

Auch die Stadt verdankt ihre Entstehung bestimmten Produktionsverhältnissen. Der Städter tauscht seine gewerblichen Erzeugnisse direkt oder indirekt gegen Lebensmittel des Bauern,

die dieser entweder als Abgabe an den Grundherrn oder im freien Warenverkehr abgibt.

Die Produktionsverhältnisse, die Art und Weise, wie die Menschen im sozialen Verbande die Produktion ordnen, rufen der bewußten sozialen Regelung. Es entstehen Sitte, Recht, Moral. Die Produktionsverhältnisse sind soziale Beziehungen: Hörigkeit, Leibeigenschaft, Sklaverei, Lohnarbeit und Kapital etc. Eine Maschine ist nicht an und für sich Kapital, sie wird Kapital nur unter bestimmten sozialen Bedingungen.

> «Ein Neger ist ein Neger. In bestimmten Verhältnissen wird er zum Sklaven. Eine Baumwollmaschine ist eine Maschine zum Baumwollspinnen. Aus bestimmten Verhältnissen herausgerissen, ist sie so wenig Kapital, wie Gold an und für sich Geld, oder Zucker der Zuckerpreis ist . . . Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis. Es ist ein historisches [und damit vergängliches] Produktionsverhältnis»*.

Die ökonomische Struktur der Gesellschaft, d. h. die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bedingt die gesellschaftliche Kultur, das geistige Leben des Einzelnen wie der Gesamtheit. Ein Bauer wird notwendig anders fühlen und denken als der Proletarier der Städte, oder der feudale Adelige auf seiner Burg, der König an seinem Hof, der Neger-Sklave der Galeere. Das Milieu gestaltet das Bewußtsein der Menschen. Der einzelne Mensch wird in die Gesellschaft hineingeboren. Er wird Glied einer bestimmten Sippe, eines Stammes, eines Volkes, einer Familie, einer Stadt, eines Staates. Er übernimmt mit der Sprache seiner Umgebung deren Ideen und Denkweise. Der Mensch ist ein vergesellschaftetes Wesen. Sein Bewußtsein ist eine Art Kollektivbewußtsein. Die sozialen Produktionsverhältnisse, wie alle sozialen Beziehungen überhaupt existieren nur in und durch die Vergesellschaftlichung des Bewußtseins des Einzelnen. Der König ist nicht König an und für sich, er ist König, weil Untertanen an seine Macht glauben**.

Die Produktionsverhältnisse sind die primären, bestimmenden Faktoren; die Gedanken und Ideen der Menschen über ihr soziales Sein, kurz die Ideologie, sind von diesem sozialen

* «Lohnarbeit und Kapital.»

** «Dieser Mensch ist z. B. nur König, weil sich andere Menschen als Unterthanen zu ihm verhalten. Sie glauben umgekehrt Unterthanen zu sein, weil er König ist.» («Kapital» I. Bd., S. 24.)

Sein abhängige Elemente. Denken, Handeln und Streben des Menschen bestimmen sich durch sein soziales Sein. Auch die geschichtliche Persönlichkeit ist nur Faktor und Exponent der historischen Entwicklung, aber nicht selbständig treibende schöpferische Kraft. Jedes Produktionsverhältnis, jeder Stand, jede Klasse entwickelt ihre eigene, spezifische Mentalität. Auch Kunst, Wissenschaft und Philosophie können sich dem Einflusse des sozialen Faktors nicht entziehen. Die Abhängigkeit des geistigen Lebens von der Befriedigung der leiblichen Bedürfnisse und damit von der Güterproduktion ist eine physiologische und soziale Tatsache. Wie wäre Homer zum Dichter geworden, wenn er als Glied einer australischen Horde in unmittelbarem Kampfe um das nackte Dasein gestanden; wie hätten Raffael und Michelangelo ihre herrlichen Bilder zu malen vermocht, wenn ihnen nicht die Technik Farben, Leinwand und Pinsel geboten? Kultur ist erst möglich, wenn Entwicklung der Technik und Gestaltung der Produktionsverhältnisse die Vorbedingungen dazu geschaffen. Aber nicht nur die Möglichkeit der Kultur ist technisch und sozial bedingt, sondern auch die Art der Kultur bemißt sich nach der Natur und den Lebensbedingungen der kulturellen Schicht. Kunst und Wissenschaft verkümmern, wenn die soziale Resonanz mangelt. Erst die Fixierung an bestimmte soziale Lebensverhältnisse sichert der Ideologie ihre Existenz und Dauerfähigkeit*.

* Um mögliche Mißverständnisse abzuwehren, möchten wir über das Verhältnis von gesellschaftlichem Unter- zum kulturellen Ueberbau noch das Folgende betonen. Wie auch Kautsky hervorhebt, ist der betreffende Satz im Marx'schen Vorwort ein bildlicher Vergleich. Die Geschichte ist kein mechanischer Vorgang. Die Geschichte wird von den Menschen gemacht, wobei diese Menschen bestimmte ideelle Ziele erstreben. Die materialistische Geschichtsauffassung leugnet nicht, daß die Idee das Handeln der Menschen bestimmt. Sie betont aber, daß nur jene Ideen geschichtliche Ideen, d. h. Ideen, welche geschichtlich wirksam sind, werden können, welche den sozialen Verhältnissen einer bestimmten Zeit entsprechen. Die soziale Struktur der Gesellschaft siebt aus allen möglichen Ideen die geschichtlich wirksamen Ideen aus. Immer dann, wenn neue Ideen auftreten, müssen sich diese neuen Ideen aus Veränderungen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft erklären lassen. «Es geht jedoch keineswegs an, alle Ideen, die wir in einem gesellschaftlichen Zustand vorfinden, aus den gleichzeitig gegebenen ökonomischen Verhältnissen erklären zu wollen.» (K. Kautsky, Mat. Gesch.-Auff. I, S. 818.) «Die Bedeutung der materialistischen Geschichtsauffassung liegt nicht zum wenigsten darin, daß sie genügt, alle historischen Erscheinungen aller Zeiten in einem einheitlichen Gesamtzusammenhang zu betrachten» (l. c. Seite 833). «Nur für die jeweils neuen Erschei-

Jeder Wirtschaftsstufe entsprechen bestimmte Formen der Ideologie: Der Wildheit animistische religiöse Vorstellungen, der Barbarei eine Vielheit überirdischer Gottheiten, der allmählich sich festigenden Zivilisation mit der staatlichen Zentralisation die Zentralisation des religiösen Bewußtseins in einem Gott und einer einheitlichen überirdischen Welt.

Die Produktionsverhältnisse äußern sich in Klassengegensätzen: Unternehmer und Arbeiter; Grundherr und Leibeigener; Sklavenhalter und Sklave; Mann und Weib. Die Klassengegensätze führen zu Klassenkämpfen. Die Klassenkämpfe der unterdrückten und der herrschenden Klassen finden ihre Form im Kampfe gegensätzlicher Ideologien. Die Ideologie, ein Komplex von religiösen, moralischen und wissenschaftlichen Ideen, bildet die Waffe, welche die Massen in den Kampf, zum Klassenkampf führt. Der Mensch handelt nicht als blindes Werkzeug der Produktivkräfte, er wird in den Klassenkampf getrieben durch seine Bedürfnisse und Interessen. Diese Bedürfnisse und Interessen aber sind es, die durch die ökonomische Struktur der Gesellschaft bedingt, veranlaßt und geformt werden. Wenn auch der Zusammenhang von politischem Handeln und wirtschaftlichem Sein kausal durch Wechselwirkung vermittelt wird, so ist er doch nicht mechanischer Natur.

Wenn der historische Materialismus von Kräften spricht, so nur in jenem bildlichen Sinne, wie auch in der Physik Kräfte in die Theorie eingeführt werden: Hilfsmittel unseres Denken, notwendige Hilfsbegriffe zur gegenseitigen Verständigung; was aber die Physik, wie der historische Materialismus letzten Endes beschreiben, sind nicht Kräfte, sondern Beziehungen, Abhängigkeiten. Auch die Geschichte muß sich dieser Methode bedienen, denn die Methode des historischen Materialismus ist nichts anderes als die Methode der wissenschaftlichen Arbeit überhaupt, wie schon Marx durch den Mund eines Gewährsmannes hervorhebt. (Aus dem Vorwort zur 2. Auflage des «Kapitals», 1. Band):

nungen in der Geschichte gilt unbedingt der Marx'sche Satz vom Unterbau und Ueberbau» (l. c. Seite 837). Die Form des sozialen Lebens ist geistiger Natur, der Inhalt des geschichtlichen Prozesses aber ist ein Anpassungsprozeß des sozialen Bewußtseins an die Gegebenheiten der Umwelt, der natürlichen, als auch der gesellschaftlichen Umwelt. Die materialistische Geschichtsauffassung verzichtet darauf, die Idee aus der Idee abzuleiten, sie will nur verständlich machen, weshalb gerade diese und keine andere Idee in einem bestimmten Zeitpunkt historisch wirksam wurde.

«Für Marx ist nur eines wichtig: das Gesetz der Phänomene zu finden, mit deren Untersuchung er sich beschäftigt. Und ihm ist nicht nur das Gesetz wichtig, das sie beherrscht, soweit sie eine fertige Form haben und in einem Zusammenhang stehen, wie er in einer gegebenen Zeitperiode beobachtet wird. Für ihn ist noch vor allem wichtig das Gesetz ihrer Veränderung, ihrer Entwicklung, d. h. der Übergang aus einer Form in die andere, aus einer Ordnung des Zusammenhangs in eine andere. Sobald er einmal dieses Gesetz entdeckt hat, untersucht er im Detail die Folgen, worin es sich im gesellschaftlichen Leben kundgibt . . . Marx betrachtet die gesellschaftliche Bewegung als einen naturgeschichtlichen Prozeß, den Gesetze lenken, die nicht nur von dem Willen, dem Bewußtsein und der Absicht der Menschen unabhängig sind, sondern vielmehr umgekehrt deren Wollen, Bewußtsein und Absichten bestimmen . . Wenn das bewußte Element in der Kulturgeschichte eine so untergeordnete Rolle spielt, dann versteht es sich von selbst, daß die Kritik, deren Gegenstand die Kultur selber ist, weniger als irgend etwas anderes, irgend eine Form oder irgend ein Resultat das Bewußtsein zur Grundlage haben kann. Das heißt, nicht die Idee, sondern nur die äußere Erscheinung kann ihr als Ausgangspunkt dienen. Die Kritik wird sich beschränken auf die Vergleichung und Konfrontierung einer Tatsache, nicht mit der Idee, sondern mit der anderen Tatsache. Für sie ist es nur wichtig, daß beide Tatsachen möglichst genau untersucht werden und wirklich die eine gegenüber der andern verschiedene Entwicklungsmomente bildet, vor allem aber wichtig, daß nicht minder genau die Serie der Ordnungen erforscht wird, die Aufeinanderfolge und Verbindung, worin die Entwicklungsstufen erscheinen. Aber, wird man sagen, die allgemeinen Gesetze des ökonomischen Lebens sind ein und dieselben; ganz gleichgültig, ob man sie auf die Gegenwart oder Vergangenheit anwendet. Gerade das läugnet Marx. Nach ihm existieren solche abstrakte Gesetze nicht . . . Marx läugnet z. B., daß das Bevölkerungsgesetz dasselbe ist zu allen Zeiten und an allen Orten. Er versichert im Gegenteil, daß jede Entwicklungsstufe ihr eigenes Bevölkerungsgesetz hat . . . Mit der verschiedenen Entwicklung der Produktivkräfte ändern sich die Verhältnisse und die sie regelnden Gesetze. Indem sich Marx das Ziel stellt, von diesem Gesichtspunkt aus die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu erforschen und zu erklären, formuliert er nur streng wissenschaftlich das Ziel, welches jede genaue Untersuchung des ökonomischen Lebens haben muß.»

Der historische Materialismus ist einmal Dialektik, d. h. entwicklungsgeschichtliche Betrachtung, endlich ökonomische Dialektik. Nur der historische Materialismus öffnet den Zugang zum Marx'schen System.

II. Das Wesen der Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft.

§ 3. Wirtschaftliche Grundbegriffe.

Bevor wir auf Wirtschaftsbeschreibung und Wirtschaftstheorie eintreten können, müssen wir uns zunächst über einige wirtschaftliche Grundbegriffe verständigen. Gewisse Grundtatsachen sind allen Wirtschaftsstufen gemeinsam. Deren Bestimmung führt zu einem allgemeinen Begriff, zu einer

> «verständigen Abstraktion, sofern sie wirklich das Gemeinsame hervorhebt, fixiert und uns daher eine Wiederholung erspart*.»

Diese allgemeinen, allen Epochen gemeinsamen Tatsachen der Wirtschaft sind ihrer Natur nach unhistorischer Art.

Die Wirtschaftstheorie ist aber im wesentlichen eine historische Wissenschaft. Den Oekonomen interessieren nur dann die allgemeinen, abstrakten Bestimmungen der Wirtschaft, wenn er die Wirtschaft als eine unveränderliche, sich ihrem innersten Wesen nach stets gleichbleibende Kategorie betrachtet. Dann verwandeln sich ihm die Gesetze der Wirtschaft in Naturgesetze**.

Einen andern Standpunkt vertritt die historisch-materialistische Betrachtungsweise. Diese zieht die veränderlichen Daten der Wirtschaft in den Kreis ihrer Untersuchungen. Das, was die Entwicklung ausmacht, «ist gerade der Unterschied von diesem Allgemeinen und Gemeinsamen***.» Bloß die historische Auffassungsweise vermag Bewegungsgesetze der Wirtschaft aufzudecken. Die allgemeinen Bedingungen der Wirtschaft bilden zwar die Grundlage der ökonomischen Gesetze, sie bestimmen aber nicht ihren Inhalt.

Das Sein des Menschen als Mensch beginnt mit der Wirtschaft. Durch die wirtschaftliche Tätigkeit erhebt sich der Mensch

* «Zur Kritik der pol. Oek.» 1909, S. XV.

** So Böhm-Bawerk, wenn er die Produktion mit Hilfe von Produktionsmitteln als kapitalistische Produktion bezeichnet.

*** l. c. S. XV.

über das Tier. Wirtschaft im allgemeinsten Sinne des Wortes ist zweckmäßige, soziale Tätigkeit zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Dies gilt sowohl für die einfache Sammelwirtschaft der Wilden, die kommunistische Gemeinwirtschaft der barbarischen Sippe, die Sklavenwirtschaft der Antike, die feudale Wirtschaft des Mittelalters, die kapitalistische Wirtschaft der Gegenwart, wie auch für die sozialistische Wirtschaft der Zukunft. Was die verschiedenen Wirtschaftsformen voneinander unterscheidet, ist zunächst der gesellschaftliche, der soziale Rahmen, innerhalb dessen sich die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen vollzieht. Der Mensch ist von Natur aus ein geselliges Lebewesen. Je nach Maßgabe der wirtschaftlichen Entwicklung bildet er kleinere oder größere Verbände. In diesen Verbänden verselbständigt sich der Gattungscharakter des Menschen gegenüber dem Individuum. Der Einzelmensch wird zum vergesellschafteten Menschen*. Er ist nur noch ein Glied eines größern Ganzen, welches zwar aus der Verbindung mehrerer Einzelwesen entstanden, dem Einzelmenschen aber nunmehr als höhere, als soziale Macht gegenüber tritt.

Die wirtschaftliche Tätigkeit der Menschen ist abhängig von der Entwicklung der Werkzeuge, vom Stande der Technik. Das Werkzeug unterstützt den Menschen in jenem Formungsprozeß der Stoffe, den wir Produktion nennen. Jede Produktion setzt erstens Stoffe voraus, die von der Natur geliefert, in oder auf der Erdrinde, in der Luft oder im Wasser gefunden werden; zweitens menschliche Tätigkeit, d. h. Arbeit. Natur und Arbeit sind die beiden Quellen des Reichtums, der Güter**.

* «Voraussetzung jeder Gesellschaftsordnung ist der vergesellschaftete Mensch, das heißt, der Mensch auf jener Stufe, wo erstens Sprache, Bewußtsein und das Werkzeug bereits in der Horde entwickelt und zweitens die Horde selbst schon bewußte Gemeinschaft geworden ist.» (Dr. J. Karner: «Die soziale Funktion der Rechtsinstitute». Marxstudien I, S. 76). Vergesellschaftung des Menschen ist gleichzeitig Verbindung einzelner Menschen zu einer Gemeinschaft und Absonderung dieser Gemeinschaft von anderen Gemeinschaften. Die formale, erkenntnislogische Grundlage dieses Prozesses bilden die Formen des menschlichen Bewußtseins, die logischen Grundfunktionen des Trennens und Verknüpfens. Sonderung und Vereinigung (Differentiation und Integration) sind allgemeinste Entwicklungsformen der menschlichen Gesellschaft.

** «Die Arbeit ist sein Vater [d. h. des Reichtums], wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter» («Kapital» I, S. 10).

Je entwickelter die Technik, d. h. je mehr die Naturkräfte und Naturgesetze in den Dienst wirtschaftlicher Arbeit gestellt werden, umso größer ist die Produktivkraft der Arbeit. Mit gleicher Arbeitsmühe ist der zivilisierte Mensch fähig, vielleicht zehn — oder gar hundertmal mehr Güter (d. h. Gebrauchsgegenstände) zu produzieren, als der primitive Wilde*. Der Fortschritt der Technik erzwingt den Fortschritt der Arbeitsteilung. Uebung und Teilung der Arbeit erhöhen die Produktivität der Arbeit**.

Mit der Arbeitsteilung beginnen sich die Produktionszweige zu scheiden. Die primitivste Form der Arbeitsteilung, die geschlechtliche Arbeitsteilung, überläßt den Weibern die Aufzucht der Kinder, die Beschaffung und Bereitung pflanzlicher Nahrungsmittel, den Männern die Jagd, die Fischerei und den Krieg.

Mit der Trennung von Urproduktion und Gewerbe entsteht eine höhere Form der Arbeitsteilung, bis sich in der voll entwickelten Warenproduktion beinahe so viele besondere Produktionszweige entwickeln, als Warensorten auf dem Markte getauscht werden.

Die Produktion ist ihrem Wesen nach Stoff- oder Ortsveränderung. Die Natur liefert Steine, die gebrochen werden; in der Erdrinde finden sich Kohle, Erze, die abgebaut werden, Petrol, das gebohrt wird; auf der Wiese wächst Gras, welches gemäht, im Walde Holz, das gefällt wird; im Meerwasser sind Salze gelöst, welche zum Auskristallisieren gebracht werden; auf der Steppe weiden Antilopen, welche gejagt, im Meer leben Fische, die gefangen werden.

Die Werkzeuge sind Arbeitsmittel. Der Jäger braucht den Bogen, die Keule oder das Gewehr; der Fischer das Boot, die Angel oder das Netz; der Bergmann die Hacke oder den Dynamit; der Holzhacker die Axt oder die Säge; der Bauer die Sense oder den Pflug. Die Naturstoffe bilden die Arbeitsgegenstände, welche mit den Arbeitsmitteln bearbeitet werden. Das einfachste Arbeitsmittel, das einfachste Werkzeug ist die mensch-

* Das Verhältnis von Maschinenarbeit zu Handarbeit soll betragen bei Schuhen 1 : 9; bei Baumwollstoff 1 : 109; Pflügen 1 : 32; Bindfaden 1 : 119; Marmorplatten 1 : 539 etc. (Nach Chase Witte: «Tragödie der Verschwendung»). Dies sind natürlich bloß annähernde Schätzungen.

** Adam Smith: «Der Reichtum der Nationen», S. 3/4.

liche Hand. Sind die Naturstoffe aus dem natürlichen Zusammenhang der Erdrinde losgelöst worden, so bezeichnet man sie als Rohstoffe.

Wesentliche Produktionsbedingungen bilden nicht nur die mechanischen Arbeitsmittel, sondern auch Grund und Boden, Gebäude, Straßen, Kanäle etc. Wir fassen diese Produktionsbedingungen unter dem Begriff der Produktionsmittel zusammen, während Produktionsmittel und Rohstoffe als Produktivgüter bezeichnet werden können*. Der sachliche Reichtum der Gesellschaft besteht aus Produktivgütern. Diese bilden die stoffliche Grundlage des Produktionsapparates, die sachlichen Bedingungen für die Produktion der Konsumgüter. In jedem Produktionsakt vereinigen sich verschiedene Mengen von Rohstoff (resp. Naturstoff), Produktionsmittel (resp. Arbeitsmittel) und Arbeitskraft.

Das Resultat der Produktion nennen wir ein Gut. Ein Gut ist nützlich: es hat Gebrauchswert, d. h. es vermag menschliche Bedürfnisse zu befriedigen. Wenn ein Gut keinen Gebrauchswert hätte, wäre es nicht produziert worden.

Da die Produktion fast immer Aufwand menschlicher Arbeit ist, wird der Produzent trachten, seine Arbeitskraft möglichst rationell auszunützen. Die Produktion ist umso erfolgreicher, je geringer der Arbeitsaufwand und je größer die Menge der erzeugten Güter, d. h. je größer die Produktivkraft der Arbeit ist. Daher lautet das wirtschaftliche Prinzip: Die wirtschaftliche Tätigkeit ist umso wirtschaftlicher, je größer der wirtschaftliche Erfolg, je kleiner der wirtschaftliche Aufwand. Die verallgemeinerte Fassung des wirtschaftlichen Prinzips ist nichts anderes als ein Ausdruck des physikalischen Energieprinzipes, der sich deckt mit der von Gauß geprägten Formulierung des Energieprinzipes als eines Prinzipes der kleinsten Wirkung. Aber in solcher Verallgemeinerung wird das wirtschaftliche Prinzip zur platten Tautologie.

Die Güter werden für den Verbrauch, für die Konsumation produziert. Die Distribution, die Verteilung der Güter, ist abhängig von der Wirtschaftsform. Die Produktion bildet die Grundlage des sozialen Lebens, sie bestimmt letzten Endes auch Distribution und Konsumation: erstens ist die Produktion Konsumation der Produktivgüter, zweitens entscheidet die Produktion über die Stellung des Einzelnen im wirtschaftlichen Leben und damit über seinen Anteil an den Gütern, d. h. über die Distribution, und drittens ist die individuelle Konsumation durch die Distribution* bestimmt und gegeben.

Den wirtschaftlichen Grundbegriffen entsprechen rechtliche Grundbegriffe. Das Recht ist die soziale Ordnung der Produktionsverhältnisse. Gemeinsame Produktion bedingt Gemeineigentum, individuelle Produktion Privateigentum. Die rechtliche Entwicklung läuft der wirtschaftlichen parallel. Aber es ist nicht das Recht, der Eingriff der organisierten Macht der Gesellschaft, des Staates in die Wirtschaft, das die Bedingungen der Wirtschaft schafft, sondern die Wirtschaft erzwingt entsprechend ihren Bedürfnissen jene Rechtsordnung, deren sie zu ihrer Entfaltung bedarf. Die Wirtschaft bildet den Inhalt, das Recht die Form des sozialen Lebens. Das Recht vermag wohl die wirtschaftliche Entwicklung zu hemmen, kann ihr aber nicht dauernd das Gesetz vorschreiben.

In seiner Studie: «Die soziale Funktion der Rechtsinstitute» hat Dr. J. Karner** (Marxstudien I) das Problem der wechselseitigen Beziehungen von Recht und Wirtschaft eingehender Analyse und Kritik unterzogen. Dr. Karner beschränkt sich auf die Untersuchung des Funktionswandels des Eigentums, um die konkrete Frage zu klären, ob die Wirtschaft das Recht oder das Recht die Wirtschaft bestimme.

* Wir weichen damit in terminologischer Beziehung bewußt von Marx ab, doch glauben wir diese Abweichung, welche sich dem Sprachgebrauch des täglichen Lebens angleicht, verantworten zu können. Marx bezeichnet Grund und Boden, Werkzeuge, Maschinen etc. als Arbeitsmittel, Natur- und Rohstoffe, Halbfabrikate etc. als Arbeitsgegenstände, Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände als Produktionsmittel. Da aber im Sprachgebrauch meistens Produktionsmittel und Rohstoff einander begrifflich gegenübergestellt werden, glauben wir unsere Terminologie vorziehen zu müssen. Stellt man sich auf den Boden der Marx'schen Terminologie, so ist unter Produktionsmittelindustrie der ganze Komplex der anorganischen und organischen Urproduktion, nebst der mechanischen und chemischen Großindustrie zu verstehen, (umfaßt also Produktionszweige ganz ungleichartiger organischer Zusammensetzung!), während unsere Begriffsbestimmung nur die mit der mechanischen und chemischen Großindustrie zusammenhängenden Zweige der Urproduktion zur Gruppe der Produktionsmittelindustrien zusammenschweißt.

* In Produktionsformen, welche der Warenproduktion vorangehen, ist die Distribution sozial geregelt; die kapitalistische Warenproduktion kennt nur noch die Distribution auf Grund des Marktverkehrs.

** Dr. Karl Renner.

Karner untersucht «das Rechtsinstitut — vor allem das Eigentum — nach seinen zwei Seiten, nach seinem juristischen und dem ökonomischen Charakter». So unterscheidet er den Normbestand des Eigentums von seinen sozialen Funktionen (l. c. S. 66)

«Alles Recht ist Willensbezeichnung, vor allem Unterwerfung des Eigenwillens unter den Gesamtwillen» (l. c. S. 68). «Nur dann, wenn man eine bestimmte Gesellschaftsordnung als ruhend, in einem Zeitpunkt, fixiert betrachtet, kann man von einer wechselseitigen Abhängigkeit des Rechtsinstitutes und des Wirtschaftsprozesses sprechen. Beide in ihrer Einheit bilden eben eine Wirtschaftseinrichtung» (l. c. S. 74).

Anders stellt sich uns das Verhältnis von Recht und Wirtschaft dar, wenn Recht und Wirtschaft im Fluß der Entwicklung beobachtet werden.

«Ein Rechtsinstitut ist ein Normenkomplex. Ist dieser im Wandel der Wirtschaftsordnungen konstant geblieben, hat sich aber die Funktion desselben geändert, erweitert, verengert oder ist sie ausgefallen, so liegt Funktionswechsel vor» (l. c. S. 81).

In der einfachen Warenproduktion ist die Rechtsform der adäquate Ausdruck der Wirtschaftseinrichtung:

«In der Blütezeit der handwerksmäßigen Produktion besteht die Stadt der Regel nach aus Einfamilienhäusern. Die ganze Poesie des Hauses geht zurück auf jene Zeit, es hat in Schillers «Lied von der Glocke» seinen unsterblichen Hymnus. «Haus» bezeichnet die Familie, bezeichnet die Beschäftigung (Handlungs-, Geschäftshaus), das Vermögen. Es bezeichnet nicht nur Gebäude, sondern als pars pro toto Betrieb und Menschen. In dieser Epoche ist «Eigentum» nicht bloße logische Rechtsform, sondern eines Menschen Eigentum, sein Erb und Eigen ist Haus und Hof mit allem was dazu gehört, ein ganz bestimmter Sachenkomplex in seiner Gänze, wo heute der Jurist eine Summe von Eigentumsobjekten findet.

Dieses «Eigen» einer Person bietet dem Herrn und seinen Hausgenossen die Stätte der Produktion: Werkstatt und Materialmagazin, Spinn- und Nähstube, Hausgarten und sonstigen Ackerboden, in der Regel eine Parzelle des Stadtwaldes; es bietet die Stätte des Warenumsatzes: den Gassenladen — und da das Handwerk Kundenproduktion ist, vollzieht sich in einem Akt Kauf und Verkauf, die Realisation des Wertes und Mehrwertes, die ganze Distribution; dieses Eigen ist zugleich Stätte und Anstalt des Konsums, also Wohnung, eigener Herd, Vorratskammer und Keller.»

«Aehnlich stand es mit dem Hof des Bauern auf dem Lande. Haus und Hof gelten hier als Typus, dem das Rechtsinstitut bewußt oder unbewußt angepaßt war. Für jedes Land ist der Zeitpunkt dieser Anpassung verschieden historisch feststellbar.»

Vergleichen wir damit die Gegenwart. «Das Recht des Eigentums ist dasselbe geblieben . . . Normwandel liegt nicht vor*.»

«Tatsächlich aber hat sich so viel geändert, daß es überrascht, wenn wir's überdenken. Das Einfamilienhaus, der ganze es durchwebende Mikrokosmos ist buchstäblich in Stücke geschlagen.

Wir haben kein Haus mehr, wir haben nur eine Wohnung — der Heimbegriff reduziert sich auf eine bestimmte Haus- und Türnummer: als Wohnende sind wir glücklich expropriiert.

Was tritt nun an Stelle des Einfamilienhauses? Das erste Stück davon, die Werkstatt, ist losgerissen, ein treibender Block — im günstigsten Fall im Souterrain, wenn die Wohnung im 1. Stocke liegt. In der Regel sind die Werkstätten konzentriert zur Fabrik. Ebenso der Materiallagerraum, die Spinn- und Nähstube. Die Hausgärtchen sind draußen in der Stadtperipherie konzentriert in den Gemüsegärtnereien, ebenso der «Hausacker», der Hauswald — die Gassenläden sind losgerissen oder konzentriert in Warenmagazinen, die Wohnräume sind konzentriert in Zinshäusern, die Vorratskammern in Delikatessengeschäften, die Keller und zum Teil bereits die Herde in Restaurants.

Aber weiter: die Kinderstuben sind konzentriert in öffentlichen Anstalten: Kindergärten, Kinderasylen, Schulen, Pensionaten — die Alterstübchen in Versorgungshäusern, die Krankenbetten in Anstalten, Geselle und Lehrling leben außer der Hausgenossenschaft. Selbst die Schwiegermütter sind erbarmungslos ausquartiert.

Was also sinnfällig wird, ist die Umwälzung in den Eigentumsobjekten. Der dingliche Mikrokosmos ist aufgelöst.

Aber diese dingliche Verschiebung war nicht möglich ohne faktischen Subjektwechsel. Das «Eigen», das «Erb und Eigen» der einfachen Warenproduktion, mußte mit seiner sachlichen Lösung sich auch von der Person des Eigners stückweise lösen. Diese Subjektsverschiebung ist von seiten des Eigners juristisch Veräusserung, von seiten des Erwerbers Aneignung. Sie ist nicht vom Gesetz erzwungen, sondern faktische Expropriation und Appropriation. Nur in diesem Sinne der faktischen, nicht gesetzlichen Subjektsverschiebung im Eigentum sowohl wie in andern verwandten Rechtsinstituten gebraucht Marx den Ausdruck

* l.c. S. 88.

Expropriation, nur in diesem Sinne will er verstanden sein.

Welche natürlich-gesellschaftlichen Gesetze (keineswegs Rechtsnormen!) diese Evolution bewirkt haben, hat Karl Marx bis ins Detail nachgewiesen. Auch er geht — wie wir nach seinem Beispiel — von der einfachen Warenproduktion aus und weist zunächst nach, daß sich bei ihr alle Waren nach ihrem Werte austauschen müssen, das heißt, nach der auf sie verwendeten durchschnittlich gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit, daß hier weiters Preis und Wert sich der Regel nach decken. Gehen doch auf dieser wirtschaftlichen Stufe Boden, Naturstoff und eigene wie fremde Arbeitskraft in annähernd gleichem Verhältnis ein, so daß alle Produktionsbedingungen ununterschieden bleiben, Wert und Mehrwert, Grundrente, Profit, kurz alle ökonomischen Kategorien sich reduzieren auf Arbeit und Arbeitsertrag. Auf jener Stufe springt auch die Tatsache, daß die Arbeit allein Wert bildet, Werte schafft, in die Augen.

Die eigentliche Denkertat beginnt bei Marx erst dort, wo er den notwendigen Uebergang der einfachen Warenproduktion in die kapitalistische Produktionsweise aufzeigt und diese selbst analysiert. Diese Analyse hat zugleich eminenten rechtshistorischen Wert. Sie hat ihm die Wahrheit erschlossen, daß der Wandel ihrer sozialen Funktion die Norm in letzter Folge umwälzen muß, daß das Recht bestimmt wird durch die ökonomischen Verhältnisse.»

Karner deckt in feinsinniger Analyse die Umwandlungen der Funktion des Familienrechtes, des Erbrechtes u. s. w. auf, worauf wir leider nicht näher eintreten können. Als Resultat der Karner'schen Studie können wir festhalten:

«Das Eigentumsinstitut hat, wie wir gesehen, eine reiche Entfaltung in verhältnismäßig kurzer Zeit genommen, hat eine völlige Umwälzung mitgemacht, ohne daß es in seiner juristischen Natur sich geändert hätte. Diese Tatsache beweist zunächst das eine: Wandlungen der Gesellschaft sind möglich ohne gleichzeitige Wandlung des Rechtssystems. Sicherlich erscheint die eine These erwiesen: Nicht das Recht verursacht die wirtschaftliche Entwicklung. Alle vorgeführten Beispiele zeigen, daß eine bestimmte historisch gegebene Rechtsordnung hier Voraussetzung und Bedingung, aber nicht Ursache der Veränderung gewesen. Die an ein bestimmtes historisches Substrat, an die einfache Warenproduktion angepaßte Rechtsordnung, deren Sinn und Bedeutung durch dieses Substrat gegeben ist, welche dieses Substrat festzuhalten und zu binden bestimmt gewesen, diese Rechtsordnung verhindert nicht den Wandel des Substrats. Die Materie des sozialen Lebens, die Erhaltung und Reproduktion

der Art verändert bei gleichbleibender Rechtsform völlig den Charakter, die Rechtsform ist nicht die verändernde Ursache. Es ändert sich die soziale Funktion der Rechtsinstitute ohne deren juristische Aenderung.»

Während die Wirtschaft sich auf Grund immanenter Gesetze entwickelt, kann sich das Recht nur in Form eines revolutionären Aktes dem sozialen Funktionswandel anpassen. «Das Recht ist freie Tat der ihrer selbstbewußten Gesellschaft» (l. c. S. 191). Das Recht kann stets nur Hemmschuh, weil bedingende Form der Wirtschaft sein, das Recht ist aber niemals kausal bestimmender Entwicklungsfaktor.

Die sozialrechtliche Richtung, welche Stammler und K. Diehl in der Nationalökonomie vertreten, tritt dieser Auffassung entgegen.

«Die Nationalökonomie hat nicht den Ausgangspunkt zu nehmen von den menschlichen Individuen, die mit gewissen Naturtrieben oder nach gewissen ökonomischen Prinzipien ihre Tätigkeit ausüben, sondern wir müssen ausgehen von einer bestimmten sozialen Ordnung, durch die das wirtschaftliche Leben geregelt wird*.» «Alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen sind zugleich Erscheinungen der Rechtsordnung.**» «Alle (! ? D. V.) nationalökonomischen Begriffe sind nur unter der Voraussetzung einer bestimmten Rechtsordnung verständlich***.» Allerdings gesteht Diehl zu, daß es auch Gesetze gebe, welche untauglich seien, das Wirtschaftsleben zu regeln. «Wo Geist und Sinn der Bevölkerung einer gesetzlichen Regelung widerstreben, werden die Gesetze wirkungslos bleiben****.»

Diehl hat, wie auch schon Stammler, von Marx den Begriff des vergesellschafteten Menschen übernommen. Er bleibt aber, wie Stammler, in der Anerkennung der materialistischen Geschichtsauffassung auf halbem Wege stehen. Schließlich sieht sich allerdings auch Diehl gezwungen, die Ohnmacht des Gesetzgebers gegenüber gewissen Verhältnissen anzuerkennen. Diese Machtlosigkeit des Gesetzgebers wird aber von Diehl nicht auf das Primat der Wirtschaft, sondern auf den widerstrebenden Geist der Bevölkerung zurückgeführt, womit Diehl wieder glücklich bei der ideologischen Geschichtsauffassung***** landet.

* K. Diehl: «Theoret. Nationalökonomie», 1. Bd. S. 9.

** l. c. Seite 40.

*** l. c. Seite 41.

**** l. c. Seite 44.

***** Unter dem Sammelbegriff der ideologischen Geschichtsauffassung fassen wir im Gegensatz zur materialistischen Geschichtsauffassung alle

Die Begriffe Produktion, Produktionsmittel, Konsumation, Gut etc. sind wirtschaftliche Allgemeinbegriffe. Die Begriffe Ware, Geld, Markt, Preis, Kapital, Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft etc. beschreiben dagegen historische Wirtschaftsverhältnisse. Wir werden auf diese letzteren Begriffe daher eingehend in den geschichtlichen und theoretischen Betrachtungen eintreten. Vorläufig sei es uns an Hand eines kurzen anschaulichen Vergleichs der deutschen Volkswirtschaft in den Jahren 1800 und 1920* vergönnt, ein erstes oberflächliches Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten hundert Jahre zu zeichnen.

Deutschland zählte im Jahre 1800 etwa 24 Millionen Einwohner gegen rund 67 Millionen im Jahre 1920. Auf den Quadratkilometer bezogen 45 gegen 125 in der Gegenwart. Ein knappes Viertel wohnte in den Städten, mehr als drei Viertel waren auf dem Lande, in Dörfern angesiedelt. Einzig Berlin wies 1800 über 150 000 Einwohner auf. Im damaligen Preußen, das auch das Herzogtum Warschau umfaßte, wurden 1016 Städte gezählt. Drei, nämlich Warschau, Breslau und Königsberg, besaßen etwas über 50 000 Einwohner. Das städtische Leben war keineswegs mit dem heutigen Stadtleben zu vergleichen. Auch der Städter betrieb neben seinem Handwerk landwirtschaftliche Produktion. Die Landwirtschaft bildete den Haupterwerbszweig der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung. Nur ca. 20% der Bevölkerung waren ausschließlich gewerblich tätig.

Auch das Landschaftsbild unterschied sich ganz wesentlich von demjenigen der Gegenwart. Nur auf wenigen Strecken gepflasterte Straßen (1816 waren im Königreich Preußen erst 523 Meilen Chausseen vorhanden gegenüber 10 000 Meilen auf demselben Gebiet in der Gegenwart). Einzelne Provinzen kannten Chausseen nur vom Hörensagen. Die Postwagen erstickten im Sommer im Staub und versanken im Winter im Morast. Die Fahrzeiten der Post waren dementsprechend. Von Berlin fuhr man

jene geschichtsphilosophischen Systeme zusammen, welche das Entwicklungsgesetz der Geschichte auf ideologische Faktoren, wie das Recht, den Zeitgeist, die Philosophie, die Geschichtsheroen, religiöse Strömungen u. s. f. k a u s a l begründen wollen. Spenglers «Untergang des Abendlandes» dürfen wir als einen letzten Versuch des absterbenden bürgerlichen Kulturbewußtseins betrachten, die Entwicklung der Gegenwart auch ideologisch zu bemeistern.

* In Anlehnung an Sombart, «Die deutsche Volkswirtschaft im 19. Jahrhundert».

nach Leipzig anderthalb, nach Breslau 4, nach Königsberg 7 Tage. Um den schlechten Gasthöfen und Herbergen auszuweichen, reiste man viel mehr des Nachts als heute. Ueber 300 Fürsten und Fürstchen erhoben um das Jahr 1800 auf dem Gebiete des deutschen Reiches ihre Zölle und Abgaben. Der Zollplackerei entsprach die Münzplage. Jedes Fürstentümchen schlug eigene Münzen. Reiches Heide- und Weideland begleitete den Reisenden auf langen Strecken. Oft umfing kühler Waldschatten den Wanderer. Der Wald lieferte der Bevölkerung viel mehr als heute die unentbehrlichsten Rohstoffe, war doch die ganze damalige Kultur im Gegensatz zur heutigen Eisen- und Metallkultur eine Holzkultur. Holz war die Feuerung; aus Holz waren die Häuser, die Brücken und Stege; aus Holz waren die Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens, die Badwanne, die Milch- und Bierkanne, das Waschfaß, der Löffel.

Das Kulturland war in kleine Lose zerlegt, welche sich zu einheitlichen entweder brachliegenden oder mit der gleichen Frucht bestellten Gruppen ordneten (Dreifelderwirtschaft). Die Kornfelder waren mit gelben Rapsbeeten und blauen Flachsfeldern durchsetzt.

Das Leben und die Lebensgewohnheiten in den Städten und Dörfern waren einfach und bescheiden. Das Pflaster der städtischen Straßen holprig und mit Unrat bedeckt. Eine nächtliche Beleuchtung fehlte. Mit Einbruch der Dunkelheit erstarb das Leben auf den Straßen. Nur der Ruf des Nachtwächters kündete die nächtliche Stunde. Aber auch am Tage war der Verkehr auf den Straßen selbst einer Stadt wie Berlin gering. Es gab ja keine Schauläden zu bewundern, keine Arbeiter- und Angestelltenheere hatten ihre Arbeitsstätte fern vom Wohnort aufzusuchen.

Die produktive Tätigkeit des Handwerkers spielte sich in seinem Hause ab, ebenso das Familienleben. Unter den Massen des Volkes herrschten Not und Elend. In Mißjahren brachen Hungersnöte aus. Auch in den Kreisen der Großbauern, Händler und Krämer ging es bescheiden zu. Von luxuriöser Lebenshaltung konnte höchstens bei einigen Familien des hohen Adels die Rede sein. Dem entsprach die geistige Kultur literarisch-ästhetisch-philosophischer Richtung.

Nur ein Bruchteil der produzierten Güter gelangte als Waren auf den Markt. Die Produktion war zur Hauptsache noch Eigen- oder Bedarfsproduktion.

«Treten wir in eine Bauernwirtschaft ein, so finden wir naturgemäß zunächst den Nahrungsbedarf fast ausschließlich noch in eigener Wirtschaft gedeckt. Hie und da funktioniert der Hausschlächter; doch ist er oft ganz entbehrlich und groß ist die Menge des geschlachteten Viehs in der Wirtschaft des Bauern nicht. Das Getreide wird den über das ganze Land verstreuten Wasser- und Windmüllern zum Vermahlen und Verschroten übergeben. Gegen einen naturalen Anteil am vermahlenen Getreide — meist den 16. Scheffel — selten gegen einen Mahllohn in bar, verrichtet der Müller seine Arbeit. Das Mehl wird entweder im eigenen Hausbackofen verbacken oder der Brotteig wird daheim zubereitet und dem Bäcker im Dorf zur Fertigung übergeben . . . Der Wohnungsbedarf ist gering. Noch dominieren das Lehm- und das Holzhaus, neben dem Fachwerkbau . . . Was an Rohmaterial gebraucht wird, liefert die Dorfgemarkung: Der Gemeindewald das Holz, der eigene Grund und Boden oder der des Nachbars oder der Gemeinde die Bruchsteine, Lehm und Sand, das Stroh die eigene Wirtschaft. Gebaut wird allein oder mit Hilfe einiger Dorfgenossen, denen gelegentlich ein Gegendienst geleistet wird. Nötigenfalls bietet ein Zimmerer oder Maurer oder Glaser, der von Dorf zu Dorf pilgert, seine Dienste gegen naturale Verpflegung und einen bestimmten Geldlohnsatz an . . . Die eigene Wirtschaft und die Arbeit der Familie liefern dem Bauern auch noch den größten Teil der Kleidung, deren er bedarf. Ganz allgemein wird Flachs oder Hanf angebaut. Den Flachs bringt man zum Seiler . . . Die Spinnstube des Dorfes ist der Ort, wo Flachs und Wolle versponnen werden. Das Gespinst wandert auf den eigenen Webstuhl im Bauernhaus oder zum Dorfweber . . .»*. Wo die Kunst der Frau in der Fertigung der Kleidungsstücke versagt, erscheint der Schneider auf der Stör.

Auch die Gutswirtschaft deckte noch einen wesentlichen Teil ihres Bedarfes an gewerblichen Erzeugnissen im Rahmen der Eigenproduktion. Nur in den städtischen Familien war die eigenwirtschaftliche Produktion, was namentlich Beschaffung der Lebensmittel und Deckung des Wohnungsbedürfnisses anbetrifft, erheblich eingeschränkt. Aber auch da wurde noch in vielen Familien der Brot- und Kuchenteig im Hause geknetet und dem Bäcker gegen Lohn zum Verbacken übergeben. Die Hausfrau stapelte in Keller und Speicher Zuspeisen und Gemüse auf, kochte Seife, zog Lichter, braute Bier, wob selbstgesponnene Leinwand.

Der Außenhandel war klein. Deutschland war noch ein Getreide- und Lebensmittel ausführendes Land, ein Agrarstaat.

* Sombart l. c. Seite 30 ff.

«Nach einer Berechnung Raus soll der Wert der Einfuhr in die deutschen Staaten im Jahre 1842 188,67 Mill. Taler, also rund 566 Mill. Mark*, der der Ausfuhr 162,9 Mill. Taler oder 488,7 Mill. Mark betragen haben»**.

Die Preise der gewerblichen Erzeugnisse waren hoch, die Preise der Bodenprodukte entsprechend den billigen Bodenpreisen und geringen Arbeitslöhnen niedrig. Rund ein Viertel der Ausfuhr entfiel auf Nahrungsmittel und Rohstoffe. Ende der 30er Jahre führte Deutschland besonders Fertigfabrikate solcher Industrien aus, deren Rohstoffe in Deutschland gewonnen wurden: Baumwoll-, Woll-, Leinwand-, Seiden-, Holz- und Kurzwaren, Töpfereien. Garne, Roh- und Gußeisen mußten in beträchtlichen Mengen eingeführt werden.

Den primitiven Wirtschaftsverhältnissen entsprach die Wirtschaftsverfassung. Die Bauernwirtschaft war, wo nicht Feudalismus und Grundherrschaft umwälzend eingegriffen hatten, noch in die Markgenossenschaft und den Flurzwang der Dorfgemeinde eingegliedert. Der Bauer besaß am Grund und Boden der Gemeinde wohl Nutzungs-, aber nicht das Eigentumsrecht. Die Aeltesten der Dorfgemeinde stellten den für das ganze Dorf gültigen Wirtschaftsplan auf, bestimmten den Anbau der Frucht auf den verschiedenen Teilen der Dorfflur, setzten fest, wann der Acker zu bestellen, wann er zu ernten war, regelten den gemeinsamen Weidegang des Viehs, wie dies auch heute noch in manchen Gegenden, wo sich die alte Markgenossenschaft erhalten konnte, geschieht.

Der Feudalismus legte dem Bauern entweder grundherrliche oder gutsherrliche Abgaben und Lasten auf. Die grundherrlichen Lasten änderten an der Organisation der Dorfgemeinde nur wenig, da der Bauer bloß gehalten war, dem Grundherrn einen bestimmten Bruchteil seines Produktionsertrages abzutreten. Anders die gutsherrlichen Lasten. Diese bestanden in Frondiensten. Der Bauer wurde schollenpflichtig oder hörig. Der Bauer wird in der Gutsherrschaft Produktionsinstrument der Gutswirtschaft. Die Rechte an die Markgenossenschaft verkümmern. Der Wald, die Allmend gehören dem Gutsherrn. Dem Bauern steht nur noch ein beschränktes Bezugsrecht an Bau- und Brennholz, ein dem des Gutsherrn untergeordnetes Weiderecht auf der Allmend zu. Diese Gutswirtschaft besaß größere Verbreitung hauptsächlich im

* Vorkriegsmark.

** l. c. Seite 39.

Osten Deutschlands, während die grundherrliche Verfassung mehr den Süden und Westen Deutschlands beherrschte.

Auch das Gewerbe kannte die soziale Bindung durch die Zunftordnung. Was über den Rahmen des zunftmäßigen Handwerkes hinausging, trug noch keineswegs den Charakter der modernen Industrie. Die industriellen Betriebe waren im Grunde kaum etwas anderes als eine Art Handwerk im Großen. Die Industrie siedelte sich daher auch zunächst außerhalb der Stadt, in der Nähe von Wasserläufen an, um erst mit dem Fall der Zunftsverfassung bestimmend in die Gestaltung des städtischen Lebens einzugreifen.

Stellen wir diesem Bilde der Wirtschaft im deutschen Reich vor hundert Jahren die Gegenwart gegenüber, so ist der Gegensatz schlagend. Deutschland ist zum Industriestaat geworden. Das Verkehrswesen hat eine ungeheure Entwicklung erfahren: Eisenbahn, Straßenbahn, Omnibus, Auto, Untergrundbahn, Flugverkehr, Post, Telegraph, Telephon und Radio. Die Industrie hat sich gewaltig entwickelt. Von der Schwerindustrie über die Maschinen- und chemische Industrie bis zur Fertigwarenindustrie. Die Landwirtschaft ernährt nur noch einen Viertel des deutschen Volkes. Die Mehrheit der Bevölkerung ist in Großstädten zusammengeballt. Welt-, Außen- und Binnenhandel nehmen immer größeren Umfang an. Kreditinstitute und Banken erwerben bestimmenden Einfluß auf die Gestaltung des Wirtschaftslebens. Diese gewaltige Veränderung ist das Werk des Kapitalismus. In wenigen Jahrzehnten hat das Wirtschaftsleben der zivilisierten Völker eine Umwandlung erfahren, wie Jahrhunderte und Jahrtausende sie nicht kannten. Den Quellen dieser ökonomischen Revolution nachzuspüren, wird unsere wesentliche Aufgabe sein.

§ 4. Methoden und Aufgaben der Wirtschaftswissenschaft.

Die Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft ist sowohl beschreibender als auch erklärender Natur. Induktiv von den Tatsachen ausgehend, muß die Wirtschaftswissenschaft zu allgemeinen Gesetzen aufsteigen, um hierauf deduktiv aus diesen Gesetzen den Ablauf der Entwicklung gedanklich abzuleiten, damit so die Gesetze mit der Erfahrung verglichen werden können. Gerade die Theorie wird sich mit Vorteil der deduktiven Darstellung bedienen, wenn sie auch ihre Resultate vorerst induktiv gewonnen und gesichert hat.

> «Allerdings muß sich die Darstellungsweise formell von der Forschungsweise unterscheiden. Die Forschung hat den Stoff sich im Detail anzueignen, seine verschiedenen Entwicklungsformen zu analysieren und deren inneres Band aufzuspüren. Erst wenn diese Arbeit vollbracht, kann die wirkliche Bewegung entsprechend dargestellt werden. Gelingt dies und spiegelt sich nun das Leben des Stoffes ideell wieder, so mag es aussehen, als habe man es mit einer Konstruktion a priori zu tun*».

Die Aufgabe der Wirtschaftsbeschreibung übernimmt nach ihrer zeitlichen Reihenfolge die Wirtschaftsgeschichte, nach ihrer räumlichen Seite die Wirtschaftsgeographie. Beide Disciplinen ergänzen sich gegenseitig, zerfallen aber hinwiederum in mehrere Unterabteilungen. Aus praktischen Gründen empfiehlt sich die Sonderung in Wirtschaftsgeschichte im engeren Sinne des Wortes und Geschichte der Wirtschaftspolitik. Die erklärende Aufgabe der Wirtschaftswissenschaft leistet die Wirtschaftstheorie. Da auch die Wirtschaftstheorie ihre Geschichte hat, wird die Theorie ergänzt durch die Geschichte der Theorien, die Dogmengeschichte.

Es ist allerdings nicht möglich, die nationalökonomische Disciplin widerspruchslos in obige Einteilung aufzuteilen. Das eine Gebiet greift in das andere über: Die Wirtschaftstheorie kann die Wirtschaftsgeschichte nicht entbehren; die Wirtschaftspolitik empfängt ihre Ziele und Formulierungen von der Wirtschaftstheorie; die Dogmengeschichte ist teilweise eine Repetition der Geschichte der Wirtschaftspolitik; die Wirtschaftsgeographie ist nur fruchtbar in Verbindung mit der Wirtschaftsgeschichte.

Daher läßt sich die Wirtschaftswissenschaft auch nach anderen Gesichtspunkten gliedern. So trennt z. B. der bekannte «Grundriß» von Philippovich die Nationalökonomie in theoretische und praktische Nationalökonomie. Die theoretische Nationalökonomie umfaßt bei Philippovich sowohl Wirtschaftstheorie, Dogmengeschichte, als auch Wirtschaftsgeschichte, während die praktische Nationalökonomie in Entwicklung und Darstellung der Wirtschaftspolitik ihren Inhalt findet. Doch scheint uns der Begriff praktische Nationalökonomie nicht glücklich geformt zu sein.

* Vorwort zur 2. Auflage des «Kapitals», 1. Bd., S. XVII.

Wenn wir unsere Einteilung noch einmal übersichtlich zusammenfassen, so gelangen wir zu nachfolgender Aufstellung:

a) Beschreibende Wirtschaftswissenschaft:
   1. Wirtschaftsgeographie.
   2. Wirtschaftsgeschichte.
   3. Geschichte der Wirtschaftspolitik.
   4. Spezielle Wirtschaftslehre.

b) Erklärende Wirtschaftswissenschaft:
   1. Wirtschaftstheorie (verschiedener Wirtschaftsstufen).
   2. Dogmengeschichte.

Die Krönung dieses wissenschaftlichen Gebäudes bildet die Vereinigung von Wirtschaftspolitik und Wirtschaftstheorie in der

c) Theorethischen Wirtschaftspolitik:
   1. Sozialpolitik.
   2. Industriepolitik.
   3. Gewerbepolitik.
   4. Agrarpolitik.
   5. Verkehrspolitik.
   6. Handelspolitik.
   7. Finanzpolitik.
   8. Bevölkerungspolitik.
   9. Sozialisierung.

§ 5. Die Hilfswissenschaften der Wirtschaftswissenschaften.

Die Wirtschaftswissenschaft bedient sich der Ergebnisse einer Reihe verwandter Wissenschaften, welche entweder als Hilfswissenschaften im engeren Sinne oder als ergänzende Wissenschaften bezeichnet werden können. Die Statistik sucht wirtschaftliche Erscheinungen zahlenmäßig zu erfassen. Sie bildet eines der unentbehrlichsten Hilfsmittel der Wirtschaftswissenschaft.

Befruchtende Belehrung zieht die Wirtschaftswissenschaft auch aus den mehr technologischen Disziplinen Betriebslehre, Privatwirtschaftslehre, Handelslehre, Warenkunde und Technologie. Betriebs- und Wirtschaftslehre führen in Organisation und Aufbau kaufmännischer Betriebe und deren Verwaltungspraxis ein. Handels- und Warenkunde vermitteln die Kenntnisse der Handelswege, Handelsgewohnheiten und Eigenschaften der Waren. Die Technologie umfaßt die Beschreibung der Produktionsvorgänge vom technischen Standpunkt aus.

Jurisprudenz, Geschichte, Geographie und Psychologie berühren sich in manchen Punkten eng mit der Wirtschaftswissenschaft. Die Gesellschaftswissenschaft oder Soziologie erhebt den Anspruch, als philosophische Disciplin zu gelten, ist aber ihrem wesentlichen Inhalt nach durch die materialistische Geschichtsauffassung erschöpft.

III. Wirtschaftstheorie.

A. Theorie des Kapitals.

§. 6. Wert-, Geld- und Preistheorie.

Nach Marx wird ein Gut zur Ware, wenn es zum Zwecke des Austausches produziert wird. Der kapitalistische Unternehmer produziert unabhängig von anderen Produzenten. So vermag sich der gesellschaftliche Zusammenhang, der die Voraussetzung nicht nur der Arbeitsteilung, sondern der Existenz der Gesellschaft überhaupt bildet, nur im Austauschprozeß der Waren durchzusetzen. Unter der Herrschaft der Warenproduktion wird der Warenmarkt zum Regulator des gesellschaftlichen Zusammenhanges. Im Austauschprozeß verdinglichen sich die sozialen Beziehungen der Produzenten. Der Austausch spiegelt die Stellung der Tauschenden wieder. Mit den Veränderungen der sozialen Beziehungen der Tauschenden ändert sich auch das Tauschverhältnis der auszutauschenden Waren. Der Fortschritt vom einfachen Wertgesetz zum entwickelten Produktionspreisgesetz entspricht dem Fortschritt von der einfachen Warenproduktion zur entwickelten kapitalistischen Warenproduktion*. Das einfache Wertgesetz bildet ebensosehr die logische Grundlage des Preisgesetzes des entfalteten kapitalistischen Austauschprozesses, wie die einfache Warenproduktion die historische Voraussetzung der kapitalistischen Produktionsweise darstellt**.

* Das Wertgesetz wurde von Marx im 1. Bande des «Kapitals», das Produktionsgesetz im 3. Bande des «Kapitals» entwickelt. Die genaue begriffliche Bestimmung des Inhaltes der Tauschgesetze, sowie die Bedeutung solcher Begriffe wie einfacher Warenproduktion, Kapital etc. kann sich uns erst im Laufe der theoretischen Entwicklung erschließen.

** Eingehende Begründung dieses Gesichtspunktes siehe § 14. Unseren dortigen Ausführungen vorgreifend, erwähnen wir hier nur kurz einige wichtige und entscheidende Stellen von Marx: «Die Verwandlung der Werte in Produktionspreise ist nur Folge und Resultat der Entwicklung der kapitali-

Der Austausch von Gütern, die Entstehung der Ware* setzt in der Naturalwirtschaft an den Grenzen der naturwüchsigen kommunistischen Gemeinwesen als Grenzhandel ein. Zunächst ist der Austausch von Gütern ein zufälliger. Nur die Ueberschüsse der Produktion gelangen zum gelegentlichen Austausch. Innerhalb der einzelnen Gemeinwesen erhält sich noch lange die ursprüngliche, naturalwirtschaftliche Produktionsweise. Bloß langsam und allmählich dringt die Ware in den wirtschaftlichen Stoffwechsel der einzelnen Gemeinwesen ein. Dieser Prozeß ist auch in der Gegenwart noch zu beobachten. Ueberall, wo der Europäer seinen Fuß hinsetzt, um Kolonialpolitik und Kolonialhandel zu treiben, begleiten sein Wirken die Spuren restloser Zerstörungsarbeit an den naturwüchsigen Produktionsverhältnissen vorkapitalistischer Gemeinwesen.

Der einfache Warenaustausch folgt keinen eindeutigen Gesetzen. Als regelmäßig sich wiederholender Vorgang ist auch der einfache Warenaustausch nur denkbar, wenn von den Tauschenden gewisse Regeln innegehalten werden. Der Tausch setzt die gegenseitige Unabhängigkeit der Tauschenden voraus. In der gebundenen Naturalwirtschaft der kommunistischen Gemeinwesen ist der einzelne Produzent innerhalb der Gemeinde, der Sippe oder dem Stamm sozial gefesselt. Zwar gewährt ihm der soziale Verband unbedingten Schutz gegen Angriffe von Gliedern anderer sozialer Verbände (Blutrache), dies aber nur, sofern er sich ebenso bedingungslos den Lebensgesetzen seiner Gemeinschaft unterwirft. Außerhalb der sozialen Gemeinschaft ist der Einzelne «vogelfrei». Als freie Eigentümer von Gütern können sich die Tauschenden daher nur außerhalb der kommunistischen Gemeinwesen gegenüber treten, sei es als bevollmächtigter Vertreter dieser Gemeinwesen* selbst, sei es als Einzelperson. Durch das Wachstum und die Fixierung der Bedürfnisse wird dieser Grenzhandel zur regelmäßigen Institution. Er ermöglicht den wiederholten Ausgleich ungleicher Naturgaben**. Der Handel vermag daher immer wieder den Raub, diese primitivste Form der Aneignung fremder Güter, zu verdrängen.

Oft nimmt der Grenzhandel die Form des stummen Handels an, mit Vorliebe dann, wenn fremdartige Kulturkreise (Europäer und Wilde) oder feindliche Stämme aufeinanderstos-

* Siehe u. a. F. Engels: «Die Entstehung der Familie».

** Eine große Rolle spielen im Grenzhandel Waffen, Metalle und Schmuckgegenstände.

stischen Produktion. Das Ursprüngliche ist, für den Durchschnitt, daß die Waren zu ihren Werten verkauft werden» (Theorien über den Mehrwert, 2. Band, Seite 111). «Der Austausch von Waren zu ihren Werten, oder annähernd zu ihren Werten, erfordert also eine viel niedrigere Stufe als der Austausch zu Produktionspreisen, wozu eine bestimmte Höhe kapitalistischer Entwicklung nötig ist . . . Abgesehen von der Beherrschung der Preise und der Preisbewegung durch das Wertgesetz, ist es also durchaus sachgemäß, die Werte der Waren nicht nur theoretisch, sondern historisch als das prius der Produktionspreise zu betrachten. Es gilt dies für Zustände, wo dem Arbeiter die Produktionsmittel gehören, und dieser Zustand findet sich, in der alten wie in der modernen Welt, beim selbstarbeitenden grundbesitzenden Bauer und beim Handwerker . . . Damit die Preise, wozu Waren sich gegeneinander austauschen, ihren Werten annähernd entsprechen, ist nichts nötig, als daß 1. der Austausch der verschiedenen Waren aufhört, ein rein zufälliger oder nur gelegentlicher zu sein; 2. daß soweit wir den direkten Warentausch betrachten, diese Waren beiderseits in den annähernd dem wechselseitigen Bedürfnis entsprechenden Verhältnismengen produziert werden, was die wechselseitige Erfahrung des Absatzes mitbringt, und was so als Resultat aus dem fortgesetzten Austausch selbst herauswächst; und 3. soweit wir vom Verkauf sprechen, daß kein natürliches oder künstliches Monopol eine der kontrahierenden Seite befähige, über den Wert zu verkaufen, oder sie zwinge, unter ihm loszuschlagen . . .» («Kapital», 3. Band, Seite 156).

«Geld kann existieren und hat historisch existiert, ehe Kapital existierte, ehe Banken existierten, ehe Lohnarbeit existierte u. s. w. Nach dieser Seite hin kann also gesagt werden, daß die einfachere Kategorie herrschende Verhältnisse eines unentwickelteren Ganzen ausdrücken kann, Verhältnisse, die historisch schon Existenz hatten, ehe das Ganze sich nach der Seite entwickelte, die in einer konkreten Kategorie ausgedrückt ist. Insofern entsprechen die Gesetze des abstrakten Denkens, das vom einfachsten zum kombinierten aufsteigt, dem wirklich historischen Prozeß. Andererseits kann gesagt werden, daß es sehr entwickelte, aber doch historisch unreifere Gesellschaftsformen gibt, in denen die höchsten Formen der Oekonomie, zum Beispiel Kooperation, entwickelte Teilung der Arbeit u. s. w. stattfinden, ohne daß irgend ein Geld existiert, zum Beispiel Peru» («Zur Kritik der polit. Oekonomie», Seite XXXVIII). Siehe auch: «F. Engels letzte Arbeit» in der «Neuen Zeit».

* «Das Arbeitsprodukt ist in allen gesellschaftlichen Zuständen Gebrauchsgegenstand, aber nur eine historisch bestimmte Entwicklungsepoche verwandelt das Arbeitsprodukt in Ware. Es folgt daher, daß die einfache Wertform der Ware zugleich die einfache Warenform des Arbeitsproduktes ist, dann also auch die Entwicklung der Warenform mit der Entwicklung der Wertform zusammenfällt» («Kapital», 1. Bd., Seite 28).

sen*. Wenn nicht nur zufällige Produktionsüberschüsse ausgetauscht werden, sondern der Austausch sich zu einem regelmäßigen Prozesse entwickelt, d. h. ein Teil der Produkte direkt für den Austausch produziert wird, verändert sich das Bild des Austauschprozesses in wesentlichen Zügen. «Sobald Dinge einmal im auswärtigen, werden sie auch rückschlagend im innern Gemeinleben zu Waren»**. Die zufälligen Austauschverhältnisse fixieren sich. Das Bedürfnis nach fremden Gütern setzt sich fest. Mit der Produktion der Güter für den Markt, d. h. der Produktion von Waren beginnt ihr Wert sich zu spalten in Gebrauchswert und Tauschwert.

> «Die beständige Wiederholung des Austausches macht ihn zu einem regelmäßigen gesellschaftlichen Prozeß. Im Laufe der Zeit muß daher wenigstens ein Teil der Produkte absichtlich zum Behufe des Austausches produziert werden. Von diesem Augenblicke an befestigt sich einerseits die Scheidung zwischen der Nützlichkeit der Dinge für den unmittelbaren Bedarf und ihrer Nützlichkeit zum Austausch. Andererseits wird das quantitative Verhältnis, worin sie sich austauschen, von ihrer Produktion selbst abhängig. Die Gewohnheit fixiert sie als Wertgrößen»***.

Das Maß des Tauschwertes kann auf dieser Stufe nur die Arbeit sein. Nicht die individuelle Arbeit des einzelnen Produzenten, sondern unpersönliche, abstrakte, gesellschaftliche Arbeit****. Die Bildung des Tauschwertes ist ein Prozeß, der sich hinter dem Rücken der Produzenten, wider ihren Willen und dennoch nur durch ihr Handeln durchsetzt.

Wir wollen versuchen, im folgenden uns diesen Prozeß der Tauschwertbildung auf der Stufe der einfachen Warenproduktion an einem Beispiel zu veranschaulichen. Wir unterstellen der Einfachheit halber nur 5 Marktparteien: Getreidebauern, Bäcker, Weber, Schneider und Zimmerleute. Jeder Produzent arbeite mit eigenen Produktionsmitteln. Lohnarbeit sei unbekannt. Die primitiven Produktionsmittel mögen nur einen geringen Arbeitsaufwand verkörpern. Freie Konkurrenz der Produzenten um die betreffenden Produktionszweige (resp. Freiheit der Berufswahl) vorausgesetzt, wird sich der Austausch der Produkte zwischen unseren 5 Marktparteien so vollziehen, daß jeder Bäcker im Durchschnitt gleich lange arbeiten wird, wie die Bauern, die Weber, die Schneider und die Zimmerleute. Sind z. B. zuviel Schneider im Bekleidungsgewerbe tätig, so werden sie sich auf dem Markte gegenseitig unterbieten. Das Austauschverhältnis der Kleider gegenüber den anderen Waren wird sinken, der Bedarf der Schneider an Brot usw. wird nicht ganz gedeckt werden können. Ein Teil der Schneider wird in die anderen Gewerbe abwandern, bis im Beschäftigungsgrad aller Gewerbe annähernd Gleichheit erzielt ist. Somit wird der Wert einer Ware bestimmt durch die zu ihrer Produktion, resp. Reproduktion notwendige Arbeitszeit. Die Bestimmung des Tauschwertes durch die Arbeitszeit ist der Ausdruck einer gesellschaftlichen Bewegung, der Ausdruck der Verteilung der Arbeitskräfte auf die verschiedenen Produktionszweige unter dem Drucke der Konkurrenz*.

Marx verwendet häufig bildliche Ausdrücke, um die Waren als Arbeitsprodukte zu kennzeichnen. Die Waren sind ihm als Werte nur bestimmte Masse festgeronnener Arbeitszeit. Die Arbeit wird mit Gallerte verglichen, die Werte sind in den Waren «kristallisierte Substanz»**. Dies sind alles bloß bildhafte, anschauliche Vergleiche.

Der Tauschwert tritt nur auf einer ganz bestimmten Stufe der wirtschaftlichen Entwicklung, der Stufe der sogenannten einfachen Warenproduktion auf. Er verschwindet auch mit dieser. Der Tauschwert ist keine dingliche, körperliche Eigenschaft

* Siehe u. a. Andreae: «Geographie des Welthandels». K. Bücher: «Entstehung der Volkswirtschaft».

** «Kapital», 1. Bd., Seite 54.

*** l. c. Seite 54.

**** Der Tauschwert ist eine Durchschnittsgröße. Ob ein ungeschickter Arbeiter mehr Arbeitszeit auf die Produktion einer Ware verwendet wie im Durchschnitt üblich, berührt die Größe des Tauschwertes nicht im geringsten. Auf dem Markte gleichen sich die individuellen Arbeitszeiten zu einem Durchschnittswert aus. Angenommen 100 Schuhmacher bringen eine bestimmte Sorte Schuhe auf den Markt. 5 Schuhmacher benötigen zur Produktion eines Paares 8 Stunden Arbeit, 10 10 Stunden, 70 12 Stunden, 10 14 Stunden, 5 16 Stunden. Dann gleicht sich der Tauschwert auf der mittleren Linie aus; ein Paar Schuhe besitzt einen Tauschwert von 12 Arbeitsstunden.

* Siehe u. a. die Bemerkung von Marx über Boisguillebert in der «Kritik der polit. Oekonomie» (Seite 35): «Boisguillebert löst, wenn nicht bewußt, so tatsächlich den Tauschwert der Ware in Arbeitszeit auf, indem er den wahren Wert durch die richtige Proportion bestimmt, wovon die Arbeitszeit der Individuen auf die besonderen Industriezweige verteilt wird, und die freie Konkurrenz als den gesellschaftlichen Prozeß darstellt, der diese richtige Proportion schaffe.»

** l. c. Seite 4.

der Güter, er ist bloß eine soziale Beziehung, eine Art Reflex der sozialen Bewegung der Produzenten. Auf der Stufe der einfachen Warenproduktion tauschen sich die Waren so aus, als ob ihre Austauschverhältnisse durch die zu ihrer Produktion notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit bestimmt würden.

Der einfachste Tauschakt (immer einfache Warenproduktion unterstellt) ist der Tausch einer Ware gegen eine andre Ware: x Ware A = y Ware B oder x Ware A ist y Ware B wert. Marx bezeichnet diesen Wertausdruck als einfache oder zufällige Wertform.

«Das Geheimnis aller Wertformen steckt in dieser einfachen Wertform»*. «Die Leinwand drückt ihren Wert aus im Rock, der Rock dient zum Material des Wertausdruckes ... Der Wert der ersten Ware ist als relativer Wert dargestellt (relative Wertform). Die zweite Ware funktioniert als Aequivalent oder befindet sich in Aequivalentform»**. «Ob eine Ware sich in relativer Wertform oder in .. Aequivalentform befindet, hängt ausschließlich ab .. davon, ob sie die Ware ist, deren Wert, oder aber die Ware, worin Wert ausgedrückt wird»***.

Eine Ware wird relative Wertform, als «Träger von Wert», weil menschliche Arbeitskraft zur Produktion dieser Ware verausgabt wurde. 1 Rock ist 200 Brote wert, bedeutet: Jene Arbeit, welche in einem Rocke steckt, ist gleichzusetzen der Arbeit zur Gewinnung von 200 Broten. Wenn der Wert einer Ware in einer andern Ware ausgedrückt werden soll, so werden immer nur ganz bestimmte Mengen miteinander verglichen, z. B. 1 Zentner Korn mit 20 Metern Tuch, 1 Kg. Kaffee mit 5 Pfund Brot u. s. f. Ein Wechsel im Werte des einen Gutes äußert sich in der größern oder geringern Menge des andern Gutes, welche gegen das erste eingetauscht werden kann. Sinkt der Wert des Kaffees auf die Hälfte, so wird man für 1 Kg. Kaffee nur noch $2\frac{1}{2}$ Pfund Brot erhalten; steigt der Wert des Kaffees auf das Doppelte, so werden 10 Pfund Brot für 1 Kg. Kaffee gegeben werden müssen. Umgekehrt, wenn der Wert, d. h. die für die Produktion des Brotes notwendige Arbeitszeit wechselt. Verändert sich der Wert des Brotes und der Wert des Kaffees gleichzeitig und in derselben Proportion und Richtung, so verändert sich ihr gegenseitiges Austauschverhältnis

* «Kapital», 1. Bd., Seite 15.
** l. c. Seite 15.
*** l. c. Seite 16.

nicht, wohl aber könnte man den wirklichen Wertwechsel daran erkennen, «daß in derselben Arbeitszeit nun allgemein ein größeres oder kleineres Warenquantum als vorher geliefert würde»*.

Die Aequivalentform (Vergleichsform) zeigt einige Eigentümlichkeiten. In der Aequivalentform wird der Gebrauchswert einer Ware zur Erscheinungsform des Tauschwertes. Die einfache Wertform durchläuft mehrere Stufen, bis sie zur Preisform herangereift ist. Für die einfache Wertform ist es gleichgültig, in welcher Ware der Wert der Ware A ausgedrückt wird. Der «vereinzelte Wertausdruck verwandelt sich daher in die stets verlängerbare Reihe ihrer verschiedenen einfachen Wertausdrücke»**. Wir erhalten so die totale oder entfaltete Wertform:

z Ware A = u Ware B oder v Ware C .....
(20 Ellen Leinwand = 1 Rock oder = 10 Pfund Tee .....)

Erst in der entfalteten Wertform drückt sich der Wert der Ware (in der relativen Wertform) durch die Darstellung in zahllosen anderen Waren als abstrakte, unterschiedslose, allgemein menschliche Arbeit aus (d. h. im Tausch verschwindet der konkrete, nützliche Charakter der geleisteten Arbeit, z. B. der Schreinerarbeit). Die Waren B, C, D ... sind in der entfalteten Wertform das Aequivalent der Ware A. Betrachten wir umgekehrt die Ware A als in Aequivalentform befindlich gegenüber den Waren B, C, D ..., so gelangen wir zur allgemeinen Wertform:

$$\left.\begin{array}{l} 1 \text{ Rock} \\ 10 \text{ Pfund Tee} \\ 40 \text{ Pfund Kaffee} \\ \ldots\ldots\ldots \\ \ldots\ldots\ldots \end{array}\right\} = 20 \text{ Ellen Leinwand.}$$

«Die Waren stellen ihre Werte jetzt 1. einfach dar, weil in einer einzigen Ware und 2. einheitlich, weil in derselben Ware»***. In der allgemeinen Wertform ist der Gegensatz von relativer Wertform und Aequivalentform stärker betont****. Die Ware, die als Aequivalentform dient, ist vom Ausdruck als relative Wertform ausgeschlossen.

* l. c. Seite 21.
** l. c. Seite 29.
*** l. c. Seite 32.
**** «Die historische Ausweitung und Vertiefung des Austausches entwickelt den in der Warennatur schlummernden Gegensatz von Gebrauchswert und Wert [lies Tauschwert]» (l. c. Seite 53).

Wenn der Ausschluß einer Ware von der relativen Wertform und ihre Beschränkung auf die Aequivalentform sich dauernd auf eine bestimmte Warenart beschränkt, wird die allgemeine Wertform zur Geldform. Die Geldware übernimmt die Funktion des allgemeinen Aequivalents. Die Funktion des Geldes ist, allgemeiner Wertmesser zu sein. Den bevorzugten Platz, als allgemeines Aequivalent zu dienen, hat sich «eine bestimmte Ware historisch erobert, das Gold». Der Fortschritt von der allgemeinen Wertform zur Geldreform «besteht nur darin, daß . . die allgemeine Aequivalentform jetzt durch gesellschaftliche Gewohnheit endgültig mit der spezifischen Naturalform der Ware Gold verwachsen ist»*. Als Geldware haben geschichtlich die verschiedensten Waren gedient: Getreide, Sago, Kakaobohnen, Salz, Baumwollstoffe, Felle, Aragonitscheiben, Tee, Vieh, Kauri- und andere Muscheln, Pfeil- und Speerspitzen, Hackenklingen, Metallbarren, Zinn, Kupfer, Bronze, Eisen, schließlich Silber und Gold. Die stofflichen Eigenschaften der Edelmetalle lassen diese geradezu als prädestiniert erscheinen, die Rolle des allgemeinen Warenaequivalentes zu übernehmen. (Die Edelmetalle verändern sich chemisch nicht, daher sind sie wertbeständig. Sie sind leicht teilbar und gleichzeitig gut schmelzbar. Eine kleine Gewichtsmenge verkörpert großen Tauschwert.)

> «Die Waren werden nicht durch das Geld kommensurabel [vergleichbar]. Umgekehrt. Weil alle Waren als Werte vergegenständlichte menschliche Arbeit, daher an und für sich kommensurabel sind, können sie ihre Werte gemeinschaftlich in derselben spezifischen Ware messen und diese dadurch in . . Geld verwandeln»**. «Der Wertausdruck einer Ware in Gold ist ihre Geldform oder ihr Preis***. «Als Maß der Werte und als Maßstab der Preise verrichtet das Geld zwei ganz verschiedene Funktionen. Maß der Werte ist es als die gesellschaftliche Verkörperung der menschlichen Arbeit, Maßstab der Preise als ein festgesetztes Metallgewicht»****.

Ursprünglich fallen die Geldnamen mit den Gewichtsnamen zusammen (z. B. ein englisches Pfund = 1 Pfund Silber). Die Trennung der Geldnamen vom Gewichtsnamen ist die Folge historischer Prozesse: 1. der Geldverschlechterung; 2. des Ueberganges von Kupfer- zu Silber-, oder von Silber- zu Goldwährung, wobei der alte Gewichtsname auf das neue Metallgeld übertragen wird; 3. der Einführung fremden Geldes bei weniger entwickelten Völkern. Durch die Trennung des Geldnamens vom Gewichtsnamen wird der Geldmaßstab rein konventioneller Natur.

* l. c. Seite 36.
** l. c. Seite 59.
*** l. c. Seite 60.
**** l. c. Seite 62.

Das Geld ist bloß als gesellschaftliche Erscheinung zu begreifen. Außerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhanges ist das Gold ein wertloser Klumpen Metall. Der Wert des Goldes ist gesellschaftlicher Wert. Deshalb kann sich der Wert des Goldes auch vom Stoffe lösen (Papiergeld!), kann die Rolle des Tauschmittels auf eine «wertlose» Substanz übergehen. Auch dies nur als Ausdruck und Folge eines langwierigen historischen Prozesses. Der Wert des Goldes als Geld ist nicht Stoffwert, er ist Warenwert, d. h. gesellschaftlicher Wert. Der Wert des Goldes ist abhängig vom Produktionsprozeß. Erschöpft sich ein Teil der Goldgruben, muß zur Produktion einer bestimmten Gewichtsmenge Gold im Durchschnitt mehr Arbeit aufgewendet werden als früher, so steigt der Tauschwert des Goldes, weil nun jede Gewichtseinheit des Goldes mehr Arbeit verkörpert. Die Preise der Waren sinken: die Kaufkraft des Goldes ist gestiegen. Werden neue, leicht erschließbare Goldgruben entdeckt, sinkt die zur Produktion einer bestimmten Goldmenge notwendige Arbeitszeit, so sinkt auch der Tauschwert des Goldes, steigen die Preise der Waren.

Das Geld ist nicht nur unmittelbares Resultat der einfachen Warenproduktion, es ist andererseits auch notwendige Vorbedingung für die Verallgemeinerung der Warenproduktion und Warenzirkulation. Das Geld macht die Waren vergleichbar, indem es ihr Wertmesser wird. Die ursprüngliche Funktion des Geldes ist dabei doppelter Natur: 1. allgemeiner Wertmesser, 2. allgemeines Tauschmittel zu sein.

Als Tauschmittel vermittelt das Geld den Zirkulationsprozeß, den Umlauf der Waren. Dieser hat die Form: Ware-Geld-Ware (W-G-W). Ware wird gegen Geld, Geld gegen Ware getauscht. Das Geld ist nur verschwindendes Zwischenglied des Warentausches. Es geht aus der Hand des Käufers direkt in die Hand des Verkäufers über. So realisiert das Geld dem Verkäufer den Tauschwert seiner Ware, wandert es als Kaufmittel von Hand zu Hand.

In der Geldform unterscheiden sich die Waren nur durch die Höhe der Preise. Die Preise drücken sich aus in verschiedenen Mengen Gold. Dient neben Gold auch Silber als Geld, so gibt es

Gold- und Silberpreise. Mit dem Verhältnis des Goldwertes zum Silberwert schwankt auch das Verhältnis der Gold- zu den Silberpreisen. In praxi dient daher immer entweder Gold oder Silber als eigentliches Geld, d. h. als abstrakter Wertmesser. So hat das Gold das Silber Ende des 18. Jahrhunderts in England verdrängt, weil der Wert des Silbers in Gold gemessen fortwährenden Schwankungen unterworfen war*.

Das Geldwesen entwickelt sich mit der Entwicklung der Warenproduktion. Je entwickelter die Warenproduktion, umso entwickelter der Geldverkehr, umso lebhafter aber auch das Bedürfnis nach einer allgemeinen, öffentlichen Regelung des Geldwesens. Die öffentliche Regelung des Geldwesens kann vorerst von einer privaten Organisation (z. B. Kaufmannsgilden) übernommen werden. Aber das spezifische Organ zur Regelung des Geldwesens ist der Staat, die höchste gesellschaftliche Organisation der warenproduzierenden Gesellschaft, sei dies nun der Stadt-, der Territorial- oder der Nationalstaat. Der Staat führt an Stelle des Barrengeldes die Münze ein**. Die Münze ist ein geprägtes Stück Metall von bestimmtem Gewicht. Der Staat bezeugt durch seinen Stempel, daß das umlaufende Geldstück eine ganz bestimmte Gewichtsmenge metallischen Goldes enthält. Der Staat setzt den Münzfuß fest, d. h. er bestimmt gesetzlich das Verhältnis von Geldeinheit und Gewichtseinheit [z. B. 1 kg fein Gold = 3444$^{1}/_{9}$ Franken = 136,5675 Pfund Sterling = 2790 Mark, resp. 20 Mark = 7,965 gr Gold-Kupferlegierung, 10 % Kupfer)].

* Die minderwertige Geldsorte verdrängt die hochwertige Geldsorte aus der Zirkulation, wenn der Nominalwert der beiden Geldsorten der gleiche ist. Dieses Gesetz ist unter dem Namen Gresham's Gesetz bekannt. Das Gresham'sche Gesetz gilt allerdings nur unter bestimmten Einschränkungen. Ist die Prägung gesperrt, so kann unterwertiges Geld überwertet werden, weil die Bedürfnisse der Zirkulation ohne eine bestimmte Geldmasse nicht befriedigt werden können (Papiergeld, Silbergeld). Als die englische Regierung das Wertverhältnis von Gold und Silber den Marktverhältnissen nicht anpaßte, trotzdem der Silberpreis stetig stieg (relativ zum Gold), verschwand das Silbergeld aus dem Verkehr (18. Jahrhundert). Zu Ende des 18. Jahrhunderts begann der Wert des Silbers zu fallen, weshalb die Gefahr bestand, daß der Goldumlauf durch Silbergeld ersetzt würde. England hob daher 1798 die freie Prägung für Silbergeld auf und ging damit auch rechtlich zur Goldwährung über.

** Die Entstehung der Münze liegt im Dunkeln. Wahrscheinlich wurden die ersten Münzen in Lydien (Kleinasien) geprägt. Die griechischen Münzfunde datieren aus späterer Zeit.

Ja, der Staat geht weiter. Er zieht die Münzhoheit und damit auch das Münzregal an sich*. Er verfügt, daß auf seinem Hoheitsgebiet nur staatliches Geld als rechtlich anerkanntes Tauschmittel umlaufen soll. Der Staat ersetzt das Metallgeld durch Papier**. Damit scheint der Staat willkürlich Wert und Art des Geldes bestimmen zu können. Diese Macht des Staates ist aber bloßer Schein. In Geldsachen hört «nicht nur die Gemütlichkeit, sondern auch das theoretische Verständnis allzu leicht auf»***. Der Staat kann wohl das Geldwesen stören (z. B. durch Schaffung zusätzlicher Kaufkraft), er kann aber nicht das Geld willkürlich schaffen, wenn nicht bereits die wirtschaftlichen Bedingungen hiefür durch eine mehr oder minder entwickelte Warenproduktion gegeben sind. Die selbstversorgende Bedarfsdeckungswirtschaft bedarf des Geldes nicht. Das Geld muß ihr von außen aufgedrängt werden, z. B. durch die Einforderung der Steuern in Geldform.

In Form der Münze wird das Geld nicht mehr gewogen, sondern nur noch gezählt. Durch die Prägung kann das Barrengold jederzeit in Münzgold verwandelt werden. Primitivere Geldsy-

* Münzhoheit = Recht zur Regelung des Münzwesens.
Münzregal = Recht zur Prägung von Münzen.

** Das staatlich geregelte Geldwesen bezeichnet man als Währung. Währungsgeld ist Geld, aus dem Währungsstoff hergestellt, mit unbeschränkter Zahlungskraft innerhalb des Staatsgebietes. Auch das Courantgeld hat unbeschränkte Zahlungskraft [z. B. 5 Frankenstücke] innerhalb des Staatsgebietes, gilt aber im internationalen Geldverkehr nur soviel als sein Metallwert beträgt. Scheidegeld besitzt nur beschränkte Zahlungskraft. Man unterscheidet je nach dem Charakter des gesetzlichen Wertmessers Metall- (Kupfer-, Silber-, Gold-, Doppel-, Parallelwährung) oder Papierwährung. Bei Doppelwährung (Gold und Silber dienen als Wertmesser; so hatte Frankreich 1803—1870 freies Prägungsrecht für Silber und Gold) ist das Wertverhältnis von Silber zu Gold rechtlich fixiert. Die Parallelwährung mit freiem Prägerecht von Silber und Gold ohne Fixierung eines festen Umrechnungskurses von Silber in Gold hielt sich in Großbritannien nur von 1663—1695. Uneinlösbares Staatspapiergeld wurde erstmalig von der Law'schen Bank in Frankreich um 1716 ausgegeben. Die argentinische Papierwährung war starken Kursschwankungen ausgesetzt. Die Freigeldtheoretiker (Silvio Gsell: «Freiland — Freigeldbewegung») schlagen daher vor, den Papiergeldumlauf entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes nach dem Stand der Warenpreise zu regulieren. Nach dem Kriege sind fast alle Staaten wieder zur Goldwährung zurückgekehrt. Der asiatische Geldumlauf stützt sich im Gegensatz zum Geldwesen des Abendlandes auf das Silber als Wertmesser.

*** Hilferding: «Finanzkapital», Vorwort IX/X.

steme, wie z. B. das Kaurimuschelgeld, haben sich immer nur des Zählens bedient. Die Münze ermöglicht weitgehendste Wertabstufungen. Die Grundeinheit des Geldsystems wird vom Staat durch gesetzliche Verfügung in Untereinheiten abgeteilt (z. B. 1 Franken = 100 Centimes; 1 Mark = 100 Pfennig; 1 Pfund = 20 Schilling à 12 Pence). An die Kosten der Prägung erhebt der Staat die Prägegebühr oder den Schlagschatz. Die Prägegebühr deckt nur die unmittelbaren Prägekosten, der Schlagschatz ist eine Art indirekter Steuer. Die Prägegebühr gehört zu den allgemeinen Unkosten der kapitalistischen Zirkulation, wie übrigens das Goldgeld selbst, das an und für sich gleichfalls zu den «faux frais» der Warenproduktion zu rechnen ist. Denn die einzige Funktion des Goldgeldes ist ja, allgemeines Tauschmittel zu sein.

> «Die Warenzirkulation ist nicht nur formell, sondern wesentlich vom unmittelbaren Produktenaustausch [d. h. Naturalaustausch] verschieden»*. Die Warenzirkulation «sprengt die zeitlichen, örtlichen und individuellen Schranken» des Naturalaustausches, weil sie den Tausch der Arbeitsprodukte «in den Gegensatz von Kauf und Verkauf spaltet»**.

Beim Naturaltausch werden Güter direkt gegen Güter getauscht. Der Zweck des Naturaltausches ist produktive oder persönliche Konsumation. Die Produkte tauschen ihren Platz, um sofort wieder aus der Sphäre des Tausches herauszufallen. Anders bei der Warenzirkulation. Das allgemeine Tauschmittel, das Geld, verkörpert den allgemeinen Zusammenhang der Warenzirkulation. Als Tauschmittel verbleibt das Geld beständig in der Sphäre der Warenzirkulation.

Als Schatzmittel (Aufbewahrungsmittel) wird das Geld der Warenzirkulation dauernd oder zeitweilig entzogen. Die Trennung des Kaufs vom Verkauf ermöglicht die Aufhäufung des Goldes als Schatz. Die Schatzbildung gehört gleichfalls zu den Zirkulationsunkosten der kapitalistischen Produktion. Sie ist die Voraussetzung der Akkumulation, (d. h. Anhäufung von Reichtum, Erweiterung der Produktion). Andauernd wird an gewissen Stellen der Warenzirkulation für Zwecke der späteren Akkumulation verkauft, ohne zu kaufen, während an anderen Stellen gekauft wird, ohne zu verkaufen.

* «Kapital», 1. Bd., Seite 76.

** l. c. Seite 77.

> «So entstehen auf allen Punkten des Verkehrs Gold- und Silberschätze von verschiedenstem Umfang. Mit der Möglichkeit, die Ware als Tauschwert oder den Tauschwert als Ware [in Geld!] festzuhalten, erwacht die Geldgier»*.

Die Spaltung des Tausches in Kauf und Verkauf ermöglicht noch ein weiteres neuartiges ökonomisches Verhältnis, das Verhältnis von Gläubiger und Schuldner. Die Realisierung des Verkaufes in Geld wird von der Weggabe der Ware getrennt. Der Käufer kauft die Ware, bevor er sie bezahlt. Der Verkäufer wird zum Gläubiger, der Käufer zum Schuldner. Das Geld wird Zahlungsmittel**.

> «Die Ware verwandelt sich in Gebrauchswert, bevor sie sich in Geld verwandelt hat»***.

Als Weltgeld dienen Gold und Silber meistens bloß als Zahlungsmittel. Als Weltgeld nehmen Gold und Silber wieder Barrenform an.

> «In den verschiedenen Nationaluniformen, die Gold und Silber als Münzen tragen, auf dem Weltmarkt aber wieder ausziehen, erscheint die Scheidung zwischen den . . . nationalen Sphären der Warenzirkulation und ihrer allgemeinen Weltmarktsphäre»****.

In der nationalen Sphäre löst sich der Wert des Goldes vom Geld als Maßstab der Preise. «Das Münzdasein des Goldes scheidet sich völlig von seiner Wertsubstanz»*****. Schon der Verschleiß der Münzen, aber auch praktische Gründe, wie Fragen der Stückelung des Geldumlaufes wirken in dieser Richtung. Für Zahlungen kleiner Beträge werden Scheidemünzen, d. h. unterwertige Nickel-, Kupfer- und Silbermünzen ausgegeben. Große Wertsummen werden aus rein technischen Gründen (Transportkosten des Goldes!) durch Staatspapiergeld mit Zwangskurs beglichen.

Durch das Einlösungsversprechen des Staates wird das Papiergeld zum Goldzeichen. Die Menge des staatlichen Papiergeldes muß auf eine bestimmte Maximalsumme eingeschränkt werden.

* l. c. Seite 95.

** «Bei gewissem Höhegrad und Umfang der Warenproduktion greift die Funktion des Geldes als Zahlungsmittel über die Sphäre der Warenzirkulation hinaus. Es wird die allgemeine Ware der Kontrakte» (l. c. Seite 103).

*** l. c. Seite 100.

**** l. c. Seite 89.

***** l. c. Seite 90.

«Ein . . . Gesetz der Papierzirkulation kann nur aus ihrem Vertretungsverhältnis zum Gold entspringen . . . Die Ausgabe des Papiergeldes ist auf die Quantität zu beschränken, worin das von ihm symbolisch dargestellte Gold wirklich zirkulieren müßte . . . Die Masse des zirkulierenden Mediums sinkt in einem gegebenen Lande nie unter ein gewisses Minimum, das sich erfahrungsgemäß feststellt . . . Dieses Minimum kann durch Papiersymbole ersetzt werden»*.

Die Masse des als Zirkulationsmittel dienenden Geldes ist bestimmt durch das allgemeine Gesetz:

$$\text{Masse des als Zirkulationsmittel funktionierenden Geldes} = \frac{\text{Preissumme der Waren}}{\text{Umlaufszahl gleichnamiger Geldstücke.}}$$

«Wächst die Anzahl der Umläufe der Geldstücke, so nimmt ihre zirkulierende Masse ab. Nimmt die Anzahl ihrer Umläufe ab, so wächst ihre Masse»**. Die Warenpreise werden nicht durch die Masse der Zirkulationsmittel, sondern durch die Werte der Waren bestimmt. Gold dient als Geld, weil Gold selbst Wert besitzt. Wird das Gold durch Goldzeichen ersetzt, so ist dieser Ersatz nur möglich, wenn die Summe der zirkulierenden Goldzeichen unter dem oben bestimmten Zirkulationsminimum bleibt. Preßt der Staat unter Sperrung der freien Prägung mehr Papiergeld mit Zwangskurs in die Zirkulation, als diesem Minimum entspricht, so repräsentiert die gesamte Masse des Papiergeldes doch nicht mehr Wert als dieses Minimum. Der nominale Preis löst sich vom realen Wert; die Warenpreise steigen, ausgedrückt in Einheiten des Papiergeldes; relativ zum Golde (Weltgeld) aber bleiben die Warenpreise stabil. Die Folge ist die Entwertung der W ä h r u n g auf dem Weltmarkt. Diese Inflation, d. h. die zwangsmäßige Uebersättigung der Zirkulation mit zusätzlichen staatlichen Zirkulationsmitteln führt nur scheinbar zur Aufhebung der Bestimmung der zirkulierenden Geldmenge durch die Warenpreise resp. Warenwerte. Gerade durch die die Münzverschlechterung und Inflation zwangsläufig begleitende Entwertung der Währung setzt sich die Bestimmung des Wertes der zirkulierenden Geldmenge durch die Warenwerte durch*.

«Bei gleichbleibenden Warenpreisen kann die Masse der Zirkulationsmittel wachsen, weil die Masse der zirkulierenden Waren zunimmt oder die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes abnimmt, oder beides zusammenwirkt. Die Masse der Zirkulationsmittel kann umgekehrt abnehmen mit abnehmender Warenmasse oder zunehmender Zirkulationsgeschwindigkeit . . . Die Variationen der verschiedenen Faktoren können sich wechselseitig kompensieren . . . Man findet, namentlich bei Betrachtung etwas längerer Perioden, ein viel konstanteres Durchschnittsniveau der in jedem Lande zirkulierenden Geldmasse . . als man nach dem Augenschein erwarten sollte»**.

Entsprechende Ueberlegungen gelten für allgemein steigende resp. allgemein fallende Warenpreise.

Die Umlaufsverhältnisse des Geldes lassen sich nur im Rahmen der einfachen Warenproduktion durch einfache Gesetze festlegen. Auf dem Boden kapitalistischer Warenproduktion verwickeln sich die Zirkulationsverhältnisse des Geldes durch die Erscheinungen des Kreditwesens (siehe § 10 Zirkulationsprozeß des Kapitals und § 17 Kreditwesen).

Die Festsetzung der Preise erfolgt auf dem M a r k t. Dieser erfährt im Laufe der Entwicklung entsprechende Erweiterung und Ausgestaltung. Der Naturalaustausch ist vornehmlich Grenzhandel. Erst die aufstrebende Warenproduktion zieht den Tauschhandel in die Gemeinwesen hinein. Entweder entwickeln sich an jenen Stellen, wo früher der Grenzhandel stattfand, besondere Handelszentren, befestigte Dörfer oder Städte. Oder kleinere oder größere Gemeinwesen wissen durch Ausgestaltung des Marktrechtes den Handel in ihren Mauern zu konzentrieren. Jede Warengattung hat die Tendenz, sich einen besonderen Markt zu schaffen. Neben den N a h h a n d e l tritt der F e r n h a n d e l***,

* l. c. Seite 91. So auch Hilferding im «Finanzkapital», S. 17: «Der Staat kann bestimmte Zeichen — z. B. als solche gekennzeichnete Papierzettel — als Stellvertreter des Geldes, Geldzeichen festsetzen. Es ist klar, daß diese Zeichen nur fungieren können als Vermittler der Zirkulation zwischen zwei Waren; . . . sie müssen also ganz in die Zirkulation eingehen . . . Die Menge des Papiergeldes muß also immer unter dem Minimum der zur Zirkulation erforderlichen Geldmenge bleiben. Dieses Minimum ist durch Papier ersetzbar, und da dies immer zur Zirkulation notwendig ist, braucht an seine Stelle kein Gold zu treten; der Staat kann dieses Papiergeld daher mit Zwangskurs ausstatten».

** l. c. Seite 84.

* «Es kann . . . verglichen mit dem Ausgangspunkt, nicht nur Entwertung, sondern auch Ueberwertung des Papiergeldes eintreten.» Hilferding: «Finanzkapital», S. 19.

** l. c. Seite 86.

*** Im Mittelalter hauptsächlich — schon der hohen Transportkosten wegen — Luxuswarenhandel.

neben den Kleinkrämer der Großkaufmann. Im Mittelalter regelt die Stadtverwaltung den Güteraustausch von Stadt und Land, wobei jedem einzelnen Gewerbe spezielle Straßen zugewiesen werden. Der Marktverkehr wird auf gewisse Markttage konzentriert. Viertel- oder halbjährlich findet sich auch der Hausierhandel zu bestimmter Zeit an den größeren Marktorten ein, wo Schaubuden zur Volksbelustigung beitragen. Der Fernhandel beschickt die großen Messen in der Champagne, in Venedig, in Brügge. Der vollendete Typus des Marktes, die Börse, entwickelt sich aber erst auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion.

Soferne die Preise nicht durch behördliche Festsetzung normiert sind, schwanken sie beständig nach dem Stand von Angebot und Nachfrage. Der unorganisierte Markt der einfachen Warenproduktion verwirklicht den einheitlichen Marktpreis nur annähernd und unvollkommen. Die einzelnen Warenverkäufe tragen zum Teil noch zufälligen Charakter. Selbst in der Gegenwart ist das Feilschen in wirtschaftlich rückständigen Gebieten eine dem Reisenden ebenso auffällige wie alltägliche Erscheinung.

Gerade die Regellosigkeit des einzelnen Tauschaktes schafft die Grundlage für die Gesetzmäßigkeit des Austauschprozesses. Angebot und Nachfrage der Marktparteien sind nicht willkürliche, es sind vorgegebene, durch Produktionsstufe, Produktionsmethode und Produktionserfolg bestimmte Größen. Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage bestimmt nicht die absolute Höhe des Marktpreises, es bestimmt nur die Schwankungen des Marktpreises. Steigt das Angebot einer Ware infolge vermehrter Zufuhr bei gleichbleibender Nachfrage, so sinkt der Preis dieser Ware. Der Preis steigt, wenn bei gleichbleibendem Angebot die Nachfrage größer wird. Verändern sich Nachfrage und Angebot im nämlichen Verhältnis, so bleibt der Marktpreis konstant, d. h. der Marktpreis einer Ware ist gleich dem bisherigen Marktpreis multipliziert mit dem Quotienten von veränderter Nachfrage zu verändertem Angebot:

$$P_2 = P_1 \cdot \frac{N_1}{A_1} \text{ oder } P_2 = P_1 \times \frac{\text{Nachfrage zur Zeit 1}}{\text{Angebot zur Zeit 1.}}$$

Schon eine einfache Dimensionsbetrachtung (im Sinne der mathematischen Physik) lehrt, daß die Behauptung der Freigeldtheoretiker, der Preis sei gleich dem Quotienten von Angebot und Nachfrage, auf einem Mißverständnis beruht. Angebot und Nachfrage werden in gleichen Einheiten gemessen, z. B. Kg. oder Zentner oder Tonnen oder Meter. Der Quotient von Angebot und Nachfrage ist daher eine reine Zahl, aber kein Preis. Der Preis drückt sich aus in bestimmten Einheiten, z. B. Mark, Franken, oder Pfund, ist also keineswegs eine reine Zahl. Im Preise werden Werte miteinander verglichen.

Die Bestimmungsgründe der Marktpreise festlegen, bedeutet nichts anderes, als die Bestimmungsgründe von Nachfrage und Angebot untersuchen. Nachfrage und Angebot sind sowohl von der Marktseite wie von der Produktion her beeinflußbar. Erhöhung des Preises einer einzelnen Ware relativ zu anderen Waren erhöht das Angebot, soferne diesem nicht natürliche oder produktive Schranken entgegenstehen und erniedrigt die Nachfrage, soferne die betreffende Ware nicht ein absolut notwendiges Bedürfnis befriedigt. Erniedrigung der Preise regt die Nachfrage an und schränkt das Angebot ein. Dennoch ist die Wert- und Preistheorie — nicht nur aus logischen, sondern auch aus historischen Gründen — nicht auf die Bedürfnisse und die Erscheinungen des Marktes zu begründen, wie dies die Grenznutzentheorie versucht. Ein vollständiges Bild der tauschwirtschaftlichen Markterscheinungen kann sich uns erst am Schlusse unserer Untersuchungen ergeben, da die theoretische Nachbildung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur als Ganzes zu begreifen ist.

Die Werttheorie ist die tragende Grundmauer, welche die einzelnen Bestandteile des so vielgestaltigen Gebäudes der marxistischen Wirtschaftstheorie zusammenhält. Aber der Werttheorie mehr als methodische Bedeutung zuerkennen wollen, hieße ihren tiefsten Sinn verkennen. Der Begriff des Wertes ist kein dinglicher Begriff, er ist ein Relationsbegriff und als solcher knappster Ausdruck des gesellschaftlichen Zusammenhanges.

§ 7. Der Produktionsprozeß.

Der Produktionsprozeß verwandelt Naturstoffe (resp. Rohstoffe) durch mechanische Kräfte in Konsumgüter oder leistet Ortsveränderungen. Die Konsumgüter lassen sich einteilen in lebensnotwendige Konsumgüter und Luxusgüter. Der Bereich der lebensnotwendigen Güter schwankt nach Wirtschaftsstufe und Wirtschaftszone. Zu den lebensnotwendigen Gütern zählen die Lebensmittel, auf höherer Kulturstufe und in kalten unwirtlichen Breiten auch Kleidung und Behausung.

Die Rohstoffe werden der anorganischen oder der organischen Natur entnommen. Die anorganischen Rohstoffe sind entweder Mineralien, Erze oder Gesteine. Wichtiger sind die dem Tier- oder Pflanzenreich entstammenden organischen Rohstoffe. Diese können sein Nahrungsmittel, Bekleidungsstoffe, Bau- und Werkstoffe oder Schmuckstoffe. Nur in seltenen Fällen können Naturstoffe, wie z. B. das Trinkwasser, direkt konsumiert werden.

Die Arbeitstätigkeit des Menschen wird vom Arbeitsmittel unterstützt. Das einfachste Arbeitsmittel ist das Werkzeug. Das Werkzeug ist ein aus irgendwelchen Baustoffen gefertigter Gegenstand, dessen spezielle Form die Gewinnung und Bearbeitung des Rohstoffes erleichtert. Es steigert die Ergiebigkeit der Arbeit. Das Werkzeug wird zur Arbeitsmaschine, wenn das Werkzeug nicht mehr durch die menschliche Hand geführt, sondern mechanisch auf den Arbeitsgegenstand einwirkt und eventuell von speziellen Antriebsmaschinen angetrieben wird. Durch die Maschine wird die Arbeit mehr oder weniger unabhängig von der Geschicklichkeit des Arbeiters. Die Antriebskraft der Maschine kann menschlicher, tierischer oder mechanischer Herkunft sein. Aber selbst die automatische Maschine kann die menschliche Arbeitskraft nicht entbehren, weil die Maschine zum mindesten vom Arbeiter zweckentsprechend in Gang gesetzt werden muß. Rohstoff, Arbeitsmittel und Produzent sind fast an jedem Produktionsprozeß in wechselnden Verhältnissen beteiligt. Nur in wenigen Fällen wird entweder kein Rohstoff bearbeitet (Ortsveränderungen) oder kein Arbeitsmittel benötigt (Reisigsammeln).

Die wichtigste Produktionskraft ist die menschliche Arbeitskraft. Jeder Produzent ist gleichzeitig in zweifacher Hinsicht tätig: Er leitet erstens den Produktionsprozeß, zweitens greift er aktiv ein in den Produktionsprozeß durch Verausgabung seiner Arbeitskraft. Die Entwicklung der Technik steigert die Produktionsfähigkeit, indem einerseits die Wirkung der menschlichen Arbeitskraft durch bessere Werkzeuge und verbesserte Arbeitsmethoden rationeller ausgenützt wird, andererseits Naturkräfte die menschliche Arbeitskraft unterstützen und ersetzen. Das Ziel der Technik ist die Ein- und Unterordnung der naturgesetzlichen Kräfte unter die wirtschaftlichen Zwecke und Bedürfnisse des Menschen. Die systematische Kenntnis der Naturgesetze, die Wissenschaft, bildet die Voraussetzung der erfolgreichen technischen Entwicklung. Der Produktionsprozeß ist so zu leiten, daß mit dem geringsten Aufwand an Kraft und Energie die größtmögliche Produktion an Gütern erzielt wird. Durch die Technik werden immer mehr Naturkräfte in den Dienst des Menschen gestellt*. In einem bestimmten Gesellschaftsverband ist die Zahl der menschlichen Arbeitskräfte eine feste, gegebene Größe; die mögliche menschliche Kraftleistung daher auf ein bestimmtes Maximum begrenzt; eine Erweiterung der Produktion demnach nur denkbar durch Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch Naturkraft.

Das rein technische Nutzprinzip zieht nur den Nutzeffekt von aufgewendeter Arbeitsleistung und erzieltem Effekt in Betracht: Der Gesamtaufwand an Energie, sei dieser menschlicher, tierischer oder mechanischer Herkunft, ist auf ein Minimum zu beschränken. Das technische Nutzprinzip wird durch das soziale Nutzprinzip ergänzt: Ein Produktionsprozeß ist dann als wirtschaftlich zu betrachten, wenn durch neue technische Methoden trotz gleicher oder verminderter menschlicher Arbeitsleistung die Produktivität der Arbeit gesteigert wird. Das sozialwirtschaftliche Nutzprinzip kann mit dem kapitalistischen Nutzprinzip in Widerspruch geraten, da das kapitalistische, vom Erwerbsmotiv geleitete Nutzprinzip nur nach Erhöhung des Profites und erst mittelbar nach Steigerung der Produktivität der Arbeit trachtet.

Das wichtigste Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit ist neben dem Ersatz der menschlichen Arbeitskraft durch die Naturkräfte die Arbeitsteilung. Die Entwicklung der Arbeitsteilung ist nur innerhalb eines sozialen Verbandes möglich. Auf je größerer sozialer Stufenleiter die Produktion vor sich geht, umso tiefer greift die Arbeitsteilung in den Produktionsprozeß ein. Die Arbeitsteilung verwandelt die Arbeit des einzelnen Produzenten in Teilarbeit der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Bei

*) **Deutschland**	Bevölkerung	Motor. Kräfte der Industrie in 1000 PS.	Elektr. Kräfte in 1000 PS.
1875	41 Mill. (1870)	1 056	48
1907	65 Mill. (1910)	8 264	935
1924	—	—	7 260

Die Bevölkerung wächst von 1870 bis 1910 auf das 1½fache, die motorischen Kräfte wachsen auf das 10fache.

manuellen Operationen steigert die Arbeitsteilung die Geschicklichkeit des Arbeiters. In gleichen Zeiten werden mehr Produkte erzeugt. Hat sich die Maschinerie der Produktion bemächtigt, so wird die Arbeitsteilung zum technischen Problem. Der Produktionsprozeß wird in eine immer wachsende Zahl von Teilprozessen zerlegt, welche von besonderen Maschinen bewältigt werden. Die Vorteile der Arbeitsteilung und Arbeitszerlegung sind von Adam Smith in geradezu klassischer Weise an einem einfachen Beispiel nachgewiesen worden: «Der größte Fortschritt in den produktiven Arbeitskräften und die Vermehrung der Geschicklichkeit, Gewandtheit und Einsicht, womit die Arbeit irgendwo geleitet und verrichtet wird, scheint eine Wirkung der Arbeitsteilung gewesen zu sein. Nehmen wir z. B. ein sehr unbedeutendes Gewerbe, bei welchem man jedoch sehr oft von der Teilung der Arbeit Notiz genommen hat, nämlich das Gewerbe des Nadelmachers. Ein Arbeiter, der für diese Tätigkeit (woraus die Teilung der Arbeit ein eigenes Gewerbe gemacht hat) nicht angelernt wäre, der mit dem Gebrauch der dazu verwendeten Maschinen (zu deren Erfindung wahrscheinlich eben dieselbe Teilung der Arbeit Gelegenheit gegeben hat) nicht vertraut wäre, könnte vielleicht mit dem äußersten Fleiß täglich kaum eine, gewiß aber keine zwanzig Nadeln herstellen . . . . . So aber ist das wichtige Geschäft der Stecknadelfabrikation in achtzehn verschiedene Verrichtungen geteilt, die in manchen Fabriken alle von verschiedenen Händen vollbracht werden, während in anderen zuweilen zwei oder drei derselben von einem einzigen Manne besorgt werden. Ich habe eine kleine Fabrik dieser Art gesehen, wo nur zehn Menschen beschäftigt waren und manche daher zwei oder drei verschiedene Verrichtungen zu erfüllen hatten. Obgleich diese Menschen sehr arm und darum nur leidlich mit den nötigen Maschinen versehen waren, so konnten sie doch, wenn sie sich tüchtig dran hielten, in einem Tag etwa zwölf Pfund Stecknadeln liefern. Ein Pfund enthält über viertausend Nadeln mittlerer Größe. Diese zehn Personen konnten demnach täglich über 48,000 Nadeln herstellen»*.

Wir bezeichnen die Gesamtheit des sozialen Verbandes, innerhalb dessen die Gewinnung der Güter vor sich geht, als Produktionsverband. Der Produktionsverband ist ein sozialer Organismus, welcher als Ganzes der Natur gegenüber tritt und ihr die zu seiner Existenz, Erhaltung und Vermehrung notwendigen

* Adam Smith: «Der Reichtum der Nationen». Deutsche Ausg., S. 3/4.

Güter abringt. Die Arbeitsteilung zerlegt den Produktionsverband in kleinere und größere Produktionseinheiten. Die Produktionseinheiten können lose* oder feste** Gliederungen sein. Der kleinste Produktionsverband ist die Horde. Die wirtschaftliche Entwicklung erweitert schließlich den Produktionsverband der Horde über Sippe, Stamm, Markgenossenschaft, Stadtwirtschaft und nationale Volkswirtschaft zur Weltwirtschaft.

Die moderne kapitalistische Wirtschaft gliedert sich nach Produktionsgruppen und Produktionszweigen. Die Urproduktion beschafft die Rohstoffe. Der Bergbau gewinnt die anorganischen, die Land- und Forstwirtschaft erzeugen die organischen Rohstoffe. Die Rohstoffe werden verarbeitet in Gewerbe und Industrie. Handel und Verkehr übernehmen die Verteilung der erzeugten Waren, vermitteln den Ortswechsel von Gütern und Personen. Die Arbeitsteilung gliedert die Wirtschaft in vertikaler und in horizontaler Richtung. Ein bestimmter Naturstoff hat die verschiedenartigsten Fabrikations- und Handelsunternehmungen als Rohstoff, Halbfabrikat und Fertigfabrikat zu durchlaufen, bis das fertige Produkt in die Konsumation eingehen kann.

Am Beispiel der Wolle können wir diese Verhältnisse etwas verdeutlichen. Direkt an der Verarbeitung der Wolle sind beteiligt die Betriebe: Schaffarm, Wollwäscherei, Wollspinnerei, Tuchweberei, Wollwirkerei, Schneiderei, Wollhandel und Kunstwollfabrik. Daneben ist ein nicht unbeträchtlicher Teil des Baugewerbes, der Maschinenindustrie und der Rohstoffindustrie indirekt an der Verarbeitung der Wolle beteiligt durch Errichtung der Gebäude für die betreffenden Betriebe der Wollindustrie, durch Lieferung der notwendigen Maschinen, Belieferung mit Kohle, Schmieröl und dergleichen. Neben die direkten Konsumgüterindustrien treten die Produktivgüterindustrien. Die Schafzucht erzeugt nicht nur Wolle, sie produziert auch Fleisch (Gefrierfleisch, Kühlanlagen, Metzgerei). Wir erkennen an unserem Beispiel die ungeheure Mannigfaltigkeit der Produktionsbeziehungen. Die Viehzucht produziert den Rohstoff: Die Rohwolle; die Textilindustrie das Halbfabrikat: Garne, Tuche, Stoffe;

* Familie der Wilden, Jagdgesellschaften der Horde, der Sippe.

** Patriarchalische Hausgenossenschaft der naturalwirtschaftlichen Epoche, Gutswirtschaft, moderner Großbetrieb.

das Bekleidungsgewerbe das Fertigfabrikat: die Kleider. Auf diesem langen Produktionsweg vom Schaf bis zum Schlafrock fallen andauernd Nebenprodukte (Fleisch, Wollabfälle, Wollschweiß u. a.) ab. Was für den einen Betrieb Rohstoff, ist für den vorangehenden Betrieb Fertigfabrikat.

Nachfolgende tabellarische Uebersicht vermittelt einen schematischen Einblick in die Mannigfaltigkeit moderner Produktionsbeziehungen. Die Produktionszweige sind nach Produktionsgruppen geordnet.

Produktionszweige.

A. Urproduktion.

1. Landwirtschaft.

a) Viehzucht:
Rinderzucht, Pferdezucht, Schweinezucht, Schafzucht, Ziegen, Pelztiere.

b) Geflügelzucht:
Hühner, Gänse, Strauße etc.

c) Bienenzucht.

d) Seidenraupenzucht.

e) Ackerbau:
Getreide: Weizen, Roggen, Mais, Hafer, Gerste, Hirse, Reis, Hanf, Flachs, Jute, Zuckerrüben, Kartoffeln.

f) Gartenbau.

g) Plantagenbau.

2. Forstwirtschaft.

Laub- und Nadelwälder, Tropischer Urwald, Palmenhaine, Bambuswälder.

3. Jagd und Fischfang.

Pelztiere, Süßwasserfische, Meerfische, Perlmuscheln, Walfische, Elefanten.

4. Bergbau.

a) Kohlenbergbau:
Steinkohle, Braunkohle.

b) Salinen:
Kochsalz, Kalisalze.

c) Erz- und Metallgruben:
Eisenerze, Kupfererze, Zinnerze, Zinkerze, Silber, Gold etc.

d) Schmucksteingruben.

e) Steinbrüche.

f) Div. Abbaubetriebe:
Torfgruben, Kiesgruben, Lehmgruben, Bauxitgruben, Petrolquellen.

5. Kraftwerke.

Elektrizitätswerke, Wasserkraftwerke, Windkraftwerke.

B. Industrie und Gewerbe.

1. Textilindustrie.

a) Seidenindustrie:
Seidenspinnerei, Seidenweberei, Seidenwirkerei, Seidenfärberei, Florettspinnerei.

b) Kunstseidenindustrie.

c) Baumwollindustrie:
Baumwollspinnerei, Baumwollweberei, Färbereien u. Druckereien.

d) Wollindustrie:
Wollspinnerei, Wollweberei, Kunstwollfabriken.

e) Leinenindustrie:
Leinen-, Flachs-, Jute-, Hanfspinnerei.

f) Kautschukindustrie:

g) Strohindustrie.

h) Andere Industrien und Gewerbe:
Korbflechterei, Hutindustrie.

2. Bekleidungsgewerbe.

Schneiderei, Weißnäherei, Hemdenfabrikation, Schuhmacher.

3. Lederindustrie.

Gerberei, Schuhfabriken, Sattler etc.

4. Nahrungs- und Genußmittelindustrie.

Konservenindustrie, Margarine- und Fettindustrie, Schokoladenindustrie, Nährmittelindustrie, Tabakindustrie, Mühlenindustrie, Zuckerindustrie.

5. Lebensmittelgewerbe.

Bäcker, Metzger, Käsereien, Butterfabrikanten, Champagnerfabriken, Likörfabriken, Mineralwasserfabriken.

6. Hüttenindustrie.

Hochofenwerke, Kupferhütten etc. Koksofenwerke, Gaswerke, Walzwerke.

7. Metallindustrie.

Werkzeugfabriken, Elektrizitätsindustrie, Automobilindustrie, Maschinenindustrie, Apparateindustrie, Uhrenindustrie, Bijouterie.

8. Baugewerbe.

Zementfabriken,
Kalkfabriken,
Fabriken künstlicher Steine,
Bauunternehmungen,
Ziegeleien,
Zimmerleute-, Schreiner-,
Malergewerbe,
Maurergewerbe.

9. Chemische Industrie.

Anorganische Großindustrie.
Farbstoffindustrie,
Pharmazeutische Produkte,
Parfümerie,
Seifenindustrie,
Lackindustrie,
Elektrochem. Industrie etc.

10. Diverse Gewerbe und Industrien.

Glasindustrie,
Porzellanindustrie,
Töpfereiwaren,
Papierindustrie,
Buchdruckereigewerbe,
Möbelindustrie,
Vergnügungsindustrie,
Fremdenindustrie,
Gastwirtsgewerbe.

C. Handel und Verkehr.

A. Handel.

a) Großhandel.
b) Detailhandel:
Warenhäuser, Kleinkrämer,
Wanderhandel, Autohandel,
Hausierer etc.
c) Geldhandel, Kapitalhandel,
Banken, Versicherungsgesellschaften,

B. Verkehr.

Eisenbahnen, Tram,
Autos, Speditionsfirmen,
Schiffahrt, Flugverkehr,
Transportunternehmungen,
Agenturen.

Die Ergiebigkeit der Arbeit ist nicht nur von der Technik abhängig. Neben die technischen Produktionsbedingungen treten die natürlichen und die sozialen Produktionsbedingungen. Die Schwer- und Hüttenindustrie hat sich in der Nähe der Kohlenlager angesiedelt; der Kalibergbau ist auf Norddeutschland und das Elsaß beschränkt; Kupferhüttenwerke entwickelten sich in den Vereinigten Staaten, in Chile und im südlichen Kongogebiet. Oft können wertvolle Erzvorkommen aus Mangel an arbeitswilligen oder technisch geschulten Kräften nicht abgebaut werden. Die klimatischen und geologischen Verhältnisse bestimmen die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens. Industrie und Gewerbe sind erst möglich, wenn die Landwirtschaft genügende Erträge abwirft, um die gewerblich tätige

Bevölkerung zu ernähren. Ein annäherndes Maß für die Ergiebigkeit der landwirtschaftlichen Arbeit bietet die Bevölkerungsdichte. Diese wächst entsprechend dem Ertrage der landwirtschaftlichen Arbeit*.

Die natürlichen Produktionsbedingungen (Fruchtbarkeit, Mineralien, Erze) einmal vorgegeben, ist die Produktivität der Arbeit nur noch vom Stande der Technik und der Struktur der Gesellschaft abhängig. Von wesentlicher Bedeutung werden dann Art und Menge der Produktionsmittel, welche von den arbeitenden Produzenten in Bewegung gesetzt werden. Je größer, mannigfaltiger und zweckentsprechender der Vorrat an Produktionsmitteln, d. h. der gesellschaftliche Produktionsapparat, umso höher die Produktivität der Arbeit, umso größer die Zahl derer, welche die Erde ernährt.

§ 8. Theorie der Mehrarbeit und der Mehrwertbildung.

Selbst auf primitiven Wirtschaftsstufen erschöpft sich die Produktion nicht in der Produktion der allernotwendigsten Lebensgüter. Es muß zum mindesten so viel Arbeit geleistet werden, als notwendig ist, um die verbrauchten Werkzeuge zu ersetzen. Sobald eine gewisse Höhe der technischen Entwicklung erreicht ist, wird diese Mehrarbeit zur zwingenden technischen Notwendigkeit.

Die Leistung von produktiver Arbeit besitzt schon in ihrer einfachsten Form zwiespältigen Charakter. Sie dient nicht nur der Erzeugung von Konsumgütern, wie auch der Reproduktion, dem Ersatz der verbrauchten Produktionsmittel, sie kann auch geleistet werden zu Zwecken der Akkumulation, der Erzeugung vermehrter und verbesserter Produktionsmittel und zur Mehrung des Gütervorrates selbst über das unbedingt notwendige Güterminimum hinaus (Vorratsbildung für Zeiten der Not, Befriedigung gewisser kultureller Bedürfnisse).

* Nach Ratzel beträgt die Bevölkerungsdichte pro km²:
Eskimo 0,0017—0,0053.
Jäger mit etwas Ackerbau 0,2—0,7.
Prim. Ackerbau 1,7—5,5.
Europ. Ackerbau 9,1.
Reiner Ackerbau Mitteleuropa 36.
Industriegebiete 270.
Jäger 0,0017—0,0088.
Hirtennomaden 0,7—1,7.
Nomadismus mit Ackerbau 3,6—5,5.
Reiner Ackerbau Südeuropa 73.
Ackerbau in Indien 180.

Diese produktive Arbeit verdinglicht sich in entsprechenden Produkten. Der nützliche, individuelle, konkrete Charakter der betreffenden Arbeitsleistung verkörpert sich in den Gebrauchswerten der erzeugten Güter: Nahrungsmittel und tägliche Gebrauchsgegenstände repräsentieren notwendige Arbeitsleistungen; reparierte und neu erzeugte Arbeitsmittel, Vorräte reproduzierende oder auch akkumulierende Arbeit; Schmuckgegenstände und dergleichen Luxusarbeit. Auf der Stufe der kommunistischen Bedarfsdeckungsproduktion fließen die verschiedenartigen Arbeitsleistungen unmerklich ineinander über. Es läßt sich vielleicht der Standpunkt vertreten, jede Arbeitsleistung, welche über die Befriedigung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse hinausgreife, also nicht notwendige Arbeit sei, sei Mehrarbeit. Doch sind derartige allgemeine Begriffsbestimmungen immer mit Vorsicht zu bewerten. Wesentliche Bedeutung erlangt der Begriff der Mehrarbeit erst auf höherer Wirtschaftsstufe, da er dort einen konkret sich abspaltenden Teil der sozialen Arbeitsleistung darstellt.

In der Wildheit reduziert der enge Nahrungsspielraum die erzeugbare Gütermenge auf die erzeugte Gütermenge. Die Größe der Horde steht mit dem Nahrungsspielraum im biologischen Gleichgewicht. Hungersnöte dezimieren die Horde, fruchtbare Jahre lassen die Horde wieder anwachsen. Anders auf der Stufe der Barbarei. Die Schaffung künstlicher Nahrungsquellen durch den Uebergang von Jagd und Fischfang zu Viehzucht oder Hackbau erweitert den natürlichen Nahrungsspielraum. Die Arbeitsleistung der Barbaren beginnt sich zu spalten in die Leistung von notwendiger Arbeit und Mehrarbeit. Diese Spaltung der Arbeitsleistung tritt sinnenfällig in der Institution der Sklaverei in Erscheinung. Der Wilde, der mit Mühe sich seine Nahrung erjagen oder ersammeln kann, hält keine Sklaven. Einmal fehlt die Möglichkeit, den Sklaven dauernd zu bewachen, dann vermehrt der Sklave die Zahl der Esser der Horde. Der Wilde tötet daher den überwundenen Feind, wenn er ihn nicht gar verspeist (Kannibalismus). Anders der Barbare. Die landwirtschaftliche Arbeit wirft Ueberschüsse ab. Der kriegsgefangene Sklave wird seinen körperlichen Kräften entsprechend mit Gewalt und Drohung zur Arbeit angehalten. Vom Produkte der Arbeit werden dem Sklaven nur so viele Lebensmittel überlassen, als gerade notwendig sind, seine Arbeitsfähigkeit zu bewahren.

Der Ueberschuß des Arbeitsproduktes fällt dem Sklavenbesitzer zu. Die vom Sklaven verzehrten Lebensmittel repräsentieren die Produkte der notwendigen Arbeit, die vom Sklavenbesitzer angeeigneten Güter die Produkte der Mehrarbeit*.

Allerdings fixiert der Begriff der notwendigen Arbeit nicht eine feste Größe. Die kulturelle Entwicklung verwandelt einen stets wachsenden Teil jener Arbeit, welche auf niedriger Kulturstufe als Mehrarbeit gewertet wurde, in notwendige Arbeit. Gewisse Bedürfnisse setzen sich fest und bestimmen die Lebenshaltung der breiten Massen. Diese Umwandlung von Mehrarbeit in notwendige Arbeit, welche der Steigerung der Produktivität der Arbeit parallel geht und dieser geschuldet ist, vollzieht sich durch das Medium der Klassengegensätze und Klassenkämpfe.

In der Sklavenwirtschaft des Altertums, unter dem Kolonentum des absterbenden römischen Reiches, in der auf Hörigkeit oder Leibeigenschaft beruhenden feudalen Gesellschaft wird die Mehrarbeit unmittelbar und direkt angeeignet. Der öffentlichrechtlichen Staatsorganisation fällt im wesentlichen die Aufgabe der Aufrechterhaltung dieser brutalen Ausbeutungsverhältnisse zu. Erst der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur geldwirtschaftlichen Warenproduktion ermöglicht die Aneignung von Mehrarbeit auf rein ökonomischer Basis: Mehrarbeit verwandelt sich in Mehrwert.

Der ökonomische Stoffwechsel der einfachen Warenproduktion ist beherrscht vom Wertgesetz. Wert tauscht sich gegen Wert: W — G — W. Der Sinn des Tauschaktes ist der Tausch der einen Ware gegen eine andere Ware. Die Waren werden getauscht als Produkte gleicher Arbeitsmengen. Das Wertgesetz setzt sich durch als Ausdruck der freien Konkurrenz der Produzenten um die verschiedenen Produktionssphären. Deshalb bildet das Wertgesetz auf der Stufe der einfachen Warenproduktion die Gleichgewichtslage, um welche das wirtschaftliche Leben schwingt. Bedingende Voraussetzung der Gültigkeit des Wertge-

* Es ist klar, daß der Sklavenbesitzer aus dem ihm zufallenden Anteil der Mehrarbeit nicht nur seine persönliche notwendige und Luxuskonsumation, sondern auch den Ersatz der verschlissenen und abgenützten Produktionsmittel, wie auch ev. Produktion vermehrter Produktionsmittel und Rohstoffe zu bestreiten hat. Ebenso klar ist, daß unter der Sklaverei die Mehrarbeit so stark als möglich ausgedehnt wird.

setzes ist die annähernde Gleichheit der Produktionsbedingungen der verschiedenen Produktionszweige, sowie das Eigentum der Produzenten an den Produktionsmitteln und Rohstoffen.

Die einfache Warenproduktion bildet ein Uebergangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung. Annähernd finden wir die einfache Warenproduktion verwirklicht am Ausgang des Mittelalters. Der Produktionsverband umfaßt eine kleine Stadt mit dem umliegenden landwirtschaftlichen Gebiet. Der Bauer tauscht in der Stadt seine Lebensmittel ein gegen die gewerblichen Erzeugnisse der Handwerker. Nur ein geringer Teil der Gesamtproduktion ist in den Kreis der einfachen Warenproduktion einbezogen. Der Bauer deckt noch den Großteil seiner Bedürfnisse auf naturalwirtschaftlichem Wege. Die einfache Warenproduktion entfaltet sich bloß in der Stadt und auch hier nur vorübergehend zur vorherrschenden Produktionsweise. Die Aneignung der Mehrarbeit durch die regierende Klasse erfolgt meistens durch direkten Abzug vom Arbeitsprodukt der Produzenten: Der Bauer leistet den Zehnten und andere Abgaben, der Warenverkehr der Stadt ist durch Gebühren und Zölle belastet, der Handel durch Mannigfaltigkeit der Maße, Gewichte und Münzen behindert. Die Wirtschaftsverhältnisse sind stabil. Der Sohn erbt das väterliche Gewerbe mit allen Rechten und Pflichten. Die Gesamtheit der Produzenten eines Produktionszweiges regelt als Zunft Marktpreis und Marktverkehr. Das Ziel der öffentlichen Regelung des städtischen Wirtschaftslebens ist die Sicherung der «Nahrung», des standesgemäßen Auskommens.

Der Marktpreis wird so bemessen, daß er den Verschleiß der Produktionsmittel deckt und die Arbeit des Produzenten «angemessen» entlohnt. Der Wert der Produktionsmittel und der Rohstoffe gehen ihrem Verschleiße entsprechend als konstanter Wertteil auf das einzelne Produkt über. Dieser konstante Wertteil ist gleich dem Wert der Produktionsmittel multipliziert mit dem Quotienten aus notwendiger Produktionszeit und voraussichtlicher Lebensdauer des Produktionsmittels (beides in Arbeitsstunden gemessen) plus dem Wert des Rohstoffes: $C = P \cdot \frac{T}{L} + R$ (C = konstanter Wertteil, P = Wert der Produktionsmittel, T = Produktionszeit, L = Lebensdauer der Produktionsmittel, R = Wert des Rohstoffes). Der konstante Wertteil ist Ersatz für den vom Produzenten dem Produktionsprozeß vorgeschossenen

Wert. Die Differenz von Marktpreis und Kosten (= konstanter Wertteil) bildet die Vergütung für die Arbeit des Produzenten. Diese Differenz ist neu zugesetzter Wert. Es ist Produzentenlohn (Handwerkerlohn)*. Als Wert ist dieser neu dem Produkt zugesetzte Arbeitswert eine gesellschaftlich festgelegte Größe. Der konstante Wert ist übertragener alter Wert; der Neuwert ist ein aliquoter Teil der jährlichen Arbeitsleistung unseres Produzentenverbandes. Der Neuwert umschließt sowohl Mehrarbeit als notwendige Arbeit.

Je größer die Mehrarbeit, umso größer der Produzentenlohn. Im Gegensatz zur Sklaverei erhöht die einfache Warenproduktion** die Produktivität der Arbeit, wie auch die Arbeitsleistung des Einzelnen: Aus dem Sklaven läßt sich Mehrarbeit nur unter äußerstem Druck herauspressen, die Arbeitsmittel müssen primitiver Art sein, weil sie von den Sklaven schonungslos mißhandelt werden; der einfache Warenproduzent hat dagegen ein direktes unmittelbares Interesse an der Leistung von Mehrarbeit, da er dadurch seinen persönlichen Reichtum vermehren kann.

Die Leistung von Mehrarbeit ist die Vorbedingung dafür, daß der Staat vom einfachen Produzenten Gebühren und Abgaben erheben kann. Der ursprüngliche Sinn dieser Abgaben ist eine Art von sozialer Arbeitsteilung: Der Adel, das Patriziat übernehmen die öffentlichen Funktionen, den Schutz der produzierenden Klassen gegen feindliche Angriffe. Im Laufe der Zeit verwandelt sich diese soziale Arbeitsteilung in ein Herrschaftsverhältnis. Meistens gelingt es der herrschenden Klasse, sich allmählich fast der ganzen Mehrarbeit der produzierenden Klassen zu bemächtigen. In Zeiten wirtschaftlicher Not kann die Lebenshaltung der Volksmassen sogar unter das Existenzminimum heruntergedrückt werden.

* Marx kennt den Begriff des Produzentenlohnes in der von uns abgeleiteten Form nicht. Zwar ist die Vorstellung des Produzentenlohnes in seiner Werttheorie implizite bereits enthalten, aber Marx hat seiner mehr deduktiven Ableitung des Mehrwertes entsprechend davon abgesehen, die Verhältnisse der einfachen und der kapitalistischen Warenproduktion derart scharf begrifflich zu scheiden, wie wir dies getan. Natürlich umfaßt der Produzentenlohn alle kapitalistischen Mehrwertformen samt Arbeits- und Aufsichtslohn in rudimentärer Art.

** Unter einfacher Warenproduktion ist die Produktion des grundbesitzenden, selbstarbeitenden Bauern oder des Handwerkers für den lokalgebundenen Markt zu verstehen.

Die Umwandlung von Mehrarbeit in Mehrwert muß möglich sein ohne Verletzung des Wertgesetzes der einfachen Warenproduktion. Das Wertgesetz bewertet die Arbeitsleistung des Produzenten als Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeitsleistung. Der jährliche Produzentenlohn des einzelnen Produzenten ist bestimmt durch die Größe des von der Gesellschaft (resp. dem Produktionsverband) jährlich produzierten Neuwertes, dividiert durch die Anzahl der Produzenten. In der einfachen Warenproduktion scheint die Phrase: «Das Produkt gehört dem Produzenten», seine Verwirklichung gefunden zu haben.

Dergestalt ermöglicht das Wertgesetz den ungestörten Reproduktionsprozeß der einfachen Warenproduktion. Es müssen gelten die Gleichungen:

I. $c_1 + h_1 = C$

II. $c_2 + h_2 = K$

(C = Produkte der Produktivgütergewerbe und Arbeitsleistung der Reparaturbetriebe, h = Handwerkerlohn, c = konstanter Wertteil, K = Produkte der Konsumgütergewerbe).

Diese Gleichungen werden ergänzt durch die dem Wertgesetz gleichwertige Aussage:

III. $c_2 = h_1$ resp. die Produkte des Produktionsmittelgewerbes müssen den Verschleiß der Produktivgüter decken. Das heißt

IIIa) $c_1 + c_2 = C$

resp. IIIb) $h_1 + h_2 = K$, woraus folgt: daß $c_2 = h_1$ sein muß).

Sind C und K ihrem Werte nach bekannt (K ist gegeben durch die Zahl der Produzenten, C durch den Verschleiß der nutzbaren Produktivgüter), so sind die Reproduktionsverhältnisse der Wirtschaft vollkommen bestimmt, weil damit auch das Verhältnis von c_1 zu h_2, resp. das Verhältnis c_2 zu h_2 gegeben ist*.

Wir sehen, die Gültigkeit des Wertgesetzes ist auf der Stufe der einfachen Warenproduktion identisch mit der Forderung des durch den Warenaustausch vermittelten Reproduktionsprozesses der Wirtschaft. An und für sich genügen die Reproduktionsbedingungen, den ungestörten Fortgang der einfachen Warenproduktion zu sichern.

* Wir haben in den Gleichungen I und II, wenn K und C zahlenmäßig bekannt sind, 4 noch zu bestimmende Unbekannte, wozu 4 Gleichungen genügen. Das Wertgesetz fügt Gleichung III hinzu; die technischen Bedingungen des Produktionsprozesses fixieren das Verhältnis von c_1/h_1, womit die 4 notwendigen Gleichungen zur Lösung des Problems in notwendiger und hinreichender Zahl vorliegen.

Wie ist nun unter der Herrschaft des Wertgesetzes der einfachen Warenproduktion die Aneignung der Mehrarbeit als Mehrwert und die Umwandlung des Handwerkerlohnes in Arbeitslohn und Mehrwert möglich? Nach dem Wertgesetz wird Arbeitswert gegen Arbeitswert getauscht. Der Mehrwert kann nicht aus der Zirkulation der Waren entspringen. Sollten etwa die Produzenten allgemein 10% auf die Warenpreise aufschlagen, so wäre dadurch keineswegs Mehrwert gebildet. Denn was der Verkäufer gewinnt, verliert der Käufer. Weil jeder Produzent Käufer wird, wenn er Verkäufer war.

> «Das Ganze kommt in der Tat darauf hinaus, daß alle Warenbesitzer ihre Waren einander 10% über dem Wert verkaufen, was durchaus dasselbe ist, als ob sie die Waren zu ihren Werten verkauften»*. «Werden Aequivalente ausgetauscht, so entsteht kein Mehrwert und werden Nichtäquivalente ausgetauscht, so entsteht auch kein Mehrwert»**.

Es gelinge dem Kaufmann A, eine Ware im Wert von 30 Franken dem Kaufmann B gegen eine Ware im Werte von 40 Franken zu verkaufen. Offenbar hat Kaufmann A 10 Franken gewonnen, aber Kaufmann B hat ebenso offensichtlich 10 Franken verloren. Die Summe der Warenwerte ist sich gleich geblieben. Die Warenzirkulation kann unter der Herrschaft des Wertgesetzes wohl die Verteilung der Werte unter den Warenbesitzern verändern, nicht aber die Größe des Wertes der umgesetzten Warenmenge. Die Schwierigkeit liegt nicht darin, die Leistung von Mehrarbeit zu erklären. Mehrarbeit wird auf jeder höheren Wirtschaftsstufe geleistet. Auch in der sozialistischen Gesellschaft wird Mehrarbeit geleistet werden. Der Produzentenlohn verkörpert sowohl notwendige Arbeit als auch Mehrarbeit. Die Mehrwertbildung muß aber erklärt werden können unter der Annahme, daß auf dem Markte sich immer nur Arbeitswert gegen Arbeitswert tauscht. Gleichzeitig müssen wir nachweisen können, weshalb der Produzentenlohn sich zwangsläufig in Arbeitslohn und Mehrwert zu spalten beginnt.

Die Bildung des Mehrwertes ist nicht in der Sphäre der Warenzirkulation, sie ist nur in der Sphäre der Warenproduktion möglich. Wo die theoretische Lösung dieses Problems zu suchen ist, läßt sich der geschichtlichen Entwicklung entnehmen.

* «Kapital» I. Bd., Seite 123. ** l. c. Seite 126.

Die kapitalistische Aneignung von Mehrwert setzt sich auf zwei Wegen durch: Entweder bringt der Großkaufmann eine Anzahl verschuldeter Handwerker in ökonomische Abhängigkeit. Er liefert ihnen den Rohstoff und nimmt ihnen die produzierten Waren ab, um sie mit Gewinn auf dem Markte zu verkaufen. Der Kaufmann wird Verleger. Oder der Kaufmann errichtet Manufakturen. Er vereinigt in einem gemeinschaftlichen Raume viele einzelne Handwerker, schießt ihnen Produktionsmittel und Rohstoffe vor und verkauft die erzeugten Waren auf dem Markte. Der Kaufmann wird Fabrikant.

Wesentlich ist in beiden Fällen: Der Kaufmann verkauft die Waren seiner Handwerkerproduzenten zu den üblichen Marktpreisen. Dennoch realisiert er Profit. Dies ist nur dann möglich, wenn seine Unkosten niedriger sind als der Marktpreis. Die Unkosten setzen sich zusammen aus den Auslagen für verschlissene Produktionsmittel und Rohstoffe und der Entschädigung an die Handwerkerproduzenten für deren Arbeitsleistung. Ist aber die Entschädigung an die Handwerkerproduzenten niedriger als der mittlere Produzentenlohn, so hat der Kaufmann Profit erzielt. Desgleichen, wenn seine Auslagen für Rohstoffe und Produktionsmittel kleiner sind als ortsüblich. Die Möglichkeit, daß der Verleger die Handwerker schlechter entlohnt, als dem Produzentenlohn entspricht, ist gegeben durch die Tatsache der Mehrarbeit. Auch dann, wenn der Handwerker nur einen Teil des sonst üblichen Produzentenlohnes erhält, kann er seine Existenz fristen, soferne nicht sein Arbeitslohn das Existenzminimum unterschreitet. Die Möglichkeit wird zur Realität durch die ökonomische Zwangslage, in welcher sich die verschuldeten Handwerker befinden. Der Verleger oder Fabrikant wird nur solche Handwerker anwerben wollen und anwerben können, welche in wirtschaftliche Not geraten sind.

Die Spaltung des Produzentenlohnes in Mehrwert (resp. Profit) und Arbeitslohn setzt damit voraus die Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln. Der Produzent wird einerseits zum besitzlosen Proletarier, andererseits zum besitzenden Kapitalisten. Immer noch bestimmt die freie Konkurrenz der Produzenten um die Produktionssphären den Wert der Waren durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, aber neben dem Warenmarkt entwickelt sich als neuartige Institution der Arbeitsmarkt.

Durch die Scheidung des Produzenten vom Produktionsmittel einerseits, die Anhäufung des gesellschaftlichen Reichtums in wenigen Händen andererseits (sog. ursprüngliche Akkumulation) wird die Arbeitskraft des Produzenten zur Ware*, welche auf einem speziellen Markte feilgeboten wird. Der Wert der Arbeitskraft bestimmt sich wie der Wert aller anderen Waren durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Der Unternehmer, der Kapitalist kauft die Arbeitskraft des Arbeiters bloß zu vorübergehendem Gebrauch. Er kauft nicht den Arbeiter selbst, er kauft nur das Arbeitsvermögen des Arbeiters nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten.

Die Höhe des Arbeitslohnes schwankt um den Wert der Arbeitskraft. Diese Schwankungen werden bestimmt durch das wechselnde Verhältnis von Angebot und Nachfrage. In Zeiten wirtschaftlicher Not, wenn Arbeitslosigkeit die Masse der Arbeiter bedrängt, kann der Arbeitslohn sogar unter das Existenzminimum fallen; in Zeiten starker Nachfrage nach Abeitskräften kann der Arbeitslohn beträchtlich über das Existenzminimum steigen. Gelernte Arbeitskräfte werden besser entlohnt als ungelernte Arbeitskräfte, weil in den Wert der gelernten Arbeitskräfte höhere Bildungskosten oder Reproduktionskosten eingehen.

«Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeit löst sich ... auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit ... Die Summe der Lebensmittel muß ... hinreichen, das arbeitende Individuum als arbeitendes Individuum in seinem normalen Lebenszustand zu erhalten. Die natürlichen Bedürfnisse selbst, wie Nahrung, Kleidung, Heizung, Wohnung u. s. w. sind verschieden je nach den klimatischen und anderen natürlichen Eigentümlichkeiten eines Landes. Andrerseits ist der Umfang so genannt notwendiger Bedürfnisse, wie die Art ihrer Befriedigung, selbst ein historisches Produkt. Im Gegensatz zu den andern Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. Für ein bestimmtes Land, zu einer bestimmten Periode jedoch ist der Durchschnittsumkreis der notwendigen Lebensmittel gegeben»**.

* «Was dem Geldbesitzer auf dem Warenmarkt direkt gegenüber tritt, ist in der Tat nicht die Arbeit, sondern der Arbeiter. Was letzterer verkauft, ist seine Arbeitskraft. Sobald seine Arbeit wirklich beginnt, hat sie bereits aufgehört, ihm zu gehören, kann also nicht mehr von ihm verkauft werden. Die Arbeit ist die Substanz und das immanente Maß der Werte, aber sie selbst hat keinen Wert» («Kapital» 1. Bd., Seite 499).

** l. c. Seite 133/134.

Qualifizierte Arbeitsleistungen, wie die Arbeit eines Vorarbeiters, eines Technikers werden als einfache Vielfache der Arbeitsleistung der Durchschnittsarbeitskraft entlohnt. Der qualitative Unterschied der Arbeitsleistung setzt sich infolge der Geldrechnung in den rein quantitativen Unterschied der Entlöhnung um. In der Bewertung der qualifizierten Arbeitskräfte spielen in besonders starkem Maße historische Momente wie auch das Verhältnis von Angebot und Nachfrage eine entscheidende Rolle. Immer aber bildet der Arbeitslohn des Handarbeiters die unterste Grenze und die tragende Grundlage der Entlohnung auch der qualifizierten Arbeitskräfte. Die Höhe des Arbeitslohnes des Handarbeiters ist einerseits nach unten begrenzt durch den Wert der für die Erhaltung des Lebens des Arbeiters und seiner Familie unbedingt notwendigen Lebensmittel, andererseits nach oben durch den Wert des erzeugten Produktes; d. h. auf die Dauer kann der Arbeitslohn nicht unter das Existenzminimum sinken und nicht über den der Ware zugesetzten Neuwert steigen. Die effektive, momentane Höhe des Arbeitslohnes hängt ab vom momentanen Stand von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt.

Je höher der Arbeitslohn bei gleichbleibendem Warenwert, umso kleiner der Profit. Je niedriger der Arbeitslohn, umso höher der Profit. Daher wird die Höhe des Arbeitslohnes zum Ausgangspunkt des Klassenkampfes von Arbeiterschaft und Unternehmertum. Die Klassenorganisationen der Arbeiter, die Gewerkschaften, entstehen als Selbsthilfeorganisationen der Arbeiter zum Zwecke der Beeinflussung des Arbeitsmarktes. Solange der Arbeiter dem Unternehmer vereinzelt gegenübertritt, vermag der Unternehmer das ganze Uebergewicht seiner ökonomischen Vormachtsstellung zur Geltung zu bringen. Erst der Zusammenschluß der Arbeiter in der Gewerkschaft rückt den Abschluß des sogenannten «freien Arbeitsvertrages» in die soziale Sphäre, verleiht dem einzelnen Arbeiter gesellschaftlichen Rückhalt, schafft ein Gegengewicht gegen die soziale Macht des Reichtums.

Wir haben vorläufig einen wichtigen Punkt unberücksichtigt gelassen. Unter den speziellen historischen Bedingungen, unter denen sich der Kapitalismus aus der einfachen Warenproduktion heraus entwickelte — und teilweise heute noch entwickelt — hatte die Aneignung der Mehrarbeit als Mehrwert mehrere Zwischenstadien zu durchlaufen. Auch die mittelalterliche Gesellschaft war eine Klassengesellschaft. Die Mehrarbeit der produzierenden Klassen wurde von der herrschenden Klasse als Naturalrente angeeignet. Zwar war die geleistete Mehrarbeit verhältnismäßig gering, zudem ihre Aneignung rechtlich fixiert. Daher konnte der Anreiz, sich durch Trennung der Produzenten von den Produktionsmitteln diese Mehrarbeit auf ökonomischem Wege anzueignen, nur gering sein. Wir beobachten denn auch, daß sich die kapitalistische Aneignung von Mehrwert hauptsächlich in solchen Städten durchsetzte, welche ihre politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit errungen hatten.

Dennoch hätte diese Art der Aneignung der Mehrarbeit nicht genügt, schließlich die ganze mittelalterliche Produktionsweise umzuwälzen. Diese Umwälzung bediente sich eines ungleich mächtigeren Hebels, der direkten Steigerung der Produktivität der Arbeit. Wenn es einem Unternehmer gelang, durch arbeitssparende Methoden den Wert der von ihm produzierten Waren beträchtlich zu senken, so konnte er dennoch diese Waren auf dem Markte zu einem höheren Marktpreise verkaufen, als dem individuellen Werte seiner Produkte entsprach, weil der Marktwert der Waren sich bestimmt nicht nach den individuellen Arbeitsleistungen, sondern nach dem gesellschaftlich, im Durchschnitt üblichen Arbeitsaufwand. Solange sich die neue Produktionsmethode noch nicht allgemein eingebürgert hatte, erzielte der damit arbeitende Unternehmer erhöhten Gewinn, bot sich ihm die Möglichkeit, durch geringe Unterbietung seiner Konkurrenten aus dem Handwerkerstande den Markt an sich zu reißen und trotzdem immer noch Extraprofite zu realisieren. In ihrer Mehrzahl eigneten sich die kapitalistisch arbeitenden Unternehmer demnach nicht dadurch Mehrarbeit als Mehrwert an, indem sie die bereits durch die feudalen Klassen angeeignete Mehrarbeit erfaßten, sondern sie schufen zusätzliche Mehrarbeit durch Steigerung der Produktivität der Arbeit*.

Die Mittel zu dieser Steigerung der Produktivität der Arbeit haben wir bereits im vorhergehenden Kapitel kennen gelernt: Technik und Arbeitsteilung. Durch die kombinierte Arbeitsteilung vieler Einzelhandwerker im Rahmen einer Manufaktur wird, ver-

* Daneben ist noch die Produktion von absolutem Mehrwert durch direkte Vergrößerung der Mehrarbeit zu berücksichtigen. Siehe im nächsten Kapitel.

glichen mit der Arbeit eines nur für sich oder nur mit wenigen Gesellen arbeitenden Handwerkers, pro Zeiteinheit eine viel grössere Produktenmenge erzeugt. Oder, indem die Maschine den Produktionsprozeß mechanisiert, erspart sie Arbeitskräfte. Wiederum ist das Resultat eine Steigerung der Ergiebigkeit der Produktion.

Die kapitalistische Produktionsweise krallt sich so in den Poren der mittelalterlichen Gesellschaft fest, bis sie endlich genügend Kräfte gesammelt hat, um in und durch die bürgerliche Revolution alle jene Schranken niederzureißen, welche sich der restlosen Aneignung der Mehrarbeit als Mehrwert entgegenstellen. Durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch tobt der erbitterte Kampf, den das im Zunftwesen organisierte Handwerk, der feudale Adel, die Geistlichkeit gegen die neu aufkommende Produktionsweise führen. Die kapitalistische Unternehmung bedarf des freien Marktes: Das Bürgertum strebt nach Beseitigung der vielen Zoll- und Geldschikanen. Die kapitalistische Unternehmung kann nur erstarken im freien Konkurrenzkampf: Das Bürgertum erzwingt die Aufhebung der Zunftorganisationen. Die kapitalistische Warenproduktion stützt sich auf wachsende Ausbreitung der Geldwirtschaft: Das Bürgertum bricht die feudalen Fesseln, welche die Wirtschaft des Bauern in naturalwirtschaftliche Hörigkeit zwängen. Das ideologische Kampfgeschrei des Bürgertums: Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit verkörpert den Willen, die feudale Aneignung von Mehrarbeit durch die kapitalistische Aneignung von Mehrwert zu ersetzen. Die freie wirtschaftliche Konkurrenz wird das Mittel, mit welchem die kapitalistische Produktionsweise, nach Beseitigung aller rechtlichen Fesseln, die vorkapitalistischen Produktionsweisen niederringt.

Ebenso, wie die einfache Warenproduktion sich zuerst des städtischen Wirtschaftslebens bemächtigte, setzt sich die kapitalistische Produktionsweise zunächst in reiner Form in Industrie und Gewerbe durch. In der Landwirtschaft vollzieht sich die Trennung des Produzenten von den Produktionsmitteln in einem sich in antagonistischen Formen bewegenden Prozeß.

Den Warenaustausch der einfachen Warenproduktion: W—G—W beherrscht das Produktionsmotiv. Der Motor der einfachen Warenzirkulation ist der Gebrauchswert. Die Warenzirkulation ermöglicht aber auch eine andere Zirkulationsfigur: Geld kauft Ware, diese Ware wird wieder gegen Geld getauscht: G — W — G. Das Resultat dieses Prozesses ist Tausch von Geld gegen

Geld. Vom Standpunkte des Gebrauchswertes aus eine sinnlose Operation, es sei denn, es werde so die eine Geldsorte gegen eine andere Geldsorte ausgetauscht. Einen ganz anderen Aspekt bietet diese Operation vom Standpunkte der kapitalistischen Warenproduktion und Warenzirkulation. Der Unternehmer, der Kapitalist wirft eine bestimmte Summe Geldes in den Wirtschaftsprozeß, um mehr Geld: sein ursprüngliches Geld vermehrt um den Profit, Geld und Mehrgeld, daraus zu ziehen. Als allgemeines Tauschmittel wird das Geld immer wieder aus dem Umlauf der Warenzirkulation herausgeworfen. In der kapitalistischen Warenproduktion aber wird das allgemeine Tauschmittel, das Geld (als potentielles Produktionsmittel) zu Kapital, zu Geld, welches sich Mehrarbeit in Form von Mehrwert aneignet, zu Geld, das mehr Geld erzeugt.

> «Die Warenzirkulation ist der Ausgangspunkt des Kapitals. Warenproduktion und entwickelte Warenzirkulation, Handel bilden die historischen Voraussetzungen, unter denen es entsteht. Welthandel und Weltmarkt eröffnen im 16. Jahrhundert die moderne Lebensgeschichte des Kapitals. Geld als Geld und Geld als Kapital unterscheiden sich zunächst nur durch ihre verschiedenen Zirkulationsformen»*.

Der Tauschakt G — W — G ist nicht mehr sinnlos. Aus weniger Geld ist mehr Geld geworden. Der Gebrauchswert des Geldes als Kapital ist seine Selbstverwertung.

> «Der Prozeß G — W — G schuldet seinen Inhalt daher keinem qualitativen Unterschied seiner Extreme, denn sie sind beide Geld, sondern nur ihrer quantitativen Verschiedenheit. Schließlich wird der Zirkulation mehr Geld entzogen, als anfangs hinein geworfen wird. Den Ueberschuß über den ursprünglichen Wert nenne ich Mehrwert»**. «Die Zirkulation des Geldes als Kapital ist ... Selbstzweck. Die Bewegung des Kapitals ist daher maßlos. Als bewußter Träger dieser Bewegung wird der Geldbesitzer Kapitalist ... der objektive Inhalt jener Zirkulation ist sein [d. h. des Kapitalisten] subjektiver Zweck. Dieser absolute Bereicherungstrieb, diese leidenschaftliche Jagd nach dem Wert ist dem Kapitalisten mit dem Schatzbildner gemein»***.

Kaufen, um teurer zu verkaufen, geldheckendes Geld: G — G + g ist abgekürzter Ausdruck der Bewegung des Kapitals. Das Kapital ersetzt das Produktionsmotiv der einfachen Warenpro-

* l. c. Seite 109.
** l. c. Seite 113.
*** l. c. Seite 115/116.

duktion durch das Erwerbsmotiv der kapitalistischen Warenproduktion. Geld — Mehrgeld ist die Grundform des kapitalistischen Umsatzes. Dieser steht immer unter dem Drucke der Aneignung von Mehrwert. Nur solche wirtschaftliche Funktionen sind im Rahmen der kapitalistischen Warenproduktion und Warenzirkulation möglich, welche Mehrwert abwerfen. Primär setzt sich das kapitalistische Erwerbsprinzip im Handel: im Geldhandel und im Warenhandel, durch und erobert von dieser Position aus nach und nach den gesamten Produktionsprozeß.

«Historisch tritt das Kapital dem Grundeigentum überall zunächst in der Form von Geld gegenüber als Geldvermögen, Kaufmannskapital und Wucherkapital»*. «Die Kapitalbildung muß möglich sein, auch wenn der Warenpreis gleich dem Warenwert. Sie kann nicht aus der Abweichung der Warenpreise von den Warenwerten erklärt werden . . . Die beständigen Oszillationen der Marktpreise, ihr Steigen und Sinken kompensieren sich, heben sich wechselseitig auf und reduzieren sich selbst zum Durchschnittspreis als ihrer inneren Regel . . .»**.

Die Arbeitskraft ist der Inbegriff «der physischen und geistigen Fähigkeiten, die in der Leiblichkeit, der lebendigen Persönlichkeit eines Menschen existieren und dieser in Bewegung setzt, so oft er Gebrauchswerte irgend einer Art produziert»***. «Die Veräusserung der Arbeitskraft und ihre wirkliche Aeußerung, d. h. ihr Dasein als Gebrauchswert»**** fallen zeitlich auseinander. Der Arbeiter schießt dem Kapitalisten den Gebrauchswert der Arbeitskraft vor. Das Geld des Kapitalisten dient als Zahlungsmittel. Der Konsumationsprozeß der Arbeitskraft ist zugleich der Produktionsprozeß von Ware und Mehrwert. Der kapitalistische Produktionsprozeß zeigt so zwei eigentümliche Erscheinungen: Einmal arbeitet der Arbeiter unter der Kontrolle des Kapitalisten, andererseits ist das Produkt seiner Arbeit nicht sein Eigentum, sondern Eigentum des Kapitalisten.

Der Arbeitsmarkt ist, bevor er bewußt geregelt wird, allen Zufällen der wirtschaftlichen Entwicklung preisgegeben. In Zeiten der Krise werden die Arbeiter rücksichtslos aufs Pflaster geworfen. Der Besitz von Geld, resp. Wert in seiner stets in Produktionsmittel verwandelbaren Form, verschafft dem Kapitalisten auf dem

* l. c. Seite 109.

** l. c. Seite 128.

*** l. c. Seite 130.

**** l. c. Seite 136.

Arbeitsmarkte das Uebergewicht. Der Kapitalist verhungert nicht, auch wenn er sein Geld nicht kapitalistisch verwertet. Unter Strafe des Verhungerns ist aber der besitzlose Proletarier gezwungen, seine Arbeitskraft tagtäglich dem Meistbietenden auf dem Arbeitsmarkte zu verkaufen. Die Arbeiter unterbieten sich gegenseitig. So sinkt der Arbeitslohn bis auf das Existenzminimum. Die Arbeit wird nach Stunden gemessen, der Arbeiter nach Arbeitsstunden entlöhnt. Seine Arbeit zählt jedoch nur, «soweit die zur Produktion des Gebrauchswertes verbrauchte Zeit gesellschaftlich notwendig ist»*. D. h. die Arbeitkraft muß unter normalen Bedingungen funktionieren, sie muß dem Durchschnitt der anderen Arbeitskräfte der Gesellschaft entsprechen, sie muß mit dem gebräuchlichen Durchschnittsmaß ausgegeben werden.

Wir haben das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion abgeleitet aus der Konkurrenz der Produzenten um die Arbeitsgelegenheiten der verschiedenen Produktionssphären; wir haben die Verwandlung der Mehrarbeit in Mehrwert zurückgeführt auf die Spaltung der Produzentenklasse in besitzende Unternehmer und besitzlose Proletarier; wir werden nun in den nachfolgenden Kapiteln zu zeigen haben, wie durch die Konkurrenz der Kapitalien um die verschiedenen Produktionssphären das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion vom Produktionspreisgesetz der kapitalistischen Warenproduktion abgelöst wird, wie die Eigentumsverhältnisse die Spaltung des Mehrwertes in Grundrente, Zins und Unternehmergewinn bewirken, und wie Monopolpreise und Kartellrenten aus dem Produktionspreisgesetz zu begründen sind. Dabei müssen wir stets beachten, daß diesen theoretischen Stufen reelle wirtschaftliche, voneinander historisch und zeitlich getrennte Stufen entsprechen. So löst sich uns der Widerspruch zwischen dem Wertgesetz der Arbeitswerttheorie und der kapitalistischen Wirklichkeit der Gegenwart auf durch die Gesetzmäßigkeit des kapitalistischen Entwicklungsprozesses selbst**.

* l. c. Seite 158.

** «Aber auch die Frage, ob vom selbständigen Handwerker oder vom kapitalistischen Unternehmer produziert werden soll, muß durch den Austausch beantwortet werden; es ist die Antwort auf die Frage nach der Aenderung im Austauschverhältnis, die innerhalb der Warenproduktion durch den Fortschritt von der einfachen zur kapitalistischen stattfinden muß. Der Austausch ist aber qualitativ verschieden nur in verschiede-

§ 9. Theorie des kapitalistischen Produktionsprozesses.

I. Die Produktion des Mehrwertes.

Während der einfache Warenproduzent dem Produktionsprozeß bloß Produktionsmittel und Rohstoffe vorstreckt, schießt der kapitalistische Warenproduzent auch Arbeitslöhne vor. Dem einfachen Warenproduzenten erscheinen seine Vorschüsse als K o s t e n. In der kapitalistischen Warenproduktion fallen auch die Auslagen für die Arbeitslöhne unter den Begriff der Kosten. Aber diese Kosten unterscheiden sich wesentlich von den Auslagen für Produktionsmittel und Rohstoffe. Nur die lebendige Arbeitskraft ist Quelle von Wert, bloß der Kauf von Arbeitskräften verwandelt Geld in Kapital. Wir trennen daher mit Marx das v e r ä n d e r l i c h e = variable (d. h. seinem Wert nach sich vermehrende) Kapital (auch Lohnkapital genannt) vom u n v e r ä n d e r l i c h e n, konstanten Kapital (Sachkapital, verkörpert in Gebäuden, Maschinen, Werkzeugen, Roh- und Hilfsstoffen etc.)*.

Dieser Unterscheidung von veränderlichem und unveränderlichem Kapital** läuft eine zweite Unterscheidung, die Unterscheidung von festem und umlaufendem Kapital (resp. fixem und zirkulierendem Kapital) parallel*. Das feste Kapital umfaßt jene Kapitalteile, welche als A n l a g e k a p i t a l bei der Gründung eines Unternehmens in einmaligem großen Vorschuß angelegt werden müssen in Form von Grund und Boden, Gebäuden, Maschinen und Werkzeugen, während unter dem umlaufenden Kapital oder B e t r i e b s k a p i t a l die laufenden Kapitalvorschüsse für Löhne, Roh- und Hilfsstoffe zu verstehen sind. Das umlaufende Kapital wird nach und nach durch den Verkauf der produzierten Waren erneuert, das feste Kapital kann erst im Laufe mehrerer Jahre oder Jahrzehnte abgeschrieben (amortisiert) werden.

Entscheidend für den kapitalistischen Charakter der Warenproduktion ist die Spaltung der produktiven Arbeit in Mehrarbeit und notwendige Arbeit, resp. die Teilung des Produzentenlohnes in Mehrwert und Arbeitslohn. Möglich wird diese Spaltung bloß auf Grundlage eines sozialen Klassenverhältnisses, auf Grund der Scheidung eines Teils der Produzenten von den Produktionsmitteln. Das Maß der Spaltung des Produzentenlohnes ist daher gleichzeitig ein Maß für die Ausbeutung des Arbeiters: Während auf vorkapitalistischer Wirtschaftsstufe die Ausbeutung in Form eines direkten Herrschaftsverhältnisses sichtbar wird, äußert sie sich auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion in verschleierter Form. In der kapitalistischen Produktionsweise drängt die Konkurrenz die kapitalistischen Unternehmer zu steter Steigerung des Mehrwertes, treibt der Hunger nach Mehrarbeit zur Verlängerung und Intensivierung des Arbeitstages auf Kosten der Lebenszeit und Lebenskraft des Arbeiters.

Der kapitalistische Produktionsprozeß läßt sich durch die Formel C + V + M = W darstellen (C = konstantes Kapital, V = variables Kapital, M = Mehrwertrate). Das Verhältnis der drei Größen C, V und M führt zur Bildung grundlegender Relationsbegriffe [Mehrwertrate, organische Zusammensetzung, Profitrate etc.].

Will man versuchen, die kapitalistische Ausbeutung zahlenmäßig zu erfassen, so bietet uns hiezu der Begriff der M e h r w e r t r a t e die entsprechende Handhabe. Wir werden allerdings

---

nen Gesellschaftsformen, so etwa in der sozialistischen wesensanders als in der warenproduzierenden. Er ist aber qualitativ gleich und nur das quantitative Verhältnis der ausgetauschten Waren ist ein anderes innerhalb der warenproduzierenden Gesellschaft selbst.» Hilferding: «Das Finanzkapital», S. 3.

* «Der Teil des Kapitals, der sich in Rohmaterial, Hülfsstoffe und Arbeitsmittel umsetzt, verändert seine Wertgröße nicht im Produktionsprozeß. Ich nenne ihn daher konstanten Kapitalteil, oder kürzer: konstantes Kapital. Der in Arbeitskraft umgesetzte Teil des Kapitals verändert dagegen seinen Wert im Produktionsprozeß. Er reproduziert sein eigenes Aequivalent und einen Ueberschuß darüber, Mehrwert, der selbst wechseln, größer oder kleiner sein kann. Aus einer konstanten Größe verwandelt sich dieser Teil des Kapitals fortwährend in eine variable. Ich nenne ihn daher variablen Kapitalteil, oder kürzer: variables Kapital» («Kapital» 1. Bd., Seite 171).

** «Dieselben Kapitalbestandteile, die sich vom Standpunkte des Arbeitsprozesses als objektive und subjektive Faktoren, als Produktionsmittel [Marx betrachtet — wie schon betont — auch die Rohstoffe als Produktionsmittel] und Arbeitskraft unterscheiden, unterscheiden sich vom Standpunkt des Verwertungsprozesses als konstantes und variables Kapital. Der Begriff des konstanten Kapitals schließt eine Wertrevolution seiner Bestandteile in keiner Weise aus ... Der Wert einer Ware ist zwar bestimmt durch das Quantum der in ihr enthaltenen Arbeit, aber dies Quantum selbst ist gesellschaftlich bestimmt. Hat sich die gesellschaftlich zu ihrer Produktion erheischte Arbeitszeit verändert — dasselbe Quantum Baumwolle z. B. stellt in ungünstigen Ernten ein größeres Quantum Arbeit dar, als in günstigen — so findet eine Rückwirkung auf die alte Ware statt, die immer nur als einzelnes Exemplar ihrer Gattung gilt» (l. c. Seite 171/172).

* «Kapital», 2. Bd., Seite 127 ff.

sehen, wie sich mit wachsendem Ausgleich der Profitraten die Verhältnisse komplizieren, indem auch prinzipiell an und für sich unproduktive Arbeiten nebst den falschen Kosten (faux frais) der kapitalistischen Warenproduktion als profitheischende Faktoren in den Wirtschaftsprozeß eingreifen*. Auf der uns zunächst interessierenden Stufe des Ueberganges von der einfachen zur kapitalistischen Warenproduktion wird die Ausbeutung des Arbeiters geradezu anschaulich und handgreiflich sichtbar, sodaß der Begriff der Mehrwertrate mehr als nur theorethische Bedeutung gewinnt. Die Mehrwertrate ist bestimmt durch die Teilung des Produzentenlohnes in Mehrarbeit und notwendige Arbeit:

$$R = \frac{m}{n}$$

(R = Mehrwertrate,
m = Mehrarbeit,
n = notwendige Arbeit).

Je höher die Mehrwertrate, umso geringer die Entlohnung des Arbeiters im Verhältnis zum Handwerkerlohn. Da Masse des Mehrwertes und Masse der Arbeitslöhne durch die Anzahl der beschäftigten Arbeitskräfte gegeben sind, kann die Rate des Mehrwertes auch berechnet werden aus dem Verhältnis des Mehrwertes zum veränderlichen Kapital:

$$R = \frac{M}{V}$$

(M = Mehrwert,
V = veränderliches Kapital).

Die Konkurrenz zwingt den Unternehmer zu Produktionsverbesserungen. Weil der Wert einer Ware und damit auch ihr Marktpreis bestimmt ist durch die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, entscheiden über die Höhe des Marktpreises — bei gegebener, feststehender Nachfrage — die mit den durchschnittlichen, allgemein gebräuchlichen Produktionsmethoden arbeitenden Betriebe. Betriebe mit veraltetem Produktionsapparat produzieren mit reduziertem Gewinn, da ihre Unkosten über das durchschnittliche Maß hinausgehen, der Warenpreis aber in einem bestimmten Zeitpunkt gegeben ist; Betriebe mit technischen Neuerungen arbeiten mit Extraprofiten, da eine technische Neuerung nur dann wirtschaftlich haltbar ist, wenn sie eine Verminderung der Unkosten ermöglicht. Bei gleichbleibenden Preisen bedeutet eine Verminderung der Unkosten Erhöhung des Profites. Betriebe mit Extraprofiten vermögen immer wieder das für technische Neuerungen und Verbesserungen notwendige Kapital zu

* Siehe § 15 und § 16.

akkumulieren, während mit geringer Gewinnmarge arbeitende Betriebe durch den Konkurrenzkampf ins Hintertreffen geraten müssen. Fallen gar — z. B. während der Krise — die Preise, so beginnt der mit veralteten Produktionsmethoden arbeitende Betrieb von seinem Kapital zu zehren. So überträgt die Konkurrenz zwangsläufig den gesellschaftlichen Wert des Kapitals veralteter Betriebe auf technisch modernisierte Betriebe. Letztere Betriebe werden sich daher immer mehr auf Kosten der technisch veralteten Betriebe ausdehnen können, wobei die Konkurrenz den Warenpreis und Warenwert allmählich auf den der neuen Produktionsmethode entsprechenden Satz herunterdrückt. Denn der Gewinn eines Betriebes hängt nicht nur von der absoluten Höhe der Unkosten, er hängt auch von der Ausnutzungsmöglichkeit der Anlagen ab. Werden die Produktionsanlagen nach ihrer vollen Produktionsfähigkeit ausgenützt, so vermindern sich zwar nicht die Unkosten, welche auf die Arbeitslöhne entfallen, wohl aber wird der Anteil des fixen Kapitals reduziert, der durch den Produktionsprozeß auf die einzelne Ware übertragen wird.

Ein Beispiel möge diese Verhältnisse näher erläutern. Wir betrachten eine Werkzeugmaschinenfabrik, welche u. a. im Serienbetrieb konische Räder herstellen möge. Der Betrieb (wir befassen uns bloß mit der Raddreherei) umfasse 10 Drehbänke mit 15 Arbeitern. Das Anlagekapital sei:

Grund und Boden	5,000	Frk.	(abzuschreiben in	20	Jahren)
Gebäude	50,000	„	„	10	„
10 Drehbänke à 3000	30,000	„	„	5	„
oder 10 Revolverdrehbänke à 5000	50,000	„	„	5	„
1 Motor à 20 PS.	4,000	„	„	6	„

Wir berechnen die Produktionskosten eines konischen Rades aus Gußeisen mit konischem Loch und eingestochener Nute unter der Voraussetzung, daß der ganze Betrieb eine Woche lang einen größeren Posten von solchen Rädern zu liefern hat*. Der Rohguß sei abgeschruppt auf die Stückgröße 53×53 mm. Der Stundenlohn der 10 Arbeiter sei 1.20 Frk.; derjenige der drei Handlanger —.90 Frk. Der Werkstättenchef erhalte pro Monat 400.— Frk., der Markeur 300 Frk. Letzterer erledige neben der unmittelbaren Beaufsichtigung der Arbeiter, die Berechnung

* Berechnet nach «Die moderne Vorkalkulation in Maschinenfabriken» von M. Siegrist, 5. Aufl.

der Akkordansätze, die Kontrolle des ganzen Warenaus- und einganges, wie auch gewisse buchhalterische Arbeiten. Auf einer gewöhnlichen Drehbank beansprucht das Einrichten 3 Stunden, die eigentliche Bearbeitung des Stückes 42 Minuten; auf einer Revolverdrehbank 3 Stunden resp. 21 Minuten. Von der wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden gehen noch ab für Waschen, Umkleiden etc. 5 Stunden, für Putzen, Reparaturen und Betriebsstörungen weitere 5 Stunden, sodaß die effektive Arbeitszeit abzüglich der Zeit zur Einrichtung der Drehbänke 35 Stunden beträgt. Pro Woche können demnach auf einer gewöhnlichen Drehbank 50 konische Räder gedreht werden, auf einer Revolverdrehbank 100 Räder. Die allgemeinen Produktionskosten stellen sich pro Woche wie folgt:

Zins für Grund und Boden	5.— Fr.
Amortisation des Gebäudes	100.— „
Reparaturen	20.— „
Amortisation der gew. Drehbänke	320.— „
Amortisation der Revolverdrehbänke	533.— „
Amortisation des Motors	13.— „
Löhne für 10 Arbeiter	576.— „
Löhne für 3 Handlanger	129.60 „
Gehalt des Markeurs	75.— „
Gehalt des Chefs	100.— „
Auslagen für Oel	20.— „
Diverse Auslagen	20.— „
Bohrer etc.	80.— „

100 kg Gußblöcke mögen zu 120 Fr. bezahlt werden (1 Gußblock wiegt $^1/_4$kg: 53 mm Durchmesser, 53 mm Länge). Wir erhalten für den Fall, daß mit 10 gewöhnlichen Drehbänken gearbeitet wird, nachfolgende Produktionskosten. (Produktion 500 Stück, Arbeitszeit 48 Stunden).

I. Grund und Boden, Gebäude	125.— Fr.
Maschinen (Verschleiß)	333.— „
Werkzeuge	80.— „
Hilfsstoffe	40.— „
Rohstoffe	200.— „
El. Kraft (1 K. W./St. = 10 Rp.)	38.40 „
Löhne	880.60 „
	1697.00 Fr.

Produktionskosten pro Stück 3.40 Fr.

II. Wir führen ganz entsprechend die Rechnung durch für die Produktion auf Revolverdrehbänken. Durch die Einführung der Revolverdrehbänke wird die Produktivität der Arbeit auf das Doppelte gesteigert. Zwar erhöhen sich auch die Kosten für die Amortisation der Drehbänke, aber die 13 Arbeiter und Handlanger produzieren in 48 Stunden statt 500 Stück nun 1000 Stück konische Räder zu einem Kostenpreis von nur Frk. 2.15. Da der Marktpreis der Räder unverändert auf 3.50 Frk. steht, erhöht sich der Bruttogewinn pro Stück von 0.10 Frk. auf 1.35 Frk.

III. An Stelle von 10 gewöhnlichen Drehbänken werden 5 Revolverdrehbänke eingebaut, die Zahl der Arbeiter und Handlanger werde auf 7 reduziert, die wöchentliche Produktion sei wie im Fall I 500 Stück, die Produktionskosten verringern sich demnach auf 2.56 Frk.

IV. Wird die Arbeitszeit an den gewöhnlichen Drehbänken auf 12 Stunden erhöht unter gleichzeitiger Reduktion des Stundenlohnes auf —.80 Frk. (Arbeitszeitverlängerung ohne Erhöhung des Lohnkontos), so steigert sich die Produktion auf ca. 700 Stück (die längere Arbeitszeit ermüdet die Arbeiter stärker, die Ruhepausen müssen daher länger sein), die Produktionskosten fallen von 3.40 auf 2.68 Frk. Die entsprechende Berechnung für die Arbeit an Revolverdrehbänken ergibt: Wöchentliche Produktion 1400 Stück, Produktionskosten 1.64 Frk.

V. Verlängerung der Arbeitszeit auf 12 Stunden unter Beibehaltung des bisherigen Stundenlohnes. Die Produktionskosten fallen, weil die Amortisationskosten nahezu gleich bleiben und die Produktion der Arbeiter höher ist: 800 Stück an gewöhnlichen Drehbänken: Produktionskosten 2.89 Frk.; 1600 Stück an der Revolverdrehbank; Produktionskosten 1.78 Frk.

VI. Wird gar in 3 Schichten gearbeitet, so verringern sich die Unkosten trotz etwas erhöhten Reparaturen auf 2.74 Frk. an gewöhnlicher Drehbank (Produktion 1500 Stück), auf 1.64 Frk. an Revolverdrehbank (Produktion 3000 Stück). (Von der Berücksichtigung ev. Verringerung der Einrichtezeit sehen wir ab!)

VII. Wird schließlich durch Erhöhung der Drehgeschwindigkeit der Transmission um 10% die Arbeitszeit von 21 auf 19 resp. 42 auf 38 Minuten reduziert, so verringern sich die Produktionskosten gegenüber I. auf 3.15 Frk. resp. 2.00 Frk.

Die Reduktion der Unkosten und damit eine Erhöhung des Profites (resp. Mehrwertes) läßt sich erreichen:

1. Durch Verbesserung der technischen Produktionsmethoden. (Neue Maschinerie, verbesserte Verwertung der Abfälle, Sparsamkeit). Oekonomisch bedeutet dies meistens Reduktion des variablen Kapitals. Der technische Fortschritt setzt Arbeitskräfte frei.

2. Durch Verlängerung der Arbeitszeit. Wobei zu unterscheiden ist: a) Unter proportionaler Lohnerhöhung (die Unkosten werden vermindert, weil die Amortisationsquote des fixen Kapitals sinkt). b) Bei gleichbleibendem Taglohn. (Der Stundenlohn sinkt proportional der Verlängerung der Arbeitszeit. Die Unkosten werden verringert 1. durch Sinken der Amortisationsquote des fixen Kapitals, 2. durch vermehrte Aneignung unbezahlter Mehrarbeit).

3. Durch Intensivierung der Arbeitsleistung.

Wir bezeichnen die Produktion von Mehrwert durch Verlängerung des Arbeitstages über das gesellschaftlich übliche Maß hinaus als Produktion von extensivem Mehrwert; die Produktion von Mehrwert bei gesetzlicher Regelung der Länge des Arbeitstages durch Intensivierung der Arbeitsleistung (in der gleichen Zeit werden von den gleichen Arbeitskräften mit der gleichen, rascher laufenden Maschinerie mehr Waren erzeugt) als Produktion von intensivem Mehrwert. Da diese zwei Arten der Vergrößerung der Produktion von Mehrwert eine absolute Steigerung der Ausnützung der menschlichen Arbeitskraft bedeuten, fassen wir die Begriffe des extensiven und des intensiven Mehrwertes unter dem Begriff der Produktion von absolutem Mehrwert zusammen. Auf der Stufe des Frühkapitalismus herrscht die Produktion von extensivem Mehrwert vor; die gesetzlich erzwungene Verkürzung der täglichen Arbeitszeit zwingt in der Folge das Kapital, die Erhöhung der Mehrwertrate in der Produktion von intensivem Mehrwert zu suchen. Schließlich kann die Produktion von Mehrwert — trotz gleichbleibender Arbeitszeit — vermehrt werden durch Senkung des Wertes der Arbeitskraft. Jede Steigerung der Produktivität der Arbeit in Lebensmittel produzierenden Produktionszweigen muß die notwendige Arbeit vermindern: Produktion von relativem Mehrwert.

Die Länge des Arbeitstages ist eine veränderliche Größe. Deren obere Grenze bildet der physische Erschöpfungszustand des Arbeiters. Der Arbeiter muß während 24 Stunden Zeit erübrigen

können zum Essen und Schlafen. «Außer dieser rein physischen Grenze stößt die Verlängerung des Arbeitstages» auch «auf moralische Schranken»*. Der Arbeiter muß gewisse kulturelle und gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen können. Die untere Grenze des Arbeitstages ist in der kapitalistischen Wirtschaft gegeben durch den Betrag der notwendigen Arbeit.

Ohne eine minimale Leistung von Mehrarbeit setzt das Kapital überhaupt keine Arbeitskräfte in Bewegung. Der Arbeiter versucht seine Arbeitskraft möglichst teuer und für eine möglichst kurze Arbeitszeit zu verkaufen; der Kapitalist fordert dagegen möglichst billige Arbeitskräfte und möglichst lange Arbeitszeiten. Aus diesem Interessengegensatz entspringen die ersten rein wirtschaftlichen Klassenkämpfe im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft: Der Kampf um die Höhe des Arbeitslohnes und der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Kampf wird durchgefochten von den Gewerkschaften einerseits und den Unternehmerverbänden andererseits**.

Die Intensität der Arbeitsleistung des Arbeiters steht in direkter Wechselbeziehung zur Länge des Arbeitstages. Ebenso wie in einem elektrischen Kraftwerk eine bestimmte Menge elektrischer Energie durch hohes Gefälle bei geringer Wassermenge (Hochdruckwerk) oder durch ein niedriges Gefälle bei grosser Wassermenge (Niederdruckwerk) erzeugt werden kann, kann die Arbeitskraft eine bestimmte Arbeitsleistung erzielen durch geringe Arbeitsintensität und lange Arbeitszeit oder große Arbeitsintensität und kurze Arbeitszeit. Der Energievorrat der menschlichen Arbeitskraft ist beschränkt. Eine gewisse maximale Leistung kann aus physiologischen Gründen nicht überschritten werden. Durch vorübergehende Ueberanstrengung kann sogar die Tagesleistung verringert werden. Die Leistung steigt zu Beginn des Arbeitstages schwach an bis zu einem Maximum, um dann dank der wachsenden Ermüdung immer stärker zu fallen. Durch passend eingeordnete Ruhepausen kann der Ermüdungsprozeß verlangsamt werden.

* l. c. Seite 193.

** Die Geschichte des Kampfes um die Verkürzung des Arbeitstages bildet gleichzeitig die Geschichte des Erwachens der Arbeiterklasse zum selbstbewußten wirtschaftlichen und politischen Faktor, die Geschichte der Entwicklung von Gewerkschaft, Arbeiterpartei und Sozialpolitik.

In einer bestimmten Gegend ist die durchschnittliche Arbeitsleistung einer größeren Arbeiterschar durch die Erfahrung gegeben. In der Arbeiterschar gleichen sich die individuellen Unterschiede aus. 10 beliebig herausgegriffene Handlanger bewältigen im allgemeinen dieselbe Arbeit wie 10 andere beliebig ausgewählte Handlanger. Allerdings zeigt vergleichende Betrachtung der Verhältnisse verschiedener Klima- und Wirtschaftszonen, daß die Arbeitsleistung stark von physiologisch, klimatologisch und rassenbiologisch bedingten Eigentümlichkeiten abhängig ist. Der Europäer büßt im tropischen Klima nach kurzer Zeit seine gewohnte Arbeitsfähigkeit ein, während die Neger in kalten Landstrichen versagen.

Nicht in allen Produktionszweigen herrschen die gleichen Arbeitsbedingungen. Die Anforderungen an Arbeitskraft und Arbeitsintensität wechseln von Produktionszweig zu Produktionszweig. Das Verkehrswesen kennt lange Pausen reiner Wartezeiten zwischen Arbeitszeiten, in denen in genau bemessener Frist durch intensivste Anstrengung wechselnde Arbeitsmengen bewältigt werden müssen. Der Arbeiter einer Textilfabrik muß stundenlang das ihm von der Maschine zudiktierte Tempo innehalten.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Betriebsleitung besteht darin, dafür zu sorgen, daß die vom Arbeiter auszuführende Arbeit den Fähigkeiten und dem physischen Arbeitsvermögen des betreffenden Arbeiters entspricht. Es ist das Verdienst des Taylorismus* und der Psychotechnik, diese Bestrebungen zur rationellen Ausnutzung der Arbeitskräfte auf eine wissenschaftliche Basis gestellt zu haben. Nur durch systematische, wissenschaftliche Durchforschung des Arbeitsprozesses läßt sich im modernen Großbetrieb jene Rationalisierung der Produktion erzwingen, welche eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Steigerung der Produktivität der Arbeit ist.

Die Intensität der Arbeitsleistung kann durch Einführung der Akkordlöhne vergrößert werden. Die Wartung von Dampfkesseln, elektrischen Oefen, Hochöfen, Kraftanlagen, Mühlen, Pressen, Webstühlen, die Abfertigung von Zügen, die kaufmännische Tätigkeit, alle Arten von Transport, überhaupt jede Arbeit, die einen Produktionsprozeß beobachtet, kontrolliert und überwacht, kann nur in Stunden- resp. Taglohn bezahlt werden, während der Akkordlohn dort zur Anwendung gelangt, resp. gelangen muß, wo die Spezialisierung der Arbeit den Arbeitsprozeß in viele einzelne Teilarbeiten zerlegt hat und die Handfertigkeit entscheidend ins Gewicht fällt.

* F. W. Taylor: «Die Grundsätze wissenschaftlicher Betriebsführung», deutsche Ausgabe Dr. Rösler 1913. Taylor befürwortet die exakte Analyse des Arbeitsprosesses mittelst Zeitstudien, die Normalisierung von Werkzeug und Geräten und Waren, «angemessene» Erhöhung der Arbeitslöhne entsprechend der ermittelten Mehrleistung, rationelle Organisation der Verwaltung u. a. mehr, Grundsätze, welche in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten teilweise schon realisiert sind.

Es wäre daher verfehlt, den Akkordlohn zu Gunsten des Taglohnes bekämpfen zu wollen. Der Akkordlohn ist in bestimmten, wenn auch nicht in allen Produktionszweigen ein wichtiges Mittel zur Steigerung der Produktivität der Arbeit. So in der Maschinen-, Leder- und Schuhindustrie, im Bekleidungsgewerbe, d. h. überall dort, wo Güter stückweise produziert werden. Sobald aber das Tempo des Arbeitsprozesses haupt- und tatsächlich durch die Maschine bestimmt wird, verwandelt sich der Akkordlohn wieder — vom ökonomischen Standpunkt aus gesehen — in Stundenlohn.

Das Hauptmerkmal des Akkordlohnes bildet die Möglichkeit der Differenzierung der Löhnung entsprechend der Leistung des Arbeiters, während der Stundenlohn nur indirekt eine Anregung des Arbeitseifers des Arbeiters erreicht. Der Akkordlohn ist ökonomisch durchaus berechtigt. Was das Akkordsystem der Arbeiterschaft oft so verhaßt macht, ist der Mißbrauch des Akkordsystems zur Lohndrückerei.

Die Einführung des Akkordsystems ist häufig mit technischen Schwierigkeiten verbunden, aber selbst in Betrieben wie der Stahlgießerei bürgert sich heute der Akkordlohn ein. Die Berechnung des Akkordlohnes unterscheidet zweckmäßig 1. die Stückzeit, 2. die Verlustzeiten. Die Stückzeit ist jene Zeit, die für den eigentlichen Produktionsprozeß benötigt wird. Oft wird sie durch den Gang der Maschine zwangsläufig bestimmt. Verlustzeiten sind Zeiten des Wartens, des Heranbringens des Materials, des Einholens von Befehlen. Eine rationelle Betriebsführung wird versuchen, die Verlustzeiten auf ein Minimum zu reduzieren, soferne nicht gewisse Verlustzeiten zur Erholung der Arbeiter physiologisch notwendig sind.

Die einseitige Bezahlung entsprechend der Leistung wird vielfach durch moralische Schranken beschränkt. Die wachsende Verbreitung von Alterszulagen, Pensionskassen in Staatsbetrie-

ben, aber auch in der Privatindustrie, die Differenzierung der Entlöhnung von Ledigen und Verheirateten (welche sich oft weniger in der Lohnhöhe, als in der Tatsache äußert, daß bei Arbeiterentlassungen zuerst auf die Ledigen zurückgegriffen wird), sind deutliche Anzeichen dafür, daß bei der Bestimmung der Lohnhöhe auch soziale Motive ein gewichtiges Wort mitzureden haben. Der reine Leistungslohn sollte mehr und mehr durch den sozialen Leistungslohn ergänzt werden. Leider wird, wenn der Unternehmer sich veranlaßt sieht, soziale Wohlfahrtseinrichtungen für seine Arbeiterschaft zu schaffen, in den wenigsten Fällen der Wille zur Sozialpolitik maßgebend sein. Meistens werden diese Wohlfahrtseinrichtungen aus dem Zwange heräusgeboren, eine gelernte Arbeiterschaft ans Werk zu fesseln.

Wo aus technischen Gründen die Einführung des Akkordlohnes nicht möglich ist, kann die Arbeitsfreudigkeit des Arbeiters angeregt werden durch eine Art Prämiensystem, welches besonderen Arbeitseifer mit gewissen Prämiensätzen bedenkt. Die Prämiensystementlohnung bildet einen Uebergang vom Akkordlohn zum Taglohn.

Trotzdem der Arbeitsmarkt — im Großen gesehen — ein einheitliches Ganzes bildet, sind die Arbeitslöhne von Produktionszweig zu Produktionszweig ziemlich starken Schwankungen unterworfen*. Lokale, historische, sowie hygienische Faktoren greifen oft in bestimmender Weise in die Fixierung der Höhe der Arbeitslöhne ein.

* Die Differenzierung der Entlöhnung in den verschiedenen Produktionszweigen und Arbeitsarten weist nachfolgende Zusammenstellung nach:

Durchschnittlicher Geldlohn. 48 stündige Arbeitswoche. 1. Januar 1925.
(Revue int. du Travail.)

	London	Paris	Mailand	Philadelphia
	sh. d.	Franken	Lire	$
Maurer	85.00	192.00	164.40	72.00
Anstreicher	81.00	156.00	158.40	45.60
Ungelernte Bauarbeiter	65.00	132.00	108.00	19.20
Gießer	62.80	192.00	143.70	28.32
Former	66.10	240.00	—	33.60
Maschinensetzer	96.00	284.85	226.70	36.72
Handsetzer	89.00	206.00	207.85	
Buchbinder	80.00	204.00	207.85	35.47
Handlanger im polygraph. Gewerbe	71.00	162.00	139.23	16.80

Handlanger der Tischlerei

So wesentlich die Produktion des Mehrwertes für die kapitalistische Produktions- und Wirtschaftsorganisation sein mag, so interessiert doch den Kapitalisten nicht die Mehrwertrate, sondern die Profitrate*. Der Kapitalist berechnet den Mehrwert nicht als Ertrag des veränderlichen Kapitals, sondern als Profit auf das ganze von ihm vorgeschossene Kapital. Wir verstehen unter Profitrate das Verhältnis des Profits zum Gesamtkapital (= Summe von veränderlichem und unveränderlichem Kapital):

$$p = \frac{P}{C} = \frac{P}{c + v} = \frac{m}{C}$$

(p = Profitrate, P = Profit, C = Gesamtkapital, c = konstantes oder unveränderliches Kapital, v = variables oder veränderliches Kapital).

Je größer der Anteil des konstanten Kapitals am Gesamtkapital, umso kleiner die Profitrate im Verhältnis zur Mehrwertrate. Wenn wir als organische Zusammensetzung** des Kapitals das Verhältnis bezeichnen, nach dem sich veränderliches und unveränderliches Kapital in das Gesamtkapital teilen und von hoher organischer Zusammensetzung sprechen, wenn das unver-

Durchschnittstagesverdienst in Mark in den beiden letzten Wochen des Monats März 1914 (Reichsblatt 1920).

	Männliche Arbeiter	Weibliche Arbeiter
Industrie der Steine und Erden	4.48	1.65
Metallindustrie	5.54	2.04
Chemische Industrie	5.15	2.36
Papierindustrie	3.93	2.15
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	5.70	2.10
Bekleidungsgewerbe	3.77	2.23

Der Jahresgehalt eines deutschen Reichsbeamten schwankte 1913 von 1680—17 600 Mark.

Durchschnittsstundenlöhne schweizerischer Metallarbeiter:

	1914	Dez. 1920	Dez. 1926.
Berufsarbeiter	72,4 Cts.	190 Cts.	151,5 Cts.
Handlanger	55,6 Cts.	158 Cts.	121 Cts.

* «Kapital», 3. Bd., Seite 15 ff.

** «Kapital», 1. Bd., Seite 576; resp. 3. Bd., Seite 124. Die organische Zusammensetzung heißt auch die Wertzusammensetzung des Kapitals. Von ihr ist unterschieden die technische Zusammensetzung: «Nach der Seite des Stoffes teilt sich jedes Kapital in Produktionsmittel und lebendige Arbeitskraft» (1. Bd., Seite 576), also wohl $t = \frac{c}{v + m}$.

änderliche Kapital gegenüber dem veränderlichen und von niederer organischer Zusammensetzung, wenn das variable Kapital gegenüber dem konstanten Kapital prozentual vorwiegt, so können wir als allgemeines Gesetz festhalten: Bei gleichbleibender Mehrwertrate wird die Profitrate umso k l e i n e r, je h ö h e r die organische Zusammensetzung des Kapitals ist.

Es sei zum Beispiel in einem elektrotechnischen Unternehmen ein Aktienkapital (Obligationen mögen keine ausgegeben sein) von 10 Millionen Franken angelegt. Der jährliche Reingewinn betrage nach Abzug aller Unkosten 3 Millionen Franken. Die ausbezahlte Lohnsumme sei ebenfalls gleich 3 Millionen Franken. Somit ist die Mehrwertrate = 100 %, die Profitrate aber nur 30 %. Besitzt dagegen das Unternehmen ein Aktienkapital von 15 Millionen Franken, so verbleibt (bei gleichbleibender Lohnsumme und gleichem Reingewinn) die Mehrwertrate bei 100 %, aber die Profitrate sinkt auf 20 %.

Der Begriff der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist von großer theoretischer Bedeutung, weil dieser Begriff Aufschluß gibt über die Rolle der lebendigen Arbeit im Produktionsprozeß. Durch den Fortschritt der Technik wird der prozentuale Anteil des konstanten Kapitals auf Kosten des variablen Kapitals vermehrt: Die technische Entwicklung e r h ö h t die organische Zusammensetzung des Kapitals.

Unsere Formeln über Mehrarbeit und notwendige Arbeit, Mehrwert- und Profitrate erscheinen leidlich abstrakt*. Dennoch

* Die wirtschaftlichen Gesetze lassen sich bloß durch abstrahierende Verallgemeinerung gewinnen. Dies gilt allerdings ebensosehr für die Gesetze der leblosen Natur. Auch dort wird das Einzelgesetz nie die Mannigfaltigkeit aller nur denkbaren Beziehungen umschließen können, wird das Gesetz immer in bestimmter Hinsicht eine vereinfachende Vergewaltigung des Tatbestandes darstellen. Wirtschaftliche Gesetze sind statistische Gesetze. Sie formulieren T e n d e n z e n der wirtschaftlichen Entwicklung, welche in reiner Form nur selten verwirklicht sind. Die allgemeine Gültigkeit der ökonomischen Gesetze setzt einen fiktiven Menschen voraus, der sein Handeln einzig und allein am wirtschaftlichen Erfolge orientiert. Je größer die Massen, welche wir überblicken, je mehr wir vom Einzelnen absehen, umso schärfer tritt dieser abstrakte Zug hervor; sowie wir aber ins Einzelne gehen, wird die ökonomische Gesetzmäßigkeit ins Subjektive und Spezielle abgebogen. Es lassen sich interessante Parallelen ziehen zu den Gesetzen der Physik: Auch dort betreffen viele Gesetze die Zusammenfassung einer Unzahl von Einzelvorgängen. So z. B. die Gasgesetze. Diese sind D u r c h s c h n i t t s gesetze, abgeleitet aus Mittelwertbetrachtungen. Aehnlichen

wohnt der Abhängigkeit A = J (m + n) [A = Arbeitsmenge; J = Intensität der Arbeit; m = Zeitmaß der Mehrarbeit; n = der notwendigen Arbeit; so daß der Wert W = f. A] eine tiefere Bedeutung inne, welche Marx in den nachfolgenden Worten klassisch schön ausdrückt:

> «Intensität und Produktivkraft der Arbeit gegeben, ist der zur materiellen Produktion notwendige Teil des gesellschaftlichen Arbeitstages umso kürzer, der für freie geistige und gesellschaftliche Betätigung der Individuen eroberte Zeitteil also umso größer, je gleichmäßiger die Arbeit unter alle werkfähigen Glieder der Gesellschaft verteilt ist, je weniger eine Gesellschaftsschicht die Naturnotwendigkeit der Arbeit von sich selbst ab- und einer andern Schicht zuwälzen kann. Die absolute Grenze der Verkürzung des Arbeitstages ist nach dieser Seite hin die Allgemeinheit der Arbeit. In der kapitalistischen Gesellschaft wird freie Zeit für eine Klasse produziert durch Verwandlung aller Lebenszeit der Massen in Arbeitszeit»*.

Mit diesen Sätzen proklamiert Marx das Ziel der sozialistischen Gesellschaft: Die sozialistische Gesellschaft wird nicht die Mehrarbeit aufheben, aber sie wird die Mehrarbeit insofern beschränken müssen, als diese Mehrarbeit bloß dazu dient, eine bevorzugte Klasse von der produktiven Arbeit zu befreien.

2. Die Organisation des Produktionsprozesses.

Die Organisation des A r b e i t s - u n d P r o d u k t i o n s p r o z e s s e s ist Sache der B e t r i e b s l e i t u n g. In kleinen Betrieben übernimmt die Betriebsleitung der Unternehmer. In großen Betrieben muß mit dem wachsenden Aufgabenkreis innerhalb der Betriebsleitung eine Arbeitsteilung eintreten. Die Betriebsleitung geht an ein Kollegium über, das als Vertretung des Unternehmers funktioniert. Die Tätigkeit der technischen wie der kaufmännischen Betriebsleitung entscheidet über Erfolg oder Mißerfolg eines Unternehmens.

Je größer das Unternehmen, umso größer die Verantwortung der leitenden Stellen. Der Unternehmer leistet wertvolle, wirtschaftliche Arbeit, welche auch in einer gemeinwirtschaftlich organisierten Gesellschaft geleistet werden muß. Diese Arbeit ist entsprechend den erhöhten Anforderungen, die an die Ausbildung

Charakter besitzen auch die ökonomischen Gesetze. Es sind zwar Abstraktionen, welche aber den Gesamtprozeß der menschlichen Wirtschaft innerhalb gewisser Grenzen rationell beschreiben.

* l. c. Seite 493.

der leitenden Persönlichkeiten gestellt werden müssen, als qualifizierte Arbeit zu entlohnen.

Der kapitalistische Betrieb bildet ein Abbild der anzustrebenden Gemeinwirtschaft im Kleinen. Während innerhalb des einzelnen Betriebes das Streben herrscht, die Produktion tunlichst zu rationalisieren, regiert außerhalb des Betriebes, auf dem Markte die Anarchie. Erst durch die Marktlage erfährt der Unternehmer, ob in seinen Betrieben «gesellschaftlich notwendige» Arbeit geleistet wurde.

Die leitende Stellung des Unternehmers im Produktionsprozeß ist gleichzeitig eine gesellschaftliche Machtposition. Der einzelne Unternehmer verfügt über einen Teil des gesellschaftlichen Reichtums. Das gesellschaftliche Gesamtkapital ist der Willkür der Unternehmerklasse ausgeliefert. Trifft der Unternehmer unrationelle Anordnungen, spekuliert er falsch, verschwendet er seine Einkünfte, so wird dadurch nicht nur seine Familie geschädigt, es werden durch seinen Sturz vielleicht hunderte, wenn nicht tausende von Arbeiterfamilien betroffen, ohne daß er zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Die rechtliche Organisationsform des kapitalistischen Produktionsprozesses ist die Unternehmung, die technische Produktionseinheit der Betrieb. Der Unternehmer vertritt die Unternehmung nach außen. Als Besitzer des Betriebes steht ihm das alleinige rechtliche Verfügungsrecht über die im Betriebe angelegten Kapitalien und die produzierten Waren zu.

Die Größe der Betriebe ist einmal abhängig von der Größe des Anlagekapitals, andererseits von gewissen technischen Bedingungen, welche von Produktionszweig zu Produktionszweig wechseln. Ein modernes Hochofenwerk muß, soll es erfolgreich konkurrieren können, auf eine Mindestproduktion von 100 000 T. Roheisen pro Jahr ausgebaut werden. Die Baukosten eines einzigen Hochofens betragen 100 000—300 000 Franken (Schweizerfranken). Eine Schneiderwerkstatt dagegen oder gar der «Betrieb» eines Heimarbeiters erfordern nur ein ganz geringes Anlagekapital von mehreren hundert Franken zur Anschaffung der Nähmaschine und der zu verarbeitenden Stoffe.

In jedem Produktionszweig strebt die technische Entwicklung nach einer gewissen optimalen Betriebsgröße. Es gilt das Gesetz: Die optimale Betriebsgröße aller Produktionszweige

hat die Tendenz zu wachsen. Die Betriebsgröße steht mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals in engem Zusammenhang. Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals, umso höher auch das Optimum der Betriebsgröße. Großbetriebe herrschen in der Schwerindustrie, im Verkehrswesen, in der Maschinenindustrie und in der chemischen Industrie vor. Kleinbetriebe beherrschen den Detailhandel, die Fertigindustrie und einen Großteil der landwirtschaftlichen Produktion*.

Um die inneren organisatorischen Verhältnisse eines Großbetriebes kennen zu lernen, betrachten wir ein konkretes Beispiel: Die Filiale einer elektrochemischen Fabrik. Die Filiale beschäftigt mehr als 2000 Arbeiter. Der Betrieb zerfällt in verschiedene Abteilungen: Die Verwaltung, den mechanisch-elektrischen Betrieb, die Elektrodenfabrik, den elektrochemischen Betrieb. Die Filiale selbst ist nur ein Teilglied eines großen Konzerns, dessen Direktion sich in einer Stadt des Auslandes befindet. Die Befugnisse der Leitung sind beschränkt. Die Verkaufs- und Einkaufstätigkeit, das Geldwesen, soweit dieses nicht die Auszahlung der Löhne anbetrifft, sind im Zentralsitz der Gesellschaft zentralisiert. Die Filiale ist bloß befugt, kleinere Ersatzteile für Reparaturen direkt einzukaufen. Die Rohstoffe für die Elektrodenfabrik wie den elektrochemischen Betrieb müssen, insofern sie nicht im nahen Steinbruch gebrochen werden, bei der Zentrale bestellt werden. Die Verwaltung ist entsprechend den technischen Bedürfnissen gegliedert. Der Filiale steht ein Direktor vor, der die Filiale als Vertreter der Generaldirektion nach außen vertritt, Arbeiter und Angestellte nach Bedarf einstellt, Steuerangelegenheiten mit dem Staat und den Gemeinden regelt und die technische Arbeit seiner Angestellten überwacht. Ein kleines kaufmännisches Büro kontrolliert die Ein- und Ausgänge, besorgt den Abrechnungsverkehr mit der Zentrale. Die Kasse führt die Lohnlisten. Ein spe-

* So betrug 1907 in Deutschland die Zahl der Klein-, Mittel- und Großbetriebe:

	Kleinbetriebe (1-5 Pers.)		Mittelbetriebe (6-50 Pers.)		Großbetriebe (über 50 Pers.)	
	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen	Betriebe	Personen
Bekleidungsgewerbe	664,514	926,751	17,639	209,003	1,390	168,099
Gastgewerbe	311,263	587,910	18,059	194,354	255	21,339
Handelsgewerbe	790,778	1,299,939	49,756	580,519	1,606	183,176
Bergbau, Hüttenindustrie	2,432	4,903	1,159	23,949	1,675	832,051
Chemische Industrie	7,723	18,033	2,264	34,101	575	120,307
Textilindustrie	122,039	172,058	10,108	181,834	4,217	734,388

zielles Versicherungsbüro bearbeitet Unfälle und die Krankenversicherung. Der Verwaltung im engeren Sinne ist das Lager angegliedert, das den Eingang der Rohstoffe und den Ausgang der produzierten elektrochemischen Produkte überwacht, die Raffinationsabteilung leitet. Ein kleineres Baubüro arbeitet die Pläne für Neubauten, Erweiterungen und Umbauten aus und beschäftigt beständig eine größere Anzahl Maurer. Der mechanisch-elektrische Betrieb umfaßt ausgedehnte Reparaturwerkstätten, eine elektrische Werkstatt, eine Schreinerei, verschiedene Kraftzentralen, Umformerstationen und Kraftwerke. Die Elektrodenfabrik verfügt über riesige Kohlenlager, eine Teerdestillerie, Elektrodenpressen, Gaskammer- und Glühöfen. Zum elektrochemischen Betrieb werden gezählt die großen Hallen mit den Carbid- und Metallöfen, das Laboratorium und die Raffinerie. Eine kleine Eisengießerei verwertet das abfallende Alteisen. Elektrochemische Fabrik wie Elektrodenfabrik unterstehen besonderen Betriebsleitern. Den Transport vermittelt die Transportabteilung und die Fabrikbahn, welche verwaltungstechnisch an die Werkstatt angeschlossen sind. Zwischen Direktion und Arbeiterschaft schiebt sich eine ganze Kategorie von Schichtmeistern, Meistern, Abteilungschefs ein. Der Betrieb ist nach Art eines kleinen Staatswesens straff zentralistisch organisiert.

Der Anlagewert des Betriebes reicht an 100 Millionen heran. Die Lohnsumme beläuft sich bloß auf ca. 6 Millionen Franken, da ein Teil der Arbeiter im Winter, wenn das Wasser zurückgeht, nicht mehr beschäftigt wird. Ein großer Teil (44 Millionen) des Anlagekapitals ist abgeschrieben. Das Verhältnis des festen zum zirkulierenden Kapital ist etwa 4: 1 (56 Millionen Buchwert der Anlagen, 14 Millionen Rohstoffe und Löhne). Der Produktionswert ca. 20 Millionen Franken. Da das Aktienkapital nur 30 Millionen Franken beträgt (ein Teil des Kapitals ist durch Ausgabe von Obligationen, ein anderer durch Rücklagen beschafft worden) ist die Dividende hoch. Das konstante Kapital beträgt 64 Millionen, das variable Kapital 6 Millionen, die Mehrwertrate 100%, die Profitrate ca. 10%, die Dividende 16%.

Auf ca. 2000 Arbeiter finden wir 100 Meister, Techniker, kaufmännische Beamte, 10 Abteilungschefs und 5 leitende Angestellte. 94,6% Arbeitern stehen 4,7% untere Angestellte, 0,5% mittlere Angestellte und 0,23% leitende Angestellte gegenüber.

Zieht man die Zentrale des Konzerns im Ausland in Betracht, so vergrößert sich der Anteil der Angestellten um ein geringes*.

Der Großbetrieb bedeutet schon seiner Organisationsform nach eine bedeutend schroffere Scheidung von Arbeiter und Unternehmer als der Klein- oder Mittelbetrieb. Der Reisende des kleinen Engrosgeschäftes kann immer noch hoffen, in späteren Jahren selbst ein kleines Engrosgeschäft eröffnen zu können, während der Arbeiter des Großbetriebes nur ausnahmsweise Aussicht besitzt, in die Gruppe der Schichtmeister aufzusteigen.

Im elektrochemischen Werk laufen Schichtenbetrieb und Tagesarbeit nebeneinander her. Die Hallen, einzelne Teile der Elektrodenfabrik und die Kraftwerke müssen auch nachts bedient werden, weil die elektrischen Oefen und die Gaskammeröfen nachts nicht gelöscht werden können. Der Wärme- und Energieverlust wäre zu groß. Der Schichtenbetrieb wird in drei achtstündigen Schichten geleistet. In den übrigen Abteilungen genügt Tagesarbeit, wenn auch die Leistung von Ueberzeitarbeit bei dringenden Reparaturen und dergleichen keine seltene Erscheinung ist. Im elektrochemischen Betrieb stellen ungelernte Handlanger die Hauptmasse der Arbeiterschaft; Raffinerie, Elektrodenfabrik und Reparaturwerkstätten beschäftigen größtenteils gelernte Arbeiter; in den Kraftzentralen, Kraftwerken und im Laboratorium sind gelernte Techniker tätig. Vor dem Werke dehnt sich eine große Kolonie von Wohnhäusern, welche der Fabrik gehören, wo die höheren Beamten, Schicht- und Werkmeister niedergelassen sind. Diese Gruppe von gelernten, durch langjährige Betriebserfahrung mit dem Werk enger verbundenen Arbeiter und Angestellten sichert die Kontinuität der Betriebsführung, bildet das organische Inventar des Werkes.

Die elektrochemische Fabrik gleicht einem lebendigen Organismus. Das Gehirn dieses Organismus aber sitzt nicht in der Filiale, es sitzt in der Zentrale. Die Filiale ist nur ausführendes Organ. Direktion, Verwaltung, Angestellte und Arbeiter sind nur Teile eines größeren Organismus, der von einem fremden einheitlichen Willen, dem Markt, gelenkt wird. Die Beamten des

* Die Verhältnisse variieren natürlich. Das Leunawerk beschäftigte im Sommer 1927 z. B. 19 000 Arbeiter, 1140 Meister, 380 technische Angestellte und 290 Ingenieure; die Maschinenfabrik Escher, Wyß & Co., Zürich, 1600 Arbeiter, 130 Lehrlinge, 220 Meister, 400 kaufmännische und technische Angestellte, 7 Direktoren.

Werkes sind durchwegs Techniker, welche sich dem Willen der kaufmännischen Leiter in der Zentrale vollständig unterordnen müssen. Der Kaufmann unterwirft sich den im Produktionsprozeß aufgehenden Techniker und verwandelt ihn in ein willenloses, rein exekutives Organ. Die technische Ausrüstung der Filiale mag noch so vollkommen sein, die kraftspendenden Flüsse mögen noch so viel Hochwasser führen, das ökonomische Gesetz, die Krise beugt den Techniker unwiderruflich unter seinen Willen und legt das Werk je nach der Marktlage ganz oder teilweise still. Gewaltige Stocks unversandter Ware sammeln sich in den Lagerräumen, die Turbogeneratoren schlafen den Schlaf der Enttäuschung und der Techniker wird plötzlich dessen gewahr, daß auch seine Tätigkeit nur ein Spielball im weiten Meer des ökonomischen Geschehens ist.

Das direkte unmittelbare Ziel des Technikers ist die Steigerung der Produktivität der Arbeit. In der Verfolgung dieses Zieles wird der Techniker nur zu oft behindert durch den Mechanismus der wirtschaftlichen Kräfte. Die Hochkonjunktur bedeutet restlose Ausnützung auch der geringsten Produktions- und damit auch Gewinnmöglichkeiten. Veraltete Produktionsverfahren werden unbedenklich in Betrieb genommen, da Ersatz oder Umbau zusätzliche Kapitalanlage und Zeit beanspruchen würde, die hohe Preislage auf dem Markte aber auch bei Inanspruchnahme veralteter Produktionsmethoden einen Gewinn erwarten läßt. Gerade die Zeiten der Hochkonjunktur legen die produktionssteigernde Kraft des Technikers brach. Gegensätzlich wirkt die Krise. Der Sturz der Preise, das äußere Merkmal der Krise, zwingt zur Einschränkung, zur Verminderung der Produktionskosten, zur «Rationalisierung», wie das moderne Schlagwort heißt.

Die rechtliche Form des kapitalistischen Produktionsprozesses, die Unternehmung, kann verschiedenen ökonomischen Inhalt bergen. Unternehmung und Betrieb können sich decken. Oder ein Betrieb kann — dies wird allerdings nur selten zutreffen — mehreren Unternehmungen gehören. Viel häufiger ist der Fall, daß eine einzelne Unternehmung gleichzeitig mehrere Betriebe betreibt. Die Unternehmungen selbst können sein: Einzelunternehmungen oder Gesellschaften. Die Gesellschaften werden unterschieden in persönliche Gesellschaften und unpersönliche Gesellschaften (oft auch als Kapitalgesellschaften bezeichnet). Reine Einzelunternehmungen sind selten. Die Gesellschaftsformen sind so mannigfaltig wie die Gesetzgebung der verschiedenen Länder. Für unsere Betrachtungen genügen aber die wichtigeren ökonomischen Beziehungen.

Die Gesellschaft, soferne es sich um eine persönliche Gesellschaft handelt, kann eine offene oder eine verdeckte Gesellschaft sein. Bei der verdeckten Gesellschaft sind neben dem leitenden Unternehmer ein oder mehrere stille Teilhaber beteiligt. Der Gesellschafts-Charakter tritt offen zu Tage beim Zusammenschluß mehrerer Teilhaber zu einer Kollektiv-, einer Kommanditgesellschaft oder einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Entweder haften für die kaufmännischen Abschlüsse der Gesellschaft alle Teilhaber solidarisch oder kollektiv (unbeschränkte Haftung der Kollektivgesellschaft), oder ein oder mehrere Teilhaber unbeschränkt, der Rest nur bis zu bestimmten, beschränkten, im Handelsregister zu veröffentlichenden Beträgen (Kommanditgesellschaft), oder schließlich sind alle Teilhaber nur beschränkt haftbar (Gesellschaft mit beschränkter Haftung).

Die beschränkte Haftung der Teilhaber leitet über zu den unpersönlichen Gesellschaften. Der repräsentative Typus der unpersönlichen Gesellschaft ist die Aktiengesellschaft (A. G.). Bergwerks-Genossenschaft und Genossenschaft spielen wesentlich bescheidenere Rollen. Die Aktiengesellschaft ist eine Vereinigung von Kapitalisten, die Eigentümerin der Betriebe der A. G. ist. Die Mitglieder dieser Vereinigung heißen Aktionäre. Das Gesellschaftskapital der A. G. ist in bestimmte runde Beträge (z. B. von 100, 200, 500 oder 1000 Franken) eingeteilt. Die Aktien werden erworben durch Einzahlung einer auf den Betrag der Aktie lautenden Geldsumme. Die Aktie ist eine Bescheinigung, daß der Besitzer der Aktie so und soviele Franken zum Aktienkapital der A. G. beisteuerte. Die Zahl der Aktionäre schwankt in weiten Grenzen. Die Aktien können sich im Besitz eines einzelnen Aktionärs oder einer großen Zahl von kleineren oder größeren Kapitalisten befinden. Die Versammlung der Aktionäre nimmt die Jahresrechnung ab, beschließt über die Verteilung der Gewinne und wählt den Verwaltungsrat. Das Stimmrecht eines Aktionärs bemißt sich nach seinem Anteil am Aktienkapital. Jener Aktionär, welcher über 51% der an der Aktionärversammlung vertretenen Stimmen verfügt, kann alle anderen

Aktionäre überstimmen. Der Verwaltungsrat überwacht die Geschäftsführung, wählt die Direktoren und höheren Beamten des Unternehmens. Ausnahmsweise werden auch Aktien mit mehrfachem Stimmrecht geschaffen (es wollen sich entweder die Gründer eine Vorzugsstellung sichern oder es soll dadurch fremdländischem Einfluß entgegengewirkt werden). Oekonomisch betrachtet ist die Aktie als Eigentumsmittel nichts anderes als ein Anspruch auf einen der Größe des einbezahlten Kapitals entsprechenden Anteil am Gewinn der A. G., an der Dividende; die Aktie ist ein Dividendenpapier, ein Kapitalertragspapier.

In der Genossenschaft hat jeder Genossenschafter unbeschadet der Höhe seiner Einlage nur eine einzige Stimme. Die Genossenschaft wird mit Vorliebe gewählt als Rechtsform von Konsumentenorganisationen und anderen gemeinnützigen Unternehmen.

Die Gewerkschaft spielt nur im Bergbau eine Rolle. Weil bei einer Teufung die Kosten der Bohrung, resp. bei der Neuanlage eines Bergwerkes die Anlagekosten nicht von vorneherein festgelegt werden können, kann von den Gesellschaftern auch nicht wie bei der A. G. ein bestimmtes, festes Aktienkapital zur Zeichnung eingefordert werden. Es verpflichten sich daher die die Gewerkschaft bildenden Unternehmer, das benötigte Kapital nach einem bestimmten Verteilungsschlüssel aufzubringen. Die Kuxe, das Dividendenpapier der Berggewerkschaft ist ein Ertragspapier wie die Aktie, das dem Inhaber ein Anrecht auf einen aliquoten Teil am Gewinn gibt. Die Kuxe lautet aber nicht auf einen bestimmten Betrag, sondern einfach auf einen bestimmten Bruchteil des Vermögens der Gewerkschaft. Genügt das von den Inhabern der Kuxe vorgeschossene Kapital nicht, so müssen die Inhaber der Kuxe Kapital nachschießen, bis die Kapitalbedürfnisse der Gesellschaft gedeckt sind.

3. Tendenzen der wirtschaftlichen Entwicklung.

Da in Zeiten der Krise beim Wettrennen nach Senkung der Produktionskosten der kapitalkräftige Betrieb gegenüber dem kapitalarmen Betrieb im Vorteil ist, schaltet die Krise mehr oder weniger automatisch einen Teil der Kleinbetriebe aus. Dies hauptsächlich in jenen Produktionszweigen, in denen die organische Zusammensetzung des Kapitals bereits eine gewisse Höhe erreicht

hat und die technische Entwicklung noch nicht zum Stillstande gelangt ist. Bei jeder neuen technischen Erweiterung des Produktionsfeldes, der Erschließung neuer Produktionsmöglichkeiten wiederholt sich dieser Prozeß in mehr oder minder abgekürzter Form*. Der Konkurrenzkampf scheidet zu Gunsten jener Betriebe, welche mit dem wirtschaftlichen Optimum an Betriebsgröße und Kapital arbeiten, die wirtschaftlich unrentablen Betriebsgruppen aus. Dieses Gesetz der Tendenz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung zur Verdrängung des Kleinbetriebes durch den Großbetrieb gilt allerdings nur unter gewissen Einschränkungen. Es läßt sich genauer dahin formulieren, daß die technische Entwicklung in einem jeden Produktionszweig auf eine bestimmte durchschnittliche Betriebsgröße hintendiert. Durch den Konkurrenzkampf werden allmählich sowohl in technischer Hinsicht zu große wie auch zu kleine Betriebe ausgemerzt. In einigen Produktionszweigen tritt auch eine gewisse Arbeitsteilung zwischen mechanisierten Großbetrieben und qualifizierten Kleinbetrieben ein.

Wo Arbeitskräfte zahlreich und billig sind, werden technische Neuerungen oft nicht durchzusetzen sein, weil die Arbeiter zu Hungerlöhnen beschäftigt werden. So dauerte es Jahrzehnte, bis die Nähmaschine die Konkurrenz der Heimarbeiterinnen ausschalten konnte. Nachdem die Nähmaschine sich eingeführt hatte, wurde ihr relativ niedriger Anschaffungspreis ein Hindernis für die Erzeugung der Massenartikel der Bekleidungsbranche im fabrikmäßigen Betrieb**.Oft ist auch der Kapitalmangel ein starker Hemmschuh für die Entwicklung des Großbetriebes***. Diese Er-

* z. B. Radio, Film.

** So ist z. B. die Hemdenfabrikation erst eine Erscheinung neueren Datums, weil sich die Betriebsform der Hemdenfabrik gegenüber der Unterbietung durch die Weißnäherinnen nur schwer durchzusetzen vermochte.

*** Es darf auch nicht übersehen werden, daß die Größe des Betriebes nicht nur an der Zahl der beschäftigten Arbeiter gemessen werden kann. Eine Seifenfabrik oder eine Schneiderei mit 5 Arbeitern sind Kleinbetriebe, ein Elektrizitätswerk mit 5 Arbeitern ist dagegen bereits ein Mittelbetrieb. Sollen Untersuchungen über die Tendenzen der Entwicklung von Klein- zu Großbetrieben nicht an der Oberfläche haften bleiben, so muß nicht nur die Zahl der beschäftigten Arbeiter, sondern auch die Größe der Kapitalanlage, der Jahresproduktion und des jährlichen Absatzes Berücksichtigung finden. Mit a. W. es müßte das kapitalistische «Gewicht» — im statistischen Sinne des Wortes — eines Betriebes berechnet werden, eine Aufgabe, die von unserer Betriebsstatistik nur unvollkommen erfüllt wird.

scheinung macht sich besonders da fühlbar, wo moderne Produktionsformen auf alte überlebte Wirtschaftsformen treffen und diese nur im mühsamen Konkurrenzkampfe niederzuringen vermögen. Der hoffnungslose Kampf der Handweberei gegen den Siegeszug der maschinengewebten Tücher ist zu bekannt, als daß noch speziell darauf hingewiesen werden müßte*.

Einige Zahlen aus der deutschen Fabrikstatistik mögen diese Tendenzen zur Verschiebung der Betriebsgröße näher beleuchten. Bei der Beurteilung der nachfolgenden Zahlenreihen ist allerdings zu beachten, daß die Statistik unter den einzelnen Industriegruppen recht verschiedenartige Betriebsarten miteinander vereinigt.

Zähljahre	Kleinbetriebe 1–5 Personen		Mittelbetriebe 6–50 Personen (in 1000 Personen resp. 1000 Betrieben).		Großbetriebe über 50 Personen		Ueberhaupt	
	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.	Betr.	Pers.
Gesamte Industrie.								
1907	1870	3200	187	2714	29	4938	2086	10853
1895	1989	3191	139	1902	18	2907	2147	8001
1882	2175	3270	85	1109	9	1554	2270	5934
Bergbau, Salinen, Hütten.								
1907	2,4	4,9	1,2	23,9	1,7	832	5,3	861
1895	1,7	3,6	1,1	21,5	1,2	511	4,0	536
1882	2,7	6,0	1,4	26,7	1,1	397	5,3	430
Metallverarbeitung.								
1907	134	272	16	225	2,8	440	153	937
1895	145	285	12	157	1,4	197	159	640
1882	157	289	6,6	85,9	0,7	85	164	460
Textilindustrie.								
1907	122	172	10	181,8	4,2	734,4	136	1088
1895	193	258	8,7	147,5	3,2	587,6	205	993
1882	334	433	8,3	129,6	2,1	347,7	344	910

Etwas mehr ins Einzelne gehen die nachstehenden Zahlen. Im Jahre 1922 wurden in Deutschland gezählt:

* Aufstand der schlesischen Weber. In der Schweiz der Brand von Uster. In der Gegenwart die Notlage der indischen Handspinner und Handweber.

	Kleinbetriebe (unter 50 Arbeiter)		Betriebe mit 50–199 Arbeitern		Betriebe mit 200–999 Arbeitern		Betriebe mit über 1000 Arb.	
Bergbau, Salinen, Hütten	1643	1 216 296	629	67 391	**636**	285 852	**378**	863 053
Metallverarbeitung, Maschinenindustrie	7641	1 944 549	5473	528 447	**1856**	724 652	312	691 450
Chemische Industrie	**1137**	299 983	827	81 966	**237**	111 207	37	106 810
Bekleidungsgewerbe (Schuhindustrie)	**1506**	205 594	1296	117 699	197	67 881	13	20 014

Wir erkennen, daß in jeder Industriegruppe eine gewisse durchschnittliche Betriebsgröße vorherrschend ist.

Im Laufe der Jahrzehnte wächst die durchschnittliche Anzahl der pro Betrieb beschäftigten Arbeiter, nimmt die Zahl der Kleinbetriebe nicht nur relativ, sondern auch absolut ab. Gleichzeitig ändern im Laufe der Zeit die Kleinbetriebe ihren Charakter. Kleinbetriebe herrschen vor in neu aufkommenden Produktionszweigen. In alten Gewerben machen sie einen Funktionswandel durch. Zum Beispiel im Schuhmachergewerbe. Der Schuhmacher ist heute bloß noch Schuhflicker. Die Fabrikation der Schuhe hat die Fabrik übernommen. Oder in der Metallindustrie verwandeln sich die Schlosserei- und Spenglereibetriebe in Reparatur- und Installationswerkstätten, während die eigentliche Fabrikation auf die Mittel- und Großbetriebe übergeht. Die Zahl der Kleinbetriebe in der Schwerindustrie (Bergbau, Salinen, Hüttenwerke) ist annähernd stabil (Steinbrüche). Die Statistik des Jahres 1922 läßt erkennen, daß in 378 Großbetrieben der Schwerindustrie über $^2/_3$ der im Bergbau beschäftigten Arbeiterschaft tätig sind.

Anders geartet sind die Verhältnisse in der Landwirtschaft. Ebenso deutlich wie sich in der Industrie eine ausgesprochene Tendenz zum Großbetrieb erkennen läßt, zeigt die Landwirtschaft gewisser Gegenden die Neigung zur Auflösung der Großbetriebe in Kleinbetriebe. Genauere Betrachtung lehrt aber, daß diese Aufteilung der Großbetriebe in Kleinbetriebe durch eine Aenderung der Bewirtschaftung verursacht wird und daß es überhaupt nicht angängig sein dürfte, nur die Größe der bearbeiteten Bodenfläche als Kriterium der Betriebsgröße zu verwenden. Ebensowenig ist es zulässig, die Landwirtschaft als einen einheitlichen Produktionszweig aufzufassen. Die Landwirtschaft zerfällt in mehrere Produktionsrichtungen. Nur ist in der Landwirtschaft — schon dank natürlicher Produktionsbedingungen (Fruchtwech-

sel!) — die Arbeitsteilung und die wirtschaftliche Spezialisierung noch nicht so weit vorgeschritten wie in Industrie und Gewerbe. Mischbetriebe sind häufig. Die landwirtschaftliche Produktion gleicht in dieser Beziehung dem Handel.

In keiner anderen Produktionsgruppe spielen soziale und ökonomische Tradition eine derart bestimmende Rolle, wie in der Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist auf vorkapitalistischer Wirtschaftsstufe der wichtigste Produktionszweig. Industrie, Handel und Gewerbe sind wirtschaftliche Neubildungen. Erst verhältnismäßig spät wird auch die Landwirtschaft in den kapitalistischen Umwandlungsprozeß einbezogen. In den alten Kulturstaaten überschneiden sich kapitalistische Fortentwicklung mit feudalrechtlichem Konservatismus. Während auf Kolonialboden die Betriebsgröße innert kürzester Frist den wirtschaftlichen Bedürfnissen angepaßt wird — der leistungsfähigere Betrieb verdrängt allzu kleine oder auch allzu große, kapitalschwache Betriebe — ist im alten Europa der Landwirtschaft Betriebsgröße und Betriebsform durch die Geschichte vorgeschrieben. Trotz ähnlichen klimatischen wie geologischen Kulturbedingungen unterscheiden sich chinesische Gartenwirtschaft, russischer Mir, südslawische Zadruga, ostpreussische Rittergutsorganisation, irländische Parzellenwirtschaft, süditalienische Latifundienwirtschaft viel weitgehender von einander, als industrielle Klein- und Großbetriebe, während der Farmer aus dem Osten der Vereinigten Staaten kaum andere Produktionsmethoden und Produktionsbedingungen kennt, wie der Farmer des amerikanischen Westens.

Die starke Differenzierung der Betriebsgröße der landwirtschaftlichen Güter läßt sich an nachfolgender summarischer Uebersicht der Verhältnisse Deutschlands und der Schweiz erkennen:

Deutschland:

Betriebsgrösse	Zähljahr	Zahl der Betriebe	Landw. Fläche in ha	Wiese, Weide, Ackerland ha	Forstwirtschaft in ha
Unter 5 a	1907	438 181	10 564	* 2 840	21 477
	1895	289 217	7 398	* 3 363	17 072
5—50 a	1907	1 645 879	348 989	274 026	160 633
	1895	1 563 700	340 532	291 629	108 770
50 a bis 1 ha	1907	646 995	446 778	403 853	105 908
	1895	676 215	462 711	430 351	107 894

* 7680 Gartenland.
* 3995 Gartenland.

Betriebsgrösse	Zähljahr	Zahl der Betriebe	Landw. Fläche in ha	Wiese, Weide, Ackerland ha.	Forstwirtschaft in ha.
1—5 ha	1907	1 653 731	4 229 858	4 059 641	880 868
	1895	1 723 553	4 283 787	4 142 202	726 157
5—10 ha	1907	652 798	4 607 090	4 514 261	888 749
	1895	605 814	4 233 656	4 168 205	739 309
10—50 ha	1907	638 438	12 635 773	12 488 536	2 744 657
	1895	632 633	12 601 450	12 502 800	2 633 010
50—100 ha	1907	36 494	2 500 804	2 482 086	674 102
	1895	42 124	2 756,606	2 738 067	675 788
100—1000 ha	1907	23 197	6 557 045	6 516 737	2 057 370
	1895	24 489	7 029 686	6 997 439	2 475 687
Ueber 1000 ha	1907	369	497 973	495 410	145 990
	1895	572	802 115	798 435	298 589
Gesamtsumme	1907	5 736 082	31 834 874	31 237 780	7 679 754
	1895	5 558 317	32 517,941	32 062 491	7 582 276

Daß die Zahl der Betriebe keineswegs mit der Zahl der Eigentümer übereinstimmt, zeigt nachfolgende Zusammenstellung:

1907 waren in der deutschen Land- und Forstwirtschaft
9 883 257 Personen hauptberuflich erwerbstätig, wovon
2 500 794 Selbständige (Hausgewerbetreibende inbegriffen)
7 283 471 Arbeiter und Taglöhner, denen 1907 über 5,7 Millionen Betriebe gegenüber stehen.

Wir erkennen eine starke Zersplitterung des deutschen Bodenbesitzes. Zwischen den beiden Betriebszählungen sind nur geringfügige Verschiebungen der Betriebsgröße eingetreten. Ein Teil der Großbetriebe ist aufgeteilt worden, bei den Betrieben mittlerer Größe hat sich eine leichte Verschiebung der Betriebsgröße nach oben ergeben, die Klein- und Zwergbetriebe haben sich teilweise stark vermehrt (Gartenbau). Besonders in der Forstwirtschaft besteht eine Tendenz zu sinkender Betriebsgröße.

Aehnlichen Verhältnissen begegnen wir auch in der *Schweiz:*

	Betriebe	Umfang in ha.
0,5— 3 ha	100 390	164 073
	41,19 %	7,68 %
3,1—10 ha	101 529	572 636
	41,66 %	27,4 %
10,1—15 ha	19 763	239 642
	8,11 %	11,48 %
15,1—30 ha	14 744	297 721
	6,05 %	14,26 %

	Betriebe	Umfang in ha.
30,1—70 ha	4 620	198 712
	1,9 %	9,51 %
Ueber 70 ha	2 664	615 593
	1,09 %	29,47 %

In der Schweiz herrschen der Kleinbetrieb und der Mittelbetrieb vor. Wie wenig landwirtschaftliche Betriebsform, landwirtschaftliche Betriebsgröße und landwirtschaftliche Eigentumsverhältnisse zusammenfallen, zeigen besonders kraß die englischen Verhältnisse. Nach Brodrich ist der Grund und Boden Großbritanniens Eigentum von ca. 250 000 Grundeigentümern. 7000 Grundbesitzer sind Eigentümer von ca. $^4/_5$ des ganzen großbritannischen Grundbesitzes. In der englischen Landwirtschaft ist das Pachtsystem weitaus vorherrschend: Nur 10,5% der Grundeigentümer sind aktiv landwirtschaftlich tätig. Der Rest der Grundeigentümer gehört zur Klasse der Grundrentner. Die Farm von 40—120 ha ist die herrschende Betriebsform. 1885 wurden in Großbritannien 368 691 Betriebe, 1924 318 875 Betriebe gezählt. Es ist also eine leichte Tendenz zur Verminderung der Zahl der Betriebe festzustellen. 84,5% der Betriebe arbeiten nur mit gepachtetem Land, der Rest arbeitet mit gepachtetem und eigenem oder nur mit eigenem Grundbesitz.

In den Vereinigten Staaten haben sich die Verhältnisse analog entwickelt. Nur kennt man in den Vereinigten Staaten die Klasse der feudalen Großgrundbesitzer nicht. Die meisten Farmen der Vereinigten Staaten sind auf dem Eigentums- und Besitzrecht des Farmers an Grund und Boden aufgebaut. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe vermehrt sich beständig:

	1850	1890	1900	1920
Betriebe	1.449,000	4,585,000	—	6,448,000
Gesamtfläche in Mill. Acres (1 Acre = 0,4 ha.)	294	623	—	956
Davon Meliorationen .	113	358	—	503
	38,5 %	57,42 %	49,40 %	52,60 %
Durchschnittliche Betriebsgröße in Acres	203	137	—	148

Die Verringerung der durchschnittlichen Betriebsgröße von 1850—1890 weist auf den Uebergang von der extensiven zur intensiven Wirtschaft und damit von der Viehzucht zum eigentlichen Ackerbau hin. In den Zentral- und Felsengebirgsstaaten sind die Betriebsflächen groß, weil dort hauptsächlich Viehzucht betrieben wird.

Wenn sich die mehr technisch bedingte Tendenz zur Zusammenfassung der Produktion in immer größeren, dafür aber umso weniger zahlreichen Großbetrieben entsprechend den verschiedenartigen Produktionsbedingungen der verschiedenen Produktionszweige nicht allgemein durchzusetzen vermag, gilt dies keineswegs für die Unternehmungen. Es ist absolutes Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß sie zu immer strafferer Zusammenfassung und Zentralisierung der Unternehmungen in immer weniger Händen drängt. Schon die Tendenz der Verdrängung der Klein- durch die Großbetriebe wirkt in dieser Richtung. Diese Tendenz ist aber nicht spezifisch kapitalistischer Natur. Spezifisch kapitalistisch dagegen ist die Konzentrationstendenz der Unternehmungen.

In dieser knappen Theorie des kapitalistischen Produktionsprozesses konnte es sich nicht darum handeln, in technische, organisatorische und andere Einzelheiten der Betriebsführung einzuführen. Wir hatten bloß jene Verhältnisse zu beleuchten, welche bei der Verwandlung des Geldes in Kapital

$$G \rightarrow G'$$

resp. $G - W - \ldots . W' - G'$ (Cyklus des Produktionsprozesses: $W \rightarrow W' \rightarrow W'' \rightarrow W'''$)

die Mehrwertbildung begleiten.

«Ein gewisser Höhegrad der kapitalistischen Produktion bedingt, daß der Kapitalist die ganze Zeit, während deren er als Kapitalist, d. h. als personifiziertes Kapital funktioniert, zur Aneignung und daher Kontrolle fremder Arbeit und zum Verkauf der Produkte dieser Arbeit verwenden könne . . . Der Geld- oder Warenbesitzer verwandelt sich erst wirklich in einen Kapitalisten, wo die für die Produktion vorgeschossene Minimalsumme weit über dem mittelalterlichen Maximum steht . . Das Minimum der Wertsumme, worüber der einzelne Geld- oder Warenbesitzer verfügen muß, wechselt auf verschiedenen Entwicklungsstufen und ist . . . verschieden in verschiedenen Produktionssphären*.»

Gemeinsame Voraussetzung ist aber all den verschiedenen Entwicklungsstufen des Kapitalismus die Voraussetzung der Geldwirtschaft, der freien Waren- und Geldzirkulation. Wir gehen daher über zur Theorie des kapitalistischen Zirkulationsprozesses.

* l. c. Seite 272/273.

§ 10. Theorie des kapitalistischen Zirkulationsprozesses.

Der einfache Warentausch, ($W_a \rightarrow G \rightarrow W_b$ 1), welcher in der Naturalwirtschaft unmittelbar als Tausch von Ware gegen Ware

$$W_1 \rightarrow W_2 \quad 2)$$

erscheint, wird durch das Geld in zwei voneinander unabhängige Einzelakte zerlegt, die zeitlich nicht mehr direkt aufeinander folgen müssen. Der Warentausch zerfällt so in Verkauf und Kauf

$$3a)\ W_a \rightarrow G \qquad 3b)\ G \rightarrow W_b.$$

Der Verkäufer A tritt seine Ware Wa einem beliebigen Käufer X ab, um mit dem erhaltenen Gelde beim Verkäufer B die gesuchte Ware Wb einzuhandeln. Dem Verkäufer oder Warenbesitzer tritt der Käufer als Geldbesitzer gegenüber.

Einzelne Wirtschafter werden zum Schatzbildner, indem sie längere Zeit verkaufen, ohne wieder zu kaufen oder indem sie sich durch außerökonomische Mittel (Raub, Steuern, Abgaben) dauernd einen Zufluß von Kaufmitteln sichern, ohne entsprechende Gegenwerte in die Zirkulation zu werfen. In die Hauptströmung des direkten Warenaustausches verschlingen sich die Nebenströme einseitiger Verkäufe zwecks Anhäufung von Geld als Schatzmittel und einseitiger Käufe zu Produktions- oder Konsumationszwecken.

Fallen beim einzelnen Kauf- oder Verkaufsakt auch noch die Hingabe der Ware und die Hergabe des Geldes zeitlich auseinander, so bescheint der Käufer der Ware seine Forderungen durch einen Schuldschein, worin sich der nun zum Schuldner gewordene Käufer verpflichtet, den Kaufbetrag an einem vereinbarten späteren Termin zu erlegen. Der Gläubiger kreditiert dem Schuldner die Ware. Wird Geld vorgeschossen, so spricht man von Geldleihe. Auch die Naturalwirtschaft kennt eine Art von Leihe, die Naturalleihe, wenn sich Nachbarn unter der Pflicht späterer Rückerstattung gegenseitig mit Gebrauchsgütern aushelfen. Aber erst mit der Geldleihe tritt in allgemeiner Form der Zins und damit auch der Wucher auf.

Auch eine zweite, in der Naturalwirtschaft nur sporadisch auftretende Erscheinung, der Kauf von Rechten und sozialen Begünstigungen, wird durch die Geldwirtschaft zu einem allgemeinen Phänomen des wirtschaftlichen Lebens. Der Geldbesitzer kauft nicht nur greifbare Waren, er kauft auch Schuldscheine, Aktien, Patentrechte, er kauft die Kundschaft eines Detailgeschäftes oder das Eigentumsrecht an Grund und Boden, er kauft Liebe, Ehre, Orden und akademische Auszeichnungen, er kauft Arbeitskräfte. Wenn ursprünglich die Ware das zum Austausch zwischen verschiedenen Gemeinwesen bestimmte Gut überschüssiger Produktion war, so wird unter dem atomisierenden Einfluß der Geldwirtschaft jedes Gut, selbst das ideelle Gut, käuflich und damit zur Ware.

Das Ziel eines einseitigen Kaufaktes kann die Konsumation sein. Um aber zu einem regelmäßigen ökonomischen Vorgange zu werden, muß diesem Kaufakt immer wieder eine Art von Akkumulation vorangehen, muß der Käufer Verkäufer gewesen sein. Es sei denn, der Käufer eigne sich Kaufkraft in Form von Geld durch Aneignung von Mehrarbeit oder Mehrwert an. Produziert wird der Mehrwert immer in der Produktion, angeeignet wird der Mehrwert in der Zirkulation. Vom Standpunkt der Zirkulation aus gesehen, erscheint die Mehrwertbildung stets als Hingabe von Geld, um mehr Geld zu erhalten:

$$G \rightarrow (G - g).$$

Dieser «Tausch» ist bloß deshalb möglich — ohne Verletzung des Wertgesetzes —, weil sich der Produktionsakt zwischen die einzelnen Tauschakte schaltet. Nur in der Produktion wird durch den Konsumationsprozeß der Arbeitskraft der produzierten Ware Wert und Mehrwert zugesetzt. Es scheint also, es sei unmöglich, den Tauschakt $G \rightarrow (G - g)$ ohne Vermittlung der Produktion zu realisieren. Dennoch ist diese scheinbare Verletzung des Wergesetzes alltägliche Wirklichkeit: Der Engroshändler kauft seine Waren zum Engrospreis vom Fabrikanten und gibt sie mit einem Aufschlag an andere Großhändler oder an den Detailhändler weiter, der hinwiederum mit seiner Verschleißspanne von 30 — 50 — 100% den letzten Konsumenten belastet*.

*) Zigaretten (20 Stück mittlere Schweizerzigaretten)

	Fabrikpreis	Engrospreis	Verkaufspreis
	Fr. —.68	Fr. —.80	Fr. 1.20
Milch pro Liter (Zch. 1927)	Produktionspreis (dem Bauern bezahlt)	(Milchhändler)	Detailpreis
	Fr. —.22	Fr. —.26	Fr. —.34
Gemüsesamen pro 100 gr (Salat)	Fr. —.60	Fr. 1.50	Fr. 2.20
Schuhe, Herrenschuhe (Volksschuhe Rindboxleder)	Fr. 18.—	Fr. 19.—	Fr. 25.—
Damenschuhe (Luxushalbschuhe)	Fr. 24.—	Fr. 24.50	Fr. 32.—

Wir haben also die Kette

$$W_a \rightarrow G \rightarrow G' \rightarrow G'' \rightarrow G''' \rightarrow \ldots,$$

wobei G' größer als G, G'' größer als G' etc.

Die gleiche Ware wird zu einem immer höheren Preis weitergegeben. Man könnte diese Preiserhöhung der Ware im Handel verständlich machen mit der Annahme, die Verteilung der Ware durch den Handel setze der Ware Wert zu, weil der Handel auch eine produktive Tätigkeit sei. Diese Annahme wird sich später — wenigstens zum Teil — als richtig nachweisen lassen, sie genügt aber nicht, um die obige Erscheinung vollständig zu erklären. Sie versagt völlig beim Darlehen, wo der Tauschakt die reine Form des Geldkapitals: G — (G + g) annimmt: Geld wird gegeben und in einem späteren Zeitpunkt mehr Geld zurückgegeben. Allerdings fallen Hin- und Rückgabe des Geldes zeitlich auseinander. In dieser Tatsache versteckt sich aber nur die verschleierte, indirekte Beziehung zum wertbildenden Produktionsakt.

Im Wertbildungsprozeß verwandelt sich Geld in Mehrgeld. Mit der einmaligen Realisierung von (G + g) ist der Prozeß der Bildung von Mehrwert nicht vollendet. Die Produktion ist nur als kontinuierlicher Prozeß möglich.

$G \rightarrow W \ldots . W' \rightarrow (G + g)$ ist bloß ein einzelnes Glied einer langen Kette von dauernd sich wiederholenden Produktionsvorgängen, wobei immer wieder Geldkapital G in die Produktion hineingeworfen wird, um Mehrgeld herauszuziehen.

Die Bewegung $G \rightarrow G'$ resp. $G \rightarrow (G + g)$ bezeichnen wir als Umlaufszyklus des Geldkapitals. Vom Standpunkte des Geldkapitals aus ist der Produktionsprozeß nur intermediäres, zwar notwendiges, aber vorübergehendes Zwischenglied. Wie sich aber jede kontinuierliche Reihe willkürlich in beliebige Untergruppen einteilen läßt, so kann man auch vom Kreislauf des Produktionskapitals sprechen:

$$\begin{Bmatrix} P \\ A \end{Bmatrix} \ldots . W \rightarrow G \rightarrow \begin{Bmatrix} P \\ A \end{Bmatrix} \ldots . W \rightarrow G \rightarrow \begin{Bmatrix} P \\ A \end{Bmatrix}$$

Ausgangspunkt und Endpunkt dieser zweiten Figur des kapitalistischen Wertbildungsprozesses ist das Produktionskapital. Die erzeugten Waren werden verkauft, um verschlissene Produktionsmittel zu ersetzen, Rohstoffe zu kaufen und Arbeiter anzuwerben. Vom Standpunkte des Produktionskapitales aus sind sowohl produzierte Ware wie gelöstes Geld nur Zwischenglieder, die sich in den Produktionsprozeß einschalten. Und schließlich

erhalten wir eine dritte Figur, wenn wir vom Warenkapital ausgehen:

$$\ldots W \rightarrow G \rightarrow \begin{Bmatrix} P \\ A \end{Bmatrix} \ldots W' \rightarrow$$

Geldkapital, Produktionskapital und Warenkapital sind drei verschiedene Erscheinungsformen des industriellen Kapitals*, drei Figuren, in die der Verwertungsprozeß des Wertes zerlegbar ist, die einige Dreifaltigkeit, jede Figur selbständige Form und doch nur in und durch die Gesamtheit des kapitalistischen Prozesses bestehend.

In der Theorie des Produktionsprozesses haben wir den kapitalistischen Produktionsprozeß nur nach seiner grundsätzlichen Seite hin erörtert, von der zeitlichen Verschlingung der einzelnen Phasen des Produktionsprozesses abstrahiert. Es laufen aber die einzelnen Bestandteile des Kapitals mit verschiedener Geschwindigkeit um. Die Umschlagszeit der einzelnen Kapitalteile ist verschieden, wie auch unterschieden von der Umschlagszeit des Gesamtkapitals, dem Produktionszyklus.

Betrachten wir ein einfaches Beispiel. Herr Müller kaufe eine Schuhfabrik. Er besitze ein Kapital von 1 Million Franken. Davon benötigt der Kauf von Grund und Boden, Gebäude, Maschinen 600 000 Franken (Anlagekapital). Der Rest von 400 000 Franken werde geteilt in 200 000 Franken Betriebskapital und 200 000 Franken Reserve. Die Reserve werde vorläufig einer Bank als Depot übergeben. Demnach sind produktiv angelegt 800 000 Franken. Diese mögen sich auf die einzelnen Posten wie folgt verteilen:

Konstantes Kapital 760 000 Franken	Grund und Boden	100 000 Fr.	Anlagekapital 600 000 Franken
	Gebäude	300 000 Fr.	
	Maschinen	200 000 Fr.	
Variables Kapital 40 000 Franken	Rohstoffe	140 000 Fr.	Betriebskapital 200 000 Franken
	Hilfsstoffe (Kohlen, Oel, Elektrizität etc.)	20 000 Fr.	
	Lohnkonto	40 000 Fr.	
	Summe	800 000 Fr.	

* «Der Kreislaufprozeß des Kapitals zerfällt also in zwei der Zirkulation angehörige Stadien und in ein Stadium der Produktion. In der Zirkulation erscheint es als Geldkapital und Warenkapital, in der Produktion als produktives Kapital; das Kapital, welches alle diese Formen durchläuft, ist industrielles Kapital» (Hilferding: «Finanzkapital», S. 59).

Die Fabrik beschäftigte 100 Arbeiter und Arbeiterinnen und 10 Angestellte, (Reisende und Leiter inbegriffen). Die Löhne der Arbeiter werden alle 14 Tage, die Löhne der Angestellten monatlich ausbezahlt. Vom variablen Kapital von 40 000 Franken entfallen 30 000 Franken auf die an Arbeiter und Arbeiterinnen zu zahlende Lohnsumme. Die Mehrwertrate betrage 100%. Der den Schuhen pro Monat zugesetzte Mehrwert ist demzufolge 30 000 Franken. Die Schuhfabrik produziere täglich ca. 380—390 Paar Schuhe, zu einem durchschnittlichen Verkaufspreis von 20 Fr. das Paar [d. h. im Monat (26 Arbeitstage gerechnet) ca. 10 000 Paar]. Am Ende des ersten Monats ist der Wert des Warenlagers 200 000 Franken. Dieses Warenlager werde im Laufe des 2. Monats durch die Angestellten gegen Barzahlung verkauft. Die Wertsumme von 200 000 Franken setzt sich zusammen aus 40 000 Franken Löhnen, 30 000 Franken Mehrwert, 120 000 Franken verbrauchte Roh- und Hilfsstoffe und 10 000 Franken Abschreibung auf dem Anlagekapital. (Das Anlagekapital werde in 5 Jahren abgeschrieben).

Am Ende der ersten Produktionsperiode, d. h. am Ende des 1. Monats ist die Verteilung des Kapitals die folgende:

Anlagekapital	590 000 Fr.
Rohstoffe	30 000 „
Hilfsstoffe	10 000 „
Warenlager	200 000 „
	830 000 Fr.

Der Gesamtwert ist von 800 000 auf 830 000 Franken gestiegen, aber gleichzeitig hat sich auch die Verteilung dieser Wertsumme auf die verschiedenen Kapitalarten: Geldkapital, Produktionskapital und Warenkapital geändert. Das Lohnkonto ist verschwunden. Das Konto der Roh- und Hilfsstoffe ist auf 40 000 Franken gesunken. Als neues Konto erscheint das Warenlager mit 200 000 Franken.

Da wir voraussetzen, daß im Laufe des 2. Monats die Produktion des 1. Monats abgesetzt werden kann, wird am Ende des 2. Monats das Warenlager wiederum 200 000 Franken betragen. Um die Produktion reibungslos weiterführen zu können, ist im 2. Monat zusätzliches Kapital notwendig: Einmal, um das Lager an Roh- und Hilfsstoffen zu ergänzen, zweitens, um die Lohnsumme in barem Geld bereit zu halten. Herr Müller muß

am Ende des 1. Monats weitere 200 000 Franken vorschießen. Das Gesamtkapital beläuft sich nunmehr auf 1 Million Franken. Diese 200 000 Franken sollen zum Ankauf von 10 000 Franken zusätzlicher Hilfsstoffe, und 140 000 Franken Rohstoffe verwendet werden, der Rest möge als Bargeld bereit liegen. Daher stellt sich am Anfang der 2. Produktionsperiode die Rechnung wie folgt:

Anlagekapital	590 000 Fr.
Rohstoffe	170 000 „
Hilfsstoffe	20 000 „
Geldkapital	50 000 „
Warenlager	200 000 „
Summe:	1 030 000 Fr.

Vergleichen wir diese Zusammenstellung mit der abstrakten Formel des kapitalistischen Produktionsprozesses:

$$G \rightarrow \begin{cases} P \\ A \end{cases} \ldots W' \rightarrow G',$$

so sehen wir, daß sich das zeitliche Nacheinander in ein räumliches Nebeneinander aufgelöst hat.

Ausgangspunkt war G, das vorgeschossene Geldkapital. Am Ende der ersten Produktionsperiode ist ein Teil dieses Anlagekapitals noch in Geldform vorgeschossen, der Hauptteil ist in konstantes Kapital umgewandelt, ein dritter Teil hat bereits die Form von Warenkapital angenommen. Unveränderte Marktverhältnisse vorausgesetzt, reproduziert sich diese Verteilung des Kapitals am Ende des 3., des 4. und der folgenden Monate. Das Geldkapital vermehrt sich monatlich um je 10 000 Franken, während das Konto des Anlagekapitals gleichzeitig um den entsprechenden Betrag abnimmt. Wir erhalten — unter der Voraussetzung, daß der gebildete und in Geld realisierte Mehrwert konsumiert oder anderweitig verwertet, d. h. nicht im Betriebe selbst akkumuliert werde, — am Ende des n. Monats die Aufstellung:

Anlagekapital	600 000 Fr.	— n. 10 000 Fr.
Roh- und Hilfsstoffe	190 000 „	
Geldkapital	40 000 „	+ n. 10 000 „
Warenlager	170 000 „	
Summe	1 000 000 Fr.	

Das fixe Kapital, der konstante Teil des umlaufenden Kapitals und das variable Kapital haben verschiedene Umschlagszei-

ten. Das fixe Anlagekapital schlägt im Durchschnitt in 5 Jahren um, das konstante Betriebskapital in ca. $2^2/_5$ Monaten und das variable Betriebskapital in 2 Monaten. Im Jahre werden 2,4 Millionen Franken umgesetzt. Das vom Kapitalisten vorgeschossene variable Kapital beläuft sich nur auf 60 000 Franken; dennoch summiert sich die im Laufe eines Betriebsjahres ausbezahlte Lohnsumme auf 480 000 Franken. Die Gehälter für die Angestellten müssen wohl zur Lohnsumme addiert werden, gehören aber nicht zum variablen Kapital. Die Angestellten leisten ebenfalls Mehrarbeit. Diese erspart aber bloß Zirkulationskosten. Die Mehrwertmasse beträgt pro Jahr 360 000 Franken.

Während des vollständigen Umschlages des fixen Kapitals (5 Jahre!) beträgt der Umsatz 12 Millionen Franken. Oder mit anderen Worten: damit das feste Kapital völlig reproduziert werden kann, müssen für 12 Millionen Franken Waren abgesetzt werden. Von diesen 12 Millionen Franken entfallen auf:

Reproduktion des Wertes des festen Kapitals	600 000 Fr.
Reproduktion des Wertes der Roh- und Hilfsstoffe	7 800 000 „
Ausbezahlte Löhne an Arbeiter	1 800 000 „
Realisierter Mehrwert	1 800 000 „
	12 000 000 Fr.

Die Profitmasse ist niedriger. Sie wird durch die an die Angestellten ausbezahlten Gehälter um 600 000 Franken auf 1,2 Millionen Franken reduziert. Die Profitrate ist demnach 10%. Herr Müller rechnet wie folgt:

Reproduktion des Wertes von c_f	600 000 Fr.
Reproduktion des Wertes von c_n	7 800 000 „
Lohnkonto	2 400 000 „
Profit	1 200 000 „
	12 000 000 Fr.

Im Wert der Ware finden wir die einzelnen Kapitalteile in anderen Zahlenverhältnissen vor, als im Kapitalvorschuß.

In unserem Beispiel beträgt der Verkaufspreis von einem Paar Schuhe 20 Franken, der Gesamtumsatz in 5 Jahren 12 Millionen Franken; demnach werden durch die Schuhfabrik des Herrn Müller in 5 Jahren 0,6 Millionen Paar Schuhe fabriziert.

Der Verkaufspreis eines einzelnen Schuhes setzt sich zusammen aus:

Auslagen für Rohstoff	6.50 Fr.
Löhne	2.00 „
Profit	1.00 „
Abschreibungen an festem Kapital	0.50 „
Produktionspreis	10.00 Fr.

Während im Kapitalvorschuß das Verhältnis des festen zum umlaufenden Kapital wie 6:4 ist (resp. wie 60 % zu 40 %), steigt der Anteil des umlaufenden Kapitals am Kostpreis (wir bezeichnen den Verkaufspreis auch als Produktionspreis, Produktionspreis minus Profit als Kostpreis) auf 94,5 %. Und mit dem Anteil des umlaufenden Kapitals steigt auch der relative Anteil des Lohnes am Kostpreis von 8 % beim Gesamtkapital auf 22,2 % beim Kostpreis. Selbst wenn das variable Kapital gering ist im Vergleich zum konstanten Kapital, bestimmen die Löhne dennoch wesentlich den Produktionspreis*.

In der Theorie des kapitalistischen Produktionsprozesses haben wir kurz den Einfluß der organischen Zusammensetzung des Kapitals auf die Profitrate gestreift. Gleiche Mehrwertrate vorausgesetzt, wird die Profitrate umso kleiner, je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals ist. Wir legten unserer dortigen Untersuchung — im Anschluß an Marx — eine statische Auffassung zu Grunde.

Die verschiedenen Umschlagszeiten der einzelnen Kapitalteile werden in jener Betrachtungsweise nicht berücksichtigt. Es wird nur das Resultat des Gesamtprozesses betrachtet. Dennoch sind die Ableitungen der Begriffe, Mehrwertrate, absoluter und relativer Mehrwert u. s. f. durchaus korrekt, weil es sich bei diesen Begriffen um abstrakte Verhältnisse handelt. Die Mehrwertrate behält ihren zahlenmäßigen Wert, ob wir den Mehrwert, den ein einzelner Durchschnittsarbeiter in einem Arbeitstag produziert, vergleichen mit der notwendigen Arbeit oder ob wir die während eines Jahres geleistete Mehrarbeit vergleichen mit der während des gleichen Zeitraumes verausgabten notwendigen Arbeit.

Die statische Betrachtung des § 9 muß aber durch eine dynamische Betrachtung des kapitalistischen Zirkulationsprozesses

* Einen besonders einflußreichen Faktor bilden die Arbeitslöhne bei der Bestimmung des Produktionspreises der Waren der extraktiven Urproduktion. Dadurch werden die erbitterten Lohnkämpfe der Bergbauindustrie auch vom ökonomischen Standpunkte aus verständlich.

ergänzt werden. Den Kapitalisten interessiert bloß der Profit, nicht der Mehrwert. Mehrwertmasse und Profitmasse sind gegeben durch Mehrwertrate und Größe des variablen Kapitals. Aber die Profitrate variiert mit der Größe des Zuschußkapitals, ist somit nicht nur von der organischen Zusammensetzung des Kapitals, sondern auch von dessen Umschlagszeit abhängig. Diese Differenzierung des Umschlags ist zum Teil technischen, zum Teil ökonomischen Momenten geschuldet. Die Produktionszeiten der Waren sind verschieden. Auch die absolute Größe der Kapitalanlage ändert sich von Produktionszweig zu Produktionszweig. Eine Bäckerei läßt sich mit einem Kapital von 20—50 000 Franken einrichten; eine Hochofenanlage bedarf, um überhaupt konkurrenzfähig zu sein, mindestens eines Anlagekapitals von mehreren Millionen Franken. Alles Momente, welche die Mehrwertmasse und damit auch die Profitrate weitgehend verändern müssen.

Den Zirkulationsprozeß des Kapitals behandelt Marx ausführlich im zweiten Bande des «Kapital». Zunächst den Zirkulationsprozeß des Einzelkapitals.

«Der Kreislaufprozeß des Kapitals geht vor sich in drei Stadien . . . :

Erstes Stadium: Der Kapitalist erscheint auf dem Warenmarkt und Arbeitsmarkt als Käufer: sein Geld wird in Ware umgesetzt . . . G — W.

Zweites Stadium: Produktive Konsumation der gekauften Waren durch den Kapitalisten W . . . P . . . W'.

Drittes Stadium: Der Kapitalist kehrt zum Markte zurück als Verkäufer; seine Ware wird in Geld umgesetzt oder macht den Zirkulationsakt W' — G' durch»*.

«Die Masse der Produktionsmittel muß hinreichen, um die Arbeitsmasse zu absorbieren, um durch sie in Produkt verwandelt zu werden»**. «Das Klassenverhältnis zwischen Kapitalist und Lohnarbeiter ist also schon vorausgesetzt, in dem Augenblick, wo beide in dem Akt G — A (A — G von Seiten des Arbeiters) sich gegenüber treten»***. Aber «auch der Kauf und Verkauf von Sklaven ist seiner Form nach Warenkauf und Verkauf . . . Geld reicht in der Hand des Käufers aber keineswegs hin, um Sklaverei zu ermöglichen»****.

* «Kapital», 2. Bd., Seite 1.
** l. c. Seite 3.
*** l. c. Seite 7.
**** l. c. Seite 8.

Damit das Geldkapital auf gesellschaftlicher Stufenleiter die hier betrachtete Funktion des Kaufes von Produktionsmitteln und Arbeitskräften vollziehe,

«dies unterstellt historische Prozesse, durch welche die ursprüngliche Verbindung der Produktionsmittel mit der Arbeitskraft aufgelöst wurde . . . Wobei es nichts zur Sache tut, ob die Verbindung vor ihrer Zersetzung die Form besaß, daß der Arbeiter selbst als Produktionsmittel zu den anderen Produktionsmitteln gehörte [wie in der Sklaverei], oder ob er deren Eigner war»*.

Im Produktionsprozeß werden Produktionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte produktiv konsumiert. So wird das produktive Kapital in auf dem Markte zu verwertendes Warenkapital verwandelt. Das Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses ist aber nicht die Naturalform des Kapitals, seine Existenz als Gebrauchswert, sondern seine Verwandlung in Tauschwert, in Geld. Solange das verwertete Kapital in der Form des Warenkapitals verharrt, steht der Produktionsprozeß still.

«Es wirkt weder als Produkt — noch als Wertbildner»**. «Die beiden Formen, die der Kapitalswert innerhalb seiner Zirkulationsstadien annimmt, sind die von Geldkapital und Warenkapital; seine dem Produktionsstadium angehörige Form ist die von produktivem Kapital. Das Kapital, welches im Verlauf seines Gesamtkreislaufes diese Form annimmt, und wieder abstreift und in jeder die ihr entsprechende Funktion vollzieht, ist industrielles Kapital — industriell in dem Sinne, daß es jeden kapitalistisch betriebenen Produktionszweig umfaßt»***.

Das industrielle Kapital tritt gleichzeitig in allen drei Existenzformen auf. Stokt der Kreislauf im ersten Stadium, so erstarrt das Geldkapital zum Schatz; wenn «in der Produktionssphäre, so liegen die Produktionsmittel funktionslos auf der einen Seite, während die Arbeitskraft auf der anderen unbeschäftigt bleibt»; wenn im dritten Stadium «so versperren unverkäuflich aufgehäufte Waren den Zirkulationsfluß»****.

«Das industrielle Kapital ist die einzige Daseinsweise des Kapitals, worin nicht nur Aneignung von Mehrwert, resp. Mehrprodukt, sondern zugleich dessen Schöpfung Funktion des Kapitals ist. Es bedingt daher den kapitalistischen Charakter der

* l. c. Seite 9.
** l. c. Seite 16.
*** l. c. Seite 26.
**** l. c. Seite 26.

Produktion . . . Die anderen Arten von Kapital, die vor ihm inmitten vergangener oder untergehender gesellschaftlicher Produktionszustände erschienen, werden ihm nicht nur untergeordnet und im Mechanismus ihrer Funktion ihm entsprechend verändert, sondern bewegen sich nur noch auf seiner Grundlage»*.

Aus dem Mehrwert bestreitet der Kapitalist seine persönliche Konsumation. Der Kreislauf des industriellen Kapitals ist gleichzeitig Ausgangspunkt der individuellen Konsumation der Arbeiter. Diese ist — vom Standpunkt des Gesamtkapitals aus gesehen — bedingende Voraussetzung des Reproduktionsprozesses des Kapitals. Die Arbeiter tragen ihren Lohn zum Detailhändler, um Lebensmittel einzukaufen, wodurch das variable Kapital in Geldform wieder in die Hände der kapitalistischen Klasse zurückströmt. Die Zirkulation umschließt gleichzeitig die produktive, wie die individuelle Konsumation.

Der Kreislauf des variablen Kapitals fällt aus dem Kreislauf des individuellen Kapitals heraus. Aber dies gilt für die Konsumation überhaupt. Denn kapitalistische Produktion ist Warenproduktion, Produktion von Gütern nicht für den Eigenbedarf, sondern für den Markt.

«Die Konsumation der Waren ist nicht eingeschlossen in den Kreislauf des Kapitals, aus dem sie hervorgegangen sind. Sobald das Garn z. B. verkauft ist, kann der Kreislauf des im Garn dargestellten Kapitalwertes von neuem beginnen, was auch immer zunächst aus dem verkauften Garn wird»**.

Die Akkumulation ist an gewisse technische Bedingungen gebunden. Der realisierte Mehrwert wächst

«oft erst durch die Wiederholung verschiedener Kreisläufe zu dem Umfange heran (muß also bis dahin aufgehäuft werden), worin er wirklich als zuschüssiges Kapital fungieren kann . . . Der Mehrwert erstarrt also zum Schatz und bildet in dieser Form latentes Geldkapital»***.

Diese Schatzbildung kann auch bestehen in der Anhäufung von bloßen Guthaben. Ein solcher Geldakkumulationsfonds dient gleichzeitig als Reservefonds, um Störungen des Kreislaufes auszugleichen.

«Kontinuität ist . . . das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Produktion und durch ihre technische Grundlage bedingt, wenn auch nicht immer unbedingt erreichbar»*.

* l. c. Seite 29.
** l. c. Seite 49.
*** l. c. Seite 51.

Jede Stockung des Nacheinander bringt das Nebeneinander in Unordnung. Da das Kapital eine Bewegung ist, kann es nur als Bewegung begriffen werden. Diese Bewegung verschlingt sich mit der ungeheuren Mannigfaltigkeit der Bewegungen anderer Einzelkapitale, sie verschlingt sich auch mit Kreisläufen von Waren, welche aus vorkapitalistischen Produktionsgebieten stammen. Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise «ist, alle Produktion möglichst in Warenproduktion umzuwandeln; ihr Hauptmittel hierzu ist . . . das Hereinziehen derselben in den Zirkulationsprozeß»** Die Umwälzung der Produktionsweise wird durch den Zirkulationsprozeß vermittelt.

«Die Gesamtzeit, worin das Kapital seinen Kreislauf beschreibt, ist gleich der Summe von Produktionszeit und Umlaufszeit. Die Produktionszeit umschließt natürlich die Periode des Arbeitsprozesses, aber sie ist nicht von ihr umschlossen . . . Periodische Unterbrechung des Arbeitsprozesses, Nachts z. B., unterbricht zwar die Funktion der Arbeitsmittel, aber nicht ihren Aufenthalt in der Produktionsstätte . . . Der Vorrat von Rohstoffen wird nur nach und nach produktiv konsumiert . . .»***.

Aber auch der Produktionsprozeß selbst kann Unterbrechungen des Arbeitsprozesses bedingen, wo die Produktion der Produktionsmittel fortdauert,

«obgleich der Arbeitsprozeß und daher die Funktion der Produktionsmittel als Arbeitsmittel unterbrochen ist. So z. B. das Korn, das gesät ist . . . Die Produktionszeit ist hier größer als die Arbeitszeit»****. «D er Teil des latenten produktiven Kapitals, der nur als Bedingung für den Produktionsprozeß bereit liegt, wie Baumwolle, Kohle u. s. w. in der Spinnerei, wirkt weder als Produkt noch als Wertbildner. Es ist brachliegendes Kapital»*****. «Es ist klar, daß je mehr Produktionszeit und Arbeitszeit sich decken, umso größer die Produktivität und Verwertung eines gegebenen Kapitals im gegebenen Zeitraum»******.

«Umlaufszeit und Produktionszeit schließen sich wechselseitig aus. Während seiner Umlaufszeit fungiert das Kapital nicht als produktives Kapital . . Die Ausdehnung und Ver-

* l. c. Seite 74.
** l. c. Seite 82.
*** l. c. Seite 93.
**** l. c. Seite 93.
***** l. c. Seite 94.
****** l. c. Seite 95.

kürzung der Umlaufszeit wirkt daher als negative Schranke auf die Verkürzung oder Erweiterung der Produktionszeit»*.

Die Umlaufszeit zerfällt in zwei Teile: Zeit zur Verwandlung der produzierten Ware in Geld (Umlauf) und Zeit zur Verwandlung des Geldes in Ware. Der Verkauf ist der schwierigste Teil des Umlaufsprozesses des Kapitals. Als Geld befindet sich der Wert in seiner stets «umsetzbaren Form». Die Waren sind von Natur aus vergänglich.

«Je vergänglicher eine Ware, je unmittelbarer nach ihrer Produktion sie daher verzehrt, also verkauft werden muß, desto geringerer Entfernung von ihrem Produktionsort ist sie fähig . . . desto lokalerer Natur ihr Absatzmarkt [z. B. Milch, Gemüse]»**.

Die Produktion des Handwerks ist Stückproduktion. Der handwerkliche Charakter der Produktion vermag sich deshalb dort am zähesten zu halten, wo an einer einzelnen Ware die verschiedensten Arbeitsprozesse durchgeführt werden müssen. So umfaßt die Arbeitsperiode*** des Bauhandwerkes mindestens einen wesentlichen Bruchteil eines Jahres. Bei den Erzeugnissen der industriellen Massenproduktion aber erstreckt sich die Arbeitsperiode über die Erzeugung einer ganzen Anzahl von einzelnen Warenposten. Baumwollgarne werden z. B. jeweils in größeren Posten in Bestellung gegeben und auch in größeren Posten verkauft. Je größer die Arbeitsperiode, umso größer ist der Bedarf an umlaufendem Kapital.

Produktionszeit und Arbeitszeit fallen augenfällig auseinander in der Landwirtschaft. Die landwirtschaftliche Arbeitsperiode ist vom Klima und vom Wetter abhängig. Einmal bestellte Felder bedürfen nur geringer zusätzlicher Arbeit. Im Getreidebau konzentriert sich die Arbeit auf die Zeit der Aussaat und die Zeit der Ernte. Der Getreidebau zieht periodisch Arbeitskräfte an und stößt sie wieder ab, während Milchwirtschaft und Viehzucht in viel stärkerem Maße eine gleichmäßige Verteilung der Arbeitslast über das ganze Jahr ermöglichen****.

* l. c. Seite 96.

** l. c. Seite 99.

*** Unter der Arbeitsperiode versteht Marx einen komplexen Arbeitstag, «der durch die Aufeinanderfolge mehr oder minder zusammenhängender Arbeitstage gebildet ist» (l. c. Seite 201); d. h. einen derart konstruierten Arbeitstag, daß seine Dauer der vom Markte geforderten oder gewünschten Warenmenge und Warenart zu genügen vermag.

**** Der Uebergang der europäischen Landwirtschaft vom Getreidebau zur intensiven Milchwirtschaft findet z. T. in diesen ökonomischen Gründen seine Erkärung.

Die Differenz von Produktionsperiode und Arbeitsperiode im Getreidebau bildet die natürliche Grundlage des ländlichen Hausgewerbes und der ländlichen Heimarbeit*. Durch die Vernichtung der Hausindustrie hat die große Industrie über manches ackerbautreibende Volk schwere Not gebracht. «Für das Kapital gleichen sich alle Verschiedenheiten im Umschlag aus. Für den Arbeiter nicht»**.

Der größere Teil der Umlaufszeit besteht aus Verkaufszeit, «der Epoche, worin sich das Kapital im Zustand von Warenkapital befindet»***. Diese Verkaufszeit hat die Tendenz zu wachsen, weil sich der Markt immer mehr ausdehnt. In entgegengesetzter Richtung wirkt die Verbesserung der Transportmittel, des Verkehrswesens überhaupt. Mit der Erweiterung des Marktes wächst auch die Kaufszeit, die Zeit der Rückverwandlung des Geldkapitals in produktives Kapital. Erntezeiten, klimatische Einflüsse bedingen bestimmte Verfrachtungstermine. So entstehen in jedem Handelszweig feste Umschlagszeiten, welche die materielle Grundlage der verschiedenen Kredit- und Zahlungstermine bilden. Je größer die Umlaufszeit einer Ware, umso größer das Risiko eines Preiswechsels; alles Einflüsse, welche veranlassen, daß der kapitalistische Produzent, resp. sein Agent, der Kaufmann nach Möglichkeit versuchen, die Umlaufszeit zu kürzen.

Die Umwandlung von Ware in Geld kostet Zeit und Arbeitskraft. Diese Umwandlung ist Aufgabe des Kapitalisten. Die Zeit, welche der Kapitalist als Käufer oder Verkäufer tätig ist, bildet Teil seiner Geschäftszeit. Aber diese Arbeit, vergrößert durch die beiderseitigen «böswilligen Absichten, sich gegenseitig zu übervorteilen», schafft so wenig Wert, wie die Arbeit, die bei einem gerichtlichen Prozeß «aufgewendet wird, die Wertgröße des strittigen Objekts vermehrt«****. Der Kapitalist kann diese

* Das frühkapitalistische Verlagssystem der Textilindustrie bediente sich hauptsächlich der ländlichen Heimarbeit. Die zürcherische Seidenindustrie, die baslerische Seidenbandweberei verlegte die Arbeit auf der Landschaft, das Spinnen der englischen Wolle besorgten in Flandern, wie in Florenz die Bauernweiber.

** l. c. Seite 213.

*** l. c. Seite 220.

**** l. c. Seite 100.

seine Funktion an bezahlte Hilfskräfte oder andere Kapitalisten, z. B. Kaufleute delegieren. Dadurch wird aber prinzipiell an der Sachlage nichts geändert. Diese Zirkulationskosten* gehören zu den «Faux frais»** der kapitalistischen Produktion.

Das Geld muß ersetzt werden, soweit es durch seine Funktion als Zirkulationsmittel dem Verschleiß unterliegt. Die Buchführung dagegen, als

> «Kontrolle und ideelle Zusammenfassung des Produktionsprozesses wird umso notwendiger, je mehr der Prozeß auf gesellschaftlicher Stufenleiter vorgeht und den rein individuellen Charakter verliert; also notwendiger in der kapitalistischen Produktion als in der zersplitterten des Handwerks- und Bauernbetriebes, notwendiger bei gemeinschaftlicher Produktion als bei kapitalistischer»***.

Der Zirkulationsprozeß verursacht auch Aufbewahrungskosten. Die Aufbewahrungskosten können dem Produktionsprozeß geschuldet sein, der nur in der Zirkulation fortgesetzt wird. Sie können andererseits, gesellschaftlich betrachtet, bloße Kosten sein, aber doch für den einzelnen Kapitalisten wertbildend wirken. Besonders bei pflanzlichen Rohstoffen sind Vorräte nicht zu umgehen. Diese Art von Zirkulationskosten gehen daher, soweit sie notwendige Bedingungen des gleichmäßigen Fortganges der Produktion sind, in gewissem Umfange in den Wert der Waren ein.

Der gesellschaftliche Warenvorrat existiert in drei Formen: «In der Form des produktiven Kapitals, in der Form des individuellen Konsumationsfondes und in Form des Warenvorrates oder Warenkapitals»****. Bei auf Selbstbedarf beruhender Produktion ist der Warenvorrat gering, relativ groß aber der Konsumationsfonds, besonders der eigentlichen Lebensmittel. Im Laufe der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nimmt der Vorrat in Form des produktiven Kapitals nicht nur absolut, sondern auch relativ zu. Allerdings nicht in Form des Vorrats an Rohstoffen. Je entwickelter Welthandel und Kre-

* «Zirkulationskosten, die aus dem bloßen Formwechsel des Werts, aus der Zirkulation ideell betrachtet, hervorgehen, gehen nicht in den Wert der Waren ein». (l. c. Seite 107).

** = falsche Kosten.

*** l. c. Seite 106.

**** l. c. Seite 111.

ditsystem, umso geringer kann der Vorrat an Rohstoffen sein, den der einzelne Unternehmer anzulegen braucht.

Spezifische Unkosten der kapitalistischen Produktionsweise bilden auch noch jene Unkosten, welche aus der Vorratsbildung in Form des Warenkapitals entspringen. «Soweit die Vorratsbildung Zirkulationsstockung, setzen die dadurch verursachten Kosten der Ware keinen Wert zu»*. Denn der Käufer kümmert sich nicht um das Einzelschicksal der Ware. Neben den Verkäufer, dessen Ware längere Zeit als unverkäuflich lagerte, tritt der Verkäufer, dessen Ware eben erst fertig geworden ist, deren Wert nur durch unmittelbare Reproduktionskosten und nicht noch durch zusätzliche Zirkulationskosten bestimmt ist.

> «Nur soweit der Warenvorrat Bedingung der Warenzirkulation und selbst eine in der Warenzirkulation notwendig entstandene Form ist, soweit diese scheinbare Stagnation also Form des Flusses selbst, ganz wie Bildung von Geldreserve Bedingung der Geldzirkulation ist — nur soweit ist sie normal . . . Die Kosten der Vorratsbildung bestehen 1. aus quantitativer Abnahme der Produktmasse (z. B. bei Mehlvorrat), 2. Verderb der Qualität, 3. aus der vergegenständlichten und lebendigen Arbeit, welche die Erhaltung des Vorrats erheischt»**.

Wie verhält es sich mit den Transportkosten? Allgemein gilt, daß «alle Zirkulationskosten, die nur aus der Formverwandlung der Ware entspringen, dieser keinen Wert hinzusetzen»***. Der Transport einer Ware setzt im Allgemeinen — wir werden die spezifischen Bedingungen dieser Tatsache später noch genauer untersuchen — dieser insoferne Wert zu, als dadurch Waren unter Verausgabung von menschlicher Arbeitskraft an Orte gebracht werden, wo diese nicht produziert werden können. Die Transportkosten spielen eine wichtige Rolle bei der Bildung der Grundrente.

Der Transport wird vermittelt durch eine Gruppe selbständiger Produktionszweige, die Transportindustrie (Verkehrswesen). Das Produkt der Transportindustrie ist kein Gegenstand, es ist keine greifbare Ware, es ist die Ortsveränderung selbst.

> «Der Gebrauchswert von Dingen verwirklicht sich nur in ihrer Konsumation und ihre Konsumation mag ihre Ortsveränderung notwendig machen, also den zusätzlichen Produk-

* l. c. Seite 116.

** l. c. Seite 119.

*** l. c. Seite 120.

tionsprozeß der Transportindustrie. Das in dieser angelegte produktive Kapital setzt also den transportierten Produkten Wert zu»*.

Die Größe des in Transportkosten ausgelegten Warenwertes wird in gegensätzlicher Weise bestimmt. Die kapitalistische Produktionsweise vermindert einerseits die Transportkosten sowohl durch die technische Entwicklung der Transport- und Kommunikationsmittel, als auch durch die Konzentration des Transports. Sie vermehrt andererseits den Teil der gesellschaftlichen Arbeit, der im Warentransport verausgabt wird, zuerst durch Verwandlung aller Produkte in Waren und sodann durch die Ersetzung lokaler durch entfernte Märkte. In grundsätzlicher Hinsicht unterscheidet sich die Transportindustrie von anderen Industriezweigen dadurch, daß sie als Produktionsprozeß innerhalb des Zirkulationsprozesses tätig ist. Die Vermittlung des Transportes ist daher gewöhnlich dem Zirkulationsagenten, dem Kaufmann überbunden, während die Durchführung des Transportes in die Hand spezieller Unternehmer: Spediteure, Cammioneure, Eisenbahngesellschaften etc. gelegt wird.

Die Zirkulationszeit des Kapitals als Summe von Produktions- und Umlaufszeit wird durch die materiellen Bedingungen der Produktion mehr oder weniger vorgegeben. Der Zerfall des Kapitals in festes und umlaufendes Kapital bringt es aber mit sich, daß im Durchschnitt Zirkulationszeit und Umschlagszeit des Kapitals keineswegs zusammenfallen. Wenn wir unter Umschlagszeit jene Zeit verstehen, in welcher das ganze Kapital oder ein bestimmter Kapitalsteil seinem Werte nach in den kapitalistischen Verwertungsprozeß eingegangen und als Geldkapital und realisierter Mehrwert zurückgeflossen ist, so ist klar, daß nicht nur die einzelnen Teile des Kapitals: veränderliches, unveränderliches und im unveränderlichen Kapital wiederum umlaufendes und festes Kapital durchaus verschiedene Umschlagszeiten besitzen, sondern daß auch Kapitalien verschiedener Produktionszweige weitgehende Unterschiede in den Umschlagszeiten aufweisen. Je höher im allgemeinen die organische Zusammensetzung des Kapitals, umso länger ist die Umschlagszeit. Denn die Umschlagszeit des Gesamtkapitals ist gleich dem Durchschnittsumschlag der einzelnen Kapitalteile.

* l. c. Seite 121.

«Für den Kapitalisten ist die Umschlagszeit seines Kapitals die Zeit, während der er sein Kapital vorschießen muß, um es zu verwerten und in der ursprünglichen Gestalt zurückzuerhalten»*. Die natürliche Maßeinheit des Umschlages ist das Jahr. «Die Naturbasis dieser Maßeinheit liegt darin, daß die wichtigsten Erdfrüchte der gemäßigten Zone, welche das Mutterland der kapitalistischen Produktion ist, jährliche Produkte sind»**.

Bereits bei Besprechung des kapitalistischen Produktionsprozesses haben wir auf den grundlegenden Unterschied von Anlage- und Betriebskapital aufmerksam gemacht. Das Anlage-Kapital behält als Kapitalteil die bestimmte Gebrauchsform bei, worin es am Produktionsprozeß teilnimmt, gegenüber den Produkten, in deren Wert sein Wert teilweise eingeht. Das feste Kapital besteht aus den Arbeitsmitteln, den Gebäuden, den Maschinen u. s. f. Die Wertangabe wird bestimmt durch eine Durchschnittsrechnung. Man bezeichnet sie als Abschreibung (Amortisation). Beträgt z. B. die Lebensdauer einer Maschine 5 Jahre à 300 Arbeitstage und ihr Ankaufswert 15 000 Franken, so setzt sie während eines Arbeitstages den von ihr erzeugten Produkten 10 Franken Wert zu.

Nicht so das umlaufende Kapital. Beide Kapitalarten laufen um, wechseln die bestimmte Gestalt, worin sie sich verkörpern.

Der „im Arbeitsmittel fixierte Teil des Kapitalwertes zirkuliert so gut wie jeder andere .... Aber er zirkuliert nicht in seiner Gebrauchsform, sondern nur sein Wert zirkuliert und zwar allmählich, bruchweise .... Während seiner Funktionsdauer bleibt ein Teil seines Wertes stets in ihm fixiert, selbständig gegenüber den Waren, die er produzieren hilft»***.

Zum umlaufenden Kapital gehören die Hilfsstoffe und die Rohstoffe. Die Hilfsstoffe gehen stofflich nicht in das Produkt ein, «nur ihr Wert bildet einen Teil des Produktionswertes»****. Aber sie werden im Gegensatz zu den Arbeitsmitteln und Produktionsmitteln im Arbeitsprozeß auch stofflich konsumiert. Die Rohstoffe gehen (abgesehen von den Abfällen) mehr oder weniger vollständig im Produkt auf. Natürlich sind diese Unterschiede nicht absolut. In der chemischen Industrie z. B. verschwimmen die Grenzen zwischen Roh- und Hilfsstoffen. In der Landwirtschaft

* l. c. Seite 126.
** l. c. Seite 126.
*** l. c. Seite 128.
**** l. c. Seite 129.

wirken Düngemittel teils als Rohstoffe, indem sie in das pflanzliche Produkt eingehen, teils als fixes Kapital, da sich die bodenverbessernde Wirkung über mehrere Jahre erstreckt. Die Transportindustrie verarbeitet keinen Rohstoff. Der Reisende zahlt bloß den Gebrauch der Transportmittel. Endlich ist das in Arbeitsmitteln fixierte Kapital nicht immer unbeweglich. Ein Tramwagen, der beständig seinen Ort ändert, ist dennoch als fixes Kapital anzusprechen. An einen festen Ort gebundene Arbeitsmittel, wie Fabrikgebäude, Kanäle, Hochöfen können zwar nicht auf dem Weltmarkte zirkulieren, wohl aber laufen die Eigentumstitel an diesem fixen Kapital auf dem Aktienmarkte um.

Das variable Kapital überträgt seinen Wert quantitativ auf das in einer Arbeitsperiode erzeugte Produkt.

> «Der Wert des flüssigen Kapitals — in Arbeitskraft und Produktionsmitteln — ist vorgeschossen nur für die Zeit, während welcher das Produkt fertig gemacht wird ... Dieser Wert geht ganz in das Produkt ein, kehrt also durch den Verkauf des Produktes ganz wieder aus der Zirkulation zurück und kann von neuem vorgeschossen werden»*.

Im Waren- und Geldkapital verschwinden die Unterschiede des festen und flüssigen Kapitals. Waren- und Geldkapital sind zwar Zirkulationskapital, Kapital, das sich innerhalb der Zirkulationssphäre befindet, aber dieses Zirkulationskapital ist keineswegs zu verwechseln mit dem zirkulierenden Kapitalteil des produktiven Kapitals.

Die Abnützung der Bestandteile des festen Kapitals wechselt. Das Fabrikgebäude hat eine längere Lebensdauer als ein Dampfkessel, dieser wiederum eine längere Lebensdauer als eine stark beanspruchte Arbeitsmaschine. Der Verschleiß der Maschinerie wird einmal bewirkt durch den Gebrauch. Dann durch Naturkräfte (Rosten u. a.) während den Zeiten des Nichtgebrauchs. Schließlich nimmt der Wert einer bestimmten Maschine ab infolge des technischen Fortschrittes. Eine Maschine, die vor 10 Jahren 10 000 Franken kostete, ist heute trotz bedeutender Verbesserungen vielleicht für 5000 Franken käuflich**. Dem natürlichen Verschleiß durch den Gebrauch gesellt sich eine Art von ökonomischem Verschleiß bei.

> «Die Arbeitsmittel werden großenteils beständig umgewälzt durch den Fortschritt der Industrie. Sie werden daher nicht in ihrer ursprünglichen Form ersetzt, sondern in der umgewälzten Form ...»*.

> «Das fixe Kapital verursacht besondere Erhaltungskosten. Ein Teil der Erhaltung wird durch den Arbeitsprozeß selbst bewirkt; das fixe Kapital verdirbt, wenn es nicht im Arbeitsprozeß fungiert ... Das fixe Kapital erfordert aber auch positive Arbeitsauslage zu seiner Instandhaltung. Die Maschinerie muß von Zeit zu Zeit gereinigt werden»**

Zu diesen Arbeitsauslagen treten Reparaturen, die sich trotz ihres zufälligen Charakters gegen Ende der Lebensdauer der Maschine häufen. «Die eigentlichen Reparaturen ... erheischen Auslage von Kapital und Arbeit, die nicht in dem ursprünglich vorgeschossenen Kapital enthalten sind, also auch durch den allmählichen Wertersatz des fixen Kapitals, jedenfalls nicht immer, ersetzt und gedeckt werden können»***. Diese zuschüssige Arbeit kann nur als Durchschnittswert in den Wert der Ware eingehen. «Ein Spinner z. B. kann diese Woche sein Garn nicht teurer verkaufen als vorige Woche, weil ihm diese Woche ein Rad gebrochen ist ... Hier wie bei aller Wertbestimmung bestimmt der Durchschnitt. Die Erfahrung zeigt den durchschnittlichen Umfang solcher Unfälle und der nötigen Erhaltungs- und Reparaturarbeiten, während der durchschnittlichen Lebensperiode des in einem bestimmten Geschäftszweig angelegten fixen Kapitals. Diese Durchschnittsausgabe wird verteilt auf die Durchschnittslebensperiode, und wird in entsprechenden aliquoten Teilen auf den Preis des Produkts geschlagen und daher durch den Verkauf desselben ersetzt»****.

«Der Gesamtumschlag des vorgeschossenen Kapitals ist der Durchschnittsumschlag seiner verschiedenen Bestandteile»*****. Die Berechnungsweise des Umschlages entnimmt Marx einem Werke des amerikanischen Oekonomen Srope:

> «Angenommen, jemand habe in einem bestimmten Geschäft die Hälfte seines Kapitals in Gebäuden und Maschinerie angelegt, welche einmal in zehn Jahren erneuert werden; ein Viertel in Werkzeugen etc., die in zwei Jahren erneuert werden; das letzte Viertel, ausgelegt in Arbeitslöhnen und Rohstoffen, wäre zweimal im Jahre umgeschlagen. Sein ganzes Kapital sei 50 000 Dollars. Dann wird seine Jahresauslage sein:

50 000/2	= 25 000 Dollars	in 10 Jahren	=	2 500 Dollars	in 1 Jahr
50 000/4	= 12 500	"	" 2	"	= 6 250	"	" 1	"
50 000/4	= 12 500	"	" 1/2	"	= 25 000	"	" 1	"
					in 1 Jahr = 33 750 Dollars			

* l. c. Seite 136.
** Auto

* l. c. Seite 141.
** l. c. Seite 143.
*** l. c. Seite 145.
**** l. c. Seite 146.
***** l. c. Seite 154.

Die Durchschnittszeit also, in der sein ganzes Kapital einmal umschlagen wird, ist 16 Monate. Nehmen wir einen andern Fall: Ein Viertel des Gesamtkapitals von 50 000 Dollars zirkuliert in 10 Jahren. Dann wird die jährliche Auslage sein:

12 500 / 10	=	1 250 Dollars
12 500	=	12 500 „
25 000 × 2	=	50 000 „
In 1 Jahr umgeschlagen	=	63 750 Dollars»*.

Wir haben noch den Einfluß der Differenzen von Produktionsperiode und Zirkulationszeit auf den Umschlag des Kapitals näher zu betrachten. Wer sich eingehender in diese Probleme vertiefen will, sei speziell auf die Kapitel 13 und 15 des 2. Bandes des «Kapitals» verwiesen, wo die im folgenden dargestellten Gedankengänge in aller Ausführlichkeit behandelt werden.

«Der Unterschied in der Dauer des Produktionsaktes muß offenbar einen Unterschied in der Geschwindigkeit des Umschlages bei gleich großer Kapitalanlage erzeugen, also in den Zeiträumen, für welche ein gegebenes Kapital vorgeschossen ist. Gesetzt, die Maschinenspinnerei und die Lokomotivfabrik wendeten gleich großes Kapital an, die Teilung zwischen konstantem und variablem Kapital sei dieselbe, auch die zwischen fixen und flüssigen Bestandteilen des Kapitals, endlich sei der Arbeitstag gleich groß und seine Teilung zwischen notwendiger Arbeit und Mehrarbeit dieselbe. Um ferner alle aus dem Zirkulationsprozesse entspringenden und diesem Fall äußerlichen Umstände zu beseitigen, wollen wir annehmen, daß beide, Garn und Lokomotive, auf Bestellung fabriziert und bei Lieferung des fertigen Produktes bezahlt werden. Nach Ende der Woche, bei Ablieferung des fertigen Garns, erhält der Spinnfabrikant (wir sehen hier vom Mehrwert ab) das ausgelegte zirkulierende Kapital zurück und ebenso den Verschleiß des fixen Kapitals, der im Garnwert steckt. Er kann also mit demselben Kapital denselben Kreislauf von Neuem wiederholen. Es hat seinen Umschlag vollbracht. Der Lokomotivfabrikant dagegen muß während der drei Monate Woche für Woche immer neues Kapital in Arbeitslohn und Rohmaterial auslegen und erst nach drei Monaten, nach Ablieferung der Lokomotive, befindet sich das während dieser Zeit in einem und demselben Produktionsakt, zur Herstellung einer und derselben Ware, nach und nach ausgelegte zirkulierende Kapital wieder in einer Form, worin es seinen Kreislauf von Neuem beginnen kann; ebenso wird ihm der Verschleiß der Maschinerie während dieser drei Monate erst jetzt ersetzt. Die Auslage des einen ist die für eine Woche, die des andern ist die Wochenauslage multipliziert mit 12. Alle anderen Umstände gleich vorausgesetzt, muß der eine zwölfmal mehr zirkulierendes Kapital zur Verfügung haben, als der andere»*.

«Eine Verlängerung der Produktionszeit vermindert also ebenso sehr die Umschlagsgeschwindigkeit wie eine Verlängerung der Zirkulationszeit»**.

Die Verschiedenheit in der Umschlagszeit des Kapitals erzeugt selbst bei gleichbleibender Masse des jährlich erzeugten Mehrwertes eine Verschiedenheit der jährlichen Mehrwertrate, weil das Verhältnis des produzierten Mehrwertes zum im ganzen Jahre vorgeschossenen variablen Kapital entsprechend der Umschlagsperiode oder der Zahl der Umschläge des Kapitals pro Jahr wechselt. Nehmen wir an, in zwei verschiedenen Produktionszweigen sei die organische Zusammensetzung des Kapitals bei Einleitung des Produktionsprozesses dieselbe: Nämlich 20 000 Franken variables Kapital und 100 000 Franken konstantes Kapital. Die Umschlagsperiode des flüssigen Kapitals betrage aber beim Kapital A 1 Jahr, beim Kapital B 1 Monat. Das feste konstante Kapital, soll — der Vereinfachung halber — bereits in einem Jahre vernutzt werden. Dann stellt sich die Rechnung wie folgt:

a) Kapital A. Das feste Kapital betrage 80 000 Franken. Es wird für das ganze Jahr vorgeschossen und fließt am Ende des Jahres als solches zurück. Das vorgeschossene variable Kapital und der vorgeschossene flüssige Bestandteil des konstanten Kapitals beträgt je 20 000 Franken und erzeugt am Ende je eines Monats einen Mehrwert von 20 000 Franken (Mehrwertrate also = 100 %). Am Ende des Produktionsjahres beträgt der gesamte Vorschuß 80 000 + 12×40 000 Franken = 560 000 Franken. Der Produktionswert aber ist gleich 560 000 Franken + Mehrwert, d. h. gleich 800 000 Franken. Die Jahresproduktion verkörpert demnach eine Mehrwertmasse von 240 000 Franken. Allerdings ist die angenommene Größe des vorgeschossenen festen Kapitals relativ niedrig, aber es ist auch möglich, diese 80 000 Franken festes Kapital als jährliche Abschreibung eines größeren Kapitals zu betrachten.

b) Für den Kapitalisten B berechnet sich der notwendige Kapitalvorschuß folgendermaßen:

* l. c. Seite 157.

* l. c. Seite 200.
** l. c. Seite 203.

Festes Kapital + umlaufendes Kapital =
80 000 Fr. + 40 000 Fr. = 120 000 Franken.

Da jeden Monat durch die verkauften Waren das umlaufende Kapital wieder ersetzt wird, reduziert sich der ganze Kapitalvorschuß auf 120 000 Franken. Bei jedem Umschlag des umlaufenden Kapitals sammeln sich in den Händen des Kapitalisten B 20 000 Franken Mehrwert und 80 000/12 Franken als Verschleiß des konstanten Kapitals in Geldform. Die jährlich erzeugte Mehrwertmasse beträgt 240 000 Franken, die Jahres-Mehrwertrate ist demnach 200 %, während die Jahresmehrwertrate des Kapitalisten A bloß 30 %. Kapitalist A und Kapitalist B beanspruchen den Leihkapitalmarkt in entgegengesetzter Richtung. Während Kapitalist A im Laufe des Jahres, soferne er nicht über das gesamte vorzuschießende Kapital verfügt, auf dem Geldmarkt Betriebskapital aufnehmen muß, setzt der rasche Umschlag des Kapitals B von Monat zu Monat wachsende Massen von Mehrwert als Geldkapital frei, welches Kapital B als Leihkapital dem Geldmarkt zur Verfügung stellen kann.

Durch das Zuschußkapital wird die ununterbrochene Aufeinanderfolge der Arbeitsperioden, «die beständige Funktion eines gleich großen Teils des vorgeschossenen Kapitals als produktives Kapital gesichert»*. Die Unterschiede der Umschlagsperioden verschiedener Kapitalien verändern in gewisser Hinsicht die innere, organische Zusammensetzung des Kapitals. Bei einem Kapital mit langer Produktions- und Umschlagsperiode wächst der Anteil des umlaufenden Kapitals verglichen mit dem Anteil des festen Kapitals am benötigten Kapitalvorschuß, damit wächst aber gleichzeitig das variable Kapital im Vergleich zum konstanten Kapital. Verlängerte Umschlagsperiode bedeutet relativ stärkere Inanspruchnahme von variablem Kapital; sie kann sich sogar bis zum Ausdruck verminderter Produktivkraft der Arbeit steigern, wenn das Bedürfnis nach zuschüssigem Kapital verlängerter Umlaufszeit geschuldet wird.

Verlängerter Umschlag bindet nicht nur Kapitalwert in Form von Warenkapital. Er bindet auch Kapital in Form von Geldkapital. Abstrahieren wir von der Möglichkeit, sich das zuschüssige Kapital durch Geldanleihe auf dem Geldmarkte zu beschaffen, so muß Kapitalist A das ganze Kapital im Gesamtwerte von

* l. c. Seite 237.

560 000 Franken in Form von Geldkapital vorrätig haben, will er überhaupt die Produktion beginnen. Dieses Geldkapital geht bruchstückweise in den Produktionsprozeß ein, um erst am Ende der Umschlagsperiode wieder zurückzufließen. Aber nicht nur Kapitalist A hat immer einen Teil seines Kapitals als Geldkapital vorrätig, auch Kapitalist B muß immer über einen Teil seines Kapitals in Form von Geld verfügen.

Diese periodische Freisetzung von Geldkapital wird noch auffälliger, wenn wir das Verhältnis der Umschlagszeit der einzelnen Kapitalteile zueinander betrachten. Nur dann, wenn die Arbeitsperiode gleich der Umlaufsperiode oder die Umlaufszeit länger als die Arbeitsperiode, aber ein einfaches Mehrfaches der Arbeitsperiode bildet, wird kein Teil des sukzessive vorgeschossenen Kapitals freigesetzt. Denn der Mehrwert bildet die Grundlage der Konsumation der Kapitalisten. Er wird daher im Gegensatz zu unserem bei Kapital B berechneten Beispiel in die Zirkulation zurückfließen, um die individuelle Konsumation des Unternehmers zu ermöglichen. (Von dem komplizierteren Fall der Akkumulation sehen wir vorläufig ab. Wir setzen einfache Reproduktion, ohne Ausdehnung der Produktion voraus. Das heißt, der Kapitalist verzehrt den ganzen Mehrwert.)

> «Dagegen in allen Fällen, wo 1. die Zirkulationsperiode größer als die Arbeitsperiode ohne ein einfaches Multipel derselben zu bilden, und 2. wo die Arbeitsperiode größer als die Zirkulationsperiode, wird ein Teil des flüssigen Gesamtkapitals vom zweiten Umschlag an beständig und periodisch am Schluß jeder Arbeitsperiode freigesetzt. Und zwar ist dieses freigesetzte Kapital gleich dem für die Zirkulationsperiode vorgeschossenen Teil des Gesamtkapitals, wenn die Arbeitsperiode größer als die Zirkulationsperiode; und gleich dem Kapitalteil, welcher den Ueberschuß der Zirkulationsperiode über eine Arbeitsperiode oder über ein Multipel von Arbeitsperioden auszufüllen hat, wenn die Zirkulationsperiode größer ist als die Arbeitsperiode»*.

Ein Beispiel möge diese Gesetze etwas näher erläutern. Die Umschlagsperiode sei 15 Wochen, die Umlaufszeit 5 Wochen, die Arbeitsperiode demnach 10 Wochen. Das für 5 Wochen vorgeschossene umlaufende Kapital betrage 100 000 Franken. (Wir sehen mit Marx vom festen Kapital ab).

* l. c. Seite 252.

	Arbeits-periode	Umlauf-periode	Benötigtes Kapital	Produktives Kapital	Warenlager	Geldkapital
1.— 5. Woche	I	—	50 000	50 000	—	—
5.—10. „	I	—	100 000	100 000	—	—
10.—15 „	II	I	150 000	50 000	100 000	—
15.—20. „	II	—	150 000	100 000	—	50 000
20.—25. „	III	II	150 000	50 000	100 000	—
25.—30. „	III	—	150 000	100 000	—	50 000
30.—35. „	IV	III	150 000	50 000	100 000	—
35.—40. „	IV	—	150 000	100 000	—	50 000

Freisetzung und Bindung von Geldkapital können im Laufe einer größeren Produktionsperiode wechseln. Wird für ein gegebenes Kapital die Umlaufszeit größer, so ist zusätzliches Geldkapital erforderlich. Umgekehrt: Bei Verringerung der Umlaufszeit kann ein Teil des zusätzlichen Geldkapitals aus dem Produktionsprozeß zurückgezogen werden. Fällt der Preis der Produktionsmittel oder der Rohstoffe, so ist für die nachfolgende Produktionsperiode — soll diese auf gleichbleibender Stufenleiter fortgeführt werden —weniger Kapital nötig. Steigt der Preis der Produktivgüter, so ist Zuschuß von Kapital notwendig. Entsprechendes gilt vom Fallen oder Steigen des Arbeitslohnes, soferne nicht das Fallen oder Steigen des Arbeitslohnes durch entsprechende Veränderungen der Produktivität der Arbeit kompensiert wird. Wechselt schließlich der Marktpreis des Produktes, so geht bei fallendem Marktpreis ein Teil des vorgeschossenen Kapials verloren, während bei steigendem Marktpreis umgekehrt Kapital gewonnen wird.

Der kapitalistische Produktionsprozeß ist als Produktionsprozeß Quelle von Revenue, oder E i n k o m m e n, sei es in Form von Mehrwert oder Arbeitslohn. Der jährliche Produktionsprozeß muß aber nicht nur die im Laufe des Jahres individuell konsumierten Güter, er muß auch den Verschleiß der produktiv konsumierten Produktionsmittel ersetzen, d. h. der kapitalistische Produktionsprozeß muß nicht nur Produktions-, sondern auch Reproduktionsprozeß des Kapitals sein.

§ 11. Der Reproduktionsprozess des Kapitals.

Soll die Bildung von Mehrwert ein fortlaufender Prozeß sein, so muß das vorgeschossene Kapital als Ganzes dem vorschießenden Kapitalisten wieder zurückfließen. Der einzelne Kapitalist muß den W e r t seines Kapitals wieder ersetzt erhalten. Erst der Ueberschuß über den vorgeschossenen Kapitalwert bildet für ihn R e a l i s a t i o n v o n M e h r w e r t. Vom Standpunkt der Gesellschaft aus ist dieser Reproduktionsprozeß des Wertes des Einzelkapitals gleichzeitig Fortführung der Produktion auf der bisherigen Stufenleiter.

Eine bestimmte Entwicklung der Wirtschaft vorausgesetzt, lassen sich in der Verwendung der durch die Mehrarbeit erzeugten Güter zwei ökonomisch wichtige Möglichkeiten unterscheiden. Entweder, es wird der ganze Mehrwert konsumiert oder, der Mehrwert wird wenigstens teilweise zur Erweiterung der Produktion, zur Steigerung der Produktivität, der Ertragsfähigkeit der Arbeit verwendet. Im ersteren Falle handelt es sich um e i n f a c h e R e p r o d u k t i o n d e r W i r t s c h a f t, im letzteren Falle um A k k u m u l a t i o n, r e s p. P r o d u k t i o n a u f e r w e i t e r t e r S t u f e n l e i t e r.

Befassen wir uns zunächst mit den Bedingungen des einfachen Reproduktionsprozesses. Einmal vom Standpunkte des Einzelkapitalisten, dann vom Standpunkte des Gesamtkapitalisten aus. Die theoretischen Schwierigkeiten des Reproduktionsprozesses des Kapitals entspringen vor allem aus der Diskrepanz von Gebrauchswert und Tauschwert. Es ist klar, daß vom Standpunkte des Gebrauchswertes aus gesehen, das Jahresprodukt der Gesellschaft seinen stofflichen Bestandteilen nach hinreichen muß, die individuelle Konsumation der Arbeiter und Kapitalisten zu decken und gleichzeitig die verschlissenen Produktionsmittel zu ersetzen. Vom Standpunkte des Tauschwertes aus ergibt sich aber die merkwürdige Tatsache, daß der Wert des Jahresproduktes größer ist als der Wert der diesem Produkt durch die Arbeitskraft zugesetzten Wertmasse, denn der Wert des Jahresproduktes ist gleich c + v + m, während der zugesetzte Neuwert nur gleich v + m ist.

Doch bevor wir auf diesen Punkt eingehen können, müssen wir erst die B e d i n g u n g e n d e r E r h a l t u n g d e s k a p i t a l i s t i s c h e n R e p r o d u k t i o n s p r o z e s s e s untersu-

chen, d. h. wir müssen prüfen, ob der Verwertungsprozeß des Kapitals nicht in Widerspruch gerät mit der historischen Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft, mit der Enteignung der Produzenten von den Produktionsmitteln.

In der freien kapitalistischen Wirtschaft erscheint der Staat als außerökonomische Potenz, der nur den Rahmen für den sozialen Zusammenhang der Gesellschaft zu bilden hat, keineswegs aber positiv in die Gestaltung der Wirtschaft eingreift. Mit andern Worten, die Rechtsordnung des Staates hat einzig und allein das Privateigentum zu sichern und die Innehaltung der von den Gliedern der Gesellschaft unter «freiwilliger» Zustimmung — welche freiwillige, rechtliche Zustimmung keineswegs ökonomischen Zwang ausschließt — abgeschlossenen Verträge, vor allem des sogenannten freien Arbeitsvertrages. Dies vorausgesetzt, hätten wir demnach zu untersuchen, ob nach Beendigung des kapitalistischen Verwertungsprozesses, d. h. nach Realisation des vorgeschossenen Kapitals und des produzierten Mehrwertes sich Arbeiter und Kapitalist in der gleichen Lage gegenübertreten, wie dies vor dem Produktionsprozeß der Fall war.

Daß dies in der Tat zutrifft, ist leicht einzusehen. Der Kapitalist ist gerade dadurch als Kapitalist gekennzeichnet, daß er als Eigner des vorgeschossenen Produktionskapitals auftritt, daß ihm als Käufer der Produktionsmittel, der Rohstoffe und der Arbeitskraft und als Leiter, Dirigent des Produktionsprozesses nicht nur das vorgeschossene Kapital, sondern auch das gesamte produzierte Warenprodukt als Eigentum zufällt, daß er somit dem Werte nach, wenn es ihm gelingt, den Umsatz des Warenkapitals in Geldkapital zu vollziehen, am Ende des Verwertungsprozesses sein ursprünglich vorgeschossenes Kapital mitsamt dem vergoldeten Mehrwert der Zirkulation entziehen kann. Der Kapitalwert fließt wieder in die Hände des Kapitalisten zurück; über den Mehrwert steht ihm freies Verfügungsrecht zu.

Und der Arbeiter? Der Arbeiter wird mit dem variablen Kapitalteil bezahlt. Der Wert seiner Arbeitskraft ist gleich dem Wert der notwendigen Lebensmittel für die Erhaltung und Reproduktion der Arbeitsfähigkeit des Arbeiters. Der Lohn des Arbeiters sichert diesem — freies Spiel der ökonomischen Kräfte vorausgesetzt — nur die Fristung der unmittelbaren Existenz. Der Arbeiter ist also gezwungen, seinen Lohn sofort für den Kauf von Lebensmitteln im engeren und im weiteren Sinne des

Wortes auszulegen; die in seiner Hand befindliche Lohnsumme repräsentiert nicht potentielles Kapital, sondern nur eine Anweisung auf den Kauf täglicher Bedarfsgegenstände, wie Brot, Milch, Kartoffeln, Wohnung, Kleidung, Heizung und Vergnügen. Am Ende der Umschlagsperiode ist das als Lohn in die Hände des Arbeiters geflossene variable Kapital verzehrt. Diese Tatsache wird noch dadurch verschärft, daß es gewöhnlich der Arbeiter ist, der dem Kapitalisten seine Arbeitskraft vorschießt, denn der Arbeiter wird immer erst nach Ablauf einer bestimmten Arbeitsperiode, z. B. nach 14 Tagen oder nach 4 Wochen unter ev. Abzug von Bußen bezahlt.

Am Ende der Umschlagsperiode verfügt der Kapitalist wieder über sein gesamtes vorgeschossenes Kapital, der Arbeiter hat seinen Lohn zur Fristung seiner Existenz ausgegeben. Das Kapitalverhältnis hat sich reproduziert.

> «Einerseits verwandelt der Produktionsprozeß fortwährend den stofflichen Reichtum in Kapital, in Verwertungs- und Genußmittel für den Kapitalisten. Andererseits kommt der Arbeiter beständig aus dem Prozeß heraus, wie er in ihn eintrat — persönliche Quelle des Reichtums, aber entblößt von allen Mitteln, diesen Reichtum für sich zu verwirklichen»*.

> «Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als ... abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter. Diese beständige Reproduktion oder Verewigung des Arbeiters ist das sine qua non der kapitalistischen Produktion»**.

Behaupten wollen, wie es von Seite der Verherrlicher der kapitalistischen Wirtschaftsordnung geschieht, es sei auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft möglich, daß der Arbeiter — als Klasse — sich allmählich einen immer größeren Anteil am gesellschaftlichen Reichtum erringe, daß der Arbeiter durch Ausbreitung des Aktien- und Obligationenwesens zum kleinen Kapitalisten aufsteigen könne, heißt die unmittelbaren bestimmenden, wesenhaften Grundlagen des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses blindlings verkennen.

---

* «Kapital», I. Bd., Seite 533.

** l. c. Seite 534.

«Der kapitalistische Produktionsprozeß zwingt beständig den Arbeiter zum Verkauf seiner Arbeitskraft, um zu leben und befähigt beständig den Kapitalisten zu ihrem Kauf, um sich zu bereichern ... Der kapitalistische Produktionsprozeß im Zusammenhang betrachtet, oder als Reproduktionsprozeß, produziert also nicht nur Ware, nicht nur Mehrwert, er produziert und reproduziert das Kapitalverhältnis selbst, auf der einen Seite den Kapitalisten, auf der andern Seite den Lohnarbeiter»*.

Dies bedeutet aber nichts anderes, als daß auf rein ökonomischem Wege der Entwicklung des Kapitalismus keine Schranken gesetzt sind, daß auf Grundlage der einfachen Reproduktion die kapitalistische Produktionsweise unbeschränkt andauern kann, soferne nicht durch außerökonomische Eingriffe die Grundlagen des kapitalistischen Produktionsprozesses verändert werden. Die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird damit positiv als eine Frage der politischen Willensbildung, als ein Problem der Gestaltung des rechtlichen und staatlichen Lebens der Gesellschaft gekennzeichnet.

Auch vom Standpunkte des Gesamtkapitalisten aus setzt der einfache Reproduktionsprozeß der Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung keine Schranken. Das Problem der einfachen Reproduktion des kapitalistischen Produktionsprozesses ist ein Problem der ökonomischen Statik. Es gilt, die Gleichgewichtsbedingungen der Wirtschaft aufzufinden.

Das Gesamtprodukt einer jährlichen Produktionsperiode muß hinreichen, die Bedürfnisse der Gesellschaft zu befriedigen. Die Waren müssen in die zwei großen Untergruppen der Waren für die persönliche Konsumation (Lebensmittel, Häuser, Kleider, Heizstoffe u. s. f.) und der Waren für die produktive Konsumation (Rohstoffe, Maschinen, Fabrikgebäude etc.) aufgeteilt werden. Wir können daher die verschiedenen Produktionszweige auf zwei verschiedene Gruppen: Die Gruppe I der Produktivgüterindustrien und die Gruppe II der Konsumgüterindustrien verteilen. Das Gesamtkapital ist also gleich

$$K_1 + K_2 = K$$

Wir unterstellen völlig entwickelte kapitalistische Produktionsweise**. Dies bedeutet Existenz bloß zweier Klassen: 1. Der Kapitalistenklasse (wobei wir unter Kapitalistenklasse alle jene

* l. c. Seite 541.

** «Kapitalistische Produktion existiert überhaupt nicht ohne auswärtigen Handel. Wird aber normale jährliche Reproduktion auf einer gegebenen

Schichten der Gesellschaft einbegreifen wollen, welche sich in dieser oder jener Form Mehrwert aneignen, also Grundeigentümer, Bankier, Rentner, Unternehmer und Kaufleute). 2. Der Arbeiterklasse.

Der Konsum der Arbeiterklasse ist Befriedigung notwendiger Lebensbedürfnisse, der Konsum der Kapitalistenklasse (einfache Reproduktion vorausgesetzt) Befriedigung notwendiger Lebens- und nicht notwendiger Luxusbedürfnisse. Die Gruppe II, die Gruppe der Konsumationsmittelindustrie müßte demnach in zwei weitere Untergruppen geteilt werden, in die eigentliche Lebensmittelindustrie (II a) und in die Luxusindustrie (II b). Doch wollen wir von dieser Unterteilung absehen.

Das Jahresprodukt der Gesellschaft sei dem Werte nach

$$c + v + m = w$$

(c bedeutet den Anteil des konstanten Kapitals, v den Wert des variablen Kapitals, m den Mehrwert); resp. auf die beiden Industriegruppen aufgeteilt:

1. $c_1 + v_1 + m_1 = c$ (Wert der Produkte der Produktivgüterindustrie)
2. $c_2 + v_2 + m_2 = k$ (Wert der Produkte der Konsumgüterindustrie *)

wobei $c + k = w$ resp. $c_1 + c_2 = c$

$$v_1 + v_2 = v$$

$$m_1 + m_2 = m \text{ und } k = v + m.$$

Stufenleiter unterstellt, so ist damit auch unterstellt, daß der auswärtige Handel nur durch Artikel von anderer Gebrauchs- oder Naturalform einheimische Artikel ersetzt, ohne die Wertverhältnisse zu affizieren» («Kapital» II., S. 446).

* Obige Gleichungen lassen sich ohne weiteres erweitern für den Fall, daß die Konsumgüterindustrie zerlegt gedacht wird in Lebensmittelindustrie und Luxusgüterindustrie:

$$\begin{aligned} &1.\ c_1 + v_1 + m_1 = c \\ &2.\ c_2 + v_2 + m_2 = v \\ &3.\ c_3 + v_3 + m_3 = m \\ \text{wobei gilt}\quad &a)\ c_1 + c_2 + c_3 = c \\ &\quad v_1 + v_3 + v_3 = v \\ &\quad m_1 + m_2 + m_3 = m \\ &b)\ c_2 + c_3 = v_1 + m_1 \\ &\quad v_3 + c_3 = m_1 + m_2 \quad \text{etc.} \end{aligned}$$

Eine genaue Prüfung dieses Gleichungssystems zeigt, daß die Gleichungen b. (resp. Gleichung 5 des Textes) die mathematische Formulierung des Tauschwertgesetzes bedeuten. Es ist evident, daß derartige Gleichungssysteme sich ohne begriffliche Schwierigkeiten erweitern lassen, soferne ergänzende Annahmen über die Art der produktiven Arbeit getroffen werden.

Es ist klar, daß c immer $< K$, resp. $c_1 < K_1$, $c_2 < K_2$ sein muß, da das der Produktion vorgeschossene konstante Kapital während eines Jahres nur seinem Verschleiß entsprechend auf das Produkt übertragen wird. $c_1 + c_2 = c$ bedeutet daher den Verschleiß des konstanten Kapitals, der durch die jährliche Arbeit gedeckt werden muß, soll die Produktion auf gleichbleibender Stufenleiter, d. h. mit gleichem vorgeschossenem Kapital im nächsten Jahr fortgeführt werden.

Es ergeben sich sofort (auf Grund des Wertgesetzes) als Gleichgewichtsbedingungen der Produktion die Gleichungen:

$$3.\quad c_1 + c_2 = c$$
$$4.\quad v_1 + v_2 + m_1 + m_2 = k$$
$$\text{resp.}\quad v_1 + v_2 = k_a$$
$$m_1 + m_2 = k_b + k_c, \text{ (wenn } k_a + k_b + k_c = k)$$
$$\text{oder 3a.}\quad c_1 + c_2 = c_1 + v_1 + m_1$$
$$4a.\quad v_1 + v_2 + m_1 + m_2 = c_2 + v_2 + m_2.$$

Eine leichte algebraische Umformung ergibt aus den beiden letzten Gleichungen die identische Gleichgewichtsbedingung:

$$5.\quad c_2 = v_1 + m_1$$

In Worten: Das gesellschaftliche Gesamtkapital muß derart auf die beiden Produktionsgruppen verteilt sein, daß der Verschleiß des konstanten Wertteils der Konsumgüterindustrie gleich ist dem Neuwert, der in der Produktivgüterindustrie den produzierten Produktivgütern zugesetzt wird. Gleichungen 3. und 4., resp. 3a. und 4a. besagen in algebraischer Form nichts anderes als die selbstverständliche Forderung, daß der Wert der in der Konsumgüterindustrie produzierten Güter gleich sein soll dem Werte des durch die lebendige Arbeitskraft dem Jahresprodukt zugefügten Neuwertes. Die Konsumgüterindustrie muß soviel Güter produzieren, daß die persönliche Konsumation sowohl der Arbeiter wie der Kapitalisten gedeckt werden kann. Die Produktivgüterindustrie hat die verschlissenen Arbeitsmittel, die verbrauchten Rohstoffe und die Hilfsstoffe zu ersetzen.

Zu den obigen Hauptbedingungen treten einige Nebenbedingungen. Einmal wird in Gruppe I im allgemeinen die organische Zusammensetzung des Kapitals größer sein als in Gruppe II, der Anteil des konstanten Kapitals am Produktionswert demnach in Gruppe I höher sein als in Gruppe II, also $c_1/v_1 > c_2/v_2$. Ebenso ist im großen ganzen die Mehrwertrate als konstant anzunehmen, daher ist zu setzen

$$\frac{v}{m} = \frac{v_1}{m_1} = \frac{v_2}{m_2} = r.$$

Es ist leicht ersichtlich, daß diesen Bedingungen immer Genüge geleistet werden kann, haben wir doch ein Gleichungssystem, welches weniger Gleichungen als Variable und deshalb überschüssige Veränderliche besitzt. Auch dann, wenn wir die Untersuchung noch weiter spezialisieren durch Aufteilung der Gruppen und Untergruppen in Produktionszweige, lassen sich immer Zahlenwerte finden, die den entsprechenden Gleichungen genügen.

Daß diese statischen Gleichgewichtsbedingungen leicht erfüllbar sein müssen, ergibt sich schon daraus, daß es sich eigentlich um Gleichgewichtsbedingungen handelt, die für jede Produktionsweise gelten müssen. In unserem Falle sind sie nur in kapitalistische Ausdrucksweise, resp. kapitalistische Wertform transponiert. Zu spezifischen Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise werden diese Gleichungen erst, wenn wir den Umtausch der Waren der Produktionsgruppen I und II durch Vermittlung der Geldform betrachten, wenn wir also annehmen, daß alle Waren den Formwechsel $W \rightarrow G \rightarrow W$ durchmachen müssen, sollen sie der Konsumation anheim fallen können.

Wir betrachten zu diesem Zwecke unsere Gleichungen in Form eines Zahlenbeispiels. Das Jahresprodukt sei 1 000 000 000 Franken (die absolute Größe der Zahlen spielt keine Rolle, da es doch nur auf die Zahlenverhältnisse ankommt). Also z. B. c = 500 000 000 Franken, v + m = 500 000 000 Franken. Die Mehrwertrate sei 100 %, demnach v = 250 000 000 Franken, m =

Möchte man z. B. berücksichtigen, daß auch Reparaturen produktive Arbeit verkörpern, so hat man nur zu schreiben:

$$1.\quad c_1 + r_1 + v_1 + m_1 = X$$
$$2.\quad c_2 + r_2 + v_2 + m_2 = Y$$
$$3.\quad c_3 + r_3 + v_3 + m_3 = V$$
$$4.\quad c_4 + r_4 + v_4 + m_4 = W$$
$$\text{resp. a)}\quad v_1 + v_2 + v_3 + v_4 = V$$
$$\text{b)}\quad m_1 + m_2 + m_3 + m_4 = M \quad \text{etc.}$$

wodurch eine etwas abgeänderte Form des Wertgesetzes postuliert wird. Es wäre sicherlich interessant und lohnend, den statischen Gleichgewichtsbedingungen der Produktion auch einmal vom rein mathematischen Standpunkt aus unter Berücksichtigung der Diskrepanz von Gebrauchs- und Tauschwert nachzugehen. Sollen Systeme von rein linearen Gleichungen einen Vorgang eindeutig bestimmen, so müssen soviel Gleichungen aufgestellt werden, als Unbekannte auftreten.

250 000 000 Franken. In Gruppe I betrage der Wert der produzierten Produktivgüter 300 000 000 Franken c_1 + 100 000 000 v_1 + 100 000 000 m_1 = 500 000 000 Franken. In Gruppe II der Wert der produzierten Konsumgüter 200 000 000 c_2 + 150 000 000 v_2 + 150 000 000 m_2 = 500 000 000 Franken.

Wir nehmen zunächst an, die Kapitalistenklasse schieße zu Beginn der Umschlagsperiode v/12 als Geldkapital vor. Zur weiteren Vereinfachung nehmen wir an, der Austausch der Waren konzentriere sich auf gewisse Termine, die Umschlagsperiode sei für die einzelnen Kapitalteile gegeben (für das konstante Kapital 1 Jahr, für das variable Kapital 1 Monat). Schließlich soll sich die Kapitalistenklasse im Besitze des konstanten Kapitals und genügender Geldreserven befinden. Dann können wir folgende Transaktionen voraussehen:

Die Kapitalisten der Gruppe I tauschen unter sich gegenseitig Produktivgüter aus im Werte des verschlissenen konstanten Kapitals c_1 = 300 Mill. Franken. Die Arbeiter der Gruppe I kaufen von den Kapitalisten der Gruppe II Lebensmittel im Werte von 100 Mill. Franken, wodurch die Kapitalisten der Gruppe II befähigt werden, von Gruppe I für 100 Mill. Franken Produktionsmittel und Rohstoffe zu kaufen zum Ersatz der Hälfte ihres verschlissenen und verbrauchten konstanten Kapitals. Diese 100 Mill. Franken fließen der Kapitalistengruppe II in kleineren wöchentlichen und monatlichen Zahlungen zu und werden von ihnen in größeren oder kleineren Beträgen zum Kauf von Produktionsmitteln und Rohstoffen ausgelegt. Damit strömt den Kapitalisten der Gruppe I das variable Kapital von 100 Mill. Franken in Geldform wieder zu. Die Arbeiter der Gruppe II kaufen ihre Lebensmittel direkt bei den Kapitalisten der Gruppe II, wodurch sich in deren Hand das variable Kapital wieder in Geldform ansammelt. Wenn der Vorschuß an variablem Kapital jeweilen ca. v/12 beträgt, so fließen diese v/12 = 12,5 Mill. Franken für Gruppe I, resp. 18,75 Mill. Franken für Gruppe II jeden Monat zu den entsprechenden Kapitalistengruppen zurück, sodaß der ökonomische Stoffwechsel der Arbeiterklasse gesichert ist.

Wie muß nun der Mehrwert in Umlauf gebracht werden? Allem Anscheine nach in ganz entsprechender Weise wie das variable Kapital. Die Kapitalistengruppe I muß sich z. B. für einen Monat eine bestimmte Geldsumme vorschießen, um von Gruppe II Lebensmittel kaufen zu können, worauf Gruppe II mit dem erhaltenen Gelde der Gruppe I den in Warenform produzierten Mehrwert durch Kauf von Maschinen etc. realisiert. Aber auch die Kapitalisten der Gruppe II müssen sich selbst den Mehrwert in Geldform vorschießen, damit der entsprechende Austausch des Mehrproduktes in Gruppe II ermöglicht wird, da nur wenige der gewünschten Güter durch die Kapitalisten der Gruppe II in Naturalform angeeignet werden können. Der Bäcker wird sein Brot direkt verzehren, muß aber sein Fleisch vom Metzger, seine Spezereien vom Spezereihändler, die Milch von der Milch- und Käsehandlung beziehen.

Es wiederholt sich hier im großen, was wir schon bei der Betrachtung des Umschlages des Kapitals beobachten konnten: Je länger die Umschlagsperiode des Kapitals, umso größer muß der Vorschuß sein, den der Kapitalist sich selbst auf den zu produzierenden Mehrwert gibt. Der Einzelkapitalist muß nicht nur über ein den üblichen Produktionsbedingungen eines Produktionszweiges entsprechendes Minimum von Kapital verfügen, er muß auch noch so viel Geldkapital besitzen, um seinen Unterhalt bis zu jenem Zeitpunkte bestreiten zu können, da ihm der Umschlag seines Kapitals den produzierten Mehrwert in Geldform realisiert. Je kürzer die Umschlagsperiode, umso geringer dieser Vorschuß auf den Mehrwert, je länger die Umschlagsperiode, umso größer der Vorschuß auf den Mehrwert*.

Wir sehen: Zwar reproduziert das Kapital seine eigenen Existenzbedingungen stets von neuem, aber da die Produktion des Kapitalverhältnisses ein spezifisch historisches Verhältnis ist, kann die Ausbreitung des Kapitalismus aus den Reproduktionsbedingungen des Kapitals allein nicht begriffen werden. Die Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise ist nur durch

* «Das in der Form von Geldkapital vorgeschossene zirkulierende Kapital von 500, welches immer seine Umschlagsperiode, sei das zirkulierende Gesamtkapital der Gesellschaft, d. h. der Kapitalistenklasse. Der Mehrwert sei 100. Wie kann nun die ganze Kapitalistenklasse beständig 600 aus der Zirkulation herausziehen, wenn sie beständig nur 500 hineinwirft? . . In der Tat, so paradox es auf den ersten Blick erscheint, die Kapitalistenklasse selbst wirft das Geld in Zirkulation, das zur Realisierung des in den Waren steckenden Mehrwertes dient . . . sie wirft es hinein, nicht als vorgeschossenes Geld, also nicht als Kapital. Sie verausgabt es als Kaufmittel für ihre individuelle Konsumation . . . es gehört zum Charakter des Kapitalisten, daß er fähig ist, bis zum Rückfluß des Mehrwertes von den in seinem Besitz befindlichen Mitteln zu leben» («Kapital» II, S. 304, 308/09).

Umwandlung eines Teiles des Mehrwertes in zusätzliches Kapital möglich. Zu den statischen Existenzbedingungen des Kapitals in Form des einfachen Reproduktionsprozesses treten die dynamischen Bedingungen in Form des Akkumulationsprozesses.

§ 12. Der kapitalistische Akkumulationsprozeß.

«Anwendung von Mehrwert als Kapital oder Rückwandlung von Mehrwert in Kapital heißt Akkumulation des Kapitals»*.

Wir betrachten die Akkumulation zunächst vom Standpunkte des Individualkapitals. Durch die Verwandlung in Geld nimmt der Mehrwert dieselbe Form an wie der ursprünglich vorgeschossene Kapitalwert. Die eine wie die andere Geldsumme

«legt der Kapitalist an im Ankauf der Waren, die ihn in Stand setzen, die Verfertigung seines Artikels von Neuem zu beginnen und zwar diesmal auf erweiterter Stufenleiter. Um aber diese Waren zu kaufen, muß er sie auf dem Markte vorfinden: Die Vorgänge auf dem Markte bewerkstelligen nur den Umsatz der einzelnen Bestandteile der Jahresproduktion, schicken sie von einer Hand in die andere, aber sie können weder die Gesamt-Jahresproduktion vergrößern, noch die Natur der produzierten Gegenstände ändern. Welcher Gebrauch also von dem jährlichen Gesamtprodukt gemacht werden kann, das hängt von seiner eigenen Zusammensetzung ab, keineswegs aber von der Zirkulation»**.

Das Gesamtjahresprodukt muß dem Verhältnis von c : v : m entsprechend zerfallen in Produktivgüter, Lebensmittel für Arbeiter und Kapitalisten. Soll akkumuliert werden, so muß ein Teil des Mehrwertes in zuschüssigen Produktivgütern und Lebensmitteln für zusätzliche Arbeiter angelegt werden können.

«Der Mehrwert ist nur deshalb in Kapital verwandelbar, weil das Mehrprodukt, dessen Wert er ist, bereits die sachlichen Bestandteile eines neuen Kapitals enthält»***.

Um den Akkumulationsprozeß des Kapitals rein studieren zu können, müssen wir voll entwickelte kapitalistische Produktion voraussetzen, d. h. es muß angenommen werden, die kapitalistische Produktion habe sich überall festgesetzt und habe sich schon aller Produktionszweige bemächtigt. Dann können wir vom Aus-

* l. c. Seite 542.
** l. c. Seite 543.
*** l. c. Seite 544.

senhandel, vermittels dessen eine Nation Luxusartikel in Produktions- oder Lebensmittel umsetzen könnte, abstrahieren. Wir lassen die Frage vorläufig unberücksichtigt, woher das ursprüngliche, der kapitalistischen Produktion einverleibte Kapital stammt. Klar ist, daß bei bereits entwickelter kapitalistischer Produktionsweise das akkumulierte Kapital einzig aus dem Mehrwert gebildet werden kann.

Da dem Kapitalisten nicht nur m, sondern das ganze Jahresprodukt (c + v + m) als Eigentum zugehört, betrachtet der Kapitalist die Akkumulierung von Kapital als «Abstinenz». In der Tat stehen der kapitalistischen Wirschaft keine rechtlichen, wohl aber — wie wir später sehen werden — ökonomische Mittel zur Verfügung, um den Kapitalisten zur Akkumulation zu zwingen. Rechtlich kann der Kapitalist das Mehrprodukt, ja selbst das ganze der Produktion einverleibte Kapital verzehren, ohne daß die Gesellschaft diese Vergeudung der sozialen Produktivkräfte hindern könnte. In dieser Tatsache, daß die Verfügung über den gesellschaftlichen Reichtum durch das Institut des Privateigentums der individuellen Willkür Einzelner überantwortet wird, offenbart sich vielleicht der tiefste und klaffendste Widerspruch der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

«So sehr die kapitalistische Aneignungsweise ... den ursprünglichen Gesetzen der Warenproduktion ins Gesicht zu schlagen scheint, so entspringt sie doch keineswegs aus der Verletzung, sondern im Gegenteil aus der Anwendung dieser Gesetze.

.... Daß diese besondere Ware Arbeitskraft den eigentümlichen Gebrauchswert hat, Arbeit zu liefern, also Wert zu schaffen, das kann das allgemeine Gesetz der Warenproduktion nicht berühren. Wenn also die in Arbeitslohn vorgeschossene Wertsumme sich im Produkt nicht bloß einfach wieder vorfindet, sondern um einen Mehrwert vermehrt vorfindet, so rührt dies nicht her aus einer Uebervorteilung des Verkäufers, der ja den Wert seiner Ware erhalten, sondern nur aus dem Verbrauch dieser Ware durch den Käufer.

Das Gesetz des Austausches bedingt Gleichheit nur für die Tauschwerte der gegen einander weggegebenen Waren. Es bedingt sogar von vorneherein Verschiedenheit ihrer Gebrauchswerte, und hat absolut nichts zu schaffen mit ihrem Verbrauch, der erst nach geschlossenem und vollzogenem Handel beginnt.

Die ursprüngliche Verwandlung des Geldes in Kapital vollzieht sich also im genauesten Einklang mit den ökonomischen Gesetzen der Warenproduktion und mit dem daraus sich ab-

leitenden Eigentumsrecht. Trotzdem aber hat sie zum Ergebnis: 1. daß das Produkt dem Kapitalisten gehört und nicht dem Arbeiter; 2. daß der Wert dieses Produktes, außer dem Wert des vorgeschossenen Kapitals, einen Mehrwert einschließt, der dem Arbeiter Arbeit, dem Kapitalisten aber nichts gekostet hat und der dennoch das rechtmäßige Eigentum des Kapitalisten wird; 3. daß der Arbeiter seine Arbeitskraft forterhalten hat und sie aufs neue verkaufen kann, wenn er einen Käufer findet.

Die einfache Reproduktion ist nur die periodische Wiederholung dieser ersten Operation ... Es verschlägt auch nichts, wenn die einfache Reproduktion ersetzt wird durch die Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter, durch die Akkumulation. Bei jener vermöbelt der Kapitalist den gesamten Mehrwert, bei dieser beweist er seine Bürgertugend durch Verzehrung nur eines Teils und Verwandlung des Restes in Geld.

Der Mehrwert ist sein Eigentum. Er hat nie einem Andern gehört ... Allerdings sieht die Sache ganz anders aus, wenn wir die kapitalistische Produktion im ununterbrochenen Fluß ihrer Erneuerung betrachten, und statt des einzelnen Kapitalisten und des einzelnen Arbeiters, die Gesamtheit, die Kapitalistenklasse und ihr gegenüber die Arbeiterklasse ins Auge fassen ... Damit aber würden wir einen Maßstab anlegen, der der Warenproduktion total fremd ist.

So lange bei jedem Austauschakt — einzeln genommen — die Gesetze des Austausches eingehalten werden, kann die Aneignungsweise eine totale Umwälzung erfahren, ohne das, der Warenproduktion gemäße, Eigentumsrecht irgendwie zu berühren. Dieses selbe Recht steht in Kraft, wie am Anfang, wo das Produkt dem Produzenten gehört und wo dieser, Aequivalent gegen Aequivalent austauschend, sich nur durch eigene Arbeit bereichern kann, so auch in der kapitalistischen Periode, wo der gesellschaftliche Reichtum in stets steigendem Maße das Eigentum derer wird, die in der Lage sind, sich stets aufs Neue die unbezahlte Arbeit Anderer anzueignen.

Dieses Resultat wird unvermeidlich, sobald die Arbeitskraft durch den Arbeiter selbst als Ware frei verkauft wird. Aber auch erst von da an verallgemeinert sich die Warenproduktion und wird sie typische Produktionsform; erst von da an wird jedes Produkt von vorneherein für den Verkauf produziert, und geht aller produzierte Reichtum durch die Zirkulation hindurch. Erst da, wo die Lohnarbeit ihre Basis, zwingt die Warenproduktion sich der gesamten Gesellschaft auf; aber auch da erst entfaltet sie alle ihre verborgenen Potenzen ... Im selben Maß, wie sie nach ihren eigenen immanenten Gesetzen sich zur kapitalistischen Produktion fortbildet, in demselben Maß schlagen die Eigentumsgesetze der Warenproduktion um in Gesetze der kapitalistischen Aneignung.

Im Strom der Produktion wird überhaupt alles ursprünglich vorgeschossene Kapital eine verschwindende Größe, verglichen mit dem direkt akkumulierten Kapital, d. h. den in Kapital rückverwandelten Mehrwert oder Mehrprodukt ... Die politische Oekonomie stellt das Kapital daher überhaupt dar als «akkumulierten Reichtum», der von neuem zur Produktion von Mehrwert verwandelt wird»*.

Die Akkumulation ist abhängig von der Rate des Mehrwertes. Je größer der Mehrwert, umso leichter wird ein Teil desselben in Kapital verwandelt. Je größer die Akkumulation, umso kleiner die Konsumation des Kapitalisten. Historisch hat nicht nur die Akkumulation von Mehrwert eine Rolle gespielt. Oft wurde auch ein Teil des Arbeitslohnes in Kapital verwandelt, indem die Arbeitskraft unter ihrem Werte bezahlt wurde.

Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation ist der Uebergang des Kapitals von niederer organischer Zusammensetzung zu höherer organischer Zusammensetzung. Denn jene Kapitalisten, welche durch Anwendung verbesserter Maschinerie — was im allgemeinen verbunden ist mit relativem Wachstum des konstanten Kapitals gegenüber dem variablen Kapital — die Produktivität der Arbeit in ihren Betrieben steigern, erzielen Extraprofite. Zwar gleicht die Konkurrenz nach kurzer Zeit die Extraprofite wieder zum allgemeinen Durchschnittsprofit aus. Aber gerade dadurch wird das Interesse des Kapitalisten wachgehalten, sich durch ständige Verbesserung der Maschinerie Extraprofite zu sichern. Die Verbesserung der Maschinerie erfordert zusätzliches Kapital. So werden andauernd Arbeiter freigesetzt, wird die industrielle Reservearmee aufgefüllt, der Arbeitsmarkt unter stetem Druck erhalten. Wo eine neue Arbeitsstelle zu vergeben, bieten sich 10 arbeitswillige Hände an. Der Konkurrenzkampf der Arbeiter drückt den Arbeitslohn immer wieder auf das Existenzminimum herunter, dessen absolute Höhe zwar — zum Teil dank des Klassenkampfes der Arbeiterschaft — wechseln kann, dennoch aber — innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung — immer den Bedingungen des kapitalistischen Verwertungsprozesses unterworfen bleiben muß.

Demnach setzt der Akkumulationsprozeß des Kapitals erstens eine derartige Verteilung des Kapitals unter die verschiedenen Produktionszweige voraus, daß das neuanzulegende Kapital die zusätzlichen Produktionsmittel und Lebensmittel auf dem

* l. c Seite 547 ff.

Markte bereits vorfindet, zweitens muß der Markt fähig sein, die vergrößerte Produktion aufzunehmen. Auf kapitalistischer Basis bedeutet Mehrprodukt stets auch vermehrten Mehrwert. Dieser Mehrwert muß den Gesetzen der Warenproduktion entsprechend ohne Verletzung des Wertgesetzes in Form von Geldkapital realisierbar sein. Der Reihe der vergrößerten Gütermenge entspricht die Reihe der jedes Jahr vergrößerten Wertmengen:

$$W_1 < W_2 < W_3 < W_4 * \ldots .$$

Da nach dem Wertgesetz** nur gleiche Werte getauscht werden können, ist es offenbar unmöglich, daß beim Tausch diese Ungleichungen ohne Verletzung des Wertgesetzes bestehen können, weil der Gesamtkapitalist nur sich selbst als Käufer und Verkäufer betrachten kann.

Das Verdienst auf diese grundlegende Schwierigkeit der Theorie des kapitalistischen Akkumulationsprozesses von Neuem aufmerksam gemacht zu haben, gebührt (neben Marx selbst) Rosa Luxemburg. In ihrem großen zweibändigen Werke: «Der Akkumulationsprozeß des Kapitals», hat sie mit unleugbarem Geschick den Nachweis geleistet, daß Marx im 2. Bande des Kapitals wohl zu verschiedenen Malen das Problem der Umwandlung des akkumulierten Mehrwertes in Geldkapital aufgerollt hat, ohne aber dieses Problem eindeutig zu klären***. Wenn nun Rosa Luxemburg ihre an und für sich nicht unrichtige Teillösung in den Dienst einer bestimmten ideologischen Einstellung zu pressen versuchte, so tut das der Größe ihrer Geistestat keinen Abbruch, wohl aber hat diese Tatsache dazu beigetragen, daß mit der Ablehnung ihrer Revolutions- und Katastrophentheorie auch der wertvolle Kern ihrer wirtschaftlichen Untersuchungen verworfen wurde****.

* Es versteht sich von selbst, daß die Schwierigkeit des Tausches der vergrößerten Wertmenge wegfällt, wenn ein der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes entsprechender Teil der Differenz W_3 minus W_1 in zusätzlicher Geldware verkörpert ist.

** Wir setzen damit — in methodologisch durchaus zulässiger Weise — voraus, daß das Wertgesetz zumindest für die Summe aller Tauschakte Gültigkeit besitzt, mit a. W., daß der Mechanismus des Marktverkehrs den Wert des sozialen Jahresproduktes auf Arbeitswerteinheiten reduziert.

*** Siehe «Kapital», 2. Bd., Seite 318 ff., S. 428 ff., S. 466 ff.

**** Otto Bauer: «Neue Zeit», 31. 1913, S. 831/862. K. Kautsky: «Die materialistische Geschichtsauffassung», II. S. 546 ff. N. Bucharin: «Der Imperialismus und die Akkumulation des Kapitals» («Unter dem Banner des Marxismus», I. S. 21). Bucharin anerkennt die Leistung von Rosa Luxemburg trotz seinem ablehnenden Standpunkt: «Sie [die Arbeit von R. L.] stellt einen kühnen theoretischen Versuch dar, war die Tat eines glänzenden theoretischen Kopfes». Wir glauben, es ist Pflicht der marxistischen Theoretiker, nicht nur das Negative, sondern auch das Positive der Arbeit von R. L. hervorzuheben. Sie hat als Erste das Problem des Akkumulationsprozesses und des Imperialismus mit größter theoretischer Schärfe gestellt.

Das Zentralproblem des kapitalistischen Akkumulationsprozesses läßt sich — in Anlehnung an Rosa Luxemburg — wie folgt formulieren: Wie kann der Gesamtkapitalist, der zu Beginn der Produktionsperiode nur den Tauschwert W_1 in die Zirkulation werfen kann, am Ende der jährlichen Produktionsperiode der Zirkulation den Tauschwert W_2 (wobei W_2 größer als W_1) entziehen, wenn er sein Produkt verkaufen, d. h. in Geldkapital verwandeln muß? Die Notwendigkeit der Umwandlung in Geldkapital ist nur ein anderer Ausdruck für die Forderung nach der Gültigkeit des Wertgesetzes. Dieses verlangt für den Tausch Gleichheit der auszutauschenden Werte.

In einer nicht kapitalistischen Gesellschaft beinhaltet diese Forderung keine Schwierigkeit. Denn in einer nicht kapitalistischen Wirtschaftsordnung handelt es sich bloß um die soziale Verteilung des Jahresproduktes der gesellschaftlichen Gesamtarbeit auf die einzelnen Glieder der Gesellschaft. Ist das Produkt der jährlichen Gesamtarbeit größer, so fällt auf das einzelne Individuum ein vergrößerter Anteil am Gesamtprodukt. Tausch- und Gebrauchswert klaffen in vor- oder nachkapitalistischer Gesellschaft nicht in gegensätzlicher Form auseinander. Je größer das Jahresprodukt, umso größer der Reichtum der Gesellschaft. Nicht so in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Da bedeutet Ueberproduktion Gefährdung der Realisierung und Aneignung des Mehrwertes durch die kapitalistische Klasse, daher Krise.

Der Fall des Ueberganges von der einfachen Reproduktion zur Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter ist scheinbar recht einfach zu deuten. Es gelten, indem wir auf die Begriffe und Entwicklung des vorangehenden Paragraphen zurückgreifen, die Gleichungen:

Im ersten Jahr

$$\text{I. } c_1 + v_1 + m_1 = p$$
$$\text{II. } c_2 + v_2 + m_2 = k$$

Im zweiten Jahr

$$\text{I. } c_1' + v_1' + m_1' = p'$$
$$\text{II. } c_2' + v_2' + m_2' = k'$$

(wobei die gestrichenen Größen größer als die ungestrichenen Größen sind).

Im Falle der einfachen Reproduktion löst sich die Schwierigkeit der Realisierung des Mehrwertes in Geldform dadurch, daß die Kapitalistenklasse sich je nach der Größe der Umschlagsperiode des Mehrwertes eine bestimmte Summe Geldkapital selbst vorschießen muß. Wenn nun ein Teil dieses Vorschusses statt für Zwecke der individuellen Konsumation zu Zwecken produktiver Konsumation verausgabt, d. h. ein Teil des Mehrwertes in Kapital verwandelt werden soll, so kann dies — vorausgesetzt, daß der Markt die entsprechenden stofflichen Elemente für die erweiterte Reproduktion bereits enthält — ohne weiteres geschehen. Denn es wird dabei einfach Geld, welches als zuschüssiges Kaufmittel den Mehrwert zirkulierte, in produktives Kapital verwandelt.

Ist die Akkumulation des Kapitals gelungen, d. h. hat sich der Mehrwert im 2. Jahre gegenüber dem 1. Produktionsjahre vergrößert, so erhebt sich sofort die Frage, wo finden sich die Käufer für das Mehrprodukt? Für das 1. Jahr als dem Jahre des Ueberganges von einfacher zur erweiterter Reproduktion kann diese Frage noch nicht gestellt werden. Der Gesamtkapitalist spart an seiner individuellen Konsumation. Der Mehrwert wird produktiv, statt individuell konsumiert.

So ließe sich — scheinbar — der Uebergang von einfacher zur erweiterter Reproduktion vom Boden der einfachen Reproduktion aus erklären. Aber bloß scheinbar. Denn die Akkumulation des Mehrwertes setzt bereits voraus, daß an Stelle von Luxusartikeln für die Kapitalisten zusätzliche Produktivgüter und Lebensmittel für die zuschüssigen Arbeiter produziert worden sind. Dies wäre nur möglich durch vorherigen Abfluß des Kapitals aus der Luxusindustrie in die Lebensmittel- und Produktivgüterindustrie dank entsprechendem Wechsel der Marktpreise.

Es gibt daher keine Möglichkeit, der Frage auszuweichen: Wie läßt sich der Mehrwert vergrößern ohne Aufhebung des Wertgesetzes? Wo findet der Gesamtkapitalist die Käufer für sein zusätzliches Mehrprodukt? Genügt die Annahme von Otto

Bauer, daß diese Käufer in der natürlichen Bevölkerungsvermehrung zu finden sind? Es ist aber leicht einzusehen, daß diese Auffassung nicht richtig sein kann. Rein kapitalistische Wirtschaft vorausgesetzt, existiert ja nur eine einzige Klasse, welche kaufen kann, nämlich der Gesamtkapitalist. Zusätzliche Arbeiter als Elemente der natürlichen Bevölkerungsvermehrung können nicht als primäre Käufer auftreten. Erst muß ihre Arbeitskraft vom Kapitalisten gekauft sein, bevor sie ihrerseits kaufen können. Der Gesamtkapitalist müßte ihnen die zusätzliche Kaufkraft kreditieren. Das kann er nur, wenn er über zusätzliches Geld als zusätzliches Kaufmittel verfügt. Dieses zusätzliche Geld kann beschafft werden durch Tausch mit Goldproduzenten, durch Steigerung der Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes, es kann aber auch beschafft werden durch Tausch mit nichtkapitalistischen Produzenten und Eigentümern. Dies ist der fruchtbare Kern des Gedankens von Rosa Luxemburg. Soll die Akkumulation unabhängig von den Schranken der Bevölkerungsvermehrung und der Goldproduktion möglich sein, so muß — kapitalistische Basis des Prozesses vorausgesetzt — ein Teil des Mehrproduktes an nichtkapitalistische Käufer abgesetzt werden können.

D. h. auf kapitalistischer Basis ist schrankenlose Akkumulation nur dann möglich, wenn der Markt erweitert wird. Die Schaffung zusätzlicher Käufer bedeutet nichts anderes als die Unterordnung vorkapitalistischer Produzenten unter die Gesetze der kapitalistischen Zirkulation. Durch die kapitalistische Akkumulation der entwickelten kapitalistischen Warenproduktion finden bloß die Tendenzen der ursprünglichen Akkumulation ihre Fortsetzung. An der Grenze des Bereiches des kapitalistischen Zirkulations- und Produktionsprozesses wird der vorkapitalistische Produzent stetig von seinen Produktionsmitteln getrennt, wird der vorkapitalistische «Arbeiter» durch ökonomische Gesetze enteignet. Der vorkapitalistische Produzent wird veranlaßt, mehr zu kaufen, als er verkaufen kann; dadurch gehen die in seinen Händen befindlichen Produktivgüter in kapitalistischen Besitz über. Er wird gleichzeitig expropriiert und proletarisiert. Denn wachsende Akkumulation des Kapitals bedeutet ja nicht nur wachsende Ausbreitung des Marktes, sie bedeutet auch wachsendes Kommando über unbezahlte Arbeit*; bei gleichbleibender Mehrwertrate stei-

* Bei gegebener Länge und Intensität des Arbeitstages ist die Pro-

gende Verwendung von Arbeitskräften zum Zwecke der Aneignung von Mehrarbeit. Die Absorption der industriellen Reservearmee wird verhindert durch die Proletarisierung breiter Schichten vorkapitalistischer Warenproduzenten. Diese vorkapitalistischen Produzenten mögen selbstwirtschaftende Bauern in ökonomischen Rückzugsgebieten innerhalb der kapitalistisch organisierten Gesellschaft sein, es mag sich um Völker und Stämme handeln, welche noch auf der Stufe der Wildheit oder Barbarei stehen, immer ist ihr Schicksal dasselbe. Der Handel zerfrißt die urwüchsigen Gemeinwesen, sprengt sie von innen heraus; überliefert den Handwerker dem Wucherkapital; entzieht der Hausindustrie die Existenzmöglichkeit, bis schließlich auch der letzte vorkapitalistische Produzent entweder in einen Kapitalisten oder einen Proletarier verwandelt ist.

Die Konkurrenz treibt den kapitalistischen Händler über die ganze Erde. Weder sittliche, noch religiöse Hemmungen, politische oder geographische Grenzen setzen dem Handel und dem Kapitalexport, der Jagd nach Extraprofit und damit dem siegreichen Vordringen der kapitalistischen Produktionsweise Schranken. In imperialistisch-gewalttätiger, in religiös-verkleideter, in zynisch-geldgieriger Form werden immer neue Interessensphären dem nationalen Kapitalismus angegliedert, immer größere Landstriche der modernen Zivilisation erschlossen. Aber dem imperialistischen Raubzug folgt das Erwachen und Erstarken des nationalen Empfindens der ausgesogenen Völker. Stoß folgt auf Gegenstoß; das Schwergewicht der industriellen Entwicklung verschiebt sich von der alten zur neuen Welt; der Konkurrenzkampf der Exportindustrie verschärft sich, die akute Krise weicht der chronischen Krise; die politische Befreiung der unterjochten Völker der farbigen Rasse setzt dem Expansionsdrang des Kapitals Schranken, sobald die Völker des ganzen Erdballes in die einheitliche Weltwirtschaft und Weltkultur eingegliedert sind. Tragendes Glied dieser weltumspannenden Entwicklung ist der Akkumulationsprozeß des Kapitals.

Für die Gleichgewichtsbedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses entwickelte Marx eingehende Schemata, welche Hilferding in gekürzter Darstellung im «Finanzkapital» (Seite 309/311) reproduziert:

duktion von Mehrwert eine direkte Funktion der Anzahl der beschäftigten Lohnarbeiter.

«I. Produktion der Produktivgüter*:
4000 c + 1000 v + 1000 m = 6000.
II. Produktion der Konsumgüter:
1500 c + 750 v + 750 m = 3000.
Gesamtwert des gesellschaftlichen Produkts: = 9000.

Angenommen nun, daß I die Hälfte seines Mehrwertes = 500 akkumuliert, die andere Hälfte als Revenue verzehrt.

Wir haben dann folgende Umsätze: 1000 v + 500 m, die als Revenue verausgabt werden, werden von I umgesetzt gegen 1500 c II. II ersetzt sich so sein konstantes Kapital und liefert I die von ihm zu verbrauchenden Konsumgüter, ein Umsatz, dem wir schon ganz analog in der Analyse der einfachen Reproduktion begegnet sind. Von den 500 Im, die noch übrig sind und in Kapital verwandelt werden sollen, müssen bei gleichbleibender organischer Zusammensetzung 400 in konstantes und 100 in variables verwandelt werden. Die 500 existieren in Produktivgütern und zwar müssen 400 davon in solchen existieren, die I für Vergrößerung seines konstanten Kapitals benötigt. I schlägt also diese 400 zu seinem konstanten Kapital. Der Rest von 100 ist in variables Kapital, also in Lebensmittel zu verwandeln, er muß also von II gekauft werden und da er in Produktivgütern existiert, muß II sie zur Vergrößerung seines eigenen konstanten Kapitals benützen.

Wir haben dann für I ein Kapital von 4400 c + 1100 v = 5500. II hat jetzt für konstantes Kapital 1600 c; es muß zu deren Bearbeitung weitere 50 v in Geld für Ankauf neuer Arbeitskraft zuschießen, sodaß sein variables Kapital von 750 auf 800 wächst. Diese Ausdehnung des konstanten wie variablen Kapitals von II um zusammen 150 wird bestritten aus seinem Mehrwert; von den 750 II m bleiben also 600 m als Konsumationsfond der Kapitalisten II, deren Jahresprodukt sich nun verteilt wie folgt:

II 1600 c + 800 v + 600 m (Konsumationsfonds) = 3000.

Wir haben nun folgendes Schema:

I 4400 c + 1100 v + 500 Konsumationsfonds = 6000
II 1600 c + 800 v + 600 Konsumationsfonds = 3000
Summe 9000 wie oben.

* Wir haben uns erlaubt, die Terminologie den in § 3 entwickelten Vorstellungen anzupassen.

Davon sind Kapital:

$$\left.\begin{array}{rl} \text{I} & 4400\ c + 1100\ v\ \text{(Geld)} = 5500 \\ \text{II} & 1600\ c + 800\ v\ \text{(Geld)} = 2400 \end{array}\right\} = 7900$$

während die Produktion begann mit

$$\left.\begin{array}{rl} \text{I} & 4000\ c + 1000\ v = 5000 \\ \text{II} & 1500\ c + 750\ v = 2250 \end{array}\right\} = 7250$$

Wir sehen hier eine Reihe neuer komplizierter Bedingungen. Einmal müssen I die 500 m, die zu akkumulieren sind, in solchen Produktivgütern produziert sein, daß $^4/_5$ davon zu konstantem Kapital für I, $^1/_5$ zu konstantem Kapital für II geeignet sind. Sodann hängt der Grad der Akkumulation in II ab von der Akkumulation in I. In I wird die Hälfte des Mehrwertes akkumuliert, in II ist dies unmöglich; von dem Mehrwert von 750 kann nur 150, also nur $^1/_5$ akkumuliert werden, während $^4/_5$ konsumiert werden müssen.

Betrachten wir nun den Fortgang der Akkumulation: Wird mit dem vermehrten Kapital nun wirklich produziert, so erhalten wir am Ende des nächsten Jahres:

$$\left.\begin{array}{rl} \text{I} & 4400\ c + 1100\ v + 1100\ m = 6600 \\ \text{II} & 1600\ c + 800\ v + 800\ m = 3200 \end{array}\right\} = 9800$$

Wird in derselben Weise fortakkumuliert, so erhalten wir dann im Jahre darauf:

$$\left.\begin{array}{rl} \text{I} & 4840\ c + 1210\ v + 1210\ m = 7260 \\ \text{II} & 1760\ c + 880\ v + 880\ m = 3520 \end{array}\right\} = 10\,780$$

In diesem Beispiel war vorausgesetzt, daß die Hälfte des Mehrwertes I akkumuliert und I $(v + \frac{1}{2} m) = II\ c$.

I $(v + m)$ muß, soll akkumuliert werden, immer größer sein als II c, denn ein Teil von I m kann eben nicht in II c verwandelt werden, sondern muß als Produktivgut dienen. Dagegen kann I $(v + \frac{1}{2} m)$ größer oder kleiner sein als II c»*.

Diese Bedingungen lassen sich noch allgemeiner in Form von algebraischen Gleichungen formulieren. Wir erhalten:
Im 1. Jahr $c_1 + v_1 = p$

$c_2 + v_2 = k$ $(p + k = C)$
(p = Kapital der Produktivgüterindustrie,
k = Kapital der Konsumgüterindustrie,
C = Anfangskapital des Gesamtkapitalisten).

* Hilferding: „Das Finanzkapital" S. 309/311.

Am Ende des Jahres haben wir

$$c_1 + v_1 + m_1 = p'$$
$$c_2 + v_2 + m_2 = k'$$

Vom Mehrwert soll der Bruchteil x, bezw. y von den Kapitalisten der Produktivgüterindustrie, bezw. der Konsumgüterindustrie konsumiert werden, der Rest werde akkumuliert, z sei der variable Kapitalteil des akkumulierten Mehrwertes, der konstante Kapitalteil ist daher $c_{neu} = (1 - x)\ m_1 + (1 - y)\ m_2 - z$.
Dann muß so produziert worden sein, daß dem Werte nach ist

$$k' = v_1 + v_2 + xm_1 + ym_2 + z$$
$$p' = c_1 + c_2 + (1 - x)\ m_1 + (1 - y)\ m_2 - z$$

d. h. es muß z. B. sein

$$c_2 + (1 - y)\ m_2 = v_1 + xm_1 + z.$$

In Worten: das konstante Kapital plus akkumuliertem Mehrwert der Konsumgüterindustrie muß gleich sein dem variablen Kapital plus dem konsumierten Mehrwert der Produktivgüterindustrie plus dem variablen Kapitalteil des neu akkumulierten Mehrwertes. Dieser Satz ist wiederum nichts anderes als eine Tautologie.

Wir erkennen aber noch mehr: Das Gleichgewichtsproblem ist i m m e r lösbar; wir haben immer mehr Unbekannte als Gleichungen. Dieses Resultat ist leicht verständlich. Unsere Gleichungen, ebenso wie das von Hilferding angeführte Beispiel fixieren nicht die spezifischen Bedingungen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, sondern die allgemeinen Bedingungen des wirtschaftlichen Akkumulationsprozesses überhaupt. Der Akkumulationsprozeß wird bloß dadurch zum kapitalistischen Akkumulationsprozeß, daß sich der Wertrechnung die Notwendigkeit zugesellt, den Tausch der Produkte auf Basis der kapitalistischen Warenzirkulation zu vollziehen. Auch die sozialistische Gesellschaft wird Güter tauschen müssen, aber sie wird der Notwendigkeit enthoben sein, ihren Warenvorrat die Form des Geldkapitals passieren zu lassen.

Diese Notwendigkeit kann im Kapitalismus auch der Kredit nicht beseitigen. Ebensowenig wie die Bildung des Mehrwertes aus der Abweichung der Warenpreise von den Warenwerten erklärt werden kann, kann das Gleichgewichtsproblem der kapitalistischen Akkumulation gelöst werden durch die Annahme der Uebertragung realer Werte mit Hilfe des Kredites. Gewiß vermag der Kredit einen gewissen Ausgleich zwischen den verschiedenen

Produktionszweigen zu schaffen. Produktionsmittel und Rohstoffe werden auf Kredit geliefert, Verschiebungen des Bedarfes lassen sich durch Gewährung von Betriebskrediten ausgleichen. Der Kredit vermittelt den Zu- und Abfluß von Kapital zu den verschiedenen Produktionssphären. Dadurch wird zwar die absolute Grenze der kapitalistischen Akkumulation verschleiert, aber nicht beseitigt. Dies ergibt sich schon aus dem Wesen des Kredites: Jede «gesunde» Kreditoperation bedarf eines reellen Warengeschäftes als Grundlage*.

* Schon beim einfachen Reproduktionsprozeß des Kapitals muß der Gesamtkapitalist über genügend Geldkapital verfügen, um sich selbst den erst zu produzierenden Mehrwert zu Zwecken der persönlichen Konsumation vorschießen zu können. Als spezifisch kapitalistische Form dieser Bedingung tritt die Notwendigkeit des Kapitalvorschusses als Geld auf, welche Notwendigkeit gleichfalls den Akkumulationsprozeß als kapitalistischen Prozeß kennzeichnet. Aber der Gesamtkapitalist wird nicht fähig sein, die Wertsumme W_1 zu Beginn des Jahres gegen die Wertsumme W_2 zu Ende des Jahres einzutauschen, weil W_2 größer als W_1 ist. Selbst wenn die Wertdifferenz $W_2 — W_1$ durch den Gesamtkapitalisten sich selbst kreditiert wird, so wird dadurch der Zwang nicht aufgehoben, diese Differenz schließlich den Formwechsel W — G — W durchlaufen zu lassen, welcher Formwechsel aber gleichzeitig bloß als Platzwechsel denkbar ist. Deshalb müssen immer wieder Käufer auftreten, welche direkt oder indirekt die zuschüssige Kaufkraft in Form von Geld anbieten. Im Großen kondensiert sich dieses ökonomische Gesetz in den Geld- und Zinszahlungen, welche vorkapitalistische Nationen hochkapitalistischen Wirtschaftsgebieten leisten müssen und findet seinen sichtbaren statischen Ausdruck in der Passivität der Handelsbilanz hochkapitalistischer Nationen.

Indessen ist die Erweiterung der kapitalistischen Warenzirkulation durch Tausch mit vorkapitalistischen Käufern nicht der einzige Weg, um die Schranken des Akkumulationsprozesses zu erweitern. Soll die zuschüssige Warenmasse «versilbert» werden, kann das «zur Zirkulation dieser größeren Warenmasse von größerem Wert erforderte zuschüssige Geld . . beschafft werden durch erhöhte Oekonomisierung der zirkulierenden Geldmasse . . . oder aber durch Umwandlung von Geld aus der Schatzform in die zirkulierende Form [Tausch mit vorkapital. Käufern ist genau genommen identisch mit Verwandlung von aufgeschatztem Reichtum in zirkulierenden Reichtum] . . . Soweit alle diese Mittel nicht hinreichen, muß zuschüssige Goldproduktion stattfinden» («Kapital», 3. Bd., S. 318/319). Die Notwendigkeit der Goldproduktion «bildet einen schweren Posten der faux frais der kapitalistischen . . . Produktion. Sie entzieht der gesellschaftlichen Ausnutzung eine entsprechende Summe . . . des wirklichen Reichtums. Soweit bei . . . gegebenem Grad der Ausdehnung der Produktion die Kosten dieser Zirkulationsmaschinerie vermindert werden [d. h. durch Papiergeld, Beanspruchung des staatlichen Kredites (!), der aber seinerseits indirekt

Die radikale Ideologie innerhalb der Arbeiterbewegung zog aus der Unmöglichkeit der schrankenlosen Akkumulation innerhalb der rein kapitalistischen Wirtschaft den Schluß, der Kapitalismus dränge mit Naturgesetzlichkeit zum gewaltsamen Zusammenstoß in kriegerischer Entladung. Allerdings kann die kriegerische Auseinandersetzung durch wirtschaftliche Gegensätze geschürt werden. Dennoch darf nicht übersehen werden, daß der Krieg bloß eine historisch bedingte Form des sozialen Machtkampfes bildet. Schon innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kann die Arbeiterschaft die kapitalistische Klasse zwingen, auf die gewaltsame Lösung internationaler Konflikte zu verzichten. Dieser Verzicht drängt sich auch einem Teil der herrschenden Klasse selbst auf, denn jeder Krieg ist mit einer derartigen Vernichtung von Werten verknüpft, daß nicht nur die Lebenshaltung der breiten Volksmassen, sondern auch die Lebenshaltung der regierenden Klasse in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die ökonomische Tatsache, daß sozusagen schrankenlose kapitalistische Akkumulation nur möglich im Rahmen vorkapitalistischer Produktionsformen ist, bedeutet schließlich nur dies eine: Hat sich die kapitalistische Produktionsweise über die ganze Erde ausgebreitet*, ist sie zur herrschenden Form der Produktion geworden, so ist die historische Mission der kapitalistischen Klasse vollendet. Sie verwandelt sich aus einer produktiven Schicht in eine reine Rentnerschicht. Die Wirtschaft stagniert. Die kapitalistische Klasse geht dazu über, den gesamten Mehrwert zu verzehren. Damit wird der Klassengegensatz von Kapitalisten und Proletariern so verschärft, daß

von der Goldproduktion abhängig bleibt], soweit wird dadurch die Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit gesteigert . . . Die kapitalistische Produktion hätte ohne das Kreditwesen . . . Schranken gefunden an dem Umfang der Edelmetallproduktion» (l. c. Seite 320).

* «Die kapitalistische Produktionsweise kann sich erst in größerem Umfang und tieferer Durchbildung dort entwickeln, wo im Lande eine Geldmasse, hinreichend für die Zirkulation und die durch sie bedingte Schatzbildung (Reservefonds etc.) vorhanden ist. Dies ist die historische Voraussetzung, obgleich die Sache nicht so zu verstehen, daß erst eine hinreichende Schatzmasse gebildet wird und dann die kapitalistische Produktion beginnt . . . Daher die vermehrte Einfuhr der edlen Metalle mit dem 16. Jahrhundert [daher auch die Ausplünderung der Kolonien!] ein wesentliches Moment in der Entwicklungsgeschichte der kapitalistischen Produktion bildet» [l. c. Seite 317].

der soziale Umsturz unvermeidlich, die Verwandlung des Privateigentums in Gemeineigentum eine gesellschaftliche Notwendigkeit wird. Die Diktatur der Kapitalmagnaten wird unverträglich mit dem gesellschaftlichen Fortschritt. Der kapitalistische Rentner wird depossediert.

Dieser Prozeß wird durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst vorbereitet. Der revolutionäre Umsturz kann bloß die rechtliche Fixierung einer ökonomisch bereits realisierten Situation bedeuten. Die soziale Revolution wird nicht die Fabriken zerstören, sie hat nur Eigentumstitel, Rentenansprüche zu annullieren; sie wird nicht den Staat in eine große Fabrik umwandeln, sie wird nur die staatliche Organisation in der Gesellschaft aufgehen lassen.

Die Bedingungen des wirtschaftlichen Gleichgewichts sind — wie wir gesehen — sehr komplexer Natur. Die bewußt geregelte Wirtschaft ist der Notwendigkeit enthoben, das Warenkapital durch Umwandlung in Geldkapital in produktives Kapital zurückverwandeln zu müssen. Aber auch ein sorgfältig ausgearbeiteter gesellschaftlicher Wirtschaftsplan wird der Warenvorräte und einer gewissen Ueberproduktion nicht entraten können, soll nicht durch unvorhergesehene Ereignisse (Mißernten, Fehlleitung der Produktion, Naturereignisse) der ungehemmte Ablauf des Produktionsprozesses gestört werden. Diese Warenvorräte bilden die Akkumulierbecher des Warenaustausches, die den gleichmäßigen Austausch der Produkte das ganze Jahr über ermöglichen. Die Nachfrage nach bestimmten Bedarfsgegenständen wechselt im Laufe des Jahres. Die Zeiten der Produktion der Rohstoffe und die Zeiten der Konsumation der Fertigwaren fallen auseinander. Die Getreidefrucht wird bloß im Sommer geerntet, der Verbrauch verteilt sich über alle vier Jahreszeiten.

Diese aus den Notwendigkeiten des wirtschaftlichen Kreislaufes verständliche zeitliche Füllung der Märkte mit Waren kann den krisenhaften Charakter der kapitalistischen Wirtschaft noch nicht verständlich machen. Die krisenhafte Labilität des Kapitalismus ist empirisches Gesetz. Zeiten der Prosperität des Geschäftslebens wechseln periodisch ab mit Zeiten der wirtschaftlichen Stagnation. Die allgemein kapitalistischen Bedingungen des Akkumulationsprozesses sind auch die allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Krise. Der Weltmarkt wird zum Re-

gulator des wirtschaftlichen Kreislaufes. Jede kapitalistische Ausweitung des Weltmarktes veranlaßt das Anziehen der wirtschaftlichen Konjunktur. In der Krise füllen sich die Märkte mit Waren, welche zu den den kapitalistischen Verwertungsbedingungen entsprechenden Preisen unverkäuflich geworden sind. Die Produktion wird lahmgelegt, die Arbeiter müssen feiernd hungern, während der gestörte Warenabsatz nur langsam wieder die Zugänge zur Konsumation findet. Zu viel Brot, zu viel Baumwolle, zu viel produzierte Maschinen drücken auf den Markt, während sich in den Großstädten hungernde und darbende Menschenmassen kümmerlich aus öffentlichen Mitteln erhalten müssen. Ein größerer Widerspruch ist außer einem allgemeinen, die ganze Menschheitskultur in Trümmer schlagenden Weltkrieg gar nicht denkbar. Dennoch wird dieser Widersinn regelmäßig bittere Wirklichkeit. Denn die Wirtschaftskrise ist ein notwendiges Zwischenglied des kapitalistischen Verwertungsprozesses.

Ebenso wie die Krise stets sich wiederholendes Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft, bildet die Armee der Arbeitslosen, von Marx als industrielle Reservearmee bezeichnet, die beständige Begleiterscheinung des wirtschaftlichen Kreislaufes. Aus dem Reservoir der industriellen Reservearmee schöpft das Kapital jene vorübergehend notwendigen Arbeitskräfte, die der Akkumulationsprozeß erheischt. Die kapitalistische Akkumulation kann grundsätzlich auf zwei verschiedene Arten vor sich gehen, welche gewöhnlich auch zeitlich auseinanderfallen.

Gilt es bloß, kleinere akkumulierte Beträge in Kapital zu verwandeln, so beschäftigt der Unternehmer an der gleichen Maschinerie mehr Arbeiter. Dadurch nützt er die vorhandene Maschinerie besser aus. Diese Ausnützung mag von einem gewissen Punkte an mit zusätzlichen Kosten verbunden sein. Die kurze Periode der Prosperität läßt aber keine Möglichkeit zu, die Anlagen anders und zweckentsprechender auszunützen. Der Zwang zu technischen Verbesserungen fällt infolge Anziehens der Preise dahin. Die Folgen sind: Steigende Arbeitslöhne. Allmähliche Resorption der industriellen Reservearmee. Zufuhr von ausländischen Arbeitskräften. Das Betriebskapital schwillt an im Verhältnis zum Anlagekapital. Es wird auf dem Kreditwege beschafft. Deshalb gesellt sich nach dem Umschwung, der Absatzkrise die Geld- und Kreditkrise bei. Der kurzfristige Kredit muß in langfristigen Kapitalkredit verwandelt werden.

Der während der Krise einsetzende Preissturz legt technische und organisatorische Mängel der kapitalistischen Unternehmen bloß. Nur die Betriebe mit überdurchschnittlicher organischer Zusammensetzung des Kapitals, welche Extraprofite realisierten, vermögen auch bei reduzierten Preisen noch mit Profit zu verkaufen. Diesen Betrieben stellt daher der Kapitalmarkt auch während der Krise gerne größere Mittel zur Verfügung, um durch weitere Verbesserung der technischen Ausrüstung, d. h. durch Vermehrung des konstanten Kapitals die Betriebskosten unter Einsparung von Arbeitslöhnen und Verwertung des Abfalls zu verringern. Während der einzelnen Stadien des Ablaufes der Konjunktur äußern sich diese Tendenzen in gegensätzlicher Art: Der einzelne Betrieb versucht in der Zeit der Krise das Betriebskapital möglichst zu reduzieren, während in der Prosperität das Betriebskapital relativ stark vermehrt wird. Was allerdings nicht ausschließt, daß gerade in Zeiten der Prosperität sehr viel Kapital neu angelegt wird, aber mehr in neu errichteten Betrieben und nicht zur technischen Umgestaltung in voller Produktion befindlicher Betriebe.

Wir sehen, die Krise sichert nicht nur die Bedingungen des kapitalistischen Verwertungsprozesses, sondern sie fördert auch den technischen Fortschritt, weil sie zur Einführung der modernsten, weil Unkosten ersparenden Produktionsmethoden zwingt. Daß die allgemeine Steigerung der Produktivität der Arbeit sich nur in antagonistischen Formen durchzusetzen vermag, ist eine sich aus dem Konkurrenzprinzip mit zwingender Notwendigkeit ergebende widerspruchsvolle Folge. Die Krise expropriiert den kleinen Kapitalisten zu Gunsten der Großkapitalisten, die über einen genügenden Akkumulationsfonds oder über genügend Kredit verfügen, um die Krise überstehen zu können.

Die industrielle Reservearmee, die spezifisch kapitalistische Form der relativen Uebervölkerung ist Ausdruck des der kapitalistischen Produktionsweise eigentümlichen Bevölkerungsgesetzes.

«Mit der Größe des bereits funktionierenden Gesellschaftskapitales und dem Grade seines Wachstums, mit der Ausdehnung der Produktionsleiter und der Masse der in Bewegung gesetzten Arbeiter, mit der Entwicklung der Produktivkraft ihrer Arbeit, mit dem breiteren und volleren Strom aller Springquellen des Reichtums dehnt sich auch die Stufenleiter, worin größere Attraktion der

Arbeiter durch das Kapital mit größerer Repulsion derselben verbunden ist, nimmt die Raschheit der Wechsel in der organischen Zusammensetzung des Kapitals und seiner technischen Form zu, und schwillt der Umkreis der Produktionssphären, die bald gleichzeitig, bald abwechselnd davon ergriffen werden. Wenn aber eine überschüssige Arbeiterbevölkerung notwendiges Produkt der Akkumulation oder der Entwicklung des Reichtums auf kapitalistischer Grundlage ist, wird diese Uebervölkerung umgekehrt zum Hebel der kapitalistischen Akkumulation, ja zu einer Existenzbedingung der kapitalistischen Produktionsweise. Sie bildet eine disponible industrielle Reservearmee, die dem Kapital ganz so absolut gehört, als ob es sie auf seine eigenen Kosten großgezüchtet hätte. Sie schafft für seine wechselnden Verwertungsbedürfnisse das stets bereite exploitable Menschenmaterial, unabhängig von den Schranken der wirklichen Bevölkerungszunahme . . .

Der charakteristische Lebenslauf der modernen Industrie, die Form eines durch kleinere Schwankungen unterbrochenen zehnjährigen Zyklus von Perioden mittlerer Lebendigkeit, Produktion unter Hochdruck, Krise und Stagnation, beruht auf der ständigen Bildung, größeren und geringeren Absorption und Wiederbildung der industriellen Reservearmee oder Uebervölkerung . . .

Dieser eigentümliche Lebenslauf der modernen Industrie, der uns in keinem früheren Zeitalter der Menschheit begegnet, war auch in der Kindheitsperiode der kapitalistischen Produktion unmöglich. Die Zusammensetzung des Kapitals veränderte sich nur sehr allmählich. Seiner Akkumulation entsprach also im Ganzen verhältnismäßiges Wachstum der Arbeitsnachfrage . . Die plötzliche und ruckweise Expansion der Produktionsleiter ist die Voraussetzung ihrer plötzlichen Kontraktion, letztere ruft wieder die erstere hervor, aber die erstere ist unmöglich ohne disponibles Menschenmaterial, ohne eine vom absoluten Wachstum der Bevölkerung unabhängige Vermehrung von Arbeitern. Sie wird geschaffen durch den einfachen Prozeß, der einen Teil der Arbeiter beständig «freisetzt», durch Methoden, welche die Anzahl der beschäftigten Arbeiter im Verhältnis zur vermehrten Produktion vermindern. Die ganze Bewegungsform der modernen Industrie erwächst also aus der beständigen Verwandlung eines Teils der Arbeiterbevölkerung in unbeschäftigte oder halbbeschäftigte Hände»*.

Und, wie wir ergänzen wollen, aus der ständigen Verwandlung eines Teils nichtkapitalistischer Produzenten in kapitalistische Lohnarbeiter.

«Der kapitalistischen Produktion genügt keineswegs das Quantum verfügbarer Arbeitskraft, welches der natürliche Zu-

* «Kapital» I, Seite 595 ff.

wachs der Bevölkerung liefert. Sie bedarf zu ihrem freien Spiel einer von dieser Naturschranke unabhängigen industriellen Reservearmee . . . Einerseits macht also, im Fortgang der Akkumulation, größeres variables Kapital mehr Arbeit flüssig, ohne mehr Arbeiter zu werben, andererseits macht variables Kapital von derselben Größe mehr Arbeit mit derselben Masse Arbeitskraft flüssig und endlich mehr niedere Arbeitskräfte durch Verdrängung höherer . . . Die Ueberarbeit des beschäftigten Teils der Arbeiterklasse schwellt die Reihen ihrer Reserven, während umgekehrt der vermehrte Druck, den die letztere durch ihre Konkurrenz auf die erstere ausübt, diese zur Ueberarbeit zwingt . . . Die Verdammung eines Teils der Arbeiterklasse zu erzwungenem Müssiggang durch Ueberarbeit des anderen Teils der Arbeiterklasse und umgekehrt wird Bereicherungsmittel des einzelnen Kapitalisten.

Im Großen und Ganzen sind die allgemeinen Bewegungen des Arbeitslohnes ausschließlich reguliert durch die Expansion und Kontraktion der industriellen Reservearmee, welche dem Periodenwechsel des industriellen Cyklus entsprechen. Sie sind also nicht bestimmt durch die Bewegung der absoluten Anzahl der Arbeiterbevölkerung, sondern durch das wechselnde Verhältnis, wonach die Arbeiterklasse in aktive Armee und Reservearmee zerfällt, durch die Zunahme und Abnahme des relativen Umfanges der Ueberbevölkerung, durch den Grad, worin sie bald absorbiert, bald wieder freigesetzt wird»*.

Nur der Zusammenschluß der Arbeiter in den Gewerkschaften vermag diesem grausamen Spiel wenigstens zeitweise Schranken zu setzen. Mit wachsender Ausbreitung und Vertiefung des Klassenkampfes wird die Festsetzung der Höhe der Arbeitslöhne ein Problem der politischen Macht.

«Die relative Ueberbevölkerung existiert in allen möglichen Schattierungen. Jeder Arbeitnehmer gehört ihr an, während der Zeit, wo er halb oder gar nicht beschäftigt ist . . .

Ein Teil davon wandert aus und reist in der Tat nur dem auswandernden Kapital nach. Eine der Folgen ist, daß die weibliche Bevölkerung rascher wächst, als die männliche»**.

«Der Konsum der Arbeitskraft durch das Kapital ist zudem so rasch, daß der Arbeiter von mittlerem Alter sich meist schon mehr oder minder überlebt hat. Er fällt in die Reihen der Ueberzähligen, oder wird von einer höheren auf eine niedrigere Staffel hinabgedrängt. Gerade bei den Arbeitern der großen Industrie stoßen wir auf die kürzeste Lebensdauer . . . Also rasche Ablösung der Arbeitergenerationen (dasselbe Gesetz gilt nicht für die übrigen Klassen der Bevölkerung). Dies gesellschaftliche Bedürfnis wird befriedigt durch frühe Ehen, notwendige Folge der Verhältnisse, worin die Arbeiter der großen Industrie leben und durch die Prämie, welche die Exploitation der Arbeiterkinder auf ihre Produktion setzt*. Sobald sich die kapitalistische Produktion der Agrikultur, oder im Grad, worin sie sich derselben bemächtigt hat, nimmt mit der Akkumulation des hier funktionierenden Kapitals die Nachfrage für die ländliche Arbeiterbevölkerung absolut ab, ohne daß ihre Repulsion, wie in der nicht agrikolen Industrie, durch größere Attraktionen ergänzt wäre. Ein Teil der Landbevölkerung befindet sich daher fortwährend auf dem Sprung, in städtisches oder Manufakturproletariat überzugehen, und in der Lauer auf dieser Verwandlung günstige Umstände (Manufaktur hier im Sinn aller nichtagrikolen Industrie). Diese Quelle der relativen Ueberbevölkerung fließt also beständig. Aber ihr beständiger Fluß nach den Städten setzt auf dem Lande selbst eine fortwährend latente Ueberbevölkerung voraus, deren Umfang nur sichtbar wird, sobald sich die Abzugskanäle ausnahmsweise weit öffnen. Der Landarbeiter wird daher auf das Minimum des Salairs herabgedrückt und steht mit einem Fuß stets im Sumpf des Pauperismus. Die dritte Kategorie der relativen Ueberbevölkerung, die stockende, bildet einen Teil der aktiven Arbeiterarmee, aber mit durchaus unregelmäßiger Beschäftigung. Sie bietet so dem Kapital einen unerschöpflichen Behälter disponibler Arbeitskraft. Ihre Lebenslage sinkt unter das durchschnittliche Normalniveau der arbeitenden Klasse und gerade dies macht sie zur breiten Grundlage eigener Exploitationszweige des Kapitals. Maximum der Arbeitszeit und Minimum des Salairs charakterisieren sie. Wir haben unter der Rubrik der Hausarbeit ihre Hauptgestalt bereits kennen gelernt . . .

Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt, wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Ueberbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht. Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Dies ist das absolute, allgemeine Gesetz der ka-

* l. c. Seite 600 ff.

** l. c. Seite 606.

* Die Ausführungen von Marx beziehen sich auf die Verhältnisse in Großbritannien in der Mitte des 19. Jahrhunderts.

pitalistischen Akkumulation. Es wird gleich allen anderen Gesetzen in seiner Verwirklichung durch mannigfache Umstände modifiziert, deren Analyse nicht hieher gehört»*. «Die Akkumulation von Reichtum auf dem einen Pol ist zugleich Akkumulation von Elend, Arbeitsqual, Sklaverei, Unwissenheit, Brutalisierung und moralischer Degradation auf dem Gegenpol, d. h. auf Seite der Klasse, die ihr eigenes Produkt als Kapital produziert»**.

«Ein Teil des Mehrwertes wird vom Kapitalisten als Revenue [Einkommen] verzehrt, ein anderer Teil als Kapital angewandt oder akkumuliert . . . Bei gegebener Masse des Mehrwertes wird der eine dieser Teile umso größer sein, je kleiner der andere ist . . . Wer diese Teilung vornimmt, das ist der Eigentümer des Mehrwertes, der Kapitalist. Sie ist also sein Willensakt. Von dem Teil des von ihm erhobenen Tributs, den er akkumuliert, sagt man, er spare ihn, weil er ihn nicht auffißt, d. h. weil er seine Funktion als Kapitalist ausübt, nämlich die Funktion, sich zu bereichern.

Nur soweit der Kapitalist personifiziertes Kapital ist, hat er einen historischen Wert. Als Fanatiker der Verwertung des Wertes zwingt er rücksichtslos die Menscheit zur Produktion um der Produktion willen, daher zu einer Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte und zur Schöpfung von materiellen Produktionsbedingungen, welche allein die reale Basis einer höheren Gesellschaftsform bilden können, deren Grundprinzip die volle und freie Entwicklung jedes Individuums ist. Nur als Personifikation des Kapitals ist der Kapitalist respektabel. Als solcher teilt er mit dem Schatzbildner den absoluten Bereicherungstrieb. Was aber bei diesem als individuelle Manie erscheint, ist beim Kapitalisten Wirkung des gesellschaftlichen Mechanismus, worin er nur ein Triebrad ist. Außerdem macht die Entwicklung der kapitalistischen Produktion eine fortwährende Steigerung des in einem industriellen Unternehmen angelegten Kapitals zur Notwendigkeit, und die Konkurrenz herrscht jedem individuellen Kapitalisten die immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktionsweise als äußere Zwangsgesetze auf. Sie zwingt ihn, sein Kapital fortwährend auszudehnen, um es zu erhalten, und ausdehnen kann er es nur vermittels progressiver Akkumulation. Die Akkumulation ist Eroberung der Welt des gesellschaftlichen Reichtums. Sie dehnt mit der Masse des exploitierten Menschenmaterials . . . zugleich die Herrschaft der Kapitalisten aus . . .»***

Wir sehen, Marx läßt den Kapitalisten als der Verkörperung

* l. c. Seite 607/609 ff.

** l. c. Seite 611.

*** l. c. Seite 555/56.

der historischen Mission des Kapitalismus volle Gerechtigkeit widerfahren. Der Kapitalismus ist an und für sich — als Mittel zur Bereicherung der Gesellschaft, zur Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivkräfte, als Stufe der kulturellen Entwicklung — ein notwendiges Durchgangsstadium. Weder vermag eine sozialistische Gesellschaft den Mehrwert und die Mehrarbeit zu beseitigen, noch kann sie die leitenden Funktionen des Unternehmers entbehren, noch wird sie darauf verzichten können, durch ihre Mehrarbeit «unproduktive» Arbeiter, wie Künstler, Wissenschaft und Beamte zu erhalten. Die sozialistische Gesellschaft kann sich von der kapitalistischen Gesellschaft nur dadurch unterscheiden, daß sie die aus dem Verwertungsprozeß entspringenden, auf das Privateigentum an den Produktionsmitteln zurückgehenden spezifisch kapitalistischen Hemmungen der Entfaltung der gesellschaftlichen Produktivität der Arbeit beseitigt. Denn die Wirtschaft ist schließlich um der Menschen willen und nicht der Mensch um der Wirtschaft willen da.

Die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation charakterisiert Marx wie folgt:

«Das Privateigentum des Arbeiters an den Produktionsmitteln ist die Grundlage des Kleinbetriebes, der Kleinbetrieb eine notwendige Bedingung für die Entwicklung der gesellschaftlichen Produktion und der freien Individualität des Arbeiters selbst. Allerdings existiert diese Produktionsweise auch innerhalb der Sklaverei, Leibeigenschaft und anderer Abhängigkeitsverhältnisse. Aber sie blüht nur, schnellt nur ihre ganze Energie, erobert nur die adäquate klassische Form, wo der Arbeiter freier Privateigentümer seiner von ihm selbst gehandhabten Arbeitsbedingungen ist, der Bauer des Ackers, den er bestellt, der Handwerker des Instrumentes, worauf er als Virtuose spielt.

Diese Produktionsweise unterstellt Zersplitterung des Bodens und der übrigen Produktionsmittel. Wie die Konzentration der letzteren, so schließt sie auch die Kooperation, Teilung der Arbeit innerhalb derselben Produktionsprozesse, gesellschaftliche Beherrschung und Regelung der Natur, freie Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte aus. Sie ist nur verträglich mit engen naturwüchsigen Schranken der Produktion und der Gesellschaft. Sie verewigen wollen, hieße . . . die allgemeine Mittelmäßigkeit dekretieren. Auf einem gewissen Höhegrad bringt sie die materiellen Mittel ihrer eigenen Vernichtung zur Welt . . . Ihre Vernichtung, die Verwandlung der individuellen und zersplitterten Produktionsmittel in gesellschaftlich konzentrierte, des zwerghaften Eigentums Vieler in das massenhafte

Eigentum Weniger, daher die Expropriation der großen Volksmasse von Grund und Boden und Lebensmitteln und Arbeitsinstrumenten, diese furchtbare und schwierige Expropriation der Volksmasse bildet die Vorgeschichte des Kapitals.

Sobald dieser Umwandlungsprozeß nach Tiefe und Umfang die alte Gesellschaft hinreichend zersetzt hat ... gewinnt die weitere Vergesellschaftung der Arbeit ... daher die weitere Expropriation der Privateigentümer eine neue Form. Was jetzt zu expropriieren, ist nicht länger der selbstwirtschaftende Arbeiter, sondern der viele Arbeiter exploitierende Kapitalist.

Diese Expropriation vollzieht sich durch das Spiel der immanenten Gesetze der kapitalistischen Produktion selbst, durch die Zentralisation der Kapitale. Je ein Kapitalist schlägt viele tot. Hand in Hand mit dieser Zentralisation oder der Expropriation vieler Kapitalisten durch Wenige entwickelt sich die kooperative Form des Arbeitsprozesses auf stets wachsender Stufenleiter, die bewußte technische Anwendung der Wissenschaft, die planmäßige Ausbeutung der Erde, die Verwandlung der Arbeitsmittel in nur gemeinsam verwendbare Arbeitsmittel, die Oekonomisierung aller Produktionsmittel durch ihren Gebrauch als Produktionsmittel kombinierter, gesellschaftlicher Arbeit, die Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes des kapitalistischen Regimes. Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten, welche alle Vorteile dieses Umwandlungsprozesses usurpieren und monopolisieren, wächst die Masse des Elends, des Drucks, der Knechtschaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse. Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit ihm und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. Die Expropriateure werden expropriiert. Es ist Negation der Negation. Diese stellt nicht das Privateigentum wieder her, wohl aber das individuelle Eigentum auf Grundlage der Errungenschaft der kapitalistischen Aera: Der Kooperation und des Gemeinbesitzes der Erde und der durch die Arbeit selbst produzierten Produktionsmittel»*.

In diesen klassischen Ausführungen über die geschichtliche Tendenz der kapitalistischen Akkumulation hat die viel verleumdete marxistische Verelendungstheorie ihre Formulierung gefunden. Diese gab zu vielen Mißverständnissen Anlaß. Der revolutionäre Radikalismus hoffte seine bolschewistische Gewaltideologie durch die Gewißheit zu untermauern, der Kapitalismus führe zur völligen Verelendung der Volksmassen; der vulgärökonomische Apologet des Kapitals versuchte im Gegensatz dazu nachzuweisen, daß die kapitalistische Produktionsweise die Lage der Arbeiterklasse langsam, aber stetig verbessere.

Weder die eine noch die andere Ansicht ist richtig. Die Verelendung der Arbeiterschaft ist eine Tendenz der kapitalistischen Produktionsweise. Andauernd werden vom Kapital Arbeiter frei gesetzt, wird vom Kapital versucht, die Mehrwertrate durch Steigerung der Ausbeutung des Arbeiters zu vergrößern. Dieser Tendenz zur Verelendung der Arbeiterschaft stellt die Arbeiterschaft ihre organisierte Macht entgegen. Die Arbeiter organisieren sich als Klasse, setzen sich zur Wehr und zwingen in zähem Klassenkampf der Kapitalistenklasse eine Verbesserung der Lebensbedingungen auf. Staatliches Recht fixiert den Normalarbeitstag, setzt der grenzenlosen Ausbeutung der Arbeitskraft im gesellschaftlichen Gesamtinteresse gesetzliche Schranken.

Die Bestimmung des Wertes der Arbeitskraft enthält ein historisches und moralisches Element. Tradition, Sitte und Recht variieren die unter den Begriff des Existenzminimums fallenden Bedürfnisse. Man bezeichnet den in Geldeinheiten ausgedrückten Lohn des Arbeiters als Nominallohn, die Kaufkraft dieses Geldlohnes als Reallohn. Der Reallohn gibt an, wieviel Pfund Brot, Fleisch, Zucker und andere Lebensmittel, wieviel Kleider etc. der Arbeiter mit seinem Lohn kaufen kann. Steigt der Preis der notwendigen Lebensmittel bei gleichbleibendem Geldlohn, so sinkt der Reallohn. Umgekehrt steigt der Reallohn, wenn der Preis der Lebensmittel sinkt bei gleichbleibendem Geldlohn*.

* l. c. Seite 726 ff.

* Vor dem Kriege stiegen z. B. die englischen Nominallöhne langsam an: Von 1900—1913 durchschnittlich um 6,8 %, die Lebenshaltungskosten stiegen aber um 11 %, sodaß der Reallohn des englischen Arbeiters sank. In der Kriegs- und Nachkriegszeit ließ sich z. T. eine gegenteilige Bewegung beobachten:

	1914	1920	1923	1926
Löhne	100	270	170	175
Lebenshaltung	100	245	174	172

Elend und Verelendung sind relative, vom sozialen Milieu abhängige Begriffe. Zweifellos verfügt heute der ärmste Industriearbeiter über ein größeres absolutes Maß an Gebrauchsgütern, als der Lohnarbeiter des Mittelalters. Dank der wachsenden Produktivität der Arbeit verkörpert die gleiche Summe von Tauschwert ein immer größeres Maß von Gebrauchswerten.

Was aber die kapitalistische Ausbeutung unerträglich macht, ist der stets wachsende Gegensatz in der Lebenshaltung der ausgebeuteten und der ausbeutenden Schichten. Wenn auch die Fortschritte der Technik in immer steigendem Maße die Ergiebigkeit der produktiven Arbeit erhöhen, so kommen diese Fortschritte doch nur in verschwindendem Maße den Arbeitern zu gute. Jeder ökonomische Fortschritt muß vom Proletariat in zähem Kampfe dem Kapitalismus abgerungen werden. Immer wieder versucht das Kapital die Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu verschlechtern, um den Profit zu steigern. Nur die Gegenwehr der Arbeiterschaft hat den europäischen Kapitalimus bis dahin verhindert, die Lebenshaltung des europäischen Arbeiters auf das Niveau der Lebenshaltung des chinesischen Kuli herabzudrücken. Dort wo das Kapital seine unumschränkte Klassendiktatur aufzurichten vermochte, wie in Italien oder Ungarn, feiert die rücksichtsloseste Ausbeutung der lebendigen Arbeitskraft wahre Orgien.

Der Akkumulationsprozeß des Kapitals setzt den Mehrwert, «der Mehrwert die kapitalistische Produktion, diese aber das Vorhandensein größerer Massen Kapital und Arbeitskraft in den Händen von Warenproduzenten voraus. Diese ganze Bewegung scheint sich also in einem fehlerhaften Kreislauf herumzudrehen, aus dem wir nur herauskommen, indem wir eine der kapitalistischen Akkumulation vorausgehende «ursprüngliche» Akkumulation unterstellen, eine Akkumulation, welche nicht das Resultat der kapitalistischen Produktionsweise ist, sondern ihr Ausgangspunkt . . .»*.

. . . . «Die ökonomische Struktur der kapitalistischen Gesellschaft ist hervorgegangen aus der ökonomischen Struktur der feudalen Gesellschaft. Die Auflösung dieser hat die Elemente jener freigesetzt . . . Der unmittelbare Produzent, der Arbeiter, konnte erst dann über seine Person verfügen, nachdem er aufgehört hatte, an die Scholle gefesselt und einer anderen Person leibeigen oder hörig zu sein. Um freier Verkäufer der Arbeitskraft zu werden, der seine Ware überall hinträgt, wo sie einen Markt findet, mußte er ferner der Herrschaft der Zünfte, ihren

* l. c. Seite 679.

Lehrlings- und Gesellenordnungen und hemmenden Arbeitsvorschriften entronnen sein. Somit erscheint die geschichtliche Bewegung, die die Produzenten in Lohnarbeiter verwandelt, einerseits als ihre Befreiung von Dienstbarkeit und Zunftzwang; und diese Seite allein existiert für unsere bürgerlichen Geschichtsschreiber. Andererseits aber werden diese Neubefreiten erst Verkäufer ihrer selbst, nachdem ihnen alle ihre Produktionsmittel und alle durch die alten feudalen Einrichtungen gebotenen Garantien ihrer Existenz geraubt sind. Und die Geschichte dieser ihrer Expropriation ist in den Annalen der Menschheit eingeschrieben mit Zügen von Blut und Feuer»*.

Das Proletariat rekrutiert sich aus dem Landvolk. In England verwandelt der Grundherr, veranlaßt durch das Steigen der Wollpreise, Ackerland in Schafweide. In Norddeutschland legt der Großgrundbesitzer den Bauern, um das eingezogene Bauernland an Pächter verpachten zu können. In Gebirgsgegenden vernichtet die Konkurrenz des Großbetriebes den heimischen Gewerbefleiß der Hausindustrie, welche dem selbstwirtschaftenden Kleinbauern geologisch und klimatisch ungünstig gestellter Gegenden die Existenz zu fristen erlaubte.

Dieser Prozeß der ursprünglichen Akkumulation ist auch heute noch nicht vollendet. Er hat sich nur in die humanitären Formen moderner Kolonialpolitik gekleidet. Wo die reinen Gesetze politischer Oekonomie die barbarischen Völker nicht von der Herrlichkeit zivilisatorischer Wirtschaft und Staatsauffassung zu überzeugen vermögen, hilft harter Zwang der Staatsgewalt nach, den kolonialen Unternehmungen die notwendigen Arbeitskräfte billig und reichlich zur Verfügung zu stellen. Die Umwandlung der Naturalabgaben in Geldsteuern verbunden mit einem grausamen System der schärfsten Ahndung geringer Vergehen gegen das Privateigentum stürzen einen barbarischen Stamm nach dem andern in Schuldknechtschaft oder Arbeitssklaverei, wenn nicht gar die ursprünglichen Einwohner des betreffenden Landes in unwirtliche Gegenden abgedrängt oder direkt ausgerottet werden.

Dort wo der moderne Kapitalismus auf eine festgefügte vorkapitalistische Wirtschaftsorganisation stößt, wie in Indien, China oder Japan, weckt die wachsende Ausbreitung moderner kapitalistischer Wirtschaftsformen das Nationalempfinden, wird aus dem alten Schoß der feudalen Gesellschaft eine einheimische

* l. c Seite 681.

Bourgeoisie geboren, welche teilweise mit den Mitteln der ursprünglichen Akkumulation arbeitend die Macht über die eingedrungene kapitalistische Wirtschaft zurückerobert. Diese Stufe der ursprünglichen Akkumulation ist ein unumgängliches Durchgangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung, das nicht übersprungen werden kann; es kann nur Aufgabe der proletarischen Weltpolitik sein, die Geburtswehen der bürgerlichen Gesellschaft in den Kolonialländern möglichst zu lindern, alles zu beseitigen, was den notwendigen Entwicklungsprozeß hemmen könnte, darauf hinzuarbeiten, jegliche Gewaltpolitik gegenüber den Emanzipationsbestrebungen der Kolonialvölker zu unterbinden.

Der Fortschritt des kapitalistischen Akkumulationsprozesses läßt sich annäherungsweise verfolgen an Hand der Angaben über den Wert des Aussenhandels, der im Durchschnitt auf den Kopf der Bevölkerung fällt*.

Unschwer läßt sich der Vermögensstatistik entnehmen, daß die ökonomische Spannung zwischen besitzenden und besitzlosen Schichten innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft immer schroffer wird: Die Vermehrung des nationalen Reichtums wird von einer kleinen Gruppe reicher Familien monopolisiert, ohne daß das Heer der Besitzlosen verschwinden oder zurückgedrängt würde.

Die Lebenshaltung ist in vorkapitalistischen Gesellschaftsformen bescheiden. Selbst der Reiche lebt verhältnismäßig einfach. Nur das Staatsoberhaupt, der Fürst schwelgt in Luxus. Die politischen Standesunterschiede verwischen die ökonomischen

* Der englische Außenhandel betrug (in Mill. Pfund Sterling):

	Einfuhr	Ausfuhr
1613	2,14	2,09
1698—1701 durchschnittlich	5,5	6,4
1784—1792 „	17,7	18,6
1910	ca. 570,0	ca. 670,0

Die Kopfquote des Außenhandels war (in Mark nach Sombart):

	im 18. Jahrhundert	um 1910
Holland	300	1700
England	70	550
Frankreich	40	350
Portugal	30	110
Spanien	20	75
Deutschland	15	270
Italien	15	140
Rußland	—	80

Gegensätze. Es blieb der kapitalistischen Produktionsweise vorbehalten, auf der einen Seite eine Klasse von Milliardären zu entwickeln und auf der anderen Seite die Masse des Volkes zur Besitzlosigkeit zu verdammen. Während der einfache Arbeiter mit einem Jahreseinkommen von 3000 Franken oder 2500 Mark seine Familie ernähren, kleiden, behausen und seine Kinder aufziehen muß, verfügt der Kapitalmagnat über ein jährliches Einkommen von Hunderttausenden oder Millionen*. Angesichts dieser Tat-

* Nach Mulhall war 1895/1898 die Vermögensverteilung Großbritanniens:

	Zahl der Familien	%	Vermögen pro Fam.	Gesamtsumme Millionen	%
Millionäre	700	0,01 %	885 000	599	6,4 %
Sehr reiche Leute	9 560	0,14 %	190 000	1 854	19,6 %
Reiche Leute	148 250	2,18 %	26 500	3 928	41,8 %
Wohlhabende	730 500	10,7 %	3 200	2 336	24,9 %
Um die Existenz Kämpfende	2 008 000	29,47 %	340	680	7,3 %
Arme	2 916 000	57,5 %	000	000	0,0 %

Ueber 10 000 Millionäre und sehr Reiche besaßen 26 %, ca. 150 000 Reiche fast 42 %, ¾ Millionen Wohlhabende 25 %, der Rest nur 7 % des nationalen Reichtums.

Für 1905/1909 gelangte Chiozza Money auf Grund der Ergebnisse der britischen Erbschaftsstatistik zu ähnlichen Zahlen:

Von 20 Milionen Erwerbstätigen besitzen bloß 2 446 000 ein Vermögen. 17,5 Millionen Arme besitzen nur 300 Millionen Pfund; 1,5 Millionen um die Existenz kämpfende 327 Millionen Pfund; 0,9 Milionen Wohlhabende und Reiche dagegen 8 049 Millionen Pfund.

Die Reichen verfügen über ein Einkommen von 634 Mill. Pfund (280 000 Familien zu 5 Personen mit mindestens 700 Pfund Einkommen); die Wohlhabenden (820 000 Familien, 160—170 Pfund) über 275 Mill. Pfund; die Armen (ca. 8 Mill. Familien, unter 160 Pfund) 935 Mill. Pfund.

Stamp stellt eine Anzahl von Schätzungen des englischen Volksreichtums zusammen. Dabei ist zu beachten, daß 1835/1852 steuerfrei waren Einkommen von 150 Pfund Sterling, 1864/1875 von 100 Pfund, 1881/1891 von 150 Pfund, 1903/1914 von 160 Pfund. Auch diese Zahlen sind nicht ganz zuverlässig, geben aber doch einen annäherungsweisen Ueberblick über die Entwicklung des englischen Nationalreichtums.

		Gesamtes Volkseinkommen	Steuerpflicht. Einkomm.	Steuerfrei	Mittelstand	Arbeiter
		in Millionen Pfund Sterling				
1688		43	—	—	—	—
1740		64	—	—	—	—
1800		230	—	—	—	—
1835—1840	Giffen	515	250	265	94	171
1867	Baxter	814	396	418	94	324
1883	Giffen	1270	602	668	118	550
1904	Money	1710	830	880	225	655
1908	Fabier	1920	—	—	—	730

sachen kann nur blinde Voreingenommenheit den stets wachsenden Gegensatz von herrschender und beherrschter Klasse übersehen.

§ 13. Die Konkurrenz.

Im Liberalismus schuf sich das aufstrebende Bürgertum jene Ideologie, welche die Anarchie des Konkurrenzkampfes als das ordnende Lebensprinzip der kapitalistischen Gesellschaft proklamierte. Im Kampf aller gegen alle, in der unerbittlichen Anspannung aller Kräfte des Einzelnen sollte sich der gesellschaftliche Fortschritt verwirklichen. Aber sowohl auf wirtschaftlichem, wie auch auf politischem Gebiete wurde die Lehre des Liberalismus abgelöst von Taten des Kollektivismus. Die Gesellschaft ist nicht nur eine Summe von Individuen, ein in Einzelatome auseinander splitternder Körper. Die gesellschaftliche Bindung erwies sich stärker als jede Theorie. Denn gerade das Prinzip der Konkurrenz, welches immer weitere Gebiete der Wirtschaft ergriff, führte mit Notwendigkeit zur immer stärkeren Verflechtung der Einzelwirtschaft in den Gesamtorganismus der National- und Weltwirtschaft.

In den vorangehenden Kapiteln (im speziellen in § 10) erkannten wir, wie auf Grund des Wertgesetzes der vorkapitalistischen Warenproduktion die Mehrwertbildung zur Grundlage der kapitalistischen Profitbildung wird. Wir stellten fest, daß sich selbst bei Annahme einer konstanten Mehrwertrate die Höhe der Profitrate entsprechend der wechselnden organischen Zusammensetzung des Kapitals ändern muß. Denn die Profitrate wird berechnet als das Verhältnis des erzielten Profits zum vorgeschossenen Kapital. Und der Mehrwert, welcher in der Sphäre eines einzelnen produktiven Kapitals produziert wird, ist gegeben durch die Größe des variablen Kapitals und die Höhe der Mehrwertrate. Steigerung der organischen Zusammensetzung, wie auch Verlängerung der Umschlagszeit des Kapitals erniedrigen die Profitrate:

I. Kapital mit niedriger organischer Zusammensetzung:
200 000 Fr. variables Kapital, 100 000 Fr. konstantes Kapital,
Mehrwertrate 100%,
Profitrate: 200 000 Fr. auf 300 000 Fr. Kapital,
= $66^2/_3$%.

II. Kapital mit hoher organischer Zusammensetzung:
200 000 Fr. variables Kapital, 800 000 Fr. konstantes Kapital,
Mehrwertrate 100%,
Profitrate: 200 000 Fr. auf 1 000 000 Fr. Kapital,
= 20%.

III. Kapital mit verlängerter Umschlagszeit:
200 000 Fr. variables Kapital, 800 000 Fr. konstantes Kapital,
500 000 Fr. Zuschußkapital,
Mehrwertrate 100%,
Profitrate: 200 000 Fr. auf 1 500 000 Fr. Kapital,
= $13^2/_3$%.

Trotz gleicher Mehrwertrate sinkt die Profitrate von 66% auf 20% resp. 13%. Es ist dennoch eines der auffälligsten Merkmale der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung, daß die Profitraten der verschiedenen Produktionssphären zu einer mehr oder weniger deutlich ausgeprägten Durchschnittsprofitrate ausgeglichen werden. Die Unterschiede der Profitraten von Kapitalien, die in verschiedenen Produktionszweigen angelegt werden, sind nicht so groß, wie wir auf Grund des einfachen Wertgesetzes erwarten sollten. Der Durchschnittskapitalist investiert nur dann in einem bestimmten Produktionszweige Kapital, wenn er mindestens den durchschnittlichen Profit erzielen kann. Wie läßt sich nun diese Tatsache der Bildung einer Durchschnittsprofitrate mit dem Wertgesetze in Einklang bringen? Dies war die Aufgabe, welche sich Marx im 3. Bande seines Hauptwerkes stellte.

In grundsätzlicher Beziehung sei zunächst das Folgende vorausgeschickt. Die nationalökonomische Theorie soll im Sinne des historischen Materialismus nicht nur eine einfache statische Beschreibung der einmal gegebenen volkswirtschaftlichen Erscheinungen sein. Im Gegenteil! Die theoretischen Ableitungen sollen gleichzeitig eine sinngemäße Rekapitulierung der geschichtlichen Entwicklung darstellen. Und so ist auch die Bildung der Durchschnittsprofitrate nicht zu begreifen als Ausfluß der Gültigkeit des einfachen Wertgesetzes, sondern als historisch gewordene Modifikation desselben.

Das Wertgesetz in seiner einfachsten Form W — G — W besitzt nur beschränkte geschichtliche Gültigkeit*. Es gilt in dieser einfachen Form nur innerhalb der einfachen Warenproduktion, wo der einzelne Produzent noch mit eigenen Produktionsmitteln arbeitet und bloß Ueberschüsse der Werkstatt auf dem Markte getauscht werden. Das einfache Wertgesetz ist der Ausdruck des Konkurrenzkampfes der Produzenten um die verschiedenen Produktions- und Absatzmöglichkeiten. Schon der Uebergang von der einfachen Warenproduktion zur kapitalistischen Warenproduktion, die Bildung und Entstehung des Mehrwertes bedeutet eine innere Modifikation des Wertgesetzes und der Verhältnisse der einfachen Warenproduktion, indem neben dem allgemeinen Warenmarkte der Arbeitsmarkt entsteht. Zwar bildet das Wertgesetz der einfachen Warenzirkulation immer noch den Rahmen der aufkommenden kapitalistischen Produktionsweise, aber es beginnen sich bereits Tendenzen zu äußern, welche das Wertgesetz der einfachen Warenzirkulation in das Wertgesetz der kapitalistischen Warenzirkulation oder das Produktionspreisgesetz umwandeln**.

In den einfachen Verhältnissen der frühkapitalitsischen Epoche mögen in der Tat jene Verschiedenheiten der Profitrate aufgetreten sein, welche wir zunächst als Ausdruck der Differenzierung der organischen Zusammensetzung des Kapitals erwarten

* Siehe Engels letzte Arbeit in der «Neuen Zeit».

** «Die Modifikation selbst kann nur hervorgerufen werden durch eine andere Stellung der Mitglieder der Gesellschaft in der Produktion — sie muß durch sie hervorgerufen werden, weil ja nur im Tauschakt der gesellschaftliche Zusammenhang nicht nur der Produktion, sondern auch der Produzenten sich durchsetzt. Die Enteignung des einen Teiles der Gesellschaft und der Monopolbesitz der Produktionsmittel des anderen Teiles modifiziert naturgemäß den Austausch, da nur in ihm diese Ungleichheit der Gesellschaftsmitglieder in Erscheinung treten kann. Da aber der Tauschakt eine Gleichheitsbeziehung ist, erscheint die Ungleichheit jetzt als Gleichheit nicht mehr des Wertes, sondern des Produktionspreises, also die Ungleichheit des Arbeitsaufwandes (zugleich die Gleichgültigkeit der Kapitalisten gegen den Arbeitsaufwand als Arbeitsaufwand Fremder) in der Gleichheit der Profitrate. Diese Gleichheit drückt nichts anderes aus, als daß in der kapitalistischen Gesellschaft das Entscheidende das Kapital ist; deshalb steht der einzelne Tauschakt nicht mehr unter der Bedingung: Gleiche Arbeit gegen gleiche Arbeit, sondern: für gleiches Kapital gleichviel Profit. Die Arbeitsgleichung ist ersetzt durch die Profitgleichung und die Produkte werden nicht zu ihren Werten, sondern zu den Produktionspreisen verkauft» (Hilferding: «Finanzkapital» S. 6/7).

können. Der Ausgleich der Profitraten zum Durchschnittsprofit ist ein Prozeß, der sich langsam und in Stufen vollzieht. Der Uebergang von der Territorialwirtschaft zur nationalen Volkswirtschaft ist begleitet vom Ausgleich der verschiedenen lokalen Profitraten zu einer nationalen Durchschnittsprofitrate, die Entwicklung von der nationalen Volkswirtschaft zur umfassenden Weltwirtschaft wird begleitet vom Ausgleich der verschiedenen nationalen Durchschnittsprofitraten. Staatlicher, zollpolitischer Eingriff, Beschränkungen der Ein- und Auswanderung, Einfuhrverbote vermögen zwar diesen Ausgleich zu hemmen, aber doch nicht zu unterbinden.

Auf der Stufe des Frühkapitalismus erscheint die Differenzierung der Profitraten der mehr oder minder großen Tüchtigkeit der Unternehmer geschuldet. Sie wird überdeckt durch das Auftreten von Extraprofiten, welche der mit modernen Arbeitsmethoden produzierende Fabrikant verglichen mit dem Handwerker erzielt. Die Zahl der kapitalistischen Unternehmungen ist noch relativ klein, ihre Produktionskapazität gering, die Wirtschaft starken ökonomischen und politischen Wechselfällen ausgesetzt, die Volkswirtschaft in einzelne kleine, durch die Transportverhältnisse räumlich abgegrenzte Wirtschaftsgebiete mit nur geringem wirtschaftlichen Zusammenhang zerrissen, die wirtschaftliche Bildung minimal und bloß sporadisch verbreitet. Alles Momente, welche die Differenzierung der Profitrate begünstigen.

Aber schon innerhalb eines solchen kleineren Wirtschaftsgebietes äußert sich — wenn wir längere Zeiträume berücksichtigen — die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten. In jedem einzelnen kleinen Wirtschaftsgebiete bildet sich eine eigene Durchschnittsprofitrate heraus, deren Höhe durch die Naturbedingungen der Arbeit, die Schulung und Geschicklichkeit der Arbeiter, die rechtlichen Verhältnisse gegeben ist.

Während dem Uebergang von der Territorialwirtschaft zur Nationalwirtschaft, der durch die staatliche, politische und wirtschaftliche Vereinheitlichung der nationalen Wirtschaftsgebiete (Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes, einheitliches Münz-, Geld-, Steuer- und Finanzwesen) eingeleitet wird, wiederholt sich der Prozeß der Bildung der Durchschnittsprofitrate auf höherer Stufenleiter. Die im einzelnen von einander differierenden Durchschnittsprofitraten der kleinen territorialen Wirtschaftsgebiete werden dank der Freizügigkeit des Kapitals und der Bevölkerung

mehr und mehr zu einer allgemeinen nationalen Durchschnittsprofitrate ausgeglichen, welche Durchschnittsprofitrate wiederum ganz beträchtlich abweichen kann von den Durchschnittsprofitraten anderer Nationen.

Die Bildung der Durchschnittsprofitrate ist eine Folge des Konkurrenzkampfes des Kapitals um seine Verwertungsmöglichkeiten. Dieser Konkurrenzkampf entkleidet das Kapital seines individuellen Charakters, er läßt das Kapital als das erscheinen, was es wirklich ist, als ein soziales Verhältnis, als eine gesellschaftliche Macht. Bestimmt noch auf der Stufe der einfachen Warenproduktion die Arbeit den Tauschwert der Waren, so auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion das Kapital. Gilt das einfache Wertgesetz ohne Einschränkung in einer Gesellschaft einfacher Warenproduzenten, wird dieses Wertgesetz beim Uebergang zur kapitalistischen Produktion — ohne den formalen Rahmen der Warenzirkulation zu sprengen — erweitert durch Reduktion des Wertes der Arbeitskraft auf die gesellschaftlich notwendige Arbeit, so ändern sich mit wachsender Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise schließlich auch die Austauschverhältnisse und Wertverhältnisse der Waren selbst. Die Waren werden nicht mehr zu ihren Werten, sie werden zu Produktionspreisen ausgetauscht. Die Eigner der Waren treten sich nicht mehr als gleichberechtigte Warenproduzenten, sie treten sich als Vertreter mehr oder minder großer Kapitalmassen gegenüber.

Mit der Bildung der Durchschnittsprofitrate ist die Aenderung der Austauschverhältnisse der Waren keineswegs erschöpft. Die Spaltung des Profites in Zins und Unternehmergewinn, die Abspaltung der Grundrente vom Mehrwert, Kaufmannsprofite, die Gewinne des Bankkapitals, die Monopolgewinne von Trusts, Syndikaten und Kartellen sind ebensolche Folgen veränderter Produktionsverhältnisse, welche rückwirkend die wirtschaftlichen Austauschverhältnisse beeinflussen. Die Bildung des Tauschwertes der Waren ist ein gesellschaftlicher Prozeß, «der sich hinter dem Rücken der Produzenten vollzieht». Entspringt der Arbeitswert dem Konkurrenzkampfe der Arbeiter (hier als einfache Warenproduzenten genommen) um die Arbeit, die Durchschnittsprofitrate dem Konkurrenzkampfe des Kapitals um die Anlagesphären, so spaltet sich der Durchschnittsprofit in Zins und Unternehmergewinn dank dem Auftreten des Leihkapitals, verdankt der Grund-

besitzer seine Grundrente der rechtlichen Schranke des Grundeigentums, leitet sich der Kaufmannsprofit her aus einer Spaltung des produktiv angelegten Kapitals in Produktionskapital und Zirkulationskapital, stützt sich der Gewinn des Bank- und Finanzkapitals auf die Kontrolle des gesellschaftlichen Geld- und Kapitalmarktes, häuft sich der Monopolgewinn der Trust's und Syndikate als Ausfluß einer sozialen Machtorganisation. Immer aber bildet das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion historisch wie auch theoretisch* den Ausgangspunkt für die sinngemäße Erfassung der Modifikation der Austauschverhältnisse. Nur dann, wenn das einfache Wertgesetz, wie es von Marx im I. Bande des «Kapitals» entwickelt wurde, sich auf die nämlichen Produktions- und Austauschverhältnisse beziehen würde, wie das modifizierte Wertgesetz des III. Bandes, vermöchte die bürgerliche Kritik mit Recht den Marxismus des inneren Widerspruches zu beschuldigen. Diese «Widersprüche» sind dialektischer Natur. Sie verdanken der getreuen theoretischen Nachbildung der ökonomischen Entwicklung ihre Entstehung. Das Mittel zur Entfaltung dieser Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bildet die Konkurrenz.

Die Konkurrenz setzt den Markt voraus. Dieser entwickelt sich mit und durch die Ausbreitung des Handels. Bereits in den primitiven Anfängen des durch Geld vermittelten Handels betätigt sich im Handel eine spezielle Art von Kapital, das Handels- oder Kaufmannskapital.

Wachsende Ausdehnung der Warenproduktion bedeutet wachsende Mannigfaltigkeit der auszutauschenden Warengattungen. Aus dem Lokalmarkt entsteht der nationale Markt und schließlich der Weltmarkt. Der Umfang des Warenmarktes nimmt aus mehrfachen Gründen zu. Einmal, weil ein immer größerer Teil der jährlich von der Gesellschaft produzierten Güter Warenform annimmt. Dann, weil die steigende Produktivität der Arbeit, Erfindungen und Entdeckungen, die Ausdehnung des Weltmarktes die Anzahl der Warenarten und Warengattungen vervielfacht. Und schließlich wächst die Masse des ausgetauschten Warenquantums, weil sich die Bevölkerung, dank gesicherter

* Das Arbeitswertgesetz bestimmt auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion zwar nicht mehr den einzelnen Tauschakt, es fixiert aber die absolute Wertsumme des in der Produktion im Laufe eines Jahres erzeugten Neuwertes. Dieser ist notwendigerweise begrenzt durch die zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Existenzbedingungen nicht nur relativ, sondern auch absolut sehr stark vermehrt. Der Handel hat so auf den Märkten nicht nur dem Werte, sondern auch der Quantität nach immer größere Warenmengen umzusetzen. Spezialisierung, Differenzierung der Märkte einerseits, wachsende Konzentration und Zentralisation des Marktverkehrs andererseits sind die gegebene Folge.

Die Märkte passen sich zwangsläufig dem Pulsschlag des wirtschaftlichen Lebens an. Die Hauptumsätze der Rohstoffmärkte — soweit es sich bei den Rohstoffen nicht um Produkte der extraktiven Bergbauindustrie handelt — fallen mit der Ernte zusammen. Der Holzhandel wird im Winter abgewickelt. Der Weinhandel im Herbst. Die Weizenbörse setzt im Sommer (auf der nördlichen Halbkugel) die Getreideernte um. Aber auch noch in anderer Hinsicht bestimmen die Produktionsbedingungen die Entwicklung und Ausgestaltung der Märkte. Der Markt einer bestimmten Warengattung wird im wirtschaftlichen Zentrum jenes Landes konzentriert, das dank natürlichen, geographischen, wie anderen Vorteilen den bestimmenden Einfluß in der Produktion der betreffenden Warengattung und damit auch im Handel ausübt. Die Weltgetreidebörse liegt im reichsten Getreidegebiet der Welt, in Chicago. Der Kupfermarkt wird von den Vereinigten Staaten kontrolliert. Der Zinnmarkt ist in London niedergelassen, weil England in Cornwall vor Erschöpfung der betreffenden Gruben die reichsten Zinnerzvorkommen der Welt besaß. Dank der ökonomischen Vormachtstellung Großbritanniens verblieb aber der Zinnmarkt auch dann noch in London, als die Zinnproduktion ihr Schwergewicht in die britischen Kolonien Hinterindiens (Straits Settlements) verlegen mußte. Der Preis der Baumwolle wird an der New-Yorker Börse festgesetzt, dem wichtigsten Handelsplatz des Großproduzenten und an der Börse von Liverpool, dem wirtschaftlichen Zentrum des wichtigsten Baumwollkonsumenten. Bestimmend in die Ausbildung eines speziellen Marktes greifen neben rein ökonomischen auch historische und soziale Momente ein.

Am Wesen des Marktes wird durch die quantitavie und qualitative Differenzierung nicht das geringste geändert. Der Markt bleibt ökonomisch gesehen ein Ort, wo sich die Marktparteien der Käufer und Verkäufer gewisser Waren zum Zweck der Abwicklung des Tauschgeschäftes

$W_1 \rightarrow G \rightarrow W_2$, resp. $W_1 \rightarrow G \quad G \rightarrow W_2$ begegnen.

Die Marktparteien der Käufer und Verkäufer unterstehen dem Zwange der Konkurrenz. Angebot und Nachfrage werden durch die Verhältnisse und Bedürfnisse der Produktion bestimmt. Jeder Konsument kann nur nach Maßgabe seines gegenwärtigen (ev. zu erwartenden, zukünftigen) Anteils am Produktionsprozeß auf dem Markte als Käufer auftreten; wenn wir absehen von jenen Fällen, da der Käufer als Schatzbildner über größere Geldbeträge verfügt. Aber auch diese Fälle setzen früheren Tausch oder freiwillige oder unfreiwillige Uebertragung von Tauschwerten voraus.

Auf dem Markt bindet einzig der persönliche Vorteil die Handlungen der Käufer und Verkäufer in verpflichtende Schranken. Die Staatsgewalt als oberstes gesellschaftliches Organ ist nach liberaler Auffassung nur dazu verpflichtet, Ruhe und Ordnung zu sichern, Leben und Eigentum des Einzelnen zu garantieren. Auf dem Markte gilt mehr als anderswo in der kapitalistischen Gesellschaft das Prinzip: Jeder ist sich selbst der Nächste.

Der Produktionsprozeß kann ohne ein gewisses Minimum von gegenseitiger kameradschaftlicher Unterstützung und hingebungsvoller Zusammenarbeit der in einem bestimmten Produktionsakt tätigen Produzenten nicht auskommen. Auf dem Markte aber herrscht das Prinzip der Konkurrenz in seiner ganzen zynischen Offenheit und brutalen Rücksichtslosigkeit. Wenn sich dennoch im Laufe der Zeit gewisse Handelsusancen herausbildeten, so nur deshalb, weil die ökonomischen Notwendigkeiten, die Bedürfnisse des Produktionsprozesses dazu zwangen.

Die Konkurrenz vermittelt den gesellschaftlichen Zusammenhang in antagonistischer Art und Weise. Sie vermittelt ihn dadurch, daß sie jeden gegen alle anderen führt. Gerade dank der Regellosigkeit der einander widerstreitenden individuellen Strebungen kann sich das ökonomische Gesetz als allgemeine Regel durchsetzen. Allerdings darf nicht übersehen werden, daß der Markt bloß eine Art Rahmen ist, innerhalb dessen sich die bereits durch andere Verhältnisse bestimmten wirtschaftlichen Kräfte in Preisfestsetzungen umsetzen können. Die wirtschaftlich treibenden Kräfte können nur durch die Betrachtung der Produktionsverhältnisse, durch den Rückgriff von der Sphäre der Warenzirkulation auf die Sphäre der Warenproduktion theoretisch fixiert und festgelegt werden. Die Akteure des Marktes sind nicht nur Händler, sie sind letzten Endes Produzenten oder Konsumenten oder deren ökonomische Repräsentanten. Theoretische Vor-

stellungen, welche diese Tatsache nicht berücksichtigen, müssen daher an der Oberfläche der wirtschaftlichen Erscheinungen haften bleiben.

So auch die Schule des Grenznutzens. Gewiß haben die Vertreter der Theorie des Grenznutzens manchen wertvollen Beitrag zum psychologischen Verständnis gewisser Markterscheinungen beigesteuert, aber die Theorie des Grenznutzens versagt als Ganzes beim Versuch, auf die Theorie der Marktvorgänge eine Gesamttheorie des volkswirtschaftlichen Gesamtprozesses aufzubauen. Auch in praktischer Hinsicht haben die Vorstellungen der Grenznutzentheorie, wonach z. B. die Preise der Waren durch die Gestehungskosten der «Grenzproduzenten» bestimmt werden, nur geringe Bedeutung, da es kaum jemals einem Grenznutzentheoretiker gelingen dürfte, die reellen Preisbildungsvorgänge derart im einzelnen zu analysieren, daß der Grenzproduzent festgestellt werden könnte. Die moderne Volkswirtschaft gleicht einem System von unendlich vielen Gleichungen, mit unzählig vielen Unbekannten, dessen Lösung durch die Konkurrenz selbst vollzogen wird. Die Bildung der Preise ist ein Prozeß, welcher erst nach seinem Abschuß erkennen läßt, welche Kräfte den Marktpreis endgültig fixiert haben. Es genügt daher, wenn die volkswirtschaftliche Theorie den Prozeß der Preisbildung in den wesentlichen Grundzügen zu verfolgen erlaubt, sodaß denn auch Marx die grundsätzlich wichtigsten Resultate der Grenznutzentheorie bereits im 10. Kapitel des III. Bandes des «Kapitals», wenn auch in einfacherer und durchsichtigerer Formulierung vorweggenommen hat. Marx konnte bewußt darauf verzichten, auf die theoretische Erörterung der Markterscheinungen auch vom psychologischen Standpunkte einzutreten, weil damit die Bewegungsgesetze der Wirtschaft doch nicht verständlich gemacht werden können. Die Beschreibung der Marktvorgänge kann wohl Illustration, aber nicht Erklärung der ökonomischen Gesetze sein.

Treten sich auf dem «Markte» nur ein Käufer und ein Verkäufer gegenüber, so ist der Tausch ein psychologisches Problem, eine Frage der Freundschaft, der Sympathie oder Antipathie, der Bedürfnisse, der Art der auszutauschenden Güter, ev. gar ein Problem der körperlichen Stärke. Bei einem derartigen Tauschgeschäft von Preisen zu sprechen, ist ein offenbarer logischer Zirkelschluß. Das wirklich zustande gekommene Austauschverhältnis ist nur ein zufälliges Tauschverhältnis, welchem bloß dann

gesetzmäßige, ökonomische Bedeutung zukommen würde, wenn es Reflex allgemeinerer, sozialer Preisgestaltung wäre, d. h. wenn Käufer und Verkäufer ihren Tauschwünschen die allgemein üblichen Tauschverhältnisse, wie sie etwa durch die gegenwärtige Marktlage gerade gegeben sind, zu Grunde legen würden. Dann aber ist nicht mehr der betrachtete individuelle Tauschakt, sondern der offene kapitalistische Markt das preisbestimmende Element. Nur die Abweichungen von dem sozialen Marktpreis würden sich in diesem Falle aus psychologischen Gründen erklären lassen.

Stehen auf dem «Markte» einem Käufer zwei Verkäufer gegenüber, so wird der Käufer dem billigeren Angebote zuschlagen. Wir sehen schon bei diesem einfachen Beispiel das Gesetz der Konkurrenz wirksam, wonach jene Marktpartei, welche augenblicklich die schwächere ist, durch die Konkurrenz ihrer Glieder sofort auseinander fällt, während die stärkere Seite als scheinbar geschlossene Einheit auftritt*. Je größer die Parteien der Käufer und Verkäufer, umso reiner setzt sich das ökonomische Gesetz durch. Der einheitliche Marktpreis entsteht durch den Ausgleich der individuell geforderten und erwarteten Einzelpreise als blind wirkendes Gesetz, sodaß der einheitliche Marktpreis nur durch objektive, vom Willen des Einzelnen unabhängige Gründe bestimmt sein kann.

Bloß deshalb, weil Fabrikant A von der Gefahr des Konkurses bedroht ist, oder Fabrikant B durch Bruch eines Rades der Transmission seine Produktionskosten über die Produktionskosten seiner Konkurrenten wachsen sieht, beginnen die Preise noch nicht zu steigen, da neben den Fabrikanten A und B die Fabrikanten C, D, etc. ihre Ware zu Produktionspreisen auf den Markt bringen, welche den durchschnittlichen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entsprechen. Auch die Grenznutzentheorie sieht sich daher gezwungen, sobald sie von der individuellen Preisbestimmung zur Preisbestimmung von auf dem Markte gehandelten Waren übergeht, das preisbestimmde Moment in die Produktionskosten und nicht mehr in das individuelle Bedürfnis zu verlegen. Der Anspruch der Grenznutzentheorie, schon aus dem einzigen Grunde eine umfassendere Theorie der Tauschwertbildung darzustellen, weil sie auch derart seltene Akte wie den Kauf eines Gemäldes oder den Preis von gealtertem Wein ver-

* l. c. «Kapital» III., Seite 173.

ständlich mache, beruht auf falschen Voraussetzungen. Denn eine einzelne Handlung, außerhalb aller Zusammenhänge betrachtet, kann nur zufälligen, nicht gesetzmäßigen Charakter tragen. Das Gesetz ist eine Regel. Um eine Handlung als ökonomische Handlung betrachten zu können, muß sie dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß eingegliedert sein. Dieser ist aber nur als kontinuierlicher, stetiger, in Raum und Zeit sich abspielender Produktions- und Konsumationsprozeß zu begreifen.

Daß noch weniger als die auf psychologischer Basis arbeitende Grenznutzentheorie die Lehre der Preisbestimmung durch Angebot und Nachfrage den Vorgang der Bildung der Marktpreise verständlich machen kann, ist unschwer zu erkennen. Gleichbleibende Marktpreise bedeuten im allgemeinen Deckung von zahlungsfähiger Nachfrage und Angebot. Wechseln Angebot und Nachfrage, so verändert sich der Marktpreis, bis sich Angebot und Nachfrage von neuem decken.

«Da nun beide Male kein Unterschied im Verhältnis von Nachfrage und Zufuhr ist, wohl aber ein Unterschied in der Größe des natural price [hier = Wert der Ware] selbst, so ist dieser offenbar unabhängig von Nachfrage und Zufuhr bestimmt und kann also am wenigsten durch diese bestimmt werden ... Damit eine Ware zu ihrem Marktwert verkauft wird, d. h. im Verhältnis zu der in ihr enthaltenen gesellschaftlich notwendigen Arbeit, muß das Gesamtquantum gesellschaftlicher Arbeit, welches auf die Gesamtmasse dieser Warenart verwandt wird, dem Quantum des gesellschaftlichen Bedürfnisses für sie entsprechen, d. h. des zahlungsfähigen gesellschaftlichen Bedürfnisses. Die Konkurrenz, die Schwankungen der Marktpreise, die den Schwankungen des Verhältnisses von Nachfrage und Zufuhr entsprechen, suchen beständig das Gesamtquantum der auf jede Warenart verwandten Arbeit auf dieses Maß zu reduzieren ...»*.

Die Zufuhr kann gleichgesetzt werden der Summe der Waren der Verkäufer einer bestimmten Warenart, die Nachfrage gleich der Summe der Konsumenten derselben Warenart.

«Und zwar wirken die Summen aufeinander als Einheiten, als Aggregatkräfte. Der einzelne wirkt hier nur als Teil einer gesellschaftlichen Macht, als Atom der Masse, und es ist in dieser Form, daß die Konkurrenz den gesellschaftlichen Charakter der Produktion und Konsumation geltend macht. Die

* l. c. Seite 172.

Seite der Konkurrenz, die momentan die schwächere, ist zugleich die, worin der Einzelne unabhängig von der Masse seiner Konkurrenten und oft direkt gegen sie wirkt, und gerade die Abhängigkeit des einen von den andern fühlbar macht, während die stärkere Seite stets mehr oder minder als geschlossene Einheit dem Widerpart gegenüber tritt. Ist für diese bestimmte Sorte Ware die Nachfrage größer als die Zufuhr, so überbietet — innerhalb gewisser Grenzen — ein Käufer den andern und verteuert so die Ware für alle über den Marktpreis, während auf der andern Seite die Verkäufer gemeinsam zu einem hohen Marktpreis zu verkaufen suchen. Ist umgekehrt die Zufuhr größer als die Nachfrage, so fängt einer an, wohlfeiler loszuschlagen und die andern müssen folgen, während die Käufer gemeinsam darauf hinarbeiten, den Marktpreis möglichst tief unter den Marktwert herabzudrücken. Die gemeinsame Seite interessiert jeden nur, solange er mehr mit ihr gewinnt, als gegen sie ... Produziert ferner einer wohlfeiler und kann er mehr losschlagen, sich größeren Raums vom Markt [von uns gesperrt!] bemächtigen, indem er unter dem laufenden Marktpreis oder Marktwert verkauft, so tut er es, und so beginnt die Aktion, die nach und nach die andern zwingt, die wohlfeilere Produktion einzuführen, und die gesellschaftlich notwendige Arbeit auf ein neues geringeres Maß reduziert. Hat eine Seite die Oberhand, so gewinnt jeder, der ihr angehört; es ist, als hätten sie ein gemeinschaftliches Monopol geltend zu machen. Ist eine Seite die schwächere, so kann jeder für seinen eigenen Teil suchen der stärkere zu sein (z. B. wer mit weniger Produktionskosten arbeitet), oder wenigstens so gut wie möglich davonzukommen, und hier schert er sich den Teufel um seinen Nebenmann, obgleich sein Wirken nicht nur ihn, sondern alle seine Kumpane mitberührt»*.

Der Tauschakt vermittelt den gesellschaftlichen Stoffwechsel, verwandelt individuelle Arbeit in gesellschaftlich notwendige Arbeit. Daran ändert sich nichts,

«daß der Preis von Dingen, die an und für sich keinen Wert haben, d. h. nicht das Produkt der Arbeit sind, wie der Boden, oder wenigstens nicht durch Arbeit reproduziert werden können, wie Altertümer, Kunstwerke bestimmter Meister u. s. w. durch sehr zufällige [hier in der Tat Einflüsse vorwiegend psychologischer Natur] Kombinationen bestimmt werden kann. Um ein Ding zu verkaufen, dazu gehört nichts, als daß es monopolisierbar und veräußerlich ist»**.

* l. c. Seite 173/174.

** Band III/2, Seite 173. Böhm-Bawerk sagt: Ein Gut muß, um Wert zu haben, selten und nützlich sein; die sachliche Differenz zu Marx ist also geringfügiger Natur. Ein Gut ist nur dann monopolisierbar, wenn es selten ist, es ist nur dann veräußerlich, wenn es nützlich ist!

Der Tauschakt ist das Mittelglied, das Produktion und Konsumation zur Einheit zusammenschweißt. Die Konkurrenz der schwächeren Marktpartei fixiert den Marktpreis auf dem gesellschaftlich gültigen Niveau. Dieses ist in der einfachen Warenproduktion gleich dem Wert der Waren, gleich der zur Produktion und Reproduktion der Waren benötigten gesellschaftlichen Arbeitszeit. Die Produktionsmittel sind auf der Stufe der einfachen Warenproduktion noch relativ primitive Werkzeuge. Ihr Verschleißwert ist gering. Der durch die lebendige Arbeit der Ware zugesetzte Wert verhältnismäßig groß. Die organische Zusammensetzung der der Produktion vorgeschossenen Werte niedrig. Wenn auch in der einfachen Warenproduktion die Begriffe veränderliches und unveränderliches Kapital keine sinngemäße Anwendung finden können, weil der Begriff des Kapitals auf die einfache Warenproduktion noch gar nicht anwendbar ist, so können wir doch von zusätzlichem und von übertragenem Arbeitswert sprechen. Der zusätzliche Arbeitswert ist gleich dem Wert der zugesetzten Arbeit, welche sowohl notwendige Arbeit als auch Mehrarbeit umfaßt; der übertragene Arbeitswert ist gleich dem Verschleißwert der Produktionsmittel und dem Wert der verbrauchten Roh- und Hilfsstoffe. Der in Produktionsmitteln angelegte Wertteil ist klein gegenüber den für die Rohstoffe zu machenden Auslagen. Im Konkurrenzkampf innerhalb eines bestimmten Produktionszweiges entscheidet die manuelle Geschicklichkeit des Produzenten. Die einfache Warenproduktion ist die Produktion des Handwerks, der Zünfte, der Kasten und der Gilden. Abweichungen vom «gerechten» Lohn versucht die Zunftgesetzgebung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen unmöglich zu machen.

In der kapitalistischen Warenproduktion treten sich nicht mehr Produzenten gegenüber, die im Besitze eigener Produktionsmittel befindlich, die selbstverfertigten Waren auf den Markt bringen; da treten sich gegenüber Arbeiter und Kapitalisten, Produzenten und Konsumenten, Unternehmer und Leihkapitalisten. Auf dem Arbeitsmarkt bestimmt die Konkurrenz der Arbeiter die Höhe des Arbeitslohnes. Die Existenz der industriellen Reservearmee drückt den Arbeitslohn immer wieder auf das Existenzminimum herab. Diese Tatsache entspringt aus dem Doppelcharakter des Kapitals als Wert an und für sich und als zu verwertender Wert. Wenn dem Kapital die vom

Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt gestellten Bedingungen nicht zusagen, so zieht sich das Kapital vom Arbeitsmarkte zurück. Denn die Verwertung des Kapitals ist für dieses keine Existenzfrage. Wenigstens nicht momentan. Anstatt den angeeigneten Mehrwert zu verzehren, kann der Kapitalist einfach einen Teil seines Vermögens zur Bestreitung seines Lebensunterhaltes verbrauchen und die kapitalistische Verwertung seines Vermögens auf spätere Zeiten verschieben. Der Arbeiter aber kann nicht warten. Sein Arbeitslohn reicht stets nur für die unmittelbare Fristung der Lebensbedürfnisse während der Zeit seiner Arbeit. Ersparnisse müssen am Munde abgedarbt werden und werden nur zu rasch wieder in den unvermeidlichen Zeiten der Arbeitslosigkeit bis auf den letzten Rest aufgebraucht.

Auf dem kapitalistischen Warenmarkt treten sich die Käufer und Verkäufer nicht mehr als einfache Warenproduzenten, sondern als kapitalistische Produzenten gegenüber. Im Konkurrenzkampf entscheidet nicht mehr die Geschicklichkeit der Produzenten; wesentlich wird vor allem die Größe des angewandten Kapitals. Die Produzenten verwandeln sich in Kapitalisten.

In der einfachen Warenproduktion verteilt die Konkurrenz die manuelle Arbeit auf die verschiedenen Sphären der Produktion. Herrschen in dem einen Produktionszweig besonders günstige Arbeitsbedingungen, d. h. ist das Entgelt der Arbeit höher als in anderen Produktionszweigen, weil das Angebot an Waren die Nachfrage nicht erreicht, der Preis der Ware demnach hoch ist, so wird sich — sofern Monopolisierung der Produktion durch Zunftschranken etc. ausgeschaltet gedacht wird — diesem Produktionszweige eine vermehrte Zahl von Arbeitskräften zuwenden und so innert kurzer Frist durch vermehrte Produktion das gesteigerte Bedürfnis gedeckt werden.

Anders in der kapitalistischen Warenproduktion. Da konkurrenziert nicht mehr die Arbeitskraft um die verschiedenen Produktionssphären, sondern das Kapital. Der Arbeiter konkurrenziert nur noch um Arbeit an und für sich (die moderne Industrie ersetzt den gelernten Arbeiter durch ungelernte Handlanger, jugendliche und weibliche Hilfskräfte). Arbeitskraft und Produktionsmittel sind voneinander getrennt. Auf dem Arbeitsmarkt tritt das gesellschaftliche Gesamtkapital der Arbeitskraft als geschlossene Masse gegenüber, welche dem Arbeiter den Lohn

zudiktiert. Ueber die Anpassung der Produktion an die gesellschaftlichen Bedürfnisse entscheidet der Unternehmer. Dieser ist als Kapitalist bloß noch Verkörperung des kapitalistischen Willens zur Verwertung des Wertes im Verwertungsprozeß. Von Ausnahmefällen, wie philantropischen Neigungen und anderen Liebhabereien abgesehen, fungiert der Kapitalist nur noch als personifiziertes Kapital. Dem Kapital ist es vollkommen gleichgültig, ob der Kapitalprofit durch Fabrikation von Schuhwichse, Bohrung von Erdöl, Anbau von Kartoffeln, Guß von Kanonen und Maschinengewehren oder durch Fabrikation von Seiden- und Wollstoffen erzeugt sind. Ist doch dem Kapital der Gebrauchswert bloß verschwindender Träger von Tauschwert. Ob der Mehrwert in der Produktion entsteht, ob er als Profit in der Zirkulation angeeignet wird, ob der Umschlag des Kapitals kürzere oder längere Zeit in Anspruch nimmt, ob das Kapital hohe oder niedere organische Zusammensetzung besitzt, immer bewertet das Kapital Produktion wie Zirkulation nur als Anlagemöglichkeiten.

Durch die Bewegung der Konkurrenz der Kapitalien um die verschiedenen Anlagemöglichkeiten erscheint das Kapital als aliquoter Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, welches sui generis Anspruch erhebt auf einen aliquoten Teil am Gesamtmehrwert. Auf dem Kapitalmarkt streift das Kapital seinen besondern Charakter ab; es tritt nicht mehr als Leder-, Weizen-, Maschinen- oder anderes Kapital auf, sondern als Kapital schlechthin, als Verkörperung eines sozialen Produktionsverhältnisses. Aus dem Mehrwert entsteht der Profit, aus der Mehrwertrate die Profitrate.

«Bei der kapitalistischen Produktion handelt es sich nicht nur darum, für die in Warenform in die Zirkulation geworfene Wertmasse eine gleiche Wertmasse in anderer Form — sei es des Geldes oder einer anderen Ware — herauszuziehen, sondern es handelt sich darum, für das der Produktion vorgeschossene Kapital denselben Mehrwert oder Profit herauszuziehen, wie jedes andere Kapital von derselben Größe, in welchem Produktionszweig es auch angelegt sei; es handelt sich also darum, wenigstens als Minimum, die Waren zu Preisen zu verkaufen, die den Durchschnittsprofit liefern, d. h. zu Produktionspreisen. Das Kapital kommt sich in dieser Form selbst zum Bewußtsein als eine gesellschaftliche Macht, an der jeder Kapitalist teil hat im Verhältnis seines Anteils am gesellschaftlichen Gesamtkapital»*.

* l. c. Band III$_1$, Seite 175.

Da die Mehrwertrate durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes als gesellschaftliche Größe gegeben ist, Vergrößerung der Mehrwertrate in einzelnen Produktionszweigen außerordentlichen Umständen, wie vermehrter Konkurrenz der Arbeiter um bestimmte Arbeitsgelegenheiten (welche Konkurrenz allerdings immer wieder zum Ausgleich drängt) geschuldet ist, so müßte die Profitrate von Produktionszweig zu Produktionszweig wechseln, weil die organische Zusammensetzung des Kapitals von Produktionszweig zu Produktionszweig wechselt. Dank der Konkurrenz wird daher aus Produktionssphären hoher organischer Zusammensetzung mit entsprechend niedriger Profitrate Kapital nach Produktionszweigen mit niedriger organischer Zusammensetzung und entsprechend hoher Profitrate zurückfließen. So wird in Produktionszweigen hoher organischer Zusammensetzung die Produktion eingeschränkt, das Angebot an Waren wird verringert, die betreffenden Preise stabilisieren sich auf einem über dem Wert liegenden Niveau, während in Produktionszweigen niederer organischer Zusammensetzung die Produktion vermehrt, das Angebot erhöht und die Preise reduziert werden unter den Arbeitswert*. Ausgangspunkt dieser Tendenz zur Ausgleichung der Profitraten bilden die Warenwerte; nach erfolgtem Ausgleich haben sich die den Arbeitswerten entsprechenden Marktpreise in Produktionspreise umgewandelt.

* Genau genommen wird der Prozeß der Verwandlung der Arbeitswerte in Produktionspreise nicht so verlaufen, wie unsere statische Betrachtungsweise erwarten läßt. Produktionszweige hoher organischer Zusammensetzung (Bergbau, chem. Industrie etc.) sind Produktionszweige, die zeitlich später als die Produktionszweige niederer organischer Zusammensetzung auftreten und große Massen von Kapital absorbieren. Diese Produktionszweige können nur aus dem Akkumulationsfonds der Gesellschaft gespeist werden. Es wird daher in diesen Produktionszweigen immer nur so viel Kapital angelegt werden, als den Verwertungsbedingungen entspricht. Mit a. W., die Warenpreise sinken nicht auf das der gesteigerten Produktivität der Arbeit entsprechende Wertniveau, sie sinken bloß bis zum Niveau der Produktionspreise. Umgekehrt ermöglicht die Tatsache, daß in Produktionszweigen niederer organischer Zusammensetzung (Landwirtschaft, Detailhandel u. s. f.) der Produktionspreis niedriger als der Arbeitswert ist, die Bildung von Grundrente. Auch hier sinken die Preise nicht so tief, als dies theoretisch zu erwarten wäre. Es ist überhaupt ein wichtiger methodischer Gesichtspunkt, daß Renten und Monopolpreise nicht aus einer Steigerung der Preise, sondern aus der Stabilisierung der Preise auf einem ökonomisch überholten Niveau erklärt (siehe § 21) werden können.

Waren aus Produktionszweigen hoher organischer Zusammensetzung werden zu Produktionspreisen über dem Warenwert, Waren aus Produktionszweigen niedriger organischer Zusammensetzung werden zu Produktionspreisen unter dem Warenwert verkauft. Dadurch wird bloß die Verteilung des produzierten Mehrwertes unter die verschiedenen Produktionszweige verändert; unverändert bleiben Rate und Masse des produzierten Mehrwertes. Denn Rate und Masse des Mehrwertes werden bestimmt durch die Verhältnisse des Arbeitsmarktes. Nach wie vor ist der Klassengegensatz von Kapital und Arbeit das den Arbeitslohn bestimmende Moment. Auf dem Geld- und Kapitalmarkt ringt das Kapital nicht mehr um die absolute Höhe des realisierbaren Profites, es konkurrenziert bloß noch um die gleichmäßige Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtprofites auf die Individualkapitalien.

Da der Warenwert historisch und ökonomisch Ausgangspunkt der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten ist, ist die Realisierung der Durchschnittsprofitrate bloß ein ideales Gesetz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, dessen Verwirklichung durch die reale Bewegung des Marktes immer nur angenähert erreicht werden kann. Je größer das Anlagekapital im Vergleich zum Betriebs- und zum variablen Kapital, umso öfter wird die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate sich nicht rein durchsetzen können, umso ausgesprochener ist aber andererseits wiederum das Bestreben, die Profitrate zum Ausgleich zu bringen.

Die Basis, von der die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate ausgeht, ist durch relativ gleichartige organische Zusammensetzung des Kapitals gekennzeichnet. Erst der mit Entwicklung und Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise immer weiter ausgreifende technische Fortschritt, der die eine Gruppe von Produktionszweigen in viel intensiverem Masse erfaßt, als andere Gruppen von Produktionszweigen, erzeugt jene Unterschiede der inneren organischen Zusammensetzung des Kapitals, welche überhaupt erst die Konkurrenz der Kapitalien um die Produktionssphären weckt und hervorbringt.

Vorgängig der Ausgleichung der individuellen Profitrate zur allgemeinen Durchschnittsprofitrate werden die Profitraten der einzelnen Kapitalen eines Produktionszweiges zu einer Durchschnittsprofitrate des betreffenden Produktionszweiges ausgeglichen. Der Konkurrenzkampf schaltet

Betriebe mit unterdurchschnittlicher Profitrate zu Gunsten der Betriebe mit durchschnittlicher und überdurchschnittlicher Profitrate aus, ohne aber zu einem vollkommenen Ausgleich der Profitraten innerhalb eines bestimmten Produktionszweiges gelangen zu können. Geschicklichkeit des Unternehmers, natürliche und soziale Produktionsbedingungen, wie Lage des Betriebes zum Markt, Bedingungen des Rohstoffbezuges, Verhältnisse des lokalen Arbeitsmarktes, kleinere oder größere Tüchtigkeit der leitenden Beamten, Techniker und Angestellten sind oft von wesentlichem Einflusse auf das wirtschaftliche Ergebnis eines Betriebes. Durch Senkung des Marktpreises reißt der technisch und organisatorisch besser durchgebildete Betrieb größeren Marktraum an sich, wird der schlecht geführte Kleinbetrieb aus der Konkurrenz geworfen. Demnach umschließt die Konkurrenz des Kapitals um die kapitalistische Verwertungsmöglichkeit gegensätzliche Tendenzen: Innerhalb eines bestimmten Produktionszweiges senkt das Kapital durch Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, durch den Uebergang vom Kleinbetrieb zum Großbetrieb den Marktpreis entsprechend der gesteigerten Produktivität der Arbeit; zwischen den verschiedenen Produktionszweigen tendiert das Kapital auf einen allgemeinen Ausgleich der Profitraten. Mit der Ausgleichung der Profitrate zur Durchschnittsprofitrate ist verbunden die Tendenz zur Senkung der Marktpreise auf das der gesteigerten Produktivität der Arbeit entsprechende Niveau, wird der Mehrwert aus Produktionszweigen niederer organischer Zusammensetzung (Landwirtschaft) und kapitalistisch rückständigen Produktionsgebieten (Agrarländer) auf Produktionszweige hoher organischer Zusammensetzung (Schwerindustrie) und wirtschaftlich stark entwickelte Produktionsgebiete (Industrieländer) übertragen.

Hat sich der Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate einmal historisch durchgesetzt, so wird rückwirkend der Durchschnittsprofit zum Regulator des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Jeder Kapitalist, welcher sein Kapital produktiv zu verwerten gedenkt, will zum mindestens Durchschnittsprofit, wenn nicht Extraprofit erzielen. Die kapitalistische Anlage von Geld orientiert sich am Durchschnittsprofit.

Wie bestimmt sich nun die reelle Höhe der Durchschnittsprofitrate? Wir haben nicht nur historisch, sondern auch theoretisch vom Wertgesetz der einfachen Warenproduktion auszugehen.

Somit sind gegeben der Gesamtwert der gesellschaftlichen Jahresarbeit, die durchschnittliche Mehrwertrate, die Masse des gesellschaftlich produzierten Mehrwertes und das vorgeschossene, in der Produktion angelegte Gesamtkapital. Da durch den Konkurrenzkampf des Kapitals dieses nicht mehr den individuell angeeigneten Mehrwert als Profit realisiert, sondern Durchschnittsprofit, einen Profit entsprechend seinem aliquoten Anteil am gesellschaftlichen Gesamtkapital beansprucht, ist die Höhe der Durchschnittsprofitrate gegeben durch das Verhältnis der produzierten Mehrwertmasse zum Gesamtkapital der Gesellschaft. Jenes Kapital, dessen organische Zusammensetzung der durchschnittlichen organischen Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals entspricht, wird eine Profitrate aufweisen, deren Höhe mit der Höhe seiner individuellen Profitrate übereinstimmt. In allen anderen Fällen weicht die Durchschnittsprofitrate von der auf Grund der Gültigkeit des Wertgesetzes zu erwartenden individuellen Profitrate entweder nach oben oder nach unten ab.

Wir berechnen nach Marx den Produktionspreis und dessen Abweichungen vom Werte unter der vereinfachenden Annahme konstanter Umlaufszeit des angewandten produktiven Kapitals, da sich die gleichzeitige Berücksichtigung der Differenzen der Umschlagszeit der Kapitalien verschiedener Produktionssphären rechnerisch nicht mehr mit einfachen Hilfsmitteln bewältigen läßt. Und weil die organische Zusammensetzung der Kapitalien unabhängig ist von ihrer absoluten Größe, gegeben ist durch die prozentuale Verteilung des Gesamtkapitals zwischen konstantem und variablem Kapital*, drücken wir die organische Zusammensetzung eines Kapitals, das aus $^4/_5$ konstantem und $^1/_5$ variablem Kapital besteht, aus durch die Formel 80 c + 20 v. Ferner sei die Rate des Mehrwertes eine unveränderliche und zwar beliebige Rate (z. B. 100 %).

«Nehmen wir fünf verschiedene Produktionssphären mit jedesmal verschiedener organischer Zusammensetzung der Kapitalien, etwa wie folgt:

* «Die organische Zusammensetzung des Kapitals hängt in jedem Moment von zwei Umständen ab: Erstens vom technischen Verhältnis der angewandten Arbeitskraft zur Masse der angewandten Produktionsmittel; zweitens vom Preis dieser Produktionsmittel.» (Kapital III, 1. c. Seite 132).

Kapitale	Mehrwertrate	Mehrwert	Produktwert	Profitrate
I 80 c + 20 v	100 %	20	120	20 %
II 70 c + 30 v	100 %	30	130	30 %
III 60 c + 40 v	100 %	40	140	40 %
IV 85 c + 15 v	100 %	15	115	15 %
V 95 c + 5 v	100 %	5	105	5 %

Wir haben hier für verschiedene Produktionssphären bei gleichmäßiger Exploitation der Arbeit sehr verschiedene Profitraten, entsprechend der verschiedenen organischen Zusammensetzung der Kapitale. Die Gesamtsumme der in den fünf Sphären angelegten Kapitale ist = 500; die Gesamtsumme des von ihnen produzierten Mehrwerts = 110; der Gesamtwert der von ihnen produzierten Waren = 610. Betrachten wir die 500 als einziges Kapital, von dem I—V nur verschiedene Teile bilden (wie etwa in einer Baumwollfabrik in den verschiedenen Abteilungen, im Kardierraum, Vorspinnraum, Spinnsaal und Websaal verschiedenes Verhältnis von variablem und konstantem Kapital existiert und das Durchschnittsverhältnis für die ganze Fabrik erst berechnet werden muß), so wäre erstens die Durchschnittszusammensetzung des Kapitals von 500 = 390 c + 110 v, oder . . 78 c % + 22 v %. Jedes der Kapitale von 100 nur als $^1/_5$ betrachtet, wäre seine Zusammensetzung diese durchschnittliche von 78 c + 22 v; ebenso fielen auf jedes 100 als durchschnittlicher Mehrwert 22; daher wäre die Durchschnittsrate des Profits = 22 %, und endlich wäre der Preis von jedem Fünftel des von den 500 produzierten Gesamtproduktes = 122. Das Produkt von jedem Fünftel des vorgeschossenen Gesamtkapitals müßte also zu 122 verkauft werden. Es ist jedoch, um nicht zu ganz falschen Schlüssen zu kommen, nötig, nicht alle Kostpreise = 100 anzurechnen»*.

Es versteht sich, daß alle diese Ueberlegungen nur gelten, wenn angenommen wird, jedes Einzelkapital schlage einmal im Jahre um und die Umschlagszeit des konstanten Kapitals sei gleich der Umschlagszeit des variablen Kapitals.

«Bei 80 c + 20 v und Mehrwertrate = 100 % wäre der Totalwert der vom Kapital I = 100 produzierten Ware = 80 c + 20 v + 20 m = 120, wenn das gesamte konstante Kapital in das jährliche Produkt einginge. Nun kann dies wohl unter gewissen Umständen in gewissen Produktionssphären der Fall sein. Schwerlich jedoch da, wo das Verhältnis c : v = 4 : 1. Es ist also bei den Werten der Waren, die von je 100 der verschiedenen Kapitale produziert werden, zu erwägen, daß sie verschieden sein werden je nach der verschiedenen Zusammensetzung von c aus fixen und zirkulierenden Bestandteilen, und daß die fixen Bestandteile verschiedener Kapitale

* l. c. Seite 133/4.

selbst wieder rascher oder langsamer verschleißen, also in gleichen Zeiten ungleiche Wertquanta dem Produkt zusetzen. Für die Profitrate ist dies aber gleichgültig. Ob die 80 c den Wert von 80 oder 50 oder 5 an das Jahresprodukt abgeben, ob also das jährliche Produkt = 80 c + 20 v + 20 m = 120, oder 50 c + 20 v + 20 m = 90, oder 5 c + 20 v + 20 m = 45 ist in allen diesen Fällen ist der Ueberschuß des Wertes des Produktes über seinen Kostpreis = 20, und in allen diesen Fällen werden, bei Feststellung der Profitrate, diese 20 auf ein Kapital von 100 berechnet; die Profitrate des Kapitals I ist also in allen Fällen = 20%:

	Kapitale	Mehrwert	Profitrate	Verbrauchtes c	Wert der Waren	Kostpreis
I	80 c + 20 v	20	20%	50	90	70
II	70 c + 30 v	30	30%	51	111	81
III	60 c + 40 v	40	40%	51	131	91
IV	85 c + 15 v	15	15%	40	70	55
V	95 c + 5 v	5	5%	10	20	15
Summe	390 c + 110 v	110	110%	—	422	—
Durchschn.	78 c + 22 v	22	22%	—	-	—

Betrachtet man die Kapitale I—V wieder als ein einziges Gesamtkapital, so sieht man, daß auch in diesem Falle die Zusammensetzung der Summen der fünf Kapitale = 500 = 390 c + 110 v, also die Durchschnittszusammensetzung = 78 c + 22 c dieselbe bleibt; ebenso der Durchschnittsmehrwert = 22%. Diesen Mehrwert gleichmäßig auf I—V verteilt, kämen folgende Warenpreise heraus:

Kapitale	Mehrwert	Wert der Waren	Kostpreis der Waren	Preis der Waren	Profitrate	Abweichung des Preises vom Wert
I	20	90	70	92	22%	+ 2
II	30	111	81	103	22%	− 8
III	40	131	91	113	22%	+ 18
IV	15	70	55	77	22%	+ 7
V	5	20	15	37	22%	+ 17
		422		422		

Zusammengenommen werden die Waren verkauft 2 + 7 + 17 = 26 über und 8 + 18 . . unter dem Wert, sodaß die Preisabweichungen durch gleichmäßige Verteilung des Mehrwertes oder durch Zuschlag des durchschnittlichen Profits von 22 auf 100 vorgeschossenes Kapital zu den respektiven Kostpreisen der Waren I—V sich gegenseitig aufheben; in demselben Verhältnis, worin ein Teil der Waren über, wird ein anderer Teil unter seinem Wert verkauft.

Die Preise, die dadurch entstehen, daß der Durchschnitt der verschiedenen Profitraten der verschiedenen Produktionssphären gezogen und dieser Durchschnitt den Kostpreisen der verschiedenen Produktionssphären zugesetzt wird, sind die Produktionspreise. Ihre Voraussetzung ist die Existenz einer allgemeinen Profitrate und diese setzt wiederum voraus, daß die Profitrate in jeder besonderen Produktionssphäre für sich genommen, bereits auf ebensoviel Durchschnittsraten reduziert sind. Diese besonderen Profitraten sind in jeder Produktionssphäre = m/C, und sind . . aus dem Wert der Ware zu entwickeln. Ohne diese Entwicklung bleibt die allgemeine Profitrate (und daher auch der Produktionspreis der Ware) eine sinn- und begrifflose Vorstellung. Der Produktionspreis der Ware ist also gleich ihrem Kostpreis plus dem entsprechend der allgemeinen Profitrate, prozentig ihm zugesetzter Profit . . . Nehmen wir z. B. ein Kapital von 500, davon 100 fixes Kapital, wovon 10 % Verschleiß während einer Umschlagsperiode des zirkulierenden Kapitals von 400. Der Durchschnittsprofit für die Dauer dieser Umschlagsperiode sei 10 %. Dann wird der Kostpreis des während dieses Umschlages hergestellten Produktes sein: 10 c für Verschleiß, plus 400 (c + v) zirkulierendes Kapital = 410, und ihr Produktionspreis: 410 Kostpreis plus (10 % Profit auf 500) 50 = 460»*.

Der Produktionspreis ist gleich Kostpreis plus Durchschnittsprofit. Da die Kostpreise, resp. die Summe der Kostpreise aller in einem Jahr produzierten Waren nicht mit dem Werte des vorgeschossenen Kapitals übereinstimmen, stellt der Durchschnittsprofit, der dem einzelnen Kostpreis zugeschlagen wird, keineswegs einen bestimmten, für alle Kostpreise gleichen durchschnittlichen Prozentsatz des Kostpreises dar. Denn der dem Kostpreis zugeschlagene Durchschnittsprofit muß so bemessen sein, daß die Profitrate des der Produktion vorgeschossenen Kapitals unbeschadet seiner individuellen organischen Zusammensetzung wie auch seiner durchschnittlichen Umschlagszeit gleich der allgemein üblichen Durchschnittsprofitrate wird.

«Wenn ein Kapitalist also seine Ware zu ihrem Produktionspreis verkauft, so zieht er Geld zurück im Verhältnis zur Wertgröße des in der Produktion von ihm verzehrten Kapitals und schlägt Profit heraus im Verhältnis zu seinem vorgeschossenen Kapital als bloßem aliquoten Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals. Seine Kostpreise sind spezifisch. Der Profitzuschlag auf diesen Kostpreis ist unabhängig von seiner besonderen Produktionssphäre, ist einfacher Durchschnitt pro 100 des vorgeschossenen Kapitals. Unterstellen wir, die fünf verschiedenen Kapitalanlagen I—V im vorigen Bei-

* l. c. Seite 134 ff.

spiel gehörten einem Mann. Wieviel in jeder einzelnen Anlage von I—V auf je 100 des angewandten Kapitals an variablem und konstantem Kapital konsumiert würde in der Produktion der Waren, wäre gegeben, und dieser Wertteil der Waren I—V würde selbstredend einen Teil ihres Preises bilden, da mindestens dieser Preis erheischt ist zum Ersatz des vorgeschossenen und konsumierten Kapitalteiles. Diese Kostpreise wären also für jede Warengattung von I—V verschieden und würden als solche von dem Besitzer verschieden fixiert werden. Was aber die in I—V produzierten verschiedenen Massen von Mehrwert oder Profit beträfe, so könnte der Kapitalist sie sehr gut als Profit seines vorgeschossenen Gesamtkapitals rechnen, sodaß auf je 100 Kapital ein bestimmter aliquoter Teil fiele ... Und in dieser Weise ist in der Gesellschaft selbst — die Totalität aller Produktionszweige betrachtet — die Summe der Produktionspreise der produzierten Waren gleich der Summe ihrer Werte.

Diesem Satz scheint die Tatsache zu widersprechen, daß in der kapitalistischen Produktion die Elemente des produktiven Kapitals in der Regel auf dem Markte gekauft sind, ihre Preise also einen bereits realisierten Profit enthalten und hiernach der Produktionspreis eines Industriezweiges samt dem in ihm enthaltenen Profit, daß also der Profit des einen Industriezweiges in den Kostpreis des anderen eingeht. Aber wenn wir die Summe der Kostpreise der Waren des ganzen Landes auf die eine Seite, und die Summe seiner Profite oder Mehrwerte auf die andere Seite stellen, so ist klar, daß die Rechnung sich richtig stellen muß .... Keiner rechnet seinen eigenen Profit in seinem Kostpreise ein. Gibt es also z. B. n-Sphären der Produktion, und wird in jeder Profit gleich p gemacht, so ist in allen zusammen der Kostpreis = k —np. Die Gesamtrechnung betrachtet, soweit die Profite einer Produktionssphäre eingehen in den Kostpreis der anderen, soweit sind also diese Profite bereits in Rechnung gebracht für den Gesammtpreis des schließlichen Endproduktes, und können nicht zum zweiten Male auf der Profitseite erscheinen. Erscheinen sie aber auf dieser Seite, so nur, weil die Ware selbst Endprodukt war, ihr Produktionspreis also nicht in den Kostpreis einer anderen Ware eingeht»*.

Weil der Produktionspreis vom Wert abweichen kann, werden auch die Kostpreise vom Wert abweichen. Die Bildung der allgemeinen Profitrate ist ein Prozeß, welcher zwar den Arbeitswert zum Ausgangspunkt nimmt, aber zu einer wesentlichen Verschiebung der Preislage der Waren führt. Es handelt sich dabei «nicht nur um den Unterschied der Profitraten in den verschiedenen Produktionssphären, deren einfacher Durchschnitt zu

* l. c. Seite 137 ff.

ziehen wäre, sondern um das relative Gewicht, womit diese verschiedenen Profitraten in die Bildung des Durchschnittes eingehen»*.

Die allgemeine Profitrate ist durch zwei Faktoren bestimmt:

«1. Durch die organische Zusammensetzung der Kapitals in den verschiedenen Sphären der Produktion, also durch die verschiedenen Profitraten der einzelnen Sphären; [Und da diese bestimmt sind durch das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion, ist auch die allgemeine Profitrate indirekt durch das Wertgesetz bestimmt] 2. Durch die Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals auf diese verschiedenen Sphären, also durch die relative Größe des in jeder besonderen Sphäre und daher zu einer besonderen Profitrate angelegten Kapitals; d. h. durch den verhältnismäßigen Massenanteil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals, den jede besondere Produktionssphäre verschluckt»**.

«Der Kostpreis einer Ware bezieht sich nur auf das Quantum der in ihr enthaltenen bezahlten Arbeit, der Wert auf das Gesamtquantum der in ihr enthaltenen bezahlten und unbezahlten Arbeit; der Produktionspreis auf die Summe der bezahlten Arbeit plus einem, für die besondere Produktionssphäre unabhängig von ihr selbst bestimmten Quantum unbezahlter Arbeit»***.

Je freier und ungehemmter die Konkurrenz, umso klarer und deutlicher vermögen sich diese Bewegungsgesetze durchzusetzen, umso schärfer tritt der soziale, der gesellschaftliche Charakter der Preisbildungsvorgänge in Erscheinung. Auf der anderen Seite entziehen sich diese Preisbildungsvorgänge mehr und mehr der theoretischen Bearbeitung, weil sie immer unübersichtlicher werden. Die Berechnung der Abweichung der Werte von den Produktionspreisen wird aus rein mathematischen Gründen zu einer unübersichtlichen Aufgabe (die Zahl der zu berechnenden Unbekannten wird immer größer)****, welche aber von der Konkurrenz der Marktparteien immer wieder durch das wechselnde Spiel von Angebot und Nachfrage in vortrefflichster Weise mittelst des empirischen Abtastens der Marktlage über alle möglichen Preislagen hinweg gelöst wird.

* l. c. Seite 141.

** l. c. Seite 141.

*** l. c. Seite 144.

**** Endlich ist zu bedenken, daß die Preise nicht nur Funktionen des Angebotes und der Nachfrage, sondern auch Funktionen der Kostpreise werden.

Neben der Berücksichtigung der organischen Zusammensetzung des Kapitals ist noch dessen Umschlagszeit in Betracht zu ziehen. Waren, welche erzeugt werden in Produktionszweigen mit raschem Umschlag, d. h. mit starkem Ueberwiegen des zirkulierenden gegenüber dem fixen Kapital, können sich mit geringen Gewinnquoten begnügen: Dennoch wird das vorgeschossene Kapital am Ende der jährlichen Produktionsperiode Durchschnittsprofit realisiert haben. Je langsamer der Umschlag, je mehr das fixe Kapital gegenüber dem zirkulierenden Kapitalteil vorherrscht, umso höher wird die Gewinnquote sein müssen, um Realisierung von Durchschnittsprofit zu gewährleisten. Kleine Umsätze müssen mit grossen Gewinnen, große Umsätze werden mit kleinen Gewinnen verbunden sein. Das Resultat wird in beiden Fällen nur die Realisierung von Durchschnittsprofit sein.

Die Festsetzung der Höhe der Gewinnquote ist Sache der Konkurrenz, eine Frage der praktischen Erfahrung. In jedem Produktionszweig und Handelszweig setzt sich erfahrungsgemäß eine bestimmte Gewinnquote fest: An Waren mit raschem Umschlag verdient der Kaufmann prozentual weniger, aber was er an der einzelnen Ware einbüßt, schafft ihm die Masse: Waren, welche nur langsam umgesetzt werden, bedingen auch eine dementsprechende höhere Gewinn- und Risikoquote*.

Trotzdem der Zuschlag bloß empirisch und angenähert bestimmbar ist, ist die Tendenz zur Bildung der Durchschnittsprofitrate ein immanentes Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz, weil dieses Gesetz den gesellschaftlichen Charakter des Kapitalverhältnisses zum Ausdruck bringt. Der Ausgleich der Profitraten der einzelnen Produktionssphären zur Durchschnittsrate ist nur das ideelle Ziel, welchem die Konkurrenz des Kapitals um die Anlagesphären unentwegt zustrebt. Ausschaltung der Konkurrenz durch künstliche oder natürliche Monopole hemmt diesen Ausgleich und führt daher zur Bildung von Extraprofiten d. h. Profit über dem Durchschnittsprofit).

Auf der einen Seite sind Extraprofite natürliche Folge der

* Im Lebensmittelhandel beträgt der Aufschlag des Detailhändlers auf den Ankaufspreis ca. 30 %, im Tabakhandel 50 %, im Schuhgeschäft und im Buchhandel bis zu 100 %, im Samenhandel oft 150—200 %, im Tapetenhandel bis zu 300 %, im Schmuckwarenhandel, Teppichgeschäft häufig noch mehr.

technischen Differenzierung der Kapitalanlagen in einem bestimmten Produktionszweig: Da die Profitrate eines bestimmten Produktionszweiges ein Durchschnittswert ist, der sich berechnet aus der überdurchschnittlichen Rate moderner, leistungsfähiger Betriebe, der mittleren Rate der Hauptmasse der Betriebe des betr. Produktionszweiges und der unterdurchschnittlichen Rate veralteter Betriebe, ist der Extraprofit notwendige Begleiterscheinung der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten; auf der anderen Seite wirkt die Hoffnung auf Extraprofite als stetiger Anreiz zur Steigerung der technischen und wirtschaftlichen Produktivität der Arbeit, sofern nicht der Extraprofit auf monopolistischer Ausnutzung des Marktes beruht.

Die Jagd nach Extraprofiten und die daraus folgende Tendenz zum Ausgleich der Profite zum Durchschnittsprofit wirken in entgegengesetzter Richtung. Im Durchschnittsprofit verschwinden die individuellen Merkmale der einzelnen Produktionszweige; das Kapital tritt nur als Kapital auf und will nur als kapitalistisches Verhältnis, als kapitalistisches Anrecht auf einen aliquoten Anteil am gesellschaftlichen Mehrprodukt bewertet sein. Im Extraprofit monopolisiert der Kapitalist die gesellschaftlich bedingte Steigerung der Produktivität der Arbeit auf privatrechtlichem Wege, zu privatrechtlichen Zwecken. Abgesehen vom Monopol ist der Extraprofit nur realisierbar durch die konkrete Verbesserung der Produktionsmethoden eines bestimmten Produktionszweiges: Das Kapital realisiert Extraprofite nicht als Kapital schlechthin, sondern als Kapital, das in der chemischen Industrie, in der Metall- oder Elektrizitätsindustrie, im Berg- oder Plantagenbau angelegt wurde.

Der antagonistische Charakter des Profitstrebens gipfelt im tendentiellen Fall der Durchschnittsprofitrate. Dieser tendentielle Fall der Profitrate setzt sich in doppelter Weise durch. Einmal innerhalb der einzelnen Produktionssphäre. Betriebe mit modernen Produktionsmethoden zwingen die Konkurrenz zur Einführung der verbesserten Produktionsmethoden. Die Preise sinken entsprechend der gesteigerten Produktivität der Arbeit. Andererseits, wenn auch die Steigerung der Produktivität der Arbeit sich historisch in verschiedenen Produktionszweigen in verschiedenem Maße entwickelt, so wird doch die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate zur Durchschnittsprofitrate sich schließlich in einer Tendenz zur Senkung der allge-

meinen Profitrate äußern müssen, da durch die stetige Verschiebung der organischen Zusammensetzung des Kapitals in einigen oder mehreren Produktionszweigen letzten Endes auch die durchschnittliche organische Zusammensetzung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals berührt werden muß. Allerdings wird die Steigerung der Produktivität der Arbeit nicht durchwegs von einer Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals begleitet sein. Oft läßt sich eine derartige Steigerung auch durch bessere Ausnützung der Maschinerie oder der Abfälle erzielen, durch Intensivierung der Arbeitsleistung erreichen, aber im grossen ganzen stützt sich der kapitalistische Prozeß der Entwicklung der Ergiebigkeit der Arbeit hauptsächlich auf den Ersatz menschlicher Arbeitskraft durch Maschinerie, d. h. auf den Ersatz variablen Kapitals durch konstantes Kapital.

Der tendentielle Fall der Profitrate wird gehemmt durch alle jene Erscheinungen, welche vorübergehend den relativen Anteil des variablen Kapitals am Gesamtkapital vergrößern, so z. B. wenn die Herstellungskosten der Maschinerie sich verringern. Dies ist meistens der Fall in Industrien, die in rascher technischer Entwicklung begriffen sind. Da praktische Erfahrungen fehlen, ist die zunächst angewandte Maschinerie unverhältnismäßig teuer. Zweitens kann der Fall der Profitrate aufgehalten werden durch Steigerung der Mehrwertrate. Drittens durch zwangsweise Ausschaltung der Produktionszweige höchster organischer Zusammensetzung aus dem Ausgleichsprozeß der Profitrate dank Ueberführung der betreffenden Unternehmungen in staatlichen oder gemeinwirtschaftlichen Besitz oder durch Beschaffung des Anlagekapitals auf dem Wege der Obligationenanleihe. (Verstaatlichung von Eisenbahnen, Bau von Elektrizitätswerken). Auf der andern Seite wird der tendenzielle Fall der Profitrate verschärft durch alle jene Tendenzen, die die fiktive Kapitalbildung begünstigen, vornehmlich durch die Kapitalisierung der Grundrente, da die Grundrente einen Teil des Mehrwertes als Differentialrente dem Ausgleich zum Durchschnittsprofit entzieht.

Wir fassen alle Störungsmöglichkeiten der Konkurrenz unter dem Begriff des Monopols zusammen. Schon das Kapitalverhältnis selbst beruht auf einem Monopolverhältnis, auf dem Monopolverhältnis des Privateigentums. Alle speziellen, wirtschaftlichen Monopole lassen sich letzten Endes auf dies eine, grundlegende Monopolverhältnis zurückführen. Obwohl die Arbeit eine

soziale Funktion ist, nur im Rahmen des gesellschaftlichen Organismus zweckentsprechend ausgeführt werden kann, sind doch die sozialen Bedingungen für die Ausführung der Arbeit der privatrechtlichen Willkür überantwortet, weil die Gesellschaft keine Organe und keinen Willen besitzt, eine vernunftgemäße Ordnung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu erzwingen.

Das Privateigentum an den Produktionsmitteln führt zur Entwicklung des Kapitalverhältnisses, das Privateigentum an Grund und Boden veranlaßt die Entstehung der monopolistischen Grund- und Bodenrente, das Privateigentum an verleihbaren Werten und Werttiteln erzeugt den Zins, patentrechtlich und kartellrechtlich gesicherte Monopole erlauben die Bildung von Extraprofiten auf Kosten anderer nicht kartellierter Produktionszweige. So viele Formen des Privateigentums, so viele Möglichkeiten zur Entwicklung sozialer und wirtschaftlicher Monopole. Teilreformen müssen daher immer wieder versagen, wenn sie nicht grundsätzlich das Privateigentum als solches betreffen. Gerade durch die Ausschaltung der privatrechtlich bedingten Vorrechte kann erst das ideale Postulat des Liberalismus, die freie und ungehemmte Konkurrenz der Tüchtigsten unter den Tüchtigen seine Verwirklichung finden. Während der Uebergang vom Feudalismus zur bürgerlichen Gesellschaft die Beseitigung der standesrechtlichen Vorrechte erforderte, ist der Uebergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaft an die Beseitigung der Vorrechte des Besitzes gebunden.

§ 14. Arbeitswert- und Grenznutzentheorie.

Um die Deutung der Probleme des Wertes und der Preise* haben sich in jahrhundertelanger Arbeit die besten Köpfe der Wirtschaftswissenschaft bemüht. Von Adam Smith begründet, von Ricardo ausgebaut, wird die klassische Arbeits-

* In der Nationalökonomie nimmt die Diskussion, ob die Volkswirtschaftslehre eine Preis- oder eine Werttheorie oder beides zugleich aufstellen müsse, breiten Raum ein. Da die einfache Warenproduktion sowohl die logische als auch die historische Voraussetzung der kapitalistischen Warenproduktion bildet, bezeichnen wir das Tauschgesetz der einfachen Warenproduktion als Wertgesetz und stellen diesem Wertgesetz das Produktionspreisgesetz der kapitalistischen Warenproduktion gegenüber. Die Kontroverse Wert oder Preis ist sinnlos. Einmal ist der reelle Preis Erscheinungsform des Wertes, ein anderes Mal Erscheinungsform des Produktionspreises.

werttheorie erst durch Marx auf eine gesicherte, wissenschaftliche Grundlage, den historischen Materialismus gestützt. Der klassischen «objektiven» Werttheorie stellt daher die offizielle Nationalökonomie die subjektive Grenznutzentheorie gegenüber. Nicht mehr die Arbeit, sondern der Nutzen soll den Tauschwert der Waren bestimmen. So stoßen die beiden Auffassungen aufeinander; sie verkörpern einen Gegensatz, der, in Klassenideologien wurzelnd, sich nicht durch logische Ableitung, sondern nur durch weltanschauliche Einstellung zur Auflösung bringen läßt.

Historisch betrachtet ist die Grenznutzentheorie der letzte groß angelegte Versuch der nichtmarxistischen Nationalökonomie, den unerbittlichen Konsequenzen des marxistischen Systems durch das Ausweichen auf ein theoretisches Nebengeleise zu entgehen. Die Grenznutzentheorie steht auf subjektivem, individualistischem Boden, weil sie nur so der Gedankenwelt des Sozialismus, die den sozialen, den vergesellschafteten Menschen in den Mittelpunkt ihres Denkens stellt, auszuweichen und zu entrinnen vermag.

Wenn wir zu einem objektiv, sachlich gültigen Urteil über das Verhältnis der Arbeitswerttheorie zur Grenznutzenlehre aufsteigen wollen, so ist unsere Aufgabe eine doppelte: Wir haben erstens zu prüfen, wie weit der Geltungsbereich der beiden Theorien reicht; ob die klassische, auf dem Arbeitswert fußende Werttheorie oder die moderne, auf den subjektiven Nutzen zurückgreifende Grenznutzenlehre befähigt sei, die Gesamtheit der volkswirtschaftlichen Erscheinungen einheitlich und befriedigend aus einem grundlegenden Prinzip heraus zu erklären und die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise daraus abzuleiten.

Eine derartige Kritik kann sich boß der immanenten Methode bedienen, d. h. die Kritik hat sowohl den Marxismus, als auch die Grenznutzenlehre mit deren eigenen Begriffen zu überprüfen und den Nachweis logischer Widersprüche innerhalb des betreffenden theoretischen Systems zu leisten.

Ist diese erste Frage der Abklärung entgegengeführt, so erhebt sich die weitere Frage, ob sich die Gegensätzlichkeit des theoretischen Ausgangspunktes auch in widerspruchsvoller Gegensätzlichkeit der Resultate äußert, oder ob sich nicht vielleicht

doch Arbeitswert- und Grenznutzentheorie, von einem höheren Standpunkte aus gesehen, zu ergänzen vermögen.

Entsprechend unserer grundsätzlichen Voraussetzung, wonach der historische Materialismus die Grundlage einer jeden soziologischen Untersuchung bilden muß, werden wir erwarten, daß die Grenznutzenlehre gerade das nicht zu leisten vermag, was die Arbeitswerttheorie* leisten kann, nämlich die Ableitung der Entwicklungstendenzen und Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft aus ökonomischen Gesichtspunkten. Damit weitet sich die Diskussion sofort aus zu einer geschichtsphilosophischen Auseinandersetzung. Nach marxistischer Auffassung ist die Theorie des Kapitals die Theorie einer bestimmten Stufe der Entwicklung der Volkswirtschaft, haben die nationalökonomischen Gesetze nur beschränkte, nämlich bloß historische Gültigkeit. Im logischen Aufbau des marxistischen Systems soll sich daher die historische Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft spiegeln. Das Wertgesetz der einfachen Warenproduktion ist nicht identisch mit dem Preisgesetz der entwickelten, kapitalistischen Warenproduktion**.

Auf einem ganz anderen Standpunkt stehen die meisten Vertreter der österreichischen Schule des Grenznutzens. Für den Grenznutzentheoretiker ist die Gesellschaft nur eine lose Anhäufung von Einzelindividuen, welche auch innerhalb des gesellschaftlichen Zusammenhanges nach genau denselben Gesetzen und genau den gleichen Motiven handeln, wie wenn sie in einer Robinsonade den Kampf mit der Natur durchfechten würden. Die österreichische Schule leugnet gesellschaftliche Gesetze, sie verneint den Begriff des vergesellschafteten Menschen, sie anerkennt nur psychologisch fundierte, aber nicht sozial bestimmte Gesetzmäßigkeiten.

Unverkennbar ist den meisten theoretischen Bemühungen

* Wenn im folgenden von Arbeitswerttheorie die Rede ist, so meinen wir damit immer die von Marx vertretene Formulierung.

** «Daß sie (d. h. die Waren) Produkt gesellschaftlicher Arbeitszeit, also Gesellschaftsprodukt sind, ist das Wesentliche an der Wertlehre, nicht aber, daß diese Arbeitszeit in allen Fällen die gleiche auf beiden Seiten des Tauschverhältnisses sei. Dies ist ein sekundäres Moment und bestimmt nur das Tauschverhältnis unter den Bedingungen der einfachen Warenproduktion» (Hilferding: «Finanzkapital» S. 6). Siehe auch § 6. Diese Parallelisierung der theoretischen mit der historischen Entwicklung besitzt große theoretische Fruchtbarkeit, speziell beim Problem der Monopolpreise.

der Grenznutzentheoretiker die Tendenz eigen, das Kapital und den Kapitalismus gegen die theoretischen Angriffe des Sozialismus und der Arbeiterklasse zu verteidigen. Auch die rasche Ausbreitung und die allgemeine Anerkennung, welche sich die Grenznutzenlehre in der offiziellen Wissenschaft in der Zeit vor dem Kriege bis in die Nachkriegszeit zu erringen wußte, ist wesentlich diesem einen Faktor zuzuschreiben*. Demgegenüber erhebt der Marxismus mit Recht den Anspruch, voraussetzungslose Theorie der Wirtschaft zu sein**.

* So ist nach Marshall (Handbuch der Volkswirtschaft, deutsche Ausgabe 1905, Seite 576) das Kapital ein Produkt von Waren und Arbeit. «Gäben wir zu, daß es nur Produkt von Arbeit, so hätte der Zins keine Berechtigung.» Und von Wieser sagt direkt: « . . Die Arbeit ist den mitwirkenden sachlichen Faktoren übergeordnet . . die andern sind nur ihre Hilfsmittel . . . In diesem Sinne darf man mit Recht sagen, daß die Arbeit allein produziere, und . . daß Land und Kapital nichts weiter als die Bedingungen dafür seien, damit die Arbeit produzieren könne . . Das Wesen der sozialistischen Forderung liegt darin, daß Land und Kapital als notwendige Hilfsmittel der Arbeit nicht im Privateigentum stehen dürfen . . Mit der Erkenntnis, daß auch Land und Kapital ihren Anteil am Ertrag haben, ist gar kein Argument gegen die wesentliche Forderung des Sozialismus gewonnen . . Freilich ist der sozialistischen Partei eines ihrer wirksamsten Argumente entzogen, denn so lange es als wahr gilt, daß Land und Kapital keinen Anteil am Ertrage haben, muß es auch als wahr gelten, daß alles Einkommen, das von Landbesitzern und Kapitalisten bezogen wird, auf Kosten der Arbeiter gewonnen ist . . Insofern haben die Verteidiger des Privateigentums das höchste Interesse an dem Nachweis, daß auch Land und Kapital ihren Anteil am Ertrage haben. Die theoretische Verteidigung des Privateigentums an den Produktionsmitteln wäre kaum mehr mit irgend einer Aussicht auf Erfolg zu führen, wenn es wahr sein sollte, daß aller Ertrag ausschließlich von der Arbeit hervorgebracht wird, und das Problem der Ertragsaufstellung nur durch das Interesse der Besitzenden aufgerollt ist, während es in der einfachen Wirtschaft nicht besteht.» (Grundriß der Sozialökonomik, I. Abteilung, 1. Buch, Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft von Fr. Freiherr von Wieser. 1914, Seite 207 ff.)

** «Wie die Theorie, so bleibt auch die Politik des Marxismus frei von Werturteilen. Es ist deshalb eine, wenn auch intra et extra muros weitverbreitete, so doch falsche Meinung, Marxismus mit Sozialismus schlechthin zu identifizieren. Denn logisch, nur als wissenschaftliches System betrachtet, also abgesehen von den historischen Wirkungen, ist Marxismus nur eine Theorie der Bewegungsgesetze der Gesellschaft, während sie die marxistische Oekonomie auf die Epoche der Warenproduktion anwendet. Die sozialistische Konsequenz ist Resultat der Tendenzen, die in der warenproduzierenden Gesellschaft sich durchsetzen . . . Es ist ganz gut möglich, daß jemand, von dem schließlichen Sieg des Sozialismus überzeugt, sich dennoch in den Dienst seiner Bekämpfung stellt . . Die Identifizierung von Marxismus und Sozialismus ist aber anderseits leicht zu begreifen. Die Einhaltung der Klassenherrschaft ist an die Bedingung geknüpft, daß die ihr Unterworfenen an ihre Notwendigkeit glauben. Die Erkenntnis ihrer Vergänglichkeit wird selbst eine Ursache ihrer Ueberwindung. Daher die unüberwindliche Abneigung der herrschenden Klasse, die Resultate des Marxismus anzuerkennen» (Hilferding: «Finanzkapital», Vorwort VIII/IX).

Die Grenznutzentheorie hat keine geschlossene Darstellung erfahren, die allgemeine Anerkennung gefunden hätte. So viel Vertreter, so viele Meinungen. Als Begründer der Grenznutzentheorie gelten Jevons, Walras und C. Menger, als ihr Vorläufer Gossen, als wichtigste Vertreter Böhm-Bawerk, von Wieser und Marshall. Die beginnende Zersetzung der Schule des Grenznutzens wirft ihre Schatten voraus in den Arbeiten von Schumpeter, Lederer und Liefmann. Im folgenden werden wir uns hauptsächlich mit Böhm-Bawerk befassen, weil seine Schriften dank ihrer flüssigen Sprache und anschaulichen Schreibart die weiteste Verbreitung fanden und der Grenznutzentheorie viele Freunde zu werben verstanden.

In der «Positiven Theorie des Kapitals» entwickelt Böhm-Bawerk seine Wert- und Kapitaltheorie. Daneben gewann dogmengeschichtlichen Einfluß die «Geschichte der Kapitalzinstheorien». Wir sehen davon ab, schiefe und mißverstehende Auslassungen Böhm-Bawerks über den Marxismus*) (besonders in der Geschichte der Zinstheorien) zu korrigieren; dies würde uns bloß von unserer Problemstellung ablenken.

Ein Gut wird von Böhm-Bawerk definiert als ein taugliches Befriedigungsmittel menschlicher Bedürfnisse. Güter können sein sachliche oder persönliche Güter. Die Entstehung der Güter, die Produktion sei ein reiner Naturprozeß. Der Mensch lenke nur die Naturkräfte. Darin erschöpfe sich seine wirtschaftliche Tätigkeit. [Mit andern Worten, Böhm-Bawerk bewertet bloß die Lenkung des Produktionsprozesses als wirtschaftliche Leistung, während die Verausgabung der Arbeitskraft des Arbeiters ebenso wie die Leistung eines Esels, eines Pferdes oder eines Benzinmotors nur als Verausgabung von mechanischer Naturkraft betrachtet

* «Wenn ich mich nicht täusche, ist mit dem 3. Bande des Marx'schen Systems für die Arbeitswerttheorie der Anfang vom Ende gekommen». (Gesch. der Kapitalzinstheorien. 2. Auflage, Seite 538). Hier war offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens.

wird. Damit leugnet Böhm-Bawerk den sozialen Charakter der menschlichen Arbeitsleistung. «Ausgangspunkt der Nationalökonomie kann» aber «nicht das menschliche Individuum, kann nur die soziale Gemeinschaft sein». (K. Diehl. Theoretische Nationalökonomie. Seite 6.)]

Die Güter werden von Böhm-Bawerk eingeteilt in Güter 1. Ordnung oder Genußgüter und Güter 2. Ordnung oder höherer Ordnung, resp. Zwischenprodukte. [Meistens werden die Güter 1. Ordnung als Konsumgüter, die Güter höherer Ordnung als Produktivgüter (Produktionsmittel und Rohstoffe) oder auch als Produktionsmittel schlechthin bezeichnet]. An und für sich bedeutet diese begriffliche Unterscheidung nichts wesentlich Neues. Sie wird bloß dadurch bedeutungsvoll, daß sich Böhm-Bawerk dieser Unterscheidung bedient, um darauf seine Kapital- und Kapitalzinstheorie zu stützen. Durch die Benützung der Zwischenprodukte werde zwar die Zahl der Zwischenstufen der Erzeugung immer größer, die der Rohstoff durchlaufe, bis er zum Fertigprodukt werde, aber die Güter höherer Ordnung steigerten auch die Produktivität der Arbeit. Der Produktionsweg werde verlängert, die Zahl der erzeugten Produkte vergrössert. Eine Produktion, welche solch «kluge Umwege» einschlage, sei nichts anderes als kapitalistische Produktion*.

Mit dieser Definition ist Böhm-Bawerk glücklich bei der Kapitaldefinition der historischen Schule** gelandet. Schon Schmoller wollte unter Kapital das Produktionsmittel (resp. Produktivgut) verstanden haben. Das Kapital wird nach Böhm-Bawerk gebildet durch greifbare Dinge: Werkzeuge, Maschinen, Rohstoffe. Demnach wird die kapitalistische Produktion zur Urform der Wirtschaft. Böhm-Bawerk unterschiebt allen vorkapitalistischen Produktionsformen, sowohl dem naturalwirtschaftlichen Sippenkommunismus, der Staats- und Grundsklaverei, wie der einfachen Warenproduktion das kapitalistische Produktionsverhältnis. Jetzt ist Böhm-Bawerk allerdings in der Lage, die Unmöglichkeit des Sozialismus nachzuweisen: Wenn das Produktionsmittel schon an

* «Das Kapital ist nichts anderes als der Inbegriff der Zwischenprodukte, die auf den einzelnen Etappen des ausholenden Umweges zur Entstehung kommen ... Während Produktion, die geradeaus mit der nackten Faust auf das Ziel losgeht, die kapitallose Produktion darstellt». Positive Th. des Kapitals, 2. Auflage, Seite 21.

** Siehe § 22.

und für sich Kapital ist, so wird auch die sozialistische Wirtschaft ohne Kapital nicht bestehen können; ergo ist der Sozialismus, als Bewegung, welche das Kapital beseitigen will, eine unsinnige und überflüssige Bewegung, was zu beweisen war!

Diese Definition leistet Böhm-Bawerk noch einen zweiten Dienst. Als Produktion auf «Umwegen» sei die kapitalistische Produktionsweise mit dem grundsätzlichen Nachteil eines «Opfers» an Zeit verbunden. Deshalb sei jede kapitalistische Produktion notwendig mit der Leistung von Zins verknüpft, denn da Güter, welche erst in der Zukunft produziert würden, geringer eingeschätzt würden als sofort greifbare Güter, müsse die kapitalistische, d. h. mit dem Umweg über Produktionsmittel arbeitende Produktion einen Ueberschuß, eben den Zins abwerfen, der so von Böhm-Bawerk aufgefaßt wird, als Vergütung an den Kapitalisten für seine den Konsum aufschiebende, dafür die Produktivität steigernde Spartätigkeit.

Wiederum steht diese Agiotheorie des Zinses in engstem Zusammenhang mit dem Bestreben, nur unhistorische Kategorien der Wirtschaft zulassen zu wollen. Da der Zins in der kapitalistischen Warenproduktion unzweifelhafte Realität ist, folgert Böhm-Bawerk, daß der Zins eine wirtschaftliche Erscheinung sei, welche in jeder Produktionsweise auftreten müsse. So hält Böhm-Bawerk nach einer überzeitlichen Erklärungsmöglichkeit des Zinses Ausschau.

Sicherlich erscheint der atomisierenden Betrachtungsweise, die den Produktionsakt aus dem sozialen Zusammenhang herauslöst, die Verwendung eines Werkzeuges als «Umweg», die Verlängerung des Produktionsweges als «Opfer» an Zeit, aber nur dann, wenn bloß ein einzelner Produktionsakt beobachtet wird. Vom sozialen Standpunkt aus betrachtet, ist aber dieser Umweg im Gegenteil eine Abkürzung der produktiven Verausgabung von Arbeitskraft, beruht doch die Steigerung der Produktivität der Arbeit gerade auf der Tatsache, daß in der gleichen Zeit eine größere Menge von Produkten erzeugt werden kann, als dies ohne Verwendung des betreffenden Werkzeuges der Fall wäre. Soll allerdings nur ein einziges Stück einer bestimmten Ware produziert werden, so benötigt der Umweg über das Produktionsmittel mehr Zeit, weil der Produzent sich zuerst sein Produktionsmittel anfertigen muß. Aber selbst dies ist nicht allgemein zutreffend. Wenn der Wilde z. B. versuchen sollte, Büffel mit bloßen Händen

zu fangen, «mit der nackten Faust auf das Ziel loszugehen», so dürfte ihm dieser Versuch bittere Enttäuschung bereiten. Ueberdies verliert in all jenen Fällen, da das Produktionsmittel schlechthin notwendige Voraussetzung der Herstellung bestimmter Güter ist, die auf «kapitallosem» Wege gar nicht erzeugbar wären, (z. B. Radio, Flugzeuge etc.), der Begriff des «Umweges» jeglichen theoretischen Sinn.

Nach Böhm-Bawerk wird die Kapitalbildung, identisch mit dem Ersparen von Produktivkräften und der produktiven Widmung des Ersparten*, notwendig, weil die «Leute unter der Direktive des Güterwertes handeln»**. Damit leitet Böhm-Bawerk zur eigentlichen Werttheorie über. Wir können es uns versagen, auf seine Unterscheidungen von objektivem und subjektivem Wert, von Tauschwert, Gebrauchswert, subjektivem Tauschwert, objektivem Gebrauchswert u. s. f. einzutreten. Die Bestimmungen des objektiven Wertes als der Kraft oder Tüchtigkeit eines Gutes zur Herbeiführung irgend eines äußeren, objektiven Erfolges (z. B. Heizwert, Nährwert, Gefechtswert) und des subjektiven Wertes als der Bedeutung eines Gutes für die Wohlfahrtszwecke eines Individuums stehen auf rein psychologischem Boden und decken sich — wie Böhm-Bawerk richtig bemerkt — keineswegs mit den aus den wirtschaftlichen Tatsachen abgeleiteten klassischen Begriffen des Gebrauchswertes (resp. der Nützlichkeit) und des Tauschwertes. Die Wertlehre der Klassiker ist nur insoweit eine objektive Werttheorie, als sie die Bestimmung der Größe des Tauschwertes nicht in subjektiven Wünschen der einzelnen Produzenten, sondern in sozialen Abhängigkeiten zu finden versucht.

Nachdem Böhm-Bawerk derart Vorarbeit durch Definition der Wertbegriffe geleistet, versucht er im einzelnen nachzuweisen, daß die Marx'sche Begründung der Arbeitswerttheorie verfehlt sei. Der Arbeitsaufwand könne nicht als Bestimmungsgrund des Wertes gelten. Der Wert eines Gutes sei durch seine Seltenheit bedingt***. Erst wenn ein Gut unentbehrliche Bedingung der Wohlfahrtsbeziehung, werde die Nützlichkeit eines Gutes zum Wert. Nur die wirtschaftlichen, die seltenen Güter, mit denen daher gewirtschaftet werden müsse, hätten Wert. Alle freien

* Pos. Theorie des Kapitals, Seite 113.
** l. c. Seite 134.
*** l. c. Seite 226.

Güter* seien wertlos. Daß die Seltenheit den wirtschaftlichen Wert eines Gutes bestimme, sei jenen allerdings nicht häufigen Fällen zu entnehmen, da man ein Gut zwar nur unter Besiegung von Schwierigkeiten, dann aber in vollem Ueberflusse zu erlangen vermöge. Z. B. eine Trinkwasserquelle, welche nur schwierig erbohrt werden könne, nach deren Erbohrung aber das Trinkwasser in «vollem Ueberflusse» zur Verfügung stehe.

Dieses Beispiel zeigt, wie sehr Böhm-Bawerk im dogmatischen Denken befangen ist. Bloß das abstrakte, von der Realität abgelöste Denken kennt scharfe Grenzen; das dialektische Denken, wie auch die tatsächliche Wirklichkeit kennt sie nicht. So gibt es denn auch — streng genommen — gar keine Güter, welche in «vollem Ueberflusse» vorhanden sind. Der «Ueberfluß» ist immer nur ein relativer Begriff. Luft, die im normalen Lebensraum des Menschen als freies Gut bezeichnet werden kann, wird unter bestimmten Bedingungen zu einem sehr «seltenen» Gut (Taucherglocke, Höhenrekordversuche in Fesselballons), dessen Beschaffung beträchtliche Arbeitsmühe verursacht.

Alle Güter, welche «selten» sind, erfordern zu ihrer Beschaffung einen bestimmten Arbeitsaufwand. Der Bauer, welcher eine Trinkwasserquelle mit großer Mühe erbohrte, deren Erhaltung und Reparatur aber nur geringe Arbeitslasten verursacht, wird natürlich mit kleinen Wassermengen nicht «wirtschaften», weil der Arbeitsaufwand, verteilt auf die ganze Wassermasse, der kleinen Wassermenge nur geringen Wert verleiht. Er wird aber sofort seine Ansprüche erheben, wenn ihm ein beträchtlicher Teil seines Wasserzuflusses abgenommen werden sollte. Auch der Besitzer einer Kiesgrube wird nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Kinder einige Kieselsteine aus der Kiesgrube zum Spielen benützen, er wird sich aber sofort dagegen auflehnen, wenn ein Nachbar ohne Entschädigung ganze Wagenladungen Kies abführen wollte. Die Seltenheit eines Gutes bildet nur insofern einen

* «Ein Ding kann Gebrauchswert sein, ohne Wert zu sein. Es ist dies der Fall, wenn sein Nutzen für den Menschen nicht durch Arbeit vermittelt ist. So Luft, jungfräulicher Boden, natürliche Wiesen, wildwachsendes Holz u. s. w. Ein Ding kann nützlich und Produkt menschlicher Arbeit sein, ohne Ware zu sein. Wer durch sein Produkt sein eigenes Bedürfnis befriedigt, schafft zwar Gebrauchswert, aber nicht Ware. Um Ware zu produzieren, muß er . . . Gebrauchswert für andere, gesellschaftlichen Gebrauchswert produzieren» («Kapital» 1. Bd., Seite 7). Offenbar sind Marx die «Entdeckungen» Böhm-Bawerks schon 1867 bekannt gewesen.

Wertbestimmungsgrund, als das seltene Gut einen auf Mitmenschen abwälzbaren Arbeitsaufwand bedingt.

Darin offenbart sich der soziale Charakter der Wertbestimmung. Nicht die zufällige Einzelarbeit, bloß die im Rahmen des sozialen Organismus geleistete Arbeit ist tauschwertbildend. Auch der Diebstahl, das Spiel schafft keine Werte. Diebstahl, Raub und Spiel sind nur außerökonomische Aneignungsformen von Wert, trotzdem die vom Diebe geleistete Arbeit oft recht beträchtlich ist. Ebensowenig ist der auf einer Auktion erzielte Preis eines seltenen Gemäldes eine reale Wertbeziehung. Seltenheitsgüter spielen im Produktions- und Reproduktionsprozeß des menschlichen Lebens eine untergeordnete Rolle.

Nach der Grenznutzentheorie bildet die Grundlage der Wertschätzung das Gossen'sche Gesetz der Genußabnahme. (Von Wieser auch als Gesetz der Bedürfnissättigung bezeichnet). Wird ein Bedürfnis stückweise befriedigt, so nimmt der Genuß mit wachsender Befriedigung des Bedürfnisses ab, bis schließlich Uebersättigung eintritt. Eine bekannte physiologische Erfahrung, die als angenäherte psychologische Regel zwar anerkannt, aber nicht überschätzt werden darf*.

Böhm-Bawerk meint, wenn sich der Wert eines Gutes nach dem Wohlfahrtsgewinn bestimme, den dieses Gut uns verschafft, so müsse auch die Größe des Wertes durch die Größe des Wohlfahrtsgewinnes bestimmt sein**. Die Wertschätzung der Güter habe aber nur mit konkreten Bedürfnissen zu tun. Ein Stück Brot kann nicht das ganze Nahrungsbedürfnis befriedigen. Welche Bedürfnisse wertbestimmend sind, ergebe sich aus der Bestimmung der abhängigen Bedürfnisse. Kann ein Gut mehrere Bedürfnisse befriedigen, so ist das abhängige Bedürfnis dasjenige Bedürfnis, dessen Befriedigung wegfällt, wenn das Gut uns fehlt. Dieses abhängige Bedürfnis, der geringste Nutzen, der sogenannte

* Daneben muß beachtet werden die Rangordnung der Bedürfnisse. Diese hängt von physiologischen und sozialen Daten ab. Zuerst muß das Nahrungsbedürfnis befriedigt werden. Erst nach dessen Befriedigung wird das Bedürfnis nach Kleidung und Wohnung gedeckt. Der soziale Einfluß macht sich wesentlich geltend bei den eigentlichen Luxus- und Kulturbedürfnissen. Mit Recht betont W. Lexis im Artikel «Grenznutzen» des Wörterbuches der Volkswirtschaft (3. Aufl.): «Die Befriedigung der verschiedenen Bedürfnisse hört also nicht mit dem gleichen Grenznutzen auf, sondern dieser ist bei einer Reihe von Gütern gleich Null . . .»

** l. c. Seite 233/234.

Grenznutzen ist immer das mindest* wichtige unter allen in Frage kommenden Bedürfnissen. Böhm-Bawerk erläutert den Begriff des Grenznutzens an mehreren Beispielen**.

Klarer und übersichtlicher zergliederte Böhm-Bawerk den Wertbildungsprozeß der Konsumgüter im Abschnitt «Wert» des Handwörterbuches der Staatswissenschaften (3. Auflage, 1911). Den Ausgangspunkt der Wertbildung bildet auch in dieser Studie die Wohlfahrtbeziehung. Entweder, es wird das erstrebte Gut nach dem erzielbaren Nutzen oder nach den ersparten Opfern bewertet. Die Schätzung der Größe des Wertes erfolge verschieden, je nachdem es sich handelt a) um «Güter aus einem gegebenen, unvermehrbaren Vorrat», b) um «Güter, welche um den Preis besonderer Opfer frei vermehrbar sind» oder c) um «Güter, die bei einem gegebenen Vorrat an Produktivmitteln (Tauschmitteln) aus diesem Vorrat nach Maßgabe seines Zulangens beliebig ersetzt werden können». Nach dem Grenznutzen bestimme sich der Wert der Güter von Gruppe a) und Gruppe b). («Genau genommen entscheidet der Kreuzungspunkt zwischen dem immer abnehmenden Grenznutzen des durch längere Arbeit vermehrten Produktes und der immer wachsenden Plage der verlängerten Arbeitszeit».)

Und zwar trete die Schätzung nach dem unmittelbaren Grenznutzen ein bei Monopol- und Seltenheitsgütern und bei beliebig vermehrbaren Gütern, wenn der Nachschub durch die Produktion

* l. c. Seite 245.

** Besonders bekannt ist das Beispiel des Kolonisten. Ein auf der Robinsoninsel lebender Kolonist verfügt über einen Vorrat von 5 Getreidesäcken. Die ersten beiden Säcke mögen das direkte Nahrungsbedürfnis des Kolonisten decken, den 3. und 4. Sack kann er an ein Haustier verfüttern, um die einseitige Mehlnahrung durch Fleischnahrung zu ergänzen, der 5. Sack steht ihm schließlich als Reserve zur Verfügung. Böhm-Bawerk nimmt an, er verfüttere den 5. Sack an einen Papagei. Der Wert dieser Getreidesäcke ist bestimmt durch ihren Grenznutzen. Verliert unser Kolonist einen Sack, so wird er auf die Haltung des Papageis verzichten. Der Wert des 5. Sackes ist Papageienwert. Gehen gar 3 Säcke Getreide verloren, so ist der Grenznutzen der zurückbleibenden 2 Säcke bereits höher, denn sie sind zur unmittelbaren Existenzbedingung geworden. — Die Abstraktion von den realen Verhältnissen ist offensichtlich. Böhm-Bawerk berücksichtigt nicht, daß unser Kolonist seine 5 Säcke Getreide erst produzieren muß, bevor er sie vorrätig halten oder gar verzehren kann. Er wird die 5 Säcke daher nicht nur nach dem Grenznutzen, sondern auch nach der für die Produktion aufgewendeten Arbeitsmühe bewerten müssen.

nicht mehr direkte Fühlung mit den Produktionskosten behält (Gruppe a). Die Schätzung nach mittelbaren Grenznutzen (Gruppe c) richte sich auf Grund des sogenannten Substitutionsprinzipes nach dem Grenznutzen und dem Wert der Ersatzgüter [der Wert eines Gutes kann nicht unter den Wert des Surrogates sinken, aber auch nicht zu sehr darüber steigen].

Wie sehr soziologische Voreingenommenheit Böhm-Bawerks Werttheorie beeinflußt, zeigt die Besprechung der Wertschätzung der zweiten Gütergruppe. Böhm-Bawerk gibt nur unter innerem Widerstreben zu, daß es überhaupt Güter gebe, die durch ein «Opfer von Leid und Plage» — mit welch sinnigem Ausdruck Böhm-Bawerk die Arbeitsmühe umschreibt — erzeugt werden müssen. Die Arbeitsmühe bestimme nämlich nur dort den Wert der Güter, wo die tägliche Arbeitszeit um den Preis erhöhter Plage ausgedehnt oder eingeschränkt werden könne. In der voll entwickelten, arbeitsteiligen Gesellschaft komme dieser Art von Wertschätzung nur eine verhältnismäßig geringe Bedeutung zu.

«Denn» — so lautet die spitzfindige Begründung — «der größte Teil der produktiven Arbeit wird in Arbeitsschichten geleistet, welche durch Gesetz, Vertrag, Herkommen, bestehende Fabrikationseinrichtungen und dergleichen in ihrer Dauer bestimmt sind. Die beliebige Ausdehnung oder Verkürzung der Arbeitszeit je nach Laune oder Ermüdung spielt fast nur eine Rolle einerseits bei der beruflichen Arbeit einiger weniger unabhängiger Produzenten auf eigene Rechnung (z. B. Künstler, Schriftsteller, Hausindustrieller, seltener bei Handwerksmeistern), andererseits bei der nicht beruflichen Ausnützung der Mußestunden. Und auch der Variation der Intensität der Arbeit, die, ähnlich wie die Variation der Arbeitszeit ein vermehrtes Arbeitsprodukt um den Preis einer erhöhten Plage zu erlangen gestattet und umgekehrt, scheint [!!] mir obwohl für sie ein etwas weiterer praktischer Spielraum (z. B. auch bei der Akkord- und Stückarbeit) besteht, doch kein tiefgreifender Einfluß auf die volkswirtschaftliche Wertbildung zuzukommen. Im ganzen ist also der Typus b) fast [!!] auf die Stellung einer Ausnahme zurückgedrängt.»

Woher dieses krampfhafte Bemühen, nur den Grenznutzen des Bedürfnisses, aber nicht die aufzuwendende Arbeitsmühe als wertbestimmendes Element anerkennen zu wollen? Die sozialistischen Konsequenzen der Arbeitswerttheorie schreckten das Bürgertum. Wenn es wahr sein sollte, daß der Wert der Waren durch die zu ihrer Produktion und Reproduktion benötigte Arbeitszeit bestimmt ist, sind Kapitalzins, Grundrente und Unternehmergewinn als arbeitsloses Einkommen erkannt. Daher das Bestreben der Apologeten des Kapitals, die Wertbestimmung der Waren auf das Bedürfnis der Konsumenten, auf den Gebrauchswert zu gründen.

Die Werttheorie von Böhm-Bawerk ist nur eine Uebersetzung der Gesichtspunkte, die den Kapitalisten beim Warenkauf leiten, ins Theoretische. Es ist ohne weiteres zuzugeben, daß ein kapitalistischer Rentner, der über die Verausgabung einer bestimmten Geldsumme, über die Zinsen eines größeren Vermögens verfügt, die zu kaufenden Genußgüter nach Böhm-Bawerk'schen Gedankengängen bewertet. Sogenannte Seltenheitsgüter, wie Gemälde, Skulpturen, vielleicht auch Frauen, wird unser Rentner nach Liebhaberpreisen bezahlen, die Hauptmasse der auf dem Warenmarkt zu erstehenden Güter wird er nach dem Grenznutzen seiner persönlichen Bedürfnisse bewerten und nur solche Güter wird er nach der aufzuwendenden Arbeitsmühe einschätzen, die er bloß durch eigene Arbeit erwerben kann.

Böhm-Bawerks Werttheorie ist nichts anderes als die Systematisierung des ökonomischen Rentnerbewußtseins. Der Rentner bevorzugt jenen Unternehmer, der seinem Geschmack und seinen Bedürfnissen am ehesten zu entsprechen weiß. Der Erfolg des Unternehmers scheint von seiner Fähigkeit abzuhängen, den Launen der Mode vorauszueilen. Diese Art der Güterbewertung hat aber mit dem volkswirtschaftlichen Tauschwerte nur indirekt etwas zu tun. Sicherlich müssen Waren nützlich sein, müssen sie gewisse Bedürfnisse befriedigen können, aber der Gebrauchswert einer Ware ist nur die Voraussetzung dafür, daß die betreffende Ware tauschfähig ist, Wert besitzt.

Es war Liefmann* vorbehalten, den subjektivistischen Standpunkt der Grenznutzenlehre bis in seine letzten Konsequenzen zu verfolgen. Mit Recht wirft Liefmann der Grenznutzentheorie, wie sie von Böhm-Bawerk, Wieser u. a. vertreten wird, vor, sie vermenge objektive und subjektive Wertelemente. Zum Beispiel bestimme sich der Wert der eigentlichen Seltenheits- und Monopolgüter nach dem reinen Grenznutzen, der Wert beliebig reproduzierbarer Güter unter Vermittlung des Substitutionsprinzipes

* Liefmann: «Grundriß der Volkswirtschaftslehre». 1917.

nach den Produktionskosten, denn beliebig reproduzierbare Güter werden auch nach der Grenznutzentheorie vom Produzenten nur dann regelmäßig auf den Markt gebracht, wenn der Marktpreis zum mindesten einen gewissen Ueberschuß über die Produktionskosten abwirft.

Wir sahen bereits, daß sich weder die Begriffe des objektiven Wertes und des Tauschwertes, noch die Begriffe des subjektiven Wertes und des Gebrauchswertes decken. Liefmann macht aber den begrifflichen Gegensatz von objektivem und subjektivem Wert zum Angelpunkt seines ganzen theoretischen Systems. Nach ihm sind die klassische Theorie, wie auch der Marxismus Verkörperungen des technisch-materialistischen Geistes unseres Zeitalters. Die sozialistische Weltanschauung sei geradezu die extreme Zuspitzung technisch-materialistischen Denkens. «Das wirklich entscheidende sind nicht die technischen Erscheinungen, sondern die dahinter stehenden psychischen Erscheinungen»*. Liefmann betont, die klassische Theorie sei der Grenznutzentheorie als geschlossenes System überlegen. Die falschen allgemeinen Grundlagen der klassischen Theorie seien durch die Grenznutzentheorie nicht ausgemerzt worden. Das Wesen der Wirtschaft bestehe in der Verfolgung eines individuellen Zweckes der Bedarfsbefriedigung**. Marx vertrete klassenpolitische Tendenzen. Damit hat — nach bürgerlicher Auffassung — Liefmann den gewichtigsten Einwand gegen den Marxismus erhoben, der sich vom Standpunkte der bürgerlichen Weltanschauung überhaupt gegen den Marxismus erheben läßt.

Liefmann verfolgt seinen individualistischen Standpunkt mit unerbittlicher Konsequenz. Wirtschaften sei nach der bisherigen Auffassung eine Beziehung der Menschen zu den Gegenständen der äußeren Natur, während nach Liefmann Wirtschaften etwas Psychisches, eine besondere Art von Erwägungen, ein Vergleichen von Kosten und Nutzen ist. Nicht das beschränkte Vorhandensein der Güter der äußeren Natur veranlasse zu wirtschaftlichen Handlungen, sondern nur Lust- und Unlustgefühle. Auch wenn die Güter in unbeschränkter Menge existieren würden, wäre unsere Arbeitsfähigkeit, sich diese Güter anzueignen und in genußfähigen Zustand zu bringen, nicht unbeschränkt vorhanden***.

* l. c. Seite 5.
** l. c. Seite 34.
*** l. c. Seite 71.

Das Ziel des Wirtschaftens sei psychischer Natur: Genuß und Nutzen. Auch die Mittel des Wirtschaftens seien keine Gütermengen, sondern Unlustgefühle, Opfer und Anstrengungen.

Mit diesen Feststellungen rennt Liefmann offene Türen ein. Es steht zwar Liefmann durchaus frei, den Begriff des Wirtschaftens auf rein psychische Vorgänge einzuengen, was aber nicht ausschließt, daß eine Theorie der Volkswirtschaft auch noch andere als psychische Erwägungen in den Kreis ihrer theoretischen Darlegungen zu ziehen hat. Allerdings behauptet schließlich Liefmann, die Lehre, nicht die Einzelwirtschaft, sondern die Volkswirtschaft sei Gegenstand der ökonomischen Theorie, sei nur Folge der überlieferten technisch-materialistischen Auffassung der Wirtschaft*. Was nicht hindert, daß Liefmann die Realität des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges in der Form des Geldes anerkennen muß. Im Liefmann'schen System stehen durch das Geld alle Werte und Preise im Zusammenhang. Durch das allgemeine Tauschmittel, das Geld, würden die wirtschaftlichen Erwägungen der Einzelnen enorm erleichtert und die Möglichkeit der individuellen Bedarfsbefriedigung gewaltig gesteigert**.

Das Geld bildet in der Liefmann'schen Theorie das Zaubermittel, das die isolierten Einzelwirtschaften in den volkswirtschaftlichen Gesamtprozeß einreiht. Der Nervus rerum der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wird in der Theorie Liefmanns auch zum gedanklichen Fetisch, zur übersinnlichen Verkörperung des sozialen Zusammenhanges. In der Liefmann'schen Theorie tritt das Geld als eine Art genialer Erfindung auf, die gemacht wurde, um die «wirtschaftlichen Erwägungen der Einzelnen enorm zu erleichtern». Aber die Störungen des Geldwesens, wie auch die Erscheinungen der Krise lassen sich vom Boden einer rein psychischen Auffassung des Wirtschaftens und der wirtschaftlichen Gesetze überhaupt nicht verständlich machen. In der Krise, wie im Währungszerfall (durch Inflation z. B.) offenbart sich die soziale Macht des volkswirtschaftlichen Zusammenhanges.

Dennoch unterscheidet sich Liefmanns Versuch mit seiner geradezu halsstarrigen Konsequenz des Denkens angenehm von all jenen Gedankengängen volkswirtschaftlicher Theoretiker, de-

* l. c. Seite 101.
** l. c. Seite 37.

nen Ekklektizismus und Beschränkung auf Probleme der täglichen Wirtschaftspolitik das Nachdenken über die philosophischen und soziologischen Grundlagen der Volkswirtschaftslehre ersetzen müssen. Es ist das Verdienst Liefmanns, durch seine Untersuchungen gezeigt zu haben, daß der Versuch, die theoretische Nationalökonomie auf subjektiven Boden stellen zu wollen, an Unzulänglichkeit der theoretischen Hilfsmittel scheitern muß. Die subjektive Richtung der Nationalökonomie mündet schließlich in die These der Negation der Möglichkeit einer theoretischen Nationalökonomie.

Gegenwärtig übt der Schwede Cassel einen großen Einfluß auf die theoretische Nationalökonomie aus. Wenn sich auch seine theoretischen Gedankengänge in vielen Punkten der Grenznutzentheorie nähern, so müssen sie doch als selbständige und unabhängige Theorie bewertet werden. Cassel entwickelt in seiner «Theoretischen Sozialökonomie» ausführliche Gleichungen zum Preisbildungsprozeß. «Unsere Gleichungen zeigen die wahre Natur der Preisbildung und der Preisbildungsprozeß kann in keiner einfacheren Weise exakt wiedergegeben werden»*.

Cassels Gleichungen fassen zwar die objektiven und subjektiven Gründe der Preisbildung in ein einheitliches Schema zusammen. Einmal werden durch technische Koeffizienten die Abhängigkeiten der Preise von den verfügbaren Mengen an Produktionsmitteln festgelegt, andererseits wird durch ein zweites System von Gleichungen die Abhängigkeit der Preise von der Nachfrage dargestellt. Da Cassel soviel Gleichungen aufstellt, als Unbekannte in diesen Gleichungen auftreten, betrachtet er das Preisbildungsproblem — darin Liefmann gleich — als «endgültig» gelöst.

Abgesehen davon, daß Cassel im Fortgang seiner Untersuchung von dieser «Preisbildungstheorie» keinerlei Anwendung macht und die praktische mathematische Auswertung seines Gleichungssystems überhaupt nicht möglich sein dürfte, weil wir kein Mittel besitzen, die Preisbildungsfaktoren derart ins Einzelne zu zerlegen, wie das Gleichungssystem Cassels dies erfordert, übersieht Cassel vollständig den wichtigsten Einwand, der gegen seine Theorie erhoben werden kann. Cassel trifft keine Festsetzung über die Einheiten, in denen die Preise gemessen werden sollen. Sein Gleichungssystem ist erst dann theoretisch haltbar, wenn

* Auflage 1927. Seite 123.

über die Einheit der Preise eine Festsetzung getroffen wurde. Dabei geht es nicht an, einfach Geldausdrücke zu verwenden, denn die Theorie soll ja gerade den Ausdruck der Preise in willkürlichen Geldeinheiten verständlich machen. Diese Fixierung der Geldeinheit leistet nur die Arbeitswerttheorie, während alle anderen Preisbildungstheorien in diesem einen Punkte versagen müssen, Preise immer wieder nur durch Preise «erklären» können*.

Von einem neuen Gesichtspunkte aus hat E. Lederer das Problem des Verhältnisses von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie beleuchtet**. E. Lederer steht der Arbeitswerttheorie objektiv und sachlich positiv wertend gegenüber, ohne doch sich völlig zur marxistischen Arbeitswerttheorie bekennen zu wollen. Lederer glaubt nämlich, die Arbeitswerttheorie vermöge wohl die Markterscheinungen und Preisbildungsvorgänge auf Grundlage der freien Konkurrenz restlos und quantitativ zu deuten, sie versage aber auf der Stufe des Monopolkapitalismus, bei der Erklärung der Monopolpreise. Dabei gliedert Lederer bewußt die Arbeitswerttheorie nach historischen Stufen. Die große Bedeutung dieses historischen Gesichtspunktes für die Wirtschaftslehre erkennend, versucht Lederer diese Auffassung auch auf die Grenznutzenlehre zu übertragen und gelangt dabei zu beachtenswerten theoretischen Resultaten.

Auch in der Arbeitswerttheorie spielt der Gebrauchswert eine bedeutsame Rolle, wie wir bereits an Hand einiger Zitate von Marx (§ 13) feststellen konnten. Auch nach Marx muß die auszutauschende Ware Gebrauchswert besitzen, die produktive Arbeit muß in dem gesellschaftlich notwendigen Quantum geleistet werden. Wenn sich aber die Arbeitswerttheorie trotzdem fast nur auf eine Analyse des Angebotes beschränkt, so vor allem deshalb, weil offenbar der einfache Begriff des Gebrauchswertes zur direkten Bestimmung des Tauschwertes unfähig ist. Denn Güter mit sehr hohem Gebrauchswert (Nahrungsmittel) besitzen sehr niedrigen Tauschwert, Güter mit geringem Gebrauchswert (Edelsteine) hohen Tauschwert.

Hier setzt die Grenznutzentheorie ein. Sie versucht die Analyse der Nützlichkeit zu verfeinern. Am Beispiel der 5 Getreidesäcke des robinsonierenden, einsamen Inselkolonisten läßt sich

* Preise sind im Sinne der Physik benannte Zahlen.

** E. Lederer: «Grundzüge der ökonomischen Theorie». Eine Einführung. 1922.

zeigen, daß der Gebrauchswert eines Gutes in abhängiger Beziehung steht zum Vorrat. Den 5. Sack wird «Robinson» ohne Zögern gegen ein anderes, ihm wichtigeres Gut austauschen wollen, beim 4. Sack wird er den Tausch — wenn überhaupt — so nur nach einigem Schwanken vollziehen, der 3. Sack kann schon als Reserve gelten. «Um einen Tauschakt durchzuführen oder abzulehnen, ist also nur eine Entscheidung darüber, ob eine Bedürfnisbefriedigung wichtiger ist als die andere, notwendig»*.

Zwar lassen sich subjektive Bedürfnisse nicht quantitativ fixieren, aber der Nutzen geht in die Werttheorie auch nur in einer ganz bestimmten, begrifflichen Form, in der Form des Grenznutzens ein, nicht als Wertverhältnis eines ganzen Vorrates, sondern als Wertverhältnis einer Teilmenge eines solchen Vorrates, d. h. dem Wert «derjenigen Teilquantität, welche zur Befriedigung der letzten Bedürfnisregung verwendet wird»**.

Wie vollzieht sich nun auf Grund dieser Vorstellungen der reelle Austausch? Im Falle des isolierten*** Tausches läßt sich das Austauschverhältnis nicht exakt feststellen. Bäcker A wolle 20 kg Brot eintauschen gegen 5 kg Fleisch. Metzger B will aber seine 4 kg Fleisch nur gegen 25 kg Brot abgeben. Das wirkliche Austauschverhältnis wird irgendwo zwischen diesen beiden Austauschverhältnissen liegen, «wenn A genau die Wertschätzung des B kennt und umgekehrt»****. Es ist naheliegend, daß auch die Dazwischenkunft des Geldes — soferne der Tausch wirklich ein zufälliger Einzeltausch (Zufällige Wertform bei Marx!) — den Tauschakt nicht verändern wird. Die Fixierung des isolierten Austauschverhältnisses bleibt psychologischen Faktoren überlassen.

Bei einseitigem Wettbewerb der Käufer wird das Verhältnis der Menge des zu verkaufenden Produktes zu den Wertschätzungen der Käufer über den Marktpreis entscheiden. Verkäufer A sei bereit, 50 kg Zucker auf dem Markte abzugeben zu 50 Franken. Er erfahre aber, es seien eine Anzahl von Käufern vorhanden, die wie folgt bieten mögen:

* Emil Lederer: «Grundzüge der ökonomischen Theorie», Seite 118.

** l. c. Seite 120.

*** In der nachfolgenden Darstellung folgen wir, soweit möglich, den Gedankengängen von E. Lederer.

**** l. c. Seite 122.

Käufer X	40 kg	zu 50 Franken.
Käufer Y	50 kg	zu 50 Franken
Käufer Z	20 kg	zu 20 Franken (d. h. 1 kg à 1 Franken).
Käufer W	50 kg	zu 40 Franken.
Käufer R	30 kg	zu 20 Franken u. s. f.

Der Wettbewerb wird sich beschränken auf die Käufer X, Y und Z. Wollen die Käufer Y und Z nicht nur mit wenigen kg abgespiesen werden, so müssen sie in eine Erhöhung des Preises auf fast 50 Franken pro 40 kg einwilligen, sonst wird A dem Käufer X 40 kg zu 50 Franken zuhalten und den Rest von 10 kg entweder an Y oder Z verkaufen zu 1 kg à 1 Franken. Immer wieder unter der Voraussetzung, daß den Marktparteien alle Wertschätzungen bekannt sind.

Entsprechende Ueberlegungen gelten für den Fall einseitigen Wettbewerbes der Verkäufer. Diese Vorstellungen lassen sich erweitern zum entfalteten Marktbild*. Wir konstruieren ein sich an Böhm-Bawerk anlehnendes Schema:

10 Kauflustige und 10 Verkaufslustige suchen Pferde zu tauschen. Pferde von derselben Qualität. Jeder Käufer suche ein Pferd zu kaufen. Jeder Verkäufer ein Pferd zu verkaufen:

Käufer	Auszulegender Preis Maximum	Verkäufer	Erhoffter Preis Minimum**
A	250 Fr.	Z	300 Fr.
B	300 „	Y	310 „
C	320 „	X	320 „
D	330 „	W	330 „
E	335 „	V	335 „
F	340 „	U	340 „
G	350 „	T	370 „
H	360 „	S	390 „
J	380 „	R	400 „
K	400 „	Q	420 „

Der Tauschhandel gehe auf dem Wege der Auktion vor sich. Wird ein Preis von 300 Franken ausgerufen, so werden einem Verkäu-

* l. c. Seite 123.

** Abweichend von Lederer nehmen wir direkt Goldpreise an, weil ja auch nach Lederer «die subjektiven Wertschätzungen nur durch das Geld objektiviert werden.»

fer 9 Käufer gegenüberstehen, der Preis muß also höher als 300 Franken steigen. Werden 400 Franken gefordert, so wird sich nur ein einziger Käufer melden. Der Preis wird sich zwischen 335 und 340 Franken fixieren, da dann 6 Käufern 6 Verkäufer gegenüberstehen werden. Entscheidend für den Preis ist das Grenzpaar: Der letzte Verkäufer, der noch zum Verkauf kommt, und der stärkste jener Käufer, der vom Kaufe ausgeschlossen* wird (Verkäufer V, resp. Käufer E!). «Nur die Menge der «leistungsfähigen» Nachfrage und des «leistungsfähigen» Angebotes ist entscheidend für den Preis»**.

Soweit Lederer! Weil jeder mit größtem Vorteile zu kaufen trachtet, entscheidet nicht der Durchschnitt der Wertschätzungen, sondern das Grenzpaar. Dank dem Grenzpaar erwerben die starken Käufer zu billigerem Preis, als sie bereit wären zu kaufen. Marshall hat diese Differenz mit dem mißverständlichen Ausdruck Konsumentenrente belegt. Meistens wird allerdings das Grenzpaar mit dem Durchschnitt der Wertschätzungen zusammenfallen. Dies wird umso öfter der Fall sein, je größer der Markt und je häufiger die Wertschätzungen durch Beziehung auf eine vorangehende Marktlage in einer bestimmten Richtung festgelegt werden.

Offenbar können uns die angeführten Beispiele nur über den formalen Charakter der Preisbestimmung orientieren, da uns die reelle Höhe der Preise erst gegeben wäre, wenn wir die Gründe der Wertschätzungen der Käufer und Verkäufer genau kennen würden. Dennoch lassen sich einige Bestimmungsgründe ziemlich gut charakterisieren.

Erstens: Der leistungsfähige Käufer wird seine Nachfrage erhöhen, wenn der Preis sinkt. War er zuerst bereit, 1 Pferd zu 400 Franken zu kaufen, so wird er vielleicht bereit sein, 2 Pferde zu kaufen, wenn der Preis fast auf die Hälfte sinkt. Die zahlungsfähige Nachfrage ist nicht nur Bestimmungsgrund, sondern auch Funktion des Preises. Sinkt der Preis, so werden auch solche Käuferschichten kauffähig, welche vorher vom Kauf ausgeschlossen waren. Zweitens: Produziert der Verkäufer Waren für den Markt, so ist der Gebrauchswert seiner Waren für ihn verschwindend, soferne angenommen wird, sie, die Waren, werden fortlaufend erzeugt. Dann muß der Verkäufer zum mindesten seine Produktionskosten nebst einem gewissen Gewinn erhalten; sonst wird er auf die Produktion überhaupt verzichten. Wir sehen, auch vom Boden der Grenznutzentheorie aus ist man gezwungen, auf die objektiven Faktoren der Produktionskosten zurückzugreifen, sobald die Warenproduktion im Flusse des wirtschaftlichen Ablaufes betrachtet wird.

* l. c. Seite 125.

** l. c. Seite 127.

Damit ist der Rückgriff auf Grundgedanken der Arbeitswerttheorie noch nicht beendet. Um zu einer brauchbaren Analyse des Preisbildungsprozesses zu gelangen, muß die Grenznutzenlehre das — Geld voraussetzen. Offen bleibt die Frage nach dem Werte des Geldes, welche Frage nur durch die Arbeitswertlehre befriedigend geklärt werden kann. Gewiß macht das Geld den Tauschakt zu einer rechenmäßigen Beziehung, aber bloß deshalb, weil sich das Geld als Arbeitsprodukt mit allen anderen Waren vergleichen läßt.

Es ist eine Tautologie, wenn Lederer behauptet, die Quantifizierung der psychischen Wertschätzungen vollziehe sich durch den objektiven Vergleich mit allen anderen Schätzungen, die sich allseits auf dasselbe Tauschgut (d. h. das Geld) beziehen*.

Lederer behauptet: «Das Institut des Geldes als eines allgemein anerkannten Tauschmittels und zwar eines Tauschmittels, das in sich gleichartig, dessen einzelne Einheiten vertauschbar, sodaß jede beliebige Masse dieses Tauschmittels durch eine Quantität ausgedrückt werden kann: dieses so beschaffene Institut des Geldes gibt also auch der Wirtschaft, welche auf der Grundlage subjektiver Wertschätzungen ruht, eine quantitative Form**. Die einzelnen Wertschätzungen einzelner Personen, welche ihrer Natur nach vollkommen unvergleichbar sind, welche Intensitäten darstellen, welche ihrem Erlebnisgehalt nach die

* l. c. Seite 131. Auch der Satz: «Die Verkehrswirtschaft bildet also durch ihren Mechanismus alle Bewußtseinsinhalte zu Quantitäten um» sucht den gordischen Knoten der Grenznutzenlehre, die Frage des Zusammenhanges von psychischen Intensitäten zu raum-zeitlichen Quantitäten auf etwas gewaltsame Art zu durchhauen. Es ist ja gerade Aufgabe der Theorie, den Mechanismus der Verkehrswirtschaft zu erklären, nicht aber kann umgekehrt dieser Mechanismus zur Deutung der Werterscheinungen herangezogen werden.

** Das Geld teilt den Charakter der Vertauschbarkeit der Einheiten mit einer ganzen Reihe von Waren. Die quantitative Form der Wirtschaft ist nicht eine Folge der Einführung eines allgemeinen Tauschmittels, sondern eine Folge der Warenproduktion überhaupt.

ganze Weite menschlicher Empfindungsfähigkeit ausfüllen — können in der Welt der Wirtschaft nicht wirksam werden, wenn sie sich nicht aus dem Wurzelboden des subjektiven Bewußtseins loslösen, und in eine Austauschbeziehung zu konkreten Sachgütern treten. Diese Austauschbeziehung wird sich am häufigsten und leichtesten zum Geld herstellen lassen. Damit aber werden die subjektiven Wertschätzungen objektiviert»*. Genau wie Liefmann sucht auch Lederer den Uebergang vom subjektiven Werterlebnis zum objektiven, volkswirtschaftlichen Zusammenhang auf dem Umweg über das Geld. «Das Geld ist nur der Weg, das Mittel, welches gewählt wird, um zu den konkreten Objekten zu gelangen»**. In der Tat, Lederer hat ja schon beim isolierten Tausch, beim entfalteten Marktbild etc. quantitative Größen und damit auch das Geld vorausgesetzt. Diese versteckte Voraussetzung haben wir in unserer Darstellung bewußt in den Vordergrund geschoben. Die Parallelen, wie auch die Differenzen zur Arbeitswerttheorie liegen auf der Hand (siehe § 6 ff.) Sachlich ist der Unterschied der beiden Theorien bei weitem nicht so groß, wie die lebhafte Diskussion erwarten ließe. Der Gegensatz reduziert sich hauptsächlich auf eine andere Erklärung der Entstehung des Geldes. Für den Grenznutzentheoretiker ist das Geld stillschweigende Voraussetzung der Tauschwirtschaft, für den Arbeitswerttheoretiker notwendige Folge des Ueberganges zur Warenproduktion.

Die Grenznutzenlehre kann nicht den Anspruch erheben, mehr zu sein, als eine rein formale Darstellung des Preisbildungsprozesses. Die inhaltlichen Bestimmungsmomente des Wertes und der Preise müssen wir von einem anderen Standpunkte aus gewinnen.

Dies kann auch gar nicht anders sein. Denn die Vorstellungen der Grenznutzentheoretiker sind nur Abbilder jener Preisbildungsvorgänge, wie sie sich an den verschiedenen Geld- und Warenbörsen zu einem festen Schema fixiert haben. Wer mit der Technik der Festsetzung der Aktienkurse etwas näher vertraut ist, der hört aus den Ueberlegungen Böhm-Bawerks und Lederers ganz deutlich die Stimmen des Betriebes am modernen Regulator des heutigen Wirtschaftslebens, an der Börse heraus***. Die

* l. c. Seite 133.
** l. c. Seite 134.
*** Vergleiche § 17.

Grenznutzenlehre übersetzt die börsenkapitalistische Praxis ins Theoretische.

Es ist kein Wunder, daß im Zeitalter des Finanz- und Effektenkapitalismus diese Börsenideologie so begeisterten Anklang fand, daß die Grenznutzenlehre in den 70er und 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in mehreren Köpfen gleichzeitig entstand und ein österreichischer Finanzminister das kränkliche Kindlein nach einem Menschenalter über das Taufbecken der Popularität hob. War doch damit eine wertvolle Waffe geschmiedet für den Kampf der Klassen: Die «objektive», in den Wolken unbestechlichster Sachlichkeit thronende Wissenschaft wußte den «unwiderleglichen» Nachweis zu führen, daß die kapitalistische die wirtschaftlichste und damit auch die beste aller Welten. Doch die Geschichte reitet schnell. Die Epigonen der großen Theoretiker des Grenznutzens müssen mit Schrecken erkennen, daß entgegen allen gutgemeinten Beschwörungen und Ratschlägen der soziale Gedanke aus dem Bewußtsein der Massen nicht auszurotten ist, die rote Welle hoch und höher steigt und mit der Eroberung der politischen Macht auch die «Objektivität» der bürgerlichen Wissenschaft hinweg zu schwemmen droht.

Versuche in der Art und Tendenz von Lederer, die Grenznutzenlehre mit sozialem Gehalt zu erfüllen, verdienen daher als Zeichen der Zeit beachtet zu werden. Lederer stellt fest, für die Stufe der einfachen Verkehrswirtschaft (d. h. jener Wirtschaftsstufe, welche von Marx als einfache Warenproduktion bezeichnet wird), ergebe sich Gleichheit der Resultate der Grenznutzenlehre und der Arbeitswerttheorie.

«Nehmen wir nun an, daß alle «Produzenten» Arbeiter wären, daß zur Produktion von Produkten nur Arbeit notwendig wäre, daß die Produktionsmittel in jeder Produktion gleich groß wären und sich im selben Tempo verbrauchen würden (von Grund und Boden können wir absehen), so würde jeder Produzent auf die Dauer nur dann arbeiten, wenn das Ergebnis, d. h. die Menge des Tauschgutes, welche er durch die Produktion erzielen kann, und damit der Stand seiner Bedürfnisbefriedigung ceteris paribus in keiner anderen Produktion größer wäre»*.

«Es würde sich also folgendes Resultat ergeben müssen: wären alle Produkte Arbeitsprodukte, wären alle Menschen nur Ar-

* l. c. Seite 136.

beitende, Alleinproduzenten, würden die Produktionsmittel, über welche sie verfügen, in allen Produktionen gleich sein und im Laufe der gleichen Produktionszeit in die Produktion eingehen, so würden sich die Produkte auch nach der subjektiven Wertlehre im Endresultat so austauschen, als ob der allgemein anerkannte Wertmaßstab die Arbeitszeit wäre. Denn da jeder Produzent nach dem Maximum der Bedürfnisbefriedigung strebt, so würden alle Produzenten bei gleicher aufgewendeter Arbeitszeit den gleichen Gegenwert erhalten: d. h. die Produkte würden sich nach Maßgabe der in ihnen steckenden Arbeitszeit austauschen. So ergibt sich eine äußerliche Gleichheit mit dem Arbeitswertgesetz unter diesen einfachen Voraussetzungen, aber wie sofort hervorgehoben sei, nur eine äußerliche [!?] Gleichheit.

Denn die Arbeitswertlehre behauptet, daß die Produkte dann im Wert gleich sind, wenn und weil* gleiche Arbeitszeiten zur Erzeugung aufgewendet werden. Die subjektive Wertlehre sagt: das ist nicht richtig, sondern Produkte sind nur dann vom gleichen Werte, wenn sie (in dem oben entwickelten Sinn) gleich intensive Bedürfnisse befriedigen, oder Bedürfnisse, welche sich, durch das Medium des Geldes gesehen, gleich stark auswirken können. Aber: können wir nun hinzufügen, um das Dilemma zu überbrücken: wenn das einzige und maßgebende Gut, mit welchem gewirtschaftet werden muß, die menschliche Arbeit ist, so wird menschliche Arbeit eben im Konkurrenzkampf der Arbeitenden, deren jeder ein Maximum an Bedürfnisbefriedigung zu erzielen trachtet, nur aufgewendet werden, wenn sie die gleichen Bedürfnisse befriedigt (dies immer in unserem Sinn innerhalb der Geldwirtschaft genommen), was nur der Fall ist, wenn sie gleiche Mengen des Tauschgutes zu realisieren vermag»**.

Und später: «Weil die Arbeit also fortgesetzt durch den Mechanismus des wirtschaftlichen Interesses jeweils der lohnendsten Verwendung***, dem dringlichsten, noch ungedeckten Bedürfnis zugeführt wird, also alle Arten der Arbeit bis zum gleichen Grad der Dringlichkeit herab (gespiegelt im Medium des Geldes) aufgewendet werden, wird das Produkt gleicher Arbeit im Austauschverhältnis im Gleichgewicht stehen und es sich von außen [!] so ansehen lassen, als ob die Produkte sich nach Maßgabe der in ihnen steckenden Arbeitszeit austauschten. Aber der Unterschied der beiden Betrachtungen liegt klar [!?] auf der Hand: der Arbeitswerttheoretiker sagt, die Produkte gleicher Arbeitszeit sind im Werte gleich, weil die gleiche Arbeitszeit in ihnen steckt, weil sie Kristallisation* gleicher Arbeit sind. Der Nutzentheoretiker sagt: unter den erwähnten Voraussetzungen sind die Produkte gleicher Arbeitszeit im Werte gleich, weil die Arbeit nach dem wirtschaftlichen Prinzip zur Erzeugung von Wertäquivalenten, von gleichen Tauschwerten verwendet wird»**.

Wir sehen, Lederer gelangt zu dem beachtenswerten Schluß, Arbeitswerttheorie und Grenznutzenlehre stimmten sachlich in der Bestimmung der Austauschverhältnisse der einfachen Warenproduktion vollkommen überein; was die beiden Theorien unterscheide, sei bloß die Begründung dieses Resultates, die Deutung des Tauschvorganges. Nicht minder überraschend ist ein zweites Ergebnis. Wird die Grenznutzenlehre angewendet auf die entwickelte Verkehrswirtschaft (lies: kapitalistische Warenproduktion), so tauschen sich die Waren dem Substitutionsprinzip folgend nach Produktionspreisen aus. Nur die Kategorie des Zinses verursacht der Grenznutzenlehre theoretische Schwierigkeiten: Lederers Lösungsversuch, den Zins aus der Ueberfüllung des Arbeitsmarktes durch die Bevölkerungsvermehrung zu erklären, krankt ebenso an unrichtigen Prämissen, wie seine noch kurz zu besprechende Krisentheorie (siehe § 18), welche die Krise auf Kreditinflation zurückführen will.

In Variation eines Wortes von Ophelia im «Hamlet» ist man versucht auszurufen: Welch große Arbeit wurde schmählich hier vertan. Es ist kaum eine bitterere Ironie denkbar als die Tatsache, daß die Grenznutzentheorie, welche eigens zu dem Zwecke der

* Der Leser sei auf § 6 und § 8 verwiesen.

** l. c. Seite 137.

*** Wir legen Wert darauf festzustellen, daß eine mit Lederers Begründung der Austauschverhältnisse der einfachen Warenproduktion sich eng berührende Darstellung (§ 6 und § 8) von uns schon vor Erscheinen der Lederer'schen Arbeit formuliert wurde. Siehe: E. J. Walter: «Freigeldwirtschaft oder Sozialismus?», 1920, S. 80 ff.

* Der Leser sei daran erinnert, daß bei Marx der Ausdruck «Kristallisation der Arbeit» nur eine bildhafte Veranschaulichung darstellt.

** l. c. Seite 138. Es scheint fast, der Gegensatz von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie reduziert sich schließlich auf grammatikalische Spitzfindigkeiten.

Bekämpfung der «Ausbeutungstheorie» des Marxismus propagiert, verteidigt, geglaubt wurde und geglaubt wird, bei richtiger Berücksichtigung aller wirtschaftstheoretischen Prämissen zu den nämlichen Ergebnissen führt wie die Arbeitswerttheorie, wobei sich der Unterschied der Arbeitswerttheorie und der Grenznutzenlehre reduziert auf den Gegensatz: 1. Die Waren tauschen sich auf der Stufe der einfachen Warenproduktion so aus, als ob der allgemein anerkannte Wertmaßstab die Arbeitszeit wäre (Grenznutzenlehre) oder 2. weil der Wertmaßstab die Arbeitszeit ist. (Marxismus)*.

Umso interessanter und wichtiger ist es, nochmals auf die Gründe zurückzukommen, welche Lederer veranlaßten, die Arbeitswerttheorie schließlich doch noch zu Gunsten der Grenznutzenlehre aufzugeben. Lederer meint nämlich, erstens verzichte die Arbeitswerttheorie auf eine Analyse des gesellschaftlichen Bedürfnisses**, zweitens versage die Arbeitswerttheorie bei der

* Von anderen Grenznutzentheoretikern wird mit Nachdruck das Argument in den Vordergrund geschoben, nicht die Kosten bestimmen den Wert, sondern der Wert bestimme die Kosten. Abgesehen davon, daß die Arbeitswerttheorie keineswegs als reine Produktionskostentheorie bezeichnet werden darf, ist die apodiktische Behauptung, der Wert bestimme die Kosten, ein Tisch z. B. koste nicht deshalb 100 Fr., weil das Material und die Arbeitslöhne etc. so viel kosten, sondern weil 100 Fr. für den Tisch gegeben würden, könne er mit den genannten «Elementen» gebaut werden, ein die wirtschaftlichen Tatsachen vergewaltigendes Theorem. Als ob nicht ganze Industrien, die auf Bestellung arbeiten (Maschinen-, Bau-, Möbel- u. a. Industrien) ihre Preise nach dem Produktionskostenprinzip stellen würden, als ob nicht alle Rationalisierungsbestrebungen gerade die Senkung der Produktionskosten zu erreichen versuchten. Sobald die Werttheorie die Entstehung des Wertes im Unterschied der Psychologie der Menschen sucht, ist es gegeben, daß sie den Blick für den sozialen Zusammenhang verlieren muß. Sobald soziologische Klassenzusammenhänge in der Grenznutzentheorie mitberücksichtigt werden, verschwinden mehr und mehr die Differenzen der «objektiven» und «subjektiven» Wertlehren. Wir möchten daher das charakteristische Merkmal der österreichischen Schule des Grenznutzens weniger im psychologischen Ausgangspunkt, als in der liberalindividualistischen Einstellung sehen. Die Arbeitswerttheorie ist eine soziologische Theorie, die Grenznutzentheorie nicht. Der Streit um die Frage, sind es die Kosten, die den Wert bestimmen, oder bestimmt der Wert die Kosten, erinnert an das «berühmte» Sophisma: Stammt das Huhn aus dem Ei, oder das Ei aus dem Huhn!

** l. c. Seite 105. Dies, trotzdem gerade die Arbeitswerttheorie den produktiven Stoffwechsel der Gesellschaft eingehender Analyse unterwirft (§ 11 und § 12)!

Erklärung der Monopolpreise*. Die Arbeitswerttheorie sei unfähig, das Maß der Abweichung des Monopolpreises vom Konkurrenzpreis anzugeben, d. h. die Arbeitswerttheorie reiche «für einen Monopolkapitalismus nicht» aus.

Gelingt es uns, diesen letzten, entscheidenden Einwurf gegen die Arbeitswerttheorie abzuwehren, so haben wir damit den sachlichen Nachweis geleistet, daß die Grenznutzentheorie der Arbeitswerttheorie nicht nur nicht überlegen, sondern durchaus unterlegen ist, weil bloß die marxistische Arbeitswertlehre fähig ist, Bewegungsgesetze der wirtschaftlichen Entwicklung abzuleiten. Der formale Rahmen der Grenznutzenlehre, welche den Vorgang der Preisbestimmung durch das subjektive Bedürfnis zu erklären versucht, genügt nicht für die inhaltliche Bestimmung des objektiven Produktions- und Reproduktionsprozesses der menschlichen Gesellschaft.

Es ist nicht schwer, den gesuchten Nachweis zu leisten. Die Arbeitswerttheorie ist Theorie der reellen kapitalistischen wirtschaftlichen Verhältnisse, nicht Theorie irgend eines imaginären wirtschaftlichen Zustandes. Ohne späteren Ausführungen im einzelnen vorgreifen zu wollen**, halten wir vorläufig folgendes fest: In der heutigen Wirtschaft existiert bis jetzt weder der Monopolkapitalismus, noch werden Monopolpreise im begrifflich strengen Sinne des Wortes bezahlt. Absolute Monopole irgend eines Produktionszweiges sind auf privatwirtschaftlicher Basis auf die Dauer (die Arbeitswerttheorie bezieht sich nur auf dauernde, nicht vorübergehende Markterscheinungen) nicht haltbar.

Einmal setzt ein derartiges Monopol lückenlose internationale Ausdehnung voraus, was schon rein sachlich eine materielle Unmöglichkeit ist. Dann steht jede Monopolpreisbildung unter dem zweifachen Drucke der virtuellen Konkurrenz, wie auch der Möglichkeit der Ersatzbefriedigung. Ein absolutes Monopol ist nur denkbar als rechtliche Institution, d. h. als Staatsmonopol.

Ein Staatsmonopol wirkt ökonomisch nicht anders als eine indirekte Steuer; behaupten wollen, die Arbeitswerttheorie versage bei der Erklärung des Monopolpreises, würde bedeuten, die Arbeitswerttheorie vermöge die ökonomische Auswirkung der Steuern und Zölle nicht zu erklären. Schließlich könnten auch die Kartellpreise als Monopolpreise angesprochen werden. Aber

* l. c. Seite 105/111.

** Siehe § 21.

auch hier bieten sich der Arbeitswerttheorie keine wesentlichen Schwierigkeiten. Denn es läßt sich in jedem konkreten Falle zeigen, daß der Kartellpreis bestimmt ist durch den Produktionspreis plus event. Transportrente, plus event. Zollrente, plus event. Produktivitätsrente.

Wird einmal zugegeben (wie Lederer dies im Gegensatz zu Böhm-Bawerk tut), daß sich nach der Arbeitswerttheorie der Produktionpreis der kapitalistischen Warenproduktion eindeutig aus dem Wertgesetz der einfachen Warenproduktion ableiten läßt, so muß diese Möglichkeit der Ableitung auch für die Kartellpreise zugestanden werden. Daß schließlich Seltenheitsgüter, wie seltene Gemälde, alte Bücher etc. zu Liebhaberpreisen bezahlt werden, diese Tatsachen zu erklären, kann keine Aufgabe einer Volkswirtschaftslehre sein, welche sich die Erklärung des wirtschaftlichen Lebensprozesses der Gesellschaft zum Ziele setzt.

Sicherlich «erklärt» die Grenznutzentheorie a l l e Preise, aber dies nur unter der paradoxen Voraussetzung, daß die Grenzpaare wirklich bekannt sind, die Marktparteien über Angebot und Nachfrage orientiert sind, was dem Charakter der heutigen Wirtschaftsordnung sozusagen vollständig widerstreitet. Das Wertgesetz wird ja gerade dadurch Realität, daß es sich durchsetzt als gesellschaftliche Macht hinter dem Rücken der Produzenten. Selbst das entfaltete Marktbild (nach Böhm-Bawerk) der Grenznutzentheorie ist eine blutleere Fiktion. In jenem Momente, da den Marktparteien die Wertschätzungen der Gegenpartei mitgeteilt werden, müssen sich diese psychischen Wertschätzungen, soferne sie nicht auf objektiven Daten beruhen (Besitz von Geld, Notwendigkeit des Verkaufes etc.), sofort ändern. Das entfaltete Marktbild vernachlässigt die Variabilität der subjektiven Wertschätzungen. Es kennzeichnet sich damit als das, was es ist, als eine I l l u s t r a t i o n , aber nicht als eine Theorie des Tauschprozesses. Es ist daher auch noch kein einziger Versuch gemacht worden, Preise wirklich nach dem System des Grenznutzens zu berechnen.

Auf andere Einwände gegen die Grenznutzentheorie wollen wir nicht näher eintreten. Wenn die Grenznutzentheorie z. B. sagt: primär sind die Preise, sekundär die Kosten, so kann diese Auffassung dort nicht begrifflichen Schwierigkeiten entgehen, wo eine Ware eine Reihe von Produktionsstufen vom Rohstoff bis zum Fertigfabrikat zu durchlaufen hat. Da über die Verwendung eines Konsumgutes erst beim Verkaufe entschieden wird, ist nicht einzusehen, wie dieser zeitlich später ablaufende Vorgang die Preisbildung auf früheren Produktionsstufen bestimmend beeinflussen kann. Auf die Anschauungen von Alfred Ammon («Grundzüge der Volkswohlstandslehre») können wir nicht eingehen. Alfred Ammon ist ein tiefgründiger, interessanter Vertreter der modernsten Auffassung der Grenznutzenlehre. Seine Polemik gegen die marxistische Theorie beweist aber, daß auch Ammon sich nicht zu einer vorurteilslosen Stellungnahme gegenüber der sozialistischen Weltanschauung aufschwingen kann.

Zur besseren Veranschaulichung stellen wir die Beziehungen der Arbeitswert- zur Grenznutzenlehre schematisch in beifolgender Tabelle dar, welche die zeitliche Abwandlung der Tauschverhältnisse klar erkennen läßt (S. 222).

Zusammenfassend können wir das Verhältnis von Arbeitswert- und Grenznutzentheorie wie folgt charakterisieren: Die Grenznutzentheorie ist eine r e i n f o r m a l e Theorie* des Preisbildungsvorganges. Werden die konkreten wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt, so führt die Grenznutzentheorie zu den g l e i c h e n Ergebnissen wie die Arbeitswerttheorie: Auf der Stufe der einfachen Warenproduktion zum W e r t g e s e t z, auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion zum P r o d u k t i o n s p r e i s g e s e t z. Bestimmende Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung sind Produktion und Produktivkraft der Arbeit. Da auch das Bedürfnis sozial bedingt ist, muß letzten Endes selbst die Theorie des Grenznutzens auf die Bedingungen der Produktion zurückgreifen. Als rein formale Theorie versagt die Grenznutzenlehre bei der Aufstellung wirtschaftlicher Bewegungsgesetze, im speziellen beim Akkumulations- wie auch beim Krisenproblem. Obwohl die Grenznutzentheorie versucht, die kapitalistische Wirtschaft gegen die theoretischen Angriffe des Marxismus zu sichern, ist dieser Versuch mißlungen. Auch die Grenznutzenlehre muß den Zins (Profit) auf die Gestaltung der Verhältnisse des Arbeitsmarktes begründen, indirekt also die Theorie der Mehrwertbildung und die marxistische Ausbeutungstheorie anerkennen. Die Grenznutzentheorie bildet in mancher Hinsicht

** «Es ist die grundlegende Illusion der Grenznutzentheorie, durch die Analyse des Tausches als rein privaten Aktes den Gesetzen der kapitalistischen G e s e l l s c h a f t auf die Spur kommen zu wollen» (Hilferding: «Neue Zeit» 1904/05, I, S. 106).

Wirtschaftsstufe	Tauschform	Märkte	Warenarten	Tausch-verhältnisse	Arbeitswert-theorie	Grenznutzen-lehre
I. Bedarfsdeckungswirtschaft (Naturalwirtschaft).	Geschenke, Raub, Zufälliger Tausch.	—	—	Zufällige Wertform.	—	Isolierter Tausch.
II. Einfache Warenproduktion a) zufälliger Tausch. b) entwickelte Warenzirkulation (Geldwirtschaft).	Grenzhandel (W — W) W — G — W	Warenmarkt.	hauptsächl. Konsumgüter	Entfaltete Wertform. Preisform.	Arbeitswertgesetz. (Produzentenlohn).	Entfaltetes Marktbild: Waren tauschen sich, ab. ob Arbeitszeit wertbestimmend wäre.
III. Frühkapitalismus. (Uebergangsstadium).	W — G — W	Warenmarkt, Arbeitsmarkt.	Waren aller Art. Arbeitskräfte	Preisform.	Wertgesetz. (Arbeitslohn und Mehrwert).	Entfaltet. Marktbild: Auf d. Arbeitsmarkt setzt sich d. klassenmäßige Arbeitslohn in Marktpositionen um. (Lederer S. 169).
IV Industriekapitalismus.	W — G — W	Waren-, Arbeits-, Geld- u. Kapitalmarkt.	Waren, Arbeitskräfte, Grund und Boden.	Preisform.	Produktionspreisgesetz, Durchschnittsprofit, Zins, Grundrente, kaufm. Profit.	Entfaltetes Marktbild: Produktionspreis.
V. Finanzkapitalismus.	W — G — W	Waren-, Arbeits-, Geld- und Kapitalmarkt. Börsen.	Waren, Arbeitskräfte, Grund und Boden. Kapital- und Rentenpapiere.	Preisform.	Monopolpreisgesetz. Fiktiv. Kapitalbildung. Kartellrenten.	Entfaltetes Marktbild mit Produzenten-Monopol: Monopolpreis bestimmt sich nach Grenznutzen des Profits.
VI. Sozialismus.	W — G — W	Soziale Regelung.	Waren aller Art.	Preisform.	Sozialer Gebrauchswert.	Grenznutzen des sozialen Bedürfnisses.

eine wertvolle Ergänzung der marxistischen Theorie: Die Hoffnungen aber, durch die Grenznutzentheorie den Marxismus überwunden zu haben, dürfen als gescheitert betrachtet werden.

§ 15. Das Handelskapital.

In der Theorie des Zirkulationsprozesses des Kapitals (§ 11) haben wir gesehen, wie die Sicherung der Kontinuität des Produktionsprozesses zusätzliches Betriebskapital erfordert. Ein Teil dieses zuschüssigen Betriebskapitals ist notwendig, um den Verkauf des Warenkapitals zu gewährleisten. Diese Verkaufstätigkeit ist neben der unmittelbaren Leitung und Ueberwachung des Produktionsprozesses die wichtigste Aufgabe des produktiv tätigen Kapitalisten, des Unternehmers.

Mit vergrößerter Konzentration und Zentralisation des Kapitals verhindert die wachsende Stufenleiter der Geschäfte den Einzelunternehmer mehr und mehr, alle jene Funktionen selbst auszuüben, welche ihm als Kapitalisten zustehen. Er beschäftigt daher, je größer die ihm unterstehenden Betriebe, eine stets sich vermehrende Zahl von Aufsichtsbeamten, technischen und kaufmännischen Angestellten, denen die Aufsicht der Arbeiter, die Ueberwachung der technischen Seite des Produktionsprozesses und die Durchführung der kommerziellen Kaufs- und Verkaufsoperationen anvertraut werden.

Das Zuschußkapital kann in zwei Teile zerlegt werden, in einen Teil, der benötigt wird, weil die Produktionsperiode größer als die Arbeitsperiode (zuschüssiges Betriebskapital) ist, und in einen Teil, der die Zirkulation des Warenkapitals auf dem Markte ermöglichen soll (zuschüssiges Zirkulationskapital).

«Ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals befindet sich fortwährend in dieser Existenzform als Zirkulationskapital auf dem Markte, im Prozeß der Metamorphose (von Waren- in Geldkapital) begriffen, obgleich für jedes einzelne Kapital sein Dasein als Warenkapital nur ein Durchgangsstadium der Kontinuität seines Produktionsprozesses bildet... Das Warenhandlungskapital ist nichts als die verwandelte Form eines Teiles dieses beständig auf dem Markte befindlichen, in dem Prozeß der Metamorphose befindlichen und stets von der Zirkulationsphäre umfangenen Zirkulationskapitals. Wir sagen eines Teils, weil ein Teil des Warenverkaufs und

Kaufs beständig direkt zwischen den industriellen Kapitalisten selbst vorgeht»*.

Der Händler tritt, wie jeder Kapitalist, auf dem Markte auf als Vertreter einer gewissen Summe Geldkapital, die er in Wert plus Mehrwert verwandeln will. Er kauft, um teurer zu verkaufen:

$$G \rightarrow W \rightarrow G'.$$

So scheint die Tätigkeit des Händlers dem Wertgesetz der einfachen Warenzirkulation zu widersprechen. Er kauft vom Fabrikanten Garn zu einem niedrigeren Preise, als er vom Konsumenten zu fordern gedenkt. Aber wenn auch der Fabrikant seine Ware dem Händler verkauft hat, ist diese Ware doch noch nicht endgültig der Konsumation zugeführt. Der Händler kauft ja nur, um wieder zu verkaufen. Er ist Vermittler zwischen Produzent und Konsument. Der Wert, rep. Produktionspreis der Ware realisiert sich erst durch den Verkauf an den letzten Käufer, an den Konsumenten. Die Ware des Kaufmanns repräsentiert immer noch Warenkapital. Dieses hat nur seinen Besitzer, aber nicht seine Form gewechselt. Die Funktion, die Ware zu verkaufen,

«ist dem Produzenten durch den Kaufmann abgenommen und in sein besonderes Geschäft verwandelt worden, während es früher eine Funktion war, die dem Produzenten zu verrichten blieb, nachdem er die Funktion sie zu produzieren, erledigt hatte . . . Das Warenhandlungskapital ist . . . durchaus nichts anderes, als das Warenkapital des Produzenten, das den Prozeß seiner Verwandlung in Geld durchzumachen hat . . . nur daß diese Funktion . . . nun als ausschließliche Operation einer besonderen Gattung von Kapitalisten, der Warenhändler erscheint, verselbständigt wird als Geschäft einer besonderen Kapitalanlage»*.

Für den Produzenten bedeutet der Verkauf an den Kaufmann rascheren Umschlag, Verminderung der Umlaufzeit des Warenkapitals, Reduktion des zuschüssigen Geldkapitals auf ein Minimum, für den Kaufmann aber Verwertungsmöglichkeit seines Geldkapitals. Das Handelskapital ist bloß ein abgesonderter, in spezieller Funktion tätiger Teil des industriellen Zirkulationskapitals. Aeußerlich betrachtet wird durch die Verselbständigung eines Teils des Zirkulationskapitals als Handelskapital der kontinuierliche Zusammenhang von Verwertungsprozeß und Produktion zerrissen. Denn das Handelskapital ist eine Kapitalform, welche nie die Form des produktiven Kapitals, stets nur die Form des Geldkapitals bezw. Warenkapitals annimmt.

* Band III_1, Seite 251.

* l. c. Seite 253.

«Wenn der Kaufmann Kaufmann bleibt, so spart der Produzent Zeit im Verkaufen, die er zur Ueberwachung des Produktionsprozesses anwenden kann, während der Kaufmann seine ganze Zeit zum Verkaufen verwenden muß .... Falls das Kaufmannskapital nicht seine notwendigen Proportionen überschreitet, ist anzunehmen: 1. daß infolge der Teilung der Arbeit das Kapital, das sich ausschließlich mit Kaufen und Verkaufen beschäftigt (und es gehört hiezu außer dem Geld zum Ankauf von Waren das Geld, das ausgelegt werden muß, in der zum Betrieb des kaufmännischen Geschäftes notwendigen Arbeit, im konstanten Kapital des Kaufmanns, Lagergebäuden, Transport etc.), kleiner ist, als es wäre, wenn der industrielle Kapitalist den ganzen kaufmännischen Teil seines Geschäftes selbst betreiben müßte; 2. daß, weil der Kaufmann ausschließlich mit diesem Geschäft sich befaßt, nicht nur für den Produzenten seine Ware früher in Geld verwandelt wird, sondern das Warenkapital selbst seine Metamorphose rascher durchmacht, als es in der Hand des Produzenten tun würde; 3. daß das gesamte Kaufmannskapital im Verhältnis zum industriellen Kapital betrachtet, ein Umschlag des Kaufmannskapitals nicht nur die Umschläge vieler Kapitale in einer Produktionssphäre, sondern die Umschläge einer Anzahl von Kapitalien in verschiedenen Produktionssphären vorstellen kann»*.

«Die Geschwindigkeit der Zirkulation des vom Kaufmann vorgeschossenen Geldkapitals hängt ab: 1. von der Geschwindigkeit, womit sich der Produktionsprozeß erneuert und die verschiedenen Produktionsprozesse ineinandergreifen; 2. von der Geschwindigkeit der Konsumation.

Es ist nicht nötig, daß das Kaufmannskapital bloß den oben betrachteten Umschlag durchmacht, für seinen ganzen Wertumfang erst Ware zu kaufen und sie dann zu verkaufen. Sondern der Kaufmann macht gleichzeitig beide Bewegungen durch. Sein Kapital teilt sich dann in zwei Teile. Der eine besteht aus Warenkapital und der andere aus Geldkapital. Er kauft hier und verwandelt damit sein Geld in Ware. Er verkauft dort und verwandelt damit einen Teil des Warenkapitals in Geld. Verbindet sich mit der Anwendung des Geldes als Zirkulationsmittel die als Zahlungsmittel und das darauf erwachsende Kreditsystem, so vermindert sich noch ferner der Geldkapitalteil des Kaufmannskapital im Verhältnis zur Größe der Transaktionen, die dies Kaufmannskapital verrichtet. Kaufe ich für 1000 £ Wein auf 3 Monate Ziel, und habe ich den Wein ver-

** l. c. Seite 259.

kauft gegen bar, vor Ablauf der 3 Monate, so ist für diese Transaktion kein Heller vorzuschießen. In diesem Fall ist auch sonnenklar, daß das Geldkapital, das hier als Kaufmannskapital figuriert, durchaus nichts ist als das industrielle Kapital selbst in seiner Form als Geldkapital»*.

«Das Kaufmannskapital ist nichts als innerhalb der Zirkulationssphäre fungierendes Kapital»**. «Je unentwickelter die Produktion, desto größer die Summe des Kaufmannskapitals im Verhältnis zur Summe der überhaupt in Zirkulation geworfenen Waren; desto kleiner aber ist es absolut oder verglichen mit entwickelteren Zuständen. Umgekehrt, umgekehrt. In solchen unentwickelten Zuständen befindet sich daher der größte Teil des eigentlichen Geldkapitals in den Händen der Kaufleute, deren Vermögen so den anderen gegenüber das Geldvermögen bildet»***.

Im Zirkulationsprozeß wird kein Wert und auch kein Mehrwert produziert.

«Das Kaufmannskapital schafft . . . weder Wert noch Mehrwert, d. h. nicht direkt. Sofern es zur Abkürzung der Zirkulationszeit beiträgt, kann es indirekt den vom industriellen Kapitalisten produzierten Mehrwert vermehren helfen. Soweit es den Markt ausdehnen hilft und die Teilung der Arbeit zwischen den Kapitalen vermittelt, also das Kapital befähigt, auf größerer Stufenleiter zu arbeiten, befördert seine Funktion die Produktivität des industriellen Kapitals und dessen Akkumulation. Soweit es die Umlaufszeit abkürzt, erhöht es das Verhältnis des Mehrwerts zum vorgeschossenen Kapital, also die Profitrate. Soweit es einen geringeren Teil des Kapitals als Geldkapital in die Zirkulationssphäre einbannt, vermehrt es den direkt in der Produktion angewandten Teil des Kapitals»****.

Um die ökonomischen Verhältnisse rein darzustellen, müssen wir davon absehen, daß das Kaufmannskapital zum Teil auch produktive Funktionen, wie Transport, Aufbewahrung, Verteilung und Detaillieren der Waren übernimmt. Soweit diese Funktionen wertbildend sind, gehen sie in den Marktwert der Waren ein. Je mehr aber die Arbeitsteilung fortschreitet, umso reiner entwickelt sich — besonders im Großhandel — die kaufmännische Funktion des reinen Kaufes, um zu verkaufen*****. Der Kaufmann schießt

* l. c. Seite 261.

** l. c. Seite 263.

*** l. c. Seite 261.

**** l. c. Seite 263.

***** Der mittelalterliche Kaufmann war ebensogut Kaufmann wie Spediteur. Daher beschränkte sich der Fernhandel auf kostbare Luxusgüter. Die Transporte waren teuer, das Risiko groß, die Gewinne entsprechend hoch.

Geldkapital vor und nimmt dem Industriellen das Risiko des Verkaufes der Waren ab.

Durch die Konkurrenz des Kapitals zwischen den verschiedenen Produktionssphären wird der Profit zum Durchschnittsprofit ausgeglichen. In diese Ausgleichung geht prinzipiell das ganze produktiv tätige industrielle Kapital, auch jener Teil, der als Zuschußkapital benötigt wird, ein. Auch wenn keine Kaufleute den Umsatz des Warenkapitals bewerkstelligen würden, so müßte trotzdem ein ganz bestimmter Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals als zuschüssiges Zirkulationskapital fungieren. Dieses zuschüssige Zirkulationskapital nimmt ebenso Teil am Ausgleich der Profitrate, wie das übrige produktive Kapital.

Prinzipiell ändert sich an diesem Ausgleich der Profitrate nichts, wenn ein Teil des gesellschaftlichen Zirkulationskapitals als spezielles Kaufmannskapital abgetrennt wird. Was sich durch diese Teilung des Gesamtkapitals in Produktionskapital und Handelskapital verändert, ist einzig die Bestimmung der Produktionspreise. Die Tätigkeit des Kaufmanns verringert das vom industriellen Kapitalisten benötigte Kapital. Während der gesellschaftliche Produktionspreis der konsumreifen Ware gleich Kostpreis plus Durchschnittsprofit auf das zur Produktion und Realisierung als Geldkapital benötigte industrielle Kapital (= Summe von produktivem und Handelskapital), erzielt der Industrielle nur einen Verkaufspreis, der gleich dem Kostpreis + dem Durchschnittsprofit auf das von ihm vorgeschossene produktive Kapital.

«Es ist nur Schein, daß der merkantile Profit bloßer Zuschlag, nominelle Erhöhung des Preises der Waren über ihren Wert. Es ist klar, daß der Kaufmann seinen Profit nur aus dem Preis der von ihm verkauften Waren beziehen kann und noch mehr, daß dieser Profit, den er beim Verkauf der Waren macht, gleich sein muß der Differenz zwischen seinem Kaufpreis und seinem Verkaufspreis, gleich dem Ueberschuß des ersteren über den letzteren»*. «Aber dennoch verkauft er [d. h. der Kaufmann] die Waren nicht über ihrem Wert oder nicht über ihrem Produktionspreis, eben weil er sie unter ihrem Wert oder unter ihrem Produktionspreis von den industriellen Kapitalisten gekauft hat»**.

«Unter Produktionpreis ist nach wie vor zu verstehen der Preis der Ware = ihren Kosten (dem Wert des in ihr enthaltenen konstanten und variablen Kapitals) + dem Durchschnitts-

*** l. c. Seite 265.

**** l. c. Seite 268.

profit darauf. Aber dieser Durchschnittsprofit ist jetzt anders bestimmt. Er ist bestimmt durch den Gesamtprofit, den das totale produktive Kapital erzeugt; aber . . . berechnet auf das totale produktive + Handelskapital, so daß, wenn 900 produktives und 100 Handelskapital, die Durchschnittsprofitrate . . = 18 % [d. h. Profit = 180, auf produktives Kapital allein bezogen Durchschnittsprofitrate 20 %] ist»*. Der industrielle Produktionspreis ist gleich Kosten + 18 %, statt + 20 %. «Der wirkliche Wert oder Produktionspreis des gesamten Warenkapitals ist daher = k + p + h (k = Kosten, p = Durchschnittsprofit, h = kommerzieller Profit) . . . Die Preise, wozu die industrielle Kapitalistenklasse die Gesamtheit der Waren verkauft, sind kleiner als ihre Werte»**.

«Das Kaufmannskapital geht also ein in die Ausgleichung des Mehrwertes zum Durchschnittsprofit, obgleich nicht in die Produktion dieses Mehrwertes. Daher enthält die allgemeine Profitrate bereits den Abzug vom Mehrwert, der dem Kaufmannskapital zukommt, also einen Abzug vom Profit des industriellen Kapitals . . . Je größer das Kaufmannskapital im Verhältnis zum industriellen Kapital, desto kleiner die Rate des industriellen Profits und umgekehrt . . . Alle anderen Umstände gleichbleibend vorausgesetzt, wird der relative Umfang des Kaufmannskapitals in umgekehrtem Verhältnis stehen zur Geschwindigkeit seines Umschlages»***.

«Der Fuhrunternehmer, der Eisenbahndirigent, der Schiffsreeder sind keine ‚Kaufleute'. Die Kosten, die wir hier betrachten, sind die des Kaufens und Verkaufens . . . Sie lösen sich auf in Rechnen, Buchführen, Markten, Korrespondenz u. s. w. Das konstante Kapital, das dazu erforderlich ist, besteht in Kontor, Papier, Porto u. s. w. Die anderen Kosten lösen sich auf in variables Kapital, das in Anwendung merkantiler Lohnarbeiter vorgeschossen wird (Speditionswesen, Transportkosten, Vorschüsse von Zöllen u. s. w. können zum Teil so betrachtet werden, daß der Kaufmann sie im Ankauf der Waren vorschießt und daß sie für ihn daher in den Kaufpreis eingehen)»****.

Der kommerzielle Arbeiter ist Lohnarbeiter wie jeder andere Arbeiter. Der Wert seiner Arbeitskraft ist bestimmt nicht durch das Produkt seiner Arbeit, sondern die Produktions- und Reproduktionskosten seiner spezifischen Arbeitskraft. Die Arbeit des kommerziellen Arbeiters setzt der Ware keinen Wert zu, trotzdem der kommerzielle Arbeiter auch Mehrarbeit leistet, wie jeder

* l. c. Seite 269.
** l. c. Seite 269.
*** l. c. Seite 270.
**** l. c. Seite 272.

andere Arbeiter. Aber diese Arbeit verschafft dem Handelskapital einen Anteil am Mehrwert. Und die unbezahlte Arbeit des kommerziellen Arbeiters verringert entsprechend ihrem Anteil die Zirkulationskosten. Uebernimmt der industrielle Kapitalist selbst den Verkauf seiner Produkte, so wird die Anwendung kommerzieller Lohnarbeiter nötig, welche somit eigentliche Kosten bilden.

«Die Auslage für dieselben, obgleich in Form von Arbeitslohn gemacht, unterscheidet sich von dem variablen Kapital, das im Ankauf der produktiven Arbeit ausgelegt ist. Es vermehrt die Auslagen des industriellen Kapitalisten, ohne direkt den Mehrwert zu vermehren . . . Der industrielle Kapitalist sucht also die Zirkulationskosten, ganz wie seine Auslagen für konstantes Kapital, auf ihr Minimum zu beschränken»*.

Im kapitalistischen Konkurrenzkampf erscheint die Reklame als ein Mittel zur Verbilligung der Preise und zur Vergrößerung des Umsatzes, während die Reklamekosten — vom gesellschaftlichen Standpunkt aus betrachtet — bloß als reine Zirkulationsunkosten gebucht werden können. Die Reklame ist möglich, weil die Produktion unkontrollierte Privatarbeit ist, die Qualitätsware sich nur durch die Reklame den Weg zum Konsumenten bahnen kann.

Der Profit des Handelskapitals wird berechnet aus der Durchschnittsprofitrate auf das vorgeschossene Kapital. Der Verkaufspreis der vom Handelskapital umgesetzten Waren ist gleich dem Ankaufspreis plus Durchschnittsprofit auf das vorgeschossene Handelskapital dividiert durch die Anzahl seiner Umschläge ($P = P' + p/n$).

«Schlägt ein Kaufmannskapital fünfmal im Jahre um, so setzt es dem gleichwertigen Warenkapital nur $^1/_5$ des Aufschlages zu, den ein anderes Kaufmannskapitel, das nur einmal im Jahre umschlagen kann, einem Warenkapital von gleichem Werte zusetzt»**.

Die Zahl der Umschläge des Kaufmannskapital wechselt von Produktionszweig zu Produktionszweig. Allerdings kann in der nämlichen Produktionssphäre der eine Kaufmann sein Kapital rascher umschlagen, als sein Konkurrent, dadurch wird aber der Gesamtumschlag in der betreffenden Sphäre nicht geändert, der betreffende Kaufmann realisiert nur auf Kosten seiner Konkurrenten Extraprofit.

* l. c. Seite 283.
** l. c. Seite 296.

«Es ändert dies nichts am Umschlag der in diesem Zweig angelegten Totalmasse von Kaufmannskapital. Aber es ist entscheidend wichtig für den einzelnen Kaufmann oder Kleinhändler. Er macht in diesem Falle einen Mehrprofit . . . Zwingt die Konkurrenz dazu, so kann er wohlfeiler verkaufen als seine Kumpane . . . Sind die Bedingungen, die ihn zu rascherem Umschlage befähigen, selbst käufliche Bedingungen, z. B. Lage der Verkaufsstätte, so kann er extra Rente dafür zahlen, d. h. ein Teil seines Surplusprofites verwandelt sich in Grundrente»*.

Der Umschlag des Kaufmannskapital ist nur insofern von der Höhe der Produktionspreise abhängig, als ein bestimmtes Kaufmannskapital gegeben, hohe Produktionspreise die Masse der anzukaufenden Güter verringern; umgekehrt, umgekehrt.

«Umstände, welche den Durchschnittsprofit des Kaufmannskapitals verkürzen, z. B. Entwicklung der Transportmittel, vermindern pro tanto die absolute Größe des Kaufmannskapital, erhöhen daher die allgemeine Profitrate. Umgekehrt, umgekehrt. Entwickelte kapitalistische Produktionsweise, verglichen mit früheren Zuständen, wirkt doppelt auf das Kaufmannskapital: dasselbe Quantum Waren wird mit einer geringeren Masse wirklich fungierenden Kaufmannskapitals umgeschlagen. Andererseits: Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion wird alle Produktion Warenproduktion, und fällt daher alles Produkt in die Hände der Zirkulationsagenten, wobei hinzukommt, daß bei früherer Produktionsweise, die im kleinen produzierte, abgesehen von der Masse Produkte, die unmittelbar in natura vom Produzenten selbst konsumiert, und der Masse Leistungen, die in natura erledigt wurden, ein sehr großer Teil der Produzenten seine Ware unmittelbar an den Konsumenten verkaufte oder auf dessen persönliche Bestellung arbeitete»**.

Auf der Stufe der einfachen Warenproduktion bestimmt der kommerzielle Profit die Höhe des produktiven Profites: Einmal weil das produktive Kapital zunächst als Kaufmannskapital- und Transportkapital auftritt, und zweitens weil das Geldkapital dem feudalen Reichtum als Wucherkapital gegenübertritt und sich deshalb auch einen Teil des industriellen Mehrwertes aneignen kann. Erst mit wachsender Ausbreitung des Industriekapitals unterwirft das industrielle Kapital das kommerzielle Kapital und bestimmt der industrielle Durchschnittsprofit den kommerziellen Profit.

* l. c. Seite 298/299.

** l. c. Seite 294/295.

§ 16. Die Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn; die Bildung der Grundrente.

Ob das Kapital angelegt in der Produktion oder im Handel ist, es wirft in beiden Sphären auf das vorgeschossene Kapital Durchschnittsprofit ab. Dabei muß das Kapital immer wieder die Geldform annehmen. Geld ist der gesellschaftliche Träger des Reichtums. Im Papiergeld erhebt sich der gesellschaftliche Schein zu seinem abstraktesten, unwirklichsten Ausdruck. Ein Fetzen bedrucktes Papier wird zur blendenden Verkörperung gesellschaftlicher Macht, ist als potenzielles Geld auch potenzielles Kapital.

1. Die Entstehung des Zinses.

«Geld — hier genommen als selbständiger Ausdruck einer Wertsumme, ob sie tatsächlich in Geld oder Waren [vorausgesetzt ist natürlich nur, daß die Waren jederzeit verkaufbar, beziehungsweise beleihbar, d. h. in Geld umsetzbar sind] existiere — kann auf Grundlage der kapitalistischen Produktion in Kapital verwandelt werden und wird durch diese Verwandlung aus einem gegebenen Wert zu einem sich vermehrenden Wert . . . Damit erhält es [d. h. das Geld], außer dem Gebrauchswert, den es als Geld besitzt [nämlich allgemeines Tauschmittel zu sein], einen zusätzlichen Gebrauchswert, nämlich den, als Kapital zu fungieren. In dieser Eigenschaft als mögliches Kapital, als Mittel zur Produktion des Profits, wird es Ware . . . Oder was auf dasselbe herauskommt, Kapital als Kapital wird zur Ware»*.

Kapital in Form von Geld ist eine Ware besonderer Art. Als Kapital ist das Geld Mehrwert heckender Wert. Wird diese Ware produktiv angelegt, so kann der Unternehmer Durchschnittsprofit erzielen, wenn er mit der nötigen Sorgfalt und zu den normalen gesellschaftlichen Produktionsbedingungen arbeiten läßt. G hat sich verwandelt in G + g.

Wenn der Besitzer einer bestimmten Geldsumme diese Summe nicht selbst in der Produktion anlegen will, so kann er sie ausleihen. Dadurch wird die Geldsumme zu L e i h k a p i t a l. Voraussetzung für das Leihgeschäft ist einmal frei verfügbares Geld- oder Leihkapital, dann die Existenz einer Schicht von Kapitalisten, die bereit sind, Leihkapital aufzunehmen. Das Leihkapital bleibt Eigentum des Leihkapitalisten. (Es sei denn, der Geldbesitzer ver-

* Bd. III. 1. Seite 322/323.

schenke seine Geldsumme. Die Schenkung ist aber kein normaler wirtschaftlicher Vorgang; kann daher übergangen werden.) Die Leihe hebt das Eigentum am geliehenen Kapital nicht auf.

Der Gebrauchswert des geliehenen Kapitals ist die Absorption von Mehrwert. Das ausgeliehene Kapital wird gewöhnlich Geld-, es kann auch Warenkapital sein. Die Dauer der Leihe ist beschränkt. Nach Ablauf der Leihfrist muß das Leihkapital wieder zurückerstattet werden. In der Zwischenzeit kann der Gläubiger über die geliehene Summe beliebig verfügen. Er legt z. B. das Leihkapital in der Industrie an, um Durchschnittsprofit zu erzielen.

«Gesetzt, die jährliche Durchschnittsprofitrate sei 20 %. Eine Maschine im Wert von 100 £ würde dann, unter den Durchschnittsbedingungen und mit dem Durchschnittsverhältnis von Intelligenz und zweckmäßiger Tätigkeit als Kapital verwandt, einen Profit von 20 £ abwerfen. Ein Mann also, der 100 £ zur Verfügung hat, hält in seiner Hand die Macht, aus 100 £ 120 £ zu machen, oder einen Profit von 20 £ zu produzieren. Er hält in seiner Hand ein mögliches Kapital von 100 £. Ueberläßt dieser Mann für ein Jahr die 100 £ einem andern, der sie wirklich als Kapital anwendet, so gibt er ihm die Macht, 20 £ Profit zu produzieren, einen Mehrwert, der ihn nichts kostet, wofür er kein Aequivalent zahlt. Wenn dieser Mann dem Eigner der 100 £ am Jahreschluß vielleicht 5 £ zahlt, d. h. einen Teil des produzierten Profits, so zahlt er damit den Gebrauchswert der 100 £, den Gebrauchswert ihrer Kapitalfunktion, der Funktion, 20 £ Profit zu produzieren. Der Teil des Profits, den er ihm zahlt, heißt Zins, was also nichts ist als ein besonderer Name, eine besondere Rubrik für einen Teil des Profits, den das fungierende Kapital, statt in die eigene Tasche zu stecken, an den Eigner des Kapitals wegzuzahlen hat . . . Es ist klar, daß der Besitz der 100 £ ihrem Eigner die Macht gibt, den Zins, einen gewissen Teil des durch sein Kapital produzierten Profits an sich zu ziehen. Gäbe er dem anderen die 100 £ nicht, so könnte dieser den Profit nicht produzieren, überhaupt nicht mit Beziehung auf diese 100 £ als Kapitalist fungieren»*.

Das zinstragende Kapital besitzt eine eigentümliche Zirkulationsform. Die Verausgabung als Kapital ist verdoppelt, der Rückfluß des wieder versilberten Kapitals erfolgt in zwei Stufen:

$$G \rightarrow G \ldots P \ldots W \rightarrow G + u + z \rightarrow (G + z).$$

Das zinstragende Kapital ist in der Hand des Geldkapitalisten potentielles Kapital, das Zins abwerfen kann: In der Hand des

* l. c. Seite 323.

produktiven Kapitalisten ist es produktives Kapital, das Durchschnittsprofit erzeugt; als zurückverwandeltes Geldkapital fließt es mitsamt einem Teil des Mehrwertes, dem Zins, in die Hände des Geldkapitalisten zurück. Für den Geldkapitalisten ist die Bewegung des Leihkapitals bloß:

$$G \rightarrow G'.$$

Für den produktiven Kapitalisten hört das zinstragende Kapital auf, als Kapital zu fungieren, wenn es mit dem Rückfluß — nach vertraglicher Frist — wieder zum Leihkapitalisten zurückgekehrt ist. Das Geld wirkt als zinstragendes Geldkapital nur im Zusammenhang mit der Gesamtbewegung des Kapitals, indem es als Geld den kapitalistischen Produktionsprozeß einleitet. Wird Ware als Kapital ausgeliehen, so fordert der Verleiher außer dem Zins auch noch eine bestimmte Quote für den Verschleiß der Waren. Legt der Borgende das geliehene Geld nicht als produktives Kapital an, so ist das seine persönliche Angelegenheit. Als gesellschaftliche Erscheinung ist das Leihkapital nur möglich, wenn das geliehene Kapital im Produktionsprozeß verwertet wird, oder wenn der Borger noch über andere wertbildende Quellen verfügt, die ihm erlauben, Zins aufzubringen.

Der Zins entsteht durch T e i l u n g des Profits. Wir bezeichnen den dem produktiven Kapitalisten nach Abzug des Zinses verbleibenden Profit als U n t e r n e h m e r g e w i n n. Der Zins ist eine vertraglich festgelegte Größe. Der Unternehmergewinn die Differenz von Zins und Profit. Die obere Grenze des Zinses bildet — auf die Dauer — der zu erwartende Durchschnittsprofit; die untere auf dem Leihkapitalmarkt nie erreichbare Grenze ist das zinslose Darlehen.

Dank der vertraglichen Bindung eignet dem Zins eine im Vergleich mit dem Unternehmergewinn relative Unveränderlichkeit. Der erzielte Profit ist ja nur im Mittel Durchschnittsprofit. Die Bildung des Durchschnittsprofits ist nicht Ausgangspunkt, sondern Ergebnis der Konkurrenz der Kapitalien um die verschiedenen Produktionssphären. Die Ausgleichung der Einzelprofite zum Durchschnittsprofit ist nur eine Tendenz, die immer wieder durchbrochen, abgebogen und verschoben wird. Der Profit der einzelnen Kapitalisten kann größer oder kleiner sein als der Durchschnittsprofit. Nur im Durchschnitt gleichen sich die Profite aus.

Die Größe des Profites kann auch von Jahr zu Jahr wechseln. Absterbende Produktionszweige können unterdurchschnittliche, neu aufkommende Produktionszweige überdurchschnittliche Profite abwerfen. Das Gleichgewicht, das sich in der Bildung der Durchschnittsprofitrate ausdrückt, ist kein statisches, es ist ein dynamisches Gleichgewicht. Das Gleichgewicht stellt sich immer erst her durch gegensätzliche Bewegung.

Mit der Höhe des Profits schwankt der Unternehmergewinn. Und da der Profit in nicht geringem Maße davon abhängig ist, ob der Unternehmer mit dem durchschnittlichen Maß an Sorgfalt und Geschicklichkeit den Produktionsprozeß überwacht und leitet, scheint der Unternehmergewinn der mehr oder weniger intensiven Arbeit des Unternehmers geschuldet zu sein. Denn das Produkt des Produktionsprozesses ist Eigentum des Kapitalisten. Profit ist erst dann erzielt, wenn nebst dem Ersatz des vorgeschossenen Kapitals ein Ueberschuß an Geld realisiert wird. Wertfall des vorgeschossenen Kapitals durch Aenderungen der Marktlage oder unsorgfältige Behandlung der Maschinerie können den erhofften Profit in sein Gegenteil, in Verlust verwandeln. Im Unternehmergewinn versteckt sich demnach immer eine Vergütung für die Tätigkeit des Unternehmers, wenn auch diese Vergütung in den meisten Fällen — dies zeigt die mit dem Aufkommen der großen Aktiengesellschaften um sich greifende Abspaltung des Unternehmer- oder Dirigentenlohnes vom Unternehmergewinn durch Uebernahme der leitenden Unternehmerfunktionen durch bezahlte Hilfskräfte — viel zu groß ist.

Doch kehren wir zum Zins zurück.

«Was der Käufer einer gewöhnlichen Ware kauft, ist ihr Gebrauchswert; was er zahlt, ist ihr Wert. Was der Borger des Geldes kauft, ist ebenfalls dessen Gebrauchswert als Kapital; aber was zahlt er? Sicher nicht wie bei den andern Waren, ihren Preis oder Wert»*. «Zins als Preis des Kapitals ist von vorneherein ein durchaus irrationaler Ausdruck»**.

Der Borgende kauft nicht das Geldkapital, er borgt es sich nur aus. Das Geldkapital geht nicht in seinen Besitz über. Die Leihe ist ein ebenso ursprünglicher ökonomischer Rechtsakt, wie der Tausch. Beim Tausch wechselt das Gut als Gebrauchswert seinen Platz; Eigentum wird für Eigentum hingegeben, aber der Tauschwert der ausgetauschten Waren bleibt derselbe. Die Leihe ist ein einseitiger Tausch: Der Borger gibt den ganzen Tauschwert her und erhält Anspruch auf spätere Zurückerstattung; er leiht den Gebrauchswert der ausgeliehenen Güter, aber diese bleiben sein Eigentum. Als Eigentümer hat er Anspruch auf vollständige Rückerstattung nach abgemachter Frist. Der Borgende hat dem Borger den gesamten Tauschwert wieder zurückzugeben. Der Borger kann die Leute verweigern oder gewähren. Er kann dadurch den Borgenden zwingen, ihm einen Anteil an den Vorteilen zu gewähren, welche diesem die Ueberlassung des Gebrauchswertes des geborgten Gutes verschafft. Dieser Anteil kann nicht größer sein als der Vorteil, den der Borgende aus dem Gebrauchswerte zieht. Sonst verzichtet der Borgende überhaupt auf das Borgen. Aber für diesen Anteil existiert zunächst kein festes, objektives Maß.

Nach Marx gibt es keine natürliche Rate des Zinsfußes.

«Alle anderen Umstände gleichgesetzt, d. h. das Verhältnis zwischen Zins und Gesamtprofit als mehr oder weniger konstant angenommen, wird der fungierende Kapitalist fähig und willig sein, höheren oder niederen Zins zu zahlen im direkten Verhältnis zur Höhe der Profitrate»*.

Die Höhe des Zinsfußes ist stetem Wechsel unterworfen. Und zwar wird man finden,

«daß meist niedriger Stand des Zinses den Perioden der Prosperität oder des Extraprofites [aber auch der Zeiten der Depression!] entspricht, Steigen des Zinses der Scheide zwischen Prosperität und ihrem Umschlag, Maximum des Zinses bis zur äussersten Wucherhöhe aber der Krisis»**.

Die Durchschnittsrate des Zinsfußes eines bestimmten Landes läßt sich berechnen aus dem mittleren Zinsfuß während eines industriellen Kreislaufes in solchen Anlagen, wo das Kapital für längere Zeit ausgeliehen wird. Diese Zinsrate wechselt von Nation zu Nation. Von wesentlichem Einfluß auf den mittleren Zinsfuß sind Gewohnheit, gesetzliche und wirtschaftliche Tradition.

«Ein mittlerer Zinsfuß muß schon in vielen Rechtsstreitigkeiten, wo Zinsen zu berechnen, als legal angenommen werden»***.

Als Teil der Profitrate wird der Zinsfuß nicht durch die spezifischen Profitraten einzelner Produktionszweige, sondern

* l. c. Seite 337.

** l. c. Seite 339.

* l. c. Seite 344.

** l. c. Seite 345.

*** l. c. Seite 349.

durch die allgemeine Durchschnittsprofitrate bestimmt. In einem bestimmten Zeitpunkt ist die Marktrate des Zinses als feste Größe gegeben, ebenso wie der Marktpreis der Waren,

«weil auf dem Geldmarkt beständig alles leihbare Kapital als Gesamtmasse dem fungierenden Kapital gegenübersteht, also das Verhältnis des Angebots von leihbarem Kapital auf der einen Seite, die Nachfrage darnach auf der anderen den jedesmaligen Marktstand des Zinses entscheidet»*.

Auch Hilferding vertritt im «Finanzkapital» den Standpunkt, daß die Rate des Zinsfußes durch Angebot von und Nachfrage nach Leihkapital** festgelegt sei. Nun hat aber die Bestimmung eines Marktpreises durch Angebot und Nachfrage etwas Stoßendes an sich. Nachfrage und Angebot können wohl die Schwankungen um einen bestimmten inneren Wert, nicht aber die gegebene Preishöhe selbst verständlich machen***. Böhm-Bawerk versuchte daher vom Boden der Grenznutzentheorie aus den Zins durch die Ueberwertung des Gegenwartsgenusses im Vergleich zu zeitlich späterem Genuß zu erklären. Eine theoretische Konstruktion, gefaßt aus der Perspektive des kleinbürgerlichen Sparer- und Rentnertums. Daß Böhm-Bawerks Agiotheorie des Zinses ebenso wie im allgemeinen die Grenznutzentheorie nur formale, äußerliche Gesichtspunkte berücksichtigt, ist klar und offensichtlich.

Das Verhältnis von Leihkapital und Produktivkapital ist innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in weiten Grenzen gesellschaftlich**** bestimmt. Während der Preis einer Ware

* l. c. Seite 351.

** «Die Höhe des Zinses hängt ab von der Nachfrage und dem Angebot des Leihkapitals» (l. c. S. 102).

*** Dies der Grund, weshalb auf der Stufe der einfachen Warenproduktion die Arbeitszeit zum Maß des Wertes wird, auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion das Verwertungsbedürfnis des Kapitals zum preisbedingenden Element. Soll der Zins theoretisch verständlich gemacht werden, so ist es notwendig, die bewegenden Kräfte aufzufinden, die das Spiel von Angebot und Nachfrage regulieren. «Hängt aber der Zins von Nachfrage und Angebot ab, so müssen wir uns fragen, wodurch Nachfrage und Angebot ihrerseits bestimmt sind» (Hilferding l. c. S. 103).

**** Hilferding sagt: «Hängt . . die absolute Höhe des Zinsfußes vom Stande des Kapitalkredits ab, so die Veränderungen vor allem vom Stande des Zirkulationskredits» (l. c. S. 103). Der Kapitalkredit vermittelt die Verteilung des brachliegenden Geldkapitals auf die produzierenden Unternehmer; der Zirkulationskredit stützt den Umlauf des Kapitalgeldes, den Umlauf der Wechsel.

verändert werden kann durch Zufluß oder Abfluß von Kapital aus dem betreffenden Produktionszweig, durch Verbesserungen der Produktionsmethoden, Veränderungen der Produktivität der Arbeit, ist auch das prozentuale Verhältnis von Leihkapital (Rentenkapital) und produktivem Kapital (besser als Unternehmerkapital zu bezeichnen) weitgehend sozial bestimmt:

Erstens; es kann die Summe von Leihkapital und Unternehmerkapital nicht größer sein, als das ganze werbende Kapital der Volkswirtschaft. Wächst das Leihkapital relativ zum Unternehmerkapital, so ist dies nur möglich, weil ein Teil des produktiven Kapitals in Leihkapital umgewandelt worden ist. Das Verhältnis, worin sich Leihkapitalist und Unternehmer in den Profit teilen, ist im individuellen Einzelfall zwar von mehr oder weniger zufälligen Verhältnissen bestimmt; dieses Teilungsverhältnis wird aber immer mehr allgemeinen, objektiv gegebenen, gesellschaftlichen Charakter erwerben, je mehr der Kapitalkredit zentralisiert wird, auf gesellschaftlicher Basis organisiert erscheint.

Zweitens; aber auch schon im individuellen Einzelfalle wird die Höhe des Zinsfußes durch objektive Momente bestimmt. Je größer der Anteil des geborgten Leihkapitals am Gesamt-Kapital eines Unternehmens, je dringender die Notwendigkeit der Geldleihe, umso höher wird der Zinsfuß, d. h. umso größer wird der Anteil des Leihkapitalisten am Gesamtprofite* sein. Stellt der Unternehmer gar kein eigenes Kapital zur Verfügung, so wird im allgemeinen durch die Konkurrenz der Unternehmergewinn auf Aufsichtslohn reduziert werden.

Diese Gesetzmäßigkeiten des Einzelfalles wiederholen sich im Großen, auf gesellschaftlicher Stufenleiter. Je größer die Masse des Leihkapitals im Vergleich zum produktiven Unternehmerkapital, umso höher ist der Zins. Je geringer die Masse des Leihkapitals im Verhältnis zum Unternehmerkapital, umso geringer, niedriger wird der Zinsfuß sein.

Auf den ersten Blick mögen diese Behauptungen paradox erscheinen, denn wenn der Zinsfuß von dem Angebot und von der Nachfrage nach leihbarem Kapital abhängen soll, so müßte dem oberflächlichen Scheine nach z. B. bei einem geringen Prozentsatz

* Der Zinsfuß kapitalarmer Länder ist höher als der Zinsfuß kapitalreicher Länder, weil der größte Teil des Erwerbskapitals ausländisches Leihkapital darstellt.

von Leihkapital ein hoher Zinspreis zu erwarten sein. Umgekehrt, umgekehrt!

Wir setzen zur Ableitung und näheren Begründung unseres, die Höhe des Zinsfußes fixierenden Gesetzes eine geschlossene, voll entwickelte kapitalistische Volkswirtschaft voraus. Dies bedeutet, daß der gesamte soziale Reichtum Kapitalform angenommen hat. Wir abstrahieren vom Grundeigentum. Sonach zerfällt der Reichtum der Gesellschaft in Warenkapital (Produktivgüter, Konsumgüter) und in Geldkapital. Das gesellschaftliche Gesamtkapital sei 1 000 000 (in willkürlichen Einheiten gemessen), das Geldkapital 50 000, demnach das Warenkapital 950 000. Nur ein geringer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals wird nicht produktiv beschäftigt sein. Nicht produktiv vernutzte Maschinerie verrostet, unbewohnte Gebäude zerfallen. Die kapitalistische Wirtschaft schaltet automatisch unproduktives, unbeschäftigtes Warenkapital aus der Wertrechnung aus. Wir können daher den nicht produktiv verwerteten Teil des Warenkapitals vernachlässigen. Das Geldkapital befinde sich in dauerndem Umlauf innerhalb der Zirkulationssphäre; ein ständig sich verändernder Anteil wird als Geldreserve an Knotenpunkten der Zirkulation aufgeschatzt.

Wir sehen auch von Krisenerscheinungen ab. Die betrachtete Volkswirtschaft sei voll beschäftigt. Der jährliche Produktionswert betrage 300 000, die Mehrwertrate 100 %, das variable Kapital 100 000, demnach Mehrwertmasse = 100 000, der Wert der verschlissenen Produktivgüter 100 000, die Profitrate 10 %. Um die Vorstellungen noch mehr zu fixieren, nehmen wir an, 50 % des gesellschaftlichen Gesamtkapitals befänden sich in den Händen von Leihkapitalisten.

Damit gelangen wir zu nachfolgenden Vorstellungen über die Verteilung der Mehrwertmasse. Vom Gesamtprofit (welcher gleich der Mehrwertmasse) sind an Dirigentenlohn (Aufsichtslohn) 10 000 auszuscheiden. Dann beläuft sich der zwischen den Unternehmern und den Leihkapitalisten zu verteilende Mehrwert auf 90 000. Die Durchschnittsprofitrate wäre 9 %. Da aber die Leihkapitalisten darauf verzichtet haben, sich aktiv in der Produktion zu betätigen, wird der Anteil der Leihkapitalisten am sozialen Mehrwert geringer, der Anteil der produktiven Kapitalisten entsprechend größer sein. Wir machen vorerst den nachfolgenden Ansatz. Die Unternehmerkapitalisten beziehen auf ihr Kapital Durchschnittsprofit, der Rest von 45 000 wird entsprechend dem

sozialen Verhältnis von Leih- zum Unternehmerkapital unter diese je zur Hälfte geteilt. Die derart errechnete, auf das Leihkapital bezogene Rate des Zinsfußes wollen wir als die theoretische Rate des Zinsfußes bezeichnen*.

Dank der produktiven Anwendung von Leihkapital können die Unternehmer ihren Profit (berechnet auf das Unternehmerkapital) im Durchschnitt von 9 % Unternehmergewinn auf 13½ % Unternehmerdividende (= Summe von Unternehmer- und Leihgewinn) steigern, da sie auf dem geborgten Leihkapital 4½ % zusätzlichen Gewinn realisieren. Dieser Gewinn heiße Leihgewinn.

Um die Möglichkeit der Stabilisierung des Zinsfußes auf einer sozusagen natürlichen Rate einzusehen, nehmen wir an, der Zinsfuß beginne — in unserem Beispiel — aus irgendwelchen Gründen über die theoretische Rate zu steigen (wir betrachten zunächst bloß dauernde, sich über mehrere Jahre erstreckende, durchschnittliche Veränderungen des Zinsfußes; von den täglichen, monatlichen und jahreszeitlichen, wie auch regionalen Schwankungen des Zinsfußes sehen wir ab), z. B. von 4½ auf 6 %, sodaß der Leihgewinn von 4½ auf 3 % reduziert werde. Daher wird der Anreiz wachsen, produktives Kapital in Leihkapital zu verwandeln. Ein Teil der Unternehmer wird versuchen, ihr produktives Kapital als reines Leihkapital zu verwerten; das Angebot an Leihkapital wird zunehmen, die Nachfrage nach Leihkapital geringer werden, der Zinsfuß für Leihkapital muß wieder sinken.

Sinkt dagegen der Zinsfuß unter die theoretische Rate des Zinsfußes, so wird ein Teil der Leihkapitalisten dazu angeregt, ihr Kapital als produktiv tätige Unternehmer selbst zu vernutzen; das Angebot an Leihkapital vermindert sich, der Zinsfuß steigt.

* Einfache Ueberlegungen zeigen, daß die Formel der theoretischen Rate des Zinsfußes ist:

$$p\,\% = \frac{M\,(1-r)}{K} = \frac{M\,(K-U)}{K^2} = M\,\frac{L}{K^2} = \underline{\underline{d \cdot s}}$$

M = Mehrwertmasse.
r = U/K = Rate des Unternehmerkapitals.
U = Unternehmerkapital (Pächterkapital).
K = Gesellschaftliches Gesamtkapital.
L = Leihkapital, d = Profitrate, s = Rate des Leihkapitals (s = L/K).

Diese Bewegung wird sich erst beruhigen, wenn ein neuer Gleichgewichtszustand erreicht ist.

Aehnlich erklären sich die monatlichen und saisonmäßigen Schwankungen des Zinsfußes durch die Veränderungen des Zirkulationskredites. Jeder Zahlungstermin verschiebt das Verhältnis von Waren- und Geldkapital, muß daher auch den Zinsfuß des kurzfristigen Leihkapitals beeinflussen. Im Moment des Ausbruches der Krise findet eine gewaltsame Verschiebung des Verhältnisses von Leihkapital und produktivem Unternehmerkapital statt: Das Unternehmerkapital wird durch den Preissturz außerordentlich stark entwertet. Daher steigt die Rate des Zinsfußes. Damit kombiniert sich der Mangel an Kredit- und Bargeld. Nach Ausbruch der Krise beginnt sich die Wirkung der Reduktion der Profitrate der Unternehmer in dem Bestreben der produktiven Kapitalisten zu äußern, ihr Kapital nicht mehr produktiv, sondern zinstragend anzulegen, weshalb der Zinsfuß dank vermehrtem Angebot an Leihkapital fallen muß.

Während die Produktionspreise der Waren die Verteilung der Kapitalien und damit auch der Kapitalisten auf die verschiedenen Produktionssphären bestimmen, regelt der Zinsfuß die Teilung der Kapitalistenklasse in Leihkapitalisten und produktive Kapitalisten*. Der Kampf um den Zinsfuß ist der Kampf des Rentners mit dem Produzenten um die Aufteilung des Mehrwertes.

> «Es ist in der Tat nur die Trennung der Kapitalisten in Geldkapitalisten und industrielle Kapitalisten, die einen Teil des Profits in Zins verwandelt, die überhaupt die Kategorie des Zinses schafft; und es ist nur die Konkurrenz zwischen diesen beiden Sorten Kapitalisten, die den Zinsfuß schafft»*.

In Zeiten des Währungsverfalles nimmt dieser Kampf auch politische Formen an, weil der Zins auf Grund eines Rechtsaktes und nicht eines Produktionsaktes angeeignet wird. Inwiefern die Gestaltung des Zinsfußverhältnisses modifiziert wird durch die wechselseitigen Beziehungen verschiedener Volkswirtschaften und verschiedener Anlagemärkte, kann nur durch Detailforschungen im Einzelnen fixiert werden.

* In dieser Teilung steckt ein historisches Moment. Dort, wo das Bürgertum stark von feudalen Schichten durchsetzt ist, kann der Rentner vorwiegen. Naturgemäß muß auch der Kapitalexport berücksichtigt werden.

** l. c. Seite 355.

> «Der Durchschnittsprofit erscheint nicht als unmittelbar gegebene Tatsache, sondern als erst durch die Untersuchung festzustellendes Endresultat der Ausgleichung entgegengesetzter Schwankungen. Anders mit dem Zinsfuß. Er ist in seiner, wenigstens lokalen Allgemeingültigkeit ein tägliches fixiertes Faktum, ein Faktum, das dem industriellen und merkantilen Kapital sogar als Voraussetzung und Posten in der Kalkulation bei seinen Operationen dient. Es wird ein allgemeines Vermögen jeder Geldsumme von 100 £, 2, 3, 4, 5 % abzuwerfen .. Auf dem Geldmarkt stehen sich nur Verleiher und Borger gegenüber. Die Ware hat dieselbe Form, Geld. Alle besonderen Gestalten des Kapitals, je nach seiner Anlage in besonderen Vermögen jeder Geldsumme von 100 £, 2, 3, 4, 5 % abzuwerfen .. Die Konkurrenz der besonderen Sphären hört hier auf; sie sind alle zusammengeworfen als Geldborger, und das Kapital steht allen auch gegenüber in der Form, worin es noch gleichgültig gegen die bestimmte Art und Weise seiner Anwendung ist. Als was das industrielle Kapital nur in der Bewegung und Konkurrenz zwischen den besonderen Sphären erscheint, als ein ansich gemeinsames Kapital der Klasse, tritt es hier wirklich, der Wucht nach, in der Nachfrage und Angebot von Kapital auf»*.

Während der Dauer des Verwertungsprozesses kann der Unternehmer bloß über den Profit als Einkommen verfügen. Das gleiche gilt für das Leihkapital.

> «Solange es [d. h. das Leihkapital] sich in seiner [d. h. des Geldkapitalisten] Hand befindet, trägt es keine Zinsen und wirkt nicht als Kapital; und solange es Zinsen trägt und als Kapital wirkt, befindet es sich nicht in seiner Hand»**.

Zunächst ist die Spaltung des Profits*** in Zins und Unternehmergewinn eine rein quantitative Teilung. Aber nicht jede quantitative Teilung des Profits wird gleichzeitig auch zur qualitativen Teilung.

> «Z. B. einige industrielle Kapitalisten assozieren sich zur Betreibung eines Geschäfts und verteilen dann den Profit untereinander nach juristisch festgesetzten Abmachungen. Andere treiben ihr Geschäft, jeder für sich, ohne Associé. Diese letzteren berechnen ihren Profit nicht unter zwei Kategorien, einen Teil als individuellen Profit, den andern als Kompagnieprofit für die nichtexistierenden Gesellschafter. Hier schlägt also die quantitative Teilung nicht um in qualitative»****.

* l. c. Seite 353.

** l. c. Seite 356.

*** Genau genommen ist «der Zins — Konsumtionskredit ausgenommen — immer ein Stück Profit oder Bodenrente» (Hilferding. Finanzkap. S. 103).

**** l. c. Seite 357.

Eine quantitative Teilung des Profits nimmt qualitativen Charakter an, wenn ein allgemein gültiges gesellschaftliches Moment hinter der quantitativen Teilung steht, die Teilung nicht von individuellen Absichten, sondern gesellschaftlich festgelegten Macht- und Marktverhältnissen bedingt ist. Gerade weil sich auf dem Kapitalmarkt das Leihkapital als Ganzes dem produktiven Kapital als Ganzes entgegenstellt, rechnet auch jener Kapitalist, welcher nur sein eigenes und «kein geliehenes» Kapital anwendet, einen bestimmten Teil seines Bruttoprofits unter die besondere Kategorie des Zinses ein.

Der Bruttoprofit spaltet sich in Profit geschuldet dem Kapitaleigentum als solchem, «Kapital a u ß e r dem Produktionsprozeß, das an sich Z i n s abwirft» und U n t e r n e h m e r g e w i n n, der sich herleitet aus der Tätigkeit des Kapitals i m Produktionsprozeß. Der Unternehmergewinn existiert bloß «als gegensätzliche Form, die der Ueberschuß des Rohprofites über den Zins annimmt, sobald dieser als eigene Kategorie» auftritt*. Dies gilt allerdings nur für entwickelte kapitalistische Verhältnisse; auf vorkapitalistischer Wirtschaftsstufe absorbiert der Zins als Wucherzins nicht nur Mehrwert, sondern auch Arbeitslohn.

«Das zinstragende Kapital ist das Kapital als E i g e n t u m gegenüber dem Kapital als F u n k t i o n»**. Nichts natürlicher als daß der Unternehmergewinn dem Kapitalisten als Entgelt für seine Funktion als L e i t e r der Produktion, als «Arbeiter» erscheint.

> «Die Arbeit der Oberaufsicht und Leitung entspringt notwendig überall, wo der unmittelbare Produktionsprozeß die Gestalt eines gesellschaftlich kombinierten Prozesses hat . . Sie ist aber doppelter Natur. Einerseits in allen Arbeiten, worin viele Individuen kooperieren, stellt sich notwendig der Zusammenhang und die Einheit des Prozesses in einem kommandierenden Willen dar, und in Funktionen, die nicht die Teilarbeiten, sondern die Gesamttätigkeit der Werkstatt betreffen. Es ist dies eine produktive Arbeit, die verrichtet werden muß, in jeder kombinierten Produktionsweise . . . Andererseits entspringt diese Arbeit der Oberaufsicht notwendig in allen Produktionsweisen, die auf dem Gegensatz zwischen dem Arbeiter . . . und dem Eigentümer der Produktionsmittel beruhen . . . Sie erreicht ihr Maximum im Sklavensystem. Sie ist aber auch in der kapitalistischen Produktionsweise unentbehrlich, da hier der Produktionsprozeß zugleich Konsumationsprozeß der Arbeitskraft durch den Kapitalisten ist»*.

Die kapitalistische Praxis sondert immer wieder den eigentlichen Verwaltungs- oder Aufsichtslohn (besonders klar bei der Aktiengesellschaft) von der Dividende ab und läßt so den Profit auch praktisch als bloßen Mehrwert erscheinen.

> «Die kapitalistische Produktion selbst hat es dahin gebracht, daß die Arbeit der Oberleitung ganz getrennt vom Kapitaleigentum auf der Straße herumläuft»**.

Mit wachsender gesellschaftlicher Verflechtung der Produktion wächst die Notwendigkeit der Arbeitsteilung, wächst das Angebot an kaufmännischem und technischem Hilfs- und Aufsichtspersonal, schiebt sich zwischen die Kapitalisten und die Arbeiter die Schicht des Stehkragen- und Bildungsproletariates***.

Im Leihkapital werden die Bedingungen der Mehrwertproduktion bis zur Unkenntlichkeit verzerrt.

> «Das Ding (Geld, Ware, Wert) ist nur als bloßes Ding schon Kapital und das Kapital erscheint als bloßes Ding; das Resultat des gesamten Reproduktionsprozesses erscheint als eine, einem Ding von selbst zukommende Eigenschaft; es hängt ab von dem Besitzer des Geldes, d. h. der Ware in ihrer stets austauschbaren Form, ob er es als Geld verausgaben oder als Kapital vermieten will»****.

Geld kann aber nur dann als Kapital ausgeliehen werden, wenn Produzenten da sind, die Leihkapital verwerten können und in der Lage sind, das geliehene Kapital samt Zinsen zurückzuerstatten. In der Wirtschaft primitiver Naturvölker verlieren Begriffe wie Leih- und Geldkapital jeglichen Sinn.

Das mathematische Kunststück der Zinseszinsrechnung trägt nicht wenig dazu bei, die Veräußerlichung das Kapitalverhältnisses im gesellschaftlichen Bewußtsein zu befestigen. Wer kennt nicht die Rechnungen, welche den Pfennig, angelegt zur Zeit

* l. c. Seite 361.

** l. c. Seite 365.

* l. c. Seite 369/370.

** l. c. Seite 373.

*** «Die Vorstellung des Unternehmergewinns als Aufsichtslohn der Arbeit, die aus seinem Gegensatz zum Zins entsteht, findet . . . Halt darin, daß . . . ein Teil des Profits als Arbeitslohn abgesondert werden kann und sich wirklich absondert. Dieser Teil . . . stellt sich rein dar in dem Gehalt des Dirigenten in solchen Geschäftszweigen, deren Ausdehnung u. s. w. hinreichende Teilung der Arbeit erlaubt, um besonderen Arbeitslohn für einen Dirigenten zu gestatten» (l. c. Seite 369).

**** l. c. Seite 378.

Jesus Christus, zu 5 % an Zinseszinsen, dank dem Automatismus der Zinseszinsen zu einem ungeheuren Vermögen in der Gegenwart anschwellen läßt?: Alle 14,2 Jahre würde das angelegte Kapital verdoppelt*. Würde der Zinsertrag wirklich eine dem Geld an sich innewohnende Eigenschaft darstellen und nicht dem Produktionsprozeß geschuldet sein, so müßte die Menschheit bereits ungeheure Reichtümer akkumuliert haben, ja, wenn nicht . . . leider — wie der Spießbürger mit sauer überlegener Miene beizufügen weiß — die «Verschwendungssucht» immer mehr den «Sparsinn» verdrängen würde.

«Der Akkumulationsprozeß des Kapitals kann insofern als Akkumulation von Zinseszins aufgefaßt werden, als der Teil des Profits, der in Kapital rückverwandelt wird . . . Zins genannt werden kann. Aber: 1. von allen zufälligen Störungen abgesehen, wird im Lauf des Reproduktionsprozesses beständig ein großer Teil des vorhandenen Kapitals mehr oder weniger entwertet . . . Auf einer höheren Entwicklungsstufe der gesellschaftlichen Produktivität erscheint daher alles vorhandene Kapital, statt als das Resultat eines langen Prozesses der Kapitalaufsparung, als das Resultat einer verhältnismäßig sehr kurzen Reproduktionszeit. 2. . . nimmt die Profitrate ab im Verhältnis zur steigenden Akkumulation des Kapitals und der ihr entsprechenden steigenden Produktivkraft der gesellschaftlichen Arbeit . . . Die Vorstellung, daß die Profitrate sich nicht verringert, liegt überhaupt dem «all engrossing capital, with compound interest» [schrankenlos sich vermehrendes Kapital mit Zinseszins] . . zugrunde . . .

Durch die Identität des Mehrwertes mit der Mehrarbeit ist eine qualitative Grenze für die Akkumulation des Kapitals gesetzt: der Gesamtarbeitstag, die jedesmal vorhandene Entwicklung der Produktivkräfte und der Bevölkerung, welche die Anzahl der gleichzeitig exploitierbaren Arbeitstage begrenzt. Wird dagegen der Mehrwert in der begriffslosen Form des Zinses gefaßt, so ist die Grenze nur quantitativ und spottet jeder Phantasie . . .

In dem zinstragenden Kapital ist aber die Vorstellung vom Kapitalfetisch vollendet, die Vorstellung, die dem aufgehäuften Arbeitsprodukt und noch dazu fixiert als Geld, die Kraft zuschreibt . . . als reiner Automat, in geometrischer Progression Mehrwert zu erzeugen . . . Das Produkt vergangener Arbeit . . . ist hier an und für sich geschwängert mit einem Stück gegenwärtiger oder zukünftiger Mehrarbeit. Man weiß dagegen, daß

* Im Jahre 1927 wäre der Pfennig zu 5 % Zinseszins zur Summe von $717{,}53 \cdot 10^{30}$ Mill. Mark angeschwollen, eine Wertsumme, welche den Reichtum der Menschheit um ein Vielfaches übersteigt.

in der Tat die Erhaltung und insoweit auch die Reproduktion des Werts der Produkte vergangener Arbeit nur das Resultat ihres Kontaktes mit der lebendigen Arbeit ist; und zweitens: daß das Kommando der Produkte vergangener Arbeit über lebendige Arbeit gerade nur solange dauert, wie das Kapitalverhältnis dauert; das bestimmte soziale Verhältnis, worin die vergangene Arbeit selbständig und übermächtig der lebendigen gegenübertritt»*.

Das zinstragende Kapital ist nicht nur jene Form, in welcher sich das Kapitalverhältnis völlig verdinglicht, das zinstragende Kapital bietet auch Veranlassung zu einer Erweiterung des Kapitalbegriffes, welche auf der Stufe des Finanzkapitalismus zu großer ökonomischer Bedeutung gelangt. Entfalteter Geldkapitalmarkt, entwickeltes Kreditwesen, genügende Massen Leihkapital gegeben, wird innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft jede regelmäßige Einkommensquelle als Ausfluß eines zinstragenden Kapitals bewertet. Indem der Geldmarkt die Möglichkeit schafft, jedes regelmäßige Einkommen zu kapitalisieren, entstehen jene riesigen Massen von fiktivem Kapital**, welche die zukünftige Wirtschaftsgebahrung so schwer belasten. Zunächst wird durch das Geldkapital die Grundrente kapitalisiert, erhalten alle Grundrente abwerfenden Grundstücke einen Verkaufspreis, der nur fiktives Kapital darstellt.

Veranschaulichen wir den Begriff des fiktiven Kapitals an einem Beispiel! Wir wählen einen Fall aus dem Versicherungswesen. Ein verunfallter Beamter wünsche seine Pension zu kapitalisieren. Die Pension betrage 3000 Fr. pro Jahr. Der mittlere Zinsfuß sei 5 %. Da der Staat auf Grund des Dienstverhältnisses verpflichtet ist, dem Beamten bis zu seinem Ableben die 3000 Fr. alljährlich in bar auszubezahlen, ist der Beamte Eigentümer einer jährlichen fließenden Einkommensquelle von 3000 Franken. Wenn unser Beamter Geldkapitalist wäre, so könnte er sich diese Einkommensquelle durch Ausleihen von 60 000 Fr. zu 5 % Zins verschaffen. Die 3000 Fr. Pension können demnach auch als Zins eines Kapitals von 60 000 Fr. betrachtet werden. Wünscht daher der betreffende Beamte seine Pensionsberechtigung zu verkaufen — wir setzen voraus, daß diesem Verlangen keine rechtlichen Schwierigkeiten entgegenstehen — so wird er auf dem

* l. c. Seite 384/385.

** Wir verstehen unter fiktivem Kapital Vermögenswerte, welche nicht im Produktionsprozeß produziert worden sind, Werte, welche bloß durch Uebertragung von Rechtstiteln entstanden sind.

Geldmarkte immer Käufer finden, welche bereit sind, ihm für die Ueberlassung der Pensionsverpflichtung des Staates — denn Staatsverpflichtungen besitzen, weil die gesellschaftliche Macht des Staates dahinter steht, in den Augen der Geldkapitalisten immer größere Sicherheiten, geringeres Risiko als Verpflichtungen Privater — einen Kaufpreis von annähernd 60 000 Fr. zu entrichten, in der Meinung, daß sich durch diesen Kauf das vorgeschossene Geldkapital zu 5 % Zins verwerte und sich im Notfalle immer wieder Käufer finden werden, welche dieses Rentenbezugsrecht dem nunmehrigen Eigentümer abkaufen würden. Vom Standpunkte des pensionierten Beamten aus — und auch vom Standpunkt der Volkswirtschaft — ist dieser Kauf Schöpfung von fiktivem Kapital, vom Standpunkt des Geldkapitalisten aus aber nur Verwertung seines Leihkapitals.

Bisher galt uns als Kapital eine Wertsumme, welche im Produktionsprozeß angelegt, Mehrarbeit einsaugt. Im Kaufmannskapital ist die Beziehung zum Produktionsprozeß noch nicht ausgelöscht, denn das Kaufmannskapital ist nur der unter der Leitung selbständiger Kapitalisten fungierende Teil des gesellschaftlichen Zirkulationskapitals, das sonst von den industriellen Kapitalisten vorgeschossen werden müßte. Sobald aber das zinstragende Geldkapital auf dem Geldmarkte erscheint, ist es bloß noch von dem Wunsche beseelt, sich auf irgendeine Art und Weise zu verwerten. So entwickelt das Leihkapital die Tendenz, auch Rechte, Eigentumstitel in Ware zu verwandeln, d. h. fiktives Kapital zu schaffen. Auf der Stufe des Finanzkapitalismus wird diese Tendenz zum entscheidenden wirtschaftlichen Faktor.

2. Die Entstehung der Grundrente.

Neben dem kapitalistischen Eigentum an den beweglichen Produktivgütern kann sich bloß das Grundeigentum als selbständige ökonomische Kategorie behaupten. Da die vorkapitalistische Aneignung von Mehrarbeit auf dem Grundbesitz beruht, ist die Grundrente in Form der Naturalrente die vorkapitalistische Form der Aneignung von Mehrarbeit. Der hörige oder leibeigene Bauer tritt Mehrarbeit in Form von Zehnten und sonstigen Abgaben ab, oder leistet Fronarbeit und Spanndienste. Die Naturalrente bildet einen prozentualen Abzug vom Ernte- und Wirtschaftsertrag der Bauernwirtschaft. Ist die Ernte reichlich ausgefallen, so steigt dementsprechend auch die Naturalrente. Der größere Vorrat an Lebensmitteln erlaubt in guten Erntejahren dem Schloßherrn ein zahlreicheres Gefolge zu unterhalten. Differenzen im Ernteertrag, der verschiedenen natürlichen Fruchtbarkeit des Bodens geschuldet, äußern sich in Differenzen der Naturalrente. Je fruchtbarer der Boden, umso reicher die Ernte, umso leichter die Abgabepflicht.

Die Naturalrente paßt sich der Produktivität der Arbeit an. Sie wird daher nie zu einer derart drückenden Last wie die auf feste Summen lautende Geldrente. Denn der Grundherr samt Gefolge vermag nicht mehr als eine gewisse Menge Lebensmittel zu verzehren. Der Anreiz zur unersättlichen Ausplünderung des Bauern fehlt unter der Naturalrente. Anders, wenn bereits ein Markt besteht, auf dem der Ueberschuß der Naturalrente in Geld umgesetzt werden kann. Geld kann in beliebiger Menge aufgeschatzt werden: je größer die Geldrenten, umso mannigfaltiger die Genußmöglichkeiten der Grundherren. Die Umwandlung der Naturalrente in Geldrente erleichtert die Tendenz, die Rente zu steigern. So lockert die Warenproduktion das Band, welches Grundherr und Bauern zu einer Wirtschaftsgemeinschaft verbindet. Die Geldrente wird mit dem Vordringen kapitalistischer Produktionsmethoden in der Landwirtschaft nach und nach zur kapitalistischen Grundrente.

Ohne einheitlichen kapitalistischen Marktpreis keine kapitalistische Grundrenten. Im Kostpreis werden die individuellen Produktionskosten zum Durchschnittspreis ausgeglichen. Der Marktpreis ist entweder bestimmt durch die zur Produktion und Reproduktion der betreffenden Ware notwendige gesellschaftliche Arbeitszeit oder gleich der Summe von Produktionskosten plus Durchschnittsprofit. Während die Waren der gewerblichen Produzenten zu einem Produktionspreis verkauft werden, der sich nach den durchschnittlichen Produktionskosten des betreffenden Produktionszweiges richtet, gelten für die Produktionspreise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse andere Gesetze.

In der gewerblichen Produktion läßt sich die von einem bestimmten Produktionszweig erzeugte Warenmenge beliebig vermehren, wenn nur das gesellschaftliche Bedürfnis nach den betreffenden Waren den Preis steigert und genügend Kapital dem betreffenden Produktionszweig zufließt. In der Landwirtschaft ist die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produktion nicht nur durch die Technik, sondern auch durch die Größe der

landwirtschaftlichen Nutzfläche begrenzt: 1 Hektar gutes Getreideland produziert unter europäischen Verhältnissen pro Jahr im Maximum 36—37 Doppelzentner Weizen. Wohl kann der Hektarertrag durch künstliche Düngung, intensivere Bewirtschaftung gesteigert werden, aber diese Steigerung überschreitet relativ eng gezogene Grenzen nicht. Jene starke Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion, die in Industrie und Gewerbe durch Errichtung neuer Betriebe erreicht werden kann, ist in der Landwirtschaft nur möglich durch Erweiterung der in Anbau genommenen Bodenfläche. Der Boden ist in der Landwirtschaft ein unentbehrliches Produktionsinstrument. Innerhalb gewisser Grenzen ist die erzeugte Menge an landwirtschaftlichen Produkten dem bebauten Boden-Areal direkt proportional. Da die Masse der notwendig zu erzeugenden Lebensmittel zwingend bestimmt wird durch die Masse der zu ernährenden Bevölkerung, weil jeder einzelne Mensch ohne ein gewisses Minimum von Nährstoffen nicht auskommen kann, muß mit dem Wachstum der Bevölkerung die Produktion von Lebensmitteln vergrößert werden.

Daher steht der Preis der notwendigen Lebensmittel unter dem Bedürfniszwang. Lebensmittel sind die lebensnotwendigsten Bedarfsgegenstände. Bevor der Konsum unter das ernährungsphysiologische Minimum* an Lebensmitteln sinkt, wird der Verbrauch an allen anderen Gütern auf das allernotwendigste beschränkt. Damit aber auf kapitalistischer Basis neuer Boden bearbeitet werden kann, muß der Marktpreis der betreffenden Lebensmittel, z. B. des Weizens derart hoch steigen, daß auch auf dem neu in Anbau genommenen Boden der Produzent nebst den Produktionskosten zum mindesten den Durchschnittsprofit löst. Denn die kapitalistische Gesellschaft kennt kein anderes Mittel, die Produktion dem Bedarf anzupassen, als die Regulierung der Produktion mit Hilfe der Schwankungen der Marktpreise. Hohe Marktpreise steigern den Extraprofit, veranlassen die Neuanlage von Kapital, die Ausdehnung des Anbaues, wodurch das Warenangebot vermehrt und der erhöhten Nachfrage angepaßt wird. Die ständigen Preisrevolutionen der landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind ebenso notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen, d. h. der der bewußten Regelung entbehrenden Wirtschaftsorganisation, wie die aus diesen Preisschwankungen sich ergebende

* 2300 Kalorien (normal 118 gr. Eiweiß, 56 gr. Fett, 500 gr. Kohlehydrate = 3115 Kalorien pro Tag).

stoßweise Ausdehnung und nachfolgende Verminderung des Anbaus der wichtigsten landwirtschaftlichen Welthandelsgüter.

In die landwirtschaftlichen Produktionskosten gehen neben technischen und sozialen Unkostenposten auch natürliche Unkosten ein. Die eine Bodenart ist fruchtbarer als die andere Bodenart: Mit der gleichen Kapitalanlage erzielt der Pächter auf dem fruchtbareren Boden einen größeren Hektarertrag als auf dem weniger fruchtbaren Boden. Allerdings läßt sich der Unterschied der natürlichen Bodenbeschaffenheit durch Bodenmelioration ausgleichen; damit ist aber die Differenz der Produktionskosten keineswegs verschwunden. Die gleiche Warenmenge wird erzeugt mit verschieden großen Kapitalien. Und da auch noch die Transportkosten die Produktionskosten der landwirtschaftlichen Produkte vermehren, stufen sich die landwirtschaftlichen Produktionskosten ab, nicht nur entsprechend der natürlichen Fruchtbarkeit oder der verschiedenen Kapitalanlage, sondern auch entsprechend der verschiedenen Entfernung des Produktionsortes vom Markte.

Wir betrachten, um das Wesen der Grundrente klar zu erfassen, vorerst die Transportrente. Je größer der Wert eines Gutes, je geringer dessen Verderblichkeit, umso eher ist ein weiter Transport möglich und umso kleiner sind die auf die Gewichtseinheit fallenden Transportkosten. Unter den Produktionskosten der Milch, die von den Bauern der städtischen Bevölkerung geliefert wird, beansprucht der Transport eine wesentliche Quote.

Die Produktionskosten der einzelnen Bauernwirtschaften seien — was allerdings in der Wirklichkeit nicht zutreffen wird — gleich hoch. Dann entscheidet über den Unterschied der Produktionspreise nur die Entfernung vom zentral gelegenen Markte. Der Bedarf der städtischen Bevölkerung sei in einem bestimmten Momente gegeben. Er betrage täglich bei einer Bevölkerung von 200 000 Personen 150 000 Liter Milch, d. h. auf den Kopf des Einzelnen $^3/_4$ Liter. Da der Markt zentral beliefert wird, setzt die Konkurrenz einen einheitlichen Milchpreis durch. Dieser sei 40 Rappen pro Liter. Der Produktionspreis des Bauern (Kostenpreis plus Profit) möge 20 Rappen pro Liter betragen. Der «Milchmann» (Milchverträger) wird mit 5 Rappen pro Liter entlöhnt, sodaß 15 Rappen für Transportspesen, resp. Extraprofit verbleiben. Die durchschnittliche Leistung einer Bauernwirtschaft sei täglich 50 Liter Frischmilch. Unsere Stadt muß also von mindestens 3000

Bauernwirtschaften beliefert werden. Diese 3000 Bauernwirtschaften werden sich schon aus rein räumlichen Gründen mehr oder weniger konzentrisch um die zentral gelegene Stadt gruppieren müssen. Bauern, die direkt an der Stadtgrenze wohnen, werden außer der Deckung ihres Produktionspreises und der Vergütung für ihre Tätigkeit als Milchverteiler einen Extraprofit von 15 Rappen pro Liter Milch erzielen. Dieser Extraprofit wird sich entsprechend den mit der Entfernung wachsenden Transportkosten bis auf Null vermindern. Die Belieferung der Stadt mit Frischmilch wird bloß durch jene Bauernwirtschaften erfolgen können, deren Transportkosten pro Liter kleiner oder höchstens gleich 15 Rappen sind.

Im Falle der Transportrente bestimmt nicht der durchschnittliche Produktionspreis, sondern der konkrete, individuelle Produktionspreis des Grenzproduzenten den Verkaufspreis. Denn der Grenzproduzent realisiert auf sein im Produktionsprozeß angelegtes Kapital immer noch Durchschnittsprofit. Unter der Herrschaft der kapitalistischen Produktion bedeutet dies aber, daß immer genügend kapitalistische Unternehmer bereit sein werden, unter seinen Produktionsbedingungen Kapital anzulegen.

Der Extraprofit des in der Nähe der Stadt wirtschaftenden Bauern ist einzig der Lage des betreffenden Grundstücks geschuldet. Daher hat der Grundbesitzer die Möglichkeit, durch die Drohung der Kündigung des Pachtvertrages den Profit des kapitalistischen Unternehmers (hier des Pächters) auf den Durchschnittsprofit zu reduzieren und die Differenz von Durchschnittsprofit und Gesamtprofit, d. h. den gesamten Extraprofit als Grundrente einzuziehen. Der Grundbesitz entzieht den als Grundrente absorbierten Mehrwert dem Ausgleich als Durchschnittsprofit: die Grundrente vermindert — bei vorgegebener Rate des Mehrwertes — den Durchschnittsprofit, da nicht mehr die gesamte Mehrwertmasse, sondern nur ein Teil derselben als Durchschnittsprofit auf das in der Produktion vorgeschossene Kapital verteilt werden kann.

Die Grundrente kann entweder auf kapitalistischer Basis aufgehoben werden, indem der Pächter zum Grundbesitzer wird und den Extraprofit als solchen einzieht oder auf gemeinwirtschaftlicher Basis, indem der Extraprofit zur Verbilligung des Marktpreises verwendet wird. Im Falle des betrachteten Milchpreises könnte der Marktpreis z. B. auf 32,5 Rappen reduziert

werden, indem der Extraprofit derjenigen Bauern, welche innerhalb der Produktionspreis-Zone von 32,5 Rappen produzieren, eingezogen wird, um den außerhalb dieser Zone wirtschaftenden Bauern derartige Zuschüsse auszurichten, daß ihre überdurchschnittlichen Transportkosten gedeckt werden.

Um die Bildung der Grundrente noch an einem zweiten Beispiel zu erläutern, betrachten wir den von Marx angeführten Fall der Ausnützung einer Wasserkraft*.

«Wir nehmen also an, daß die durchschnittlichen Verkaufspreise . . . gleich den Produktionspreisen sind. Es fragt sich dann, wie unter dieser Voraussetzung sich eine Grundrente entwickeln, d. h. ein Teil des Profits sich in Grundrente verwandeln, daher ein Teil des Warenpreises dem Grundeigentümer anheimfallen kann . . . Um den allgemeinen Charakter dieser Form der Grundrente zu zeigen, unterstellen wir, die Fabriken in einem Lande würden in überwiegender Anzahl durch Dampfmaschinen getrieben, eine bestimmte Minderzahl jedoch durch natürliche Wasserfälle. Unterstellen wir, der Produktionspreis in jenen Industriezweigen sei 115 für eine Masse von Waren, worin ein Kapital von 100 verzehrt ist. Die 15 % Profit sind berechnet nicht nur auf das konsumierte Kapital von 100, sondern auf das Gesamtkapital, das in der Produktion dieses Warenwertes angewandt ist. Dieser Produktionspreis ist bestimmt, nicht durch den individuellen Kostpreis jedes einzelnen produzierenden Industriellen, sondern durch den Kostpreis, den die Ware durchschnittlich kostet unter den Durchschnittsbedingungen des Kapitals in der ganzen Produktionssphäre. Es ist in der Tat der Marktproduktionspreis . . .

Da die bestimmten Zahlenverhältnisse hier vollständig gleichgültig sind, wollen wir ferner annehmen, daß der Kostpreis in den Fabriken, die durch Wasserkraft getrieben werden, nur 90 statt 100 betrage. Da der den Markt regulierende Produktionspreis der Masse dieser Waren = 115 mit einem Profit von 15 %, so werden die Fabrikanten, die ihre Maschinen mit Wasserkraft treiben, ebenfalls zu 115 verkaufen, d. h. zu dem den Marktpreis regulierenden Durchschnittspreis. Ihr Profit betrüge daher 25 statt 15; der regulierende Produktionspreis erlaubte ihnen einen Surplusprofit von 10 % zu machen, nicht weil sie ihre Ware über, sondern weil sie sie zu dem Produktionspreis verkaufen, weil ihre Waren produziert werden, oder ihr Kapital fungiert, unter ausnahmsweise günstigen Bedingungen, Bedingungen, die über dem Durchschnittsniveau der in dieser Sphäre herrschenden ständen.

Zweierlei zeigt sich sofort:

* «Kapital» Bd. III$_2$, Seite 180 ff.

Erstens: Der Surplusprofit ist gleich . . . dem Ueberschuß des allgemeinen Produktionspreises der Ware über ihren individuellen Produktionspreis . . . Der Wert der mit dem Wasserfall produzierten Ware ist kleiner, weil zu ihrer Produktion ein kleineres Gesamtquantum Arbeit erfordert ist, nämlich weniger Arbeit, die in vergegenständlichter Form, als Teil des konstanten Kapitals eingeht. Die hier angewandte Arbeit ist produktiver, ihre individuelle Produktionskraft ist größer, als die in der Masse derselben Art Fabriken angewandten Arbeit . . .

Zweitens: Bisher unterscheidet sich der Surplusprofit des Fabrikanten, der den natürlichen Wasserfall statt des Dampfes als Triebkraft anwendet, in keiner Art von allem anderen Surplusprofit . . . Aber jetzt kommt der Unterschied. Welchem Umtand verdankt der Fabrikant im vorliegenden Fall seinen Surplusprofit, den Ueberschuß, den der durch die allgemeine Profitrate regulierte Produktionspreis ihm persönlich abwirft? In erster Instanz einer Naturkraft, der Triebkraft des Wasserfalls, der von Natur sich vorfindet, und der nicht wie die Kohle, welche Wasser in Dampf verwandelt, selbst Produkt der Arbeit ist, daher Wert hat, durch ein Aequivalent bezahlt werden muß, kostet. Es ist ein natürlicher Produktionsagent, in dessen Erzeugung keine Arbeit eingeht . . . Aber das ist nicht alles.

Der Besitz dieser Naturkraft bildet ein Monopol in der Hand des Besitzers . . . diese Naturkraft, die so monopolisierbar ist, haftet immer an der Erde. Eine solche Naturkraft gehört nicht zu den allgemeinen Bedingungen derselben, die allgemein herstellbar sind . . . Denken wir uns nun die Wasserfälle, mit dem Boden, zu dem sie gehören, in der Hand von Subjekten, die als Inhaber dieser Teile des Erdballs gelten, als Grundeigentümer, so schließen sie die Anlage des Kapitals am Wasserfall und seine Benutzung durch das Kapital aus. Sie können die Benutzung erlauben oder versagen. Aber das Kapital aus sich kann den Wasserfall nicht schaffen. Der Surplusprofit, der aus dieser Benutzung des Wasserfalls entspringt, entspringt daher nicht aus dem Kapital, sondern aus der Anwendung einer monopolisierbaren und monopolisierten Naturkraft durch das Kapital. Unter diesen Umständen verwandelt sich der Surplusprofit in Grundrente, d. h. er fällt dem Eigentümer des Wasserfalls zu. Zahlt der Fabrikant diesem jährlich 10 Pfund Sterling für seinen Wasserfall, so beträgt sein Profit 15 Pfund; 15 % auf die 100 Pfund Sterling, worauf dann seine Produktionskosten sich belaufen; und er steht sich ganz ebenso gut, möglicherweise besser, als alle anderen Kapitalisten seiner Produktionssphäre, die mit Dampf arbeiten. Es würde nichts an der Sache ändern, wenn der Kapitalist selbst den Wasserfall eignete . . .

Es ist klar, daß die Rente immer Differentialrente ist, denn sie geht nicht bestimmend ein in den allgemeinen Produktionspreis der Ware, sondern setzt ihn voraus . . . Das Grundeigentum am Wasserfall hat mit der Schöpfung des Teils des Mehrwertes (Profits) und daher des Preises der Ware überhaupt, die mit Hilfe des Wasserfalls produziert wird, an und für sich nichts zu schaffen. Dieser Surplusprofit existiert auch, wenn kein Grundeigentum existierte, wenn z. B. das Land, wozu der Wasserfall gehörte, vom Fabrikanten als herrenloses Land benutzt würde. Das Grundeigentum schafft also nicht den Wertteil, der sich in Surplusprofit verwandelt, sondern es befähigt nur den Grundeigentümer . . . diesen Surplusprofit aus der Tasche der Fabrikanten in seine eigene zu locken.

Der Wasserfall, wie die Erde überhaupt, wie alle Naturkraft, hat keinen Wert, weil er keine in ihm vergegenständlichte Arbeit darstellt, und daher auch keinen Preis, der normaliter nichts ist als der in Geld ausgedrückte Wert. Wo kein Wert ist, kann eo ipso auch nichts in Geld dargestellt werden. Dieser Preis ist nichts als die kapitalisierte Rente . . . Ist der Surplusprofit, den die Benutzung des Wasserfalls dem Fabrikanten abwirft, 10 Pfund jährlich, und der Durchschnittszins 5 %, so stellen diese 10 Pfund jährlich den Zins eines Kapitals von 200 Pfund dar . . .»

Durch die Kapitalisierung der Grundrente entsteht der Bodenpreis. Was im Bodenpreis gezahlt wird, ist nicht der Kaufpreis des Bodens, sondern der Preis der Grundrente.

«Die Kapitalisierung der Rente setzt aber die Rente voraus, während die Rente nicht umgekehrt aus ihrer eigenen Kapitalisierung abgeleitet und erklärt werden kann»*.

Durch die Kapitalisierung der Grundrente wird der Bodenpreis abhängig nicht nur von dem wechselnden Betrag der Grundrente, sondern auch von der Bewegung des Zinsfußes. Mit fallendem Zinsfuß steigen die Bodenpreise, mit steigendem Zinsfuß sinken sie.

«Da wir aber gesehen haben, daß die Profitrate im Fortschritt der gesellschaftlichen Entwicklung eine Tendenz zum Fallen hat, und daher auch der Zinsfuß, soweit er durch die Profitrate geregelt wird; daß ferner, auch abgesehen von der Profitrate, der Zinsfuß eine Tendenz zum Fallen hat, infolge des Wachstums des verleihbaren Geldkapitals, so folgt, daß der Bodenpreis eine Tendenz zum Steigen hat, auch unabhängig von der Bewegung der Grundrente und des Preises der Bodenprodukte, wovon die Rente einen Teil bildet»**.

«Die Höhe der Bodenrente (und mit ihr der Wert des Bodens) entwickelt sich im Fortgang der gesellschaftlichen Ent-

* l. c. Seite 162.

** l. c. Seite 163.

wicklung als Resultat der gesellschaftlichen Gesamtarbeit. Einerseits wächst damit der Markt und die Nachfrage nach Bodenprodukten, andererseits unmittelbar die Nachfrage nach Grund und Boden selbst, als konkurrierender Produktionsbedingung für alle möglichen, auch nicht agrikolen Geschäftszweige»*.

Die kapitalistische Grundrente ist an die Existenz der kapitalistischen Produktionsweise gebunden. Mit der rechtlichen Verfügungsgewalt des Eigentümers über ein bestimmtes Stück des Erdballes, ist noch nichts abgemacht.

«Die juristische Vorstellung selbst heißt weiter nichts, als daß der Grundeigentümer mit dem Boden verfahren kann, wie jeder Warenbesitzer mit seiner Ware; und diese Vorstellung — die juristische Vorstellung des freien Privateigentums — tritt in der alten Welt nur ein zur Zeit der Auflösung der organischen Gesellschaftsordnung, und in der modernen Welt nur mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktion»**.

Der Uebergang des feudalen Grundeigentums in kapitalistisches Grundeigentum wird zur Grundbedingung für den technischen Fortschritt der landwirtschaftlichen Produktion:

«Es ist eines der großen Resultate der kapitalistischen Produktionsweise, daß sie einerseits die Agrikultur aus einem bloß empirischen und mechanisch sich forterbenden Verfahren des unentwickeltsten Teils der Gesellschaft in bewußte wissenschaftliche Anwendung der Agronomie verwandelt, soweit dies überhaupt innerhalb der mit dem Privateigentum gegebenen Verhältnisse möglich ist; daß sie das Grundeigentum einerseits von Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnissen völlig loslöst, andererseits den Grund und Boden als Arbeitsbedingung gänzlich vom Grundeigentum und Grundeigentümer trennt, für den er weiter nichts vorstellt, als eine bestimmte Geldsteuer, die er vermittels seines Monopols vom industriellen Kapitalisten, dem Pächter erhebt; so sehr den Zusammenhang loslöst, daß der Grundeigentümer sein ganzes Leben in Konstantinopel zubringen kann, während sein Grundeigentum in Schottland liegt»***.

«Die Voraussetzung bei der kapitalistischen Produktionsweise ist also diese: die wirklichen Ackerbauer sind Lohnarbeiter, beschäftigt von einem Kapitalisten, dem Pächter, der die Landwirtschaft nur als ein besonderes Exploitationsfeld des Kapitals, als Anlage seines Kapitals in einer besonderen Produktionssphäre betreibt. Dieser Pächterkapitalist zahlt dem Grundeigentümer, dem Eigentümer des von ihm exploitierten Bodens, in bestimmten Terminen, z. B. jährlich, eine kontraktlich festgesetzte Geldsumme (ganz wie der Borger von Geldkapital bestimmten Zins) für die Erlaubnis, sein Kapital in diesem besonderen Produktionsfeld anzuwenden. Diese Geldsumme heißt Grundrente, einerlei, ob sie von Ackerboden, Bauterrain, Bergwerken, Fischereien, Waldungen u. s. w. gezahlt werde. Sie wird gezahlt für die ganze Zeit, während deren kontraktlich der Grundeigentümer den Boden an den Pächter verliehen, vermietet hat. Die Grundrente ist also hier die Form, worin sich Grundeigentum ökonomisch realisiert, verwertet. Wir haben ferner hier alle drei Klassen, welche den Rahmen der modernen Gesellschaft konstituieren, zusammen und einander gegenüber — Lohnarbeiter, industrieller Kapitalist, Grundeigentümer»*.

Das allgemeine Niveau der Grundrente richtet sich nach der Grundrente jenes Bodens, welcher mit dem Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung bepflanzt wird; in den europäischen Kulturstaaten entweder Weizen oder Roggen, in Ostasien Reis. Wie schon Adam Smith entwickelte, ist die

«Grundrente des zur Produktion anderer landwirtschaftlichen Produkte angewandten Kapitals, z. B. von Flachs, Farbkräutern, selbständiger Viehzucht u. s. w., bestimmt durch die Grundrente, welche das in der Produktion des Hauptnahrungsmittel angelegte Kapital abwirft»**.

Die landwirtschaftliche Rente tritt in mehrfacher Form auf: Entweder als Rente bedingt durch verschiedene Fruchtbarkeit verschiedener Grundstücke oder als Rente verursacht durch vermehrte Kapitalanlage auf einem bestimmten Grundstück. Wir bezeichnen die Rente erster Art als die Differentialrente I oder Fruchtbarkeitsrente, die Rente zweiter Art als Differentialrente II oder Anlagerente.

Die Fruchtbarkeitsrente kann vom Grundbesitzer eingezogen werden, wenn Extraprofit gebildet wird aus der Differenz im Kostpreis von Waren, die durch gleiche Mengen Kapital und Arbeit auf gleicher Bodenfläche mit ungleichem Ernteresultat erzeugt werden. Die Ursachen dieser ungleichen Fruchtbarkeit von Kapital und Arbeit auf gleich großen Grundstücken können neben der verschiedenen natürlichen Fruchtbarkeit auch ökonomischer Art sein: Ungleichmäßige Steuerverteilung, ungleichartige Entwicklung der landwirtschaftlichen Technik in verschiedenen Landesteilen, unregelmäßige Kapitalverteilung unter den Pächtern.

* l. c. Seite 177.
** l. c. Seite 155.
*** l. c. Seite 156/157.

* l. c. Seite 157.
** l. c. Seite 154.

Die Fruchtbarkeit eines bestimmten Grundstückes hängt ab einerseits von der chemischen Zusammensetzung (Salze, Humusstoffe etc.) der Bodenkruste, deren Tiefe und physikalischen Beschaffenheit (Lockerheit, kolloidale Dispersion, Grad der Feinheit der Krume: ob Sand, Lehm oder stark geröllhaltig), andererseits vom Einfluß rein klimatischer Faktoren (Regenmenge, Verteilung des Regens auf die verschiedenen Jahreszeiten, Sonnenscheindauer, Windverhältnisse).

Die Lage der Ländereien ist entscheidend für die Reihenfolge, worin sie nacheinander in Bebauung genommen werden können. Lage und Fruchtbarkeit können die differentielle Fruchtbarkeitsrente in entgegengesetzter Richtung beeinflussen. Auch sehr fruchtbares Land wird bei ungünstiger Lage erst nach minderwertigem, aber günstiger gelegenem Boden in Anbau genommen werden. Die Fruchtbarkeit des Bodens ist nicht immer auf rein natürliche Ursachen zurückzuführen. Auch die Art der Bearbeitung, die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit, die Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsmethoden sind von wesentlichem Einfluß auf die Fruchtbarkeit des Bodens. Der die Erde nur oberflächlich ritzende Holzpflug läßt ganz andere Bodenarten zur Bebauung geeignet erscheinen, als der tiefpflügende Motorpflug. In der Praxis vermischt sich die scharfe theoretische Scheidung, welche wir zwischen Fruchtbarkeits- und Anlagerente gezogen haben.

Zum Zwecke der beispielsmäßigen Erläuterung der Fruchtbarkeitsrente wollen wir unterstellen, daß die gesamte landwirtschaftlich verfügbare Anbaufläche vom besten Boden bis zu Boden von bestimmter geringerer Fruchtbarkeit angebaut werde und daß Produktionsmethode und Kapitalanlage pro Einheit der Bodenfläche auf allen Bodenarten dieselbe sei. Wir betrachten von 4 verschiedenen Bodenarten die Produkt-, Kapital- und Renteneträge gleich großer Grundstücke.

Bodenart	% der bebauten Fläche	Produkt Doppelzr. Weizen je ha.	Fr.	Kapitalvorschuss	Gesamtprofit q	Frk.	Rente q	Frk. je ha.
A	50	10,0	300.—	270.—	1	30.—	—	—
B	15	11,0	330.—	270.—	2	60.—	1	30.—
C	25	13,0	390.—	270.—	4	120.—	3	90.—
D	10	17,0	510.—	270.—	8	240.—	7	210.—

(Marktpreis für Manitoba-Weizen (Jahresanfang 1926) = 30 Goldfranken. Die Gesamtfläche sei 100 ha.)

Die Bildung der Rente kann erfolgen von A oder D aus. Zunächst wird der Boden wahllos okkupiert. Erst durch mehrjährige Bebauung wird der Grad der Fruchtbarkeit einer bestimmten Bodenart offenbar. Auf der anderen Seite ist der gesellschaftliche Bedarf an Lebensmitteln innerhalb gewisser Grenzen fest gegeben. Der Marktpreis wird demnach stets — wie wir gesehen — durch den Produktionspreis des schlechtesten angebauten Bodens bestimmt. Nehmen wir an, zuerst werde die Bodenart B bebaut. Der Produktionspreis sei 24,50 Fr. pro Zentner. Nun steige der Bedarf. Somit steigt auch der Marktpreis. Neuer Boden wird angebaut. Wenn dies nun zufällig auf der Bodenart C geschieht und der vermehrte Anbau den gesteigerten Bedarf decken kann, so wird der Marktpreis wieder auf den Produktionspreis von B sinken, eventuell gar ein Teil des Bodens B aus der Bebauung geworfen werden, gleichzeitig aber auf Bodenart C gegenüber Boden B eine Differentialrente entstehen. Wird zuerst Bodenart D in Bebauung genommen, so dehnt sich die Bebauung aus über die Bodenart C, B bis A unter entsprechendem Anziehen des Marktpreises und gleichzeitiger Ausbildung der entsprechenden Differentialrente.

Der Marktwert der landwirtschaftlichen Güter steht immer über der Summe der individuellen Produktionspreise. Dies ist nur deshalb möglich, weil die industrielle die agrikole Profitrate und diese die landwirtschaftlichen Produktionspreise bestimmt. Denn das Kapital entwickelt zuerst die Industrie, greift erst nachträglich auf die Landwirtschaft über, wobei das Kapital das Grundeigentum schon als historisch gegebene Schranke der Produktion vorfindet.

Der landwirtschaftliche Extraprofit, resp. die Differentialrente kann nicht nur durch den Uebergang von gutem zu schlechtem, sondern auch von schlechterem zu besserem Boden entstehen. Wesentlich bleibt bloß die Differenzierung der natürlichen Fruchtbarkeit, resp. der Transportkosten. Wird die Fruchtbarkeit des Bodens für alle Bodenarten gleichmäßig gesteigert, so wird dadurch die Bodenrente als Differentialrente nicht berührt.

In unserem Beispiel läßt sich der Marktwert des Gesamtproduktes berechnen auf 34 800 Fr., die Summe der Produktionspreise auf 30 000 Fr. Die Differenz dieser Summen bildet die Grundrente. Der natürliche Produktionspreis der 1160 Zentner ist 25,87 Fr. (der mittlere Kostpreis pro Doppelzentner ist sogar bloß 23,28 Fr.); der Zentner wird aber verkauft zu 30 Fr., 15 % zu teuer.

«Es ist die Bestimmung durch den Marktwert, wie er sich auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise vermittels der Konkurrenz durchsetzt; diese erzeugt einen falschen sozialen Wert . . . Die Bestimmung des Marktwerts der Produkte, also auch der Bodenprodukte, ist ein gesellschaftlicher Akt, wenn auch ein gesellschaftlich unbewußt und unabsichtlich vollzogener, der mit Notwendigkeit auf dem Tauschwert des Produktes beruht, nicht auf dem Boden und den Differenzen seiner Fruchtbarkeit. Denkt man sich die kapitalistische Form der Gesellschaft aufgehoben und die Gesellschaft als bewußte und planmäßige Assoziation organisiert, so stellten die 10 qrs. ein Quantum selbständiger Arbeitszeit vor, gleich dem, das in 240 sh. enthalten ist. Die Gesellschaft würde also dies Bodenprodukt nicht erkaufen zu dem 2½fachen der wirklichen Arbeitszeit, die darin steckt; die Basis einer Klasse von Grundeigentümern fiele damit weg. Es würde dies ganz anders wirken, wie eine Verwohlfeilerung des Produkts zu gleichem Betrag durch fremde Einfuhr. So richtig es ist, daher zu sagen, daß — die jetzige Produktionsweise beibehalten, aber vorausgesetzt, daß die Differentialrente dem Staat zufiele — die Preise der Bodenprodukte bei sonst gleichbleibenden Umständen dieselben bleiben würden, so falsch ist es zu sagen, daß der Wert der Produkte derselbe bliebe bei Ersetzung der kapitalistischen Produktion durch Assoziation»*.

Schon die Betrachtung der Fruchtbarkeitsrente läßt deutlich erkennen, welch bedeutende Einschränkung die Produktivität der gesellschaftlichen Arbeit durch das Grundeigentum erfährt. Kolonien, die Korn zu billigeren Preisen ausführen können als altkapitalistische Kulturländer, brauchen nicht Länder größerer Fruchtbarkeit, sondern können auch Gebiete fehlender oder kleinerer Grundrente sein.

«Das Getreide wird hier nicht nur unter seinem Wert, sondern unter seinem Produktionspreis verkauft, nämlich unter dem durch die Durchschnittsprofitrate in den älteren Ländern bestimmten Produktionspreis»**.

In den Kolonien herrscht extensive Wirtschaft, weil der Boden keinen Preis hat.

«In Ländern älterer Kultur machen die Eigentumsverhältnisse, der durch den Preis des bebauten Bodens bestimmte Preis des unbebauten u. s. w., derartige extensive Wirtschaft unmöglich»***.

* l. c. Seite 200.

** l. c. Seite 209.

*** l. c. Seite 211.

Die Anlagerente ist prinzipiell nicht verschieden von der Fruchtbarkeitsrente.

«Kann es nun einen Unterschied machen, wenn Kapitalmassen mit verschiedener Produktivität nacheinander auf demselben Bodenstück, und wenn sie nebeneinander auf verschiedenen Bodenstücken angelegt werden, vorausgesetzt nur, daß die Resultate dieselben sind?»*. Sicherlich nicht!

Da die Rente bei Abschluß des Pachtvertrages festgesetzt wird, fallen alle während der Pachtzeit durch Kapitalaufwendungen erzielten Extraprofite dem Pächter zu. Je kürzer die Dauer der Pachtverträge, umso leichter und müheloser die Umwandlung des Extraprofites in Grundrente, umso geringer aber auch das Interesse der Pächter, durch Kapitalaufwendungen den Anbau auf dem gepachteten Grundstück zu verbessern.

Bei der Anlagerente gesellen sich zu den Unterschieden der natürlichen Fruchtbarkeit, Unterschiede der Größe der Kapitalanlage und Kreditfähigkeit der Pächter. Auf Boden gleicher Güte wird je nach der aufgewendeten Kapitalanlage verschiedener Ertrag erzielt. Die Fruchtbarkeitsrente ist die Grundrente der extensiv betriebenen, die Anlagerente die Grundrentenform der intensiv betriebenen Landwirtschaft.

Zur Erläuterung der Anlagerente betrachten wir nachfolgendes Beispiel der Bildung von Fruchtbarkeitsrente**.

Bodenart	Prod.-Preis	Produkt	Verkaufspreis	Ertrag	Rente	Steigerung der Rente
	sh.	Bushels	sh.	sh.	sh.	sh.
A	60	10	6	60	0	0
B	60	12	6	72	12	1 . 12
C	60	14	6	84	24	2 . 12
D	60	16	6	96	36	3 . 12
E	60	18	6	108	48	4 . 12
					120	10 . 12

Wird auf diesen Böden eine weitere Kapitalanlage gemacht, so lassen sich im ganzen 13 mögliche Fälle voraussehen, welche in drei Untergruppen abgeteilt werden können, je nachdem, ob der Produktionspreis gleichbleibt (d. h. der erhöhte Bedarf wird gedeckt durch den vermehrten Ertrag), fällt oder steigt. Wir greifen nur die wichtigsten Fälle heraus; die übrigen Beispiele können

* l. c. Seite 213.

** l. c. Seite 252.

vom Leser entweder selbst abgeleitet oder im «Kapital» (III. Bd., 2. Teil, Seite 253 ff.) nachgeschlagen werden.

1. Gruppe. Der Produktionspreis bleibt konstant. 1. Fall: Die Produktivität der zweiten Kapitalanlage ist gleich der Produktivität der ersten Kapitalanlage.

Boden	Produktionskosten	Produkt	Verkaufspreis	Ertrag	Rente	Steigerung der Rente
	sh.	Bushels	sh.	sh.	sh.	sh.
A	60+60=120	10+10=20	6	120	0	0
B	60+60=120	12+12=24	6	144	24	1.24
C	60+60=120	14+14=28	6	168	48	2.24
D	60+60=120	16+16=32	6	192	72	3.24
E	60+60=120	18+18=36	6	216	96	4.24
					240	10.24

Die Rente verdoppelt sich.

Ist die Produktivität der zweiten Kapitalanlage geringer als jene der ersten und findet auf Boden A keine zweite Kapitalanlage statt, so wird Boden B entweder ganz oder teilweise rentenlos (2. und 3. Fall). Bei erhöhter Produktivität der zweiten Kapitalanlage und keiner zweiten Anlage auf Boden A erhalten wir den Fall 4: Die Rente steigt.

2. Gruppe. Der Produktionspreis fällt. 5. Fall: Bei gleichbleibender Produktivität der zweiten Kapitalanlage wird Boden A außer Konkurrenz geworfen, Boden B rentenlos.

Bei fallender Produktivität der zweiten Kapitalanlage wird Boden B gleichfalls rentenlos und Boden A außer Anbau gesetzt (Fall 6). Bei vermehrter Produktivität der zweiten Kapitalanlage bleibt Boden A in Konkurrenz und Boden B wird rententragend (Fall 7).

3. Gruppe. Steigender Produktionspreis. Wenn Boden A rentenlos bleibt, kann die zweite Kapitalanlage gleichbleibende oder steigende Produktivität unter abnehmender Produktivität der ersten Kapitalanlage aufweisen (Fall 8, Fall 10). Oder die zweite Kapitalanlage kann fallende Ergiebigkeit zeigen unter gleichbleibender Produktivität der ersten Kapitalanlage (Fall 9). Endlich kann vom Boden A zu einem Boden mit geringerer Fruchtbarkeit als A übergegangen werden (Boden a), wodurch der Boden A rententragend wird (Fall 11, 12, 13).

Die allgemeinen Schlußfolgerungen, welche sich aus diesen Erörterungen ziehen lassen, sind: Die Renten der verschiedenen

Bodenarten verhalten sich wie die Fruchtbarkeitsunterschiede, die Fruchtbarkeit des rentenlosen Bodens als Nullpunkt gerechnet.

«Nicht die absoluten Erträge, sondern nur die Ertragsdifferenzen sind für die Rente bestimmend»*.

In 5 Fällen (Fall 1, 7, 8, 9, 10) verdoppelt sich die Gesamtsumme der Renten mit der Kapitalanlage, in 4 Fällen steigt die Rente um mehr als das Doppelte (Fall 4, 11, 12, 13). In einem Fall (Fall 3) steigt die Rente, aber nicht entsprechend der vergrößerten Kapitalanlage; sie bleibt gleich bloß in 3 Fällen (Fall 2, 5, 6).

«In der großen Mehrzahl aller möglichen Fälle steigt die Rente, sowohl per Acre des Rente tragenden Bodens, wie namentlich in ihrer Gesamtsumme, infolge vermehrter Kapitalanlage auf den Böden. Nur in drei Fällen aus dreizehn untersuchten bleibt ihre Gesamtsumme unverändert. Es sind dies die Fälle, wo die niedrigste bisher rentenlose regulierende Bodenqualität außer Konkurrenz und die nächsthöhere an ihre Stelle tritt, also rentenlos wird. Aber auch in diesen Fällen steigen die Renten auf den besten Bodenarten gegen die der ersten Kapitalanlage geschuldeten; wenn die Rente für C von 24 auf 20 fällt, so steigt die für D und E von 36 und 48 auf 40 und 60 sh.

Ein Fall der Gesamtrenten unter den Stand bei erster Kapitalanlage (Tab. XI) wäre nur möglich, wenn außer Boden A auch Boden B aus der Konkurrenz schiede, und Boden C regulierend und rentenlos würde»**.

Die Steigerung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit durch stufenweise Vergrößerung der Kapitalanlage findet dank der Herrschaft des Grundeigentums viel rascher eine Grenze, als dies bei rein kapitalistisch organisierter Arbeit der Fall wäre:

«. . . Es könnte also noch lange zuschüssiges Kapital mit Unterproduktivität und selbst zunehmender Unterproduktivität angewandt werden, bis der individuelle Durchschnittspreis des qr. auf den besten Ländereien dem allgemeinen Produktionspreis gleich würde, bis der Ueberschuß des letzten über den ersteren, und damit der Surplusprofit und die Rente ganz verschwunden wären.

Und selbst in diesem Fall würde mit Auslöschung der Rente auf den besseren Bodenarten der individuelle Durchschnittspreis ihres Produkts erst zusammenfallen mit dem allgemeinen Produktionspreis, wäre also noch kein Steigen des letzteren erheischt»***.

* l. c. Seite 257.
** l. c. Seite 258.
*** l. c. Seite 268.

D. h. vermöchte der Pächter sowohl die Fruchtbarkeitsrente als auch die Anlagerente in seine Profitberechnung einzubeziehen, so könnte er bei gleichbleibendem Marktpreis so lange Kapital mit fallender Produktivität anlegen, als dadurch nicht der durchschnittliche Profit gesenkt würde. Die zuschüssige Kapitalanlage würde die absolute Summe des Profits immer noch steigern. Unter der Herrschaft des Grundeigentums wird die Grenze der kapitalistisch möglichen Kapitalanlage viel früher erreicht, weil der primären Kapitalanlage geschuldete Extraprofite schon von vorneherein an den Grundbesitz weggezahlt werden müssen, diese sich daher nicht im Durchschnittsprofit ausgleichen können.

3. Die absolute Bodenrente.

Wir haben bisher immer vorausgesetzt, daß der schlechteste bebaute Boden keine Differentialrente trage. Für den Fall der Anlagerente liegt aber die Möglichkeit vor, daß nicht mehr der schlechteste bebaute Boden A, sondern eine zuschüssige Kapitalanlage auf besserem Boden den steigenden Produktionspreis reguliert und so indirekt Veranlassung zur Bildung einer Art absoluter Bodenrente gibt. So kann der schlechteste Boden A, welcher im Falle der reinen Fruchtbarkeitsrente keine Rente trägt, auch Rente tragen. Somit würden bei bloßer Differentialrente alle Ländereien Rente abwerfen. Dieser Fall ist nur dann denkbar, wenn neuer Boden der Bodenart A unzugänglich und eine zweite Kapitalanlage auf Boden A zu höheren Produktionskosten als auf anderen Bodenarten führen würde.

Die Grundrente hat die Tendenz zu wachsen. Mit der Grundrente wächst auch der Bodenwert. Die Klasse der Grundbesitzer profitiert von der Entwicklung der gesellschaftlichen Arbeit. Reine Eigentumstitel werden zum Mittel dauernder und vermehrter Aneignung von Mehrwert. Ja, selbst die Anlage von Kapitalien in Form von Bodenmeliorationen, wie Nivellierung des Bodens, Drainage und dergleichen werden zu einer Quelle steter Vergrösserung der Grundrente, da der Zins des angelegten Kapitals nach Amortisation des Anlagekapitals vom Grundbesitzer als Grundrente eingezogen werden kann.

Ein bestimmtes Quantum Arbeit produziert ein bestimmtes Quantum Wert: Das Quantum des Produktes, in welchem sich dieser Wert verkörpert, also auch der Wertteil, der auf einen entsprechenden Teil dieses Produktes entfällt, hängt bei gegebener Menge der Arbeit bloß ab von dem Quantum des Produktes, d. h. der Produktivität der Arbeit. Ob die Produktivität der Arbeit dem gesellschaftlichen Charakter der Arbeit oder Naturfaktoren zu danken ist, ist für die Preisbildung bedeutungslos.

> «Nur in dem Fall, wo sie selbst (d. h. die Produktivität der Arbeit) Arbeit, also Kapital kostet, vermehrt sie die Produktionskosten um einen neuen Bestandteil, was bei der bloßen Natur nicht der Fall ist»*.

Ist noch genügend unbebauter Boden vorhanden, dessen Okkupation jedermann offen steht (z. B. in Kolonialgebieten, wo im allgemeinen der Farmer gleichzeitig kapitalistischer Pächter und Grundbesitzer ist), so wird die Differentialrente als Extraprofit dem landwirtschaftlichen Produzenten zufließen.

Die Scheidung der landwirtschaftlichen Produzenten in Grundeigentümer und Pächter setzt entweder den historischen Uebergang vom feudalen Grundeigentum zum kapitalistischen Grundeigentum oder nach kapitalistischer Okkupation jungfräulichen Bodens eine gewisse Frist voraus, um die Expropriation der Produzenten vom Grundeigentum durch Kapitalisierung des Extraprofites im Bodenwert zu ermöglichen.

Sobald das Grundeigentum der Ausdehnung der Produktion als absolute Schranke gegenübertritt, muß der Marktpreis über den Produktionspreis des Bodens A steigen und so die Bildung von absoluter Grundrente veranlassen. Nur dann, wenn der Grundeigentümer Kapitalist oder der Kapitalist Grundeigentümer ist, kann dieser sein Grundstück auch dann bewirtschaften, wenn er bloß Durchschnittsprofit erzielt. Für den kapitalistischen Grundeigentümer bildet das Grundeigentum keine Schranke der Kapitalanlage. Wohl aber für den kapitalistischen Pächter. Diese Schranke fällt keineswegs

> «vor der bloßen Reflexion des Pächters, daß der Stand der Getreidepreise ihm erlaube, wenn er keine Rente zahlte, d. h. wenn er praktisch das Grundeigentum als nicht existierend behandeln könnte, aus seinem Kapital den gewöhnlichen Profit durch Exploitation der Bodenart A herauszuschlagen. Das Monopol des Grundeigentums, das Grundeigentum als Schranke des Kapitals, ist aber vorausgesetzt in der Differentialrente, denn ohne dasselbe würde der Surplusprofit sich nicht in Grundrente verwandeln, und nicht dem Grundeigentümer statt dem

* l. c. Seite 279.

Pächter zufallen. Und das Grundeigentum als Schranke bleibt fortbestehen, auch da, wo die Rente als Differentialrente fortfällt, d. h. auf der Bodenart A»*.

Die Differentialrente wird vom Grundeigentum bloß angeeignet, aber nicht erzeugt. Die absolute Grundrente aber, als Fruchtbarkeitsrente des schlechtesten bebauten Bodens ist unmittelbares Erzeugnis des Grundeigentums. In der Landwirtschaft ist die Bildung von Grundrente dadurch erleichtert, daß dank der niedrigen organischen Zusammensetzung des Pächterkapitals der Wert über dem Produktionspreis steht, die Konkurrenz den Preis bei freiem Spiel tiefer senken würde, wenn nicht das Grundeigentum einen Teil der Differenz von Wert und Produktionspreis abfangen könnte.

Die kapitalistische Konkurrenz duldet nur Extraprofite, die aus dem Unterschied zwischen dem allgemeinen Produktionspreis und dem individuellen Produktionspreis entspringen; Extraprofite einzelner Produktionssphären werden zum Durchschnittsprofit ausgeglichen.

«Diese Voraussetzung beruht jedoch . . . auf der fortwährend wechselnden proportionellen Verteilung des gesellschaftlichen Gesamtkapitals unter die verschiedenen Produktionssphären, auf fortwährender Ein- und Auswanderung der Kapitale . . . auf ihrer freien Bewegung zwischen diesen verschiedenen Produktionssphären . . . Es ist dabei vorausgesetzt, daß keine oder doch nur eine zufällige und temporäre Schranke die Konkurrenz der Kapitale verhindert . . . Tritt aber das Gegenteil ein, stößt das Kapital auf eine fremde Macht, die es nur teilweise oder garnicht überwinden kann, und die seine Anlage in besonderen Produktionssphären beschränkt, sie nur unter Bedingungen zuläßt, welche jene allgemeine Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit ganz oder teilweise ausschließen, so würde offenbar in solchen Produktionssphären durch den Ueberschuß des Warenwerts über ihren Produktionspreis ein Surplusprofit entspringen, der in Rente verwandelt und als solche dem Profit gegenüber verselbständigt werden könnte. Als eine solche fremde Macht und Schranke tritt aber das Grundeigentum dem Kapital bei seinen Anlagen in Grund und Boden, oder der Grundeigentümer dem Kapitalisten gegenüber»**.

«Obgleich das Grundeigentum den Preis der Bodenprodukte über ihren Produktionspreis hinaustreiben kann, hängt es nicht von ihm, sondern von der allgemeinen Marktlage ab, wieweit der Marktpreis über den Produktionspreis hinaus sich dem Wert annähert, und in welchem Maß also der über den gegebenen Durchschnittsprofit hinaus in der Agrikultur erzeugte Mehrwert sich entweder in Rente verwandelt, oder aber in die allgemeine Ausgleichung des Mehrwerts zum Durchschnittsprofit eingeht. Auf jeden Fall ist diese absolute, aus dem Ueberschuß des Werts über den Produktionspreis entspringende Rente bloß ein Teil des agrikolen Mehrwerts, Verwandlung dieses Mehrwerts in Rente, Abfangung desselben durch den Grundeigentümer; ganz wie die Differentialrente entspringt aus Verwandlung von Surplusprofit in Rente, Abfangung derselben durch das Grundeigentum, bei allgemein regulierendem Produktionspreis. Diese beiden Formen der Rente sind die einzig normalen. Außerhalb derselben kann die Rente nur auf eigentlichem Monopolpreis beruhen, der weder vom Produktionspreis, noch vom Wert der Waren, sondern vom Bedürfnis und der Zahlungsfähigkeit der Käufer bestimmt ist, und dessen Betrachtung in die Lehre von der Konkurrenz gehört, wo die wirkliche Bewegung der Marktpreise untersucht wird»*.

Die landwirtschaftliche Grundrente tritt geschichtlich zuerst auf als Kornrente. Diese ist — wie Anderson und Smith nachgewiesen haben — ihrerseits preisbestimmendes Element des Viehpreises. Der Preis des Viehes, das auf künstlicher Wiese gezogen wird, wird so hoch steigen, daß der Boden eine der Kornrente entsprechende Grundrente abwerfen kann (ansonst die Wiese in Ackerland verwandelt wird).

In der extraktiven oder Bergbauindustrie ist die absolute Grundrente von entscheidendem ökonomischem Einfluß, da die Abbaumöglichkeit gleichwertiger Erz- und Kohlenlager dank der niedrigen organischen Zusammensetzung des zirkulierenden Kapitals im wesentlichen durch den Bodenpreis, d. h. durch die Bergwerksrente bestimmt wird.

Auch die Baustellenrente wird durch die Kornrente reguliert. Land, das zu Bauzwecken angekauft wird, muß mindestens eine Rente abwerfen, welche der absoluten Fruchtbarkeitsrente entspricht.

«Vom Standpunkt einer höheren ökonomischen Gesellschaftsformation wird das Privateigentum einzelner Individuen am Erdball ganz so abgeschmackt

* l. c. Seite 283.

** l. c. Seite 294/295.

* l. c. Seite 297. Wir ersehen auch aus dieser Bemerkung, daß Marx wesentliche Gedanken der Grenznutzentheorie bereits vorweg genommen hat.

erscheinen, wie das Privateigentum eines Menschen an einem anderen Menschen. Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen»*.

Indem der Bodenwert einen bedeutenden Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals absorbiert, wird dieser Kapitalteil der produktiven Anlage in Form von Produktivgütern entzogen. Der Bodenpreis hat die absolute Tendenz, zu steigen. Je höher die Grundrente, umso höher der Bodenwert. Ebenso steigt der Bodenpreis, wenn der Zinsfuß sinkt oder wenn der Ertrag des dem Boden einverleibten Meliorationskapitals zunimmt. Da in Wirtschaftsgebieten mit stark entwickelter kapitalistischer Struktur der Gesellschaft der Erwerb eines landwirtschaftlichen Kleinbetriebes wenigstens in gewisser Hinsicht die Befreiung aus kapitalistischer Lohnsklaverei bedeutet, findet besonders bei Kleinbetrieben eine starke Ueberzahlung des Bodenwertes statt. Der Kleinbauer bezahlt Selbständigkeitsrente**. Auf dem Umwege über die hypothekarische Verschuldung wird der landwirtschaftliche Arbeiter, obgleich er nominell als selbständiger Unternehmer wirtschaftet, dem Kapital tributpflichtig gemacht. Bloß die Aufhebung der industriellen Lohnarbeit wird auch den landwirtschaftlichen Arbeiter aus der ökonomischen Hörigkeit an das Kapital befreien können.

Im wachsenden Bodenwert schafft sich die kapitalistische Ausbeutung eine ökonomische Sicherung für die zukünftige Aneignung des Mehrwertes. Der Boden erhält Wert, nicht weil er durch Arbeit geschaffen wurde, sondern weil er unentbehrliches Produktionsmittel, weil er Träger eines Rechtstitels auf die zukünftige Arbeitsleistung der Gesellschaft ist. Die Aufgabe sozialistischer Wirtschaftspolitik ist damit klar vorgezeichnet. Grundrente und Bodenpreis müssen als Quellen von arbeitslosem Einkommen beseitigt werden. Es soll aber keineswegs der Grundbesitz angetastet werden, da Grund und Boden unerläßliche Produktionsinstrumente sind. Gerade der kleine Grundeigentümer, der Kleinbauer, welcher Grund und Boden als absolute Vorbedingung seiner kümmerlichen Existenz zu jedem geforderten Preise zu kaufen willig ist, kann durch den Rückfall des Grundeigentums an die Gesellschaft nur gewinnen.

* l. c. Seite 309.

** Siehe Linzer Parteiprogramm der österreichischen Sozialdemokratie.

Der Uebergang des Grundeigentums in Gemeineigentum bedeutet auch vom rein kapitalistischen Standpunkte aus Beseitigung einer wichtigen Schranke der Produktion. Das Grundeigentum der altkapitalistischen Nationen verwandelt sich allmählich in eine Fessel der kapitalistischen Produktionsweise, welche die alten Industrieländer in steigendem Masse vor der Konkurrenz der jungkapitalistischen Gebiete zurückweichen läßt und so die restlose Entfesselung der gesellschaftlichen Produktivkräfte verhindert.

§ 17. Das Kredit-, Bank- und Börsenwesen.

Das Kreditwesen entwickelt sich aus dem Zirkulationsprozeß des Kapitals. Es bedeutet innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht eine neue Wirtschaftsstufe, wohl aber die immer unmittelbarere Verkettung der Einzelproduzenten in den wirtschaftlichen Gesamtprozeß. Der Versuch, die Wirtschaftsstufen in Naturalwirtschaft, Geldwirtschaft und Kreditwirtschaft aufzuteilen, somit das Kreditwesen als eine eigene Wirtschaftsstufe der Geld- und Naturalwirtschaft gegenüber zu stellen, verkennt das Wesen des Kredites. Letzten Endes sind Kreditgeschäfte nur möglich auf Grundlage reeller Tauschakte. Die Wirtschaftskrise legt im Hartgeld die reale Basis des Kredites frei.

Der Ausgangspunkt des Bankwesens ist der Geldhandel. Geld wird zur Ware, weil seine Funktion, allgemeines Tauschmittel zu sein, rechtlich und geographisch beschränkt ist. Wohl vermag der Staat das Geldwesen innerhalb seines Staatsgebietes gesetzlich zu regeln, aber außerhalb der Staatsgrenzen versagen die Machtmittel des Staates. Da dient nur noch Weltgeld, d. h. Gold oder Silber, als allgemeines Tauschmittel. So wird der Handel mit den verschiedenen Geld- und Münzsorten zur alleinigen Beschäftigung einer besonderen Gruppe von Zirkulationsagenten, der Geldwechsler oder Devisenhändler.

Der Profit des Devisenhändlers ist kaufmännischer Profit, abgeleitet aus einer bloß vermittelnden, aber nicht produktiven Tätigkeit. Der Devisenhändler schießt Kapital vor und wendet Arbeitskräfte an, um den Grenzhandel zu erleichtern. Durch die

Konzentration des Devisengeschäftes in wenigen Händen werden die gesellschaftlichen Zirkulationskosten auf die Auslagen und den Profit der Geldwechsler reduziert. Allmählich verwandelt sich ein Teil der Geld- und Goldhändler in Bankiers. Die Banken erleichtern den Zahlungsverkehr, indem sie Forderungen kaufen und verkaufen; sie verwalten Golddepots; schließlich übernehmen sie auch die geschäftliche Vermittlung von Geldkapital. Indem das Bankwesen die Vermittlung des Leihkapitals zentralisiert, wird gleichzeitig das Wucherkapital den Interessen und Bedürfnissen des industriellen Kapitals unterworfen.

Das Wucherkapital ist so alt wie das Geldwesen selbst. Aber auf vorkapitalistischer Stufe, auf der Stufe der einfachen Warenproduktion spielt das Wucherkapital nur eine parasitäre Rolle. Der Wucher pfropft sich der vorkapitalistischen Produktionsweise auf, ohne doch fähig zu sein, die vorkapitalistische Produktionsweise umzugestalten. Der Wucher vernichtet zahllose Existenzen, er preßt seinen Opfern unersättlich den geringsten Ueberschuß ihrer Arbeitstätigkeit aus, eignet sich den größeren Teil des Arbeitslohnes an und jagt schließlich den ausgewucherten Produzenten als Bettler auf die Straße. Die einzig positive Leistung des Wuchers ist die Verelendung der einfachen Warenproduzenten, der Bauern und der Handwerker. Denn der Wucher ist an und für sich maßlos. Wucherzinsen werden durch keine natürliche ökonomische Rate begrenzt.

Mit Hilfe des Bankwesens überwindet der Kapitalismus zum Teil die privatwirtschaftlichen Schranken der Produktion. Das Bank- und Börsenwesen konzentriert und zentralisiert den Kapitalmarkt, verwirklicht durch den Konkurrenzkampf der Kapitalien um die Produktionssphären den Durchschnittsprofit und den gesellschaftlichen Zusammenhang der kapitalistischen Wirtschaft.

Wenn auch im Zirkulationsprozeß des Leihkapitals (G — G') die unmittelbare direkte Beziehung zur Produktion ausgelöscht erscheint, müssen sich die Verhältnisse und Bedürfnisse des Produktionsprozesses dennoch in irgendwelcher, wenn auch noch so verzerrter Form im Kreislauf des Leihkapitals bemerkbar machen. Die Gliederung des Geldkapitalmarktes schmiegt sich eng den Bedürfnissen des Produktionsprozesses an. Der Markt des kurzfristigen, bloß auf 1—3 Monate vorgeschossenen Leihkapitals heißt Geldmarkt. Der Markt des langfristigen Anlagekapitals Kapitalmarkt. Auf dem Geldmarkt beschafft sich der Kaufmann Betriebskapital, auf dem Kapitalmarkt der industrielle Unternehmer Anlagekapital.

Als Geldwechsler ist der Bankier Wechsler von großer Münze in kleine Münze, von kleiner Münze in große Münze, Wechsler von ausländischem gegen inländisches und von inländischem gegen ausländisches Geld. Die Bedeutung dieses Wechselgeschäftes, das sich auf voll entwickelter Kreditbasis in Form des Devisenhandels, d. h. in Form des Kaufes und Verkaufes von Wechseln lautend auf ausländische Währung vollzieht, wächst mit der Entwicklung des Außenhandels. Der Kauf- und Verkaufspreis der Devisen wird auf der Devisenbörse festgesetzt. Der Kurszettel der Devisenbörse regelt die Wertverhältnisse der Währungen der verschiedenen Länder. Auf Basis der Goldwährung kann der Kurs der Währung eines Landes bloß zwischen den sogenannten Goldpunkten hin und her pendeln.

Die Goldpunkte sind bestimmt durch die Transportkosten des Weltgeldes, des Goldes. Sinkt der Verkaufspreis einer Devise so tief, daß es sich lohnt, an Stelle von Wechseln die Zahlung durch Goldbarren zu leisten, so ist der untere Goldpunkt überschritten. Der obere Goldpunkt wird erreicht, wenn der Verkaufspreis einer Devise so hoch steigt, daß sich die Einfuhr von Gold in das betreffende Land bezahlt macht, d. h. die Transportspesen gedeckt und darüber hinaus noch ein gewisser Gewinn erzielt werden kann. Z. B. es steige der Kurs der Devise Berlin an der Devisenbörse Zürich auf 126.— Franken pro 100 Mark. Normalerweise steht der Kurs auf 123.40 Franken. Das Aufgeld der Devise Berlin beträgt 2,60 Franken. Wenn jetzt Herr Sch. in Zürich Gold im Werte von 123,40 Franken kauft, dieses Gold mit Transportspesen von ca. 1,60 Franken nach Deutschland überführt, durch die Reichsbank in Markscheine oder Wechsel auf Mark umtauscht und die erhaltenen Markguthaben wieder in Zürich verkauft, so realisiert er pro 100 Mark einen Gewinn von 1 Franken. Durch diese Transaktion wird das Angebot an Markwechseln an der Zürcher Börse vergrößert, der Kurs der Devise Berlin wird fallen, bis unter den oberen Goldpunkt, worauf unser Devisenhändler den Tausch von Markdevisen gegen bares Gold einstellen wird.

Jedes Land besitzt eine oder mehrere Devisenbörsen, welche sich meistens in den wirtschaftlichen Zentren befinden. Die Devisenkurse werden täglich festgesetzt und in den Kursnotizen der großen Tagespresse veröffentlicht. Die Devisennotierung der zür-

cherischen Großbanken der wichtigsten Devisen lautete z. B. am 1. II. 1927 nach der «Neuen Zürcher Zeitung» folgendermaßen:

Notierungen fremder Valuten in Zürich:

Parikurs in Schweizerfranken		Auszahlung	Nominelle Notiz vom 31. Jan. vorm.		1. Febr. vorm.	
100			Geld	Brief	Geld	Brief
franz. Fr.	100.—	Paris	20.40	20.55	20.40	20.50
Reichsmark	123.45	Berlin	123.10	123.30	123.10	123.25
1 Lstr.	25.22	London	25.21	25 22½	25.21	25 22½
Lire	100.—	Italien	22.20	22.35	22.10	22.30
Belga	72.85	Belgien	72.20	72.40	72.25	72.45
Gulden	208.32	Holland	207.50	208.—	207.50	208.—
1 Dollar	5.18	New York	5.19½	5.20	5.19¼	5.20¼
Pesos	220.—	Buenos Air.	213.75	215.—	214.—	215.50
Pesetas	100.—	Barcelona	86.25	87.25	86.80	87.50
Kr. skand.	138.90	Oslo	133.50	134.50	134.—	134.50
Kr. skand.	138.90	Kopenhagen	138.30	138.80	138.25	138.75
Rupien	168.—	Bombay	188.—	190.50	188.—	190.—

Die Geldkurse bedeuten die Ankaufskurse, die Briefkurse die Verkaufskurse für die betreffende Währung. Die Differenz der Geld- und Briefkurse bildet den Provisionsgewinn der Devisenhändler. In der ersten Kolonne ist der gesetzliche Sollwert der Währung aufgeführt. Die Devisenkurse wechseln je nach dem Stande von Angebot und Nachfrage, sind letzten Endes eine Funktion der Zahlungsbilanz. Sie können daher von Devisenbörse zu Devisenbörse variieren.

Den Ausgleich der Kurse der verschiedenen Devisenbörsen besorgt das Arbitragegeschäft. Zwei befreundete Bankhäuser an zwei Börsenplätzen mit Devisenbörsen verabreden sich zum Zwecke der Devisenarbitrage. Steigt z. B. auf der Basler Börse der Kurs des französischen Frankens von 20.— auf 22.— schweiz. Franken pro 100.— franz. Franken, während Zürich noch 20.— schweiz. Franken notiert, so wird das in Zürich befindliche Bankhaus auf Rechnung des Basler Bankhauses in Zürich größere Posten (z. B. 100 000 franz. Franken) aufkaufen und durch das Basler Bankhaus auf der Basler Börse verkaufen lassen. Die Differenz der Kurse (auf 100 000 franz. Franken 2000.— schweiz. Franken) wird von den beiden Bankhäusern als Arbitragegewinn geteilt. Dadurch wird in Zürich der Kurs der französischen Devise gehoben, auf der Basler Börse der Kurs gesenkt. Als Resultat der Arbitrage wird daher vielleicht ein mittlerer Kurs von ca. 21.— Franken in Zürich wie in Basel resultieren.

Besonders in Zeiten heftiger Kursschwankungen ist die Devisenarbitrage ein nutzbringendes Geschäft. Aber die Gewinne aus diesem Geschäft sind wie alle Gewinne aus reinen Zirkulationsgeschäften als Unkosten des kapitalistischen Zirkulationsprozesses zu betrachten. Auf Grund zerrütteter Währungsverhältnisse bietet sich der Devisenspekulation ein verderbliches Betätigungsfeld, dessen Kosten von der Volkswirtschaft der beteiligten Länder getragen werden müssen.

Neben die Funktion des Geldes als Tauschmittel tritt die Funktion, Zahlungsmittel zu sein. Das Vertrauen des Gläubigers in die Zahlungsfähigkeit des Schuldners heißt Kredit. Der Kredit hängt ab von der Zahlungsfähigkeit und vom Zahlungswillen. Als letztes Druckmittel steht dem Gläubiger bei Verweigerung der Zahlung der rechtliche Zahlungszwang zur Verfügung.

Es lassen sich verschiedene Arten des Kredites unterscheiden. Personalkredit wird gewährt auf Grund der Persönlichkeit des Kreditsuchenden, Realkredit auf Grund sachlicher Pfänder (Faustpfandkredit, Hypothekarkredit). Von öffentlichem Kredit spricht man bei Staat und Gemeinde. Unternehmer nehmen Produktivkredit, Rentner oder Studenten Konsumtivkredit. Ist eine gewisse Stufe der Entwicklung des Kreditwesens erreicht, so wird die Untersuchung und Ueberpüfung der Kreditwürdigkeit zur Aufgabe eines besonderen Geschäftszweiges: Der Auskunftei.

Schon in der vorkapitalistischen Warenproduktion setzt sich an größeren Handelsplätzen* der Gebrauch der Wechsel durch. Die Kaufleute ziehen aufeinander Wechsel oder bezahlen sich in Anweisungen auf ein Edelmetalldepot beim Geldhändler. Wahrscheinlich wurde der Wechsel zur Zeit der Kreuzzüge in Italien eingeführt und verbreitete sich sodann, dank der sich mehr und mehr entwickelnden Messen und Märkte, in ganz Westeuropa.

Die Unsicherheit der Landstraßen, die Mannigfaltigkeit und das hohe Gewicht der Silbermünzen veranlaßten die Kaufleute, auf die Reise nur geringe Summen Bargeld mit zu nehmen. Man hinterlegte das Bargeld für die Einkäufe bei einem Bankier der

* Schon im 12.—14. Jahrhundert. In Ypern konnten aus der Zeit von 1249—1291 über 7000 derartige Urkunden festgestellt werden.

Heimat, um im Gegentausch eine Zahlungsanweisung an einen Bankier des Reiseziels einzuhandeln. Da diese Zahlungsanweisungen gewöhnlich mit einem Umrechnen der einen Geldsorte in die andere verbunden waren, wurden sie Wechsel genannt. Der Wechsel wurde in Gegenwart eines Notars ausgestellt. Meistens fuhr der Geldwechsler persönlich zur Auszahlung des Betrages an den Auszahlungsort; in späteren Zeiten beauftragte er einen Geschäftsfreund, die Auszahlung zu übernehmen. Der Wechsel enthält eine Quittung über den Empfang des Gegenwertes und eine Zahlungsaufforderung an den Geschäftsfreund.

Das Wechselrecht zeichnete sich von jeher durch besondere Strenge aus. Bei Nichterfüllung der Zahlungsverpflichtungen tritt schon im Mittelalter ein beschleunigtes gerichtliches Verfahren in Kraft; es wurde der Zahlungspflichtige vom Besuche der Wechselmesse ausgeschlossen u. s. f. Das ursprüngliche Gewohnheitsrecht wird allmählich in staatlich geordnetes Recht übergeführt, aber erst der Nationalstaat schuf ein einheitliches Wechselrecht. Darnach gelten im allgemeinen als wesentliche Erfordernisse eines gezogenen Wechsels: 1. Die in den Wechseltext selbst aufzunehmende Bezeichnung als Wechsel. 2. Die Angabe des zu zahlenden Betrages. 3. Die Angabe, an wen (Empfänger, Remittent) bezahlt werden soll. 4. Festsetzung des Zahlungstermines. 5. Die handschriftliche Unterschrift des Ausstellers (Trassant). 6. Angabe von Ort und Zeit der Ausstellung. 7. Angabe, wer als Bezogener (Trassat) bezahlen soll. 8. Angabe des Zahlungsortes.

Man spricht von Sola- oder Eigenwechsel, wenn Aussteller und Bezogener identisch sind. Eigenwechsel werden bloß als Sicherheit für Darlehen hinterlegt. Die meisten Wechsel sind Tratten oder Rimessen, welche vom Aussteller dem Empfänger übergeben werden. Eine Tratte wird zum Akzept, wenn der Bezogene sich bei Vorweisung des Wechsels durch den Empfänger unterschriftlich bereit erklärt, den Wechsel zu akzeptieren, d. h. am Verfalltermin einzulösen. Durch Indossament (d. h. in dosso = auf der Rückseite geschriebene), unterschriftliche Uebertragung auf der Rückseite des Wechsels kann dieser vom Empfänger seinen Gläubigern an Zahlungsstatt übergeben werden. Dank dem Indossament haftet der Begebende (Indossant) gegenüber allen nachfolgenden Erwerbern des Wechsels mit Wechselstrenge.

Ist der Wechsel fällig am Orte, wo er ausgestellt wurde, so spricht man von Platzwechsel, sonst von Distanzwechsel. Domizilwechsel sind an einem anderen Orte als dem Wohnorte des Bezogenen zahlbar. Bei Nichteinlösung des Wechsels kann vom Gläubiger eine Protesturkunde aufgenommen werden, welche dem Inhaber des Wechsels das Recht gibt, in ein bis spätestens sieben Tagen im Wechselprozeß zu klagen. Der Wechsel ist ein Tauschmittel. Er vertritt Geldfunktionen. Durch das Indossament wird er auch zum Zahlungsmittel. Schließlich entwickelt sich der Wechsel zum Träger des Kredits: Der Wechseldiskont bildet die wichtigste Grundlage des Kreditwesens*.

Die Wechsel besitzen, je nach dem Charakter des Geschäftes, eine bestimmte Laufzeit, z. B. von einem, drei oder sechs Monaten. Der Bankier, als Vertreter des Leihkapitals, diskontiert Wechsel guter Firmen unter Abzug des Diskontos, d. h. des Zinses auf das vorgeschossene Kapital für die Dauer der Laufzeit des Wechsels. Die schweizerische Nationalbank diskontiere z. B. einen erstklassigen Wechsel von 10 000 Franken, Laufzeit 3 Monate, zu einem Diskontozinsfuß von 5 %. Nach 3 Monaten wird die Bank 10 000 Franken in bar zurückerhalten. Soll sich ihr das vorgeschossene Kapital X zu 5 % jährlich verzinsen, so muß diese Summe von 10 000 Franken gleich sein dem vorgeschossenen Kapital + dem Zins auf das vorgeschossene Kapital zu 5 % während 3 Monaten, also

$$10{,}000 = X \left\{ 1 + \frac{5}{100} \cdot \frac{1}{4} \right\}.$$

Der Wechsel von 10 000 Franken kann daher von der Nationalbank angekauft werden zu einem Preise von 9940.35 Franken. Die Differenz zu 10 000 Franken = 59.65 Franken ist gleich dem Zins à 5 % pro 3 Monate auf das vorgeschossene Kapital von 9940.35 Franken.

Wechsel können mißbraucht werden. Als Reitwechsel oder Finanzwechsel bezeichnet man Wechsel, welche zwei befreundete Geschäftshäuser aufeinander ziehen, um sie bei verschiedenen Bankhäusern diskontieren zu lassen. Reitwechsel sind deshalb so gefürchtet, weil den geliehenen Beträgen keine Waren-

* «Die Wechselzirkulation nimmt den Raum über jenes Minimum (gesellschaftliches Minimum der Warenzirkulation) hinaus ein» (Hilferding, Finanzkapital, S. 50), während das Staatspapiergeld als gesellschaftliches Produkt im Umfange dieses Minimums umlaufen kann.

werte gegenüberstehen und Kaufleute erst dann zum Mittel der Kapitalbeschaffung durch Reitwechsel greifen, wenn sie schon in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind.

Die Konzentration des Wechselhandels, sowie die Konzentration des Zahlungsverkehrs ersparen Zirkulationskosten. Der Bankier kann Wechsel kaufen und Wechsel verkaufen, weil er auf der einen Seite Kredit empfängt und auf der andern Seite Kredit gibt. Das Grundprinzip des Bankgeschäftes lautet: Der Bankier nimmt zu einem bestimmten Zinsfuß oder gegen bestimmte Begünstigungen* Leihkapital auf und leiht dieses Leihkapital seinen Kunden gegen einen höheren Zinsfuß wieder aus. Der Bankgewinn ist Differenzgewinn. Als Mittler zwischen Leihkapital und industriellem Kapital fungiert der Bankier vor allem als Vertrauensmann des Leihkapitalisten. Denn sein Profit fließt aus der Differenz des Zinsfußes von aufgenommenem und ausgeliehenem Kapital. Der Bankier garantiert seinen Geldgebern einen bestimmten Zins. Er ist aber gleichzeitig auch Leihkapitalist, da er sein eigenes Kapital, das er zur Erhaltung seines Kredites, zur Erhöhung des Vertrauens seiner Kundschaft benötigt, nur als Leihkapital verwerten kann.

Als Bankgeschäfte werden (nach Obst: «Das Bankwesen»)** unterschieden:

A. Passivgeschäfte,
B. Aktivgeschäfte,
C. Provisionsgeschäfte.

A. Passivgeschäfte (die Bank nimmt Kredit).

1. Das Depositengeschäft. Die Bank nimmt gegen Gewährung eines Depositenzinses Gelder entgegen. Diese Depositen*** können sein: entweder überschüssige Kassenvorräte, Betriebsreserven oder Spargelder****. Die Höhe des Zinsfußes richtet sich nach den Kündigungsfristen. Jederzeit rückzahlbare Gelder (sog. Gelder on Call oder tägl. Geld) bedingen den niedrigsten Zinsfuß, da sie für die Bank nur geringen Wert haben. Ist der Zinsfuß für tägliche Gelder 2 %, so derjenige für monatliche Gelder 2½ %, für 3 Monatsgeld vielleicht 3—3¼ %.

Die Zentralbanken (wie die deutsche Reichsbank, die schweizerische Nationalbank) nehmen Depositen ohne Zinsvergütung an, verwalten dafür als Entgelt die Gelder ihrer Kontoinhaber kostenfrei und leisten spesenfreie Zahlungen. Der Umsatz dieses Giroverkehrs betrug bei der schweizerischen Nationalbank im Jahre 1925 13,18 Milliarden Franken, wobei 81,2 % durch Gutschrift kompensiert wurden; bei der deutschen Reichsbank 1924 über 46 380 Konten je 216,6 Milliarden Mark Ausgaben und Einnahmen (davon bare Auszahlungen 21,5 Milliarden, bare Einzahlungen 17,8 Milliarden Mark!).

In engem Zusammenhang mit dem Depositenwesen steht der Checkverkehr. Ein Check ist eine auf Sicht gestellte Zahlungsanweisung (Bankdepotsichtanweisung). Jeder Depositeninhaber erhält vom Bankier ein spezielles Checkbuch. Ein Check wird nur dann ausbezahlt, wenn «Deckung vorhanden ist», das «Konto noch nicht überzogen wurde», d. h. der auszuzahlende Betrag den Betrag der eingezahlten Depositen nicht überschreitet. Am stärksten verbreitet ist das Checkwesen in England und den Vereinigten Staaten. Auch kleine Beträge werden in England durch Checks beglichen.

Um rechtlich gültig zu sein, muß der Check enthalten: 1. Die Checkklausel d. h. die Bezeichnung als Check. 2. Die Zahlungsklausel (Aufforderung an den Bankier zu zahlen). 3. Den Namen des Bankiers. 4. Die Guthabenklausel (d. h. die Zahlung habe aus dem Guthaben des Checkinhabers zu erfolgen). 5. Die Angabe der auszuzahlenden Geldsumme. 6. Die Angabe von Ort und Zeit. 7. Die Unterschrift des Ausstellers des Checks.

Die Einteilung der verschiedenen Checkarten besitzt nur praktische Bedeutung. Man unterscheidet u. a. Geld-, Effekten-, Zahlungs-, Ueberweisungs- oder Verrechnungschecks, Order-, Inhaber-, Platz- und Distanzchecks; die Bedeutung dieser Bezeichnungen ist leicht zu erfassen. Eine spezielle Checkart stellt der Postcheck dar.

2. Das Notengeschäft. Die Banknote ist nur eine Abart des Checks: Ein Zahlungsversprechen des Bankiers. Um

* Die englischen Depositenbanken vergüten auf die bei ihnen hinterlegten Depositen keinen Zins, besorgen aber unentgeltlich den Zahlungsverkehr ihrer Kunden.

** Siehe auch «Grundriß der Sozialökonomik» V/II, «Handwörterbuch der Staatswissenschaften».

*** Sog. Depositum irregulare.

**** Mit der Sammlung der Spargelder des kleinen Mannes befassen sich vornehmlich die Sparkassen und Hypothekenbanken, weil Spargelder meistens langfristige Depositen sind.

den ungehinderten Umlauf als Zahlungspapier zu ermöglichen, muß der Bankcheck ein Inhaberpapier* sein. Die Bewertung der Banknote stützt sich auf den Kredit des Bankiers. Ist dieser groß genug, so kann sich der Bankier durch Ausgabe von Banknoten zinsfreies Leihkapital verschaffen. Die Banknotenausgabe führte aber infolge mangelnder gesetzlicher Regelung zu vielfachen Mißständen, welche in fast allen Kulturstaaten** durch die Bankgesetzgebung beseitigt wurden. Letztere überträgt dem Staat das Monopol der Banknotenausgabe oder schränkt die Banknotenausgabe auf wenige, vom Staate kontrollierte Institute ein. Durch den Uebergang der Banknotenausgabe an den Staat werden die Banknoten zu einem Bestandteil der Währung.

3. Das Obligationengeschäft. Obligationen und Pfandbriefe sind fest verzinsliche, auf längere Frist vom Gläubiger unkündbare, vom Schuldner jederzeit rückzahlbare Schuldverpflichtungen. Obligationen werden besonders von solchen Instituten ausgegeben, welche langfristigen Kredit benötigen (Hypotheken- und Bodenkreditbanken).

B. Aktivgeschäfte (die Bank gibt Kredit).

Die Bank gibt Kredit zu einem höheren Zinsfuß, als sie Kredit genommen hat. Die Differenz von Passiv- und Aktivzinsen bildet den Bankgewinn.

1. Das Kontokorrentgeschäft. Dieses ist wie das Depositengeschäft ein Verkehr in laufender Rechnung. Der gewährte Kredit kann gedeckter oder ungedeckter Natur sein. Ungedeckter Kredit, seiner Natur nach Personalkredit, nennt man auch Blankokredit. Er ist gewöhnlich auf eine bestimmte Summe beschränkt. Gedeckte Kredite werden gewährt gegen Hinterlage von Effekten, Lebensversicherungspolicen, Hypotheken, Wechsel, Bürgschaftsverpflichtungen Dritter, eventuell auch Waren. Der Kontokorrentzinsfuß liegt gewöhnlich 1—1½ % höher als der Depositenzinsfuß, daneben sind noch für jede Auszahlung ab Konto bestimmte Provisionen (ca. ½ %) zu bezahlen.

* Inhaberpapiere sind Wertpapiere, welche nicht auf einen bestimmten Namen ausgestellt sind. Das Inhaberpapier gehört dem Inhaber, daher der Name.

** Gegenwärtig existiert noch in China das Recht der privaten Notenausgabe.

2. Das Diskontogeschäft. Die Technik des Wechseldiskontogeschäftes haben wir bereits besprochen. Die Zentralbank setzt den Zinsfuß der Diskontierung fest. Man bezeichnet diesen offiziellen Diskontosatz als Bankdiskont. Der Bankdiskont stellt ein Maß für die Bewegung des Zinsfußes dar. Der Privatdiskont* liegt gewöhnlich etwas unter dem Bankdiskont, da zum Privatsatz nur Wechsel ganz erstklassiger Firmen mit mehreren Unterschriften angekauft werden. Neuerdings diskontieren gewisse Banken auch Buchforderungen. Der Devisenhandel ist eine Unterabteilung des Wechseldiskontogeschäftes.

3. Das Lombardgeschäft ist ein Pfandgeschäft. Der gewährte Kredit ist Realkredit. Als Lombardieren — so benannt nach den Lombarden, den Nachkommen der Langobarden, den aus Italien in England eingewanderten Geldwechslern — bezeichnet man das Beleihen von Wertpapieren, leicht verkäuflichen Waren und anderen Pfändern zu einem bestimmten Bruchteil ihres Wertes (60—90 %). Die Verpfändung erfolgt entweder durch Uebergabe der Lagerscheine oder Aushändigung der Wertpapiere. Der Lombardzinsfuß ist gewöhnlich etwa 1 % höher als der offizielle Diskontosatz. Eine spezielle Art des Lombardgeschäftes bildet der für den Exporthandel wichtige Rembourskredit, welcher für auf dem Meere verfrachtete Waren gegen Aushändigung der Konossamente (Schiffsfrachtdokumente) gewährt wird. Beim Reportgeschäft geht das Pfand in das Eigentum des Gläubigers über. Der Zinsfuß ist entsprechend dem größeren Risiko höher als der Zinsfuß des Lombardgeschäftes.

4. Das Hypothekargeschäft basiert auf langfristiger Kreditgewährung. Die Hypothek ist eine Grundschuld. Sie wird im Grundbuch eingetragen. Man unterscheidet Hypotheken 1., 2. und 3. Ranges. Die Rangordnung ordnet die Pfandrechte der Hypothekargläubiger. Eine 2. Hypothek kann bei einer Veräusserung des belasteten Grundstückes erst dann ausbezahlt werden, wenn die 1. Hypothek ihrem vollen Werte nach zurückerstattet

* Schweizerische Zinssätze:

	Januar 1928
Lombardzinsfuß	4½ %
Diskontosatz	3½ %
Privatsatz	3,2 %
Rentabilität der 3½ % Obligationen der S. B. B.	4,48 %

wurde. Entsprechend dem Risiko steigt der Zinsfuß mit der Rangordnung. Gelten mündelsichere Hypotheken vielleicht 4 %, so 1. Hypotheken (Beleihung bis zu 60 %) $4\frac{1}{4}$—$4\frac{1}{2}$ %, 2. Hypotheken (bis zu 70 %) $4^3/_4$—5 %. (Die Zinssätze variieren natürlich von Land zu Land.)

5. Das Emissionsgeschäft der Banken ist auch eine Art von Kreditgewährung. Der erzielte Gewinn heißt Gründergewinn. Die ökonomische Erklärung des Gründergewinnes verdanken wir Hilferding. Beim Emissionsgeschäft übernimmt die Bank die Emission der Aktien eines neugegründeten Unternehmens. Z. B. es betrage das Aktienkapital einer in Gründung befindlichen Schokoladenfabrik 10 Millionen Franken, eingeteilt in 10 000 Aktien zu je 1000 Franken, wovon zum Nennwert von der Bank 9000 Stück Aktien angekauft sein mögen. Das Gründerkonsortium behalte 1000 Aktien zurück. Mit den 9 Millionen Franken werde die Fabrik gebaut und in Betrieb gesetzt. Der Geschäftsgang sei flott, der Reingewinn übersteige 1,5 Millionen Franken pro Jahr. Die zur Verteilung gelangende Dividende beträgt auf das einbezahlte Kapital $16^2/_3$ %, auf das Aktienkapital bezogen 15 %. Wenn der offizielle Bankdiskont 5 %, wird der Kurswert der Aktien auf 300 % steigen. Die Bank verkauft daher die Aktien nach dem ersten günstigen Geschäftsjahr zu 2500 bis 3000 Franken pro Aktie. Die Differenz zwischen dem Kurswert der Aktie und dem Kapitalvorschuß der Bank wird von dieser als Emissionsgewinn, abzüglich dem Zins von 5 % auf das vorgeschossene Kapital von 9 Millionen Franken gebucht. Der Emissionsgewinn wird sich in unserem Beispiel auf etwas weniger als 15—18 Millionen belaufen.

Dieser Emissionsgewinn umfaßt noch nicht den gesamten Gründergewinn. Zum Gründergewinn sind auch noch die 1 Million Aktien des Gründerkonsortiums zu zählen, die einen Kurswert von 3 Millionen repräsentieren, obwohl für sie kein Rappen bezahlt wurde. Der gesamte Gründergewinn beträgt demnach 21 Millionen. Daß unser Beispiel keine phantastischen Zahlenverhältnisse annimmt, zeigt die Entstehung der großen amerikanischen Geldvermögen.

Der Gründergewinn ist nichts anderes als kapitalisierter Unternehmergewinn*. Der Aktienkurs

* «Betrachten wir nun die Formel für den Gründungsgewinn (Gg), so ergibt sich die folgende, wenn wir den Durchschnittsprofit = P, die Dividende = d, und den Ertrag des Unternehmens gleich E setzen und uns erinnern, daß das Kapital gleich ist den 100fachen Zinsen, dividiert durch den Zinsfuß: $Gg = \frac{100\,E}{d} - \frac{100\,E}{p}$.» (Hilferding: «Finanzkapital» S. 121).

reduziert für den Käufer der Aktie die Dividende auf die allgemein übliche Verzinsung von Leihkapital.

Der Unternehmergewinn aber verschwindet nicht, er nimmt nur eine kapitalisierte Form an, er erscheint als Gründergewinn. Als solcher belastet er die zukünftige Produktion. Das in der Schokoladenfabrik angelegte Realkapital von 9 Millionen hat zur Bildung von 21 Millionen fiktivem Kapital Veranlassung gegeben.

Natürlich ist das Emissionsgeschäft nicht immer mit so großen Gewinnen verbunden. Die Bank kann auch auf ihren Aktien «sitzen bleiben». So, wenn die Aktien unverkäuflich werden, weil das neugegründete Unternehmen nicht erfolgreich wirtschaftet oder in Konkurs gerät. Das Emissionsgeschäft läßt sich daher nur von Großbanken mit Erfolg durchführen (Verteilung des Risikos!).

C. Provisionsgeschäfte der Banken.

Die Provisionsgeschäfte der Banken bestehen in Diensten, die die Banken ihren Kunden leisten, gegen bestimmte, meistens sehr geringe Provisionsgebühren. Dazu gehören:

I. Inkasso von Wechseln, Checks und Anweisungen.
II. Auszahlungen (Telegraphische Anweisung, Kreditbriefe).
III. An- und Verkauf von Effekten.
IV. Effektenaufbewahrung, Vermögensverwaltung.
V. Münzhandel, Handel mit Edelmetallen.

Die Großbank, welche an allen wichtigen Plätzen des Landes Filialen unterhält und in Arbeitsgemeinschaft mit Bankhäusern im Auslande steht, vermag den Zahlungsverkehr ihrer Kunden unter starker Ersparnis von Bargeld mit Hilfe gewöhnlicher Buchungen durchzuführen. Will Herr A in Bern seinen Geschäftsfreund B in Zürich bezahlen, so übersendet er diesem einen Check auf seine Bank in Bern, der dem Geschäftsfreund B in dessen Bank in Zürich à Conto gutgeschrieben und der Bankfiliale in Bern be-

lastet wird. So wird durch Buchung und Korrespondenz eine Zahlung erledigt, die sonst durch kostspielige Wertsendung hätte beglichen werden müssen.

Daß im Laufe der Zeit auch staatliche Verkehrsinstitutionen bankmäßige Funktionen übernehmen können, zeigt die Entwicklung des Postwesens. Die Post vermittelt Zahlungen durch Postanweisungen und Postchecks unter Einhebung einer geringen Gebühr. Ein Großteil der von einem Postbureau täglich zu erledigenden Auszahlungen wird durch entsprechende Einzahlungen gedeckt: Bloß der Ueberschuß der Ein- über die Auszahlungen muß in Geld an die Zentrale abgeführt oder ein eventueller Ueberschuß an zu leistenden Auszahlungen durch die Zentrale in Bargeld vorgestreckt werden. Die Konzentration des Zahlungsverkehrs erspart Bargeld und damit die mit den Bargeldtransaktionen verbundenen Kosten. In ganz großem Maßstab findet auf nationaler Basis dieser Ausgleich der Zahlungen statt durch die Clearinghäuser. So betrug z. B. der Umsatz des Londoner Clearinghauses:

1878	4 992 Mill. £
1900	8 960 Mill. £
1913	16 436 Mill. £
1920	39 019 Mill. £

(wovon nur ca. 10 % auf den Verkehr mit der Provinz entfallen).

Der Zahlungsverkehr ist gruppenweise abgestuft. Den Zahlungsausgleich der Finanzleute, der Großbankiers, der Börsenmakler und der großen Exporthäuser vermittelt das Clearinghaus, denjenigen der industriellen Kapitalisten die Großbank, den Zahlungsverkehr der Gewerbetreibenden, Detailhändler, Handwerker und kleinen Kaufleute übernimmt die Handels- oder Kleinbank, während der Postcheckverkehr mehr und mehr dem Zahlungsverkehr der kleinen Leute, der freien Berufe und auch der Arbeiterklasse dient.

Entsprechende Abstufungen finden wir auch innerhalb des Bankwesens. Je nach dem vorherrschenden Charakter der betätigten Geschäfte unterscheidet man Notenbanken, Depositenbanken, Handelsbanken, Hypothekenbanken, Finanzierungsgesellschaften und Sparkassen.

Eine gesunde Geschäftsführung der Banken paßt stets den Charakter des gegebenen Kredites dem Charakter des genommenen Kredites an. Wer der Bank sein Geldguthaben in Verwahrung

gibt, tut das in der Meinung, jederzeit oder in bestimmten Zeitabschnitten wieder frei über diese geliehene Geldsumme verfügen zu können.

Handels- und Gewerbebanken gewähren Handel, Gewerbe und Industrie Kredit; Hypothekenbanken und Sparkassen beleihen städtisches und ländliches Grundeigentum; Finanzierungsgesellschaften befassen sich mit dem Emissionsgeschäft.

Der Gegensatz von Groß- und Kleinbanken wirkt sich auch ökonomisch aus. Großbanken betreiben im allgemeinen fast alle Arten von bankmäßigen Geschäften, Kleinbanken müssen sich entsprechend ihren geringeren Mitteln meistens auf einzelne Geschäftsarten beschränken. Effektenbanken vermitteln Kauf und Verkauf von Effekten als Vertrauensleute ihrer Kunden, kleine Kapitalanlagebanken verwalten Beteiligungen an verschiedenen gewerblichen Betrieben, Lotteriebanken emittieren Prämienlosanleihen u. s. f.

In enger Wechselbeziehung zur Ausbreitung des Bankwesens steht die Entwicklung der Börsen. Börsen sind Märkte für vertretbare Güter*, welche in gleicher Beschaffenheit, in großer Zahl und nach bestimmten standardmäßig feststehenden Mustern gehandelt werden. Solche Güter sind Geld, Wertpapiere, wichtige Welthandelsartikel wie Baumwolle, Getreide, Petrol, Metalle, Kautschuk etc. Auch Frachten können an Börsen gehandelt werden. Man unterscheidet daher:

I. Geld- und Kapitalbörsen.
II. Wertpapier- und Effektenbörsen.
III. Warenbörsen.
IV. Frachtbörsen.

Börsen kannte schon das Altertum. Der Name Börse stammt von einem Platz in Brügge, an welchem die Geschäftshäuser der italienischen Händler lagen. Schon auf der ersten modernen Wertpapierbörse in Amsterdam (18. Jahrhundert) blühte das Termingeschäft (Kauf auf Lieferung). Auf einem Kurszettel der Amsterdamer Börse aus dem Jahre 1747 sind nicht weniger als 44 Kurse verschiedener Wertpapiere notiert.

Die Warenbörsen** zerfallen in allgemeine Börsen, an

* Auf den meisten Märkten (Messen) werden die Waren stückweise feilgeboten.

** Hypotheken sind nicht vertretbare Wertpapiere. Sie werden daher an der Börse nicht gehandelt.

denen in mehreren Welthandelsartikeln und in Spezialbörsen an denen nur in einem einzigen Welthandelsartikel gehandelt wird Wichtige allgemeine Börsen sind: Leipzig, Wien, Paris, Amsterdam, Rotterdam, Liverpool, London, Newyork, Chicago; wichtige Spezialbörsen: Die Zuckerbörsen von Prag und Magdeburg, die Baumwollbörsen von Bremen, Liverpool, die Kohlenbörse von London u. s. f.

Warenbörsen handeln nur in Waren bestimmter Qualität, in sogenannten Standardwaren. Dadurch, daß der Gebrauchswert der betreffenden Ware mustermäßig festgelegt wird, werden die Standardwaren zur reinen Verkörperung von Tauschwert. «Sie sind daher ebenso geeignete Spekulationsobjekte geworden, wie sonstige Geldanweisungen, zum Beispiel Effekten»*. Die Umsätze der Warenbörse sind keine Handelsoperationen, es sind Umsätze spekulativen Charakters. Die Ware erreicht die Börse bereits belastet mit dem normalen Handelsprofit. Die Spekulanten erzielen nicht Profit, sondern nur Differenzgewinn, insofern nicht durch den Börsenhandel eine Reduktion der Umschlagszeit erreicht wird. Ein Teil des Handelskapitals kann — auf dem Wege der Kreditierung der Warenbörse — durch Bankkapital ersetzt werden, wodurch ein Teil des Handelsprofites in Zins verwandelt, der industrielle Profit auf Kosten des kaufmännischen Profites vergrößert wird. Der Terminhandel begünstigt den mittleren Händler. Durch Kartellierung und Vertrustung der Produktion wird auch dem Handel und der Spekulation in den betreffenden Warengattungen ein radikales Ende bereitet.

Wichtiger als die Warenbörsen sind die Geld- und Effektenbörsen. Die Zahl der Besucher der Effektenbörsen wird durch gesetzliche Bestimmungen und hohe Gebühren eingeschränkt. Nur große Bankfirmen senden ihre Vertreter regelmäßig auf die Börse. Daneben übernehmen spezielle Börsenmakler auf eigene Rechnung den Kauf und Verkauf von Wertpapieren.

Alle an der Effektenbörse gehandelten Wertpapiere sind vertretbare Kapitalpapiere (d. h. Papiere, welche Ansprüche auf einen Anteil am Mehrwert verkörpern**. Meistens sind

* Hilferding l. c. Seite 181.

** «Zum börsenmäßigen Handel geeignet sind solche Waren, die größeren Preisschwankungen in verhältnismäßig kürzeren Zeiträumen unterliegen . . Warenbörse und Effektenbörse unterscheiden sich schon von vorneherein wie Waren und Effekten» (Hilferding S. 178/179).

die Wertpapiere Inhaberpapiere; nur Versicherungsgesellschaften (seltener auch Aktiengesellschaften) stellen übungsgemäß die Kapitalpapiere auf den Namen aus. Inhaberpapiere lassen sich leichter verkaufen als Namenspapiere, weil ihre Uebertragung an keine besonderen gesetzlichen Bestimmungen gebunden ist.

Die Kapitalpapiere teilt man ein in:

1. Zinsenpapiere oder Obligationen,
2. Dividendenpapiere (Aktien, Kuxe) und
3. Prämienlospapiere oder unverzinsliche Losanleihen. Obligationen sind Schuldverschreibungen, welche die Zahlung eines bestimmten Zinses zu festgesetzten Terminen vorsehen.

Je nach dem Charakter des Schuldners unterscheidet man Staatsschuldverschreibungen, Gemeindeobligationen und Industrieobligationen. Der Staat nimmt Gelder in Form einer Staatsanleihe auf. Werden vom Staat vorübergehende Geldbedürfnisse durch kurzfristige Schuldverschreibungen gedeckt, so spricht man von schwebender Schuld. Diese kann durch Konversion in langfristige Schuldverschreibungen umgewandelt werden. (Die Staatsschuld wird «fundiert».) Die Bewertung der Staatsanleihen ist abhängig vom Staatskredit. Staatliche Anleihen werden als äußere Schuld bezeichnet, wenn sie im Auslande, als innere Schuld, wenn sie im Inlande aufgenommen wurden. Zwangsanleihen sind eine besondere Art der Vermögensbesteuerung. Sie werden in Zeiten staatlicher Bedrängnis den Bürgern auferlegt. Ist die Anleihe unkündbar, so wird der Zinsgenuß zur Rente. Weigert sich der Staat, seinen Zinsverpflichtungen nachzukommen, erklärt der Staat den Staatsbankerott, so werden die Staatsanleihen entwertet.

Kommunale Anleihen dienen gewöhnlich bloß produktiven Zwecken: Errichtung von Schulhäusern, Bau von Gas- und Elektrizitätswerken u. s. f. Industrieobligationen werden zwar zu festem Zinsfuß verzinst, haben aber größere Sicherheit als die Aktien, da sie im Falle des Konkurses den Vorrang vor den Aktien besitzen. Nur der nach Rückzahlung der Obligationenschuld verbleibende Betrag darf an die Aktionäre zur Verteilung gelangen. Die Ausgabe von Industrieobligationen erhöht die Gewinnchance für das Aktienkapital: Da ein Teil des in

einer Aktiengesellschaft angelegten Kapitals nur Zins beansprucht, kann der auf das Aktienkapital entfallende Gewinnanteil umso größer sein.

Zu den Dividendenpapieren werden Aktien und Kuxe (Bergwerksanteile) gezählt. Der Ursprung der Aktiengesellschaft liegt vielleicht in Oberitalien*. Die erste große Aktiengesellschaft war die holländisch-ostindische Handelskompagnie, deren Aktien an der Börse von Amsterdam gehandelt wurden. Diese Aktien waren Namensaktien. Law führte als erster Inhaberaktien ein. Das Aktienwesen ist in den meisten Staaten durch das Obligationenrecht gesetzlich geregelt.

Die Aktiengesellschaft vermochte sich besonders in Produktionszweigen mit großem Kapitalbedürfnis einzubürgern (z. B. Bau von Eisenbahnen u. s. f.). Man unterscheidet Bankaktien, Trustaktien, Eisenbahnaktien, Schiffahrtsaktien, Aktien von Versicherungsgesellschaften und eigentliche Industrieaktien. Nur die Aktien ganz großer Unternehmungen werden an der Börse gehandelt. Für die Zulassung der Aktien zur Börse bestehen in den meisten Staaten besondere gesetzliche Bestimmungen.

Kuxe sind Bohranteile einer Bergwerksgesellschaft. Diese ist eine Vereinigung von Personen, während die Aktiengesellschaft eine Vereinigung von Kapitalien ist. Verschlingt die Bohrung mehr Geld als vorgesehen, so müssen die Gewerker, die Mitglieder der Gewerkschaft, im Verhältnis ihrer Anteile «Zubuße leisten», d. h. Kapital zuschießen. Der Gewinn wird gleichfalls gleichmäßig auf die Kuxe verteilt. In der Bohrgesellschaft, wie der Gewerkschaft haftet jeder Teilhaber unbeschränkt.

Losanleihen spielen eine untergeordnete ökonomische Rolle. Nur in wirtschaftlich rückständigen Ländern wie Italien, wo die Lotterie eine Haupteinnahmequelle der staatlichen Finanzverwaltung bildete, gelangten die Losanleihen zu größerer Bedeutung. Prämienlosanleihen sind oft für gewissenlose Spekulanten ein Mittel zu rascher Bereicherung. Lotteriebanken spekulieren auf die Unwissenheit und Gewinnsucht der Masse der kleinen Kapitalisten.

* Die A.-G. entwickelte sich langsam und allmählich aus der Gelegenheitsgesellschaft des Mittelalters.

Auf den großen Effektenbörsen wird z. T. mehrfach täglich der Kurs der gehandelten Wertpapiere festgesetzt. Die Kauf- und Verkaufsaufträge auf bestimmte Papiere laufen aus allen Teilen des Landes in den Händen der amtlich bestellten Kursmakler zusammen. Durch ausgleichende Auswertung der Kauf- und Verkaufsaufträge werden die Kurse fixiert. Es mögen z. B. vorliegen die Kaufaufträge:

20 Aktien B. A. à 1000 Franken zu 143 % (d. h. eine Aktie wird angekauft für 1430 Frk.)
70 Aktien B. A. à 1000 Franken zu 142,5 %
60 Aktien B. A. à 1000 Franken zu bestens.

und die Verkaufsaufträge:

10 Aktien B. A. à 1000 Franken zu 141,0 % mindestens
20 Aktien B. A. à 1000 Franken zu 142,0 %
20 Aktien B. A. à 1000 Franken zu 142,5 %
100 Aktien B. A. à 1000 Franken zu bestens.

Dann können zum Kurse von 142,5 % alle Kauf- und Verkaufsaufträge erledigt werden. Gewöhnlich werden sich allerdings Angebot und Nachfrage nicht decken. Dann wird jener Kurs herausgerechnet, der die größtmöglichste Zahl von Aufträgen zu erledigen gestattet.

Die meisten Effekten werden im Kassageschäft, d. h. gegen bar verkauft*. Die Börsenspekulation bedient sich mit Vorliebe des Termingeschäftes, dem kreditierten Kauf und Verkauf von Effekten**, welche zu einem vereinbarten Preise auf einen bestimmten Termin (gewöhnlich Ende des Monats = Ultimogeschäft) zu liefern oder abzurechnen sind. Derjenige, der auf Steigen der Kurse (Hausse) spekuliert, wird das Papier auf Termin zum Tageskurs kaufen, in der Hoffnung, bei Einlieferung des Papiers dieses zum gestiegenen Kurs mit Gewinn wieder verkaufen zu können. Umgekehrt wird der auf Fallen der Kurse (Baisse) spekulierende Börsenbesucher auf Termin verkaufen,

* «Die eigenartigen Bestimmungen über die Abwicklung der Börsengeschäfte — die Börsenusancen — verfolgen vor allem die Ermöglichung weitestgehender Kreditbenützung, der Begrenzung des Risikos und der größten Beschleunigung der Umsätze» (Hilferding l. c. Seite 167). «Eine . . Eigentümlichkeit der Börsengeschäfte ist die Schnelligkeit, mit der sie geschlossen werden, die eine gewisse Formlosigkeit des Geschäftsabschlusses bedingt» (l. c. S. 169).

** «Die Vorteile des Kredites werden am besten ausgenützt durch den Terminhandel» (l. c. Seite 169).

ohne das Papier heute schon gekauft zu haben, in der Hoffnung, das betreffende Kapital-Papier am Verfallstermin zu niedrigerem Kurse dem Markte entnehmen zu können*.

Die Differenzgewinne der Börsenspekulation fließen — abgesehen vom Gründergewinn — aus gegenseitiger Uebervorteilung der Börsenspekulanten. Was der eine Spekulant gewinnt, hat ein anderer verloren. Da die Banken meistens bloß als Vermittler der Spekulation tätig sind, für die Vermittlung des Effektenkaufes und -Verkaufes Provisionen berechnen, besitzen sie ein positives Interesse an gesteigerten Umsätzen der Spekulation. Die Banken können, soferne sie nicht aktiv in die Spekulation eingreifen, bei der Börsenspekulation nie verlieren.

Der Kurs der Wertpapiere schwankt beständig. Wenn der Kurswert einer Aktie gleich dem einbezahlten Kapitalbetrage ist, so spricht man von einem Kurs al pari. Dieser ist demnach identisch mit dem 100 % Kurs. Aus dem Parikurse bestimmter Obligationen läßt sich der für die Börse maßgebende Zinsfuß ablesen. Obligationen mit geringerer Verzinsung stehen entsprechend unter, Obligationen mit höherer Verzinsung entsprechend über pari**.

Die Bewertung der Aktienkurse folgt den gleichen Gesetzen. Der Kurswert der gangbaren Aktien steigt entsprechend der ausbezahlten oder zu erwartenden Dividende so hoch, daß der Käufer einer solchen Aktie nur eine wenig über den Zinsfuß der Obligationen*** hinausgehende Verzinsung erzielt. Die höhere Verzinsung (ca. 1—2 %) der Aktienpapiere entspricht einer Risikoprämie. Die Entwicklung des Kurses der Börsenpapiere folgt dem Gange der Konjunktur:

* Während der Terminhandel beim Effektengeschäft nur die Spekulationsmöglichkeit erweitert, erleichtert das Termingeschäft an der Warenbörse den Ausgleich der saisonmäßigen Schwankungen.

** Unter Agio versteht man den Ueberschuß des Kurswertes über den Pariwert, unter Disagio die Unterschreitung des Pariwertes durch den Kurswert.

*** Ende März 1929 betrugen Kurs, Zins und Rendite verschiedener an den Schweizer-Börsen kotierter Obligationen:

Anleihen	Kurs	Verzinsung	Rendite
S. B. B. 1921	103.—	5 %	4,50 %
S. B. B. 1928	98.75	4½ %	4,60 %
Eidg. Staatsanleihen 1928	97.75	4 %	4,80 %

Schweizerischer Aktienindex

[Wirtschaftl. u. sozialstat. Mitteilungen. Eidgen. Volkswirtschafts-Departem.]

	Monatsdurchschnitt in % des Pariwertes
1921	82,1 %
1922	79,2 %
1923	95,0 %
1924	103,3 %
1925	133,7 %
1926	155,1 %
1927	161,5 %
1928 Juli	205,2 %

Wie die Aktienkurse im Laufe eines Jahres und innerhalb verschiedener Gruppen wechseln können, mögen die nachfolgenden Indexziffern zeigen.

a) Aktienindex des schweiz. Bankvereins 1921

Jan.	84,8 %	April	85,8 %	Juli	81,8 %	Okt.	80,6 %
Febr.	86,4 %	Mai	85,8 %	August	85,4 %	Nov.	71,6 %
März	87,1 %	Juni	83,8 %	Sept.	85,8 %	Dez.	69,8 %

b) Aktienindex Lorenz 1924.

	8 Großbanken	4 Hypothek.-banken	6 Trusts	23 Industrieunternehm.	Total
	Millionen Franken				
Einbez. Kapital	510	58,8	308,75	560,5	1438,05
Jan. 1924	121 %	52 %	55 %	122 %	104,3 %
Juli 1924	115 %	50 %	58 %	117 %	99,9 %
Nov. 1924	119 %	51 %	62 %	123 %	104,8 %

Ein Abschnitt aus dem Börsenbericht der «Neuen Zürcher Zeitung» charakterisiere die Art der täglichen Berichterstattung der Handelspresse über die Marktlage auf der Effektenbörse*.

Anleihen	Kurs	Verzinsung	Rendite
Zürich 1923	98.25	4½ %	4,85 %
Zürich 1926	99.50	4¼ %	4,80 %
St. Moritz 1929	98.—	4¼ %	4,95 %
Motor A.-G. 1912	98.—	4½ %	5,15 %
Deutsches Kalisyndikat	104.50	7 %	6,60 %

* Zürcher Effektenbörse, vom März 1927, von 10¾—12½ vormittags.

Bezahlte Kurse:

Aktien:

Baltimore & Ohio R. R. Co. 587 c.
Elektrobank A 1335+ 1335 c 1332+
Elektrobank B 132 c 133 c.

Die soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit der Effektenbörse ist u m s t r i t t e n. Selbst vom Standpunkte der privatwirtschaftlichen Wirtschaftsorganisation aus ist der Nutzen der Börsenspekulation keineswegs eine eindeutig feststehende Tatsache. Besonders in den Vereinigten Staaten, aber auch in Europa sind vor und während des Krieges unter gewissenloser Ausnützung der zerrütteten Währungsverhältnisse durch reine Börsenspekulationen große Vermögen auf Kosten anderer Volksschichten zusammengerafft worden. Die Börse schafft keine Werte, sie ändert bloß die Verteilung des produzierten Mehrwertes innerhalb der Kapitalistenklasse. Selbst in Zeiten normaler Wirtschaftstätigkeit wirkt die Aktienbörse durch ihre Tendenz, den Unternehmergewinn durch Umwandlung in fiktives Kapital als Gründungsgewinn zu kapitalisieren, in stark produktionsfeindlicher Richtung. Einmal werden Privatunternehmungen in Aktiengesellschaften umgewandelt, um Gründergewinne zu realisieren, andererseits gehen viele verfehlte Gründungen von Aktiengesellschaften auf das Bestreben der gründenden Gruppe zurück, auf Kosten der breiten Masse des kapitalistischen Publikums sich leichte Spekulations-Gewinne zu sichern*. In den ersten Jahren werden hohe Dividenden herausgewirtschaftet, damit die Aktien zu einem hohen Kurse auf dem Kapitalmarkte untergebracht werden können, bis schließlich die unvermeidliche Pleite den Aktienkurs tief unter

Schweizer. Bankgesellschaft 692 c. 695 c.
Schweizer. Bankverein 770 c. 769 c. 770 c.
Schweizer. Kreditanstalt 808 c.
Wiener Bankverein 8.50+
Aluminium-Industrie-Gesellschaft Neuhausen 2770 c. 2772 c. 2775 c.
C. F. Bally A.-G. 1260 c.
Eisen- und Stahlwerke vorm. G. Fischer A.-G. 810 c. 814+
Lonza. Stamm. 303 c. 304 c. 303 c. 302 c.
Lonza. Prior. 296+
Nestlé and Anglo Swiss, Cham. 715 c. 715+ 713 c. 713+ 714+
713 c. 715+ 714+ 712 c. 714+
730 dt. 20+ 714+ 711 c.
Sulzer-Unternehmungen, A.-G. 1065 c. 1066 c. 1067 c.
A. E. G. Berlin. 206 c. 207 c. 206 c. 207 c. 206+ 206 c. 207 c. 206 c.
«Helvetia» Transport. 9000 c.
etc.

* Blütezeiten des Gründungsschwindels bildeten jeweils die Aufschwungsperioden nach einem größeren Kriege: 1871/1873; 1919/1921.

pari senkt. Die Effektenbörse und die Spekulation*, soferne sie nicht im Sinne einer rascheren Ausgleichung von Angebot und Nachfrage wirken, erfüllen keine positiven wirtschaftlichen Funktionen.

§ 18. Die Krise.

1. Die kapitalistische Krise.

Es ist ein eigentümliches empirisches Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise, daß ihre Entwicklung in mehrjährigen Zyklen von angespanntester Geschäftstätigkeit mit nachfolgender Depression verläuft. Die wissenschaftliche Deutung der kapitalistischen Krise, die sich von anderen Krisenerscheinungen der Wirtschaft (seien diese durch Produktionsverschiebungen, Mißernten, Erdbeben, Kriege, Revolutionen u. ä. Ursachen verursacht) durch ihren allgemeinen, nur aus ökonomischen Abhängigkeiten entspringenden Charakter unterscheidet, wurde seit jeher als das Zentralproblem und als ein Prüfstein der nationalökonomischen Theorie betrachtet. Keine andere Erscheinung bringt den Volksmassen den Widersinn der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, der Arbeiterschaft die ökonomische Knechtschaft derart deutlich zum Bewußtsein, wie die Krise.

Nach der marxistischen Wirtschaftstheorie ist das charakteristische Merkmal der kapitalistischen Wirtschaft der Verwertungprozeß des Kapitals. Die a l l g e m e i n s t e Ursache der kapitalistischen Krise muß daher in dieser spezifischen Bedingung der kapitalistischen Produktion zu finden sein.

* «Die spezifische Börsentätigkeit ist .. die Spekulation. Die Spekulation erscheint zunächst als Kauf und Verkauf. Es ist aber nicht Kauf von Waren, sondern von Zinstiteln .. Die Spekulation besteht in der Ausnützung der Preisänderung. Aber nicht in der Ausnützung der Preisänderung der Waren .. es kommt dem Spekulanten nur auf die Veränderung an und darauf, diese vorauszusehen .. Das Hauptobjekt der Spekulation sind die nicht fest verzinslichen Papiere. Hier hängen die Preisveränderungen im wesentlichen .. von der Höhe des Profites und von der Höhe des Zinsfußes ab .. Die Börsenspekulation hat den Charakter von Spiel und Wette. Aber diese Wette wird zur Wette à coups sûr für den Eingeweihten» (Hilferding l. c. Seite 153 ff.).

Im Verlaufe der Konjunkturbewegung (Bewegung der Geschäftslage)* werden Arbeitsmarkt, Geld-, Kapital- und Warenmärkte von spezifischen Wellenbewegungen ergriffen. Zu Beginn der anziehenden Konjunktur herrschen auf dem Kapitalmarkte niedrige Zinssätze. Die Lager sind geleert. Die produzierten Waren finden leichten Absatz. Dank der günstigen Marktlage werden die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten immer besser ausgenützt; es werden neue Anlagen erstellt. Besonders in Produktionszweigen hoher organischer Zusammensetzung erfolgt die Erweiterung der Produktion stoßweise, da die Errichtung neuer Betriebe längere Zeit beansprucht und bloß Betriebe mit einer bestimmten minimalen Kapitalanlage den Konkurrenzkampf mit einiger Aussicht auf Erfolg aufnehmen können. Die Erweiterung der Produktion in den sogenannten Schlüsselindustrien (Schwerindustrie) belebt die Geschäftstätigkeit anderer Produktionszweige, wie des Baugewerbes**, der Maschinenindustrie. Durch die Nachfrage nach Arbeitern wird der Arbeitsmarkt entlastet; die Löhne steigen, die Kaufkraft der Massen nimmt zu. Der belebende Einfluß der günstigen Geschäftslage teilt sich den Konsumationsmittelindustrien mit.

So greift ein Rad in das andere. Die Ausdehnung der Produktion in dem einen Produktionszweig wird zur bedingenden Ursache der Ausdehnung der Produktion in anderen Produktionszweigen. Immer größere Warenmassen werden auf den Markt geworfen. Schließlich erfolgt der Zusammenbruch. Die fieberhafte Produktion hat die Märkte mit einem derartigen Ueberschuß an Waren erfüllt, daß der Absatz dem Angebot nicht mehr zu folgen vermag. Ein immer größerer Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals gerinnt in Form von kaufmännischem Warenkapital. Die Erweiterung der Stufenleiter der Produktion veranlaßt das Aufsuchen immer entfernterer Märkte. Wachsender Mangel an Arbeitskräften, steigende Löhne, vergrößerte Umschlagszeit des Kapitals, zunehmende Zinsen verringern schließlich trotz anziehenden Preisen die Profitrate. Wohl vermag der einzelne Unternehmer mit Hilfe von Leihkapital seine individuelle Profitrate zu erhöhen, aber schließlich setzen erhöhter Zinsfuß und stets schwieriger werdende Beschaffung des notwendigen Betriebskapitals der Verlängerung der Umschlagszeit des Kapitals eine definitive Grenze. Besonders kleinere Unternehmer und Kaufleute sehen sich in die Unmöglichkeit versetzt, ihr Warenkapital in Geldkapital zu verwandeln; sie versuchen — um ihren Zahlungsverpflichtungen nachkommen und den Konkurs vermeiden zu können — ihre Ware um jeden Preis loszuschlagen.

* Sombart übersetzt Konjunktur in das deutsche Wort Marktlage, ein Ausdruck, der sich nicht allgemein eingebürgert hat, weil er zu eng ist («Der moderne Kapitalismus» I,). Etwas besser ist vielleicht der Ausdruck Geschäftslage.

** Die niedrigen Zinssätze der Depression erleichtern die Bautätigkeit, während die angespannte Kreditlage der Hochkonjunktur die Bautätigkeit notwendigerweise nach und nach zurückdrängt.

Damit ist die Krise da. Der Kredit des Wechselverkehrs ist vernichtet. Sofortige Verwandlung von Warenkapital in Geldkapital wird für den Großteil der Kapitalisten zur dringensten Notwendigkeit. Der Zinsfuß springt auf schwindelnde Höhe, die Warenmärkte strotzen von unverkäuflichen Lagern, die Produktion wird eingeschränkt*, auf dem Arbeitsmarkt drängen sich die Heere der Arbeitslosen**, die Kaufkraft der Massen sinkt, von der Schwer- und Exportindustrie greift die Krise nun auch auf die Konsumationsmittelindustrie über: Allgemeine Lähmung des Wirtschaftslebens ist die Folge.

Schlecht fundierte oder auf Beanspruchung von Leihkapital aufgebaute Unternehmungen geraten in Zahlungsschwierigkeiten. Unbarmherzig fegt der eiserne Besen der Krise veraltete Betriebe hinweg. Bedeutende Kapitalmassen werden entwertet. Das Gebäude des fiktiven Kapitals erbebt in seinen Grundmauern: Die Kurse der Wertpapiere sinken unter pari. Die Arbeitslöhne unterschreiten das Existenzminimum. Nur langsam und allmählich kommt das normale Geschäftsleben wieder in Gang. Die Krise zwingt zur Rationalisierung der Produktion; neue Arbeitsmethoden werden eingeführt; mit den modernsten Errungenschaften der Technik ausgerüstete Betriebe decken den verringerten Bedarf zu den gesunkenen Preisen. Die Einschränkung der Produktion setzt größere Massen Betriebskapital frei; der Zinsfuß fällt nach und nach bis auf ein Minimum. Vor dem Uebergang zur ansteigenden Konjunktur herrschen extrem niedrige Zinssätze und

* Im allgemeinen wird die Einschränkung der Produktion durch die Krise auf 8—12 % geschätzt.

** Der Normalsatz der Arbeitslosigkeit steigt von 2 auf 8 bis 10, ja 12 und mehr %.

ausgedehnte Arbeitslosigkeit. Bis nach kürzerer oder längerer Ruhepause ein erneuter Aufschwung einsetzt*.

2. Zur Geschichte der Wirtschaftskrisen.

Die Geschichte der Wirtschaftskrisen bestätigt das entworfene Bild. Während der Epoche des Frühkapitalismus sind allgemeine Wirtschaftskrisen seltene und mangelhaft entwickelte Erscheinungen. Selbst die Law'sche Kreditkrise im 18. Jahrhundert (1720) kann nicht als typisch kapitalistische Krise bezeichnet werden, da es sich um einen verschleierten Staatsbankerott handelte. Mit der Verallgemeinerung der kapitalistischen Produktionsweise erwirbt sich die kapitalistische Krise in den Industrieländern wirtschaftliches Heimatrecht. Allerdings wurden die wirtschaftlichen Krisen, welche zu Anfang des 19. Jahrhunderts England heimsuchen, mehrheitlich durch politische Ereignisse ausgelöst: Die kapitalistische Krise begann sich rein und unverfälscht erst während der Periode der Restauration herauszubilden**.

* «In der Tat, seit 1825, wo die erste allgemeine Krisis ausbrach, geht die ganze industrielle und kommerzielle Welt, die Produktion und der Austausch sämtlicher zivilisierter Völker und ihrer mehr oder weniger barbarischen Anhängsel so ziemlich alle zehn Jahre einmal aus den Fugen. Der Verkehr stockt, die Märkte sind überfüllt, die Produkte liegen da, ebenso massenhaft wie unabsetzbar, das bare Geld wird unsichtbar, der Kredit verschwindet, die Fabriken stehen still, die arbeitenden Massen ermangeln der Lebensmittel, weil sie zu viel Lebensmittel produziert haben, Bankrott folgt auf Bankrott, Zwangsverkauf auf Zwangsverkauf. Jahrelang dauert die Stockung, Produktivkräfte wie Produkte werden massenhaft vergeudet und zerstört, bis die aufgehäuften Warenmassen unter größerer oder geringerer Entwertung endlich abfließen, bis Produktion und Austausch allmählich wieder in Gang kommen. Nach und nach beschleunigt sich die Gangart, fällt in Trab, der industrielle Trab geht über in Galopp, und dieser steigert sich wieder bis zur zügellosen Karriere einer vollständigen industriellen, kommerziellen, kreditlichen und spekulativen Steeplechase, um endlich nach den halsbrechendsten Sprüngen wieder anzulangen — im Graben des Krachs . . In den Krisen kommt der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung zu gewaltigem Ausbruch. Der Warenumlauf ist momentan vernichtet; das Zirkulationsmittel, das Geld, wird Zirkulationshindernis; alle Gesetze der Warenproduktion und Warenzirkulation werden auf den Kopf gestellt.» (F. Engels: «Dührings Umwälzung der Wissenschaft», Seite 296.)

** Die bekannte Tulpenspekulationskrise in Holland (1634/1637), wo der Rafftaumel und die Spekulationswut weiteste Bevölkerungskreise ergriff,

Im Jahre 1810 sanken die Preise der englischen Industrieerzeugnisse um 30 %. Gegen Ende des Jahres machten über 900 Firmen Bankrott. Zahlungseinstellungen und Vergleiche erstreckten sich auf mehr als die Hälfte der Unternehmungen Großbritanniens. 1814 brach eine schwere Industriekrise aus, die im folgenden Jahre durch eine Krise der Landwirtschaft erheblich verschärft wurde. Von 1814—1816 fielen die Getreidepreise um mehr als 50 %. 1814—1817 mußten über 8500 Konkurse verhängt werden. 1819 suchte eine Krise kleineren Umfangs Großbritannien heim.

Aber erst 1825 erschüttert infolge übermäßiger Spekulation in südamerikanischen und mexikanischen Werten eine typisch kapitalistische Krise die englische Wirtschaft. 1826 gibt die englische Regierung die Notenausgabe frei. Daher wird im Jahre 1835/1836, als wiederum dank allgemeiner Ueberspekulation eine schwere Krise ausbricht, die Industriekrise durch eine scharfe Geld- und Kreditkrise verschärft. Die Privatbanken hatten zu viele Banknoten ausgegeben. Erst im nächsten Jahre greift die Krise auch auf die Vereinigten Staaten über, um 1839 noch einmal mit gesteigerter Wucht in Form einer Kreditkrise das englische Wirtschaftsleben zu bedrohen. Mehr als 950 Banken stellen ihre Zahlungen ein. Deshalb zentralisiert 1844 die Peel'sche Bankakte das Notenausgaberecht bei der Bank von England.

Die Krise des Jahres 1847 bildet den ökonomischen Hintergrund des Revolutionsjahres 1848. Ueberspekulation in Eisenbahnwerten wird von einer Mißernte begleitet. Zum ersten Mal macht sich die Krise auch auf dem Kontinent in stärkerem Maße fühlbar. Die Revolution wird in Arbeiterblut erstickt, die revolutionäre Gesinnung durch den wirtschaftlichen Aufschwung vernichtet. Der Krimkrieg wirkt günstig auf die wirtschaftliche Lage ein. 1856 macht sich Kapitalmangel bemerkbar. 1857 führt die Ueberspekulation in Eisenbahnwerten zum Börsenkrach. Die Krise nimmt ihren Ausgangspunkt in den Vereinigten Staaten und strahlt mehr oder minder heftig bis nach Hamburg aus. Da zudem eine gute Ernte den Getreidepreis beträchtlich senkt, schafft sich die Ueberspekulation in Waren in scharfem allgemei-

erschütterte das holländische Wirtschaftsleben aufs tiefste. 1793 brach in England im Anschluß an die französische Revolution eine Warenhandelskrise aus. Eine zweite Krise folgte im Jahre 1799. Die Krise von 1810 wurde durch die Kontinentalsperre, welche Napoleon über Großbritannien verhängt hatte, verursacht.

nen Preisfall Ausdruck. Nach 2 Jahren beginnt sich das Wirtschaftsleben wieder zu erholen. Die englische Industrie findet für den reduzierten nordamerikanischen Markt Ersatz im ostindischen Handel. Trotz scharfem Kapitalmangel vermag auch der amerikanische Bürgerkrieg den Aufschwung nicht zu hemmen.

1867/1868 macht sich eine leichte Stockung bemerkbar. In Frankreich geht der «Credit mobilier» in Konkurs. Aber der eigentliche Krach setzt erst 1873 ein. Der Ausgang des deutsch-französischen Krieges hat besonders in Deutschland und den Vereinigten Staaten ein tolles Spekulationsfieber entfesselt. Der Rückschlag ist denn auch in diesen beiden Ländern besonders stark. Die deutsche und die englische Wirtschaft* leiden noch lange unter den Nachwirkungen der Krise. Bis gegen das Ende des 19. Jahrhunderts überwiegen die Jahre wirtschaftlicher Stockung. Am längsten dauert die Stockung nach dem Gründungsfieber von 1873. Die deutsche Eisenerzeugung sinkt um mehr als 50 %, die Preise um mehr als 8 %. Großen Kursverlusten entspricht schwere Arbeitslosigkeit. Besonders England büßt viele Kapitaltitel ein. Frankreich leidet weniger als Deutschland und England. Da in Frankreich der Frankfurter Frieden von keiner Spekulationsperiode gefolgt wurde, ist auch der Rückschlag des Jahres 1873 weniger heftig. Der kurze wirtschaftliche Aufschwung der Jahre 1880/1882 leitet bald wieder in eine Depression über, welche bis zum Jahre 1887 anhält. Die Preise fallen 1882 um 9 %. 1888 steht der Index der Preise auf 88 gegen 100 im Jahre 1882. In Europa setzt eine starke überseeische Auswanderung ein. Kartelle und Trusts werden gebildet. Die Konjunktur der Jahre 1888/1890 wird durch Kapitalmangel gehemmt. Auslandsanleihen fließen hauptsächlich nach Mexiko und Südamerika. 1891/1894 beginnen die Börsenkurse wieder abzubröckeln, um schließlich bis unter $^1/_3$ des Parikurses zu fallen. Trotzdem herrscht eher Kapitalfülle. 1893 werden die Vereinigten Staaten und Australien (Dürre!) von bittersten Wirtschaftskrisen heimgesucht.

Von 1895 bis zum Weltkrieg überwiegen die Jahre des wirtschaftlichen Aufschwunges. Die Konjunkturperiode 1895/1900 wird durch vermehrte Investierung von Kapital eingeleitet. Bemerkenswert ist der Abschluß der mitteleuropäischen Handelsverträge, welche den Abschluß der politischen Bündnisse sekundieren. 1900 setzt der Umschwung ein wegen starker Ueberspekulation in

* Nach 1878 brechen in Großbritannien viele Bankerotte aus.

der Elektrizitätsindustrie und im Kleinbahnbau. In Deutschland reißt der Zusammenbruch der Leipzigerbank viele Unternehmungen mit in den Konkurs. Dagegen hält in den Vereinigten Staaten der Aufschwung dank guten Ernten bis ins Jahr 1903 an und wird erst 1904 durch eine kurze Krise vorübergehend abgelöst. Der russisch-japanische Krieg wirkt eher günstig auf die Geschäftslage. 1905 herrscht in den Vereinigten Staaten Mangel an Eisen und Kohle; die Preise und die Gewinne sind hoch. Die Krise des Jahres 1907 nimmt ihren Ausgangspunkt von einer Ueberspekulation des Kupferringes. Innert kürzester Frist wird auch Europa von der Krise ergriffen. Englischer Diskont 7 %, Diskont in Berlin 7½ %, Paris bloß 4 %.

Die Krise des Jahres 1907 ist eine typische allgemeine kapitalistische Krise: Die Krise der Warenmärkte wird begleitet von einer scharfen Börsen- und Kreditkrise. Aber die Stockung der Jahre 1908/1909 ist bald überwunden. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges bleibt die Geschäftslage gut, wenn auch die mannigfachen politischen Zwischenfälle manche Hemmungen schaffen, Preissteigerung, Kapitalmangel und Uebererzeugung sich schon 1913 wieder bemerkbar machen*.

* Tabellarische Uebersicht der Konjunktur (nach Spiethoff).

			Zyklus:
A. Großbritannien:			
1822 — 1825	Aufschwung	4 Jahre	10 Jahre.
1826 — 1831	Stockung	6 Jahre	
1832 — 1836	Aufschwung	5 Jahre	11 Jahre.
1837 — 1842	Stockung	6 Jahre	
B. Deutschland:			
1843 — 1847	Aufschwung	5 Jahre	9 Jahre.
1848 — 1851	Stockung	4 Jahre	
1852 — 1857	Aufschwung	6 Jahre	10 Jahre.
1858 — 1861	Stockung	4 Jahre	
1862 — 1866	Aufschwung	5 Jahre	7 Jahre.
1867 — 1868	Stockung	2 Jahre	
1869 — 1873	Aufschwung	5 Jahre	11 Jahre.
1874 — 1879	Stockung	6 Jahre	
1880 — 1882	Aufschwung	3 Jahre	8 Jahre.
1883 — 1887	Stockung	5 Jahre	
1888 — 1890	Aufschwung	3 Jahre	7 Jahre.
1891 — 1894	Stockung	4 Jahre	
1895 — 1900	Aufschwung	6 Jahre	8 Jahre.
1901 — 1902	Stockung	2 Jahre	
1903 — 1907	Aufschwung	5 Jahre	7 Jahre.
1908 — 1909	Stockung	2 Jahre	
1910 — 1913	Aufschwung	4 Jahre	

(Zyklus 7—11 Jahre. Aufschwung 3—6 Jahre. Stockung 2—6 Jahre.)

Kriegs- und Nachkriegszeit sehen weitgehende wirtschaftliche Umwälzungen. Die wirtschaftlichen Beziehungen werden durch die Erfordernisse der Kriegswirtschaft, durch die Bedürfnisse der staatlichen Finanzwirtschaft auf neuen Boden gestellt. Die wirtschaftlich schwächeren Staaten wälzen mit Hilfe der Inflation einen Teil der Kriegslasten auf die breite Masse der Kleinrentner und Sparkapitalisten ab. Die inflatorische Preissteigerung überdeckt eine der Kapitalvernichtung entsprechende Entwertung des Goldes. In Rußland, Deutschland und Oesterreich reißt der militärische Zusammenbruch auch die Wirtschaft mit in den Abgrund. Waffenstillstand und Friedensschluß werden von einer Periode ausgesprochenster Scheinkonjunktur (geschuldet dem Warenhunger der blockierten Länder) abgelöst, welche Konjunkturperiode schon 1921 durch eine Wirtschaftskrise* abgelöst wird, wie sie in diesem Ausmaße und dieser Wucht in der Wirtschaftsgeschichte wohl einzig dasteht. Nach Millionen zählen die Arbeitslosenheere der Industriestaaten. Der Gesundungsprozeß erfährt schwerwiegende Hemmungen durch die politischen Ereignisse der Nachkriegszeit, im besonderen durch die revolutionäre Neubildung der mitteleuropäischen Staatenwelt, die Absperrung des sowjetrussischen Reiches vom Weltmarkt, die Verschiebungen des Weltmarktes und die zerrütteten Währungsverhältnisse. Einzig die Vereinigten Staaten erleben schon nach kurzer Zeit wieder einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung, welcher durch zielbewußte wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung, wie Beschränkung der Einwanderung, staatliche Förderung aller Rationalisierungsbestrebungen weitgehend unterstützt wird, während die europäischen Industriestaaten von Inflationskonjunkturen zu Sanierungskrisen taumeln.

In den Kriegsjahren hat sich das Schwergewicht der industriellen Produktion von der alten zur neuen Welt verschoben. Die jahrelange Absperrung Europas vom Weltmarkt bleibt nicht ohne Folgen. In den Vereinigten Staaten, in Japan, China und den Kolonialgebieten nimmt die Industrie einen gewaltigen Aufschwung. Während Europa verarmt**, an den wirtschaftlichen

* Deutschland macht 1919—1923 eine Inflationskonjunktur durch. Die Krise setzt in Deutschland erst 1924/1925 ein. Bis 28 % der Mitglieder der Gewerkschaften sind arbeitslos. Im Dezember 1923 zählt man in Deutschland schon 4—5 Millionen Arbeitslose.

** 1913 betrug der Anteil Europas am Welthandel 64,2 %, 1925 noch 50 %. Verglichen mit 1913 ging der Handel Europas bis 1924 von 100 auf

Nachwirkungen des Weltkrieges zu verbluten droht, steigert sich die amerikanische Wirtschaft zu blendender Machtentfaltung.

Allen Konjunkturerscheinungen gemeinsam ist der mehr oder minder schroffe Uebergang anziehender, hohe Profitrate realisierender Geschäftslage in gedrückte Geschäftslage mit fallenden Preisen. Danach kann die Wellenbewegung der Konjunktur eingeteilt werden in mehrere Abschnitte:

1. Aufschwung
2. Hochkonjunktur } Aufstieg.
3. Krise (Umschlag)
4. Abstieg } Krise im weiteren Sinne.
5. Stockung (Depression)*.

Zweifelsohne ist gegen das Ende des 19. Jahrhunderts eine gewisse Milderung der Krisenerscheinungen eingetreten, indem der Umschlag der Hochkonjunktur nicht mehr mit derartiger

82 zurück, derjenige Amerikas stieg von 100 auf 118, derjenige Asiens von 100 auf 126.

In absoluten Zahlen betrug der Handel Europas (Summe von Einfuhr und Ausfuhr) 1913 108 603 Mill. Mk.; 1925 129 650 Mill. Mk.; der Welthandel aber 169 230 Mill. (1913) und 259 300 Mill. (1925). Berücksichtigt man die Geldentwertung durch Umrechnung auf den Preisstand von 1913, so ergeben sich folgende Werte:

	1913	1925
Europa:	108 603 Mill. Mk.	83 160 Mill. Mk.
Amerika:	33 624 Mill. Mk.	44 241 Mill. Mk.

In Europa absoluter Rückgang, in Amerika absolute Zunahme des Welthandels.

* Das bekannte amerikanische Harwardinstitut für Konjunkturforschung unterscheidet nachfolgende Merkmale der verschiedenen Stadien der Konjunktur:

I. Aufschwung. Preise und Profite steigen, Arbeitslöhne wachsen, aber langsamer. Der Geldmarkt versteift sich, hemmt die Effektenhausse. Die Produktion nimmt zu, die Einfuhr vergrößert sich, die Ausfuhr hält sich.

II. Hochkonjunktur. Die Effektenkurse sinken, weil der Geldmarkt stark versteift. Kredit schwierig zu erlangen. Warenpreise beginnen abzubröckeln, Profite sinken langsam, Löhne halten sich. Die Produktionsmittelerzeugung nimmt ab, die Konsumationsmittelindustrie dehnt sich noch aus. Ausfuhr schwankend, Einfuhr bleibt auf erreichter Höhe.

III. Krise. Effektenbaisse. Sturz der Warenpreise. Kreditkrise. Zusammenbruch. Geldmarkt flüssig. Löhne fallen. Rückgang der Produktion, Reduktion des Außenhandels.

IV. Depression. Warenpreise stabil, mit leichtfallender Tendenz. Effektenkurse steigen (zunächst Obligationen, dann Aktien). Geldmarkt flüssig. Tiefpunkt von Profit, Arbeitslöhnen und Produktion. Einfuhr stagniert, Ausfuhr zieht an.

Schärfe einsetzte wie in den vorangehenden Jahrzehnten. Allerdings schleppte sich dafür die Depression umso länger hin, blieb der Aufschwung des öfteren nur ein kurzer fruchtloser, schwächlicher Anlauf. Diese Erscheinungen hängen einerseits zusammen mit der wachsenden Ausbreitung der Weltwirtschaft: Die akuten Krisen des englischen Industriekapitalismus zu Beginn und gegen Mitte des 19. Jahrhunderts beschränkten sich auf ein relativ kleines, geschlossenes Wirtschaftsgebiet*, sie wurden noch verschärft und zugespitzt durch offenbare Mängel der englischen Wirtschaftspolitik (Peel'sche Bankakte!).

Die gewaltige Ausdehnung des Weltmarktes gegen Ende des 19. Jahrhunderts vergrößert die inneren Reibungswiderstände, welche sich dem konjunkturellen Umschwung entgegenstellen. Bricht die Krise in den Vereinigten Staaten aus, so zieht sie nur langsam und zögernd auch die anderen Industriestaaten in ihren Bereich. Ja, um die Jahrhundertwende konnte es geschehen, daß in Europa (1901/1902) bereits die Krise herrschte, während die Vereinigten Staaten sich noch voller Hochkonjunktur erfreuten. Andererseits vergrößert der wachsende Akkumulationsfonds der Gesellschaft die Pufferzone für die wirtschaftlichen Zusammenbrüche, werden Reserven angelegt, mildert das Kreditwesen in mancher Hinsicht den krisenhaften Uebergang von der Hochkonjunktur zur Depression. Und schließlich strebt die Privatwirtschaft nach bewußter Regulierung des Marktes: Kartelle, Syndikate, Ringe und Trust's versuchen die Marktverhältnisse im Produzenteninteresse zu regulieren. Alles Momente, welche nebst der Konzentration und Rationalisierung der Betriebe dazu beigetragen haben, der kapitalistischen Krise ihren schroffen katastrophalen Uebergangscharakter zu nehmen, ohne aber der charakteristischen Wellenbewegung der wirtschaftlichen Konjunktur, dem Wechsel von Aufschwungsperioden mit nachfolgenden Depressionsperioden Einhalt gebieten zu können.

Die Krise äußert sich zunächst als Störung des kapitalistischen Zirkulationsprozesses. Der Produktionsprozeß wird vom Zirkulationsprozeß aus stillgelegt. So mannigfaltig die Formen des kapitalistischen Zirkulationsprozesses sind, so mannigfaltig sind auch die Formen der Krise. Aber erst, wenn die krisenhaften Störungen einzelner Teile des Zirkulationsprozesses den gesamten Zirkulationsprozeß erfassen, weiten sich die Teilkrisen zur allgemeinen Krise aus.

Vorübergehende Teilkrisen sind notwendige Folgeerscheinungen des kapitalistischen Konkurrenzkampfes, Ausdruck der Tendenz zum Ausgleich der Profitraten. Derartige Teilkrisen können auftreten in einem einzelnen Produktionszweig, wenn zu viel Kapital investiert wurde, wenn die Ernte zu reichlich war, wenn das Angebot an den betreffenden Waren die zahlungsfähige Nachfrage überschreitet, wenn durch technische Neuerungen, Modenwechsel u. ä. ältere Produktionszweige zum Erliegen* kommen, durch moderne Produktionszweige ersetzt werden und so Strukturveränderungen der Wirtschaft eintreten. Solche Teilproduktionskrisen sind keineswegs mit den allgemeinen Absatzkrisen zu verwechseln, welche sich allerdings meistens im Anschluß an den Ausbruch einer Teilkrise entwickeln, aber doch auf allgemeinere, umfassendere Ursachen zurückzuführen sind.

Beschränkt sich die Störung des Zirkulationsprozesses auf den Geldmarkt, so kann eine rasch vorübergehende Geldkrise entstehen. Die allgemeine Absatzkrise ist meistens von einer Krise des Vertrauens, einer Kreditkrise begleitet. Die Kreditkrise setzt besonders den Bankinstituten zu. Hat sich die Spekulation an der Börse übersetzt, so kann eine Spekulationskrise ausbrechen, welche oft nur die mittelbar beteiligten Spekulantengruppen in Mitleidenschaft zieht. Maßnahmen der staatlichen Finanzverwaltung können eine Währungskrise hervorrufen. Politische Ereignisse wie Krieg, Revolution, Naturkatastrophen, Erdbeben, Ueberschwemmungen und Dürren haben in den betreffenden Ländern gewöhnlich allgemeine und schwere Stockungen des Wirtschaftslebens zur Folge, die sich bis zur Absatzkrise steigern können.

Immer aber bleibt das wesentliche Moment der kapitali-

* Großbritannien ist im 19. Jahrhundert die industrielle Werkstatt der Welt. Das Gebiet des Welthandels umfaßt die Vereinigten Staaten von Amerika, die westlichen Staaten des europäischen Kontinentes, Britisch Indien, den indischen Archipel und die Randgebiete der afrikanischen, südamerikanischen und asiatischen Kontinente. England bezieht aus diesen Ländern Rohstoffe und exportiert dorthin Fertigfabrikate.

* Ein charakteristisches Beispiel dieser Art ist der Niedergang der ostschweizerischen Stickereiindustrie, welche der doppelten Konkurrenz der Vorarlberger Handsticker und der sächsischen Maschinenstickerei, wie dem Wechsel der Mode und den hohen amerikanischen Zöllen erliegt.

stischen Krise der Umstand, daß sie eine soziale Erscheinung darstellt, welche als soziale Macht den Einzelnen ergreift und ihrer Gewalt unterwirft. Die vorkapitalistische Wirtschaftskrise ist eine Notstandskrise, eine Krise geschuldet politischen Ereignissen oder natürlichen Einflüssen; die typisch kapitalistische Krise aber leitet sich her von der inneren Eigengesetzlichkeit der kapitalistischen Wirtschaftsordnung selbst, sind doch gerade unter der Herrschaft des Weltmarktes mehr denn je die objektiven Bedingungen gegeben für eine dauernde Ueberwindung der Notstandskrisen: Es ist empirisches Gesetz, daß Dürren und Mißernten des einen Kontinents vom überreichen Ernteertrag anderer Kontinente begleitet werden. Die modernen Verkehrsmittel erleichtern den Ausgleich zeitlich ungleicher Naturgaben der verschiedenen Erdteile. Dennoch bricht mit unheimlicher Regelmäßigkeit über die kapitalistische Welt die Krise herein, die Krise, welche bereits den Law'schen Gründungsschwindel zu Grabe trug.

Als im Jahre 1720 die Law'schen Spekulationsgründungen mit fürchterlichem Krach aufflogen, ahnte wohl kaum einer der Beteiligten, daß diese Spekulationskrise im nachfolgenden Jahrhundert ihre wiederholte Auflage auf verbreiterter Basis finden sollte. Der Schotte Law wollte die englische Finanzmacht übertrumpfen. Er gründete 1716 in Paris eine Bank, welche 1718 in eine französische Staatsbank umgewandelt wurde, und die Vorteile des bankmäßigen Zahlungsverkehrs über ganz Frankreich verbreiten sollte. 1717 entstand die «Compagnie d'Occident», der das ausschließliche Recht des Handels mit Louisiana verliehen wurde und im Jahre 1718 unter Verschmelzung mit anderen französischen Kolonialgesellschaften in die «Compagnie des Indes» umgetauft wurde. Schließlich verband Law 1720 alle seine Kolonial- und Bankunternehmungen in der Missisippigesellschaft, welche auch die Verwaltung der französischen Staatsschuld, die Generalpacht der Steuern, die Münzpacht u. a. mehr übernahm. Law trieb die Aktien seiner Unternehmungen durch geschickte Hausseoperationen (Prämiengeschäfte, Bezugsrechte, geringe Anzahlung von 10 %) bis auf das Vierzigfache ihres Pariwertes. Daher war die Dividende von 40 %, welche im Jahre 1720 zur Verteilung gelangte, für die letzten Käufer der Aktien bloß eine minimale Verzinsung. Der Kurswert der Aktien fiel. Um ihn zu stützen, sollten die Aktien zum 18fachen ihres Nominal-

wertes als Geld umlaufen. Die Geldbesitzer zogen aber Noten vor, sodaß der Umlauf der Noten sich auf 2,6 Milliarden Franken erhöhte. Die Warenpreise stiegen rasend. Als Law den Kurs der Noten auf die Hälfte des bisherigen Kurses reduzierte, war der Zusammenbruch der Spekulation nicht mehr aufzuhalten.

Zu gleicher Zeit krachte in England die Südseegesellschaft. Als Konkurrenzunternehmung zu den Law'schen Gründungen gedacht, reizte die Südseegesellschaft zu einer Unzahl (über 200) von Neugründungen an. 13 % des englischen Volksvermögens von 370 Millionen Pfund war in Aktien angelegt, mehr als das gesamte Handelskapital des Landes betrug. Auch nach Holland und Hamburg sprang das Gründungsfieber über. Der Zusammenbruch der Spekulation erschütterte die ganze kapitalistische Wirtschaftsorganisation der damaligen Welt. Neben Amsterdam entwickelten sich im Verlaufe des Law'schen Spekulationsfiebers Paris und London zu Börsenplätzen. Die Bank von England konnte sich behaupten. In der Folgezeit hütete sich das Publikum vor reinen Finanzspekulationen. Das ökonomische Interesse wandte sich wieder dem gewerblichen Fortschritt zu. Dennoch blieb die Law'sche Spekulationskrise nicht ohne vorteilhafte Folgen. Die Spekulation hatte den Bereich der Geldzirkulation mächtig erweitert, sie bot dem Ausbau des Bank- und Börsenwesens mannigfache Anregung.

Wenn wir nach dieser frühkapitalistischen Spekulationskrise, welche zum Teil mit den Mitteln ursprünglicher Akkumulation arbeitend, eine gewaltige Umschichtung der Vermögen herbeiführte, zur Betrachtung einer modernen Wirtschaftskrise übergehen, erwartet uns ein ganz anders geartetes Bild. Aber auch der Wirtschaftskrise der Vorkriegszeit mangelt das spekulative Element der Finanzgründungen nicht. Bricht doch die scharfe Geldkrise des Jahres 1907 in direktem Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Haussespekulation des amerikanischen Kupferringes der Amalgamated Copper Co. aus. Allerdings kündet sich die kommende Krise schon früher an. Die internationale Geldteuerung, welche sich im Laufe des Jahres 1906 bemerkbar machte, wirkt auf die Expansion der amerikanischen Eisenbahnen zurück. Es sollten 1907 für ca. 1600 Mill. Dollar Anleihen für amerikanische Bahnen begeben werden; es können aber bloß 957 Mill. untergebracht werden, weil der Reingewinn trotz steigendem

Bruttogewinn wegen der Vermehrung der Betriebsauslagen sinkt. Die Bahnen sehen sich daher gezwungen, ihr Bauprogramm zu reduzieren. Sie verringern ihre Aufträge an die Eisenindustrie*, welche deshalb zu Produktionseinschränkungen schreiten muß. Normalerweise buchte der Stahltrust 85 000 Tonnen Aufträge pro Tag. Im November 1907 sinken die täglichen Orders des Stahltrustes auf 12 000 Tonnen. Im Laufe des Jahres 1907 fallen denn auch die Preise langsam, aber stetig**.

Dennoch ist der allgemeine Preisfall nicht allzu schroff. Nur der Kupferpreis fällt schon im Sommer. Auch die Baumwollpreise geben nach. Die Kohlenpreise tendieren eher nach oben; ebenso die Nahrungsmittelpreise mit Ausnahme von Fleisch.

Der Börsenkrise vom Oktober 1907 geht eine zweitägige Börsenkrise im März voran, an welcher führende Papiere wesentliche Kurseinbußen erleiden (Union Pacific ging von 156 auf 124, Amalgamated Copper Co. von 105 auf 81 Punkte zurück). Schwerer ist die Börsenpanik im Oktober. Diese wird eingeleitet durch den Zusammenbruch der New Yorker City Eisenbahngesellschaft. Der Kurswert von 70 Papieren, der sich auf 3 128 Millionen Dollar erhöht hatte, sinkt in wenigen Tagen gegen Ende Oktober auf 1 522 Mill. Die Börsenkrise ist bloß eine Begleiterscheinung der allmählich sich ausbreitenden industriellen und kommerziellen Krise. Man hoffte an den Kursdifferenzen zu gewinnen. Steigender Zinsfuß ist aber auf die Dauer unverträglich mit steigenden Börsenkursen. Je höher die Börsenkurse und je höher der Zinsfuß, umso größere Geldmittel müssen von der Spekulation fest angelegt werden, umso stärker ist die Beanspruchung des Geldmarktes.

Daher geht im Oktober die berufsmäßige Spekulation plötzlich zur Baissespekulation über. Das Börsengeld bedingt Zinssätze

* «Der Markt erweitert sich langsamer, als die Produktion; oder im Zyklus tritt ein Augenblick ein, wo der Markt zu eng für die Produktion erscheint. Dieses ist am Schluß des Zyklus . . . Ist ein ungebührlicher Teil des Mehrwertes, des Mehrkapitals in Maschinerie u. s. w. in einem besondern Produktionszweig ausgelegt, so wird das Rohmaterial, obwohl es hinreichend wäre für die alte Stufenleiter der Produktion, unzureichend für die neue sein . . Es ist ein Fall von Ueberproduktion von fixem Kapital . .» (Theorien über den Mehrwert).

** Roheisen (Northern Foundery No. 2, je Tonne à 1016 kg):
2. Januar 24,7—26,7 Dollar; 3. Juli 24,0—25,0 Dollar; 2. Oktober 19,7—20,7 Dollar; 30. Dezember 17,2—18,0 Dollar.

von 2—200 %, welche Variation der Zinssätze die berufsmäßige Spekulation der Banken und Großfinanzmänner erleichtert. Die Handelskrise wird verschärft durch die Ueberspekulation in Kupfer. Vergeblich sucht der Kupferring den Kupferpreis zu halten (Kupferpreis im März 110 $ 15 sh., 23. Oktober 55½ $, trotzdem im September die Amalgamated Copper Co. die Kupferproduktion um 50 % reduzierte). Der Zusammenbruch einiger Banken wird unvermeidlich. Die Panik erzwingt die Einführung von «Bankfeiertagen». Das Bargeld verschwindet fast vollständig aus dem Verkehr und muß wegen der unelastischen Notenausgabe des amerikanischen Bankwesens durch Notstandsgeld (in kleineren Orten zirkulieren Clearinghauscertifikate bis hinunter zu 1 $ als Bargeld) ersetzt werden. Das Aufgeld auf Bargeld, welches anfänglich bloß 5 % beträgt, erstreckt sich auf alle Arten gesetzlicher Zahlungsmittel (Münzen, Staatspapiergeld, Banknoten), weil Zahlungen an den Staat nur mit gesetzlichen Zahlungsmitteln geleistet werden dürfen.

Von 12 000 amerikanischen Banken geraten 50 in Zahlungsschwierigkeiten. Die Großfinanz beugt durch eine rasche Hilfsaktion weiteren Zusammenbrüchen vor, wobei sie allerdings nicht unbedeutende finanzielle Gewinne einstreicht. Die Zahl der Bankrotte ist weniger bedeutsam, als die Summe der in Mitleidenschaft gezogenen Kapitalien*.

Erst gegen Ende Dezember ist das Maximum der Arbeiterentlassungen erreicht. Gewisse Betriebe entlassen bis zu 50 % der Arbeiter. Die Eisenbahnen stellen die Bautätigkeit ein und verschieben weniger dringliche Reparaturen auf spätere Zeiten. Die Textilindustrie in New England ist nur noch bis zu ²/₃ ihrer normalen Leistungsfähigkeit beschäftigt. Die Schwerindustrie in Pittsburg feiert zu 40—60 %. Die Armee der Arbeitslosen nimmt um 2—3 Millionen zu. Die Masse der Kurzarbeiter läßt sich kaum abschätzen. Trotz dem relativ schwachen Preisfall dauert auch nach Behebung der Finanzkrise die Industriekrise an. Besonders die Spekulation in Grund und Boden hat schwere Rückschläge zur Folge.

	* Bankrotte	Aktiva	Passiva
Oktober 1893	1753	36 Mill.	55 Mill. $
Oktober 1906	796	7 Mill.	12 Mill. $
Oktober 1907	964	124 Mill.	139 Mill. $

Der Bargeldmangel in den Vereinigten Staaten verursacht eine stürmische Nachfrage nach Gold in Europa, weshalb die Bank von England ihren Diskont innert kurzer Frist auf 7 %*, die deutsche Reichsbank gar auf 7½ % erhöhen muß. Die Geldkrise gibt die Verfügung über die baren Geldmittel in die Hand einer kleinen Finanzgruppe mit Morgan und Rockefeller an der Spitze. Morgan benutzt die prekäre Situation, in welcher sich ein Außenseiter des Stahltrustes befindet, um dessen Aktien zu einem diktierten Preis aufzukaufen.

Die amerikanische Krise beendet auch die Hochkonjunktur in Europa. Schon im Dezember werden in England starke Einschränkungen der Produktion unvermeidlich. Unter dem Einfluß einer forcierten Dumpingausfuhr des Stahltrustes nach England sinken die Stahl- und Eisenpreise in England unaufhaltsam**.

Wenn im Jahre 1900 die europäische Krise sich wohl in einem Preissturz, nicht aber in einem Rückgang der Produktion äußerte, weil die Konjunktur in Amerika sich erst im Jahre 1903 auslief, ergreift 1907 die Krise Europa gleichzeitig in Form einer scharfen Preisbaisse und in Form starker Produktionseinschränkungen. Es gelingt zwar der kartellierten Schwerindustrie, die Preise zu halten, dafür aber werden die Fertigindustrien in ihrer Konkurrenzfähigkeit geschwächt und schleppt sich die Krise länger hin. Der Preisumschlag des Jahres 1907 läßt sich an den Indexziffern des «Ecconomist» schön verfolgen***.

Der englische Außenhandel ist im 1. Quartal 1908 um 6,8 % geringer als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Aus Amerika setzt der Rückstrom der Auswanderer ein. Vom 20. März bis Ende Mai wanderten 1907 469 708 Personen mehr in die U. S. A. of Amerika ein als aus, im gleichen Zeitraum des Jahres 1908 aber

* Diskont der Bank von England: 1895 2 %; 1900 3,9 %; 1901 3,7 %; 1902 3,3 %; 1903 3,7 %; 1904 3,5 %; 1905 3,0%; 1906 4,2%; Oktober 1907 7%.

** Preise pro Tonne für Knüppel ab Hochofen:
8. August 1907 108 sh.; 3. Oktober 1907 100 sh.; 5. Dezember 1907 87 sh.; 9. Dezember 1907 80 sh.

*** Januar 2494
April 2549
Mai 2601
Juni 2594 (Zu beachten ist der Einfluß der Mißernte.
September 2457 Diese festigt die Preise der landwirtschaftlichen Produkte).
Dezember 2310

wandern 158 968 Personen mehr aus wie ein. Trotz der Krise halten sich die Weizenpreise*.

Die Krise von 1907 erwuchs aus der starken kapitalistischen Expansion, welche im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts eingesetzt hatte. Viel unbeschäftigtes Geldkapital, nach Verwertung strebender akkumulierter Mehrwert drängte nach Anlage. Rußland nahm in 20 Jahren an 12 Milliarden Rubel staatliche Anleihen auf. Neue Industriezweige wie die elektrotechnische und die chemische Industrie gewannen immer größere Bedeutung. Der Bau von Eisenbahnen absorbierte große Kapitalien.

Auch die Produktionsmengen nahmen stetig zu. So förderte Deutschland in Mill. Tonnen:

	Steinkohlen	Braunkohlen	Roheisen
1896	85,7	11,0	6,4
1900	109,3	12,4	8,5
1904	120,8	48,6	10,0
1907	143,2	62,2	13,0

Unter diese stürmische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit setzte der Weltkrieg einen blutigen Strich. Vier Jahre Mord zerstörten nicht nur unzählige Einzelschicksale, sondern wüteten in geradezu satanischer Art und Weise mit dem akkumulierten Reichtum der zivilisierten Welt. Nach Wl. Wlotinski ist die Zerstörung an positiven Werten durch den Weltkrieg und die ihm nachfolgende Zerrüttung auf mindestens ein Drittel des gesamten Reichtums der Menschheit zu schätzen**.

* Englischer Weizenpreis

	Mark pro Tonne		Mark pro Tonne
1851—1860	250	1891—1895	128,2
1871—1875	246,4	1901—1905	140,2
1881—1885	180,4	1907	155,0

** Volksreichtum aller Völker vor dem Kriege ca. 1000 Milliarden $, resp. 200 Milliarden £.

Direkte Kriegsausgaben 260 Milliarden $
Indirekte Verluste 90 Milliarden $
Abzüglich des Ueberschusses der Produktion über die Konsumation:
1914/1919 ca. 200—250 Milliarden $
Reinverminderung 100—150 Milliarden $
(Geldentwertung nicht berücksichtigt).

Volksvermögen:	1914	1919
	Milliarden $	
Großbritannien	80	67,5
Frankreich	65	45

Nach Beendigung des Weltkrieges dauert die Nachkriegskonjunktur knapp 2 Jahre, um 1921 von der Krise abgelöst zu werden. Die Wirkung dieser Weltwirtschaftskrise wird in mehrfacher Hinsicht verhängnisvoll. Einmal bricht sie der revolutionären Begeisterung der Arbeiterschaft das Genick, zweitens vollendet sie die Vernichtung der Kapitalwerte, welche schon der Weltkrieg begonnen, drittens wird sie zum Schrittmacher des Fascismus. Die Krise des Jahres 1921 ist eine typische kapitalistische Krise, wenn sie auch in ihrer äußeren Erscheinungsform Nachwirkungen der Geldinflation und der revolutionären Auseinandersetzungen der Nachkriegszeit nicht verleugnet.

Lederer* ist durch gewisse Eigentümlichkeiten dieser Krise veranlaßt worden, eine Krisentheorie aufzustellen, welche die Krise durch Kreditinflation (zusätzliche Kredite) erklären will. Sicherlich haben die verworrenen Geldverhältnisse der Nachkriegszeit, die katastrophalen Entwertungen der deutschen und österreichischen Währungen (Exportkonjunktur!) das Bild der Krise von 1921 in wichtigen Zügen bestimmt, aber die letzte Ursache der Krise von 1921 ist trotzdem in den spezifisch kapitalistischen Bedingungen der modernen Wirtschaft zu suchen.

Schon 1920 kündet sich die kommende Krise in den europäischen Ländern an. Kurz nach dem Waffenstillstand (1919) stockt die Wirtschaft der Vereinigten Staaten, um 1920 wieder eine vorübergehende Blüte zu erleben. Ende 1920 erleiden die südamerikanischen Währungen eine allgemeine Deroute, weil Wolle, Getreide, Fleisch, Kakao und Kaffee starke Preisstürze erfahren. Zum Beispiel fällt der Kakaopreis von 28 auf 5 Cents. In Cuba setzt wegen dem Fall der Zuckerpreise ein Run auf die Banken ein. Japan wird schon im März 1920 von einer schweren Finanz- und Produktionskrise geschüttelt. Die Preise der Rohseide, welche

Volksvermögen:	1914	1919
	Milliarden $	
Rußland	60	25
Italien	25	20
Belgien	15	12,5
Deutschland	95	60
Oesterreich	40	25
U. S. A.	205	285
Japan	20	25

(W. Wl. «Die Welt in Zahlen»).

* Siehe «Grundriß der Sozialökonomik».

1919/1920 noch auf 18 $ pro Pfund gestanden, sinken 1920 auf 7 $. Auch in Tee herrscht Ueberproduktion. Der Kautschukpreis, der 1913 noch 28 Pence pro Pfund betragen, stürzt von einem Preis von 20 Pence Ende August 1920 auf $10^1/_4$ Pence Ende Dezember 1920.

Ende April erreichen die Preise in England ihren Höchststand. Noch 1920 steigt der Umsatz des Londoner Clearings gegenüber 1919 um 37 %. Aber auch in England setzt im Laufe des Jahres 1920 ein heftiger Preissturz ein: Der Preis der Baumwolle fällt von Ende April bis Ende Dezember von 27 auf 9,9 Pence pro Pfund, der Preis der Jute von 62 auf 39 $ pro Tonne, der Zuckerpreis von 131 auf 63 sh. per Zentner. Die Neugründungen von Gesellschaften und Unternehmungen vermindern sich im 2. Halbjahr fast um 50 %, die entsprechenden Kapitalien um 75 %. Verglichen mit 1919 sinkt die Ausfuhr Ende 1920 um 19,8 %. Zu gleicher Zeit werden 748 000 Arbeitslose registriert.

Unverkennbar hingen diese Erscheinungen mit der Entwicklung der Wirtschaft während des Krieges zusammen. Während des Krieges setzte eine Preissteigerung ein als Folge der gesunkenen Produktivität der Arbeit und dank großer Nachfrage von Seite der Staats- und Kriegswirtschaft, welche ihre Ausgaben durch die Notenpresse deckte. Verschärft wurde die Krise durch die offenbare Disproportionalität der Produktion (übersteigerte Ausweitung der Schwerindustrie!), die sich im Laufe des Krieges herausgebildet hatte. Trotzdem nach Kriegsende die Waren den Produzenten direkt aus der Hand gerissen wurden, vermochte schon nach kurzer Zeit die künstlich angestachelte Kauflust den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht mehr standzuhalten. Zu schwerwiegend waren die Verschiebungen, welche die internationale Arbeitsteilung durch den Krieg erlitten. Während in den Vereinigten Staaten, in Japan und anderen nicht kriegführenden Ländern die Produktions- und Konsumkraft eher gestärkt worden war, hatte sich die Kaufkraft der europäischen Staaten beträchtlich vermindert, wurde Osteuropa aus dem weltwirtschaftlichen Kreislauf fast vollkommen ausgeschaltet.

Dazu trat der Verfall der mittel- und osteuropäischen Währungen unter dem Druck der Friedensverträge. Selbst in Deutschland und Oesterreich vermochte sich die Konjunktur nicht mehr zu halten, weil die Kaufkraft der Massen noch rascher sank, als die Preise stiegen. Während Holland unter einem Ueberfluß an

Käse und Gemüse, China und Indien an einem solchen von Häuten litten, Neuseeland sein Fleisch nicht absetzen, Kalkutta die Teeernte nicht verkaufen konnte, hungerten in Mittel- und Osteuropa Millionen von Menschen. In allen Industriestaaten schwoll die Armee der Arbeitslosen beängstigend an*.

Besonders gut sind wir dank dem Ausbau der amerikanischen Statistik** über die Entwicklung der Wirtschaftskrise von 1921 in den Vereingten Staaten unterrichtet. Wir beschränken uns daher im folgenden auf die amerikanischen Verhältnisse. Ein allgemeines Bild der Wirtschaftskrise von 1921 zu zeichnen, würde den Rahmen dieser Arbeit überschreiten.

Die Vereinigten Staaten erlebten im Krieg eine starke Vermehrung ihrer Produktionskapazität. Betrug 1914 der Wert der Gesamtproduktion noch 24 Milliarden $, so 1919 schon 62,5 Milliarden. Allerdings ist diese Vergrößerung der Wertsumme der Produktion zum Teil auf Rechnung der Geldentwertung zu setzen; dennoch drückt sich in diesen Ziffern sinnenfällig das starke Anschwellen der Produktionsfähigkeit der Vereinigten Staaten aus. Die Steigerung der Preise der verschiedenen Warengruppen erfolgte nicht gleichmäßig:

	1913	Mai 1920	Nov. 1920	Nov. 1921
Landwirtschaftliche Produkte	100	244	165	114
Nahrungsmittel	100	287	195	142
Kleidung	100	347	234	185
Brennmaterial	100	235	258	186
Metallwaren	100	193	170	119
Baumaterialien	100	341	274	197
Chemische Produkte	100	215	207	162
Durchschnitt	100	272	207	149

Diesen Zahlen kann auch der scharfe Preissturz entnommen werden, welcher während der Krise einsetzte. In % betrug die größte Preissteigerung bezogen auf den Stand der Preise von 1913 und die tiefste Preissenkung (bezogen auf den Höchststand der Preise):

	Preissteigerung seit 1913	Maximale Preissenkung
Häute	390,5 %	86,5 %
Koks	537,0 %	82,2 %
Baumwolle	214,1 %	75,1 %
Zink	66,0 %	51,5 %
Leder	102,0 %	40,4 %

Wenn der Index der Großhandelspreise in den Vereinigten Staaten Januar 1920 gleich 100 gesetzt wird, so war er am 1. Mai 1921 bereits auf 54 gesunken (Großbritannien auf 66). Scharfe Produktionseinschränkungen waren daher unvermeidlich. Diese übten aber nicht sofort eine entsprechende Rückwirkung auf die Löhne aus:

	1916	Anfang 1920	Ende 1921
Bauholz	100	370	170
Baumaterialien	105	300	160
Löhne der Bauarbeiter	105	200	200
			(Mitte 1921)

Ca. 10 % aller Erwerbstätigen sind im Eisenbahnwesen beschäftigt. Das Verhältnis der Löhne der Eisenbahner entwickelte sich, verglichen mit dem Lebenshaltungskostenindex, wie folgt:

	Index (Bureau of Labour)	Löhne
1915	101	830 $ = 100
1917	177	1004 $ = 121
1919	206	1486 $ = 179
1920	226	1820 $ = 219
1921	147	1665 $ = 200
1922	149	1668 $ = 200

Die Erhöhung der Löhne folgt der Preissteigerung nur zögernd nach. Während dem Preisfall sinken andererseits die Löhne weniger rasch als die Preise. Allerdings muß bei der Bewertung dieser Zahlen u. a. berücksichtigt werden: erstens, daß der Preisfall zum Teil Folge der Steigerung der Produktivität der Arbeit ist, zweitens, daß für die Arbeiterklasse als Ganzes genommen die relative Konstanz der Löhne durch die Verminderung der Zahl der beschäftigten Arbeiter wettgemacht wird. So wurde im 1. Quartal 1920 die Summe der Löhne und Gehälter (wobei noch zu beachten, daß die amerikanische Statistik unter «Gehalt» auch das Unternehmer-

* U. S. A. 5—6 Millionen Arbeitslose (1921). Großbritannien 2,5 Millionen Arbeitslose; 1,2 Mill. Kurzarbeiter (1921). 1922 wird die Zahl der Arbeitslosen auf der ganzen Erde auf 15 Millionen geschätzt (8 Millionen allein in Europa).

** Wertvolle Zahlen entnehmen wir u. a. der Arbeit von Lederer über «Konjunktur und Krise» im Grundriß der Sozialökonomik (IV.), da uns die direkten Quellen nicht zugänglich sind.

einkommen einbegreift) auf 9 463 Mill. $ geschätzt, im 3. Quartal des gleichen Jahres auf 10 472 Mill. $, im 3. Quartal 1921 auf 8 047 Mill. $ und im 1. Quartal 1923 auf 7 743 Mill. $. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter sank demnach von 1920 bis 1923 um 18,2 %, während der Index des Großhandels um 35 %, der Ernährungsindex um 31,2 %, das Produktionsvolumen aber nur um etwa 10 % fiel.

Die Lohnreduktionen ergriffen nicht alle Produktionszweige in gleicher Art und Stärke. Besonders schwer wurden die Arbeiter der Groß- und Metallindustrie betroffen:

	Lohn in Dollar		Reduktion
	1920	1921	
Baugewerbe	1510	1105	— 26,8 %
Eisenbahn	1730	1298	— 25 %
Metallindustrie	1723	875	— 49 %
Oeffentlicher Dienst	1142	1399	+ 22 %
Landwirtschaft	781	614	— 21 %
Großbetriebe (mehr als 100 Beschäft.)	1544	1112	— 28 %
Kleinbetriebe (weniger als 20 Beschäft.)	1121	1077	— 4 %

In der Krise nivellieren sich die Löhne. Die Krise erfaßt die verschiedenen Produktionszweige nicht mit derselben Heftigkeit, wie auch die Kriegskonjunktur sich in gewissen Produktionszweigen stärker ausprägte, als in anderen. Die amerikanische Eisenindustrie z. B., welche in normalen Zeiten ihre Produktionskapazität bis zu 90 % ausnützen kann, arbeitete 1921 nur noch mit 25—30 % ihrer Produktionskapazität, während die Landwirtschaft auf einen viel stetigeren Absatz ihrer Produkte rechnen darf. Auch im Beschäftigungsgrad drückt sich die größere Anfälligkeit der Großbetriebe aus:

Index aller Beschäftigten	1920		1921		1922
	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal
	(14 228 000)		(11 924 000)		
a) Industrie	100	103	84	78	77
	(27 232 000)		(24 828 000)		(11 026 000)
b) Alle Gewerbe	100	107	91*	92	89

* In Massachusetts wird der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1921 erreicht mit 32 % Arbeitslosen.

Index der Arbeitsstunden	1920		1921		1922
	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal
	(9150 Mill. Std.)				
a) Industrie	100	103	97	73	72
	(17 747 Mill. St.)		(15 515 Mill. Std.)		
b) Alle Gewerbe	100	107	87	90	86

Seit 1921 hat der amerikanische Arbeiter einige Lohnkonzessionen erzwingen können, aber die Rationalisierung der industriellen Arbeit ist auch in Amerika auf Kosten der Arbeiter durchgeführt worden*.

3. Zur Theorie der Krise.

Die äußeren Merkmale, in denen sich die kapitalistische Krise offenbart, enthüllen uns aber noch keineswegs den Mechanismus jener Kräfte, welche zur Krise treiben. Die Möglichkeit der kapitalistischen Krise ergibt sich bereits aus dem Wesen der Warenproduktion: Durch den Warentausch wird der Zu-

** Das Bureau of Labour Statistik errechnete nach R. Klawa (Rote Revue, Oktober 1927) als nacktes Existenzminimum für eine 5köpfige Familie 1379 $, als mittleres Existenzminimum 1694 $, als komfortables Existenzminimum 2304 $. Die Löhne schwankten 1925 von 844 $ (Tabakarbeiter), 1020 $ (Textilindustrie) bis gegen 1624 $(Transportindustrie) (offizielle Angaben des Washingtoner Arbeitsamtes). Diese Löhne gelten nur für gelernte Arbeiter (50 % der Arbeiter sind ungelernte Arbeiter!). Ca. 50 % aller Arbeiterfamilien beziehen ein Einkommen von 1200—1800 $, wobei Frau und Kinder besonders in den höheren Kategorien stark zum Einkommen beisteuern.

Von 1919 bis 1925 vermehrten sich Produktionsmenge und Arbeitslohn je pro Arbeiter wie folgt:

Industriezweige	Warenmenge	Arbeitslohn
Alle Industrien	+ 41 %	+ 11 %
Nahrungsmittelindustrie	+ 43 %	+ 13 %
Textilindustrie	+ 14 %	+ 10 %
Eisen und Stahl	+ 38 %	+ 5 %
Metallindustrie	+ 63 %	+ 18 %
Tabakindustrie	+ 58 %	— 1 %
Lederindustrie	+ 3 %	+ 9 %
Gummiindustrie	+ 99 %	+ 10 %

Die Rationalisierung setzte sich hauptsächlich in Erhöhung der Profite, nicht aber in Steigerung der Löhne um, während die Preise sich fast auf gleicher Höhe hielten.

einkommen einbegreift) auf 9 463 Mill. $ geschätzt, im 3. Quartal des gleichen Jahres auf 10 472 Mill. $, im 3. Quartal 1921 auf 8 047 Mill. $ und im 1. Quartal 1923 auf 7 743 Mill. $. Die Gesamtsumme der Löhne und Gehälter sank demnach von 1920 bis 1923 um 18,2 %, während der Index des Großhandels um 35 %, der Ernährungsindex um 31,2 %, das Produktionsvolumen aber nur um etwa 10 % fiel.

Die Lohnreduktionen ergriffen nicht alle Produktionszweige in gleicher Art und Stärke. Besonders schwer wurden die Arbeiter der Groß- und Metallindustrie betroffen:

	Lohn in Dollar		Reduktion
	1920	1921	
Baugewerbe	1510	1105	— 26,8 %
Eisenbahn	1730	1298	— 25 %
Metallindustrie	1723	875	— 49 %
Oeffentlicher Dienst	1142	1399	+ 22 %
Landwirtschaft	781	614	— 21 %
Großbetriebe (mehr als 100 Beschäft.)	1544	1112	— 28 %
Kleinbetriebe (weniger als 20 Beschäft.)	1121	1077	— 4 %

In der Krise nivellieren sich die Löhne. Die Krise erfaßt die verschiedenen Produktionszweige nicht mit derselben Heftigkeit, wie auch die Kriegskonjunktur sich in gewissen Produktionszweigen stärker ausprägte, als in anderen. Die amerikanische Eisenindustrie z. B., welche in normalen Zeiten ihre Produktionskapazität bis zu 90 % ausnützen kann, arbeitete 1921 nur noch mit 25—30 % ihrer Produktionskapazität, während die Landwirtschaft auf einen viel stetigeren Absatz ihrer Produkte rechnen darf. Auch im Beschäftigungsgrad drückt sich die größere Anfälligkeit der Großbetriebe aus:

Index aller Beschäftigten	1920		1921		1922
	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal
	(14 228 000)		(11 924 000)		
a) Industrie	100	103	84	78	77
	(27 232 000)		(24 828 000)		(11 026 000)
b) Alle Gewerbe	100	107	91*	92	89

* In Massachusetts wird der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit im ersten Halbjahr 1921 erreicht mit 32 % Arbeitslosen.

Index der Arbeitsstunden	1920		1921		1922
	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	3. Quartal	1. Quartal
	(9150 Mill. Std.)				
a) Industrie	100	103	97	73	72
	(17 747 Mill. St.)		(15 515 Mill. Std.)		
b) Alle Gewerbe	100	107	87	90	86

Seit 1921 hat der amerikanische Arbeiter einige Lohnkonzessionen erzwingen können, aber die Rationalisierung der industriellen Arbeit ist auch in Amerika auf Kosten der Arbeiter durchgeführt worden*.

3. Zur Theorie der Krise.

Die äußeren Merkmale, in denen sich die kapitalistische Krise offenbart, enthüllen uns aber noch keineswegs den Mechanismus jener Kräfte, welche zur Krise treiben. Die Möglichkeit der kapitalistischen Krise ergibt sich bereits aus dem Wesen der Warenproduktion: Durch den Warentausch wird der Zu-

** Das Bureau of Labour Statistik errechnete nach R. Klawa (Rote Revue, Oktober 1927) als nacktes Existenzminimum für eine 5köpfige Familie 1379 $, als mittleres Existenzminimum 1694 $, als komfortables Existenzminimum 2304 $. Die Löhne schwankten 1925 von 844 $ (Tabakarbeiter), 1020 $ (Textilindustrie) bis gegen 1624 $(Transportindustrie) (offizielle Angaben des Washingtoner Arbeitsamtes). Diese Löhne gelten nur für gelernte Arbeiter (50 % der Arbeiter sind ungelernte Arbeiter!). Ca. 50 % aller Arbeiterfamilien beziehen ein Einkommen von 1200—1800 $, wobei Frau und Kinder besonders in den höheren Kategorien stark zum Einkommen beisteuern.

Von 1919 bis 1925 vermehrten sich Produktionsmenge und Arbeitslohn je pro Arbeiter wie folgt:

Industriezweige	Warenmenge	Arbeitslohn
Alle Industrien	+ 41 %	+ 11 %
Nahrungsmittelindustrie	+ 43 %	+ 13 %
Textilindustrie	+ 14 %	+ 10 %
Eisen und Stahl	+ 38 %	+ 5 %
Metallindustrie	+ 63 %	+ 18 %
Tabakindustrie	+ 58 %	— 1 %
Lederindustrie	+ 3 %	+ 9 %
Gummiindustrie	+ 99 %	+ 10 %

Die Rationalisierung setzte sich hauptsächlich in Erhöhung der Profite, nicht aber in Steigerung der Löhne um, während die Preise sich fast auf gleicher Höhe hielten.

sammenhang von Produktion und Konsumation gesprengt. Desgleichen sind die Entwicklung des Geldes zum Zahlungsmittel, die Ausbildung des Kreditwesens, die Abspaltung des Warenhandlungskapitals ebensoviele krisenfördernde Momente als Elemente des entwickelten kapitalistischen Zirkulationsprozesses. Aber diese Momente bedeuten noch nicht die Krise selbst; sie schaffen erst den Rahmen, innerhalb dessen sich die Krise entwickeln kann.

Die Auslösung der Krise ergibt sich aus den Entwicklungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, aus der Tatsache, daß sich der Akkumulationsprozeß des Kapitals nur in widerspruchsvollen, antagonistischen Formen zu entfalten vermag. Diese Bedingungen haben wir bereits in expliziter Form im Gesetz des tendentiellen Falles der Profitrate (§ 14) und im Gesetz des steten Zwanges zur Erweiterung des Marktes (§ 13) kennen gelernt. Es gilt nun, diese Gesetzmäßigkeiten in ihrer speziellen Rückwirkung auf die Krise selbst zu betrachten.

Das Gesetz des tendentiellen Falles der Profitrate beansprucht Gültigkeit sowohl für das Individual- wie für das Gesellschaftskapital. Die meisten technischen Verbesserungen des Produktionsprozesses erhöhen die organische Zusammensetzung des Kapitals. Menschliche Arbeitskräfte werden ganz oder teilweise durch Naturkräfte ersetzt, lebendige Arbeit wird durch tote, vergegenständlichte Arbeit verdrängt. Dieser Ersatz drückt sich in der Wert- resp. Preisrechnung aus. Die Produktionspreise fallen. Aber auch die neue Maschinerie wird in den allgemeinen Entwertungsprozeß einbezogen.

Der Tendenz zur Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals läuft eine stete Tendenz zur Entwertung des konstanten Anlagekapitals parallel. In den Bilanzen eines modernen Großbetriebes ist das Anlagekapital meistens sehr stark abgeschrieben. Unter den Aktiven rangieren als wichtige Posten bloß Rohmaterialien, Fertigfabrikate, Debitoren, Effektenbestände und Bankguthaben. Das Produktionskapital der A.-G. verschwindet zum Teil aus der Bilanz; nur pro memoria werden Maschinen, Werkzeuge etc. mit 1 Fr. angeführt. Das Produktionsmittel, welches dem Arbeiter im Betrieb als unmittelbare Verkörperung des kapitalistischen Eigentum gegenübertritt, verflüchtigt sich in der kapitalistischen Bilanz zu wesenlosem Schein. Als reelle Werte betrachtet der Kapitalist nur Werte des Zirkulationsprozesses;

das eigentliche Produktivkapital wird als stille Reserve eingesetzt*.

Die Tendenz zur Senkung der Profitrate äußert sich mit besonderer Intensität in Produktionszweigen, welche schon aus rein technischen Gründen eine überdurchschnittliche Zusammensetzung des Produktionskapitals aufweisen. Diese Produktionszweige absorbieren durch das Medium des kapitalistischen Kon-

* Wir führen 2 Bilanzen von führenden schweizerischen Großunternehmen an, aus denen deutlich das ökonomische Uebergewicht alter, gut fundierter Unternehmungen gegenüber Neugründungen entnommen werden kann:

Maschinenfabrik Oerlikon.
Gegründet 1876. Ursprünglich 8 Mill. Aktienkapital; 1917 auf 16 Mill. erhöht.
Bilanz vom 30. Juni 1926.

Aktiven:	Mill. Fr.	Passiven:	Mill. Fr.
Grundstücke, Straßen, Anlagen	0,3	Aktienkapital	16,00
Fabrikanlagen	1,0	Spezialreserve	0,5
Geschäftshaus Zürich	0,04	Obligationen	4,0
Wohlfahrtsbauten	0,04	Zinsen	0,17
Wohnkolonien	0,32	Unfallversicherung u. a. Fonds	2,52
Modelle, Patente etc.	Fr. 1.—	Anzahlung div. Kreditoren	13,39
Maschinen in Arbeit	2,42	Aktieneinzahlungsfonds	4,0
Montage	0,45	Kautionen	7,64
Vorräte	0,83	Gewinn	2,17
Kassa, Wechsel	0,07	Abschreibungen	1,16
Wertschriften	4,12	Dividende 1925 8 %, dazu auf 4 alte Aktien eine Gratisaktie.	
Beteiligungen	1,27		
Debitoren, Bankguthaben	35,3		
(davon Kautionen)	7,63		

Aluminium Industrie A.-G. Neuhausen. Gegründet 1888.
Bilanz vom 31. Dezember 1925.

Aktiven:	Mill. Fr.	Passiven:	Mill. Fr.
Anlagen	15,2	Aktienkapital	50,00
(Anlagekosten 72,5 Mill. Fr. von 1888—1925 abgeschrieben 57,3 Mill. Fr.)		Obligationen	6,77
		Reserven und a. Fonds	6,4
		Kredite	6,6
Beteiligungen	15,08	Pensionsfonds	1,1
(Anlagekosten 41,1 Mill. Fr. Abschreibungen 26,05 Mill.)		Rückstellung f. Steuern	1,06
		Amortisation	1,2
Kassa, Wechsel etc.	9,9	Gewinn	12,2
Wertschriften	23,8	Dividende 15 %.	
Fabrikate	4,9		
Rohmaterialien	6,68		
Debitoren	8,5		

kurrenzkampfes um die verschiedenen Anlagesphären wachsende Massen von Mehrwert aus Produktionszweigen unterdurchschnittlicher Zusammensetzung. Kapitalbewegung und Spekulation sind daher in den Produktionszweigen überdurchschnittlicher Zusammensetzung viel lebhafter, als in den Produktionszweigen unterdurchschnittlicher Zusammensetzung. «Attraktion und Repulsion von Kapital» lösen sich in steter Wechselwirkung ab.

Ein Ausgleich der Profitrate ist nur möglich durch dauernden Kapitalmangel (siehe auch § 22) in den Produktionszweigen überdurchschnittlicher Zusammensetzung. Diese Produktionszweige nehmen aber fortwährend Neuinvestitionen vor, da der technische Fortschritt gerade in diesen Produktionszweigen am lebhaftesten ist. Nirgendwo ist daher die Gefahr der Ueberspekulation größer als in der Schwerindustrie. Ist doch schon die Summe des zur Neuerrichtung eines Betriebes benötigten Anlagekapitals grösser als in allen anderen Produktionszweigen. Jede technische Verbesserung verspricht bedeutende Extraprofite, und entwertet gleichzeitig die alten Produktionsanlagen. Daneben lauert aber stets die Gefahr der Uebersättigung des Marktes durch allzu rasche Vergrößerung des Produktionsvolumens.

Schwankungen im gegenseitigen Verhältnis der Produktionszweige, Disproportionalitäten der Produktion sind die unvermeidliche Folge dieser Verhältnisse. Jene Krisentheorien, welche die Krise bloß durch die Disproportionalität der Produktion, die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses erklären wollen, übersehen aber die große Elastizität des kapitalistischen Produktionsprozesses. Kleinere Schwankungen der Produktionspreise werden durch Zu- oder Abfluß von Betriebskapital auf dem Kreditwege ausgeglichen.

Wie groß die Elastizität der kapitalistischen Produktion ist, lehrten die Kriegsjahre. In normalen Zeiten wird die Produktionskapazität der industriellen Betriebe nur zum Teil ausgenützt. Durch Vergrößerung der Belegschaft, wie auch durch Einführung des Schichtenbetriebes läßt sich in vielen Produktionszweigen die Produktion der Betriebe ohne Vergrößerung des Anlagekapitals wesentlich steigern. Kleinere Disproportionalitäten der Produktion führen immer wieder zum Ausgleich. Denn Disproportionalitäten der Produktion bedeuten Extraprofite auf der einen, unterdurchschnittliche Profite auf der anderen Seite. Der Bankkredit erleichtert den Ausgleich innert relativ kurzer Fristen.

Aufschwung und Konjunktur sind gebunden an die Ausdehnung des Marktes. Während der Depressionsperiode arbeitet der Produktionsapparat mit durchschnittlicher Kapazität. Die Unternehmer klagen über gedrückte Geschäftslage, weil sie höchstens Durchschnittsprofit, aber nicht Extraprofit realisieren. Die Börse bewegt sich in ruhigen Bahnen. Ueberschüssige Kapitalmassen fließen ins Ausland ab. Der Durchschnitt der Arbeiter ist angemessen beschäftigt. Der Absatz der Fertigindustrie ist gesichert, die Akkumulation der Produktionsmittelindustrie stockt.

Wenn auch die Depressionsperiode der Volkswirtschaft — als Ganzes betrachtet — als einfacher Reproduktionsprozeß* resp. als der Bevölkerungsvermehrung angepaßter Akkumulationsprozeß des gesellschaftlichen Gesamtkapitals aufgefaßt werden kann, vollziehen sich dennoch auch während der Depressionsperiode im Innern des Wirtschaftskörpers tiefgreifende Aenderungen. Selbst in Zeiten der Depression ist die individuelle Akkumulation nicht ausgeschaltet. Je länger die Depression anhält, umso größer wird die Zahl jener Betriebe, welche durch Kapitalmangel, zu hohe Gestehungskosten u. ä. mehr gezwungen werden, die Fabrikation einzustellen. Nur die besten, leistungsfähigsten Betriebe vermögen sich zu halten. Trotzdem sich das gesellschaftliche Produktionsvolumen nicht oder kaum vermehrt, steigt doch der Beschäftigungsgrad der rationeller arbeitenden Betriebe. Jene Unternehmungen, welche nicht vom Kapital zehren, überwinden nach und nach die Folgen der Krisis, steigern allmählich den Gewinn bis zum Durchschnittsprofit, indem sie sich auf Kosten ihrer Konkurrenten immer «größeren Raums des Marktes» bemächtigen.

---

* Es ließe sich die Frage aufwerfen, inwiefern die Beziehungen der nationalen Volkswirtschaften zur Weltwirtschaft diese Verhältnisse beeinflussen. Es ist ja eine unbestreitbare Tatsache, daß bisher die kapitalistische Klasse — als Ganzes genommen — selbst während der Depressionsperiode akkumuliert. Aber die Akkumulation des Kapitals erfolgt während der Depressionsperiode nicht in Form der Anlage neuer Betriebe zur Erweiterung des Umfanges der Produktion, sondern in Form des Kapitalexportes, des Kaufes von Staatsanleihen, oder der Schaffung von fiktivem Rentenkapital. (Jede Krise vermehrt Zahl und Umfang der Grundschulden und Hypotheken.) Unsere Auffassung der Depression als Zustand der einfachen Reproduktion ist demnach bloß als übersichtliche Fixierung der Verhältnisse des produktiv tätigen Wirtschaftsapparates aufzufassen.

Die Depression ist eine Periode wirtschaftlicher Stabilität. Sie bildet den Normalzustand der voll entwickelten kapitalistischen Wirtschaft. Die Verteilung des Arbeitsproduktes unter die Klassen der Gesellschaft ändert sich nicht. Es stabilisieren sich das Zins- und Renteneinkommen. Relativ niedrige Preise bedeuten erhöhte Kaufkraft der Rentenbezüger. Der Zinsfuß sinkt in der Depression auf die theoretische Rate oder darunter.

Während der Krise schnellt der Zinsfuß sprunghaft in die Höhe: Durch die allgemeine Entwertung des produktiven Kapitals verschiebt sich das Verhältnis des verfügbaren Leihkapitals zum Produktivkapital. Jener Teil des Leihkapitals, welcher fest im Produktionsprozeß investiert ist, wird mit in den Strudel der allgemeinen Entwertung einbezogen; umso gesuchter ist daher frei verfügbares Leihkapital. Durch den erhöhten Zinssatz wird der Anreiz zur Umwandlung von produktivem Kapital in Leihkapital vergrößert, so daß sich nach kurzer Zeit wieder das Gleichgewicht einstellt und der Zinsfuß auf seine theoretische Rate absinkt.

Fällt der Zinsfuß unter eine gewisse Grenze, so setzt der Kapitalexport ein. Billiges Geld wird gesucht von kapitalschwachen Ländern mit dementsprechend hohen Profiten und niedrigen Arbeitslöhnen. Der Kapitalexport allein schafft aber noch keine zusätzliche Kaufkraft. Nur zusätzliche Kaufkraft kann den Bann brechen, welcher die Wirtschaft auf dem depressiven Stadium festhält. Zwar entwickeln sich während der Depression alle jene Momente, welche den kommenden Aufschwung ermöglichen und erleichtern. Aber die Anregung zum Aufschwung selbst muß von außen kommen.

Im Rahmen geschlossener kapitalistischer Wirtschaft sind keine Elemente aufzufinden, welche den Uebergang von normaler zu angeregter Geschäftstätigkeit veranlassen könnten*. Denn (wie wir in der Besprechung des Akkumulationsprozesses erfuhren) Steigerung der Produktion identisch mit wachsender Akkumulation, ist — soll das Wertgesetz nicht durchbrochen werden — bloß möglich, wenn das produzierte Mehrprodukt an zusätzliche Käufer abgesetzt werden kann. An und für sich ist ja der Uebergang zur Akkumulation von der Grundlage gleichbleibender Reproduktion aus jederzeit möglich durch Einschränkung des Luxuskonsums der Kapitalistenklasse und entsprechende Erweiterung des Akkumulationsfonds. Dieser Uebergang setzt steigende Preise voraus, wodurch ökonomisch Extraprofite möglich werden. Während der Depression aber hat der Konkurrenzkampf eher die Tendenz, die Preise zu senken. Der Großunternehmer versucht nach dem Prinzip: Großer Umsatz, kleiner Nutzen, seine Produktion auf Kosten seiner kleineren Konkurrenten zu vergrößern. Ein allgemeines Anziehen der Preise kann daher bloß durch Erweiterung des Marktes ausgelöst werden.

Der kapitalistische Akkumulationsprozeß* kann sich nach zwei Richtungen hin entfalten: Einmal kann Akkumulation stattfinden, um ältere Produktionsmethoden durch neuere, bessere

** So sieht sich auch Lederer («Konjunktur und Krisen», Grundriß der Sozialökonomik IV) gezwungen, die Anregung zur Hochkonjunktur in zusätzlichem Kredit (S. 379) zu suchen. Lederer glaubt schließlich, es sei der Kredit selbst, welcher die Wellenbewegung des Wirtschaftslebens verursache. Worauf sich die Schwankungen des Kredites aber stützen sollen, vermag uns Lederer ebensowenig zu erklären, wie Schumpeter seine «Schwärme von Unternehmern», welche zur Zeit der Konjunktur auftreten sollen, verständlich machen kann. Lederers Begriff des zusätzlichen Kredits, d. h. eines Kredits, der nicht auf Grund von Ersparnissen gewährt werde und doch nicht inflationistischer Natur sei, ist eine Fiktion. Was Lederer als zusätzlichen Kredit bezeichnet, ist nichts anderes als Kapitalkredit, der durch Verkürzung der Umlaufszeit des Kapitals freigesetzt wird. Der primäre Anstoß zur Konjunktur kann daher nicht auf der Seite des Kredits gesucht werden. Die Krisentheorie kann die Konjunktur nicht durch zusätzliche Kredite erklären, weil diese Kredite erst möglich werden durch die Verkürzung der Umschlagszeit des Kapitals. Letztere aber ist nicht Ursache, sondern Folge des Aufschwunges. Kreditinflation als regelmäßige ökonomische Erscheinung ist eine Unmöglichkeit, denn damit wäre der wirtschaftliche Konjunkturablauf der Willkür der Unternehmer überantwortet. Einzig der Staat kann reelle zusätzliche Kaufkraft schaffen, weil die Inflation als indirekte Steuer wirkt. Behaupten, die Konjunktur erkläre sich durch Kreditinflation, würde bedeuten, der Kredit (Personalkredit) vermöge reale Werte zu schaffen. Mit a. W. der Bankier und Unternehmer wird reich, weil er über Personalkredit verfügt. Weshalb sich der Unternehmer da noch der Mühe der Produktion unterzieht, bleibt unerfindlich. Es sei denn, man stehe auf dem Standpunkt, die Spekulation schaffe Reichtum. Aber für die Spekulation gilt das allgemein gültige Gesetz: Was der eine gewinnt, hat ein anderer verloren. Spekulation schafft keine Neuwerte, sie verteilt bloß reale Werte nach den Regeln des Börsenspieles: Alles den Großen und wenig den Kleinen.

* Es ist wohl klar und braucht nicht besonders hervorgehoben zu werden, daß Akkumulation vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus betrachtet, einfach eine bestimmte Gliederung des Güterstromes, aber keineswegs eine Anhäufung von totem Sachgut bedeutet.

Produktionsmethoden zu ersetzen. Diese Art der Akkumulation vergrößert die Produktivität der Arbeit, erhöht die organische Zusammensetzung des Kapitals, senkt die Produktionskosten, wirft den Arbeiter auf die Straße. Andererseits kann Akkumulation auch einfache Ausweitung des produktiven Rahmens bedeuten ohne Aenderung der produktionstechnischen Grundlage. Neben den alten Betrieben werden neue Betriebe errichtet.

Die Akkumulation 1. Art ersetzt den veralteten Produktionsapparat durch moderne Maschinerie, vermehrt die Zahl der Arbeitslosen; die Akkumulation 2. Art setzt neben die bereits bestehenden Betriebe eines Produktionszweiges neue Betriebe derselben Art, reduziert die industrielle Reservearmee, verändert weder organische Zusammensetzung des Kapitals noch technische Ausgestaltung des Produktionsprozesses, vergrößert einzig entsprechend der Neuanlage von Kapital das Produktionsvolumen.

In der Depressionsperiode herrscht die Akkumulation 1. Art (produktive Akkumulation), während des Aufschwunges die Akkumulation 2. Art (soziale Akkumulation) vor. Anstoß zur Hochkonjunktur, wie krisenhafter Abbruch derselben sind auch aus diesem Grunde in den Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise zur wirtschaftlichen Umwelt zu suchen.

Für die geschlossene, kapitalistische Wirtschaftsorganisation ist entsprechend den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals der einfache Reproduktionsprozeß — die Depression, das normale Bewegungsgesetz. Konjunktur und Krise sind dynamische Uebergangserscheinungen, deren Dauer bei einmaligem Anstoß mit der durchschnittlichen gesellschaftlichen Umlaufszeit des konstanten Kapitals zusammenfällt.

Rückblickende historische Betrachtung lehrt, daß die ausgesprochenen Aufschwungsperioden meistens nicht länger als 3—4 Jahre dauerten, die Perioden der Depression manchmal nur wenige Jahre, manchmal bis 7 Jahre anhielten. Der Aufschwung bricht sich immer wieder an den spezifischen Schranken der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, am Verwertungsbedürfnis des Kapitals, an der Notwendigkeit der Realisierung des vermehrten Mehrwertes in Geldform, was gleichbedeutend ist mit der steten Reproduktion des Kapitalverhältnisses. Nur in der sozialistischen Gesellschaft, in einer Wirtschaftsordnung ohne privatrechtliche Hemmungen des Akkumulationsprozesses ist eine schrankenlose

Akkumulierung, eine ununterbrochene Erweiterung des Produktionsapparates bis an die gegebenen technischen Grenzen möglich.

Die primäre Erweiterung des Marktes kann der kapitalistischen Erschließung neuer Gebiete*, politischen Ereignissen**, großen Mineralfunden***, der Ausweitung des kapitalistischen Marktes durch Verdrängung der Produkte einfacher Warenproduzenten durch kapitalistische Massenartikel geschuldet sein. Die Ausweitung der Märkte ruft der Spekulation. Eine genaue Uebersicht über die Bedürfnisse des Marktes mangelt. Die kapitalistische Wirtschaft muß den Grad der Ausweitung des Marktes langsam abtasten. Dies gilt sowohl für die nationalen Märkte, wie für den Weltmarkt. Die Spekulation hat die Tendenz, den Aufschwung, sowie die Krise zu überspitzen. Die Spekulation lockt die berufsmäßigen Schwindler an, welche es verstehen, sich auf Kosten leichtgläubiger Mitläufer mühelose Spekulationsgewinne zu sichern. Durch die Krise wird der Umfang der Produktion reduziert, aber nicht auf das Ausgangsniveau der vorangehenden Depressionsperiode zurückgeworfen. Die Ausdehnung der Produktion erfolgt stufenweise****.

Förderung findet die spekulative Uebersteigerung der Hoch-

* Eisenbahnbauten in Kolonien.

** Z. B. Opiumkrieg mit nachfolgender zwangsweiser Oeffnung der chinesischen Häfen.

*** Goldfunde in Kalifornien, Transvaal und Australien, Entdeckung neuer Rohöllager.

**** Die Roheisengewinnung betrug (in 1000 Tonnen)

		Deutschland	Großbritanien	Frankreich	U. S of Amer.	
	1892	4 937	6 817	2 057	9 304	
	1897	6 881	8 938	2 484	9 808	
Krise	1901/1902	8 530	8 819	2 405	18 107	
	1903	10 018	9 078	2 841	18 298	Krise
	1904	10 058	8 833	2 974	16 762	
	1905	10 825	9 762	3 077	23 361	
	1906	12 293	10 347	3 314	25 713	
Krise	1907	12 825	10 277	3 590	26 195	
	1908	11 805	9 202	3 401	16 192	
	1909	12 645	9 685	3 574	26 210	
	1912	17 853	10 033	4 872	30 203	

Mittlere Belegschaft der Eisenhochofenbetriebe in Deutschland.
(Statistisches Jahrbuch des Deutschen Reiches.)

1885	22 783	1895	24 059	1900	34 743	1907	45 201
1890	24 846	1897	30 459	1902	32 399	1908	43 532
1892	24 325	1899	36 334	1905	38 456	1909	42 227

konjunktur durch zwei Momente: 1. die natürlichen Produktionsbedingungen der landwirtschaftlichen Massengüter; 2. eine aus dem Wesen der Aufschwungsperiode sich herausbildende Disproportionalität der Produktionszweige.

Ein bestimmtes Quantum Getreide verkörpert bei guter Ernte weniger Arbeitswert, als bei schlechter Ernte. Reiche Ernten senken den Preis landwirtschaftlicher Produkte, Mißernten steigern ihn*. Sinkende Preise bedeuten Einschränkung der Produktion, steigende Preise Ausdehnung des Anbaues.

Da sich aber die Veränderung der Anbauquoten erst in den nächstfolgenden Produktionsperioden bemerkbar machen kann, ist ein ständiges Schwanken der Großhandelspreise der wichtigsten landwirtschaftlichen Rohstoffe unvermeidlich.

Die Produktionsperiode landwirtschaftlicher Massenartikel erstreckt sich meistens über ein Jahr** oder über mehrere Jahre***. In jenem Zeitpunkte, da die landwirtschaftliche Produktion ihr vermehrtes Angebot auf den Markt wirft, hat sich vielleicht die Marktlage geändert, ist die Nachfrage zurückgegangen. Ein unverhältnismäßig schroffer Preissturz ist die Folge. So vermehrt die Urproduktion, solange mangels internationaler Regelung der Produktion**** eine Stabilisierung der Preise nicht möglich ist, dau-

* Ungarischer Weizen kostete in Wien (in Mark, je Tonne):

1903	149 Mk. (Ernte gut)	1907	190 Mk. (Ernte gering)
1904	175 Mk. (Ernte gering)	1908	222 Mk. (Ernte schlecht)
1905	168 Mk. (Ernte mittel)	1909	264 Mk. (Ernte schlecht)
1906	152 Mk. (Ernte gut)	1910	219 Mk. (Ernte mittel)

Baumwolle (Middling je 50 kg):

	1913	1920	1921	1922	1924	1925
New Orleans	73,92	228,51	79,98	98,55	199,5	114,26
Liverpool	83,09	262,72	87,15	110,17	203,81	118,97

** So bei den meisten Getreidearten (Weizen 164—300 Tage), Kartoffel, Leguminosen, Zuckerrüben, Zuckerrohr.

*** Palmen, Kaffee, Tee, Kakao, Kautschuk, Obstarten, Oliven.

**** Brasilien bringt ¾ der Welternte an Kaffee hervor. Da die Kaffeeernte starken Schwankungen unterworfen ist, hat Brasilien die Kaffeevalorisation eingeführt. Im Falle guter Ernten kauft die Regierung große Mengen von Kaffee an und hält sie zurück, bis Mißernten den Kaffeepreis steigern.

Auch die Produktion des Plantagenkautschuks, welche 1922 schon 94 % der gesamten Kautschukerzeugung umfaßte (1906 erst 1 %!), wurde von der englischen Regierung reguliert, da 70 % der Kautschukausfuhr aus Indien stammten. Es gelang aber der englischen Regierung nicht, die Konkurrenz des holländischen Plantagenkautschuks auszuschalten, sodaß der

ernd die Unsicherheit und Labilität der kapitalistischen Wirtschaftsordnung.

Wichtiger, als die Schwankungen der Preise der Ackerbauprodukte sind für die Ausbildung der Krise die Disproportionalitäten der Produktion, die während des Aufschwunges entstehen. Die Nachfrage nach Industrieprodukten ist stärkeren Schwankungen unterworfen, als die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Produkten. Letztere dienen der Befriedigung absolut lebensnotwendiger Bedürfnisse: Ihr Absatz ist daher stabiler und von Schwankungen der Marktlage unabhängiger, als der Absatz gewerblicher Erzeugnisse.

Tritt eine Verminderung der Kaufkraft ein, so wird davon in erster Linie der Absatz der gewerblichen Produkte betroffen, erst in letzter Linie wird auch der Konsum der Nahrungsmittel reduziert, geschehe dies durch den Uebergang von besseren zu schlechteren Qualitäten oder durch Einschränkung des absoluten Umfanges der Konsumation. Die industrielle Erzeugung ist daher stärker von der Lage des Weltmarktes abhängig, als die landwirtschaftliche Produktion. Auf der einen Seite können die Schwankungen der Rohstoffpreise die Berechnungen der Industriellen beeinträchtigen, auf der anderen Seite kann der Markt für die Fertigprodukte der Uebersättigung anheimfallen.

Allerdings unterliegen nicht alle industriellen und gewerblichen Produktionszweige den Einflüssen des Marktes in demselben Maße. Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals, je mehr das konstante Sachkapital gegenüber dem variablen Lohnkapital und im konstanten Kapital das fixe gegenüber dem zirkulierenden Kapital vorwiegt, umso schwerer läßt sich die Produktion

Anteil der englischen Produzenten an der Weltproduktion bis auf 50 % zurückging und ein starker Preissturz eintrat. Daher hob im Frühling 1928 die Regierung Baldwin die Ausfuhrkontingentierung für den Kautschuk auf, um die Gefahr der niederländisch-indischen und amerikanischen Konkurrenz zu bannen. Die Preisentwicklung war, nach einer Zusammenstellung im «Manchester Guardian» die folgende:

	Preis:			Exportquote:		
	Maximum	Minimum	Mittel	Maximum %	Minimum %	Mittel %
1925	4 s 8 d	1 s 4½ d	2 s 11 d	85	55	67
1926	3 s 10 d	1 s 5¾ d	1 s 11¾ d	100	80	95
1927	1 s 8½ d	1 s 3¾ d	1 s 6½ d	80	60	64

der Marktlage anpassen. Betriebe mit hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals erfahren durch Einschränkungen der Produktion eine relativ größere Belastung des Unkostenkontos als Betriebe, welche mit verhältnismäßig viel zirkulierendem Kapital arbeiten. Trotz der Produktionseinschränkung beanspruchen die großen Kapitalinvestierungen eine fortlaufende Verzinsung, während der Betrieb mit niederer organischer Zusammensetzung des Kapitals durch Entlassung von Arbeitern das Unkostenkonto ganz wesentlich entlasten kann. Daher äußert sich die Tendenz zur Ueberproduktion in der Schwerindustrie auch während der Krise: Um die Werke nicht still legen zu müssen und für die zu erwartende Konjunktur besser gerüstet zu sein, wird auf Lager gearbeitet.

Der Umschlag der Konjunktur erschüttert mit ganz besonderer Heftigkeit die Industrie. Wird die Landwirtschaft von krisenhafter Entwicklung erfaßt, so überdauern diese krisenhaften Erscheinungen meistens den Wechsel der Konjunktur, sei es, daß sie auf produktionstechnische Anpassung an Umwälzungen des Weltmarktes* zurückgehen, sei es, daß sie in Mißernten, Krankheiten oder überreichlichen Ernten begründet sind. Den Ausgangspunkt der kapitalistischen Krise bilden Verschiebungen des Marktes für Industrieprodukte. Die Wellenbewegung der Konjunktur zieht zur Hauptsache bloß die ausgesprochenen Industrieländer in Mitleidenschaft. Agrargebiete werden davon nur indirekt und insoweit betroffen, als ihre Produktion in den Kreislauf der industriellen Länder eingeht (Rohstoffgebiete der Industrieländer).

Immer wieder drängt der Konkurrenzkampf die Unternehmer dazu, den Absatz ihrer Produkte zu erweitern. In der geschlossenen kapitalistischen Wirtschaft wäre — abgesehen von der Akkumulation entsprechend der Bevölkerungsvermehrung — die Ausdehnung des Absatzes des einen Unternehmers gleichbedeutend mit dem Rückgang des Absatzes seiner Konkurrenten. Was der eine Unternehmer an Raum auf dem Markte gewänne, würden seine Konkurrenten einbüßen.

* Ein interessantes Beispiel bildet die Agrarkrise der Gegenwart, welche sowohl den Farmer der Vereinigten Staaten, als auch den schweizerischen, den russischen und chinesischen Bauern bedrückt. Die geringe Kaufkraft der Industriebevölkerung hemmt den Aufschwung der landwirtschaftlichen Produktion.

Anders liegen die Verhältnisse, wenn die kapitalistische Wirtschaft sich im Rahmen vorkapitalistischer Wirtschaftsorganisationen entwickelt. Da vermag sich der Expansionsdrang der kapitalistischen Wirtschaft voll auszuwirken, stößt doch die kapitalistische Wirtschaft auf Produktionsformen, welche im Konkurrenzkampf mit der technisch vorgeschrittenen kapitalistischen Wirtschaftsorganisation erliegen. Auch die vorkapitalistische Wirtschaft kennt die Akkumulation von Reichtum, die Anhäufung von Kaufkraft in fixierter Form. Ueberall dort, wo die kapitalistische Warenproduktion auf einfache Warenproduzenten trifft, kann sie diese verdrängen, kann sie jene Mengen von Kaufkraft freisetzen, welche notwendig sind, um den kapitalistischen Akkumulationsprozeß und damit die kapitalistische Konjunktur in Schwung zu bringen.

Weil Durchschnittsprofitrate und Arbeitsintensität sich in den einzelnen Ländern auf verschiedener Höhe stabilisieren können, verkörpert auch ein gewisses Quantum Produkt in dem einen Lande mehr Arbeitswert, als in einem anderen Lande. Wenn auch durch den Handel eines wirtschaftlich rückständigen Landes mit einem kapitalistisch entwickelten Lande das erstere an Gebrauchswerten gewinnen wird, indem es Produkte eintauschen kann, die auf anderem Wege nicht erhältlich sind, so wird doch das wirtschaftlich rückständige Land* vom kapitalistischen Handel ausgebeutet, denn das gleiche Quantum Gebrauchswert, das in wirtschaftlich rückständigen Gebieten z. B. 3 Arbeitsstunden wert ist, wird im kapitalreichen Lande z. B. schon in einer Stunde produktiver Arbeit erzeugt.

Der Handel mit vorkapitalistischen Warenproduzenten ist, sobald er die Landesgrenze überschreitet, sobald der Boden einer festgefügten Wirtschaftsorganisation verlassen wird, kein Austausch von Aequivalenten

* In einer Denkschrift zu Ehren des großen chinesischen Nationalführers Sun-Yat-Sen der Kuo-Min-Tang Partei (Sektion Deutschlands) wird die Lage des Bauernstandes wie folgt geschildert: «Durch die ungleichen Verträge haben die Imperialisten mit den sogenannten Privilegien den chinesischen Bauern ihre Nebenproduktion, wie Weberei, Hausspinnerei, Mühlen, Pflanzenölproduktion u. s. w. vernichtet, sodaß man in China fast nur noch ausländische Stoffe tragen kann und die Einfuhr nach China dadurch für gewöhnlich die Ausfuhr um 300 000 000 Taels (also 1 200 000 000 Mark) übersteigt. Das bedeutet eine indirekte Ausbeutung des chinesischen Bauern durch die imperialistischen Länder.»

m e h r*. Deshalb setzt der Exporthandel immer wieder jene zusätzliche Kaufkraft frei, die nötig ist, um den kapitalistischen Akkumulationsprozeß in Schwung zu bringen. Zwar ist auch in der geschlossenen kapitalistischen Wirtschaft Akkumulation möglich. Aber immer nur bis zu einer gewissen Grenze, indem durch bessere Ausnützung der Maschinerie, wissenschaftliche Betriebsführung u. ä. der Nutzeffekt der wirtschaftlichen Leistung gehoben wird. Dagegen hängt die kapitalistische Konjunktur von der Erweiterung des Umkreises der kapitalistischen Warenzirkulation ab.

Die Erweiterung der Warenzirkulation einmal vorgegeben — werde sie verursacht durch aktive oder passive Politik der Erschließung außerkapitalistischer Gebiete oder durch Anleihen, die den primitiven Reichtum der Naturvölker in kapitalistisches Privateigentum verwandeln oder durch Goldfunde, Kolonialkriege oder andere Einflüsse** — immer ist damit der wirtschaftliche Kreislauf vorgezeichnet.

Derart freigesetzte Kaufkraft wendet sich vornehmlich industriellen Erzeugnissen zu. Die Nachfrage nach Produkten der Produktivgüterindustrie oder gewissen Erzeugnissen der Konsumgüterindustrie nimmt zu; die Preise der betreffenden Produktionsgruppen ziehen an; die begünstigten Produktionszweige realisieren Extraprofite; anlagesuchendes Kapital fließt in die betreffenden Produktionszweige ab; neue Betriebe werden errichtet; der Bedarf an Rohstoffen vermehrt sich; die gute Geschäftslage greift auf benachbarte Produktionszweige über; die Konsumkraft der Massen hebt sich, weil die industrielle Reservearmee allmählich von der Industrie resorbiert wird, die Arbeitskräfte rar werden; die Konjunktur dehnt sich auch auf die Fertigindustrien des Massenkonsums aus; die Gewinnquote steigt, weil die Preise rascher steigen, als die Arbeiter durch Lohnkämpfe und Streiks die Löhne zu steigern vermögen; die Durchschnittsprofitrate erhöht sich stoßweise, weil nicht nur die Masse des produzierten Mehrwertes zunimmt, sondern auch die Umlaufszeit des Kapitals sinkt;

* Diesem Handel fehlt das wichtigste Merkmal der kapitalistischen Warenzirkulation, die freie Konkurrenz gleichartiger Konkurrenten.

** 1830 bis 1860 Erschließung Vorderindiens, Oeffnung von China und Japan für den Handel. 1876 bis 1890 Aufteilung von Afrika, Erschließung Südafrikas, Australiens (1890 bis 1900). 1900 bis 1913 wirtschaftliche Erschließung Chinas und der Türkei.

Akkumulation und akkumulierter Mehrwert wachsen in raschem Tempo.

Schließlich ist aber doch die Aufnahmefähigkeit des Marktes erschöpft. Neu errichtete Betriebe, welche mit den modernsten Produktionsmethoden arbeiten, werfen ihre Massenproduktion auf den Markt. Zwar können Fernhandel und Kredit für einige Zeit dem Unternehmer die Ueberfüllung des Marktes verschleiern. Zuletzt aber versagt der Kredit. Wachsender Zinsfuß, erhöhte Löhne, verlängerte Umschlagszeit des Kapitals — und das heißt sinkende Profitrate — führen den Umschlag herbei. Die stoßweise Ausweitung der Produktion weicht der Depression.

D a s G e s e t z d e s t e n d e n t i e l l e n F a l l e s d e r P r o f i t r a t e äußert sich gerade in den Produktionsmittelindustrien am schärfsten. Wenn es Kartellen und Syndikaten gelingt, die Preise auch während der Krise hochzuhalten, so macht sich für die betreffenden Produktionszweige die Krise nur in anderer Weise fühlbar. Es unterbleibt zwar der ruinöse überstürzte Preissturz, aber beträchtliche Betriebseinschränkungen sind unvermeidlich, weil die Aufträge abnehmen.

Gesteigerte Produktivität der Arbeit läßt die Krise leichter ertragen. In Ländern mit einem knappste Befriedigung der unmittelbaren Notdurft kaum übersteigendem Existenzminimum bedeutet wirtschaftliche Krise oft Hungersnot und oft den Hungertod.

Der U m s c h l a g der Hochkonjunktur in die Krise wird vorbereitet durch die Umgestaltung der Verhältnisse des Kapitalmarktes. Nicht nur die Arbeitslöhne ziehen an, auch der Zins für das Geld- und Leihkapital steigt, weil die vergrößerte Umschlagszeit des Kapitals die Nachfrage nach Betriebskapital vermehrt. Während die Krise meistens unvermittelt gleich einem Gewitter hereinbricht, sind Anzeichen beginnender wirtschaftlicher Spannung schon früher zu beobachten.

Ist die Konjunktur einmal in Schwung gekommen, so hält der wirtschaftliche Aufschwung auch dann noch an, wenn der zusätzliche Bedarf durch die gesteigerte Produktion bereits befriedigt worden ist. Denn der Aufschwung reißt nicht nur äußere Produktionsschranken nieder, er beseitigt auch innere Produktionshemmungen der kapitalistischen Wirtschaft. Die gesteigerte Kaufkraft der Massen erhöht den Absatz der Konsummittelindustrie; vermehrte Akkumulation der inländischen Fertigindustrie

und damit sekundär erweiterte Produktion der Produktivgüterindustrie sind die Folge.

Dieser zweite Abschnitt der konjunkturellen Bewegung bedingt allerdings eine gewisse Umstellung der Produktion der industriellen Gruppe I (Produktivgüterindustrie). Die Umstellung erfolgt meistens rasch und ohne innere Reibungen. Schließlich erschöpfen sich aber nicht nur auf dem Weltmarkte, sondern auch auf dem inneren nationalen Markte die Absatzmöglichkeiten der Produktivgüterindustrie. Es stellt sich ein gewisses Gleichgewicht zwischen Neuanlagen und Reparaturen ein.

Gleichzeitig verringert sich das Tempo der Akkumulation der Fertigindustrie, weil sich einerseits die Produktion der landwirtschaftlichen Rohstoffe nicht sofort vergrößern läßt, andererseits die Kaufkraft vorkapitalistischer Märkte zurückgeht. An und für sich wäre ja der Markt der Gesellschaft — vom Standpunkt des Gebrauchswertes aus gesehen — in unbeschränktem Maße aufnahmefähig; der kapitalistische Markt aber vermag bloß Waren umzusetzen, für welche ein Gegenwert in die Zirkulation geworfen werden kann.

Gemeinwirtschaftliche Regelung der Produktion bedeutet im Gegensatz dazu aufs höchste gesteigerte Produktion unter nachträglicher Verteilung der produzierten Güter: Je mehr produziert wurde, umso mehr kann verteilt werden. Die Steigerung der kapitalistischen Produktion ist erst nach Steigerung der Profitrate möglich: die Steigerung der Kaufkraft der Massen ist eine sekundäre Wirkung.

In der kapitalistischen Warenproduktion schieben sich derart viele Zwischenglieder zwischen Produktion und Konsum: Unternehmer, Kaufmann, Detailhändler, Grundrentner, Leihkapitalist, daß die Deckung des sozialen Bedarfs empfindlich gestört wird. Auf kapitalistischer Basis wird das Produktionsrisiko künstlich gesteigert. Jede Gründung eines neuen Betriebes wird zu einem Lotteriespiel, dessen Risiko nur durch sachgemäße, intuitive Erfassung der Produktions- und Marktverhältnisse verringert werden kann.

Wenn der Liberalismus den Profit mit dem Hinweis auf das Risiko des Unternehmers begründet und verteidigt, so ist das ein Zirkelschluß. Sicherlich verlangt die Tätigkeit des Unternehmers oft sehr viel Mut, Energie und Rücksichtslosigkeit, wobei oft weniger die fachliche Tüchtigkeit des betreffenden Kapitalisten ausschlaggebend ist, als eine gute Dosis Glück und Brutalität. Bei gemeinwirtschaftlicher Regelung der Produktion reduziert sich aber das Problem der Bedarfsdeckung auf die bewußte Verteilung der Produktivkräfte der Gesellschaft auf die verschiedenen Produktionszweige. Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Wirtschaft beruht auf den gleichen Grundsätzen, die die Regelung der produktionstechnischen Verhältnisse innerhalb der einzelnen großkapitalistischen Unternehmung bestimmen. Je mehr die moderne Entwicklung dazu zwingt, Klein-, Mittel- und Großbetriebe in riesigen Interessengemeinschaften, Trusts und Kartellen zusammenzufassen, umso schärfer prägt sich die Tendenz aus, den Fachmann, den Spezialisten seines Unternehmercharakters zu entkleiden. Das Schicksal eines einzelnen Betriebes der Interessengemeinschaft A.-G. der deutschen Farbenindustrie ist nicht mehr abhängig von der kaufmännischen Tüchtigkeit des Besitzers. Der Betriebsleiter ist nur mehr ausführendes Organ des großen Zentralkonzerns. Seine Produktionsaufgaben werden ihm von einer zentralen Stelle aus zugewiesen. Er wird Beamter. Sein Aufstieg ist an die reibungslose Betriebsführung geknüpft. Mit dem Markte kommt er nicht in direkte Berührung. Es ist die fachliche Tüchtigkeit, die über die Stellung des Betriebsleiters im großen Industriekonzern entscheidet.

Was den Siegeszug der Kartelle, Trusts und Syndikate so unwiderstehlich macht, ist neben der Wucht des Großkapitals das Prinzip der gemeinwirtschaftlichen Regelung* der Produktion. Je größeren Umfang derartige Unternehmungen annehmen, umso schwerer wird es für die Leitung, ihre Produktionspolitik nur nach rein privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten zu orientieren. Solche Unternehmungen werden zu einem derart bestimmenden Faktor der Volkswirtschaft, daß eine rücksichtslose Ausbeutung der privatrechtlichen Monopolstellung innert kürzester Frist zu den schärfsten Kollisionen mit den Interessen der nationalen Volkswirtschaft führen müßte. Die Entwicklung des Kapitalismus schaltet immer mehr das Risiko als belebendes Prinzip aus dem

* Mit resigniertem Pessimismus wurde an der Zürcher Tagung des Vereins für Sozialpolitik (1928) festgestellt, offenbar sei die gebundene Wirtschaft vorteilhafter als die freie Wirtschaft, da sie sich trotz aller Mängel immer mehr durchsetze!

wirtschaftlichen Leben aus und untergräbt so immer offensichtlicher die realen Stützen der liberalen Ideologie.

Aehnliche Verhältnisse, wie in den wirtschaftlichen Beziehungen der einzelnen Unternehmungen zueinander, herrschen in den außenpolitischen Beziehungen der modernen Nationalstaaten. Ebenso wie der Konkurrenzkampf der kapitalistischen Wirtschaft die Einzelunternehmung mit dem Risiko des geschäftlichen Zusammenbruches belastet, Reklame, und andere Zirkulationskosten als Mittel zur «Verbilligung» der Ware erscheinen können, werden die Volkswirtschaften aller Staaten und Nationen durch den Rüstungswahnsinn und die Schutzzollpolitik an der freien Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens gehindert. Solange die gesellschaftliche Organisation noch nicht den Nationalstaat geschaffen hatte, wurde ein beträchtlicher Teil der gesellschaftlichen Kräfte in Zollschikanen, Handelskonflikten, Raubzügen, Rechtsstreitigkeiten, Fehden und kriegerischen Verwicklungen vergeudet, bis endlich der geschlossene Rahmen des Nationalstaates die gesellschaftlichen Kräfte zusammenfaßte und in höhere Ziele einspannte.

Aber nun wiederholt sich auf erweiterter Stufenleiter der nämliche Vorgang. Zunächst herrscht zwischen den Nationalstaaten ein wilder, regelloser, von keinem Gesetz gebändigter Machtkampf, der schließlich im Zusammenbruch des Weltkrieges endet, fast $^1/_3$ des gesamten akkumulierten Reichtums der Welt vernichtet, die kriegführenden Staaten in ihrer Entwicklung um Jahrzehnte zurückwirft, bis allmählich aus dem Chaos der zwischenstaatlichen Beziehungen sich in Form des Völkerbundes Gesetz und Recht, wenn auch zunächst nur in bescheidener Form, durchzusetzen beginnen.

Nur eine Klasse, welche die breite Masse des Volkes selbst vertritt, vermag mit der Abrüstung wirklich Ernst zu machen, wird den entschlossenen Willen aufbringen können, radikal mit jener Ideologie aufzuräumen, welche die «nationale Verteidigung» mit der «Aufrüstung» der «Anderen» begründet. Wir müssen uns daher hüten, den Sozialismus als ein langsames Hineinwachsen der neuen in die alte Gesellschaft aufzufassen: Der Sozialismus ist bloß möglich als revolutionärer Schritt, als eine grundsätzliche Abkehr vom Profitsystem, als eine innere Umgestaltung der Rechtsbeziehungen der einfachen, individualistisch geregelten Warenzirkulation in Rechtssätze der sozialrechtlich orientierten Gemeinwirtschaft.

Die kapitalistische Konjunktur bricht sich immer wieder an der immanenten Schranke des kapitalistischen Akkumulationsprozesses: Daß auf kapitalistischer Basis nur dann akkumuliert werden kann, wenn für die vermehrte Produktion von Wert und Mehrwert zahlungsfähige Kundschaft aufzutreiben ist, wenn Wert gegen Wert getauscht werden kann, der Markt sich der Wertsumme nach stetig erweitern läßt. Ist diese Bedingung nicht erfüllt, so reduziert der Mechanismus des kapitalistischen Zirkulationsprozesses den Wert der produzierten Gebrauchsgütermasse immer wieder auf das den Verwertungsbedingungen des Kapitals entsprechende Wertmaß. Die Steigerung der Produktivität der Arbeit, welche sich in der Vermehrung der Produktmasse, in der Vergrößerung der Menge der erzeugten Gebrauchsgüter äußert, setzt sich nur in widerspruchsvoller Form durch den Umschlag der Konjunktur in die Krise durch.

In dem Momente, in welchem in der industriellen Gruppe der Produktionsmittelindustrie der Absatz zu stocken beginnt, weil die Akkumulationsfähigkeit der Fertigindustrie sich verringert (es ist hier zu beachten, daß auch das Verkehrswesen zur Fertigindustrie gehört), die projektierten Neuanlagen erstellt sind, der Markt der Produktionsmittel mehr und mehr auf den Ersatz vernutzter Maschinerie und Reparaturen zusammenschrumpft, beginnt sich die Umschlagsperiode des Kapitals der Industriegruppe I (hier als Produktionsmittelindustrie zu verstehen) zu vergrößern.

Da die Produktionsmittelindustrie bestrebt ist, die Produktionskapazität ihrer Betriebe tunlichst auszunützen, weil Betriebseinschränkungen — wie schon bemerkt wurde — die Profitrate rasch senken, werden immer größere Summen von Betriebskapital auf dem Kreditwege beschafft. Entsprechend der vermehrten Umlaufszeit des Kapitals erfordert der Betrieb größere zuschüssige Kapitalmassen. In den Lagern des Kaufmannkapitals beginnen sich die Waren zu stauen, lange bevor der industrielle Unternehmer auf Lager zu arbeiten beginnt. Mit Hilfe des Kredits wird eine gewisse Zeitspanne der reibungslose Fortgang der Industriegruppe I gesichert, trotzdem der Markt für Produktionsmittel bereits mit Wa-

ren überzogen ist. Anspannung des Kredits ist gleichbedeutend mit steigendem Zinsfuß. Dieser steigt, weil 1. zuschüssiges Kapital gebunden wird, und 2. weil das Risiko des Leihkapitalisten zunimmt, die Nachfrage nach Anlagekapital immer stürmischer wird. Die Bankgewinne steigen. Steigender Zinsfuß ist identisch mit sinkendem Unternehmergewinn. Weil gleichzeitig auch die Arbeitslöhne steigen, welche Erhöhung die Gewerkschaften gerade in Zeiten des Aufschwunges in oft außerordentlich scharf geführten Kämpfen zu erringen wissen, müssen schließlich die Profite der industriellen Gruppe I stark reduziert werden. Es schwinden die Extraprofite, die Kapitalzufuhr stockt. Die Gläubiger beginnen ihre Kredite zu reduzieren, sie versuchen ihre Kapitalien zurückzuziehen, um sie in anderen Produktionszweigen anzulegen. Damit ist aber auch schon die K r i s e da. Diese setzt in dem Augenblick ein, da die zuschüssigen Kapitalien aus der Produktivgüterindustrie in die Fertigindustrie zurückzuströmen beginnen, weil die Profitrate der Produktivgüterindustrie sich gesenkt hat. Aber die hohe organische Zusammensetzung der Produktionsmittelindustrie erschwert den Abfluß von Kapital. Ein Teil der Betriebskredite ist in Anlagen fixiert worden, die nicht sofort in bares Geld umgewandelt werden können. Die Unternehmer versuchen daher, ihre Warenlager zu leeren um den Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können. Damit wird der industrielle und kommerzielle Kredit erschüttert. Die Nachfrage nach Geldkapital wird brennend; die Waren überschwemmen den Markt; die Preise fallen; die Aufträge gehen zurück; der Sturz der schwächeren Häuser reißt auch stärkere Häuser mit in den Zusammenbruch; Kredit- und Geldkrise schlagen in die Produktionskrise um. Die Krise wird durch den Fall der Profitrate ausgelöst.

Konjunktur wie Krise entstehen aus dem latenten Expansionsbedürfnis des Kapitals. Die im Laufe der Aufschwungsperiode auftretende übermäßige Erweiterung der Industriegruppe I ist die Folge, aber nicht die Ursache der Erweiterung der Warenzirkulation. Dasselbe gilt für den Zusammenbruch. E n t s c h e i d e n d i s t n i c h t die D i s p r o p o r t i o n a l i t ä t der Produktion, sondern die S ä t t i g u n g des Kreises der W a r e n z i r k u l a t i o n mit kapitalistisch produzierten Waren. Nur deshalb tritt überhaupt eine D i s p r o p o r t i o n a l i t ä t zwischen Industriegruppe I und Industriegruppe II auf, werden zu viele

Produktionsmittel produziert, welche vom Markte nicht mehr absorbiert werden können*.

Die Krise bricht immer in jenen Industriegruppen aus, welche die kapitalistische Warenzirkulation beherrschen. Auf der

* Hilferding meint zum Krisenproblem:

«Da die Krisen in ihrer periodischen Aufeinanderfolge Produkt der kapitalistischen Gesellschaft sind, so muß ihre Ursache im Kapitalcharakter gelegen sein . . . Wäre die Konsumation beliebig ausdehnbar, so wäre Ueberproduktion nicht möglich. Aber unter kapitalistischen Verhältnissen bedeutet Ausdehnung der Konsumation Verminderung der Profitrate. Denn Ausdehnung der Konsumation der breiten Masse ist gebunden an die Steigerung des Arbeitslohnes . . . Die Verwertungsbedingungen rebellieren gegen die Konsumtionserweiterung, und da sie die entscheidenden sind, steigert sich der Widerspruch bis zur Krise. Aber deshalb ist die enge Basis der Konsumtion doch eben nur eine allgemeine Bedingung der Krise, die aus der Konstatierung der «Unterkonsumtion» durchaus nicht erklärt wird. Am wenigsten ist daraus der periodische Charakter der Krise zu erklären . .» («Finanzkapital» S. 301).

«Die periodische Krise ist dem Kapitalismus eigentümlich, sie kann also nur abgeleitet werden aus besonderen kapitalistischen Eigentümlichkeiten» l. c. Seite 303).

«Die Krise bedeutet nichts anderes, als den Moment, wo das Sinken der Profitrate eintritt» (l. c. S. 319).

«Jeder industrielle Zyklus beginnt mit einer Ausdehnung der Produktion, deren Gründe je nach den konkreten historischen Momenten im einzelnen variieren, im allgemeinen aber sich auf Eröffnung neuer Märkte, Entstehen neuer Produktionszweige, Einführung neuer Technik, steigenden Bedarf infolge Bevölkerungsvermehrung zurückführen lassen» (l. c. S. 319/320).

«So bedeutet die industrielle Prosperität nichts anderes, als Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals» (l. c. S. 322).

«Die Krise tritt nun in dem Augenblick ein, wo sich die zuletzt beschriebenen Tendenzen der sinkenden Profitrate [Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals, Vergrößerung der Umschlagszeit des Kapitals, Steigerung der Löhne, Vermehrung der Gewinne der Banken!] durchsetzen gegenüber den Tendenzen, die infolge der gestiegenen Nachfrage Steigen der Preise und des Profits bewirkt haben» (l. c. S. 323).

«So viel ist klar: wäre die Preissteigerung während der Prosperität allgemein und gleichmäßig, bliebe sie rein nominell» (l. c. S. 324). Damit erledigen sich alle Versuche, die Krisen durch Einführung einer Indexwährung oder mit Hilfe von Freigeld zu «überwinden».

«Je entwickelter die kapitalistische Produktion . . . desto größer die relative Ueberproduktion von Maschinerie und anderem fixen Kapital und desto häufiger die relative Unterproduktion der pflanzlichen und tierischen Rohstoffe, desto markierter das vorher beschriebene Steigen ihrer Preise und der diesem entsprechende Rückschlag» (l. c. S. 329).

«So verhüllt der Kredit die beginnende Disproportionalität» (l. c. S. 333).

Stufe des Industriekapitalismus ist dies die Textilindustrie. Durch die Entwicklung zum Finanzkapitalismus verschiebt sich das wirtschaftliche Schwergewicht der Industriestaaten von der Textilindustrie zur Hütten- und Schwerindustrie, wird der Absatz der schwerindustriellen Großindustrie zum Maßstab der Konjunktur.

In der Krise überbordet die Anarchie des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Jeder versucht zu retten, was zu retten ist. Gleich einem verheerenden Feuer frißt die Panik um sich. Die Gläubiger drängen, soferne die Leihverträge dies erlauben, auf sofortige Realisierung ihrer Forderungen; alle kurzfristigen Kredite werden gekündigt oder sind von der Gefahr der Kündigung bedroht; der schroffe unvermittelte Preisfall reduziert das Betriebskapital der mit Waren überlagerten Unternehmungen auf einen Bruchteil des Bedarfes; Kredit- und Spekulationsschwindeleien erschweren die Situation, indem auch gut fundierte Unternehmungen dadurch in Mitleidenschaft gezogen werden können; während die Verkäufer ihre Ware um jeden Preis loszuschlagen versuchen, halten die Käufer mit der Nachfrage zurück.

Durch kluge Kreditpolitik der Zentralbank und energische sozialpolitische Maßnahmen, wie produktive Arbeitslosenfürsorge, muß der Staat lindernd auf die Krise einwirken. Wenn dadurch auch nicht der Ueberproduktion gesteuert werden kann, so kann er doch durch die Gewährung zusätzlicher Geldkredite die gefährlichsten Spannungen des Geld- und Kapitalmarktes lösen, kann die Arbeitslosenfürsorge die bitterste Not der Arbeitslosen verringern.

Allmählich gleitet die Krise in die Periode der Stockung über. Jene Unternehmungen, welche dem ersten Ansturm nicht erlegen sind, konsolidieren sich oder werden einer Sanierungsaktion unterworfen. In der Krise rebellieren die Verwertungsbedingungen des Kapitals gegen die gesteigerte Produktivkraft der Arbeit: Daher ist die Krise stets von einer bedeutenden Kapitalentwertung begleitet.

Die Krise bedeutet eine wesentliche Schädigung des Wirtschaftskörpers. Zunächst werden die Eigentums- und Kapitaltitel entwertet und jene Kapitalwerte, die in Form von Warenkapital aufgestapelt sind. Wenn diese Entwertung sich gleichmäßig über alle Warenarten erstrecken würde, könnten sie die Verwertungsbedingungen des Kapitals nicht beeinflussen. Denn ein allgemeiner, gleichmäßiger Preisfall ließe die Käufer gerade so viel gewinnen, als sie als Verkäufer verlieren würden.

Der Fall der Warenpreise berührt die Lage der einzelnen Unternehmungen doppelt: Einmal wird der eine Produktionszweig vom Preisfall stärker befallen als andere Produktionszweige, dann schädigt der Preisfall vor allem Unternehmen, welche mit Leihkapital arbeiten oder nur geringe eigene Betriebsmittel besitzen. Deren Schuldenlast wächst wertmäßig direkt proportional dem Fall der Preise. Zudem ist zu berücksichtigen, daß die individuelle Profitrate der Betriebe eines bestimmten Produktionszweiges innerhalb weiter Grenzen schwanken kann. So tangiert die Krise die einen Unternehmungen stärker als die andern.

Erst sekundär schlägt die Krise auch in direkte Substanzvernichtung um: Das produktive Kapital unrentabel gewordener Betriebe verlottert; die unverkäuflich lagernden Waren erfordern zusätzliche Kosten; die erwerbslosen Arbeiterschichten müssen ihren Sparpfennig angreifen oder von der Oeffentlichkeit unterstützt werden und last not least vergrößern die Sanierungs- und Liquidationsoperationen in Form von Rechtskosten (faux frais!) den Kapitalverlust um beträchtliche Summen.

Am auffälligsten äußert sich die Krise im Wechsel der Kaufkraft des Geldes. Fallende Preise erhöhen die Kaufkraft der Rentner und Fixbesoldeten, benachteiligen aber den Arbeiter, weil sein Nominallohn noch rascher sinkt, als die Kaufkraft des Geldes steigt. Sinkt der Reallohn der Arbeiter der Produktionsmittelindustrie, so werden von diesem Lohnfall auch die Arbeiter der Industriegruppe II betroffen*.

In entgegengesetzter Richtung wirkt der Preisfall auf das Rentnerkapital. Entsprachen z. B. während der Hochkonjunktur 50 Franken Zins einer mündelsicheren Obligation dem Verkaufswert von ½ Tonne Steinkohle, so nach Ausbruch der Krise vielleicht dem Verkaufswert von ³/₄—1 Tonne.

---

* Arbeitslöhne von Landarbeitern in den U. S. A.:
(Monatsverdienst, Gewogener Durchschnitt mit und ohne Verpflegung)

1914	24,22 $	1921	35,77 $
1917	33,42 $	1922	34,91 $
1920	57,01 $	1924	40,81 $

Während der Krise sinkt der Unternehmergewinn, steigt der relative Anteil des zinstragenden Kapitals am Mehrwert: Die Krise bevorzugt die Funktion des Eigentümers gegenüber der Funktion des Besitzers. Zudem ist die Gesetzgebung aller Staaten bemüht, den Rentner gegenüber dem Unternehmer zu begünstigen; eine der vielen Konzessionen, welche die Politik der Großbourgeoisie dem Eigentumssinn des Kleinbürgertums machen mußte, so sehr auch diese Konzession produktionshemmend wirken kann. Obligationen und Hypotheken, überhaupt festverzinsliche Werte genießen speziellen Rechtsschutz (Privilegierung im Falle des Konkurses und a. m.).

Trotzdem wird mitunter auch das Rentnerkapital schwer mitgenommen. Nicht in seiner Gesamtheit. Aber jeder Zusammenbruch eines großkapitalistischen Unternehmens, einer Industriegesellschaft oder einer Bank zieht den teilweisen oder gänzlichen Verlust des darin angelegten Leih- und Sparkapitals nach sich*. Die Obligationäre sind gezwungen, der Reduktion ihrer Ansprüche zuzustimmen, die Umwandlung der Obligationen in Prioritätsaktien gutzuheißen oder sich mit einer Konkursdividende von wenigen Prozent zu begnügen. Kommt es zum Konkurs, so können die Gebäulichkeiten nur weit unter dem Kostenwert abgestoßen werden; wird das Unternehmen «saniert»**, so muß sich das Anlagekapital starke Abstriche gefallen lassen.

* Dabei vermag sich der Großaktionär leichter vor Verlusten zu sichern, als der kleine Rentner. Letzterer besitzt nur wenige Wertpapiere; ersterer verteilt seine Anlagen auf eine Mehrzahl von Unternehmen, wodurch das Risiko der einzelnen Anlage wesentlich abnimmt.

** Als Bilanz eines «sanierten» Unternehmens führen wir an: Chocolat Tobler, Holding Co. A.-G., Schaffhausen 1921.

Aktiven:	Mill. Fr.	Passiven:	Mill. Fr.
Wechsel	5,92	Aktienkapital (2 Mill. Prioritätsaktien, 7,2 Mill. Stammaktien).	9,2
Bank	0,04		
Wertschriften	1,28		
Beteiligung	6,50	Reservefonds	1,42
Alliierte Unternehmung	4,67	Hypotheken	0,49
Liegenschaft	3,84	Obligationen 5 %	5,00
Masch. Utensilien	0,61	Obligationen 7 %	4,00
Außerordentliche Abschreibungen 2,23 Mill. Fr. (Reservefonds u. Gewinn!)		Kreditoren	0,28
		Marchzinse	0,15
		Akzepte	1,04
		Stiftung Hilfsfonds	0,37
		Gewinn	0.80

Nach und nach wird durch die Summe aller Zusammenbrüche das gesellschaftliche, in Rechts- und Eigentumstiteln verkörperte Kapital auf das den normalen Verwertungsbedingungen des Kapitals entsprechende Maß reduziert. Die wirtschaftliche Bewegung ist in das Stadium der Depression übergetreten. Die niedrigen Löhne, die verringerte Masse des fiktiven Rentnerkapitals erlauben den finanziell kräftigeren Unternehmungen den Kampf um den Markt wieder mit wirtschaftlichem Erfolg aufzunehmen. Unternehmergewinn und Durchschnittsprofitrate erreichen die normale Höhe. Der Zinsfuß sinkt auf seine theoretische Rate. Die Mehrwertaneignung hat sich erneut auf kapitalistischer Basis reproduziert. Der Kreislauf ist geschlossen. Ohne Anstoß von aussen müßte der Konkurrenzkampf des Kapitals den Reproduktionsprozeß auf langsam sich erweiternder Stufenleiter in d e p r e s s i v e r Form weiterentwickeln: Mühsam schaltet die Reklame, der Massenabsatz, den technisch rückständigen Kleinbetrieb zu Gunsten des technisch vorgeschrittenen Großbetriebes aus. Betriebe, die Extraprofite realisieren, dehnen sich allmählich aus auf Kosten von Betrieben mit unterdurchschnittlichem Profit. Die Rationalisierung der Produktion wirft immer neue Arbeiterscharen auf die Straße, sodaß der Arbeitslohn nie wesentlich das Existenzminimum überschreiten kann: Es ist das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der 80er und 90er Jahre des vorigen Jahrhunderts und der Nachkriegszeit, das wir damit gezeichnet haben.

Die D a u e r des konjunkturellen Aufschwunges wechselt. Ebenso die Spannweite der depressiven Zwischenstadien. Jevons vermeinte, die Krisencyklen in etwas mystischen Gedankengängen mit den Perioden der Sonnenflecken in Verbindung bringen zu können. Eine Idee von entzückender Naivität.

Die annähernde Konstanz der Dauer der Konjunkturperioden* ist wohl nicht zufälliger Natur. Die Umschlagszeit des industriellen Kapitals der Industriegruppe I beträgt 3—4 Jahre: Die

* Die Dauer des industriellen Kreislaufes schwankt seit 1819 zwischen 6 und 11 Jahren, im Durchschnitt beträgt sie 9—10 Jahre [Ausnahmen: 6 Jahre 1819/25; 1867/73 (Deutsch-französischer Krieg!); 1902/07]. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts reduzierten sich die Perioden des Aufschwunges auf 2—3 Jahre, zu Beginn des 20. Jahrhunderts dehnten sie sich auf 4—6 Jahre aus (Erschließung von Japan, China, Südamerika, Südafrika!). Besonders langdauernde Depressionsperioden werden von 1873 bis 1894 und in der Nachkriegszeit beobachtet.

Errichtung von Betrieben der Schwerindustrie beansprucht 1—2 Jahre Bauzeit, die Umschlagszeit des überseeischen Handelskapitals ist auf ca. ein Jahr zu veranschlagen, sodaß die wirtschaftlichen Rückwirkungen der Sättigung des Weltmarktes sich jeweils spätestens nach ca. 3—4 Jahren bemerkbar machen müssen.

Die kapitalistische Krise ist weder durch die Unterkonsumation der Massen, noch die Ueberproduktion und die Disproportionalität der Produktion allein zu erklären. Sie kann nur aus den allgemeinen Tendenzen der kapitalistischen Wirtschaft, aus den abstrakten Gesetzen der kapitalistischen Konkurrenz, aber nicht aus den technischen Verhältnissen der Produktion abgeleitet werden*. Die Krise legt, wie kaum eine zweite Erscheinung, den widerspruchsvollen Charakter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bloß. Daher ist auch die Krisentheorie das Zentralproblem und der Prüfstein der nationalökonomischen Theorie.

§ 19. Der Frühkapitalismus.

Trotzdem sich im Laufe der geschichtlichen Entwicklung kein einziges Ereignis exakt in derselben Weise wiederholt, so muß doch jedes Land, sobald es vom Strudel kapitalistischer Entwicklung mitgerissen wird, in großen Zügen die Entwicklung vom Früh- zum Industrie- und Finanzkapitalismus mit all den entsprechenden Folgeerscheinungen durchmachen.

So interessant und lehrreich auch ein Abriß der wirtschaftsgeschichtlichen Entwicklung der Menschheit wäre, so müssen wir doch aus Raummangel darauf verzichten**. Wir beginnen dort, wo Kapitalismus und kapitalistische Produktionsweise ihren Ausgangspunkt genommen: Bei der Beschreibung der feudalen Gesellschaft des Mittelalters. Daß ihrerseits die mittelalterliche Wirtschaft das Produkt einer langen historischen Entwicklung ist, dürfen wir als bekannt voraussetzen*.

Während die ökonomische Grundlage der antiken Großstadt** die Tribute der unterworfenen und ausgeplünderten Völker bildeten und die Sklavenarbeit der Aristokratie den Lebensunterhalt verschaffte, baute sich die mittelalterliche Stadt auf der Arbeitsteilung von Landwirtschaft und Gewerbe auf. Wie Kautsky betont, sind die Bedingungen für die Entwicklung der Gewerbe in Mitteleuropa überhaupt bessere, als im Mittelmeergebiete. Schon allein das Klima zwingt den Menschen, größere Ansprüche an Kleidung und Behausung zu stellen. Das selbständige a n t i k e G e w e r b e ist meistens Luxusgewerbe. Allgemein notwendige Gebrauchsgüter wurden durch die Eigenproduktion der Latifundien- oder Bauernwirtschaft produziert. Das mitteleuropäische Gewerbe befriedigt auch Bedürfnisse des Massenkonsums. Dies trifft einmal zu für das Baugewerbe, sodann für die Herstellung von Bekleidungsstoffen. Der Bergbau nimmt sowohl in der Antike, wie auch im Mittelalter eine Sonderstellung ein, da er an spezielle örtliche und technische Bedingungen gebunden ist.

Mit der Verfeinerung der Produktionsmethoden, der Ausweitung des geographischen Blickfeldes, der Verbesserung der Ver-

* Prof. Dr. Ernst Wagemann, der Direktor des deutschen statistischen Amtes, vertritt in seiner soeben erschienenen Konjunkturlehre (1. Auflage 1928) den Standpunkt: «Statt in dem zeitlichen Moment der Strukturumbildungen, könnte die Verursachung (der Krise) auch in dem räumlichen Moment des Strukturgegensatzes verschiedener Wirtschaftsverfassungen liegen». Wagemanns Gedanken konkretisieren sich in der Annahme eines Gefälles der Weltwirtschaft (Wanderungsgefälle, Kapitalexport), eine Annnahme, die in der Richtung der von uns vertretenen Krisentheorie weist. Wagemann's Ausführungen, welche wir erst nach Niederschrift unserer Arbeit kennen lernten, bilden so eine wichtige Stütze unserer Auffassung.

** Wer sich eingehender mit diesen Problemen befassen will, sei verwiesen auf K. Kautsky: «Die materialistische Geschichtsauffassung», und Cunow: «Wirtschaftsgeschichte».

* In der Entstehung, der Entwicklung und dem Verfall der verschiedenen babylonischen, assyrischen, persischen, ägyptischen, griechischen Kulturen, wie auch dem Verfall des römischen Staates, läßt sich eine mehr oder weniger stetig aufsteigende Linie der fortschreitenden Zivilisierung verfolgen. Auch die Völkerwanderung vermochte diesen Prozeß nicht zu unterbrechen. Im Gegenteil. Indem sich die historische Mission des römischen Reiches in der Ausbreitung antiker Wirtschaftsform über den gesamten Umkreis der damals bekannten abendländischen Welt erschöpfte, schuf der Uebergang zum Feudalstaat des Mittelalters der freien Arbeit in der Stadt eine Freistätte. Rein äußerlich betrachtet, bedeutet die Völkerwanderung den Zusammenbruch des römischen Imperiums. In Wirklichkeit aber brach der römische Staat nur deshalb auseinander, weil die Provinz sich immer mehr gegenüber der Zentralgewalt sowohl politisch, als auch wirtschaftlich selbständig zu machen wußte. Nach der Völkerwanderung wurden Frankreich, Deutschland, England geschichtlicher Boden: Dem Abbau der Spitzenleistungen der römischen Kultur entsprach jene Verbreiterung und Vertiefung der Fundamente der Zivilisation, die erst die Basis einer fortschreitenden Entwicklung bilden konnte.

** Die Bevölkerung Athens wird im 4. Jahrhundert v. Chr. auf 150 000, diejenige von Rom im 1. Jahrhundert n. Chr. auf 900 000 angegeben.

kehrsverhältnisse, wächst auch der Handelsverkehr. Zunächst fällt dem Fernhandel bloß die Funktion des Ausgleiches ungleicher Naturgaben (Bronce, Gewürze etc.) zu; allmählich vermittelt er auch den Tausch wertvoller Erzeugnisse des Textilgewerbes. Dagegen vermag sich auf Grundlage der Naturalwirtschaft der Nah- und Binnenhandel nur langsam zu entwickeln.

Im Altertum liegen alle handeltreibenden Städte direkt am Meer oder in seiner Nähe. Das Mittelmeer ist die Verkehrsader der Antike. Erst mit dem Ausbau des römischen Weltreiches gewinnt auch der Verkehr über Land an Bedeutung. Römische Heerstrassen, aus den Bedürfnissen der Strategie heraus geschaffen, erleichtern den Transport von Menschen und Gütern auf dem Festlande. Die ersten Paßstraßen verbinden Nord- und Südhang des Alpenkammes. Auch die Flüsse werden dem Verkehr dienstbar gemacht.

Das Mittelalter hatte bloß jene Keime zur Entfaltung zu bringen, welche im Altertum vorgebildet wurden. Dennoch mußte sich das Bild der ökonomischen Gliederung der Gesellschaft in ganz wesentlichen Punkten verschieben, je mehr sich das Schwergewicht der Zivilisation von der Küste weg ins Innere des Landes verlagerte. Schon allein die Verkehrsschwierigkeiten erschweren in Binnenländern die Entstehung von Großstädten. Solange nicht die modernen Verkehrsmittel geschaffen, sind binnenländische Großstädte (es sei denn sie liegen, wie in China, Indien oder Aegypten, an einer Wasserader oder in einem fruchtbaren Landstrich) ökonomisch eine Unmöglichkeit. Damit entfällt auch die Möglichkeit des Stadtstaates. Der Staat muß zum Territorialstaat werden.

Jede Staatsbildung umschließt den Gegensatz von ausgebeuteten und ausbeutenden Klassen. Während aber beim antiken Stadtstaat die herrschende Klasse sich örtlich zentralisieren konnte, wird dies beim mitteleuropäischen Binnenstaate zur Unmöglichkeit. Die Eroberer müssen sich über das ganze Land zerstreuen und inmitten der unterworfenen Bauern ihre Burg errichten. So zerfällt der Staat in eine Reihe von Grundherrschaften, welche wirtschaftlich zu Einheiten zusammenzuwachsen beginnen. Zu jeder Burg gehören ein oder mehrere Dörfer. Unter dem Schutze des kriegerischen Adels geht der friedfertige Bauer seiner Arbeit nach, wird dem Walde Weide- und Ackerland in zähem

Kampfe abgerungen, beginnt sich nach und nach ein gewisser Wohlstand herauszubilden.

Dörfer, die an verkehrspolitisch begünstigter Stelle liegen, entwickeln sich zu Städten. Dieser Entwicklungsprozeß kann gefördert werden durch die Verleihung des Stadtrechtes. Aber nicht jede rechtliche Stadt wird auch ökonomisch zur Stadt. Von den etwa 3000 deutschen Städten sind im Mittelalter bloß 300 auch vom ökonomischen Standpunkte aus gesehen, wirkliche Städte.

Das Stadtrecht umfaßt gewisse Privilegien, welche den Handel und den Marktverkehr erleichtern, oder das Gewerbe fördern sollen. Meistens wird die Verleihung des Stadtrechtes vom ökonomischem Interesse des Grundherrn diktiert. Blüht eine Stadt wirtschaftlich auf, so winken dem Grundherrn vermehrte Abgaben und Zölle.

Während infolge der Völkerwanderung und der damit verbundenen Raub- und Kriegszüge so manche Stadt in Asche sank oder dem Erdboden angeglichen wurde, gewann doch in der Landwirtschaft die Fronhofwirtschaft immer weitere Verbreitung. Manche Forscher nehmen sogar an, in Italien sei zur Zeit der Völkerwanderung der Fronhof die herrschende Wirtschaftsorganisation gewesen, welche die Sklavenwirtschaft der großen Latifundien abgelöst habe. Auf alle Fälle erscheint gegen Ende des römischen Kaiserreiches die Sklaverei der Auflösung nahe. Je mehr sich die Ausweitung des römischen Reiches den natürlichen Grenzen näherte, umso kostspieliger wurden die Kriege, umso seltener waren siegreiche Feldzüge mit großer Beute an Sklaven, umso höher stieg der Preis der Sklaven und umso tiefer sank der ökonomische Ertrag der Sklavenarbeit.

Sklavenwirtschaft ist eine höchst unproduktive Wirtschaftsweise. Bloß die primitivsten Arbeitsmittel können den Sklaven zur Verfügung gestellt werden, weil der Sklave das Arbeitsmittel in eben derselben Art mißhandelt, wie er selbst vom Aufseher mißhandelt wird. Sklaverei lohnt sich nur dort, wo Sklaven in unerschöpflicher Menge* zur Verfügung stehen. Sobald aber der Sklave selten wird, im Werte steigt, muß er behütet und gepflegt werden, verbietet sich die schrankenlose Ausbeutung seiner Le-

* Z. B. U. S. of Am., solange genügend Negersklaven aus Afrika nachgeliefert wurden.

benskraft von selbst, erwacht im Gegenteil das Interesse des Herrn, die Arbeitsleistung des Sklaven durch Weckung des persönlichen Interesses der Sklaven zu heben. Die Freilassungen nehmen überhand. Sklaven werden als Pächter auf dem Lande des Gutsherrn angesiedelt. Um der Landflucht zu steuern, versucht der Grundherr, die Bauern an den Boden zu fesseln. Das Kolonat entsteht. Im verfallenden Römerreich befindet sich beim Beginn der Völkerwanderung die Institution der Sklaverei im Uebergang zum Kolonat.

Die einbrechenden Eroberer vermögen die ökonomische Struktur der römischen Gebiete nicht wesentlich zu verändern. Zwar werden die Städte geplündert, die Dörfer eingeäschert, die römischen Grundherren erschlagen, aber auf dem flachen Lande setzt sich einfach an Stelle des römischen Grundbesitzers der germanische Grundbesitzer. Und neben den germanischen Grundherren lassen sich freie, durch den Heerbann verpflichtete germanische Bauern nieder, sodaß die frühmittelalterliche Wirtschaft — speziell in Mitteleuropa — durch das Nebeneinanderbestehen von Bauernwirtschaft und Fronhofwirtschaft gekennzeichnet ist. Die Hauptmasse der landwirtschaftlichen Bevölkerung wird aber nach wie vor von römischen oder romanisierten Elementen gebildet. Die Eroberer bilden bloß eine zahlenmässig geringe Oberschicht*. Die Eroberungszüge der germanischen Stämme umfassen meistens nur wenige tausend Krieger; selten wird die Zahl von 10 000 Mann überschritten worden sein. Einer verhältnismäßig kleinen Schar von Eroberern fielen ausgedehnte Gebiete mit zahlreicher ansäßiger, landwirtschaftlich tätiger Bevölkerung zu. Aus dieser Schar rekrutiert sich der Feudaladel des frühen Mittelalters. In stolzen Burgen thronend, übt sich die neu geschaffene Kriegerkaste im edlen Waffenspiel, während unten im Tale der Bauer hinter dem Pfluge seine Furchen zieht. Die Einkünfte des Burgherrn sind mannigfachster Art. Von den Bauern des Dorfes hebt er Abgaben, Gebühren und Steuern ein, aus der Wirtschaft des Fronhofes fließen ihm Einkünfte zu in Form von direkten Naturalgaben, Frondiensten und Geldsteuern.

* Man verdankt Delbrück den Nachweis, daß die Heere des Mittelalters viel weniger groß waren, als man gemeinhin annimmt. So kämpften bei Hastings 7000 normannische Krieger gegen 4000 Angelsachsen unter Harald. Auch die Kreuzzüge sahen kaum größere Heere. Als Eduard III. bei Calais 32 000 Mann zusammenzog, galt diese Zahl als eine für das Mittelalter unerhörte Kriegsmacht.

Da selbst für die Bedürfnisse des extensiven Ackerbaus reichlich Land zur Verfügung steht, kann jeder Bauernfamilie ein ihrem Bedarf und ihrer Arbeitskraft angepaßtes Grundstück zugeteilt werden. Beginnt Ackerland zu mangeln, so kann ein Teil des überreich vorhandenen Waldes gerodet werden. Die Bodennutzung untersteht der dorfgemeindlichen Regelung. Jener Teil der Dorfflur, welcher nicht an Einzelfamilien ausgeteilt wird, verbleibt im Besitz der Gemeinde. Die Allmend dient als allgemeines Weidegebiet für das Vieh. Erst seit dem 18. Jahrhundert beginnt die Dreifelderwirtschaft die Feldgraswirtschaft oder die primitive Einfelderwirtschaft zu verdrängen.

Das Dorf bildet bis ins späte Mittelalter hinein eine ökonomische Einheit. Schlechte, schwer gangbare Wege vermitteln den geringen Verkehr mit den umliegenden Dörfern. Ein Großteil der gewerblichen Bedürfnisse wird in der einzelnen Bauernwirtschaft durch Eigenproduktion* gedeckt. Nur Schmied und Stellmacher sind schon frühzeitig im Dorf als selbständige Handwerker anzutreffen. Flurzwang und überliefertes Gewohnheitsrecht bannen die einzelne Bauernwirtschaft in eng umschriebene Bahnen.

Auch die Grundherrschaft des Großgrundbesitzers** in Form der Fronhofwirtschaft weist charakteristische Merkmale auf. In wirtschaftlicher Hinsicht gleichen sich — den analogen technischen und ökonomischen Bedingungen entsprechend — der Gutsbetrieb des südlichen Italiens und die Gutsherrschaft Schottlands in viel stärkerem Maße als heute. Man darf sich nicht vorstellen, daß der Besitz des Gutsherrn stets einheitlicher Besitz gewesen sei. Oft nahm er die Form von ausgesprochenem Streubesitz an. So wurde es zur Aufgabe des dem Fronhof vorstehenden Meiers (Villici), die Abgaben und Zehnten der sonst meistens frei wirtschaftenden Bauern zu sammeln und an den Gutsherrn abzuführen. Neben dem Bauernland umfaßte die Gutswirtschaft häufig noch das sogenannte Salland***, welches der Gutsherr durch seine Beamten vom Fronhof aus in eigener Regie bewirtschaften ließ. Dem Meier steht einerseits das Gesinde der Guts-

* So der Hausbau, das Brotbacken, die Herstellung von Kleidung und Werkzeugen.

** D. h. weltlicher und geistlicher Adel, Klöster.

*** Sombart erwähnt z. B., daß das Salland der Abtei Werden gegen Ende des 9. Jahrhunderts 607,5 Morgen betrug, das fronpflichtige Bauernland ca. 3645 Morgen.

wirtschaft, andererseits die zu Spann-, Hand- und andern Diensten verpflichtete Bauernschaft zur Verfügung.

Im Gegensatz zur Bauernwirtschaft umfaßt die Gutswirtschaft eine ziemlich umfangreiche gewerbliche Produktion. Neben speziellen Gutshandwerkern verfügt die Gutswirtschaft auch über eigene Backhäuser, Gutsmühlen, Walkmühlen, Schneiderwerkstätten, Gerbereianlagen, Schusterwerkstätten, Kalköfen und Schmiedewerkstätten. Was nicht durch die speziellen Gutshandwerker beschafft werden konnte, mußte entweder den Bauern als Abgabepflicht* auferlegt oder durch Tausch** erworben werden.

Nach und nach breitet sich die Geldwirtschaft (resp. die einfache Warenzirkulation) aus. Im 12. Jahrhundert wird die Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit fühlbar gesteigert: Die Produktionsmethoden werden verbessert, ausgedehnte Waldflächen werden gerodet und mit neuen Ansiedlern besetzt, intensivere Düngung und verbesserte Pflugarbeit ringen dem Boden erhöhte Erträge ab, gleichzeitig werden die Kulturen spezialisiert. Die vordringende Geldwirtschaft veranlaßt die Gutsherren zur Umwandlung der Naturalverpflichtungen in Gelddienste. Vielfach werden die Bauerngüter aus dem alten Hörigkeitsverhältnis befreit und an die Bauern verpachtet. Desgleichen das Salland.

Die mittelalterliche Stadt lebt ebenso gut von landwirtschaftlicher Tätigkeit wie das Dorf. So werden Lübeck (gegründet 1265), Stettin und Frankfurt a. O. ausgedehnte Weide- und Ackerflächen zugeteilt. Meistens beginnt sich eine Stadt zu bilden um die Burg irgend eines größeren Grundherrn herum. Der Grundherr zieht Handwerker und Händler heran, welche die Mauern der Stadt mit gewerbetreibendem Volk füllen. Ein Teil dieser

* Die Bauern lieferten dem Gutsherrn Fleisch, Fische, Brot, Mehl oder Getreide, Bier, Malz, Wein und Oel, fertige Leinwand und Wollgewebe, Häute, Bauhölzer, Ziegel, Latten und Schindeln, Waffen, Werkzeuge, Töpfe, Faßdauben und Faßreifen. Auch der Gütertransport wird vom Bauern als Frondienst geleistet.

** Die Gutswirtschaft tritt nicht nur als Käufer, sondern oft auch als Verkäufer auf. Ueberschüssige Lebensmittel (Getreide, Mehl, Käse, Vieh), oder Gewerbeartikel (Leder, Salz, Schmiedwaren, Gewebe) werden auf dem benachbarten Markte verkauft oder beim durchreisenden Kaufmann gegen Luxusartikel umgetauscht. Auch sonst treten die Grundherren als Käufer auf dem Markte auf. Denn schon im frühen Mittelalter wurde ein Teil der Abgaben und Gebühren in Geldform erhoben.

Handwerker arbeitet direkt oder indirekt auf Rechnung des Grundherrn; ein anderer Teil beginnt sich bald auch in der die Stadt umgebenden Landschaft Kundschaft zu erwerben. Jene Handwerker, welche für den Grundherrn arbeiten, werden eher dem Luxus- und dem Baugewerbe* angehört haben. Dagegen entwickelt der Austausch mit dem flachen Lande die Handwerker für den gewerblichen Massenbedarf.

Ob in einer Stadt wie z. B. Paris der französische König seine Residenz aufschlug und seine jährliche «Revenue»** im Kreise des ausgedehnten Hofstaates durchbrachte, mußte natürlich für Größe und Entwicklung der betreffenden Stadt von wesentlichem Einfluß sein. Dennoch ist die ökonomische Funktion der mittelalterlichen Stadt vor allem in der Arbeitsteilung zwischen Gewerbe und Landwirtschaft zu erblicken. Jede mittelalterliche Stadt versuchte, die umgebende Landschaft von sich in ökonomische und politische Abhängigkeit zu bringen. Mit der politischen Macht wuchs der ökonomische Reichtum der Stadt, verschärfte sich die Tendenz, das ländliche Gewerbe zu Gunsten des städtischen zurückzudrängen, wenn nicht gar zu unterdrücken. Die Kämpfe des Handwerks um die politische Herrschaft in der Stadt (12.—14. Jahrhundert) ziehen aus diesen Tendenzen ihre treibende Kraft.

Erst durch diese Entwicklung wird die westeuropäische Stadt des Mittelalters im Gegensatz zur Stadt des Altertums und zur osteuropäischen Stadt zum entscheidenden wirtschaftlichen Faktor***. Gefördert wird diese Entwicklung durch den Kampf des aufkommenden absoluten Königtums gegen den kleinen Adel. Am Bürgertum der Städte**** findet der Fürst seinen natürlichen Bundesgenossen. Im Gleichgewicht der Klassen erhebt sich die staat-

* Im Mittelalter war die Kirche ein außerordentlich wichtiger Bauherr (Kirchen, Klöster!), aber auch die Burgen und Festungen des Adels trugen mächtig zur Entwicklung des Bauhandwerkes bei.

** Das Einkommen Heinrich I. von England (12. Jahrhundert) soll nach Sombart 66 000 Livres, d. h. ca. 5,8 Millionen Mark (Vorkriegswährung) betragen haben.

*** Siehe Kulischer: «Allgemeine Wirtschaftsgeschichte» 1. Bd., 1928.

**** In Norditalien sind es die Städte (13. Jahrhundert, Pisa, Assisi, Florenz, Lucca), welche die Bauern befreien, um zu Land zu kommen. Die Bauern flüchteten vor übermäßiger Bedrückung in die Stadt. «Stadtluft macht frei!» Die Stadt bietet aber auch günstigere Erwerbsmöglichkeiten. Deshalb versiegt trotz der großen Sterblichkeit der Zustrom der Bauern in die Stadt nicht.

liche Zentralgewalt zur scheinbar über den Klassen schwebenden absoluten fürstlichen Gewalt.

Die Zünfte sind eine Art Genossenschaften, welche aus der Initiative freier Handwerker hervorgehen. Erst nachdem eine Zunft erstarkt ist, verlangt und erhält sie auch die obrigkeitliche Anerkennung. Die meisten Zünfte entstehen auf religiöser Basis. Erst in späteren Zeiten spalten sich die religiösen Verbände als selbständige Institutionen ab. Die Zunft umfaßt das gesamte Gemeinschaftsleben ihrer Mitglieder; sie unterstützt Notleidende; sie übernimmt die Sorge für Witwen und Waisen; die Zünfter ziehen hinter dem Zunftbanner in den Krieg.

Nach innen herrscht der Grundsatz der Gleichheit und der Solidarität, nach außen der Grundsatz des ausschließenden Monopols. Manche Zünfte kaufen den Rohstoff gemeinsam ein. Zunächst ist der Zunftzwang ein moralischer Druck; nach und nach wird er auch gesetzlich fixiert. Besonders im 13. und 14. Jahrhundert beginnen sich die monopolistischen Tendenzen der Zünfte zu verschärfen*. Feste Preise sollen die gegenseitige Konkurrenzierung unterbinden. Wo dies angängig und notwendig, richtet die Zunft gemeinsame Anstalten ein, die allen Zunftgenossen zur Verfügung stehen**.

Vielfach werden die Zünfte zu einem Hemmschuh der technischen Entwicklung. Das Spinnrad wird im 13. und 14. Jahrhundert verboten, sodaß es vergessen werden konnte und später wieder neu erfunden werden mußte. Schon ums Jahr 1040 wurde in Grenoble die mechanische Walkmühle erfunden; trotzdem blieb vielerorts deren Anwendung noch im 14. und 15. Jahrhundert untersagt. Die handwerklichen Arbeitsmethoden sind traditionsgebunden. Die künftigen Meister werden als Lehrlinge und Gesellen in die Geheimnisse des Zunfthandwerkes eingeführt. Todesstrafe behütet die Zunftgeheimnisse. Das Handwerk stabilisiert die wirtschaftlichen Verhältnisse.

* Es wird von angehenden Meistern das Meisterstück gefordert. Die Zahl der Lehr- und Gesellenjahre wird verlängert; die Zahl der Gesellen pro Meister durch die Zunftrollen allgemein bindend festgelegt. Die Eintrittsgelder werden von Jahrzehnt zu Jahrzehnt gesteigert. Im 13. Jahrhundert erhoben die französischen Zünfte noch kein Eintrittsgeld. Im 14. Jahrhundert schon 20, im 15. Jahrhundert gar 200—400 Solidi. Im 15. Jahrhundert verbreiten sich die geschlossenen Zünfte, welche die Zahl der Meister begrenzen. Damit wird die Mitgliedschaft bei der Zunft ein Geburtsrecht.

** Walkmühlen, Schleifmühlen.

Oft dezimieren Kriege, Epidemien, Hungersnöte die Bevölkerung auf das Empfindlichste. Besonders das große Sterben (1348/1350) reißt breite Lücken in den Bestand der europäischen Bevölkerung. Von 1326—1400 werden nicht weniger als 32, von 1400—1500 gar 40 Epidemiejahre gezählt. Die Kindersterblichkeit ist enorm. Kein Wunder, daß die Bevölkerungszahl der Städte steten Schwankungen unterworfen bleibt und eine gewisse Höchstgrenze nicht zu überschreiten vermag. Die größte Stadt des Mittelalters scheint neben Byzanz Paris gewesen zu sein. Sombart schätzt ihre Einwohnerzahl auf 100 000. Alle andern Städte* weisen kleinere Einwohnerzahlen auf.

Die Dörfer bestehen durchwegs aus Holzhäusern. In den Städten sind gewöhnlich bloß die Grundmauern der Häuser aus Stein (wenn wir von den Stadtmauern absehen). Meistens besitzt jede Familie ihr eigenes Haus**. Glasfenster sind selten. Luxus ist verpönt. Die Kleidung gilt als Standesabzeichen. Kulischer meint, die Gegensätze von Reich und Arm seien in der mittelalterlichen Stadt oft noch krasser [?] gewesen als heute***. Allerdings muß dabei auch die allgemeine Unsicherheit der damaligen Lebensver-

* Einige wenige Angaben mögen genügen. In Deutschland besitzen Stadtrecht ca. 3000 Orte. Trotzdem entwickeln sich bloß wenige Städte zu Handelsstädten. Nürnberg hat 22 800 (1438) — 20 200 (1449) Einwohner. Straßburg 20 722 (1423), Lübeck 20—25 000 (im 15. Jahrhundert), Köln 30 000, Dresden 2500—4000, Breslau 21 866 (1415), Zürich 12 375 (1300) — 10 570 (1410) — 4 713 (1468!). 40—50 000 Einwohner finden wir bloß in Italien und Flandern: Mailand, Venedig, Genua, Ypern, Brügge etc. Englische Städte im 14. Jahrhundert: London 35 700, York 11 400, Bristol 9200, Plymouth 7 300.

** In Nürnberg entfallen 1429/1431 auf ein Haus 1,16 Haushaltungen. In einem Stadtteil in Ypern hatten von 416 Häusern nur 59 mehr als eine Haushaltung.

*** In Basel sind 59 % des gesamten Vermögens im Besitz von 3—5 % der Einwohner. 1453 besitzen 32 % der Einwohner weniger als 10 fl., 51 % weniger als 30 fl. Vermögen. In Zürich zahlt 1357 die Hälfte der Steuerzahler (1326 von 2706) nur eine Kopfsteuer. In Paris (1292) haben die meisten Handwerker (821 von 1324!) ein Einkommen unter 250 Fr., einige verdienen aber 1000—5000 Fr. (in Vorkriegswährung). Mit dem Aufkommen kapitalistischer Produktionsformen beginnen sich diese Gegensätze bedeutend zu verschärfen. Nabholz («Zur Geschichte der Vermögensverhältnisse in einigen Schweizerstädten in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts») sagt aber: «Viele, die arm an Vermögen waren, hatten doch ihr Haus und ihr Auskommen». Die Kapitalbildung sei aus dem Handelsgewinn erfolgt.

hältnisse berücksichtigt werden. Raub, Krieg und Plünderung stoßen nur zu oft auch den Begüterten in bitterstes Elend.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt setzt das Straßen-, das Stapel- und das Marktrecht fest. Lebensmittel müssen zum Verkauf in die Stadt gebracht werden. Fremde Händler dürfen erst einkaufen, wenn sich die Bewohner der Stadt schon eingedeckt haben. Gäste müssen ihre Waren in der Stadt lagern etc. Oefters versuchen die Städte, sich gegenseitig geschickte Handwerker abspenstig zu machen. Gelernte, tüchtige Handwerker sind im 14. und 15. Jahrhundert sehr gesucht. Dies deutet darauf hin, daß der Anteil der Gewerbetreibenden an der Gesamtbevölkerung verhältnismäßig klein ist*. Gleichzeitig ist die Produktivität der gewerblichen Arbeit gering. Die Preise der gewerblichen Artikel sind relativ hoch, die Produktionszeiten lang**. So wird der Arbeitswert zum preisbestimmenden Faktor. Das Handwerk verkörpert — in roher Annäherung wenigstens — die einfache Warenproduktion.

Es wäre allerdings kurzsichtig, wollte man die Differenzierungen*** übersehen, welche sich schon frühzeitig bemerkbar

* Sombart («Der moderne Kapitalismus») schätzt den Anteil der Stadtbevölkerung an der Gesamtbevölkerung auf 10 %; den Anteil der Handwerker an der Stadtbevölkerung auf 30—40 % (z. B. für Paris nur auf 25—30 Prozent); was wohl zu niedrig gegriffen sein dürfte, auch wenn man in Betracht zieht, daß ein Teil der Städter sich — besonders in den Landstädtchen — wenigstens teilweise von der Landwirtschaft ernährte.

** Sombart erwähnt u. a. folgendes: Im 14. Jahrhundert kostet eine Tonne Roheisen in England 27 £ heutiger Währung (d. h. ca. 550 Fr.), 1913 ab Düsseldorf bloß noch 85 Fr. Teure Tücher kosten 35—40 mal mehr als die billigsten Tücher. In Wesel erzeugten 1428 342 Webermeister 5140 Stück Tuch (da jeder Weber mindestens noch 2 Personen mitbeschäftigt, werden die 5140 Stück von 1000 Personen produziert), während heute die gleiche Produktion von maximal 50 Personen geleistet werden kann. Ein gutes Schloß beanspruchte den Schlosser 14 Tage. An Kirchen wurde Jahrhunderte hindurch gebaut. Die Zahl der Feiertage ist groß. Wenn auch die Arbeitszeit 14—16 Stunden beträgt, der Gesellenlohn durch die Zunft festgesetzt wird, so kann doch von einer Produktion von extensivem Mehrwert kaum die Rede sein.

*** Wir beobachten einmal eine starke lokale Spezialisierung des Handwerks. In Toledo erzeugt man berühmte Klingen, in Mailand, Innsbruck und Nürnberg Panzer und Harnische, in Venedig Glaswaren, in Lucca Seidentücher, in Nürnberg Kleineisenwaren und Sanduhren. Hat sich eine Stadt auf Spezialartikel spezialisiert, so arbeitet sich meistens eine Reihe von Handwerkern in die Hände.

machen und den Uebergang zur kapitalistischen Warenproduktion vorbereiten. Aber gerade die Wirtschaftspolitik der Zünfte beweist, daß die Verhältnisse der einfachen Warenproduktion der großen Masse der gewerblichen Produzenten wegleitend blieben, bis die aufkommende kapitalistische Warenproduktion den Rahmen des Zunftwesens zu sprengen vermochte.

Auch Handel und Verkehr bewegen sich im Mittelalter in kleinem Rahmen. Der Landverkehr leidet unter den schlechten Wegverhältnissen. Erst im 13. Jahrhundert kommt allgemein der Brückenbau auf. Oft werden die Straßen mit Absicht vernachlässigt (Wirtschaftspolitik Friedrichs des Großen), damit die Anstößer durch Reparaturarbeiten an den Wagen und durch Logisnächte der Reisenden verdienen können. Auf dem Lande beträgt die tägliche Reisegeschwindigkeit nicht mehr als 5 Meilen im Durchschnitt. Zieht man noch die Zollplackereien in Betracht, so ist es verständlich, daß im frühen Mittelalter der Seehandel den Landhandel an Bedeutung übertraf. Dazu kam die ungleich grössere Reisegeschwindigkeit zur See (18—20 Meilen pro Tag).

Meistens ist der Handel Gelegenheitshandel. Selbst der Fernhandel. In jedem Städtchen finden sich einzelne oder mehrere Kramläden, welche alles feilhalten, was von den Handwerkern des Ortes nicht hergestellt wird. Gleichzeitig ziehen Hausierer von Dorf zu Dorf. Den interlokalen Handel vermitteln gewöhnlich in Gruppen reisende Kaufleute.

Lübeck setzt im 14. Jahrhundert jährlich 4,5 Mill., Hamburg 1371 3,5 Mill., Stralsund 3 Mill. Mark um. Schon die Größe der verwendeten Handelschiffe* zeugt für die Kleinheit der Umsätze.

Auf der anderen Seite zählte wohl jede Stadt gewisse Handwerker, welche nicht zu einer Zunft zusammenzuschließen waren, sei es aus Mangel an genügend Vertretern, oder zu geringem Absatz oder anderen wirtschaftspolitischen Gründen.

Die große Masse der Produzenten sind kleine Produzenten. Nach Eulenburg wurden in Heidelberg gezählt:

Alleinbetriebe	240	= 53,3 %
Betriebe mit 1 Gesellen	123	= 22,5 %
„ „ 2 „	55	= 12,4 %
„ „ 3 „	24	= 5,3 %
„ „ 4 „	6	= 1,3 %
„ „ 5 „	1	= 0,2 %

* In der Ostsee verkehrten im 14. Jahrhundert selten Schiffe mit mehr als 100 Tonnen Last. Die Hansaschiffe faßten maximal 200—250 Tonnen und

Noch schlimmer sind die Verhältnisse auf dem Festlande. Ein zweirädriger, mit 10—12 Ochsen bespannter Wagen vermochte bloß 1,5—2 Tonnen zu befördern*. Berücksichtigt man noch die Tatsache, daß die ganze Ladung eines Schiffes sich auf eine Reihe von Kaufleuten** verteilte, so wird der geringe mengenmäßige Umfang des mittelalterlichen Handels noch offenkundiger.

Trotzdem erreichte der Außenhandel mancher Staaten ansehnliche Summen. Schon 1273 exportiert England 35 000 Sack Wolle im Wert von etwa 20 Millionen Goldmark. Was aber den mittelalterlichen Handel vor allem vom neuzeitlichen Handel unterscheidet, ist die geringe Akkumulationsquote. Trotz der hohen Handelsgewinne wird der Profit nicht akkumuliert, sondern verzehrt oder im Kauf von Grund und Boden angelegt***. Noch lange bleibt der Adel Ziel und Vorbild des Kaufmanns. Hat der Kaufmann genügend Reichtümer gesammelt, so kauft er sich in den Adel ein.

In diese Verhältnisse der einfachen Warenproduktion legt der Uebergang zum Frühkapitalismus immer breitere Breschen. Besonders in den großen Handelsstädten, wie Genua und Florenz, beginnen sich schon im 15. Jahrhundert größere Vermögen zu

besaßen keinen größeren Wert als 3000 Goldmark. In Katalonien wurden Schiffe mit 420—630 Tonnen gebaut. Kriegsschiffe besaßen meist größere Ausmaße. Die Größe der Schiffe wurde nur ganz allmählich gesteigert. Die Schiffahrt selbst war Küstenfahrt.

* Ueber den Gotthard wurden im 14. Jahrhundert pro Jahr bloß 1250 Tonnen transportiert, der Inhalt von 2 Güterzügen.

** Sehr verbreitet ist, besonders in Mitteleuropa, die Partenreederei. Jeder Teilhaber verfügt über $^1/_{16}$ der Ladung eines Schiffes. Die Verträge werden meistens auf 1—5 Jahre abgeschlossen, wobei auch Mannschaft und Schiffsführer beteiligt werden. Indessen darf nicht übersehen werden, daß die Partenreederei eine Risikoverteilung bedeutet. Großkaufleute beteiligen sich nicht nur an einer einzigen Schiffsladung, sie verteilen ihre Aufträge auf eine ganze Reihe von Schiffen.

*** 1427 betrug das Vermögen der Strozzi (Florenz)
53 000 fl. Liegenschaften (1 fl. = 10 Mark).
95 000 fl. Staatsanleihen.
15 000 fl. Handelskapital.

1430 verfügte Cosimo Medici über 39 000 fl. Liegenschaften; 1480 bereits über 55 000 fl.; nebst 29 000 fl. Staatsanleihen; bei 44 000 fl. Handelskapital.

sammeln*. Es sind vornehmlich drei Stellen, wo die kapitalistische Entwicklung einhakt:

1. Im Bergbau;
2. in der Textil-, im besondern der Wollindustrie;
3. im Fernhandel**.

Dazu gesellt sich im Laufe des 16. und 17. Jahrhunderts der bewußte Eingriff des absolutistisch orientierten Staates zwecks direkter Förderung der kapitalistischen Entwicklung (Merkantilistische Wirtschaftspolitik im Interesse des Absolutismus).

Der mittelalterliche Bergbau wird auf genossenschaftlicher Grundlage ausgeübt. Dem Grundherrn müssen $^1/_4$—$^1/_3$ der Ausbeute abgetreten werden. Seit dem 13. Jahrhundert beginnt Lohnarbeit im Bergbau um sich zu greifen, sondert sich die Belegschaft der Bergwerke in Gewerkschafter und Häuer.

Wichtiger und interessanter sind die Veränderungen, welche sich in der Textilindustrie durchsetzen. Wollene Stoffe sind die wichtigsten Bekleidungsstoffe des Mittelalters. Vom 12. bis 14. Jahrhundert blüht in Flandern eine ausgedehnte Wollindustrie***, die die englische Wolle zu Tuch verarbeitet. Die Wollindustrie ist in der frühkapitalistischen Periode der führende Produktionszweig.

Im 14. Jahrhundert kommen die englische und die italienische**** Wollindustrie auf. Sowohl die flandrische, als auch die italienische Wollindustrie beruhen auf dem Verlagssystem. Der flandrische Verleger vergibt die gereinigte und gekämmte Rohwolle an die Spinnerinnen auf dem flachen Lande, welche dem Verleger das gesponnene Garn gegen entsprechenden Lohn zurückgeben. Das Garn wandert zum Weber, das Tuch zum Walker,

* In Florenz zählte man im 15. Jahrhundert 57 Personen mit einem Vermögen von über 10 000 fl. (= 100 000 Mark); in Genua zur gleichen Zeit bereits 90 Personen.

** Nach Ehrenberg: «Das Zeitalter der Fugger» betrug das Jakob Fugger, Ulrich Fuggers Erben, Georg Fuggers Erben 1511 zugehörige Handelskapital 196 791 fl., 1527 aber schon 1 824 411 fl. In 16 Jahren nahm das Vermögen der Fugger um 927 %, d. h. 54½ % pro Jahr, zu. Die Fugger betätigten sich im Handel, im Bergbau, im Verlagswesen. Politische Ereignisse und die Verschiebung der Handelswege gruben aber im Laufe des 16. Jahrhunderts dem Fuggerschen Reichtum das Grab.

*** Berühmte Stätten der flandrischen Wollindustrie sind: Ypern, Brügge, Gent, St. Omer, Arras, Douai, Lille.

**** Venedig, Genua, besonders aber Florenz.

Tuchscherer und Färber. Immer aber bildet der Verleger den Vermittler zwischen den verschiedenen Teilarbeitern. Der Verleger heißt auch Tucher. Er bringt nach und nach die übrigen Handwerker von sich in Abhängigkeit. Besonders die Lage der Spinnerinnen, der Weber und der Wollkämmerinnen ist stark gedrückt, weniger dagegen die Lage der Färber, Walker und Tuchscherer*, da diese mit eigenen Produktionsmitteln arbeiten und in ihrer Zunft starken Rückhalt besitzen.

Um ja die Handwerker abhängig zu erhalten, ist die Zunft der Tucher auf strengste Innehaltung der übernommenen Arbeitsteilung bedacht. Selbst dem Tucher sind nur 2—3 Webstühle gestattet, an denen er gegen Stücklohn Lohnarbeiter weben läßt.

Aehnliche Verhältnisse herrschen in Florenz. Die Wollenzunft (Arta di Lana) umfaßt bloß die Händler, welche neben dem Einkauf der Wolle, dem Verkauf der Tücher und der Leitung des Produktionsprozesses auch Bankgeschäfte betreiben. In eigener Werkstätte lassen sie nur die Aufbereitung der Wolle durch die verachtete Klasse der Wollkratzer, eine Art Taglohnarbeiter**, vornehmen. Zum Spinnen wird die Wolle an ländliche Heimarbeiterinnen vergeben. Zum Weben gelangt das Garn in die Hände der städtischen Weber***. Auch in Florenz genießen die Färber eine Vorzugsstellung****. Florenz produziert im 14. Jahrhundert 15—20 000 Wolltücher (für mittelalterliche Verhältnisse eine beträchtliche Anzahl); Straßburg 1800—2000 Stück; Frankfurt 3360 Stück (1452); Köln 12 000 Stück; Beaucais 500 Stück. Mittlere Unternehmungen erzeugen mit 40 Arbeitern 70 Stück, große Unternehmungen mit 100 Arbeitern an die 200 Stück (in Florenz! In Köln produziert ein einzelner Meister im Durchschnitt bloß 35—40 Stück). In der italienischen Wollindustrie beginnt sich bereits eine starke Differenzierung der Betriebsgröße durchzusetzen. Großbetriebe sind keine Seltenheit mehr.

Das Verlagssystem ist speziell in der Heimarbeit auch heute noch von großer wirtschaftlicher Bedeutung. In gewisser

* In Brügge umfaßten die drei Hauptzünfte: Weber, Walker, Tuchscherer ca. 1300 Personen, d. h. 68 % aller Männer.

** Die Löhne sind niedrig, die Arbeitszeiten lang. Oft herrscht Arbeitslosigkeit. Vorschüsse müssen abgearbeitet werden.

*** Der Webstuhl ist gewöhnlich Eigentum des Tuchers. Im 14. Jahrhundert strömen viele fremde Weber zu.

**** Die benötigten Produktionsmittel (Gefässe, Waidküpen, Warmbäder) haben mindestens einen Wert von 80—450 Gulden.

Hinsicht ist das Verlagssystem eine Fortbildung des Lohnwerks, wie denn überhaupt im Handwerk alle kapitalistischen Produktionsformen im Keime enthalten sind. Beim Lohnwerk arbeitet der Handwerker nach Auftrag des Kunden. Dieser liefert ihm den Rohstoff. Der Handwerker hat bloß seine Arbeitswerkzeuge zu stellen. Dafür wird er für seine Arbeit entsprechend «entlohnt». Lohnwerk in Produktionszweigen, welche für den lokalen Bedarf arbeiten, führen erst nach Entwicklung der kapitalistischen Produktion zur Ausbeutung des Produzenten. In frühkapitalistischen Verhältnissen vermag das Lohnwerk nur solche Produzenten zu bedrängen, welche Waren für den Export herstellen. Da schiebt sich zwischen Produzent und Konsument der kapitalkräftige Tucher oder Tuchhändler, welcher den Rohstoff einkauft, verspinnen, weben, färben und walken läßt und das fertige Tuch über See oder Land verfrachtet. Stockt der Absatz, so kann der Tucher keine Aufträge vergeben. Die Weber und die Spinner geraten in Not. Sie nehmen Vorschuß, verpfänden das Spinnrad, den Webstuhl dem Tuchherr, sodaß dieser nicht bloß über die Rohstoffe, sondern auch über die Produktionsmittel, d. h. über alle Produktivgüter verfügt. Aus dem Kaufmann ist ein kapitalistischer Unternehmer geworden!

Der Tucher gibt die zu verarbeitende Ware gewöhnlich an Vermittler, die eigentlichen Verleger weiter. Vom ökonomischen Standpunkte aus betrachtet, bietet das Verlagssystem gegenüber der handwerksmäßigen Produktion wichtige Vorteile: 1. Kauf und Verkauf werden zentralisiert. Der Markt läßt sich durch den Großhändler besser beurteilen. 2. Die planmäßige Zusammenarbeit der einzelnen Handwerker durch Vermittlung des Verlegers verringert die Produktionszeit und damit auch die Produktionskosten. 3. Durch Stücklohn und Schuldknechtschaft läßt sich die Produktion von absolutem Mehrwert unter Verlängerung der Arbeitszeit beträchtlich steigern.

Dem Verlagssystem mangelt aber der Stachel des technischen Fortschrittes. Erst die Manufaktur wendet ihr Hauptinteresse der Steigerung der Produktivität der Arbeit zu.

Auch der Handel nimmt gegen Ende des Mittelalters immer ausgesprochenere kapitalistische Züge an. Hauptsächlich der Fernhandel. Schon im 13. Jahrhundert überwindet der italienische Handel in größeren Handelsstädten den «handwerksmäßigen»*

* Nach Sombart.

Charakter, beginnen sich die Großhändler von den Kleinhändlern zu sondern. Es entstehen große Gesellschaften für den Handel mit den Kolonien.

Die Handelsmethoden der Kolonialgesellschaften gleichen mehr staatlich konzessionierten Raubfahrten, denn wirtschaftlichen Handelsfahrten. Rücksichtslos werden die Länder vorkapitalistischer Kultur mit Waffengewalt unterworfen und aufs schwerste ausgeplündert. Den Eroberungszügen der Spanier und Portugiesen in Zentralamerika (Mexiko!) und Südamerika (Peru) reihen sich würdig an die Feldzüge, die von den ostindischen Kompagnien zum Zwecke der «Erschließung» Vorderindiens und der malaiischen Inselwelt unternommen werden.

Dem Aufkommen kapitalistischer Produktionsweise entspricht die Ausdehnung und Entwicklung des europäischen Kolonialbesitzes. Meistens werden die europäischen Kriege um kolonialpolitischer Ziele* willen geführt. Stets werden die kolonialen Handelsprivilegien durch die Verleihung von staatsrechtlichen Privilegien ergänzt. Die holländisch-ostindische Kompagnie hielt zu Beginn des 18. Jahrhunderts 12 000 Mann unter den Waffen, nebst 60 Seglern, mit je 30—60 Geschützen**.

Im Kolonialgeschäfte wurden gewaltige Kapitalien angelegt und große Gewinne erzielt. Der Reichtum der frühkapitalistischen Zeit beruht «im wesentlichen auf der rücksichtslosen Ausbeutung fremder, halbzivilisierter Völker und reicher tropischer Länder»***.

Das 17. Jahrhundert verschärft diese Tendenzen der Entwicklung. Die kleinbürgerlich-kapitalistische Geschäftsmoral verbindet sich mit dem Puritanismus; das Anwachsen des bürgerlichen Reichtums steigert den Luxuskonsum; die Vergrößerung der Heere bedeutet eine gewisse Zentralisierung des Massenkonsums*; das Bedürfnis nach technischen Verbesserungen leitet über zu einer Blütezeit der Erfindungen und Entdeckungen.

Mit der Verbreiterung des Handelsverkehrs wächst auch die Konkurrenz. Das Kaufmannskapital schiebt sich als Vermittler zwischen die Produzenten entlegener Gebiete. Der Kaufmann tauscht die Ueberschüsse der Grundherren gegen Luxuswaren gewerbetreibender Städte oder des Orients ein. Noch fehlt dem mittelalterlichen Kaufmann die moderne Hast: Die Geschäftszeit ist kurz. Feiertage sind häufig. Aus kleinem Umsatz wird hoher Nutzen gezogen. Bloß die Qualitätsware kann auf gesicherten Absatz rechnen. Aus der vorherrschenden Form der Handelsgesellschaft des Mittelalters, der zeitlich begrenzten Gelegenheitsgesellschaft, entstehen allmählich modernere Unternehmungsformen**. Die langsamen Fortschritte der Handelstechnik sind tief verankert im Mangel an allgemeiner Bildung. Die Bildung ist noch ein Standesmerkmal. Im 14. Jahrhundert wird in den Schulen nur Rechnen und Schreiben gelehrt***. Kennzeichnend ist, daß die von Leonardo Pisano eingeführten arabischen Ziffern erst im 16. Jahrhundert die lateinischen Ziffern verdrängen konnten.

Mit Sombart haben wir streng zu unterscheiden, einerseits zwischen der Entstehung des bürgerlichen Reichtums, welcher sich nur in einem langsamen Akkumulationsprozeß bilden konnte und aus den mannigfaltigsten Quellen gespeist wurde, andererseits der Aufbringung des Kapitals für frühkapitalistische Unternehmungen. An dieser Aufbringung beteiligten sich nicht nur bürgerliche Elemente. Oft traten einer Handelsgesellschaft neben den eigentlichen Kaufleuten und Handwerkern Gemeinden, Adlige, Fürsten, ja selbst der König als Teilhaber bei.

Im Vergleich zum Mittelalter wird das Verkehrswesen vom 16. bis zum 18. Jahrhundert bedeutend verbessert. Damit erweitert sich nicht nur der Umkreis, sondern auch der Umfang

* Befreiungskampf der Niederlande, Krieg Englands mit Holland, spanischer Erbfolgekrieg, die Kämpfe des 17./18. Jahrhunderts zwischen Frankreich und England, wodurch Englands Vormachtstellung in Welthandel und Kolonialbesitz begründet wurde.

** Nach Sombart.

*** Sombart: «Der moderne Kapitalismus» II, Bd., S. 578. Dort auch Angaben über die Kapitalkraft der großen Kolonialgesellschaften. Holländisch-ostindische Kompagnie (1602 begründet) 6 449 211 fl.; Holländisch-westindische Kompagnie (1621) 7 200 000 fl.; Englisch-ostindische Kompagnie 1612 = 369 891 £; 1676 = 739 782 £; 1702 = 2 Mill. £. Französisch-ostindische Kompagnie 8 179 885 l. gezeichnetes Kapital.

* Das preußische Heer konsumiert 1720 täglich 80 t Brot, jährlich 200 000 Ellen Tuch.

** Nach Scott gab es in England von 1553—1680 49 «Aktiengesellschaften». 1680—1719 werden 56 neue «Aktienunternehmungen» ins Leben gerufen. Die A.-G. beginnt erst im 19. Jahrhundert, im Zeitalter des Hochkapitalismus, eine wirklich bedeutende Entwicklung zu nehmen.

*** 1340 lernten in Florenz 8—10 000 Kinder lesen, 1000—1200 Knaben rechnen.

der Warenzirkulation. Diese Veränderungen stehen in engem Zusammenhang mit der Entwicklung des Staates. Besonders der Verkehr auf dem Lande wird in starkem Maße den Bedürfnissen des Heer- und des Kriegswesens dienstbar gemacht*.

Sobald Nachrichtenvermittlung und Warenbeförderung zu einer ständigen Einrichtung werden, welche von bestimmten Institutionen gegen Geldentschädigung geleistet wird, entsteht die Post. Zunächst als private Institution. Dann als staatliches Regal. Schließlich als staatlicher Betrieb. Im 16. Jahrhundert übernehmen die Städte die Organisation des Postwesens**. Wenn der Staat seine Kuriere, die den Nachrichtendienst der staatlichen Organe zwischen den verschiedenen Teilen des Staatsgebietes vermitteln, dem privaten Briefverkehr zur Verfügung stellt, haben wir eine staatliche Post vor uns. Indessen darf die Schnelligkeit der Briefbeförderung nicht überschätzt werden. Briefe von Genua nach Paris benötigten etwa 3 Wochen. Die Tagesleistung der Post beträgt im 17. Jahrhundert 120—180 km. Einzig die Eilpost, welche 1820 vom englischen Generalpostmeisteramt eingerichtet wurde mit speziellem Pferde- und Wagenmaterial, steigert die tägliche Leistung auf 430 km. Die Postsätze sind hoch und werden nach der Entfernung abgestuft***.

Durch die Geschäftsanzeige, die öffentliche Publikation von Handelsnachrichten und die Zentralisierung des Nachrichtendienstes prägt das nach und nach aufkommende Zeitungswesen* den Handelsbeziehungen seinen Charakter auf.

Im 17. Jahrhundert gelangen Großhandelsmessen** zu besonderer Blüte. 1781—1789 wurden auf der Frankfurter Messe jährlich 3 Mill. Thaler inländischer Waren und 1 Mill. Thaler ausländischer Waren zum Verkauf herangeführt (wovon 1,2 Mill. Wollwaren, 1 Mill. Edelsteine, Goldwaren, Seidenstoffe, 0,7 Mill. Baumwollwaren). Verkäufer waren kapitalistische Unternehmer, Importeure, Grossisten; Käufer Kleingewerbetreibende, Detailhändler, Grossisten.

1799 betrug die Zahl der Schiffe der britischen Handelsflotte 17 899 Schiffe mit 1 725 815 Tonnen und 135 237 Mann Besatzung, während die Tonnage der englischen Handelsflotte Ende des 16. Jahrhunderts bloß etwa 50 000 Tonnen und Ende des 17. Jahrhunderts nur 300 000 Tonnen betragen hatte. Die Transportkosten zur See sind hoch, trotzdem vom 15. bis 18. Jahrhundert die Frachtsätze um 50 % fallen***. Noch größer sind die Transportkosten auf dem Landwege, trotzdem mit großen 6-spännigen Wagen gefahren wird****. Dennoch überwiegt der Landtransport den Fluß- und Kanalverkehr, selbst in Deutschland. Die geringen Ausmaße der Flußboote, wie der Mangel an mechanischer Triebkraft, stehen der Entwicklung der Flußschiffahrt hindernd im Wege.

Nicht minder primitiv ist das Zahlungswesen. Bargeldlose Zahlungen kommen erst im Anschluß an die Ausbreitung des Bankwesens auf. Einzig in Form des Zahlungsausgleiches (Clearing) scheint auf den Messen die bargeldlose Zahlung Verbreitung

* Besonders klar zeigt sich dieser Zusammenhang in Frankreich. Frankreich baut sein Straßennetz bis ins 19. Jahrhundert in für alle anderen Staaten vorbildlicher Weise aus, weil Frankreich seit dem 16. Jahrhundert der größte Militärstaat des europäischen Festlandes ist. Dennoch kann selbst der Zustand des französischen Straßenwesens am Vorabend der französischen Revolution keineswegs mit modernen Verhältnissen verglichen werden. In England erfuhren im Gegensatz zu Frankreich die Kanäle besondere Förderung.

** In Nürnberg wird 1570 eine städtische Post eingerichtet: Regelmäßiger Botendienst mit Antwerpen, Breslau, Frankfurt, Leipzig, Lyon, Salzburg, Straßburg, Wien etc.

*** Englischer Tarif 1635:

Einfacher Brief bis	80	Meilen	2 d
	80—140	Meilen	4 d
über	140	Meilen	6 d
	Schottland		8 d
	Lyon, Marseille		1 sh.
	Madrid		9 d

* 1609 in Straßburg die erste periodische Druckschrift.
1702 Daily Courant; die erste Tageszeitung.
1782 Großbritannien 79, 1795 158 Zeitungen.

** England: Sturbridge, Frankreich: Bordeaux, Rouen, Beaucaire, Lyon, Deutschland: Leipzig, Frankfurt a. M., Niederlande: Antwerpen, Schweiz: Genf.

*** 1 Tonne Tücher Venedig-Flandern 14. Jahrhundert 806 Mark (Vorkriegswährung). Ueberseefracht Peru-Amsterdam 2 % des Wertes. Europäische Fracht Bordeaux-Amsterdam 1,9 % des Wertes. Die Versicherungsprämien sind besonders für wertvolle Güter höher als die Schiffsfrachten.

**** Nach Sombart kostete der Tonnenkilometer: Im 15. Jahrhundert Brügge-Mailand 1 Mk. Im 16. Jahrhundert Antwerpen-Basel 60 Pfennige. Im 17. Jahrhundert Orleans-Paris 40—50 Pfennige. Im 18. Jahrhundert Frankreich 25—30 Pfennige; d. h. immer noch 10—20 mal mehr als die heutigen Eisenbahnfrachten.

gefunden zu haben. Warenwechsel erlangen erst mit der Entwicklung des Kreditwesens in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts etwelche Bedeutung, bis im Laufe des 18. Jahrhunderts (besonders in England) der Wechsel zum allgemeinen Umlaufsmittel wird*. «Die Sitte des Diskontierens der Wechsel kommt seit dem Ende des 17. Jahrhunderts auf» (Sombart l. c. Seite 530).

Verhältnismäßig spät entwickelt sich das Bankgeschäft. Einzig die Bank von England kann im 18. Jahrhundert als wirkliches Kreditinstitut bezeichnet werden. Die Bankiers der frühkapitalistischen Epoche sind zunächst bloß Geldwechsler, vielleicht noch eine Art von Vermögensverwaltern, Geldleiher (aber bloß Leiher von Eigenkapital), sowie Großhändler und Spediteure. Allmählich wird das Wechselgeschäft zum Hauptgeschäft des Bankiers. Dieser gewährt Akzeptkredit, was bei der langen Umschlagszeit des Kapitals und der relativ geringen Kapitalkraft der Unternehmer den Handel erleichtert.

Die Differenzierung des Handelsgewerbes findet ihren sichtbarsten Ausdruck in der Spaltung der kaufmännischen Funktionen: Vertreter, Makler, Einkäufer und Kommissionäre. Trotzdem vermögen sich die Händlerzünfte bis ins 19. Jahrhundert hinein zu behaupten, ungeachtet all der Verschiebungen, die sich im Handel vollziehen.

Ueber die Größe der Handelsbetriebe orientiert die Mitgliederzahl der Handelszünfte. Ende des 17. Jahrhunderts umfassen die 6 Händlerzünfte von Paris 2752 Prinzipale mit ca. 5000 Gehilfen oder Ladendienern. Im Detailhandel bleibt der Kleinbetrieb vorherrschend. Dagegen gewinnt die Gesellschaft im Großhandel stärkere Verbreitung. Die lange Umschlagszeit** des überseeischen Handels zwingt zur Konzentration. Geringer sind die Kapitalansprüche des binnenländischen Großhandels***, des Bankgeschäftes****, des Detailhandels *****. (Fußnoten siehe Seite 357).

* 1820 kamen in Lancashire Wechsel von 10 £ mit 120 Indossierungen vor; in Manchester soll zu dieser Zeit $^9/_{10}$ des Geldumlaufes durch Wechsel und nur $^1/_{10}$ durch Gold und Banknoten vermittelt worden sein.

** Der französisch-orientalische Handel (18. Jahrhundert) beansprucht 5—6 Mill. Franken, die Reise dauert 18—20 Monate. Benötigter Kapitalvorschuß demnach 12 Mill. Franken (Sombart l. c. Seite 571).

*** Ein englischer Grossist benötigt im 18. Jahrhundert ca. 2000 £ Anfangskapital. Englische Leinenverleger setzten 1747/48 9200—12 400 £ um, der kleinste Betrieb sogar bloß 20 £. Das größte Handelshaus Amsterdam beschäftigt im 18. Jahrhundert 26 Angestellte. Inländische deutsche Grossisten kommen mit 5—6000 Th. aus (18. Jahrhundert). Der Exporthandel erfordert 4—5 mal mehr Kapital.

Nicht weniger einschneidend sind die Veränderungen, die sich in der Sphäre der Warenproduktion durchsetzen. Es ist vielleicht etwas einseitig, wenn Marx die ganze frühkapitalistische Epoche als die Manufakturperiode bezeichnet, denn die Manufaktur scheint doch nicht in allen Produktionszweigen jene Rolle gespielt zu haben, welche ihr Marx für die Zeit des Frühkapitalismus zuweisen will. Allerdings bildet die Manufaktur die ökonomische Vorstufe der Fabrik*, und damit auch die Voraussetzung der industriellen Entwicklung überhaupt, aber erst auf der Stufe des Industriekapitalismus wird die örtlich konzentrierte Produktion zum charakteristischen Merkmal der Wirtschaft. Auf der Stufe des Frühkapitalismus bedient sich die kapitalistische, d. h. auf das Privateigentum an den Produktivgütern basierte Ausbeutung in ausgedehntestem Maße des Verlagssystems und der Heimarbeiter, denen unter dem Druck der Konkurrenz durch die aufkommenden Manufaktur- und Fabrikbetriebe Elendslöhne bezahlt werden.

Immerhin darf die frühkapitalistische Epoche in dem Sinne als Manufakturperiode betrachtet werden, als gerade die Manufaktur dank der gesellschaftlichen Kooperation der Arbeit die fortschrittlichen Tendenzen des Kapitalismus verkörpert. Das Verlagssystem beutet die Notlage des besitzlosen Heimarbeiters in viel rücksichtsloserer Art und Weise aus, als das Manufakturwesen. Zudem ist die Manufaktur auf bestimmte Produktionszweige beschränkt, welche der gelernten Arbeit bedürfen. Daher vermengen sich im Frühkapitalismus alle möglichen Formen der kapitalistischen Ausbeutung. Das Verlagssystem produziert extensiven Mehrwert durch Reduktion der Löhne unter das Existenz-

**** Bank Eichhorn & Co. 1765 200 000 Th. 1795 Bank der Gebrüder Schickler in Berlin:

	Umsatz	Gewinn	Kapital
1726	189 649	38 455	92 640 Th.
1750	1 691 872	15 091	555 167 Th.
1760	3 341 946	177 685	1 015 206 Th.
1790	1 966 703	19 471	?

***** In größeren Städten bereits mittlere Geschäfte. London Anfangskapital 500—5000 £. Wien: Seidenhändler 12 000 fl. Antiquariatsbuchhändler 4000 fl.

* Nicht zu übersehen sind die verschwimmenden begrifflichen Grenzen zwischen Manufaktur und Fabrik.

minimum (resp. übermäßige Steigerung der Arbeitszeit), die Manufaktur eignet sich relativen und intensiven Mehrwert, unter bestimmten Bedingungen allerdings auch extensiven Mehrwert an, der Kolonialkapitalismus beutet die Arbeitskraft von versklavten Wilden aus.

«Das Wirken einer größeren Arbeiterzahl zur selben Zeit, in demselben Raum (oder, wenn man will, auf demselben Arbeitsfeld), zur Produktion derselben Warensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion. Mit Bezug auf die Produktionsweise selbst unterscheidet sich z. B. die Manufaktur in ihren Anfängen kaum anders von der zünftigen Handwerksindustrie als durch die größere Zahl der gleichzeitig von demselben Kapital beschäftigten Arbeiter. Die Werkstatt des Zunftmeisters ist nur erweitert»*.

«Auf der einen Seite erlaubt die Kooperation die Raumsphäre der Arbeit auszurecken und wird daher für gewisse Arbeitsprozesse schon durch den räumlichen Zusammenhang des Arbeitsgegenstandes erheischt, wie bei Trockenlegung von Land, Eindämmung, Bewässerung, Kanal-, Straßen-, Eisenbahnbauten u. s. w. Andererseits ermöglicht sie, verhältnismäßig zur Stufenleiter der Produktion, räumliche Verengung des Produktionsgebietes. Diese Beschränkung der Raumsphäre der Arbeit bei gleichzeitiger Ausdehnung ihrer Wirkungssphäre, wodurch eine Masse falscher Kosten (faux frais) erspart werden, entspringt aus der Konglomeration der Arbeiter, dem Zusammenrücken verschiedener Arbeitsprozesse und der Konzentration der Produktionsmittel.

Verglichen mit einer gleich großen Summe vereinzelter individueller Arbeitstage, produziert der kombinierte Arbeitstag größere Massen von Gebrauchswert und vermindert daher die zur Produktion eines bestimmten Nutzeffektes nötige Arbeitszeit»**.

«Die auf Teilung der Arbeit beruhende Kooperation schafft sich ihre klassische Gestalt in der Manufaktur. Als charakteristische Form des kapitalistischen Produktionsprozesses herrscht sie vor während der eigentlichen Manufakturperiode, die, rauh angeschlagen, von Mitte des 16. Jahrhunderts bis zum letzten Drittel des achtzehnten währt.

Die Manufaktur entspringt auf doppelte Weise.

Entweder werden Arbeiter von verschiedenartigen selbständigen Handwerkern, durch deren Hände ein Produkt bis zu seiner letzten Reife laufen muß, in eine Werkstatt unter dem Kommando desselben Kapitalisten vereinigt»*.

«Die Manufaktur entspringt aber auch auf entgegengesetztem Wege. Es werden viele Handwerker, die dasselbe oder gleichartiges tun, z. B. Papier oder Typen oder Nadeln machen, von demselben Kapital gleichzeitig in derselben Werkstatt beschäftigt. Es ist dies Kooperation in der einfachsten Form.

«Die Arbeit wird verteilt. Statt die verschiedenen Operationen von demselben Handwerker in einer zeitlichen Reihenfolge verrichten zu lassen, werden sie voneinander losgelöst, isoliert, räumlich nebeneinander gestellt, jede derselben einem andren Handwerker zugewiesen und alle zusammen von den Kooperierenden gleichzeitig ausgeführt. Diese zufällige Verteilung wiederholt sich, zeigt ihre eigentümlichen Vorteile und verknöchert nach und nach zur systematischen Teilung der Arbeit»**.

In der Manufaktur verliert der einzelne Produzent seine Selbständigkeit. Sind die Produkte des Handwerkers Waren, so sind die Produkte des Manufakturarbeiters keine Waren mehr.

«Erst das gemeinsame Produkt der Teilarbeiter verwandelt sich in Ware. Die Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft ist vermittelt durch den Kauf und Verkauf der Produkte verschiedener Arbeitszweige, der Zusammenhang der Teilarbeiten in der Manufaktur durch den Verkauf verschiedener Arbeitskräfte an denselben Kapitalisten, der sie als kombinierte Arbeitskraft verwendet»***.

Unter den Manufakturen unterscheidet Marx zwei Grundformen: 1. Die heterogene Manufaktur und
2. die organische Manufaktur****.

Erzeugt die Manufaktur eine Ware durch «bloß mechanische Zusammensetzung vollständiger Teilprodukte», so handelt es sich um eine heterogene Manufaktur*****, wird dagegen das Produkt durch eine Reihe zusammenhängender Prozesse innerhalb der betreffenden Manufaktur hergestellt, so haben wird die organische Manufaktur vor uns. (Ihre klassische Form ist die Nähnadelmanufaktur. In der modernen Industrie hat sie durch die Erfindung des laufenden Bandes weiteste Verbreitung gefunden.) Offensichtlich drängt die heterogene Manufaktur nur in seltenen Fällen zur räumlichen

* «Kapital» I. Bd., S. 286.

** l. c. Seite 292.

* l. c. Seite 300 (z. B. Kutschenmanufaktur).

** l. c. Seite 301 (siehe auch § 7).

*** l. c. Seite 319.

**** l. c. Seite 306.

***** z. B. Uhrenmanufakturen l. c. Seite 306/307).

Zusammenfassung der Arbeiter; sie wird meistens in irgendeiner Form mit dem Verlagssystem verbunden sein.

Weder Verlagssystem, noch Manufaktur vermögen die feudale Produktionsweise entscheidend zu verdrängen. An bestimmte ökonomische und technische Bedingungen gebunden, sich daher nur in gewissen Produktionszweigen allgemein durchsetzend und sogar da oft nur mit Hilfe wirtschaftspolitischer Unterstützung durch den Staat, schafft die Manufaktur immerhin die Vorbedingungen für die Entwicklung der modernen Industrie. Einmal weckt sie das Bedürfnis nach produktivem technischen Fortschritt, zweitens bereitet sie der Kooperation in der Fabrik den Weg, drittens schafft die Manufaktur die technischen Voraussetzungen für die Produktion von Maschinen, und viertens übernimmt die Manufaktur die Aufgabe der ursprünglichen Akkumulation, indem auf ökonomischem Wege durch Expropriation der kleinbürgerlichen Produzenten die Klasse der Lohnarbeiter aufgefüllt wird.

Ohne die ursprüngliche Akkumulation ist die Entstehung der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht verständlich. Denn Kapitalismus setzt auf der einen Seite Besitz an Produktivgütern und auf der anderen Seite besitzlose Proletarier voraus*. Marx schreibt:

«Obgleich die ersten Anfänge kapitalistischer Produktion uns schon im 14. und 15. Jahrhundert in einigen Städten am Mittelmeer sporadisch entgegentreten, datiert die kapitalistische Aera erst vom 16. Jahrhundert. Dort wo sie auftritt, ist die Aufhebung der Leibeigenschaft längst vollbracht und der Glanzpunkt des Mittelalters, der Bestand souveräner Städte, seit geraumer Zeit im Erbleichen.

Die Expropriation des ländlichen Produzenten, des Bauern, von Grund und Boden, bildet die Grundlage des ganzen Prozesses . . . Nur in England, das wir daher als Beispiel nehmen, besitzt ihre Geschichte klassische Form.

In England war die Leibeigenschaft im letzten Teil des 14. Jahrhunderts faktisch verschwunden. Die ungeheure Mehrzahl der Bevölkerung bestand damals und noch mehr im 15. Jahrhundert aus freien, selbstwirtschaftenden Bauern, durch welch feudales Aushängeschild ihr Eigentum immer versteckt sein mochte.»

«Obgleich der englische Boden daher nach der normännischen Eroberung in riesenhafte Baronien verteilt ward, wovon

* l. c. Seite 681 ff.

eine einzige oft 900 alte angelsächsische Lordschaften einschloß, war er besät von kleinen Bauernwirtschaften, nur hier und da durchbrochen von größeren herrschaftlichen Gütern. Solche Verhältnisse, bei gleichzeitiger Blüte des Städtewesens, wie sie das 15. Jahrhundert auszeichnet, erlaubten jenen Volksreichtum, den der Kanzler Fortescu so beredt in seinen «Laudibus Legum Angliae» schildert, aber sie schlossen den Kapitalreichtum aus.

Das Vorspiel der Umwälzung, welche die Grundlage der kapitalistischen Produktionsweise schuf, ereignet sich im letzten Dritteil des 15. und den ersten Dezennien des 16. Jahrhunderts. Eine Masse vogelfreier Proletarier ward auf den Arbeitsmarkt geschleudert durch die Auflösung der feudalen Gefolgschaften . . . Im trotzigsten Gegensatz zum Königtum und Parlament, schuf der große Feudalherr ein ungleich größeres Proletariat durch gewaltsame Verjagung der Bauerschaft von dem Grund und Boden, worauf sie denselben feudalen Rechtstitel besaß wie er selbst, und durch Usurpation ihres Gemeindelandes. Den unmittelbaren Anstoß dazu gab in England namentlich das Aufblühn der flandrischen Wollmanufaktur und das entsprechende Steigen der Wollpreise. Den alten Feudaladel hatten die großen Feudalkriege verschlungen, der neue war ein Kind seiner Zeit, für welche Geld die Macht aller Mächte. Verwandlung von Ackerland in Schafweide ward also sein Losungswort.»

«Einen neuen fruchtbaren Anstoß erhielt der gewaltsame Expropriationsprozeß der Volksmasse im 16. Jahrhundert durch die Reformation und, in ihrem Gefolge, den kolossalen Diebstahl der Kirchengüter.»

«Unter der Restauration der Stuarts setzten die Grundeigentümer eine Usurpation gesetzlich durch, die sich überall auf dem Kontinent auch ohne gesetzliche Weitläufigkeit vollzog. Sie hoben die Feudalverfassung des Bodens auf, d. h. sie schüttelten seine Leistungspflichten an den Staat ab, «entschädigten» den Staat durch Steuern auf die Bauerschaft und übrige Volksmasse, vindicierten modernes Privateigentum an Gütern, worauf sie nur Feudaltitel besaßen, und oktroyierten schließlich jene Niederlassungsgesetze (law of settlement), die . . . auf die englischen Ackerbauer wirkten, wie des Tataren Boris Godunow Edikt auf die russische Bauerschaft.

Die «glorious Revolution» (glorreiche Revolution) brachte mit dem Oranier Wilhelm III. die grundherrlichen und kapitalistischen Plusmacher zur Herrschaft. Sie weihten die neue Aera ein, indem sie den bisher nur bescheiden betriebenen Diebstahl an den Staatsdomänen auf kolossaler Stufenleiter ausübten. Das so angeeignete Staatsgut samt dem Kirchenraube, so weit er während der republikanischen Revolution nicht abhanden gekommen, bildet die Grundlage der heutigen fürstlichen Domänen der englischen Oligarchie.

«Die durch Auflösung der feudalen Gefolgschaften und durch stoßweise, gewaltsame Expropriation von Grund und Boden Verjagten, dies vogelfreie Proletariat konnte unmöglich ebenso rasch von der aufkommenden Manufaktur absorbiert werden, als es auf die Welt gesetzt ward. Andrerseits konnten die plötzlich aus ihrer gewohnten Lebensbahn Herausgeschleuderten sich nicht eben so plötzlich in die Disziplin des neuen Zustandes finden. Sie verwandelten sich massenhaft in Bettler, Räuber, Vagabunden, zum Teil aus Neigung, in den meisten Fällen durch den Zwang der Umstände. Ende des 15. und während des ganzen 16. Jahrhunderts daher in ganz Westeuropa eine Blutgesetzgebung wider Vagabundage. Die Väter der jetzigen Arbeiterklasse wurden zunächst gezüchtigt für die ihnen angetane Verwandlung in Vagabunden und Paupers.»

«Es ist nicht genug, daß die Arbeitsbedingungen, auf den einen Pol als Kapital treten und auf den andern Pol als Menschen, welche nichts zu verkaufen haben, als ihre Arbeitskraft. Es genügt auch nicht, sie zu zwingen, sich freiwillig zu verkaufen. Im Fortgang der kapitalistischen Produktion entwickelt sich eine Arbeiterklasse, die aus Erziehung, Tradition, Gewohnheit, die Anforderungen jener Produktionsweise als selbstverständliche Naturgesetze anerkennt. Die Organisation des ausgebildeten kapitalistischen Produktionsprozesses bricht jeden Widerstand, die beständige Erzeugung einer relativen Ueberbevölkerung hält das Gesetz der Zufuhr von und Nachfrage nach Arbeit, und daher den Arbeitslohn, in einem den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechenden Gleise, der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse besiegelt die Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter. Außerökonomische, unmittelbare Gewalt wird zwar immer noch angewandt, aber nur ausnahmsweise. Für den gewöhnlichen Gang der Dinge kann der Arbeiter den «Naturgesetzen der Produktion» überlassen bleiben, d. h. seiner aus den Produktionsbedingungen selbst entspringenden, durch sie garantierten und verewigten Abhängigkeit vom Kapital. Anders während der historischen Genesis der kapitalistischen Produktion. Die aufkommende Bourgeoisie braucht und verwendet die Staatsgewalt, um den Arbeitslohn zu «regulieren», d. h. innerhalb der Plusmacherei zusagender Schranken zu zwängen, um den Arbeitstag zu verlängern und den Arbeiter selbst in normalem Abhängigkeitsgrad zu erhalten. Es ist dies ein wesentliches Moment der sog. ursprünglichen Akkumulation.»

Gleichzeitig erweitert die Verwandlung der Kleinbauern in Lohnarbeiter den Umkreis der Warenzirkulation.

«In der Tat, die Ereignisse, die die Kleinbauern in Lohnarbeiter und ihre Lebens- und Arbeitsmittel in sachliche Elemente des Kapitals verwandeln, schaffen gleichzeitig diesem

letztern seinen innern Markt. Früher erzeugte und bearbeitete die Bauernfamilie die Lebensmittel und Rohstoffe, die sie größtenteils selbst verzehrte. Diese Rohstoffe und Lebensmittel sind jetzt Waren geworden; der Großpächter verkauft sie, in den Manufakturen findet er seinen Markt. Garn, Leinwand, grobe Wollenzeuge, Dinge deren Rohstoffe sich im Bereich jeder Bauernfamilie vorfanden und von ihr zum Selbstgebrauch versponnen und verwebt wurden — verwandeln sich jetzt in Manufakturartikel, deren Absatzmarkt grade die Landdistrikte bilden . . . So geht Hand in Hand mit der Expropriation früher selbstwirtschaftender Bauern und ihrer Losscheidung von ihren Produktionsmitteln die Vernichtung der ländlichen Nebenindustrie, der Scheidungsprozeß von Manufaktur und Agrikultur. Und nur die Vernichtung des ländlichen Hausgewerbes kann dem innern Markt eines Landes die Ausdehnung und den festen Bestand geben, deren die kapitalistische Produktionsweise bedarf.»

Zum Teil rekrutiert sich die Klasse der industriellen Kapitalisten aus kleinbürgerlichen Schichten, welche unter puritanisch-asketischer Entsagung auf die Genüsse und Freuden dieser Welt dem Akkumulationsprozeß obliegen, zum Teil auch aus feudalen Schichten, mehrheitlich aber aus dem Kaufmannsstande.

«Das Mittelalter hatte zwei verschiedene Formen des Kapitals überliefert, die in den verschiedensten ökonomischen Gesellschaftsformationen reifen und, vor der Aera der kapitalistischen Produktionsweise, als Kapital quand même gelten — das Wucherkapital und das Kaufmannskapital.»

«Das durch Wucher und Handel gebildete Geldkapital wurde durch die Feudalverfassung auf dem Land, durch die Zunftverfassung in den Städten an seiner Verwandlung in industrielles Kapital behindert. Diese Schranken fielen mit der Auflösung der feudalen Gefolgschaften, mit der Expropriation und teilweisen Verjagung des Landvolks. Die neue Manufaktur ward in See-Exporthäfen errichtet oder auf Punkten des flachen Landes, außerhalb der Kontrolle des alten Städtewesens und seiner Zunftverfassung.

Die Entdeckung der Gold- und Silberländer in Amerika, die Ausrottung, Versklavung und Vergrabung der eingebornen Bevölkerung in die Bergwerke, die beginnende Eroberung und Ausplünderung von Ostindien, die Verwandlung von Afrika in ein Geheg zur Handelsjagd auf Schwarzhäute, bezeichnen die Morgenröte der kapitalistischen Produktionsära. Diese idyllischen Prozesse sind Hauptmomente der ursprünglichen Akkumulation. Auf dem Fuß folgt der Handelskrieg der europäischen Nationen, mit dem Erdrund als Schauplatz. Er wird eröffnet durch den Abfall der Niederlande von Spanien, nimmt

Riesenumfang an in Englands Antijakobinerkrieg, spielt noch fort in den Opiumkriegen gegen China u. s. w.

Die verschiedenen Momente der ursprünglichen Akkumulation verteilen sich nun, mehr oder minder in zeitlicher Reihenfolge, namentlich auf Spanien, Portugal, Holland, Frankreich und England. In England werden sie Ende des 17. Jahrhunderts systematisch zusammengefaßt in Kolonialsystem, Staatsschuldensystem, modernem Steuersystem und Produktionssystem. Diese Methoden beruhn zum Teil auf brutalster Gewalt, z. B. das Kolonialsystem. Alle aber benutzen die Staatsmacht, die konzentrierte und organisierte Gewalt der Gesellschaft, um den Verwandlungsprozeß der feudalen in die kapitalistische Produktionsweise treibhausmäßig zu fördern und die Uebergänge abzukürzen. Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist eine ökonomische Potenz.»

«Heutzutage führt industrielle Suprematie die Handelssuprematie mit sich. In der eigentlichen Manufakturperiode dagegen ist es die Handelssuprematie, die die industrielle Vorherrschaft gibt. Daher die vorwiegende Rolle, die das Kolonialsystem damals spielte.

Das System des öffentlichen Kredits, d. h. der Staatsschulden, dessen Ursprünge wir in Genua und Venedig schon im Mittelalter entdecken, nahm Besitz von ganz Europa während der Manufakturperiode. Das Kolonialsystem mit seinem Seehandel und seinen Handelskriegen diente ihm als Treibhaus. So setzte es sich zuerst in Holland fest. Die Staatsschuld, d. h. die Veräußerung des Staats — ob despotisch, konstitutionell oder republikanisch — drückt der kapitalistischen Aera ihren Stempel auf. Der einzige Teil des sogenannten Nationalreichtums, der wirklich in den Gesamtbesitz der modernen Völker eingeht, ist — ihre Staatsschuld.»

«Die öffentliche Schuld wird einer der energischsten Hebel der ursprünglichen Akkumulation.»

«Die Staatsgläubiger geben in Wirklichkeit nichts, denn die geliehene Summe wird in öffentlich leicht übertragbare Schuldscheine verwandelt, die in ihren Händen fortfungieren, ganz als wären sie eben soviel Bargeld . . .»

«Mit den Staatsschulden entstand ein internationales Kreditsystem, das häufig eine der Quellen der ursprünglichen Akkumulation bei diesem oder jenem Volk versteckt. So bilden die Gemeinheiten des venetianischen Raubsystems eine solche verborgene Grundlage des Kapitalreichtums von Holland, dem das verfallene Venedig große Geldsummen lieh. Ebenso verhält es sich zwischen Holland und England. Schon im Anfang des 18. Jahrhunderts sind die Manufakturen Hollands weit überflügelt und hat es aufgehört, herrschende Handels- und Industrienation zu sein. Eines seiner Hauptgeschäfte von 1701—1776 wird daher das Ausleihen ungeheurer Kapitalien, speziell an seinen mächtigen Konkurrenten England. Aehnliches gilt heute zwischen England und den Vereinigten Staaten . . .»

Man beachte, daß Marx letzteren Satz schon vor dem Jahre 1867 niederschrieb.

«Da die Staatsschuld ihren Rückhalt in den Staatseinkünften hat, die die jährlichen Zins- u. s. w. Zahlungen decken müssen, so wurde das moderne Steuersystem notwendige Ergänzung des Systems der Nationalanleihen»*.

Mit dem Beginn des 19. Jahrhunderts neigt die Periode des Frühkapitalismus ihrem Ende zu. In England wird die Manufaktur von der Fabrik verdrängt, die menschliche Antriebskraft durch die Dampfmaschine ersetzt, das Werkzeug durch die Arbeitsmaschine ergänzt, während im an- und abschwellenden Kampfe der Waffen die Methoden der ursprünglichen Akkumulation immer neue Völker und neue Staaten in das Tretrad der kapitalistischen Entwicklung zwingen. England, der Sieger im Ringen mit Napoleon um die europäische Vorherrschaft, wird zum Land der klassischen Entwicklung des Industriekapitalismus, welcher erst die gewaltigen Potenzen der neuen Produktionsweise zur vollen Entfaltung bringt.

§ 20. Der Industriekapitalismus.

Daß gerade England das erste Land wurde, das zum Industriekapitalismus fortschritt, verdankt England neben der günstigen geographischen Lage vor allem der innerpolitischen Entwicklung (physische Vernichtung der feudalen Schichten in den Rosenkriegen, daher entscheidender politischer Einfluß des Bürgertums). Die Insellage bewahrte England vor Invasionen und erleichterte den Aufstieg zur Herrschaft über die See. Siegreiche Kriege auf dem Festlande und in den Kolonien verstärken den wirtschaftlichen Vorsprung Englands.

Von England geht denn auch der umfassende Umwandlungsprozeß aus, welcher die Maschinerie und damit die moderne Industrie geschaffen hat. Dank eingehenden Forschungen sind wir über die Technik des Altertums ziemlich gut unterrichtet**. Die

* l. c. Seite 714 ff.

** Wir entnehmen wertvolle Angaben dem verdienstlichen Werk: Albert Neuburger «Die Technik des Altertums», 1920.

antike Wirtschaft ist Sklavenwirtschaft. Dementsprechend verwenden Landwirtschaft und Gewerbe nur ganz einfache Werkzeuge. Bloß in einzelnen Luxusgewerben sind verfeinerte Produktionsmethoden festzustellen (Töpferei, Goldschmiedearbeiten, Bildhauerei).

Im Altertum erfahren besonders jene Gewerbe bewußte staatliche Förderung, die den Interessen des Staates* und der herrschenden Klasse (Bauwesen, Kriegstechnik) dienen. Denn Macht und Reichtum der antiken Stadtstaaten beruhen auf dem Kriegswesen. Die herrschende Stadt errichtet große Tempelbauten, umgibt ihr Weichbild mit hohen Mauern, führt mit gewaltigen Aquädukten den Bädern und Brunnen Wasser zu.

Dank rücksichtslosester Ausbeutung der großen Sklavenscharen erzielt der antike Bergbau (häufig als Staatsbetrieb betrieben) trotz einfachster Hilfsmittel erstaunliche Ergebnisse. Bloß mit Hammer und Spitzkeil bewaffnet, dringen Bergbausklaven bis zu 200 Meter ins Erdinnere vor. Bleilampen beleuchten die Arbeitsstätte. Das gebrochene Erz wird in Säcke eingefüllt. Kinder schleppen die Säcke ans Tageslicht.

Die meisten Völker des Altertums kennen Gold, Silber, Kupfer, Bronce, Eisen, Blei und Zinn. Berühmt sind die Goldgruben Nubiens, die Silbergruben Attikas und Spaniens, die Kupferbergwerke des Sinai und die spanischen Bleigruben**. Trinkgefässe und Wasserröhren aus Blei verursachen zahlreiche Bleivergiftungen. Das Eisen wird nur zu bestimmten Zwecken verwendet. Sein hoher Schmelzpunkt erschwert die Darstellung. Die Eisenerze werden in sogenannten Renngruben mit Holzkohle verhüttet. Besonders in Indien erreicht die Eisenindustrie schon frühzeitig einen hohen Stand.

Die Kunst der Bearbeitung der Metalle steht schon in grauer Vorzeit auf hoher Stufe. 3500 v. Chr. wird in Aegypten Blattgold geschlagen. Kunstvolle Treibarbeit erzeugt wertvolle Gold- und Silbergefässe. Edelmetalldrähte werden zu Schmuckgegenständen verarbeitet. Münzen werden geprägt oder gegossen. Um 700 v. Chr. kommt die Kunst des Lötens auf. Aus Bronce und Eisen schmiedet man Hämmer, Meißel, Nägel, Spangen, Ketten, Hufeisen, Messer.

* Neuburger Seite 3.

** In den spanischen Bleigruben wurden bis zu 40 000 Sklaven beschäftigt.

Mit Axt und Säge, Schlegel und Stemmeisen, Hobel und Drillbohrer wird das Holz bearbeitet. Die Gerberei kennt die Gerberlohe und den Alaun. Mit Messern werden die Häute geschabt und geschnitten, mit Polierstößen geglättet. Der Schuhmacher fertigt Schuhe und Sandalen. In kleinen Oefen brennt man Ziegel und Töpfereiwaren. Farbiges Glas wird zu Glaswaren verblasen. Im Ackerbau gebrauchen die Bauern den Hakenpflug, die Sichel und die Sense. Das Getreide wird in Handmühlen, z. Teil auch in Wassermühlen gemahlen und das Mehl in Backöfen zu Brot gebacken. Schon die Aegypter wissen Bier zu brauen, Wein zu bereiten, aus Oliven mit Kollergängen oder Preßbäumen Oel für Nahrungszwecke, Seife, Salben, Schminken und die Reinigung des Körpers zu pressen.

Hochentwickelt ist das Textilgewerbe. Flachs und Schafwolle sind die ersten Gespinstfasern, die verarbeitet werden. Im 2. Jahrhundert v. Chr. kommen aus dem Orient die ersten Seidengewebe nach Rom, welche geradezu mit Gold aufgewogen wurden. Die Baumwolle besitzt nur untergeordnete Bedeutung. Das Bereiten des Flachses, das Spinnen und das Weben mit Handspindel und Handwebstuhl ist Frauenarbeit. Durch Walken verfilzt man Wollstoffe zu Tuch. Gebleicht wird mit Schwefel, gefärbt mit dem Purpur der Purpurschnecke, dem Krapprot der Krapppflanze, mit Alkanna (rot), mit Heidelbeeren (schmutzig rot), mit Safran (gelb), mit Waid und Lackmus (blau), mit Eichenrinde (schwarz). Mineralfarben dienen als Glasur oder als Malerfarben. Die Malerei kennt bloß Wasser-, Wachs- und Kalkfarben.

Nadeln, Fingerhüte und Scheren sind dem Schneider unentbehrliche Werkzeuge; geflochtene Körbe, Stühle, Seile sind allgemein gebrauchte Bedarfsartikel. Die antike Technik kennt nur wenige Maschinen. Den meisten liegt das Hebelprinzip (Wasserschöpfer), Schnellwage, Hebelwage, Flaschenzug, Rollen) oder die schiefe Ebene (Wasserschnecke, Keil) zu Grunde. Wann Bildwerke aus Kupfer, wann Räder und Wagen aufkommen, ist ungewiß. Assyrer und Aegypter gebrauchten Wagen mit 8 und mehr speichigen Rädern. Zahnräder verwertet man beim Göpelwerk. Treträder bewegen Beckerwerke. Aus dem einfachen Jagdbogen entwickeln sich zusammengesetzte Bogen, Schleudern und Katapulte. Als Kraftmotor steht einzig das unter-schlächtige Wasserrad in Gebrauch.

Zur Beleuchtung und Heizung dienen primitivste Hilfsmittel: Das Feuer wird entfacht durch Feuerbohrer (Feuerstein), selten durch Brennspiegel. Aus dem Herdfeuer entsteht die Fackel. Lampen tauchen erst im 6. Jahrhundert v. Chr. in Griechenland auf. Sie werden mit Oel gefüllt und brennen mit einem Docht. Kerzen werden aus Wachs oder Talg gefertigt. Eine Straßenbeleuchtung ist sogar in Rom unbekannt. Bloß bei festlichen Gelegenheiten beleuchtet man einzelne Plätze durch Feuerbrände aus Pech, Harz u. a. Stoffen, die man in großen Becken entzündet.

Hie und da verbrennt man in den Oefen Steinkohle; gewöhnlich heizt man aber die Oefen mit Holz, Holzkohle, eventuell auch mit Torf. Die Wohnräume können durch Kohlenbecken oder tragbare Oefen erwärmt werden. In den großen römischen Bädern werden spezielle Kesselhäuser zur Erwärmung des Wassers errichtet.

Die wichtigsten Baumaterialien sind Holz, Steine und Ziegel. Die Steinblöcke werden in Steinbrüchen gebrochen und mühsam mit Sägen, Meißel und anderen Werkzeugen zu entsprechender Form zugehauen. Als Bindemittel gebrauchen die Babylonier Asphalt, die Aegypter, Griechen und Römer Gips und Kalkmörtel. Besondere Sorgfalt wird auf die Befestigungsanlagen verwendet, während die Häuser vieler Städte bloß aus Holz und Lehm erbaut werden. Häuser, Straßen, Tempel, Amphitheater, Thermen, Basiliken, Wasserleitungen, Aquädukte, Brunnen, Abwasserkanäle, Holz- und Steinbrücken, Hafenanlagen stellen der Bautechnik mannigfachste Aufgaben.

Von besonderer Wichtigkeit ist im Altertum der Schiffsbau. Nach den kleinen ägyptischen Schiffen bauen die Griechen größere Trieren und die Römer große Handels- und Kriegsschiffe. Auf dem Mittelmeer verkehren nur Ruderschiffe. Das Altertum versteht noch nicht, die menschliche Arbeitskraft durch Naturkraft zu ersetzen. Ueberall steht dort ein Sklave, eventuell ein Haustier, wo heute ein Motor das Werkzeug treibt. Segelschiffe werden erst mit der Verlegung des Schiffsverkehrs in den Atlantischen Ozean eine technische Notwendigkeit. Schiffe von mehr als 100 Tonnen gehören zu den Ausnahmen. Die Geschwindigkeit ist gering (ca. 7,4 km pro Stunde).

Dem Stande der Technik, dem Mangel an einem über größere Handfertigkeit verfügenden Handwerk entspricht der Stand der Wissenschaft. Die antike Wissenschaft ist groß in der spekulativen, von der Intuition geleiteten Forschung. Die antike Wissenschaft legt die Grundlage für die systematische Erforschung der Natur, indem sie durch Ausbildung der logischen Denkmethoden, der Geometrie*, der Arithmetik und der Algebra der wissenschaftlichen Forschung der Neuzeit vorarbeitet. Dagegen ist entscheidend für die Rückständigkeit der antiken Wissenschaft die Vernachlässigung der experimentellen Beobachtung. Wohl faßte Aristoteles (384—322 v. Chr.) in geradezu genialer Art das Wissen seiner Zeit systematisch zusammen, aber eine Erweiterung des Erfahrungskreises über das primitive Erlebnis reiner Beobachtung hinaus wurde nicht versucht. Wie wäre dies auch möglich gewesen? In einer Gesellschaft, die die Ausbildung einer höheren geistigen Kultur einer kleinen, die Arbeit verachtenden, bevorzugten Schicht vorbehielt, mußte die spekulative, rein aus den Begriffen schöpfende Forschungsmethode zur herrschenden Denkungsart werden.

Die Erfindung des Fernrohres und vieler anderer Dinge war an eine bestimmte Entwicklung der handwerklichen Handfertigkeit gebunden. Diese wurde erst im Mittelalter erreicht. Ohne die Liebe und Hingabe des Handwerkers an das Produkt seiner Arbeit wäre der Aufschwung der wissenschaftlichen Forschung, welcher gegen das Ende des Mittelalters im Abendland einsetzte, nicht möglich gewesen. Ungemein zahlreich sind im ausgehenden Mittelalter die Versuche, neue Meßmethoden (z. B. Thermometer!) ausfindig zu machen, auf dem Wege der tastenden Empirie zu einer besseren Kenntnis der Naturerscheinungen zu gelangen. Um den daraus resultierenden Fortschritt der Wissenschaft zu kennzeichnen, erinnern wir bloß an Namen, wie Galilei**, Leonardo da Vinci***, Gilbert****, Torricelli*****, Huyghens******, New-

* Die Geometrie fand ihre erste Pflege in Aegypten. Die jährlichen Ueberschwemmungen des Nils, die Jahr für Jahr neue Landmessungen notwendig machten, weckten frühzeitig das Interesse an geometrischen Problemen.

** 1564—1642. Entdeckt mit dem von ihm verbesserten Fernrohre die Jupitermonde, den Ring des Saturn, die Milchstraße, findet das Fallgesetz, stellt das Trägheitsprinzip auf, tritt für Kopernikus ein.

*** 1452—1519. Seine Entdeckungen eilten der Zeit voraus und blieben in seinen Manuskripten vergraben.

**** 1540—1603. Erdmagnetismus. Unterschied elektrischer und magnetischer Kräfte.

***** Bedeutender Schüler Galileis (Barometer, Torricellisches Vakuum!).

****** 1629—1695. Stellt die Undulationstheorie des Lichtes auf. Pendeluhr, Stoßgesetze.

ton*, Guericke** u. a. mehr. Bei all diesen Forschern ist der Zusammenhang mit der Praxis unverkennbar. In Galileis Mechanik spielen die Fragen der Festigkeit der Baumaterialien eine wesentliche Rolle. Leonardo da Vinci mußte sich auftragsgemäß besonders mit Aufgaben des Festungsbaues und der Kriegskunst beschäftigen. Die holländischen Seeleute verlangten nach genauen Uhren für die Bestimmung der geographischen Länge auf offener See. Huyghens erfindet die Pendeluhr.

Entsprechend eng ist der Zusammenhang der technischen Erfindungen mit dem praktischen Bedürfnis im 18. Jahrhundert. Die Erfindung der Dampfmaschine ist keineswegs die Tat eines Einzelnen***. Mit dem Aufkommen der Manufaktur, der Ausbreitung des Kohlenbergbaues in England werden motorische Hilfskräfte ein immer dringenderes Bedürfnis. Windmühlen werden gebaut. Je tiefer der Bergbau in die Erdkruste vordringt, umso schwieriger wird das Freihalten der Gruben von Grubenwasser. Pferde-, Wasser- und Windmühlen beginnen zu versagen. Die ersten technisch möglichen Dampfmaschinen werden von Papin († 1712) und Savery (1706) erfunden. Papin scheitert an der Schwierigkeit, metallische Zylinder von genügender Festigkeit zu erhalten. Die schwache Maschine von Savery explodiert. Erst als Newcomen, ein Schmied, 1745 die Gedanken von Papin und Savery aufnimmt, kann die Dampfmaschine im Bergbau eingeführt werden. Watt hat die Dampfmaschine nicht erfunden. Watt hat sie bloß — allerdings in wichtigen Punkten — verbessert (1769). Das erste brauchbare Dampfschiff baute Fulton und befuhr den Hudsonfluß damit 1806. Und die erste brauchbare Lokomotive erstellte Stephenson im Jahre 1812. Auch hier gingen langjährige Versuche dem Erfolg voraus. Aber erst 1829 wurde die erste Eisenbahn mit Dampfbetrieb dem Verkehr dienstbar gemacht (Stockton-Darlington resp. Manchester-Liverpool). Früher verwendeten die Eisenbahnen Pferde als Zugkraft. Speziell im Bergbau wurden schon im Mittelalter Wagen auf Schienen (zunächst Holzschienen) gesetzt, um die Reibung zu verringern.

* 1643—1727. Entdeckt das Gravitationsgesetz, erfindet die Differential- und Integralrechnung, erforscht die Natur des Sonnenlichtes.

** 1602—1686. Erfinder der Luftpumpe. 1654 Versuch mit den Magdeburger Halbkugeln.

*** «Eine kritische Geschichte der Technologie würde überhaupt nachweisen, wie wenig irgendeine Erfindung des 18. Jahrhunderts einem einzelnen Individuum gehört» («Kapital», I. Bd. S. 385).

Mit der Maschine beginnt der Uebergang vom Manufaktur- zum Fabriksystem. Die Manufaktur vermag nur dann den Handwerker zu verdrängen oder zu ersetzen, wenn die Steigerung der Arbeitsgeschicklichkeit durch Arbeitsteilung und rationellere Organisation des Arbeitsprozesses die Produktivität des manufakturmäßig organisierten «Ganzarbeiters» gegenüber dem handwerklichen Einzelarbeiter wesentlich erhöht. Dies ist nicht in allen Produktionszweigen der Fall. Wo, wie in der Töpferei und der Glasindustrie, die Manufaktur schon früh zur herrschenden Betriebsform wird, entwickelt die Manufaktur auch schon Formen der Mehrwertbildung, welche erst unter dem Fabriksystem allgemeine Verbreitung finden sollten.

«Die Umwälzung der Produktionsweise nimmt in der Manufaktur die Arbeitskraft zum Ausgangspunkt, in der großen Industrie das Arbeitsmittel»*. Die Maschinerie des Fabriksystems ersetzt systematisch menschliche Arbeitskraft durch Kräfte der leblosen Natur.

Wodurch unterscheidet sich die Maschine vom Handwerksinstrument? «Mathematiker und Mechaniker erklären das Werkzeug für eine einfache Maschine und die Maschine für ein zusammengesetztes Werkzeug»**. Jedoch diese Erklärung taugt vom ökonomischen Standpunkt aus nicht, «denn ihr fehlt das historische Moment». Ebensowenig wird ein Werkzeug zur Maschine, wenn es durch eine von der menschlichen Arbeitskraft verschiedene Naturkraft angetrieben wird, denn sonst ginge die Maschinenproduktion der Handwerksproduktion voraus, weil die «Anwendung von Triebkraft eine der ältesten Erfindungen der Menschheit» ist.

«Alle entwickelte Maschine besteht aus drei wesentlich verschiedenen Teilen, der Bewegungsmaschine, dem Transmissionsmechanismus, endlich der Werkzeugmaschine oder Arbeitsmaschine. Die Bewegungsmaschine wirkt als Triebkraft des ganzen Mechanismus. Sie erzeugt ihre eigene Bewegungskraft wie die Dampfmaschine . . . oder sie empfängt den Anstoß von einer schon fertigen Naturkraft außer ihr, wie das Wasserrad vom Wassergefälle, der Windflügel vom Wind u. s. w. Der Transmissionsmechanismus, zusammengesetzt aus Schwungrädern, Zahnrädern, Riemen etc. regelt die Bewegung, verwandelt, wo es nötig, ihre Form, verteilt und überträgt sie

* «Kapital» I, S. 334.

** l. c. Seite 335.

auf die Werkzeugmaschinerie. Beide Teile des Mechanismus sind nur vorhanden, um der Werkzeugmaschine die Bewegung mitzuteilen, wodurch sie den Arbeitsgegenstand anpackt und zweckmäßig verändert. Dieser Teil der Maschinerie, die Werkzeugmaschine ist es, wovon die industrielle Revolution im 18. Jahrhundert ausgeht. Sie bildet noch jeden Tag von neuem den Ausgangspunkt, so oft Handwerksbetrieb oder Manufakturbetrieb in Maschinenbetrieb übergeht.

Sehen wir uns nun die Werkzeugmaschine oder eigentliche Arbeitsmaschine näher an, so erscheinen im Großen und Ganzen, wenn auch oft in sehr modifizierter Form, die Apparate und Werkzeuge wieder, womit der Handwerker und Manufakturarbeiter arbeitet, aber statt als Werkzeuge des Menschen jetzt als Werkzeuge eines Mechanismus . . Entweder ist die ganze Maschine nur eine mehr oder minder veränderte mechanische Ausgabe des alten Handwerksinstrumentes, wie bei dem mechanischen Webstuhl, oder die am Gerüst der Arbeitsmaschine angebrachten tätigen Organe sind alte Bekannte, wie Spindeln bei der Spinnmaschine, Nadeln beim Strumpfwirkerstuhl, Sägeblätter bei der Sägemaschine, Messer bei der Zerhackmaschine u. s. w. Die Werkzeugmaschine ist ein Mechanismus, der nach Mitteilung der entsprechenden Bewegung mit seinen Werkzeugen dieselben Operationen verrichtet, welche früher der Arbeiter mit ähnlichen Werkzeugen verrichtete . . . Nach Uebertragung des eigentlichen Werkzeuges vom Menschen auf einen Mechanismus tritt eine Maschine an die Stelle eines bloßen Werkzeugs»*.

Eine Maschine kann gleichzeitig eine Mehrzahl von gleichartigen Werkzeugen in Bewegung setzen, während der einzelne Mensch höchstens mit zwei Werkzeugen zu gleicher Zeit hantieren kann.

«Die Anzahl der Werkzeuge, womit dieselbe Werkzeugmaschine gleichzeitig spielt, ist von vornherein emanzipiert von der organischen Schranke, wodurch das Handwerkszeug eines Arbeiters beengt wird»**.

«Die Dampfmaschine selbst, wie sie Ende des 17. Jahrhunderts während der Manufakturperiode erfunden ward und bis zum Anfang der 80er Jahre des 18. Jahrhunderts fortexistierte, rief keine industrielle Revolution hervor. Es war vielmehr umgekehrt die Schöpfung der Werkzeugmaschinen, welche die revolutionierte Dampfmaschine notwendig machte. Sobald der Mensch statt mit dem Werkzeug auf den Arbeitsgegenstand, nur noch als Triebkraft auf eine Werkzeugmaschine wirkt, wird die Verkleidung der Triebkraft in menschliche Muskel zufällig und kann Wind, Wasser, Dampf u. s. w. an die Stelle treten»*. Sonach ersetzt die Maschine, «wovon die industrielle Revolution ausgeht, den Arbeiter, der ein einzelnes Werkzeug handhabt, durch einen Mechanismus, der mit einer Masse derselben oder gleichartiger Werkzeuge auf einmal operiert und von einer einzigen Triebkraft, welches immer ihre Form, bewegt wird.»**

«Nachdem erst die Werkzeuge aus Werkzeugen des menschlichen Organismus in Werkzeuge eines mechanischen Apparates, der Werkzeugmaschine, verwandelt, erhielt nun auch die Bewegungsmaschine eine selbständige, von den Schranken menschlicher Kraft völlig emanzipierte Form . . Eine Bewegungsmaschine konnte jetzt viele Arbeitsmaschinen gleichzeitig treiben. Mit der Anzahl der gleichzeitig bewegten Arbeitsmaschinen wächst die Bewegungsmaschine und dehnt sich der Transmissionsmechanismus zu einem weitläufigen Apparat aus» ***.

Nun sind zwei Fälle denkbar. Entweder, es produzieren gleichzeitig viele gleichartige Maschinen das gleiche Produkt oder, das Produkt durchläuft nacheinander eine Reihe von Maschinen, ein Maschinensystem.

«Ein eigentliches Maschinensystem tritt aber erst an die Stelle der einzelnen selbständigen Maschine, wo der Arbeitsgegenstand eine zusammenhängende Reihe verschiedener Stufenprozesse durchläuft, die von einer Kette verschiedenartiger, aber einander ergänzender Werkzeugmaschinen ausgeführt werden. Hier erscheint die der Manufaktur eigentümliche Kooperation durch Teilung der Arbeit wieder, aber jetzt als Kombination von Teilarbeitsmaschinen»****. «Jede Teilmaschine liefert der zunächst folgenden ihr Rohmaterial, und da sie alle gleichzeitig wirken, befindet sich das Produkt ebenso fortwährend auf den verschiedenen Stufen seines Bildungsprozesses, wie im Uebergang aus einer Produktionsphase in die andere. Wie in der Manufaktur die unmittelbare Kooperation der Teilarbeiter bestimmte Verhältniszahlen zwischen den besonderen Arbeitergruppen schafft, so in dem gegliederten Maschinensystem die beständige Beschäftigung der Teilmaschinen durch einander ein bestimmtes Verhältnis zwischen ihrer Anzahl, ihrem Umfang und ihrer Geschwindigkeit . . . Ein System der Maschinerie, beruhe es nun auf bloßer Kooperation gleichartiger Arbeitsmaschinen, wie in der Weberei, oder auf einer Kombination verschiedenartiger, wie in der Spinnerei, bildet an und

* l. c. Seite 336/337.
** l. c. Seite 337.

* l. c. Seite 338/339.
** l. c. Seite 339.
*** l. c. Seite 341.
**** l. c. Seite 343.

für sich einen großen Automaten, sobald es von einem sich selbst bewegenden ersten Motor getrieben wird»*.

Sobald die Arbeitsmaschine eine gewisse Ausbildung erreicht hat, bedarf sie nur noch menschlicher Nachhülfe und beaufsichtigender Kontrolle. Der Arbeiter wird zum Anhängsel der mehr oder weniger automatisch funktionierenden Maschine.

«Mit der Zunahme der Erfindungen und der wachsenden Nachfrage nach den neu erfundenen Maschinen entwickelte sich mehr und mehr einerseits die Sonderung der Maschinenfabrikation in mannigfaltige selbständige Zweige, anderseits die Teilung der Arbeit im Innern der maschinenbauenden Manufakturen»**

«Die Umwälzung der Produktionsweise in einer Sphäre der Industrie bedingt ihre Umwälzung in der andern. . . So machte die Maschinenspinnerei Maschinenweberei nötig und beide zusammen die mechanisch-chemische Revolution in der Bleicherei, Druckerei und Färberei.So rief andererseits die Revolution in der Baumwollspinnerei die Erfindung des gin zur Trennung der Baumwollfaser vom Samen hervor, womit erst die Baumwollproduktion auf dem nun erheischten großen Maßstab möglich ward. Die Revolution in der Produktionsweise der Industrie und Agrikultur ernötigte namentlich aber eine Revolution in den allgemeinen Bedingungen des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, d. h. den Kommunikations- und Transportmitteln»***.

Damit wuchsen die Ansprüche an den Maschinenbau. Die handwerksmäßige Maschinenmanufaktur versagte.

«Die große Industrie mußte sich also ihres charakteristischen Produktionsmittels, der Maschine selbst, bemächtigen und Maschinen durch Maschinen produzieren. So erst schuf sie ihre adäquate technische Unterlage und stellte sich auf ihre eigenen Füße»****.

Drehbänke, Bohrmaschinen, Hobelmaschinen, Scheermaschinen, kurz Werkzeugmaschinen aller Art, Dampfhämmer, Schmiedepressen werden erfunden, um Maschinen durch Maschinen zu erzeugen.

«Die Produktivität der Maschine mißt sich an dem Grad, worin sie menschliche Arbeitskraft ersetzt»*****. Die Maschinenarbeit setzt dem Produkt weniger Wert zu, als die Handarbeit:

* «Kapital» I, Seite 343/344.
** l. c. Seite 346.
*** l. c. Seite 347.
**** l. c. Seite 348.
***** l. c. Seite 355.

«Babbage berechnet, daß in Java 117 % dem Baumwollwert fast nur durch die Spinnarbeit zugesetzt werden. Zur selben Zeit (1832) betrug in England der Gesamtwert, den Maschinerie und Arbeit der Baumwolle bei der Feinspinnerei zusetzten, ungefähr 33 % auf den Wert des Rohmaterials»*.

«Ausschließlich als Mittel der Verwohlfeilerung des Produkts betrachtet, ist die Grenze für den Gebrauch der Maschinerie darin gegeben, daß ihre eigene Produktion weniger Arbeit kostet, als ihre Anwendung Arbeit ersetzt. Für das Kapital jedoch drückt sich diese Grenze enger aus. Da es nicht die angewandte Arbeit zahlt, sondern den Wert der angewandten Arbeitskraft, wird ihm der Maschinengebrauch begrenzt durch die Differenz zwischen dem Maschinenwert und dem Wert der von ihr ersetzten Arbeitskraft»**.

Je tiefer die Arbeiterlöhne***, umso schwächer der Anreiz zur Einführung arbeitssparender, die Produktivität erhöhender Maschinerie; je höher die Löhne, umso schärfer der Zwang zur Rationalisierung und zur Steigerung der Produktivität der Arbeit.

«Die technische Unterordnung des Arbeiters unter den gleichförmigen Gang des Arbeitsmittels und die eigentümliche Zusammensetzung des Arbeitskörpers aus Individuen beider Geschlechter und verschiedenster Altersstufen schaffen eine kasernenmäßige Disziplin, die sich zum vollständigen Fabrikregime ausbildet und die schon früher erwähnte Arbeit der Oberaufsicht, also zugleich die Teilung der Arbeiter in Handarbeiter und Arbeitsaufseher, in gemeine Industriesoldaten und Industrieunteroffiziere, völlig entwickelt»****.

Die industrielle Revolution ist nicht nur eine technische Revolution, sie wird gegen Ende des 18. und zu Beginn des 19. Jahrhunderts zur gewaltigen sozialen Revolution.

Durch den Ausbau der Kanäle*****, des Straßenwesens******, die

* l. c. Seite 355, Fußnote.
** l. c. Seite 356/357.
*** Die tiefen Löhne der Heimarbeiter der Bekleidungsbranche hemmten die Entwicklung der Kleider- und Wäschefabriken.
**** l. c. Seite 389.
***** Bridgewaterkanal (1759—1772) verbindet Liverpool mit Manchester. Der kaledonische Kanal wird 1832 vollendet; Bayrischer Ludwigskanal 1836 bis 1845; Eriekanal U. S. A. 1817—1825; Suezkanal 1859—1869.
****** Frankreich 1800 26 000 km Hauptstraßen,
1820 86 000 km Hauptstraßen, nebst 24 000 km. Nebenstraßen.
Preußen 1815 31 500 km Chausseen,
1876 65 000 km Chausseen.

Erfindung des Dampfschiffes*, die Errichtung von Eisenbahnen**, den Ersatz der optischen durch elektrische Telegraphen***, die Legung von Uebermeerkabeln**** wird einer ungeahnten Entwicklung des Verkehrswesens vorgearbeitet. Gewerbevereine, polytechnische Vereine kommen auf. Industrie- und Gewerbeausstellungen***** verbreiten technisches Wissen.

Patente und Musterschutz fördern den Erfindungsgeist. Einheitliche Maße, rationell geregeltes Gewicht- und Münzsystem erleichtern Handel und Verkehr. Realschulen, Gewerbeschulen, Handwerkerschulen und Polytechnische Institute werden gegründet. Die Zunftordnung wird aufgehoben ****** oder durchlöchert*******.

Als Bewegungs- und Kraftmaschinen verwendet man gegen 1870 Wasserräder********, Windräder, Dampfmaschinen und Gasmaschinen. Die Metallindustrie weiß Eisen, Stahl*********, Kupfer, Blei, Zink, Zinn, Nickel, Antimon, Aluminium (sehr teuer!), Silber, Gold, Platin, Quecksilber, nebst entsprechenden Legierungen zu gewinnen. Die Metalle werden gegossen, geschmiedet, man walzt

* 1819 erste Ueberquerung des atlantischen Ozeans.

** 15./16. Jahrhundert erste Holzbahnen in den Bergwerken des Harz. In England seit 1738 gußeiserne, 1820 schmiedeiserne Schienen. 1840 in Deutschland 17 Eisenbahnlinien im Bau, 14 in Betrieb. 1841 kostet die kombinierte Post-Eisenbahnreise Berlin-Paris 755 Mk. und dauert 89 Stunden; 1900 kostet sie 111 Mk. (Schlafwagen 1. Klasse) und dauert nur 18—19 Stunden.

*** Erste öffentliche Telegraphen: Nordamerika 1843; England 1848; Deutschland 1847/1849; Frankreich 1851.

**** 1865/1866 werden die zwei ersten Europa-Amerika verbindenden Kabel gelegt.

***** Frankreich seit 1798. Erste Weltausstellung: London 1851; 2. Paris 1855; 3. London 1862 etc. Französische Landesausstellung 1798 110 Aussteller; 10. Landesausstellung 1849 schon 4494 Aussteller

****** 1791 in Frankreich Gewerbefreiheit, 1810 in Preußen (1845 neue, 1848 revidierte Gewerbeordnung).

******* In Wien lebten z. B. 1816/1821 in 25 Gewerben neben 4134 zünftigen Meistern 2794 konzessionierte Meister, z. B.

Hutmacher	75	resp.	47
Schuhmacher	1400	resp.	1000
Schneider	1272	resp.	388
Schirmmacher	9	resp.	17 etc.

******** Erst 1753 wird nachgewiesen, daß das oberschlächtige Wasserrad dem unterschlächtigen Rad überlegen ist. 1827 wird die Turbine erfunden.

********* Der Gußstahl wurde 1740 erfunden.

Bleche, Drähte, Röhren. Spezielle Werkzeugmaschinenfabriken fabrizieren Werkzeuge und Werkzeugmaschinen, andere Betriebe der Metallindustrie produzieren Eisen- und Stahlwaren, metallene Kleiderknöpfe, prägen Münzen, stellen Taschen- und andere Uhren her, widmen sich Silber- und Goldarbeiten. Das Zinkblech, spezielle Legierungen (Britaniametall), die Walzwerke sind Erfindungen des 19. Jahrhunderts. Maschinen erleichtern die Steinbearbeitung.

In der Tonindustrie formt man die Tonwaren nicht mehr mit der Hand, sondern maschinell. Große Brennöfen und Glasuren steigern die Qualität der Produkte. Die Glasindustrie fabriziert Silberspiegel und Trinkgläser, schleift Spiegelglasscheiben.

Die Holzindustrie schneidet mit Sägemaschinen die Baumstämme zu Schnittholz. Seit dem 19. Jahrhundert trägt man genagelte Schuhe.

Bis zum Jahre 1750 herrschten in der Textilindustrie Handspindel, Spinnrad und Handstuhl. In rascher Folge werden eingeführt Wollwasch-, Kratz-, Krempel-, Häckel-, Streck-, Vorspinn- und Feinspinnmaschinen, findet die Schnellschütze* allgemeine Verbreitung, kommt die Jacquardmaschine, kommen Näh- und Strickmaschinen auf.

Papierfabriken fabrizieren mit dem Holländer Papier, das der Graphiker nach den verschiedensten Verfahren (Lithographie, Holzschnitt, Stahldruck) bedruckt. Chokoladefabriken stellen Chokolade her, Bierbrauereien brauen Bier, Schnapsbrenner brennen Branntwein, Zuckerfabriken gewinnen aus Zuckerrüben Rübenzucker, Raffinerien destillieren aus Erdöl Brennöl ab, die Kohle verdrängt das Holz als Holzmaterial, die Baumwolle die Wolle und den Flachs, in der chemischen Industrie produziert man Salmiak, Schwefel-, Salz- und Salpetersäure, Soda, Kupfervitriol, Chlorkalk und Aetznatron, Mineralfarben und die ersten Anilinfarbstoffe.

Außer der Elektrizitäts-, Auto-, Radio-, Grammophon- und Filmindustrie sind gegen Ende der frühkapitalistischen und zu Beginn der industriekapitalistischen Periode sozusagen alle Produktionszweige der Gegenwart vertreten oder in Bildung begriffen. Besonders starke Fortschritte macht in der Folge die industrielle Entwicklung 1. in der Textilindustrie, 2. in der Metallindustrie, 3. im Verkehrswesen. Speziell die englische Baumwoll-

* Erfunden 1738.

industrie läßt die charakteristischen Züge der industriekapitalistischen Entwicklung deutlich erkennen.

Einen orientierenden Ueberblick über die aufsteigende Entwicklung der englischen Baumwollindustrie vermitteln die Zahlen des englischen Importes von Baumwolle* Bis 1870 stürmischer

Jahresdurchschnitt von je 5 Jahren	Import von Rohbaumwolle (Reexport in Abzug gebracht (in 1000 lb)	Export von Garn (Mill. lb)	Mill. £	Export von Baumwolltuch grau, gebleicht, gefärbt (Mill. Yards)	Mill. £
1800—1804	56 089				
1805—1809	63 915				
1810—1814	76 008				
1815—1819	118 268				
1820—1824	152 202	26,4	2,7	293,2	13,5
1825—1829	205 665	46,3	3,5	346,9	12,4
1830—1834	280 913	70,2	4,5	476,8	12,8
1835—1839	374 442	99,0	6,6	629,6	15,4
1840—1844	514 942	131,6	7,2	848,2	15,3
1845—1849	555 264	140,5	6,6	1 106,7	17,0
1850—1854	707 024	143,0	6,6	1 542,6	22,3
1855—1859	883 516	183,2	8,5	2 167,7	30,5
1860—1864	697 078	123,6	8,5	2 077,9	36,7
1865—1869	905 700	151,0	13,5	2 643,6	50,8
1870—1874	1 253 716	205,4	15,3	3 445,5	54,8
1875—1879	1 234 843	232,2	12,6	3 669,7	49,8
1880—1884	1 475 834	248,8	13,0	4 492,9	55,3
1885—1889	1 470 452	251,8	11,6	4 833,4	50,8
1890—1894	1 534 889	235,8	10,3	4 974,9	50,5
1895—1899	1 578 341	242,1	9,2	5 139,3	48,5

(Nach «Survey of Textile Industries» 1928, London.)

Aus diesen Durchschnittszahlen lassen sich natürlich keine Schlüsse auf die Konjunkturschwankungen ziehen, dafür treten aber die allgemeinen Entwicklungstendenzen umso schärfer hervor: Allgemeine Ausdehnung des Exportes und der Produktionskapazität der englischen Baumwollindustrie unter gleichzeitigem stark ausgeprägten Fall der Preise, besonders in der Zeit von 1820—1830 und von 1840—1850. [Trotz bedeutender Vermehrung der exportierten Warenmenge sinkt der durchschnittliche Wert der Ware]:

Preise sh	Preise d	Rotes Baumwollgewebe	Preise sh	Preise d	Rotes Baumwollgewebe
15	9	1820	10	—	1836
14	—	1823	7	9	1837
16	3	1825	8	7½	1839
10	6	1826	7	3	1840
10	—	1827	6	3	1844
8	8½	1830	5	6	1846
8	7	1832	4	9½	1848
9	4	1834	5	4½	1849
10	2	1835			

Aufschwung, in den nachfolgenden Jahrzehnten allmählich immer schärfer sich ausprägender relativer Stillstand. Es sind mannigfache Gründe, welche die Konzentration der Baumwollindustrie in England und in Lancashire veranlaßten.

Merkwürdigerweise wurde die Baumwollindustrie in England recht spät eingeführt. Asien wie Amerika kannten die Verarbeitung der Baumwolle lange vor Europa* ; ebenso wurden in Spanien, in Italien, in den Niederlanden und sogar in Bayern, Sachsen und Preußen Baumwollmanufakturen errichtet, bevor in England auch nur ein einziger Betrieb bestand. Aber mit der Vergrößerung des amerikanischen und westindischen Anbaus von Baumwolle beginnt sich die englische Verkehrslage günstig auszuwirken. Da zwischen dem Gewicht des Rohstoffes und dem Gewicht des Fertigfabrikates kein großer Unterschied besteht, war kein zwingender Grund vorhanden, die Baumwolle schon in den Produktionsländern zu verarbeiten. Andererseits begünstigte das feuchte Klima Lancashires die englische Baumwollindustrie, weil besonders für das Spinnen feinerer Baumwollgarne eine gewisse gleichmäßige Feuchtigkeit der Luft unerläßlich ist. Heute ist allerdings dieser natürliche Vorzug des englischen Klimas gegenstandslos geworden, weil man auf künstlichem Wege in den Fabrikationsräumen jene Feuchtigkeit erzeugen kann, welche der Spinnprozeß verlangt.

Fast noch wichtiger waren jene indirekten Vorteile, die England der Insellage verdankt: Nach dem Sieg der bürgerlichen Revolution eine Periode ruhiger Entwicklung, keine das Land verwüstenden Kriege; große Fortschritte der Schiffahrtstechnik; wachsende Ausdehnung des Kolonialhandels. Lancashire besitzt reiche Wasserkräfte; auch Kohle und Eisen sind in nützlicher Nähe; Liverpool bildet einen vorzüglich geeigneten, natürlichen Hafen. Gleichzeitig verfügte England trotz rascher Akkumulation über großen Kapitalüberfluß. Die ersten Baumwollmanufakturen sollen in Lancashire schon im 1. Viertel des 17. Jahrhunderts entstanden sein, aber erst nach 1770 begann jener technische Expansionsprozeß, welcher in verhältnismäßig kurzer Frist die englische Industrie zur führenden Stellung emporriß.

Ueber jene Erfindungen, die die Voraussetzung für die Entwicklung der Baumwollindustrie bildeten, berichtet die «Warenkunde und Industrielehre» von E. Rüst:

* «Survey of Textile Industries» S. 3 ff.

«Im Jahre 1764 erfand James Hargreaves in der Spinning Jenny die erste Spinnmaschine, die die Arbeit der Handspindel nachahmte, gleichzeitig aber eine große Zahl Spindeln, erst 8, dann 12 betrieb. Kurz nachher wurde das schon im Jahre 1530 durch Johann Jürgens erfundene Spinnrad durch Richard Arkwright zu einer Spinnmaschine, der Waterframe, ausgebildet (1769). Diese mit Wasserkraft betriebene Spinnmaschine verwendete zur Speisung der zahlreichen Spindeln die von Lewis Paul 1738 angegebenen Streckwalzenpaare, die das von Hand hergestellte Vorgarn auf Spinnfeinheit auszogen. Durch Verbindung des Streckwerkes mit der Spinning Jenny schuf Samuel Crompton (1775) die Mule Jenny, die nach vielen Versuchen 1825 durch Richard Roberts in den völlig selbsttätig arbeitenden Selfaktor übergeführt wurde. Zur Vermehrung der Spinnleistung trug in hohem Maße die von James Watt verbesserte Dampfmaschine bei, welche im Jahre 1789 zum ersten Mal in den Dienst der Spinnmaschine gestellt wurde. Die große Spinnleistung der neuen Maschinen hätte sich aber als unnütz erwiesen, wenn nicht auch zur nämlichen Zeit der langsam arbeitende Handwebstuhl allmählich durch den im Jahre 1785 von Edmund Cartwright gebauten mechanischen Webstuhl hätte ersetzt werden können. Aber selbst das Zusammentreffen all dieser Erfindungen hätte nicht genügt, die Baumwolle zur derzeitigen Bedeutung zu bringen, denn die neuen Maschinen kamen auch der Verarbeitung der anderen Gespinstfasern zugute. Die ausschlaggebende Erfindung für die allgemeine Verwendung der amerikanischen Baumwolle war die Erfindung der Säge-Entkernungsmaschine durch Eli Whitney im Jahre 1794. Erst diese schnell arbeitende Maschine, welche die Baumwolle von den Samen löst, gestattete die gewaltige Ausdehnung der amerikanischen Baumwollpflanzungen, denn die Aufbringung der nötigen Arbeitskräfte für die Handentkörnung großer Baumwollmengen wäre in Amerika unmöglich gewesen.»

Tugan-Baranowski* macht mit Recht darauf aufmerksam, daß die «industrielle Revolution» ein lange dauernder Prozeß gewesen sei.

«Neue Produktionsmethoden drangen und dringen nacheinander in einem Arbeitszweig nach dem anderen ein. Während in den einen von ihnen die Revolution bereits vollendet ist und die Fabrik eine unbeschränkte Herrschaft erlangt hat, herrscht in den anderen noch ebenso unbeschränkt der Kleinbetrieb. Jeder Produktionszweig hat je nach seinen technischen, ökonomischen und sozialen Eigentümlichkeiten seine eigene Geschichte ... Die maschinelle Produktion hat zuerst einen verhältnismäßig nicht sehr bedeutenden Arbeitszweig erfaßt — die Baumwollspinnerei. Der Sieg der Maschine in den Baumwollspinnereien war ein überaus rascher ... Die Baumwollspinnerei in England war schon zu Beginn des 19. Jahrhunderts eine ausschließliche fabrikmäßige Produktion. Das Kattundrucken hat auch bald einen fabrikmäßigen Charakter angenommen, aber auf dem Gebiete der Weberei war der Kampf der großen und kleinen Produktion ein sehr hartnäckiger und andauernder ...

Es war eine ganze Reihe von Erfindungen nötig, bevor die Webmaschine zur praktischen Anwendung gelangte. Der gegenwärtige Typus des mechanischen Webstuhls hat sich erst im Jahre 1822 festgesetzt (mit dem von Scharp und Roberts genommenen Patent) und erst seit dieser Zeit beginnt die Maschinenweberei schnell zu wachsen. Im Jahre 1823 zählte man in England insgesamt 2400 mechanische Webstühle, während gegen 200 000 Handwebstühle für Bearbeitung der Baumwolle vorhanden waren. In den Jahren 1813—1820 hat sich die Zahl der Webmaschinen um 11 750 vermehrt ... Bis zu den 30er Jahren hat die Zahl der Handweber fast gar nicht abgenommen ... Gegen Ende der 50er Jahre hört in der Baumwollweberei die Handarbeit fast auf. (Nach Thomas Ellison: «The Cotton Trade of Great Britan».)

Baumwollweberei	1819/21	1829/31	1844/46	1859/61
a) Fabrikarbeiter	10 000	50 000	150 000	203 000
b) Handweber } Hausarbeiter }	240 000	225 000	60 000	7 500

Hunderttausende von Handwebern sind in den 30er Jahren und 40er Jahren genötigt worden, ihre Webstühle zu verlassen und in Fabriken überzugehen ... Wenn man daher die «industrielle Revolution» auf eine bestimmte historische Epoche beziehen will, so kann man sie mit größerem Recht in das zweite Viertel des 19. Jahrhunderts als in das Ende des 18. Jahrhunderts verlegen. Und dies ist umso wichtiger, als gerade in diese Zeit die größte Umwälzung auf dem Gebiete des Transportwesens fällt.

... Die Ersetzung der kleineren Produktion durch die große und der Handarbeit durch die Maschine führt zu enormer Erhöhung der Produktivität der Arbeit. Nach Th. Ellison sind die bedeutendsten Vervollkommnungen auf dem Gebiete der Spinnerei in der Periode 1820/30 und auf dem Gebiete der Weberei in der Periode 1830/45 durchgeführt worden. Das Wachstum der

* «Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England» (S. 39 ff.).

* l. c. Seite 39.

Produktivität der Arbeit in der Baumwollweberei und Spinnerei Englands kann man auf Grund der folgenden Daten beurteilen:

	Jahresproduktion von Garnen pro Arbeiterin (in Pfund)	Jahresproduktion von Gewebe pro Arbeiter (in Pfund)	Menge der verarbeiteten Rohbaumwolle (in Mill. Pfund)
1819—1821	968	342	120
1829—1831	1546	591	243
1844—1846	2754	1681	588 . .»*

In großen Zügen lassen sich aus der Statistik unschwer jene Tendenzen ablesen, welche zur technischen Konzentration, zur Steigerung der Produktivität der Arbeit und zur Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals führen. Trotz beträchtlicher Vermehrung des Bedarfes an zu verarbeitender Baumwolle (wobei noch zu beachten ist, daß im Laufe der Jahre die Verluste durch Abfall immer kleiner werden), nimmt die Zahl der in der Baumwollindustrie beschäftigten Personen im Laufe eines Jahrhunderts nur unwesentlich zu: Vermehrung des konstanten Kapitals relativ zum variablen Kapital. Einige Zahlen mögen diese Tatsachen verdeutlichen:

Einfuhr von Baumwolle:

1785		17 993 000 lb.
1800		56 011 000 lb.
1815/19	(Mittel)	118 268 000 lb.
1835/39	„	374 442 000 lb.
1850/54	„	707 624 000 lb.
1870/74	„	1 253 716 000 lb.
1900/04	„	1 579 766 000 lb.
1910/13	„	2 007 805 000 lb.

(«Survey of Textile Industries.»)

Beschäftigte Personen:

	Baumwollindustrie				in Baumwollfabriken	
Jahr	Total	Männer	Frauen		Total	Frauen
1839	570 000	265 000	305 000		259 000	146 395
1850/51	520 000	192 000	328 000		330 924	189 420
1901	544 000	199 000	345 000	(1878)	482 903	297 431
1911	620 000	236 000	384 000	(1898)	526 107	328 406

(Aus: «Survey of Textile Industries».)

Der Anteil der in Fabriken beschäftigten Personen nimmt absolut und relativ zu. 1901 sind schon über 95 % aller Arbeitnehmer der Baumwollindustrie in den Fabriken beschäftigt. Daß

* l. c. Seite 42.

diesem Prozeß eine Tendenz zum Großunternehmen parallel geht, beweisen u. a. die im «Kapital» von Marx enthaltenen Angaben.

«Von 1861 bis 1868 verschwanden also 338 Baumwollfabriken; d. h. produktivere und großartigere Maschinerie konzentrierte sich in den Händen einer geringern Zahl von Kapitalisten. Die Zahl der Dampfwebstühle nahm ab um 20 663; aber ihr Produkt hatte sich gleichzeitig vermehrt, sodaß ein verbesserter Webstuhl jetzt mehr leistete als ein alter. Endlich die Spindelzahl wuchs um 1 612 541, während die Zahl der beschäftigten Arbeiter um 50 505 abnahm. Das «zeitweilige» Elend, womit die Baumwollkrise die Arbeiter erdrückte, wurde also gesteigert und befestigt durch raschen und anhaltenden Fortschritt der Maschinerie»*.

Zahlen der neueren Firmenstatistik, welche zwar bloß die Verhältnisse der Jahre 1884 und 1911 einander gegenüberstellen, zeigen nichts destoweniger den Uebergang von der kleineren zur größeren Firma, sowie das Aufstreben der Aktiengesellschaft.

A. Spinnereien in Lancashire.

Spindeln	Zahl der Firmen 1884		Zahl der Firmen 1911	
	Total	Davon A. G. **	Total	Davon A. G.
1 000— 7 500	70	1	48	8
7 500— 25 000	238	19	116	44
25 000— 50 000	164	33	125	70
50 000—100 000	132	56	231	177
100 000—150 000	26	9	93	81
150 000—200 000	5	1	25	14
200 000—260 000	2	—	10	7
über 260 000	2	—	9	7
	639	120	657	408

(Aus: «Survey of Textile Industries».)

Während die Zahl der Firmen nur unmerklich zunimmt (um 18 von 639 auf 657), vermehrt sich die Zahl der Unternehmungen mit über 50 000 Spindeln von 167 auf 368 (davon A.-G. von 66 auf 286); die Zahl der Spindeln der ganzen Industrie nimmt aber nur von 41 298 110 (1885) auf 58 002 435 (1911)*** zu, sodaß nicht nur ein absolutes Wachstum der großen Unternehmungen, sondern auch die Ausschaltung zahlreicher kleinerer Unternehmen festzu-

* «Kapital» Bd. I, Seite 400.

** Der Rest sind andere Gesellschaften und private Firmen
1884: 120 A.-G., 27 andere Gesellschaften, 493 private Gesellschaften.
1911: 408 A.-G., 145 andere Gesellschaften, 104 private Gesellschaften.

stellen ist. Kleinere Unternehmungen können sich nur dann behaupten, wenn sie sich spezialisieren.

Es bleibt kommenden wirtschaftsgeschichtlichen Arbeiten vorbehalten, die Konzentrationstendenz des Kapitals sowohl in der Form des Ueberganges vom Klein- zum Großbetrieb unter steter Annäherung an die optimale Betriebsgröße, als auch als Tendenz zur Konzentration der Unternehmungen in immer weniger Händen im einzelnen exakt nachzuweisen.

Aus der Statistik des Vereins schweizerischer Seidenzwirner konnten wir ein charakteristisches Beispiel für die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals entnehmen:

Jahr	Etablissemente Trame- und Organzin-Zwirner	Total	Arbeiter Fabrikarbeiter	Heimarbeiter	Total	Löhne in 1000 Frk.
1883	45	—	4 859	2 021	6 880	2 449
1887	35	61	5 765	2 289	8 054	2 621
1900	20	38	2 658	1 204	3 862	1 775
1906	19	35	2 198	497	2 695	1 413

Von 1883 bis 1887 nimmt die Zahl der Arbeiter zu, aber es vermehren sich in diesem Zeitraum vor allem die Fabrikarbeiter. Trotzdem sinkt der Durchschnittslohn. Bis zum Jahre 1906 geht die Zahl der Heimarbeiter ganz wesentlich zurück. Im gleichen Zeitraum bleibt trotz verminderter Arbeiterzahl die Zahl der Spindeln nahezu konstant, während die Produktion größer wird. Das Lohnkonto hat sich verringert, die Produktion hat sich vergrößert: das variable Kapital ist nicht nur relativ, es ist auch absolut verringert worden auf Kosten des konstanten Kapitals!

Jahr	Spindeln	Produktion Organzin, Trame	In 1000 Kg. Näh- u. Strickseide	Total
1883	37 200	250	83	333
1900	47 218	288	101	389
1906	35 341	295	99	394

*** Fußnote zu S. 385 unten

	Spindeln	Webstühle
1885	41 298 110	546 048
1900	42 640 201	648 820
1910	57 731 829	741 197
1914	59 317 187	805 452
1920	60 079 394	798 083
1924	59 510 867	791 674
1927	60 465 082	767 524

(Aus «Survey of Textile Industries».)

Am schwierigsten ist der statistische Nachweis für das Gesetz der Tendenz zur Bildung einer Durchschnittsprofitrate zu führen. Rentabilitätsziffern stehen uns leider bloß aus der deutschen und schweizerischen Industrie zur Verfügung. Zudem beziehen sich diese Rentabilitätsziffern nur auf Aktiengesellschaften. Es ist natürlich bei der Bewertung der nachstehenden Zahlen, welche durch Mittelwertbildung der jährlich verteilten Dividenden erhalten werden, die Bildung von Gründergewinn und der Einfluß eventueller «Verwässerung» des Aktienkapitals in Berücksichtigung zu ziehen.

Geschäftsergebnisse der deutschen Aktiengesellschaften
(aus «Wirtschaft und Statistik» nach Liefmann: Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften).

Jahr	Einbezahltes Kapital	Reserven	Zahl der A. G., welche Dividenden verteilten	Dividenden	
	in Millionen Mark			Summe in Mill. Mark	in %
1907/08	12 789	2 661	3 425	1 023	8,07
1913/14	15 954	4 016	3 372	1 270	8,06
1916/17	15 821	4 282	3 278	1 460	9,28

Gewerbegruppen mit den günstigsten Rentabilitätsziffern.
(Aus der Zeitschrift «Glückauf» nach Liefmann.)

Gewerbegruppen	Rentabilitätsziffer 1913/1914	1917/1918
1. Land- und Forstwirtschaft	6,77	29,93
2. Papierindustrie	5,54	17,70
3. Leder- und Gummiindustrie	11,16	13,35
4. Bekleidungsgewerbe	8,99	14,18
5. Vervielfältigungsgewerbe	6,29	11,18
6. Metallverarbeitung	5,94	21,65
7. Holz- und Schnitzstoffgewerbe	7,51	13,58
8. Industrie der Steine und Erden	8,31	11,53
9. Versicherungsgewerbe	14,14	13,19
10. Chemische Industrie	13,30	17,85
11. Industrie der Maschinen, Instrumente u. Apparate	8,17	13,72
12. Tierzucht und Fischerei	10,67	13,98
13. Spinnstoffgewerbe	6,94	11,56
14. Bergbau, Hütten- u. Salinenwesen, Torfgräberei	9,68	13,08

Gegen diese Statistik läßt sich vieles einwenden. 1. Die miteinander verglichenen Produktionszweige sind nicht von gleicher Kapitalkraft. 2. In den verschiedenen Produktionszweigen wechselt die ökonomische Bedeutung und das statistische Gewicht der Aktiengesellschaft. 3. Die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate setzt sich erst nach Ueberwin-

dung vielfacher Friktionswiderstände durch. Je höher die organische Zusammensetzung des Kapitals in einem bestimmten Produktionszweig, umso schwieriger wird es sein, das Anlagekapital aus dem betreffenden Produktionszweig zurückzuziehen, umso häufiger ist die Bildung von fiktivem Kapital. Immerhin läßt sich doch aus der angeführten Statistik die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate zur Durchschnittsprofitrate ablesen, wenn man z. B. das Bekleidungsgewerbe mit dem Bergbau vergleicht.

Eine schweizerische Dividendenstatistik aus der Nachkriegszeit läßt den im Verlaufe der Konjunkturbewegung nahezu parallelen Gang der Dividendenerträgnisse in den verschiedenen Produktionszweigen deutlich hervortreten. Gewisse Industrien, wie z. B. die chemische Industrie, profitieren offensichtlich von Patentrenten. Andererseits hatte das polygraphische Gewerbe unter den Kriegsfolgen besonders schwer zu leiden. Trotzdem läßt auch diese Zusammenstellung die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten klar erkennen.

Aus der schweizerischen Dividendenstatistik.

	Arbeiterzahl sämtl. Fabriken 1923	1917	1919	1921	1923	1925
Gesamtindustrie	337 403	11,00	11,05	3,39	4,88	6,93
Nahrungs- und Genußmittel	23 589	12,50	13,33	3,07	4,51	7,53
Milchsiedereien	1 498	—	—	0,10	3,26	6,97
Schokolade	5 495	—	—	7,17	4,34	9,67
Tabak	6 686	—	—	6,66	5,71	3,98
Bierbrauerei	1 942	—	—	5,68	7,42	10,58
Bekleidungsindustrie	35 898	9,50	9,89	4,42	3,95	5,88
Schuhindustrie	11 414	—	—	4,81	3,89	6,73
Bauindustrie		4,66	7,02	3,25	6,19	7,42
Textilindustrie	90 576	7,88	9,04	4,55	6,22	6,65
Seidenindustrie	27 605	—	—	6,02	9,50	9,76
Baumwollindustrie	34 631	—	—	3,08	3,31	3,40
Wollindustrie	7 183	—	—	7,88	8,71	8,13
Strickerei	13 866	—	—	2,28	1,26	2,49
Papier- und Lederindustrie	11 971	8,61	8,69	4,17	3,52	6,39
Chemische Industrie	12 137	20,92	20,24	4,29	8,21	10,51
Elektrochemische Industrie	1 036	—	—	5,39	8,22	10,08
Maschinen- u. Metallindustrie	116 669	11,12	9,19	2,49	3,08	5,17
Uhrenindustrie	33 438	—	—	1,39	2,07	3,91
Gießerei	35 154	—	—	3,23	3,82	5,62
Elektrotechnik	7 263	—	—	1,98	2,18	6,44
Auto	10 669	—	—	1,67	2,29	2,86
Polygraphische Industrie	11 170	0,85	3,09	4,57	4,47	5,92

Viel genauer als über die Gewinne der Industrie sind wir unterrichtet über die Arbeits- und Lebensbedingungen des industriellen Proletariates. Gerade Marx* und Engels** haben über die Lage der arbeitenden Klasse in England in der Zeit des Ueberganges vom Früh- zum Industriekapitalismus wichtiges Material gesammelt. Engels faßte seine Untersuchungen über die Lebensbedingungen der englischen Proletarier «nochmals kurz zusammen»:

«Die großen Städte sind hauptsächlich von Arbeitern bewohnt, da im günstigen Falle ein Bourgeois auf zwei, oft auch drei, hier und da auf vier Arbeiter kommt; diese Arbeiter haben selbst durchaus kein Eigentum und leben von dem Arbeitslohn, der fast immer aus der Hand in den Mund geht; die in lauter Atome aufgelöste Gesellschaft kümmert sich nicht um sie, überläßt es ihnen, für sich und ihre Familien zu sorgen, und gibt ihnen dennoch nicht die Mittel an die Hand, dies auf eine wirksame und dauernde Weise tun zu können; jeder Arbeiter, auch der beste, ist daher stets der Brotlosigkeit, das heißt, dem Hungertode ausgesetzt und viele erliegen ihm; die Wohnungen der Arbeiter sind durchaus schlecht gruppiert, schlecht gebaut, in schlechtem Zustande gehalten, schlecht ventiliert, feucht und ungesund; die Einwohner sind auf den kleinsten Raum beschränkt, und in den meisten Fällen schläft wenigstens eine Familie in einem Zimmer; die innere Einrichtung der Wohnungen ist ärmlich in verschiedenen Abstufungen bis zum gänzlichen Mangel auch der notwendigsten Möbel; die Kleidung der Arbeiter ist ebenfalls durchschnittlich kärglich und bei einer großen Menge zerlumpt; die Nahrung im allgemeinen schlecht, oft fast ganz ungenießbar, und in vielen Fällen wenigstens zeitweise in unzureichender Quantität, so daß im äußersten Falle Hungertod eintritt . . . Die Arbeiterklasse der großen Städte bietet uns so eine Stufenleiter verschiedener Lebenslagen dar — im günstigsten Falle eine temporär erträgliche Existenz, für angestrengte Arbeit guten Lohn, gute Wohnung und gerade keine schlechte Nahrung . . . Alles natürlich vom Arbeiterstandpunkt aus gut und erträglich . . . im schlimmsten bittres Elend, das sich bis zur Obdachlosigkeit und dem Hungertode steigern kann; der Durchschnitt liegt aber dem schlimmsten Falle weit näher als dem besten. Und diese Stufenleiter teilt sich nicht etwa bloß in fixe Klassen, so daß man sagen könnte: dieser Fraktion der Arbeiter geht es gut, jener schlecht, und so bleibt es und ist es schon von jeher gewesen; sondern, wenn das auch hier und da der Fall ist, wenn einzelne Arbeitszweige

* Im «Kapital», I. Bd.

** F. Engels: «Lage der arbeitenden Klasse in England», S. 75.

im Ganzen einen Vorzug vor andern genießen, so schwankt doch auch die Lage der Arbeiter in jeder Branche so sehr, daß ein jeder einzelne Arbeiter in den Fall kommen kann, die ganze Stufenleiter zwischen verhältnismäßigem Komfort und dem äußersten Mangel, ja dem Hungertode durchzumachen — wie denn auch fast jeder englische Proletarier von bedeutenden Glückwechseln zu erzählen weiß.»

Marx widmet der Schilderung des Kampfes der englischen Arbeiter um den Zehnstundentag gleichfalls breiten Raum. Mit dem Aufkommen des Industriekapitalismus mehren sich die Bestrebungen zur Verlängerung des Arbeitstages auf Kosten der Lebensdauer der Arbeitskraft*.

«Die Festsetzung eines normalen Arbeitstages ist das Resultat eines vielhundertjährigen Kampfes zwischen Kapitalist und Arbeiter. Doch zeigt die Geschichte dieses Kampfes zwei entgegengesetzte Strömungen. Man vergleiche z. B. die englische Fabrikgesetzgebung unsrer Zeit mit den englischen Arbeitsstatuten des 18. Jahrhunderts. Während das moderne Fabrikgesetz den Arbeitstag gewaltsam abkürzt, suchen ihn jene Statute gewaltsam zu verlängern. Allerdings erscheinen die Ansprüche des Kapitals im Embryozustand, wo es erst wird, also noch nicht durch bloße Gewalt der ökonomischen Verhältnisse, sondern auch durch Hülfe der Staatsmacht sein Einsaugungsrecht eines genügenden Quantums Mehrarbeit sichert, ganz und gar bescheiden, vergleicht man sie mit den Konzessionen, die es in seinem Mannesalter knurrend und widerstrebig machen muß. Es kostet Jahrhunderte, bis der «freie» Arbeiter in Folge entwickelter kapitalistischer Produktionsweise sich freiwillig dazu versteht, d. h. gesellschaftlich gezwungen ist, für den Preis seiner gewohnheitsmäßigen Lebensmittel seine ganze aktive Lebenszeit, ja seine Arbeitsfähigkeit selbst, seine Erstgeburt für ein Gericht Linsen zu verkaufen»**.

«Nachdem das Kapital Jahrhunderte gebraucht, um den Arbeitstag bis zu seinen normalen Maximalgrenzen und dann diese hinaus, bis zu den Grenzen des natürlichen Tags von 12 Stunden zu verlängern, erfolgte nun, seit der Geburt der grossen Industrie im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts eine lawinenartig gewaltsame und maßlose Ueberstürzung. Jede Schranke von Sitte und Natur, Alter und Geschlecht, Tag und Nacht, wurde zertrümmert. Selbst die Begriffe von Tag und Nacht, bäuerlich einfach in den alten Statuten, verschwammen so sehr, daß ein englischer Richter noch 1860 wahrhaft

* «Die kapitalistische Produktion verlängert die Produktionszeit des Arbeiters während eines gegebenen Termins durch Verkürzung seiner Lebenszeit» («Kapital», I. Bd., S. 228).

** l. c. Seite 233 ff.

talmudistischen Scharfsinn aufbieten mußte, um «urteilskräftig» zu erklären, was Tag und Nacht sei. Das Kapital feierte seine Orgien»*.

Nach jahrelangem Klassenkampf erobert im Jahre 1847/48 die englische Arbeiterklasse die Zehnstundenbill, die den Zehnstundentag als Normalarbeitstag bestimmte. Durch die Abschaffung der Kornzölle und den Uebergang zum Freihandelssystem suchte die englische Bourgeoisie den Wert der Arbeitskraft zu reduzieren. Die Abschaffung der Korngesetze ließ sich aber bloß mit Hilfe der mobilisierten Arbeitermassen gegen die englische Grundbesitzerklasse durchsetzen. So wurde die Zehnstundenbill jene Abschlagszahlung, welche die englische Bourgeoisie der Chartistenbewegung und dem englischen Proletariat machen mußte. Allmählich erzwang das Interesse des Kapitals an der Gleichheit der Konkurrenzbedingungen die strikte und gleichmäßige Durchführung der Fabrikgesetzgebung**.

«Wenn die Verallgemeinerung der Fabrikgesetzgebung als physisches und geistiges Schutzmittel der Arbeiterklasse unvermeidlich geworden ist, verallgemeinert und beschleunigt sie andererseits, wie bereits angedeutet, die Verwandlung zerstreuter Arbeitsprozesse auf Zwergmaßstab in kombinierte Arbeitsprozesse auf großer, gesellschaftlicher Stufenleiter, also die Konzentration des Kapitals und die Alleinherrschaft des Fabrikregimes . . »

Die Verlängerung des Arbeitstages in der Periode des Ueberganges vom Frühkapitalismus zum Industriekapitalismus wird begünstigt und gefördert durch die Maschinerie. Je besser die Maschinerie durch Nachtarbeit ausgenützt wird, umso geringer die auf ein bestimmtes Quantum Rohstoff zu berechnende Verschleißquote. Je rascher die Maschinerie amortisiert werden kann, umso größer die Möglichkeit, veraltete Maschinen durch verbesserte Maschinen zu ersetzen. Wird aber die Länge des Arbeitstages gesetzlich beschränkt, so sucht der Kapitalist die Vergrößerung des Profites in der Steigerung der Intensität der Arbeitsleistung***.

* l. c. Seite 240.

** «Und gleiche Exploitation an der Arbeitskraft ist das erste Menschenrecht des Kapitals» («Kapital», I. Bd., S. 256).

*** «Sobald die allmählich anschwellende Empörung der Arbeiterklasse den Staat zwang, die Arbeitszeit gewaltsam zu verkürzen und zunächst der eigentlichen Fabrik einen Normalarbeitstag zu diktieren, von diesem Augenblick also, wo gesteigerte Produktion von Mehrwert durch Verlängerung des

«Das Arbeitsmittel erschlägt den Arbeiter. Dieser direkte Gegensatz erscheint allerdings am handgreiflichsten, so oft neu eingeführte Maschinerie konkurriert mit überliefertem Handwerks- oder Manufakturbetrieb. Aber innerhalb der großen Industrie selbst wirkt fortwährende Verbesserung der Maschinerie und Entwicklung des automatischen Systems analog»*.

Mit Vorliebe behaupten die Apologeten des Kapitals, die durch die Maschinerie freigesetzten Arbeiter fänden immer wieder in anderen Produktionszweigen Beschäftigung, dank dem mit Steigerung der Produktivkraft der Arbeit notwendigerweise gleichzeitig freigesetzten Kapital. Diese Behauptung ist falsch.

«Obwohl die Maschinerie notwendig Arbeiter verdrängt in den Arbeitszweigen, wo sie eingeführt wird, so kann sie dennoch eine Zunahme von Beschäftigung in anderen Arbeitszweigen hervorrufen. Diese Wirkung hat aber nichts gemein mit der sogenannten Kompensationstheorie.» . . . «Die etwa zur Produktion der Arbeitsmittel selbst, der Maschinerie, Kohle u. s. w., erheischte Arbeitszunahme muß kleiner sein als die durch Anwendung der Maschinerie bewirkte Arbeitsabnahme. Das Maschinenprodukt wäre sonst ebenso teuer oder teurer als das Handprodukt. Statt aber gleich zu bleiben, wächst tatsächlich die Gesamtmasse des von einer verminderten Arbeiterzahl produzierten Maschinenartikels weit über die Gesamtmasse des verdrängten Handwerksartikels. Gesetzt 400 000 Ellen Maschinengewebe würden von weniger Arbeitern produziert als 100 000 Ellen Handgewebe. In dem vervierfachten Produkt steckt viermal mehr Rohmaterial. Die Produktion des Rohmaterials muß also vervierfacht werden.» . . .**

«Ergreift die Maschinerie Vor- oder Zwischenstufen, welche ein Arbeitsgegenstand bis zu seiner letzten Form zu durchlaufen hat, so vermehrt sich mit dem Arbeitsmaterial die Arbeitsnachfrage in den noch handwerks- oder manufakturmäßig betriebenen Gewerken, worin das Maschinenfabrikat eingeht»***.

«Der Maschinenbetrieb treibt die gesellschaftliche Teilung der Arbeit ungleich weiter als die Manufaktur, weil er die Produktivkraft der von ihm ergriffenen Gewerbe in ungleich höherem Grade vermehrt . . .»

Arbeitstages ein für allemal abgeschnitten war, warf sich das Kapital mit aller Macht und vollem Bewußtsein auf die Produktion von relativem Mehrwert durch beschleunigte Entwicklung des Maschinensystems» (l. c. S. 374).

* l. c. Seite 397.

** l. c. Seite 408.

*** l. c. Seite 409.

«Das nächste Resultat der Maschinerie ist, den Mehrwert und zugleich die Produktenmasse, worin er sich darstellt, also mit der Substanz, wovon die Kapitalistenklasse samt Anhang zehrt, die Gesellschaftsschichten selbst zu vergrößern.» . . . «In andern Worten: Die Luxusproduktion wächst. Die Verfeinerung und Vermannigfachung der Produkte entspringt ebenso aus den neuen weltmarktlichen Beziehungen, welche die große Industrie schafft. Es werden nicht nur mehr ausländische Genußmittel gegen das heimische Produkt ausgetauscht, sondern es geht auch eine größere Masse fremder Rohstoffe, Ingredienzien, Halbfabrikate u. s. w. als Produktionsmittel in die heimische Industrie ein. Mit diesen weltmarktlichen Beziehungen steigt die Arbeitsnachfrage in der Transportindustrie und spaltet sich letztere in zahlreiche neue Unterarten»*.

«Endlich erlaubt die außerordentlich erhöhte Produktivkraft in den Sphären der großen Industrie, begleitet, wie sie ist, von intensiv und extensiv gesteigerter Ausbeutung der Arbeitskraft in allen übrigen Produktionssphären, einen stets größeren Teil der Arbeiterklasse unproduktiv zu verwenden und so namentlich die alten Haussklaven unter dem Namen der «dienenden Klasse», wie Bediente, Mägde, Lakaien u. s. w. stets massenhafter zu produzieren. Nach dem Census von 1861 zählte die Gesamtbevölkerung von England und Wales 20 066 244 Personen, wovon 9 776 259 männlich und 10 289 965 weiblich. Zieht man hiervon ab, was zu alt oder zu jung zur Arbeit, alle «unproduktiven» Weiber, jungen Personen und Kinder, dann die «ideologischen» Stände, wie Regierung, Pfaffen, Juristen, Militär u. s. w., ferner alle, deren ausschließliches Geschäft der Verzehr fremder Arbeit in der Form von Grundrente, Zins u. s. w., endlich Paupers, Vagabunden, Verbrecher u. s. w., so bleiben in rauher Zahl 8 Millionen beiderlei Geschlechts und der verschiedensten Altersstufen, mit Einschluß sämtlicher irgendwie in der Produktion, dem Handel, der Finanz u. s. w. funktionierenden Kapitalisten. Von diesen 8 Millionen kommen auf:

	Personen:
Ackerbauarbeiter (mit Einschluß der Hirten und bei Pächtern wohnenden Ackersknechte und Mägde .	1 098 261
Alle in Baumwoll-, Woll-, Worsted-, Flachs-, Hanf-, Seide-, Jutefabriken und in der mechanischen Strumpfwirkerei und Spitzenfabrikation Beschäftigten	642 607
Alle in Kohlen- und Metallbergwerken Beschäftigten	565 835
In sämtlichen Metallwerken (Hochöfen, Walzwerke u. s. w.) und Metallmanufakturen aller Art Beschäftigten	396 998
Dienende Klasse	1 208 648

* l. c. Seite 410.

Rechnen wir die in allen textilen Fabriken Beschäftigten zusammen mit dem Personal der Kohlen- und Metallbergwerke, so erhalten wir 1 208 442; rechnen wir sie zusammen mit dem Personal aller Metallwerke und Manufakturen, so die Gesamtzahl 1 039 605, beidemal kleiner als die Zahl der modernen Haussklaven»*.

Mit anderen Worten, die Freisetzung von Kaufkraft durch Erhöhung der Produktivität der Arbeit (d. h. — wie heute mit modischer Vorliebe gesagt wird — Rationalisierung des Arbeitsprozesses) hat selbst unter der Voraussetzung entsprechender Senkung der Produktionspreise im Durchschnitt bloß eine Vermehrung der Luxusproduktion, eine Steigerung des Konsums der besitzenden Klasse zur Folge. Einzig durch politischen und gewerkschaftlichen Kampf kann sich die Arbeiterklasse einen erhöhten Anteil am stets schwellenden Reichtum der Gesellschaft erobern.

Im Wechselspiel der Konjunktur breitet sich die kapitalistische Produktionsweise der Sturmflut gleich über die ganze Erde aus.

«Die beständige ‚Ueberzähligmachung' der Arbeiter in den Ländern der großen Industrie befördert treibhausmäßige Auswanderung und Kolonisation fremder Länder, die sich in Pflanzstätten für das Rohmaterial des Mutterlandes verwandeln, wie Australien z. B. in eine Pflanzstätte von Wolle. Es wird eine neue, den Hauptsitzen des Maschinenbetriebs entsprechende internationale Teilung der Arbeit geschaffen, die einen Teil des Erdballes in vorzugsweis agrikoles Produktionsfeld umwandelt.»

«Die Arbeiter werden so fortwährend hin- und hergeschleudert, und dies bei beständigem Wechsel in Geschlecht, Alter und Geschick der Angeworbenen»**.

«Man findet . . . in den ersten 45 Jahren der britischen Baumwollindustrie, von 1770—1815, nur 5 Jahre der Krise und Stagnation, aber dies war die Periode ihres Weltmonopols. Die zweite 48jährige Periode, von 1815—1863, zählt nur 20 Jahre des Wiederaufflebens und der Prosperität, auf 28 Jahre des Drucks und der Stagnation. Von 1815—1830 beginnt die Konkurrenz mit dem kontinentalen Europa und den Vereinigten Staaten. Seit 1833 wird die Ausdehnung der asiatischen Märkte erzwungen durch ‚Zerstörung der Menschenrasse'. Seit Widerruf der Korngesetze, von 1846—1863, auf 8 Jahre mittlerer Lebendigkeit und Prosperität 9 Jahre Druck und Stagnation»***.

* Zitate aus «Kapital», Bd. I, Seite 411/412.

** l. c. Seite 417 ff.

*** «Kapital», Bd. I, Seite 424.

Ein übersichtliches Bild der Entwicklung des englischen Industriekapitalismus im 19. Jahrhundert vermitteln die Werte der jährlichen Ausfuhr, die Zahl der Bankrotte, die Schwankungen der Eisenpreise und des Barvorrates der Bank von England, sowie die Emissionen und die Zahl der Neugründungen von Aktiengesellschaften*.

Jahr	Export Großbritannien in Mill. £	Neugründungen von A. G.	Bankrotte in England und Wales je 1000	Emmissionen Mill. Pfund	Index der Eisenpreise	Barvorrat der Bank von England Mill. Pfund
1823	35,5	—	1,24	—	78	12,7
1824	38,4	—	1,23	—	94	11,8
1825	38,9	—	1,47	—	114	3,6
1826	31,5	—	3,3	—	100	6,8
1827	37,2	—	1,68	—	86	10,5
1828	36,8	—	1,51	—	80	10,5
1829	35,8	—	2,16	—	72	6,8
1830	38,3	—	1,72	—	66	11,2
1831	37,2	—	1,82	—	63	6,4
1832	36,5	—	1,73	—	61	8,3
1833	40,0	—	1,29	—	65	9,5
1834	41,6	—	1,37	—	65	6,4
1835	47,4	—	1,31	—	64	6,1
1836	53,4	—	1,19	—	86	4,7
1837	42,1	—	1,95	—	74	7,9
1838	50,1	—	1,09	—	77	9,1
1839	53,2	—	1,47	—	77	2,6
1840	50,4	—	1,89	—	63	3,0
1841	50,6	—	1,84	—	61	4,0
1842	47,4	—	1,66	—	51	9,8
1843	52,3	—	1,26	—	43	11,9
1844	58,6	—	1,1	—	43	14,4
1845	60,1	—	1,16	—	59	14,0
1846	57,8	—	1,53	—	60	14,8
1847	58,8	—	1,91	—	60	8,4
1848	52,9	—	—	—	47	13,3
1849	63,6	—	—	—	40	15,3
1850	71,4	—	—	—	37	16,0
1851	74,0	—	—	—	40	15,2
1852	78,0	—	—	—	45	21,2
1853	99,0	—	—	—	62	15,3
1854	97,0	—	—	—	80	13,6
1855	96,0	—	—	—	71	11,3
1856	116,0	—	—	—	73	9,6
1857	122,0	—	—	—	69	8,7

* Nach Tugan-Baranowski: «Studien zur Theorie und Geschichte der Handelskrisen in England» (S. 67, 122, 150).

Jahr	Export Großbritanniens in Mill. £	Neugründungen von A. G.	Bankerotte in England und Wales je 1000	Emmissionen Mill. Pfund	Index der Eisenpreise	Barvorrat der Bank von England Mill. Pfund
1858	117,0	—	—	—	54	19,0
1859	130,0	—	—	—	52	16,9
1860	136,0	—	—	—	54	14,1
1861	125,0	—	—	—	49	15,5
1862	124,0	—	—	—	53	14,2
1863	147,0	790	—	—	53	14,4
1864	160,0	997	—	—	56	13,1
1865	160,0	1034	—	—	55	13,2
1866	189,0	762	—	—	61	16,7
1867	181,0	479	—	—	54	22,7
1868	179,0	461	—	—	54	19,8
1869	190,0	475	—	—	53	18,8
1870	200,0	595	—	92,3	54	22,0
1871	223,0	820	6,28	151,6	59	23,0
1872	256,0	1120	6,84	154,7	102	21,4
1873	255,0	1230	7,49	116,2	117	20,9
1874	240,0	1240	7,92	62,7	88	21,0
1875	223,0	1170	7,89	43,2	66	23,6
1876	201,0	1070	9,25	51,5	59	31,3
1877	199,0	990	9,53	59,2	54	23,2
1878	193,0	890	11,45	56,5	48	25,5
1879	192,0	1030	13,03	122,2	47	30,0
1880	223,0	1300	10,03	189,4	55	26,4
1881	234,0	1580	9,73	145,6	49	20,8
1882	241,0	1630	9,04	81,2	49	20,8
1883	240,0	1770	8,56	109,0	47	22,4
1884	233,0	1540	4,19	78,0	42	20,4
1885	213,0	1480	4,35	101,9	42	20,8
1886	213,0	1890	4,86	111,2	40	19,9
1887	222,0	2500	4,87	116,3	42	20,2
1888	235,0	2550	4,86	207,0	40	19,5
1889	249,0	2790	4,54	142,6	48	19,7
1890	264,0	2790	4,04	104,6	50	21,8
1891	247,0	2690	4,24	81,1	47	23,2
1892	227,0	2610	4,66	49,1	42	25,0
1893	218,0	2620	4,90	91,8	42	25,9
1894	216,0	2970	4,79	104,7	43	35,3
1895	226,0	3890	4,49	152,7	44	47,2
1896	240,0	4740	4,17	157,3	47	35,9
1897	234,0	5230	4,10	150,3	45	31,8
1898	233,0	4650	4,32	133,2	47	31,5
1899	255,0	—	—	—	—	—

Die Untersuchungen von Tugan-Baranowski über die englischen Handelskrisen haben zur Evidenz gezeigt, daß jeder konjunkturelle Aufschwung mit einer Ausweitung des Bereiches der Warenzirkulation und mit gesteigertem Kapitalexport verbunden ist. Im Gefolge der napoleonischen Kriege leidet das englische Wirtschaftsleben 1815, wie auch 1818 unter einer schweren Krise, demzufolge der Zinsfuß am Anleihenmarkt auf 3½ % fällt. Der englische Fiskus konvertiert mehrere 5 % Anleihen in 3½ % Anleihen, was das anlagesuchende Kapital ins Ausland treibt. Da 1823 die Unabhängigkeit der früheren spanisch-portugiesischen Kolonien in Süd- und Zentralamerika anerkannt wird, eröffnen sich der Spekulation und dem Warenhandel in diesen Staaten eine Reihe neuer Märkte. 1824/1825 nehmen die Staaten des lateinischen Amerika mehr als 20 Mill. Pfund Staatsanleihen in London auf. Nicht minder groß ist der Ausgabewert neu emittierter südamerikanischer Papiere*. Tolles Spekulationsfieber treibt die Kurse in die Höhe. Gleichzeitig springt die Ausfuhr von britischen Waren nach Zentral- und Südamerika von 2 942 000 Pfund (1821) auf 6 426 000 Pfund (1825), während die Ausfuhr nach europäischen Staaten eher leicht zurückgeht**. Dank der guten Marktlage steigen die Warenpreise. Besonders in Rohbaumwolle wird wild spekuliert. Der Import nach England nimmt zu. Wie der Export zu stagnieren beginnt, geraten die hohen Preise ins Wanken. Die Bankrotte beginnen zuerst bei den Banken. «Im Oktober 1825 sind 5 Provinzialbanken bankerott gegangen.» Im Januar 1826 haben bereits 70 Banken die Zahlungen eingestellt. Besonders schwer wird die Baumwollindustrie mitgenommen. Viele Kapitalien gehen verloren. Dennoch hat die englische Industrie in den nachfolgenden Jahren nicht über Kapitalmangel, wohl aber über lohnende Anlagemöglichkeiten zu klagen.

«In der Depressionsperiode gelangten aber wichtige Verbesserungen in der englischen Industrie in Anwendung. Nach den Aussagen des Fabrikanten Smith vor einer Parlamentskommission von 1833 hat der Dampfwebstuhl in den englischen Fabriken erst nach dieser Krisis allgemeine Anwendung gefunden»***.

* Das nominelle Kapital der projektierten und wirklich durchgeführten Neugründungen soll 372 Mill. Pfund erreicht haben; nach der Krise bestanden noch Unternehmen mit 102 Mill. £ (Tugan-Baranowski l. c. Seite 72).

** Ausfuhr

	1821	1825
Nordeuropäische Staaten	9 Mill.	8,5 Mill.
Südeuropäische Staaten	6,9 Mill.	6,1 Mill.

(l. c. Seite 74).

*** l. c. Seite 85.

1833—1836 verzeichnet England überdurchschnittliche Ernten. Die Einfuhr von Getreide sinkt auf ein Minimum. Die Ausfuhr zieht — besonders nach den Vereinigten Staaten — stark an.

Export Großbritanniens:*
(in Mill. £)

	U. S. A.	Nordeuropa	Südeuropa	Asien	Lat. Amerika
1832	5 468	9 897	5 867	4 235	4 272
1836	12 426	10 000	9 001	6 757	5 955

Die large Kreditpolitik englischer Banken** erleichtert in den Vereinigten Staaten die Spekulation in Staatsländereien und Bahnwerten. Eine ganze Reihe europäischer Staaten (so Spanien, Portugal) nehmen 1833 und 1834 in England Anleihen auf.

1835 bricht eine Börsenkrisis aus. Die Kurse ausländischer Anleihen sinken rapid. Zunächst wird das Wirtschaftsleben Englands von der Börsenpanik nicht beeinflußt. Im Gegenteil. Es setzt eine neue Periode der Spekulation in englischen Eisenbahnaktien ein. In rascher Folge wird das englische Eisenbahnwesen ausgebaut***. Nicht nur im Auslande, auch im Inlande erweitert sich der Markt!

Am 11. Juli 1836 erläßt der amerikanische Präsident Jackson ein Zirkular, welches die Spekulation in Staatsländereien erschwert. Diese Maßnahmen löst die Handelskrise aus, zuerst in Amerika, dann in England. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten sinkt von 12 Mill. £ (1836) auf 4,7 Mill. £ (1837), während Nordeuropa eher mehr englische Waren aufnimmt. Schwer lastet die Krise auf der englischen Arbeiterschaft. Die Chartistenbewegung greift um sich. Eine Reihe von Streiks bringt den Fabrikanten willkommene Entlastung. Familienväter verdienen in Birmingham nicht mehr als 6—11 sh. pro Woche. Auch die Eisenindustrie wird von der Stockung schwer betroffen. Die Mißernten von 1838 und 1839 steigern den Getreidepreis, verschlechtern die Handelsbilanz und führen zur Geldkrisis von 1839, welche besonders in

* l. c. Seite 86.

** 1836 acceptierten 7 Bankhäuser mit 2 Mill. £ Eigenkapital amerikanische Wechsel im Werte von 15 Mill. £ (l. c. S. 88.).

*** 1834/1836 wurden A.-G. mit 105,2 Mill. £ Kapital gegründet, davon 69,6 Mill. Eisenbahngesellschaften; 23,8 Mill. Bankinstitute; 7,6 Mill. Versicherungsgesellschaften; 7,0 Mill. Bergwerkbetriebe (l. c. Seite 91).

den Vereinigten Staaten*, aber auch auf dem Kontinent, schwere Nachwirkungen zeitigt.

Die Depression erreicht 1842 ihren Höhepunkt. Der englische Diskont sinkt auf 1¹/₂ %. Gute Ernten fördern den Aufschwung. Der Friedensschluß mit China öffnet den ostasiatischen Markt. Und der Umschwung ist da. In England absorbiert der Eisenbahnbau außerordentlich große Mittel**. 1845 endigt die Spekulation in Eisenbahnwerten in einer Börsenkrisis, aber die Industriekrisis setzt erst 1847 ein, weil die Eisenbahnbauten erst 1846/1847 in Angriff genommen werden. Mißernten schränken den Binnenmarkt für Baumwolle beträchtlich ein (1845 21 Mill. £, 1847 13 Mill. £). Eine Mißernte der Baumwolle wirkt in gleicher Richtung. In der Hoffnung auf hohe Getreidepreise importieren die englischen Getreidehändler viel Getreide, was angesichts der guten Ernte des Jahres 1847 die Getreidepreise rasch wirft. Die Spekulation in Eisenbahnunternehmungen wird zu einem großen Verlustgeschäft der kleinen Kapitalisten. Im Dezember 1845 sind im Eisenbahnbau 100 Mill. £ angelegt, der Börsenwert beträgt aber 160 Mill. £; 1849 steigt der Wert des Anlagekapitals der britischen Eisenbahnen auf 230 Millionen; der Börsenwert sinkt auf 110 Mill. £.

Der Eisenbahnbau bedeutet zur gleichen Zeit eine Vergrößerung des Umfanges der kapitalistischen Warenzirkulation und einen Rückgang der einfachen Warenzirkulation, da der Ausbau des Bahnnetzes ältere Verkehrsmittel (z . B. die Post) ersetzt, gleichzeitig aber auch durch Verminderung der Transportkosten wie der Umschlagszeit des Kapitals die Warenzirkulation erleichtert, erweitert und verdichtet. In welcher Richtung die Krise von 1847 auf die Löhne einwirkte, zeigt ein Vergleich der Löhne des Jahres 1847 mit jenen von 1845 und 1849 (Manchester):

	Baumwollkämmer	Spinner	Weber
1845	13 sh. 8 d.	12 sh. — d.	9 sh. 9 d.
1847	7 sh. 9 d.	6 sh. 10 d.	4 sh. 10 d.
1849	12 sh. — d.	12 sh. — d.	9 sh. 5 d.

* 1837—1839 33 000 Bankerotte mit 440 Mill. $ Passiven (l. c. S. 103).

** Die britische Akkumulationsquote wurde in den 40er Jahren auf 60 Mill. £ geschätzt, 1846 wurden aber Eisenbahnen im Wert von 132 Mill. £ konzessioniert; bis 1843 waren angelegt in englischen Eisenbahnen 65 Mill. £; von 1844—1849 wurden verausgabt 164,2 Mill. £; 1847 beschäftigte der Bahnbau 200 000 Arbeiter (l. c. Seite 105).

Nach 1847 setzt eine Hochflut der industriellen Entwicklung ein. In Kalifornien und Australien entdeckte Goldlager erweitern den Markt der kapitalistischen Waren. Der Akkumulationsprozeß wird durch den Goldzufluß selbst während des Krimkrieges dank der steten Neuschöpfung von Geldkapital in dauerndem Fluß gehalten. Unter dem Eindruck der Revolutionsjahre 1848/1849 strömt ein großer Teil des europäischen Kapitals anlagesuchend nach Uebersee, besonders nach Amerika*. Wieder bildet der Eisenbahnbau ein beliebtes Spekulationsobjekt. Diesmal handelt es sich um den Bahnbau in den Vereinigten Staaten. Der englische Import nach Nordamerika nimmt zu. Der Taipingaufstand führt 1856 zu schweren Verwicklungen mit China. Im Jahre 1857 beginnen sich die Lagerbestände zu vermehren:

Einfuhr in New York:
(je Monat Oktober in Mill. £)

	1855	1856	1857
Zum Konsum verzollt	12,1	9,9	2,8
Auf Transitolager	2,4	2,8	7,4

Bereits Anfang 1857 ist der amerikanische Markt mit englischen Waren überzogen. Eine gute Getreideernte mit dem nachfolgenden Fall der Getreidepreise löst die Panik aus. In New York schwankt der Diskont zwischen 12 und 24 %. Die Bank von England setzt im November 1857 den Diskont auf 10 % herauf. Desgleichen die Bank von Frankreich. Ein deutlicher Ausdruck der Verallgemeinerung der Geldkrise. Es sinkt der Export nach den Vereinigten Staaten**, aber in Ostindien findet die englische Industrie für den reduzierten amerikanischen Markt teilweise Ersatz***, sodaß die Krise von 1857 in England relativ rasch überwunden wird. Das englische Kapital beginnt im Anschluß an den Ausbau der Verkehrswege in Ostindien den großen indischen Markt dem Mutterreiche zu erschließen.

Der «Baumwollhunger» der Jahre 1861—1865 veranlaßt große Umschichtungen des englischen Handels. An die Stelle des

* 1857 besaßen englische Kapitalisten schon für 80 Mill. £ amerikanische Papiere. Auch in der Nachkriegszeit (nach 1920) finanziert der amerikanische Kapitalismus die europäische Wirtschaft zum größten Teil mit Kapital, welches ihm von Europa selbst kurzfristig zur Verfügung gestellt wird.

** 1857 19 Mill. £; 1858 14 Mill. £.

*** 1857 11,7 Mill. £; 1858 16,8 Mill. £.

amerikanischen Marktes treten ostasiatische Märkte*. Ostindien, Aegypten, Brasilien ersetzen die Vereinigten Staaten als Baumwollieferanten. Die Steigerung der Preise der Baumwolle und Baumwollfabrikate soll den Industriellen mehr als 35 Mill. £ Extraprofite eingetragen haben. Die Lage der Arbeiter ist eine verzweifelte. Private Spenden müssen die Armenunterstützung ergänzen. Die Absicht der Arbeiter, nach Australien oder in die Kolonien auszuwandern, wird von den Behörden systematisch sabotiert.

1866 bricht das Bankhaus Overend & Co. wegen unvorsichtiger Kreditgewährung an Eisenbahngesellschaften zusammen, wodurch eine Kreditkrise ausbricht, die eine längere Depressionsperiode hauptsächlich in der Eisen- und Maschinenindustrie, wie im Schiffbau nach sich zieht. Mehr und mehr verschiebt sich der Hauptakzent der britischen Wirtschaft von der Baumwollindustrie auf die Schwerindustrie und das Bankwesen: Großbritannien steht seit den 60er Jahren in vollem Uebergang vom Industriekapitalismus zum Finanzkapitalismus. London wird zum Geldmarkte der Welt

Seine charakteristische Entwicklung und Ausgestaltung sollte aber der Finanzkapitalismus finden in den neuen aufsteigenden Industrieländern, in Deutschland und den Vereinigten Staaten. Im Laufe der 80er Jahre äußern sich die Umschichtungen der Industrie in einer Veränderung des Krisencharakters. Die Depressionen werden ausgedehnter. Die Aufschwungszeiten spärlicher. Panik und krisenhafter Abschluß der Hochkonjunktur flachen sich ab. Im Jahre 1873 entgeht die englische Wirtschaft einer akuten Krise, um dafür in den nachfolgenden Jahren (bis 1879) einer allerschwersten Depressionsperiode anheimzufallen. Dagegen besitzt 1873 die Krisis in den neu aufkommenden Industriestaaten noch den Charakter eines akuten Wirtschaftsgewitters. Deutschland und die Vereinigten Staaten repetieren die wirtschaftliche Entwicklung Großbritanniens auch in dieser Hinsicht.

Mitte der 80er Jahre greift die Stagnation auch auf die Landwirtschaft über. Der europäische, mit Grundrente belastete Ackerbau, erliegt dem Ansturm der Produkte der grundrentelosen Landwirtschaft der Ueberseegebiete. Im Gefolge der Krise der Landwirtschaft tritt eine Reduktion der Kaufkraft des Innen-

* Export nach U. S. A.: 1861 23 Mill. £; 1862 11 Mill. £; 1864 16,7 Mill. £; 1866 28,5 Mill. £.

marktes ein, was den Depressionszustand der Wirtschaft verlängert. 1885—1889 steigert Großbritannien die Ausfuhr nach Argentinien. Im gleichen Zeitraum vermehrt sich der Export der Produkte der Schwerindustrie, während die Textilindustrie den ausländischen Absatz nur wenig vergrößern kann*.

Die Krise von 1890 beginnt mit dem Zusammenbruch in Transvaal, Argentinien, Mexiko und anderen südamerikanischen Staaten. 1893 werden Australien** und die Vereinigten Staaten von der Krise heimgesucht.

Wir sehen: der kausale Zusammenhang von Prosperität und Ausweitung des Umkreises der kapitalistischen Warenzirkulation ist deutlich erkennbar (§ 18). Wenn Tugan-Baranowski in Anlehnung an Henry George mehrfach auf die Bedeutung der Landspekulation für den Ausbruch der Wirtschaftskrise*** hinweist, so macht er damit auf eine weitere wichtige Begleiterscheinung des industriellen Zyklus aufmerksam. Die Bodenspekulation verwandelt Differentialrente in Bodenwert und ist wohl eines der wichtigsten ökonomischen Mittel zur wirtschaftlichen Sicherung des Kapitalverhältnisses.

* Ausfuhr von	Eisen	Maschinen	Kohle	Baumwolle	Wollgewebe
	Mill. £	Mill. £	Mill. £	Mill. £	Mill. £
1886	21,8	10,1	9,8	57,4	19,7
1890	31,6	16,4	19,0	62,1	20,4

** Auch hier enger Zusammenhang mit dem Eisenbahnbau. 1880 4900 Meilen Bahnen, 1895 schon 15 600 Meilen Bahnen.

*** Ohne uns auf eine ausführliche Widerlegung einzulassen, sei gegenüber Tugan-Baranowskis antimarxistischer Krisentheorie bloß auf wenige Punkte aufmerksam gemacht. Tugan-Baranowski bemüht sich, die Marx'sche Mehrwerttheorie und das Gesetz des tendentiellen Falles der Profitrate als falsch nachzuweisen. Tugan-Baranowski behauptet sogar, der Ersatz des Arbeiters durch Maschinerie erzeuge dank einer Steigerung der Rate des Mehrwertes eine steigende Tendenz der Profitrate. Abgesehen davon, daß Tugan-Baranowski Gebrauchs- und Tauschwert nicht scharf auseinanderhält (siehe § 12 und 13 unserer Arbeit), geht er von der unkritischen Voraussetzung aus, es werde einfach das variable Kapital durch konstantes Kapital ersetzt. Im dynamischen Prozeß der Wirtschaft aber ist eine Steigerung der Produktivität der Arbeit bloß möglich durch Akkumulation, d. h. durch teilweise Umwandlung des Mehrwertes in neues produktives Kapital. So kann — absolut genommen — sowohl das konstante als auch das variable Kapital der Gesellschaft wachsen, trotzdem die organische Zusammensetzung des Kapitals zunimmt. Tugan-Baranowski beachtet nicht, daß seine Gleichungen einmal bloß relative Verhältniszahlen, ein anderes Mal aber absolute Zahlwerte bedeuten sollen.

Unsere nachbildende Darstellung der industriekapitalistischen Entwicklung ist keineswegs erschöpfend. Kann es auch nicht sein. Wichtig schien uns bloß der Nachweis, daß die marxistische Wirtschaftstheorie die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft mit Erfolg aufzudecken wußte. In jedem vom Kapitalismus ergriffenen Lande macht die Wirtschaft die Stufen des Früh-, Industrie- und Finanzkapitalismus — wenn auch in abgekürzter Form — durch. Gegenwärtig befindet sich China auf dem Uebergang vom Früh- zum Industriekapitalismus. Niedrigste Löhne, unmäßig verlängerte Arbeitszeit, Frauen- und Kinderarbeit, Mangel an entsprechenden Arbeitsschutzbestimmungen charakterisieren ebenso den chinesischen Kapitalismus der Gegenwart, wie sie den britischen Kapitalismus in den 20er bis 40er Jahren des 19. Jahrhunderts gekennzeichnet haben. Dividendensätze von 20, 40, 200 % sind keine Seltenheiten. Aber in einem Punkte unterscheidet sich dieser chinesische Kapitalismus ganz wesentlich vom britischen Kapitalismus des 19. Jahrhunderts. Der britische Kapitalismus war autochthones Gewächs; der chinesische Kapitalismus ist ein Ableger des europäischen Finanzkapitals*. Mit dem Finanzkapital hebt eine neue Epoche der wirtschaftlichen Entwicklung an.

Tugan-Baranowski hebt hervor, während der Depression werde hauptsächlich Leihkapital akkumuliert, in der Periode des Aufschwunges aber fixes Kapital. Nach Hilferding ist auch Otto Bauer «dieser aus ökonomischen Erscheinungen selbst entspringenden Versuchung erlegen . . . Es ist übrigens auch eine merkwürdige Vorstellung, daß die Krisentheoretiker gerade auf das Brachliegen des Geldkapitals als auf den stärksten Antrieb zur Vergrößerung der Reproduktion hinweisen. Als ob nicht der Stillstand der Maschinerie mit seiner Gefahr des materiellen und moralischen Verschleißes . . . ein viel stärkerer Antrieb zur Ausdehnung der Produktion wäre, als die geringere Verzinsung des Geldkapitals. Es handelt sich nicht darum, daß das Motiv zur Akkumulation nach der Krise unter dem Einfluß der Geldflüssigkeit verstärkt wird, sondern darum, ob die Erweiterung der Reproduktion objektiv [von uns gesperrt] möglich ist oder nicht. Gewöhnlich tritt sofort nach der Krise starke Geldflüssigkeit ein und trotzdem kann es Jahre dauern, bis die Prosperität voll einsetzt» (Hilferding: «Finanzkapital», Seite 353).

* 1922 verteilte die Hongkong und Shanghai Banking Corporation 64 %, 1925 46 %, 1926 60 % Dividende. (Nach E. Reinhard: «Koloniale Fabrikarbeit — Europäische Arbeitslosigkeit».)

§ 21. Der Finanzkapitalismus.

1. Die ökonomischen Elemente des Kapitalismus.

Während der Periode des Industriekapitalismus setzt sich mittels der freien Konkurrenz der Differenzierungsprozeß des Kapitalverhältnisses sowohl in produktions- als auch in zirkulationstechnischer Hinsicht fort, bis mit der Ausbildung und Ausbreitung des Bank- und Kreditwesens der gegensätzliche Prozeß der zusammenfassenden Integration der Kapitalverhältnisse zum Finanzkapital eingeleitet wird. Das Finanzkapital repräsentiert die höchst mögliche Stufe der Kapitalkonzentration, als die schlechtweg vollendete Abstraktion des Kapitalverhältnisses von seinen konkreten Formen ist es die Inkarnation der gesellschaftlichen Funktion des Kapitals auf privatkapitalistischer Basis. Durch das Finanzkapital werden die technische Ausgestaltung der Betriebe und die organisatorische Zusammenfassung der Unternehmungen rücksichtslos dem privatkapitalistischen Ziel der Rentabilität untergeordnet.

Lassen wir den Werdegang dieses Prozesses noch einmal kurz Revue passieren. Um uns nicht in Wiederholungen zu verlieren, folgen wir dem Gedankengang, welchen Hilferding im einleitenden Kapitel seines «Finanzkapitals» in genialem Wurf skizziert hat. In einer Produktionsgemeinschaft, welche der bewußten zentralen Regelung des Produktionsprozesses* entbehrt, also erst der Austausch den gesellschaftlichen Zusammenhang herstellt, muß der Austausch die zentrale Funktion erfüllen, den gesellschaftlichen Lebensprozeß überhaupt möglich zu machen**.

* «Die menschliche Produktionsgemeinschaft kann prinzipiell auf zweierlei Art konstruiert sein. Sie kann einmal bewußt geregelt sein. Die Gesellschaft — mag nun ihr Kreis die selbstwirtschaftende, patriarchalische Familie, den kommunistischen Stamm oder die sozialistische Gesellschaft umschließen — schafft sich die Organe, welche als Vertreter des gesellschaftlichen Bewußtseins das Ausmaß und die Art der Produktion festsetzen und das gewonnene Gesellschaftsprodukt unter die Mitglieder verteilen . . . Die Menschen einer so organisierten Gemeinschaft beziehen sich in ihrer Produktion bewußt aufeinander als Teile einer Produktionsgemeinschaft. Ihre Arbeitsordnung und die Verteilung ihrer Produkte unterstehen der zentralen Kontrolle» (Hilferding: «Finanzkapital», S. 1).

** «In dem Vollzug aller in dieser Gesellschaft möglichen Tauschakte muß sich das durchsetzen, was in einer kommunistischen, bewußt geregelten Gesellschaft mit Bewußtsein durch das gesellschaftliche Zentralorgan bestimmt wird: was und wieviel produziert wird, wo und von wem produziert wird» (l. c. Seite 3).

Am Anfang der wirtschaftlichen Entwicklung steht der Urkommunismus: Die zentrale Regelung der Produktion ist möglich, weil der Umfang der Produktion klein ist. Mit dem Staat und der Klassenherrschaft wird der Bereich der Produktionsgemeinschaft erweitert; die urkommunistisch produzierende Gemeinde verwandelt sich in eine Produktionszelle, in ein Teilglied einer höheren Produktionsgemeinschaft, deren Gesetze rückschlagend und zersetzend die Wirtschaft des urkommunistischen Gemeinwesens zu durchdringen beginnen. Der Umkreis der Warenzirkulation wechselt im Laufe der ökonomischen Entwicklung. Anfänglich umfaßt jedes einzelne Wirtschaftsgebiet eine Sphäre autonomer Warenzirkulation, welche im wesentlichen Größe und Ausdehnung des Wirtschaftsgebietes bestimmt. Nach und nach verschmelzen die Gebiete lokaler Warenzirkulation zum Weltmarkt.

Als allgemeinste Form des Warentausches umschließt die Warenzirkulation mannigfachste Produktionsverhältnisse. Produkte urkommunistisch organisierter Gemeinwesen können ebenso gut in den allgemeinen Kreislauf der Warenzirkulation eingehen, wie die Qualitätsprodukte eines modernen kapitalistischen Großbetriebes. Die Grenznutzentheorie weist nicht mit Unrecht auf diese allgemeinste Basis der Warenzirkulation hin: Umfang und Größe der Warenzirkulation werden in der Tat durch die Bedürfnisse und die Weckung neuer Bedürfnisse bestimmt. Damit der Wilde Produkte seiner eigenen Wirtschaft gegen neue, bisher unbekannte Produkte tauscht, muß seine Neugierde geweckt, sein «Bedürfnis» gestachelt werden. Aber das Bedürfnis nach Gütern ist als abstrakter Begriff allen Wirtschaftsstufen gemeinsam, kann daher kein unterscheidendes Merkmal zur Bestimmung der Austauschverhältnisse verschiedener Wirtschaftsstufen abgeben.

Jeder konkreten Wirtschaftsstufe entsprechen neue Tauschbeziehungen, die sich auf andere Bedürfnisgruppen und Wertbestimmungsgründe zurückführen lassen. Bestimmt sich in der einfachen Warenproduktion das Tauschverhältnis nach dem Grenznutzen des Arbeitsaufwandes und in der kapitalistischen Warenproduktion nach dem Grenznutzen des Profits, so wird in der sozialistischen Gesellschaft das Tauschverhältnis bestimmt werden nach dem Grenznutzen des sozialen Bedürfnisses, wobei allerdings die

Verteilung der Kaufkraft unter die einzelnen Glieder der Gesellschaft nicht nach den Gesetzen des Privateigentums erfolgen wird.

Immerhin ist zwischen den Austauschverhältnissen der sozialistischen Gesellschaft und den Tauschverhältnissen der kapitalistischen Gesellschaft ein prinzipieller Unterschied festzustellen. Da die sozialistische Wirtschaft als Bedarfsdeckungswirtschaft zentrale Regelung der Produktion voraussetzt, die kapitalistische Wirtschaft ebenso wie die Wirtschaft der einfachen Warenproduktion privatwirtschaftlich organisiert ist, müssen sich die Austauschverhältnisse der sozialistischen Wirtschaft von den Tauschbeziehungen der warenproduzierenden Wirtschaft nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ* unterscheiden.

Hier ersteht ein wichtiges Problem. Die besoldeten und unbesoldeten Verteidiger des Privatkapitals behaupten mit besonderem Nachdruck, die kapitalistische Privatwirtschaft sei schon deshalb der sozialistischen Bedarfsdeckungswirtschaft überlegen, weil nur die private Initiative den Ertrag der Wirtschaft auf das höchst mögliche Maß zu steigern vermöge.

Wenn man aber die großen Unkosten berücksichtigt, welche die kapitalistische Form des Wirtschaftsprozesses zwangsläufig nach sich zieht, die sogenannten «faux frais», um einen Ausdruck von Marx zu verwenden (z. B. der Metallschatz beim Geldwesen, die Handelsspesen, die Reklame, den Raubbau an den natürlichen Bodenschätzen u. s. f.), so erscheint das Dogma vom höheren Ertrag der kapitalistischen Wirtschaft schon in recht ungewiß flackerndem Lichte. Wir sehen ganz davon ab, daß die Ueberarbeit weiter Schichten der arbeitenden Bevölkerung mit dem frechen Müßiggang breiter Schichten der Bourgeoisie kontrastiert.

Wichtiger ist der nachstehende Einwand. Auf einer gewissen Stufe der Entwicklung der Produktivkräfte drängt der Kapitalismus mit unüberwindlicher Stoßkraft zum Kapitalexport. Der Kapitalexport aber belastet die kapitalistische Wirtschaft mit den faux frais der Außenpolitik, vom Kolonial- und Bürgerkrieg bis zum Weltkrieg, vom System der auswärtigen Anleihen zum Staatsbankerott, von der Erweiterung des Weltmarktes bis zum politischen Befreiungskampf der neukapitalistischen Nationen. Die direkte Folge dieser politischen Umwälzungen sind gewaltige Kapitalverluste, ohne daß die Kapitalverluste immer auch eine

* Hilferding l. c. Seite 3. Siehe auch § 9.

entsprechende Vernichtung von Sachkapital bedeuteten. Denn der Kapitalexport schafft vertragliche Forderungen, die durch einen politischen Akt oder durch den Bankrott des Schuldners ausgelöscht werden können.

Wenn ein großer Teil des jährlichen Produktionsertrages in Form von Waren als Kapitalexport ans Ausland begeben wird, so kann die Versorgung der betreffenden Volkswirtschaft mit Waren weit geringer sein, als die Wertsumme des Jahresertrages der nationalen Arbeit erwarten läßt. Der Kapitalexport exportiert vor allem fixes Kapital: Eisenbahnen, Maschinen für Fabriken u. s. f. Zunächst verbleiben diese exportierten Kapitalwerte im Eigentum des europäischen Kapitals. Auf die Dauer kann aber die Umwandlung des exportierten Kapitals in nationales Kapital nicht verhindert werden. Statt daß das Arbeitsprodukt des europäischen Arbeiters der eigenen nationalen Wirtschaft dient, hat er so die afrikanische und asiatische Konkurrenz aufgezüchtet. Der europäische Arbeiter wird arbeitslos, während die Kapitalistenklasse in unsinnigem Luxuskonsum den Ertrag ihrer ausländischen Kapitalanlagen verjubelt. So steigert der Kapitalexport den Gegensatz von dürftigster Versorgung der Volksmassen und luxuriöser Lebensführung der kapitalistischen Klasse ins Extrem. Gleichzeitig werden die Kosten des Kapitalexportes immer wieder auf das mitlaufende kleine Spekulantentum abgewälzt: Das Großkapital besitzt Beweglichkeit genug, die ausländischen Papiere vor dem Krach an kleine Kapitalisten zu begeben, wobei zugleich Unternehmergewinn und Extraprofite in Form von Gründergewinnen kapitalisiert werden.

Kapitalistischer Reichtum, kapitalistische Entwicklung bedeutet Vermehrung des Reichtums der Klasse der Kapitalisten; sozialistischer Reichtum, sozialistische Entwicklung ist im Gegensatz dazu identisch mit wachsendem Warenkonsum. Was keinen Ertrag abwirft, ist, vom kapitalistischen Standpunkte aus, eine unproduktive Anlage. Jahr für Jahr legen alle Staaten Millionen von Steuergeldern in der Verbesserung des Straßenwesens an. Trotzdem durch den Bau von Straßen der Volkswirtschaft unzweifelhaft neue Werte zugeführt werden, ist der Bau von Strassen vom kapitalistischen Standpunkte aus keine Schaffung von Reichtum, denn der Bau von Straßen wirft keinen Profit ab. Ebensowenig, wie die Einrichtung von Schulen und Universitäten, der Ausbau des Bildungswesens. Der Bau von Panzerkreuzern

bietet den Schiffswerften Arbeitsgelegenheit, die Errichtung von Schulen vermehrt die Steuerlast. Das liberale Dogma, daß nur die freie Privatwirtschaft den höchstmöglichen Grad der volkswirtschaftlichen Produktivität zu sichern vermöge, ist eine am bürgerlichen Klasseninteresse orientierte wirtschaftspolitische These.

Die handwerkliche Warenproduktion ist in Westeuropa der Ausgangspunkt der kapitalistischen Entwicklung. Abgesehen vom behördlichen Eingriff regelt die einfache Warenzirkulation das Tauschverhältnis der Waren derart, daß jedem Produzenten mit durchschnittlichen Fähigkeiten, durchschnittlichem Arbeitseifer und durchschnittlichem Produktionsapparat im Handwerkerlohn ein sicheres Auskommen gewährleistet bleibt. Mit a. W. es tauschen sich die Waren so aus, als ob sie gleiche Arbeitswerte verkörpern würden. Das Streben nach Ausgleich der Handwerkerlöhne zum Durchschnittswert wird zum bestimmenden Faktor des Konkurrenzkampfes um die verschiedenen Produktionssphären. Dabei gehen die Tauschwerte der Produktivgüter als Unkosten zum vollen Amortisations- oder Verschleißwert in den Warenwert ein. Entsprechend den geringen Unterschieden der Umlaufszeit, wie des Wertes der angewandten Produktivgüter in den verschiedenen Produktionszweigen kann der Tauschwert einer einzelnen Ware durch einfache Addition von Unkosten plus Produzentenlohn (beide in Arbeitsstunden gemessen) berechnet werden. Daß sich dieses Austauschverhältnis, der Preis der Ware, in Geld ausdrücken muß, ändert grundsätzlich an diesen Beziehungen nicht das geringste. Der Preis des Brotes ist noch identisch mit dem Wert: Arbeitsleistung des Bauern (der Bauer stellt den hölzernen Pflug häufig selbst noch in eigener Wirtschaft her) plus Arbeitsleistung des Müllers und Bäckers plus event. Abnützung des Backofens und des Backgerätes. Abweichungen vom Warenwert sind Ausdruck von Störungen des ökonomischen Gleichgewichts. Greift die Obrigkeit mit Erlassen in den Preisbildungsprozeß ein, so ist der Eingriff leicht zu erkennen und die Ursache der Abweichung vom Gleichgewichtszustand der ausgeglichenen Produzentenlöhne gegeben. Patrizier, Pfaffen, Ritter und Fürsten fordern Steuern, Abgaben und Gebühren ein. Handwerker und Bauern erfassen mit unmittelbarer Deutlichkeit, daß Adel und Geistlichkeit vom Arbeitsertrag des arbeitenden Volkes leben.

Entwickelt sich die handwerkliche Warenproduktion zur kapitalistischen Warenproduktion, so treten sich jetzt nicht mehr

gleichberechtigte Warenproduzenten, sondern gleichberechtigte Repräsentanten von Kapital gegenüber. Jetzt entscheidet nicht mehr die Gleichheit der Arbeitsleistung über das Austauschverhältnis, jetzt entscheidet der Kapitalbesitz über den Preis. Jeder kapitalistische Warenproduzent produziert, um Durchschnittsprofit zu realisieren. Die Warenpreise sind Produktionspreise geworden. Sie werden bestimmt als Summe von Produktionskosten und Aufschlag, wobei der Aufschlag so bemessen sein muß, daß der Unternehmer auf sein Kapital pro Jahr den durchschnittlichen Profit erzielt. Auf der Stufe der kapitalistischen Warenproduktion wird die Tendenz zum Ausgleich der Profitraten preisbestimmendes Element.

Innerhalb der kapitalistischen Warenproduktion können sich aber im Laufe der Zeit noch andere Verschiebungen vollziehen. Wenn auch der Gesamtwert des gesellschaftlichen Produktes und der Gesamtprofit stets durch den Arbeitswert bestimmt bleibt (wobei der Tauschwert der nationalen Arbeit durch den Weltmarkt festgelegt erscheint), kann doch die Tendenz zum Ausgleich der Profitrate durch mannigfache Formen der Rentenbildung gehemmt werden. Die Realisierung von Durchschnittsprofit wird von der Realisierung von Extraprofit überwuchert. Auf der Stufe des Finanzkapitalismus scheint die Preisbildung sich im Chaos zu verlieren. Eingehendere Prüfung wird uns aber auch für die Stufe des Finanzkapitalismus den Austauschprozeß der Waren als Ausdruck der Stellung der Produzenten im Produktionsprozeß erkennen lassen. Ungleichheit der sozialen Macht setzt sich in Ungleichheit der Profite um. Auf dem Sockel der Produktionspreise baut sich die Pyramide der Kartell-, Zoll-, Transport- und Patentrenten auf, die das liberale Naturrecht des Kapitals auf Gleichheit des Profits in das imperialistische Gegenteil verkehren. Der Kampf um den Profit wird zu einem politischen Kampf, sowohl national als auch international. Es ist das Kapitalverhältnis selbst, das damit zur Diskussion gestellt wird. Mit dem Uebergang zum Finanzkapitalismus erklimmt der Kapitalismus die letzte Stufe der Entwicklung und bereitet damit seine innere Auflösung vor. Sobald die freie Konkurrenz praktisch aufgehoben wird, sodaß sie nur noch als virtuelles Prinzip preisregulierend wirkt, der politische Kampf wirtschaftsbestimmenden Charakter annimmt, wird der Uebergang zum Sozialismus, d. h. der Uebergang zur bewußten Regelung der Wirtschaft unvermeidlich.

Auf der Stufe des Finanzkapitals regiert der Schein. Der Durchschnittsprofit löst sich auf in Extraprofite, Dividenden, Tantièmen und Renten. Die Grenznutzentheorie reflektiert diesen Schein als wissenschaftliche Theorie. Bedürfnisse werden auf den Thron der wertbestimmenden Gründe gesetzt, die Mode, der Zufall, die Willkür, die unberechenbare Laune als oberstes Wirtschaftsgesetz proklamiert. Müssen sich denn nicht alle volkswirtschaftlichen Gesetze in willkürliche Regellosigkeit auflösen, wenn weder Arbeitswert noch Produktionspreis den Tausch der Waren regeln? Die Monopolpreise scheinen Produkte ökonomischer und politischer Willkür zu sein. Ist es da verwunderlich, daß die Lehre des Grenznutzens im Bedürfnis die Achse des wirtschaftlichen Lebens erfassen will?

2. Vom Produktionspreis zum Monopolpreis.

Durch den Uebergang vom Industriekapitalismus zum Finanz- und Monopolkapitalismus werden die Produktionspreise zu Monopolpreisen. Es wird jetzt unsere Aufgabe sein, auch diese Tatsache theoretisch zu begreifen und zu erklären.

Produktionspreise voraussetzen bedeutet: Die Größe des jährlichen Gesamtproduktes ist gegeben durch die Masse an produzierten Gütern, ihr Tauschwert ist gleich c + v + m, wovon c in die produktive und (v + m) in die individuelle Konsumation eingehen. v ist gleich der Summe der bezahlten Arbeitslöhne, d. h. diese repräsentieren den Wert der von den Arbeitern verkauften gesellschaftlichen Arbeitskraft; m ist die Masse des produzierten Mehrwertes. Der Mehrwert wird nach Art einer Dividende auf das gesellschaftliche Gesamtkapital verteilt, wobei jeder Kapitalist nach Maßgabe seines kapitalistischen «Anteilscheines» am Gesamtkapital Anrecht auf die «Dividende» hat. Diese «Dividende» heißt Durchschnittsprofit; die entstehenden Preise sind die Produktionspreise.

Die Ausbildung der Produktionspreise setzt die freie Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphären voraus. Die Gründe sind mannigfach genug, welche diese Bedingung zur Ausbildung der Produktionspreise im Laufe der Zeit immer mehr einschränken müssen. Aber das Stadium der Produktionspreise ist ein reelles historisches Durchgangsstadium der Wirtschaft.

Je schwerer und je billiger eine bestimmte Ware ist, umso größer ist der Anteil der Frachtkosten am Preis. Innerhalb eines gewissen Umkreis genießt deshalb jeder bereits bestehende Betrieb eine Art Transportschutz, was zur Entstehung von Transportrente führen kann. Ohne daß der Produktionspreis irgendwie erhöht wurde, können doch örtlich begünstigte Betriebe Transportrente realisieren. Indessen können auch eine Reihe anderer Friktionswiderstände, die sich der Auswirkung der freien Konkurrenz entgegenstellen, Rentenbildung veranlassen.

Die Anpasung der Preise an die gesteigerte gesellschaftliche Produktivkraft der Arbeit setzt voraus, daß die verbesserten Produktionsmethoden von allen Produzenten angewendet werden können. Betriebe mit verbesserten Produktionsmethoden erzielen Extraprofite und zwingen so die Konkurrenten, die neuen Produktionsmethoden in ihren Betrieben einzuführen. Damit sinkt der Preis auf das dem neuen Kostpreis entsprechende Niveau. Allerdings nur unter einer Bedingung: daß nämlich alle Konkurrenten die verbesserten Produktionsmethoden kennen und auch anzuwenden fähig sind. Vermögen die Erfinder des neuen Produktionsverfahrens dieses geheim zu halten, so unterstehen sie keinem ökonomischem Zwang, den Preis unter das Niveau des bereits geltenden Produktionspreises zu reduzieren. Sie realisieren Extraprofit. Wir nennen diesen Extraprofit Produktivitätsrente. Und wenn es gelingt, die Konkurrenz durch niedrigere Preise nach und nach auszuschalten und damit die Unternehmer mit den verbesserten Produktionsmethoden den gesamten Markt an sich reißen können, kann die Produktivitätsrente sogar dauernd stabilisiert werden. Oder wird der Konkurrenz durch Patentschutz die Anwendung eines neuen Verfahrens innerhalb einer gewissen, zeitlich begrenzten Schutzfrist untersagt, so realisieren die Besitzer der Patente eine Abart der Produktivitätsrente, die Patentrente.

Sowohl im Falle der Produktivitäts-, als auch der Patentrente läßt sich die Höhe der Rente dann exakt bestimmen, falls der auf dem Markte geltende Produktionspreis und die Produktionskosten des alten und des neuen Verfahrens bekannt sind. Die Rente ist gleich der Verminderung der Produktionskosten, resp. gleich der Differenz zwischen dem wirklich bezahlten und dem errechenbaren Produktionspreis. Es genügt, zur Erklärung der Monopolpreise anzunehmen, daß Produktionspreise, die in einem bestimm-

ten Zeitpunkt Geltung besaßen, durch die monopolistisch organisierten Unternehmer festgehalten werden können. Mit a. W., die Ausschaltung der Konkurrenz durch das Monopol wirkt so, als ob der Wert resp. Preis der Ware nicht durch die zu ihrer Produktion gesellschaftlich notwendige, sondern gesellschaftlich notwendig gewesene Arbeitszeit bestimmt würde.

Eine dritte Art von Rente wird durch wirtschaftspolitischen Eingriff des Staates geschaffen: die Zollrente. Die Einhebung von Zöllen führt nicht immer zur Rentenbildung. Je nach der Funktion der Zölle unterscheidet man Finanz-, Erziehungs- oder Schutzzölle. Ob der Zoll den Preis der Ware steigert, hängt von Produktionskapazität und Produktivität jener Industrien ab, die im Inlande die betreffende Ware produzieren. Wir unterscheiden drei Fälle:

1. Es existieren überhaupt keine inländischen Betriebe des betreffenden Produktionszweiges. Der Preis der verzollten Ware wird gleich sein dem Produktionspreis am Produktionsort plus Transportkosten plus Zollbetrag. Wiegt das fiskalische Interesse vor, so handelt es sich um Finanzzölle. Andernfalls kann es sich um Erziehungszölle handeln, da die Produktionskosten der inländischen Industrie um den Betrag von Transportkosten und Zoll höher sein könnten, als die Produktionskosten der ausländischen Konkurrenz.

2. Die Produktionskapazität der inländischen Industrie vermag nur einen Bruchteil des inländischen Warenbedarfes zu befriedigen. Der Zoll wirkt als Erziehungszoll, kann aber auch für finanzpolitische Zwecke mißbraucht werden. Indessen, je höher der Anteil der inländischen Produktion an der Deckung des Bedarfes, umso tiefer wird der Ertrag der Zollverwaltung sinken. Technisch gut ausgerüstete Betriebe realisieren Zollrente.

3. Die inländische Industrie deckt den inländischen Bedarf; sie exportiert sogar einen gewissen Ueberschußanteil der Produktion. Bei freier Konkurrenz muß in diesem Falle der Preis der Ware gleich dem Produktionspreis (resp. Weltmarktpreis) sein. Sobald aber die inländische Industrie durch Kartellierung zur gegemeinsamen Regulierung des Absatzes übergeht, kann der inländische Preis auf einem Niveau festgehalten werden, welches entspricht der Summe von Weltmarktpreis plus Zollsatz. Damit realisiert das Kartell Kartellrente. Auch unter dem Freihandel

sind Kartellrenten möglich: Patentrenten oder Transportrenten. Die Bildung von Kartellen wird indessen durch Schutzzölle treibhausartig gefördert.

Internationale Kartelle entstehen zur Sicherung von Patent- oder Transportrenten. Die meisten in der Gegenwart bestehenden internationalen Kartelle* (Chemische-, Kunstseidenindustrie, Dynamit, Aluminium, Glühlampen etc.) gruppieren sich um gewisse Patentrechte oder betreffen Vereinbarungen über Massenartikel von großem Gewicht (d. h. hohen Transportkosten) oder geringem Preis (Zündhölzer).

Die Fixierung der Monopolpreise untersteht dem Prinzip der virtuellen Konkurrenz. Wohl vermag das Kartell die Konkurrenz der Verkäufer auszuschalten, aber die wirtschaftliche Macht der Kartelle reicht nicht über gewisse, objektiv gegebene ökonomische Möglichkeiten hinaus. Wir sehen dabei — ganz im Sinne der Werttheorie — von mehr oder weniger vorübergehenden Abweichungen der Marktpreise vom Produktionspreis resp. Monopolpreis ab, weil ja der theoretische Monopolpreis nie mehr sein kann als Tendenz des Preisbildungsprozesses, nicht aber mit dem wirklich gezahlten Preis verwechselt werden darf.

Bei der Besprechung der Organisationsformen des Monopolkapitalismus werden wir auf die merkwürdige Tatsache stoßen, daß sogenannte Monopolunternehmungen, wie z. B. der amerikanische Stahltrust bloß einen gewissen, wenn auch großen Bruchteil des Marktes kontrollieren. Selbst der amerikanische Monopolkapitalismus hat mit dem Außenseiter (Outsider) zu rechnen. Dieser Außenseiter verkörpert das Prinzip der virtuellen Konkurrenz. Außenseiter im ökonomischen Sinne des Wortes kann nicht nur der inländische Produzent sein, Außenseiter sind auch alle ausländischen Produzenten des nämlichen Produktionszweiges. Wenn auch innerhalb eines beschränkten Produktionsfeldes die Konkurrenz ausgeschaltet scheint, bleibt die Konkurrenz, solange die einzelnen Produktionszweige miteinander konkurrieren und solange der Weltmarkt besteht, Preisbestimmungsgrund. Steigt

* Im Frühling des Jahres 1928 bestanden etwa 16 größere internationale Kartelle, 1929 sollen nach der Handelspresse an die 100 internationale kartellähnliche Vereinbarungen bestehen. Die bekannteste ist die europäische Rohstahlgemeinschaft, das Kartell der französischen, belgischen, luxemburgischen und deutschen Stahlindustrie, dem sich auch die Tschechoslovakei und Oesterreich angeschlossen haben.

der Marktpreis längere Zeit über den Produktionspreis oder versucht eine monopolistische Organisation dem Markte Ueberpreise zu diktieren, so werden nach einiger Zeit neue Betriebe entstehen, werden Außenseiter auftreten, welche die ausnahmsweise günstige Marktlage zur Realisierung von Extraprofit ausnützen wollen. Damit wird die betreffende monopolistische Organisation zur Abänderung ihrer Preispolitik gezwungen, unter Umständen gar veranlaßt, die Preise tief unter den Produktionspreisen anzusetzen. Jede monopolistische Preisvereinbarung kann den Preis nur auf dem ökonomisch zulässigen Niveau halten, weil nicht nur die gegenwärtige Marktlage, sondern auch die mögliche Veränderung der Marktlage berücksichtigt werden muß. Das Grundprinzip der kapitalistischen Wirtschaftsverfassung ist die Konkurrenz. Dieses Prinzip bleibt auch innerhalb des Monopolkapitalismus und seinen Organisationsformen, wenn auch oft stark in modifizierter Form, wirksam.

Wir dürfen allerdings nicht übersehen, daß der Monopolkapitalismus nicht nur die Reibungswiderstände, die den Preisbildungsprozeß begleiten, vergrößert, sondern auch wichtige politische Folgen nach sich zieht. Aus der Möglichkeit der Bildung von Kartellrenten auf Grund von Hochschutzzöllen entspringen Tendenzen, die den Machtapparat der modernen kapitalistischen Staaten in den Dienst kartellpolitischer und imperialistischer Ziele stellen.

Ohne das Prinzip der virtuellen Konkurrenz sind auch die Entstehung und Ausbreitung der Interessengegensätze innerhalb einer kartellierten Industrie nicht zu begreifen. Der Monopolkapitalismus ändert wohl die Form des Konkurrenzkampfes. Er verschiebt die Fronten im Preiskampf. Indessen vermag er die Wirksamkeit der Konkurrenz nicht auszuschalten, weil die Großbetriebe, die Banken, die Kartelle keine gemeinnützigen Institutionen, sondern Erwerbsinstitute sind und Erwerbsinstitute auch im Kartellverband bleiben. Der Monopolkapitalismus erschwert zwar den Ausgleich der Profitraten, er differenziert das Kapitalverhältnis, aber er vermag das Kapitalverhältnis an sich weder zu beseitigen noch zu überwinden. An Stelle der Produktionspreise treten Monopolpreise: die Aufteilung des Mehrwertes auf die einzelnen Kapitalisten erfolgt nicht mehr pro rata ihres Anlagekapitals. Zum Durchschnittsprofit addieren sich Extraprofite. Da indessen in jedem einzelnen, konkreten Falle der Produktionspreis Ausgangspunkt der Bildung des Monopolpreises ist, kann die Frage der zahlenmäßigen Fixierung der Monopolpreise trotzdem gelöst werden: der Monopolpreis ist stets gleich individueller Produktionspreis plus Monopolrente*, oder mit a. W., die Monopolrente ist gleich der Differenz zweier Produktionspreise.

Es können gegen unsere Theorie der Monopolpreise zwei wichtige Einwände erhoben werden: 1. Man kann fragen, müssen die Monopolpreise nicht auch eine Veränderung der Produktionspreise nach sich ziehen? 2. Wer bezahlt die Differenzgewinne, die Extraprofite? Oder mit andern Worten, wieso ist es möglich, daß gewisse Industrien Extraprofite resp. Monopolrenten realisieren können, wenn der gesamte gesellschaftliche Mehrwert schon durch den Ausgleich der individuellen Profitraten zur gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate verteilt worden ist? Die erste Frage ist mit einem Ja zu beantworten. Die exakte Antwort ergibt sich erst durch Beantwortung der zweiten Frage.

Es ist klar, daß das Auftreten von Extraprofit in all jenen Fällen keine theoretische Schwierigkeiten bietet, wo der Extraprofit durch Senkung der Produktionskosten entsteht, während der Marktpreis auf der Höhe des früheren Produktionspreises fixiert bleibt. In diesem Falle wird am gegenseitigen Verhältnis der Produktionspreise nichts geändert. Was sich vermehrt, ist der Profit des Unternehmers. Die Produktivitätsrente entsteht durch Umwandlung von Arbeitslohn in Extraprofit. Bei genügender Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation kann der Druck auf den Arbeitsmarkt abgewehrt werden. Die beschäftigten Arbeiter werden zum bisherigen Ansatz** entlöhnt. Kopfzerbrechen macht der staatlichen Verwaltung, wie auch der bürgerlichen Theorie bloß das Problem der Umschulung der Arbeitskräfte, die sogenannte Rationalisierung des Arbeitsmarktes, die Aufgabe, die beschäftigungslos gewordenen Arbeiter in neuen Produktionszweigen unterzubringen. Die Krise des amerikanischen Arbeitsmarktes im Frühjahr 1928 war eine charakteristische Umstellungskrise dieser Art. 4—5 Millionen Arbeitslose bedrängten den

* Lederers Einwand gegen die Marx'sche Werttheorie, die Marx'sche Werttheorie vermöge die Höhe der Monopolpreise zahlenmäßig nicht festzulegen, wird damit hinfällig.

** d. h. Nominallohn und Reallohn bleiben unverändert, da die Produktionspreise sich ja nicht ändern.

Arbeitsmarkt, während die Löhne der beschäftigten Arbeiter die bisherige hohe Lohnquote beibehielten und die vollbeschäftigten Unternehmungen hohe und höchste Gewinne ausschütteten. Indirekt bezahlt auch in diesem Falle der Arbeiter die Kosten der Rationalisierung des Produktionsprozesses. Trotzdem der Tauschwert der gesamten jährlichen Produktion unverändert ist, konsumiert die kapitalistische Klasse mehr Gebrauchswerte als früher. Ein Teil der Kaufkraft der Arbeiterklasse ist auf die kapitalistische Klasse übertragen worden.

Unübersichtlicher, aber theoretisch interessanter werden die Verhältnisse im Falle der Transport- und Zollrente. Denn Transport-, wie Zollrente bedingen eine Erhöhung der bisherigen Produktionspreise zu Monopolpreisen entsprechend dem Betrag der Transportspesen, resp. der Zollsätze. Dadurch wird das Gleichgewicht der Produktionspreise gestört. Einer sich nach allen Seiten ausbreitenden Welle gleich, pflanzt sich die Erhöhung der Preise, vom monopolisierten Produktionszweig ausgehend, über alle damit irgendwie ökonomisch in Beziehung stehenden Produktionszweige fort. Es werde ein Eisenzoll eingeführt. Das Eisenkartell erhöht sofort den Preis auf den Monopolpreis = Produktionspreis plus Eisenzoll. Die eisenverarbeitende Maschinenindustrie kauft das Eisen zum neuen Preise ein. Die Gestehungskosten steigen, während der Produktionspreis der Maschinenindustrie unverändert bleibt: der Profit der Maschinenindustriellen muß daher sinken. Zweierlei Folgewirkungen sind denkbar: Schließen sich die Maschinenindustriellen zu einem Kartell zusammen, das die Preise erhöht, so wird der Eisenzoll auf die Konsumenten abgewälzt. Kommt kein Kartell zustande, so wird aus der Maschinenindustrie so viel Kapital abfließen, bis die verringerte Produktion erhöhte Produktionspreise zur Folge hat. In jedem der weiterverarbeitenden Produktionszweige wiederholt sich das gleiche Spiel. Der Produzent wälzt die Erhöhung der Preise auf seine Konsumenten ab. Schließlich wird der Eisenzoll dem letzten Konsumenten in Form erhöhter Preise aufgebürdet. Letzte Konsumenten sind aber innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung nur der Arbeiter und der Rentner. (Wir setzen hier allerdings voraus, daß das freigesetzte Kapital dank dem Kapitalexport ins Ausland abfließen kann.)

Wir sehen: Schutzzölle treiben die weiterverarbeitenden Industrien aus dem Land und schmälern als Teuerung das Einkommen der Kleinrentner und der Arbeiter. Die Teuerung bedeutet eine Senkung des Reallohnes der Arbeiterschaft. Die Extraprofite der Eisenindustriellen werden durch eine Verminderung des Wertes der Arbeitskraft, eine indirekte Erhöhung des Mehrwertes bezahlt. Ist die Arbeiterschaft organisiert, so werden gewerkschaftsiche Lohnbewegungen unvermeidlich, wobei es den Arbeitern gewöhnlich gelingt, die Senkung des Reallohnes teilweise durch höhere Löhne auszugleichen. Unter Umständen werden die Arbeiter die ganze Preissteigerung auf die Unternehmer der nichtkartellierten Industrie abwälzen können: Der Durchschnittsprofit der nichtkartellierten Industrie wird so um jenen Betrag reduziert, den die Eisenindustriellen als Kartellrente einziehen. Steht der Industrie der Ausweg des Kapitalexportes offen, so wird letzten Endes das Resultat der Lohnkämpfe doch nur ein vorwiegend negatives sein; einzig unter der Voraussetzung einer geschlossenen Wirtschaft müßte durch den Druck der Konkurrenz der Kapitalien um die Anlagesphäre in der nichtkartellierten Industrie der Durchschnittsprofit allgemein auf ein niedrigeres Niveau sinken*.

Auch die Arbeiterschaft hat an der Aufrechterhaltung des Freihandels ein großes ökonomisches Interesse. In der Tat trat denn auch die Arbeiterschaft meistens wuchtig gegen die Schutzzollpolitik auf. Der proletarische Klasseninstinkt erwies sich stärker als die theoretisierende Vernunft, welche der Frage der Zollpolitik nur geringes Gewicht beilegen wollte. Ganz mit Unrecht. Nur in wenigen Ausnahmefällen bedeuten Schutzzölle keine Schmälerung des Reallohnes der Arbeiterschaft. In der Regel sind Schutzzölle identisch mit Vermehrung des ausgepreßten Mehr-

* Hilferding vertritt im «Finanzkapital» die unseres Erachtens nicht ganz richtige Ansicht, daß der Monopolpreis der Kartelle ganz allgemein eine Reduktion der Durchschnittsprofitrate zur Folge haben müßte. Das Sicherheitsventil des Monopolkapitalismus ist der Kapitalexport. Der Kapitalexport ist sowohl Folge als auch Ursache der Teuerung, Folge der Schutzzollpolitik, Ursache der allgemeinen Preissteigerung, welche schließlich auch die unmittelbaren Konsumgüter erfaßt. Bloß unter der Voraussetzung einer in sich geschlossenen Wirtschaft müßte die Kartellierung der Rohstoffindustrien identisch werden mit einer allgemeinen Senkung der Durchschnittsprofitrate der nichtkartellierten Industrien. Insofern der Kapitalexport Umwandlung von produktivem Kapital in Rentenkapital bedeutet, ist allerdings eine Senkung der Profitrate unvermeidlich. Dies wird aber vor allem die Expansionsmöglichkeit der weiterverarbeitenden Industrie beschränken, weniger ihre Profitchancen verkleinern.

wertes, Reduktion des Reallohnes trotz gleichbleibenden Nominallöhnen, Abwälzung der Zölle auf die letzten Konsumenten. Die Arbeiterschaft bezahlt die Extraprofite der Schwerindustrie. Extraprofite können, soweit es sich nicht um Spekulationsgewinne handelt, gar nicht anders aufgebracht werden. Irgend jemand muß dafür aufkommen. Und da der Arbeiter nicht nur den Wert der Arbeitskraft, sondern auch den Mehrwert produziert, kann — letzten Endes — auch nur der Arbeiter durch den Schutzzoll gebrandschatzt werden.

Die Einführung von Schutzzöllen erlaubt dem Kapital vermehrte Aneignung von Mehrwert. Indem die Teuerung den Wert der Arbeitskraft, resp. die Kaufkraft der Arbeitslöhne senkt, wird die Zeit, welche der Arbeiter für den Unternehmer arbeiten muß, länger. Diese Art der vermehrten Aneignung von Mehrwert kann sowohl als Produktion von absolutem, als auch als Produktion von relativem Mehrwert aufgefaßt werden. Es handelt sich, genau genommen, um eine ökonomische Zwischenform, für welche sich die Einführung eines speziellen Ausdruckes empfiehlt. Wir bezeichnen diese Art der Mehrwertbildung als Produktion von inflatorischem Mehrwert*, da sie auf dem Zurückbleiben der Lohnkurve gegenüber der Preiskurve — wie dies besonders deutlich während inflatorischer Preissteigerung zu beobachten ist — beruht. Ja, die Parallele geht noch weiter. Sowohl Inflations- als auch Schutzzollteuerung sind bloß auf Grund staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft möglich.

Unsere Untersuchungen haben gezeigt, von welch überragender Bedeutung für die Ausbildung von Monopolpreisen die monopolistischen Organisationsformen der Kartelle sind. Wir gehen daher über zur Besprechung der

3. Organisationsformen des Monopolkapitalismus.

Es ist nicht leicht, alle die mannigfaltigen Organisationsformen des Monopolkapitalismus in einem übersichtlichen Schema aufzuteilen. Organisationsform, Organisationshöhe und Organisationsintensität sind auch von wirtschaftspolitischen Maßnahmen und technischen Momenten abhängig.

* Setzt man die englischen Löhne um 1900 = 100, den Großhandelsindex ebenfalls = 100, so standen 1905 Löhne und Index auf 96, 1913 die Löhne aber bloß auf 105, der Index auf 114. («Die Welt in Zahlen».) Nach «Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927» stiegen von 1900—1913 die englischen Löhne um 7 %, die Lebenskosten um 11 %.

Die ökonomischen Zusammenschlüsse mit monopolistischer Tendenz gehen aus von den Einzelunternehmungen. Besonders wichtig ist die Richtung, in welcher der Zusammenschluß der einzelnen Unternehmungen zu einer wirtschaftlichen Organisation erfolgt: Vereinigen sich die Unternehmen des gleichen Produktionszweiges oder der nämlichen Produktionsstufe zu einem Kartell, so haben wir eine horizontale Zusammenschlußbewegung; gliedert sich ein Großbetrieb der Eisenindustrie Rohstoffwerke und Maschinenfabriken an, so wird die Produktion in vertikaler Richtung organisiert. Wesentlich vertikalen Richtungscharakter besitzen auch Zusammenschlüsse von industriellen Unternehmungen mit Handelsfirmen und Banken.

Nach beiden Richtungen hin kann der Zusammenschluß — vom rechtlichen Standpunkte aus gesehen — entweder durch Vertragsbindung oder durch Eigentumskonzentration erfolgen. Vertragliche Bindungen konstituieren in horizontaler Richtung branchenweise organisierte Arbeitgeberverbände, Interessengemeinschaften, Kartelle und Syndikate; in vertikaler Richtung allgemeine Arbeitgeberverbände und Interessengemeinschaften. Die Bindung durch ökonomische Besitzkonzentration herrscht vor bei den Trusts (horizontale Organisationsrichtung) und den Konzernen (vertikale Richtung); die rechtliche Form dieser Bindung ist entweder die Fusion oder die Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaft. Unter Umständen kann auch der Staat mit rechtlichem Zwang eingreifen; so entstehen Zwangssyndikate. Zweck und Ziel der monopolistischen Organisationen können wechseln: Arbeitgeberverbände organisieren den Wirtschaftskampf gegen die Arbeiterschaft, Kartelle und Trusts versuchen den Markt zum Zwecke der Erzielung von Monopolpreisen zu beherrschen. Zwangssyndikate haben staatlichen oder allgemeinen Wirtschaftsinteressen zu dienen.

Eine charakteristische Erscheinung der Entwicklung zum Finanzkapitalismus ist die Ausbreitung der Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften. Die Aktiengesellschaft schafft die formalrechtliche Möglichkeit, ein gegebenes produktives Kapital bloß mit einem Bruchteil dieses Kapitals zu beherrschen. Während der Unternehmer bei der Kollektivge-

sellschaft noch mit seinem ganzen Privatvermögen für die Gesellschaft haftet, wird der leitende Unternehmer bei der Aktiengesellschaft befreit von der unbeschränkten Haftbarkeit. Theoretisch genügt der Besitz von 51 % des Aktienkapitals, um die Aktiengesellschaft zu beherrschen; praktisch genügt oft schon ein kleineres Aktienpaket, z. B. 30—40 % des Aktienkapitals umfassend, um den Verwaltungsrat des Unternehmens mit Vertrauensleuten eines oder mehrerer Großaktionäre bestellen zu können. Der Einfluß weniger Großaktionäre wird umso größer werden, je zersplitterter der Rest des Aktienkapitals verteilt ist.

Durch Verschachtelung mehrerer Aktiengesellschaften in Form von Beteiligungsgesellschaften (häufig auch als Holding Companys bezeichnet) können relativ große Massen von Fremdkapital dem leitenden Willen eines einzelnen Großaktionärs unterworfen werden: Großaktionär X besitze mit 5,5 Mill. Fr. die absolute Mehrheit des Aktienkapitals einer Beteiligungsgesellschaft A mit 10 Millionen Fr. Aktienkapital. Werden noch — wie dies häufig in den U. S. of Am. der Fall — bevorzugte Stimmrechtsaktien neben gewöhnlichen Stammaktien ausgegeben, so genügt sogar ein geringerer Bruchteil des Kapitals, um die 10 Mill. Fr. zu «kontrollieren». Die betreffende Beteiligungsgesellschaft möge zudem noch Obligationen ausgeben: 10 Mill. Fr. zu 5 %. Die gesamten der Gesellschaft A zur Verfügung stehenden Gelder betragen somit 20 Millionen Fr. Wir nehmen an, mit diesen Geldern beteilige sich die Gesellschaft A an einer Reihe von Untergesellschaften B_1, B_2, B_3 . . ., welche wiederum Beteiligungsgesellschaften sein mögen. In jeder der Gesellschaften B verfüge die Gesellschaft A über die Mehrheit des Aktienkapitals: Von der Gesellschaft B_1 besitze sie vielleicht 3 Millionen Fr. von 5 Millionen Fr., von der Gesellschaft B_2 5,5 Millionen von 10 Millionen Fr. etc. Mit dem Kapital der Gesellschaft A kontrolliert unser Großaktionär die 35—38 Millionen Fr. der Gesellschaften B_1, B_2, B_3. Auch die Beteiligungsgesellschaften können Obligationen ausgeben, sodaß das «kontrollierte» Kapital auf 50—60 Millionen Fr. ansteigen kann.

Schon dieses einfache schematische Beispiel zeigt, wie sehr der Verschachtelungsprozeß in Form der Beteiligungsgesellschaften die Macht gewisser Großaktionäre steigern kann: Mit 5 Mill. Fr. Eigenkapital beherrscht Herr X 50—60 Mill. Fr. Fremdkapital. Herr X kann innerhalb gewisser Schranken die Geschäftspolitik

der von ihm kontrollierten Unternehmungen selbstherrlich bestimmen, durch die Dividendenpolitik u. a. Maßnahmen die Aktienkurse beeinflussen und zu Spekulationen mißbrauchen*. Besonders in den Vereinigten Staaten nützen die Großspekulanten das Institut der Beteiligungs- und Holdinggesellschaften skruppellos zur finanziellen Beherrschung von Fremdkapital aus.

Geradezu berüchtigt sind die Spekulationen, die zur Zusammenfassung der New Yorker Straßen-, Hoch- und Untergrundbahngesellschaften in mehreren Kontrollgesellschaften durch Ryan, Widener, Vanderbilt u. a. geführt haben: Einem Sachbesitz von ca. 18 Mill. $ wurden 1893—1905 ca. 220 Mill. $ Aktien und Obligationen aufgepfropft**. Ganz ähnlich verfuhr Charles Schwab, der Präsident des Stahltrustes im Jahre 1902 bei der Gründung der United Staates Shipbuilding Company und der 1904 erfolgten Gründung der Bethlehem Steel Corporation: Auf Anlagen im Werte von 12½ Millionen $ wurden 71 Millionen $ Effekten ausgegeben und durch geschickte Transaktionen, in deren börsentechnische Einzelheiten einzuführen, zu weit ablenken würde, wurden die 70 Mill. $ in die Taschen des Präsidenten des Stahltrustes geleitet***.

Nicht bei allen Beteiligungsgesellschaften ist der Zweck die spekulative Nutzung einer Reihe von bestehenden Unternehmungen. Liefmann unterscheidet:

neben a) Beteiligungsgesellschaften
- I. Kapitalanlagegesellschaften (Investment-Trusts)
- II. Effektenübernahmegesellschaften
- III. Kontrollgesellschaften (Holding Company);

auch b) Finanzierungsgesellschaften.

Im Gegensatz zu den Beteiligungsgesellschaften, welche Aktien schon bestehender Unternehmen ins Portefeuille nehmen, fällt den Finanzierungsgesellschaften die Aufgabe zu, neu zu errichtenden Betrieben und Unternehmungen das Anlagekapital durch Emission von Aktien zu beschaffen. Indessen sind auch hier die Grenzen fließend. Finanzierungsgesellschaften wandeln sich in

* Siehe Liefmann: «Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften», 4. Auflage, 1921).

** Liefmann l. c. Seite 221 ff.

*** Liefmann l. c. Seite 241 ff.

sellschaft noch mit seinem ganzen Privatvermögen für die Gesellschaft haftet, wird der leitende Unternehmer bei der Aktiengesellschaft befreit von der unbeschränkten Haftbarkeit. Theoretisch genügt der Besitz von 51 % des Aktienkapitals, um die Aktiengesellschaft zu beherrschen; praktisch genügt oft schon ein kleineres Aktienpaket, z. B. 30—40 % des Aktienkapitals umfassend, um den Verwaltungsrat des Unternehmens mit Vertrauensleuten eines oder mehrerer Großaktionäre bestellen zu können. Der Einfluß weniger Großaktionäre wird umso größer werden, je zersplitterter der Rest des Aktienkapitals verteilt ist.

Durch Verschachtelung mehrerer Aktiengesellschaften in Form von Beteiligungsgesellschaften (häufig auch als Holding Companys bezeichnet) können relativ große Massen von Fremdkapital dem leitenden Willen eines einzelnen Großaktionärs unterworfen werden: Großaktionär X besitze mit 5,5 Mill. Fr. die absolute Mehrheit des Aktienkapitals einer Beteiligungsgesellschaft A mit 10 Millionen Fr. Aktienkapital. Werden noch — wie dies häufig in den U. S. of Am. der Fall — bevorzugte Stimmrechtsaktien neben gewöhnlichen Stammaktien ausgegeben, so genügt sogar ein geringerer Bruchteil des Kapitals, um die 10 Mill. Fr. zu «kontrollieren». Die betreffende Beteiligungsgesellschaft möge zudem noch Obligationen ausgeben: 10 Mill. Fr. zu 5 %. Die gesamten der Gesellschaft A zur Verfügung stehenden Gelder betragen somit 20 Millionen Fr. Wir nehmen an, mit diesen Geldern beteilige sich die Gesellschaft A an einer Reihe von Untergesellschaften B_1, B_2, B_3 . . ., welche wiederum Beteiligungsgesellschaften sein mögen. In jeder der Gesellschaften B verfüge die Gesellschaft A über die Mehrheit des Aktienkapitals: Von der Gesellschaft B_1 besitze sie vielleicht 3 Millionen Fr. von 5 Millionen Fr., von der Gesellschaft B_2 5,5 Millionen von 10 Millionen Fr. etc. Mit dem Kapital der Gesellschaft A kontrolliert unser Großaktionär die 35—38 Millionen Fr. der Gesellschaften B_1, B_2, B_3. Auch die Beteiligungsgesellschaften können Obligationen ausgeben, sodaß das «kontrollierte» Kapital auf 50—60 Millionen Fr. ansteigen kann.

Schon dieses einfache schematische Beispiel zeigt, wie sehr der Verschachtelungsprozeß in Form der Beteiligungsgesellschaften die Macht gewisser Großaktionäre steigern kann: Mit 5 Mill. Fr. Eigenkapital beherrscht Herr X 50—60 Mill. Fr. Fremdkapital. Herr X kann innerhalb gewisser Schranken die Geschäftspolitik

der von ihm kontrollierten Unternehmungen selbstherrlich bestimmen, durch die Dividendenpolitik u. a. Maßnahmen die Aktienkurse beeinflussen und zu Spekulationen mißbrauchen*. Besonders in den Vereinigten Staaten nützen die Großspekulanten das Institut der Beteiligungs- und Holdinggesellschaften skruppellos zur finanziellen Beherrschung von Fremdkapital aus.

Geradezu berüchtigt sind die Spekulationen, die zur Zusammenfassung der New Yorker Straßen-, Hoch- und Untergrundbahngesellschaften in mehreren Kontrollgesellschaften durch Ryan, Widener, Vanderbilt u. a. geführt haben: Einem Sachbesitz von ca. 18 Mill. $ wurden 1893—1905 ca. 220 Mill. $ Aktien und Obligationen aufgepfropft**. Ganz ähnlich verfuhr Charles Schwab, der Präsident des Stahltrustes im Jahre 1902 bei der Gründung der United Staates Shipbuilding Company und der 1904 erfolgten Gründung der Bethlehem Steel Corporation: Auf Anlagen im Werte von 12½ Millionen $ wurden 71 Millionen $ Effekten ausgegeben und durch geschickte Transaktionen, in deren börsentechnische Einzelheiten einzuführen, zu weit ablenken würde, wurden die 70 Mill. $ in die Taschen des Präsidenten des Stahltrustes geleitet***.

Nicht bei allen Beteiligungsgesellschaften ist der Zweck die spekulative Nutzung einer Reihe von bestehenden Unternehmungen. Liefmann unterscheidet:

neben a) Beteiligungsgesellschaften
- I. Kapitalanlagegesellschaften (Investment-Trusts)
- II. Effektenübernahmegesellschaften
- III. Kontrollgesellschaften (Holding Company);

auch b) Finanzierungsgesellschaften.

Im Gegensatz zu den Beteiligungsgesellschaften, welche Aktien schon bestehender Unternehmen ins Portefeuille nehmen, fällt den Finanzierungsgesellschaften die Aufgabe zu, neu zu errichtenden Betrieben und Unternehmungen das Anlagekapital durch Emission von Aktien zu beschaffen. Indessen sind auch hier die Grenzen fließend. Finanzierungsgesellschaften wandeln sich in

* Siehe Liefmann: «Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften», 4. Auflage, 1921).

** Liefmann l. c. Seite 221 ff.

*** Liefmann l. c. Seite 241 ff.

Beteiligungsgesellschaften um, Beteiligungsgesellschaften können Finanzierungsgesellschaften werden. Entscheidend für die begriffliche Unterscheidung ist die ökonomische Zweckbestimmung. Investment Trusts sind stark in England verbreitet seit den 60er Jahren, da der Zinsfuß der englischen Staatspapiere auf 3 % sank. Durch Beteiligung an zahlreichen ausländischen und inländischen Unternehmungen erreichen diese Gesellschaften neben einer höheren Verzinsung des Kapitals eine wesentliche Verringerung des Risikos*. Mit den auf die ausgegebenen Aktien und Obligationen einlaufenden Geldern werden Effekten gutrentierender Unternehmungen gekauft, und ins Portefeuille genommen. Die Leitung des Investment Trusts ist gewöhnlich durch strenge statutarische Bestimmungen an gewisse geschäftspolitische Direktiven (z. B. daß in einem einzelnen Papier nicht mehr als $^1/_{10}$ des Aktienkapitals angelegt werden darf, Spekulationsgeschäfte den Leitern der Trusts untersagt sind u. s. w.) gebunden. In den Kapitalanlagegesellschaften wird die Durchschnittsprofitrate auch praktisch ad oculos demonstriert**.

* Damit realisiert sich für einen relativ großen Kreis von Kapitalisten in handgreiflicher Art die Durchschnittsprofitrate. Was so oft als Verteilung des Risikos ausgegeben wird, ist — genau betrachtet — vom ökonomischen Standpunkte aus nichts anderes als Ausdruck der Tendenz zur Durchschnittsprofitrate. Auch die aktive Beteiligung vieler Großkapitalisten an führenden Unternehmen verschiedener Produktionsrichtung ist in gleicher Richtung zu deuten.

** Die größte Kapitalanlagegesellschaft der Welt ist nach Liefmann die Société géneral de Belgique (1919 $^3/_4$ Milliarden Frs. Kapital). Die Rechtsform der englischen Trusts ging aus dem Institut des Treuhänders hervor. Einer Gruppe von Treuhändern übergab man ein bestimmtes Kapital und erhielt dafür Zertifikate mit dem Anrecht auf Auszahlung der Gewinne aus den gekauften Effekten. Der Besitz der Effekten mußte periodisch öffentlich bekannt gemacht werden. 1914 bestanden in England etwa 150 Kapitalanlagegesellschaften mit ca. 100 Mill. £ (2 Milliarden Franken) Kapital. Größere Verbreitung fanden die Kapitalanlagegesellschaften noch in Frankreich, Belgien und der Schweiz; dagegen trat ihre Bedeutung bis vor kurzem noch stark zurück in den Vereinigten Staaten. Die Kapitalanlagegesellschaften charakterisieren kapitalintensive Volkswirtschaften mit starken Rentnerschichten. Als Beispiel einer großen englisch-amerikanischen Kapitalanlagegesellschaft erwähnen wir die United States Debenture Corporation, die 1889 gegründet wurde. Das Gesellschaftskapital beträgt 1 725 000 £. Die Gesellschaft besaß nach dem Kriege für über 2 Mill. £ etwa 425 verschiedene Effekten, welche sich zu 16,7 % auf die Vereinigten Staaten, zu 23,6 % auf Südamerika, zu 32,4 % auf Großbritannien, zu 14,5 % auf die britischen Kolonien, der Rest auf Zentralamerika (6,2 %) und Europa (5,5 %) verteilten.

Seltener sind die Effektenübernahmegesellschaften*. Diese werden nur dann gegründet, wenn es sich um Effekten handelt, welche nicht direkt ans Publikum begeben werden können. Die Effektenübernahmegesellschaft gibt Aktien und Obligationen aus, welche durch den Kredit der gründenden Bank gedeckt, leichter placiert werden können.

Häufig werden mehrere Gesellschaftszwecke miteinander kombiniert. Liefmann erwähnt z. B. die American Securities Investment Company, welche 1896 von Harriman in New Jersey errichtet wurde, um unter der Hand die Aktien der Illinois Central Railroad aufzukaufen. Harriman benutzte diese Kapitalanlagegesellschaft auch als Effektenübernahmegesellschaft und als Kontrollgesellschaft.

Eine ausschlaggebende Rolle spielen die Holding Companies im Wirtschaftsleben der Vereinigten Staaten. Das vereinsstaatliche Recht erleichtert die Gründung von Aktiengesellschaften. So ist die A.-G. die häufigste Gesellschaftsform der U. S. of America. Zur Durchsetzung monopolistischer Tendenzen bedienten sich die amerikanischen Kapitalisten zunächst des Rechtsinstitutes der Trusts. Der erste monopolistische Trust war der Standard Oil Trust (1882 von Rockefeller auf Rat des Anwaltes der Standard Oil Co. of Ohio gegründet). Andere Trustgründungen folgten: Der Whisky Trust, der Sugar- (Zucker) Trust. Auch heute noch wird hie und da in den Vereinigten Staaten die Trustform angewendet. Die Antitrustgesetzgebung erzwang die Auflösung der monopolistischen Trusts. An ihre Stelle trat die Holding Company. Rechtlich kann die Holding Company nicht angetastet werden. Ihre einzigen Voraussetzungen sind das Institut der Aktiengesellschaft und das Recht des freien Kaufs und Verkaufes von Aktien an der Börse. Zum Ueberfluß erleichterte — wohl unter dem Druck des Petrolkapitals — im Jahre 1893 der Staat New Jersey, die Gründung von Beteiligungsgesellschaften durch ein spezielles, sehr liberal gehaltenes Gesetz. So ist die Hol-

* Effektenübernahmegesellschaften sind «erst entstanden, nachdem der Typus der modernen Effektenbank schon eine bedeutende Entwicklung erfahren hatte» (Liefmann l. c. S. 322). Meistens gegründet zur Uebernahme der Effekten von Lokalbahnen, lokalen Elektrizitätswerken, Gaswerken, des Metallhandels, des Bauwesens wurde ein großer Teil der Effektenübernahmegesellschaften später in Finanzierungsgesellschaften umgewandelt. Die aktive Finanzierungspolitik verdrängte die passive Politik des Aufkaufs, der Uebernahme bereits bestehender Effekten.

ding Company nebst der Fusion zur amerikanischen Rechtsform des kapitalistischen Konzentrationsprozesses geworden.

Nach Liefmann* existieren keine exakten Angaben über die Zahl der Holding Co. in den Vereinigten Staaten. 1913 soll es etwa 12 000 Holding Companies mit 10 Milliarden $ Kapital gegeben haben.

Die Untersuchung der Interstate Commerce Kommission (1905—1908) stellte fest, daß auf das ca. 12 Milliarden $ betragende Anlagekapital der amerikanischen Bahnen ca. 18 Milliarden $ Effekten ausgegeben waren, also mindestens 6 Milliarden $ Gründergewinn realisiert wurden. Nur 53 % der ausstehenden Aktien, aber 85 % der Obligationen waren in den Händen des Publikums. Fast alle größeren amerikanischen Eisenbahnen werden von einem einzigen Großkapitalisten oder einer kleinen Gruppe von Kapitalisten «kontrolliert». Die Kontrolle kann bestehen im Recht über alles Eigentum der Gesellschaft zu verfügen, außer dem sachlichen Anlagekapital, sie kann durch Verpachtung erfolgen, durch die Uebertragung des Stimmrechtes, durch das Recht der Ernennung des Verwaltungsrates ausgeübt werden, oder es kann die betreffende Eisenbahngesellschaft durch zu leistende Bauvorschüsse unter Kontrolle gehalten werden. Nach dem American Year Book von 1922 sind die größten Eisenbahngruppen:

1. Harriman Gruppe	kontrolliert	33 236	Meilen	Bahnen
2. Morgan Gruppe	„	27 918	„	„
3. Hill Gruppe	„	25 370	„	„
4. Vanderbilt Gruppe	„	24 026	„	„
5. Hawley Gruppe	„	16 508	„	„
6. Gould Gruppe	„	15 937	„	„
7. Pennsylvania Railroad Gruppe	„	13 187	„	„
8. Moore Gruppe	„	10 627	„	„

1909 existierten in den Vereinigten Staaten 2196 Eisenbahngesellschaften, aber nur 1310 waren eigentliche Betriebsgesellschaften (53 unter diesen betrieben 56 % des gesamten Netzes von 244 084 Meilen). 1918 wurden 397 000 Meilen Bahnen von 2905 Eisenbahngesellschaften kontrolliert, welche in 185 größere Systeme zusammengefaßt waren. Deren Aktien sollen sich auf 1,7 Millionen Personen verteilt haben. Andere große amerikanische Kontrollgesellschaften sind die Standard Oil Company of New

* l. c. Seite 210.

Jersey, die Amalgamated Copper Company und die United States Steel Corporation (2446 Mill. $).

In den europäischen Industrieländern sind reine Kontrollgesellschaften seltener. Ein ältereres Beispiel ist die Nobel Dynamit Trust Company Ltd., welche 1886 in London gegründet wurde. Relativ zahlreiche Kontrollgesellschaften wurden in der Schweiz errichtet, weil das verhältnismäßig kleine Wirtschaftsgebiet und der große Kapitalreichtum den Kapitalexport und die Gründung von ausländischen Filialunternehmungen veranlaßten. Jene Ziele, welche mit der Holding Company in Amerika verfolgt werden, werden auf dem europäischen Kontinent, speziell in Deutschland durch Interessengemeinschaft oder Fusion angestrebt.

Bei der Interessengemeinschaft werfen mehrere Gesellschaften ihren Gewinn zusammen und verteilen diesen nach einem bestimmten Schlüssel. Der ökonomische Inhalt einer Interessengemeinschaft (in Amerika als Community of interest oder auch pool bezeichnet) kann verschiedener Art sein. Sehr häufig wird gegenseitiger Aktienaustausch schon bestehende wirtschaftliche Bindungen stärken. Fusionen (wozu begrifflich auch die sogenannten Kombinationen zu rechnen sind) vereinigen früher selbständige oder neu errichtete Unternehmungen in einer neuen größeren Unternehmung. Soll die Fusion zweier oder mehrerer Aktiengesellschaften durchgeführt werden, muß die aufnehmende Gesellschaft — zur Durchsetzung der Statutenänderung — mindestens $^3/_4$ der Aktien der aufzunehmenden Gesellschaft besitzen oder sich die Zustimmung einer entsprechenden Zahl von Aktionären versichert haben, während die Kontrollgesellschaft bereits mit 51 % des Aktienkapitals die Aktiengesellschaft kontrollieren kann. Die Kontrollgesellschaft hat daher ein weiteres Anwendungsgebiet als die Fusion.

Ebenso wie die Kontrollgesellschaft eine innigere Verflechtung der betreffenden Unternehmungen bedeutet als die Interessengemeinschaft, bedeutet auch die Fusion eine größere Vereinheitlichung der Leitung und Organisation als die Kontrollgesellschaft. Die Kontrollgesellschaft vermehrt die Zahl der Unternehmungen, bringt aber die Betriebe unter einheitliche Leitung; die Fusion zentralisiert die Leitung, unter gleichzeitiger Reduktion der Zahl der bestehenden Unternehmungen.

Auch die Einteilung der Kartelle hat mit begrifflichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst ist die Grenze gegen die

Arbeitgeberverbände nicht immer leicht zu ziehen. Geht ein Arbeitgeberverband über zur gemeinsamen Regelung der Kaufs- und Verkaufsbedingungen (Provisionen!), so ist aus dem Arbeitgeberverband ein Konditionenverband entstanden. Befaßt sich der Arbeitgeberverband eingehend mit dem Problem der Normalisierung und Typisierung, so entsteht ein Normierungsverband. Diesen kartellähnlichen Organisationen stehen die eigentlichen Kartelle gegenüber, welche im Interesse der Regulierung der Marktpreise die Selbständigkeit der einzelnen Kartellmitglieder mehr oder weniger weitgehend beschränken. Garantieren sich die konkurrierenden Unternehmungen gegenseitig bestimmte Absatzgebiete, so schließen sie einen Gebietskartellvertrag ab. Gebietskartelle basieren auf der Transportrente und sind besonders in Produktionszweigen, die schwere Massengüter herstellen, verbreitet (Zementindustrie, Kohlenbergbau). Eine andere Form des Gebietskartelles ist der Kundenschutz*, nach dem sich die zusammengeschlossenen Unternehmer verpflichten, sich nicht gegenseitig Kunden abzujagen. Händlervereinigungen, wie auch Bierbrauereien pflegen oft derartige Vereinbarungen einzugehen.

Am häufigsten sind die Preiskartelle*, die oft auch bloß die Form stillschweigender Preisverabredungen annehmen. Die Unternehmer einigen sich auf bestimmte Verkaufspreise, wobei meistens die Produktionskosten der technisch rückständigen Betriebe der Vereinbarung zu Grunde gelegt werden. Derartige Preisvereinbarungen sichern den Produzenten — je nach dem Anlaß der Kartellierung — entweder Transportrente, Zollrente oder Produktivitätsrente. Wir finden Preiskartelle in fast allen Produktionszweigen. Charakteristische Beispiele bilden die Preisverabredungen der Bäcker und Metzger. Aus dem überlieferten Zunftgeist geboren, erleichtern sie vielfach die Uebersetzung des Bäcker- oder Fleischergewerbes.

In Produktionszweigen hoher organischer Zusammensetzung sind Preiskartelle wirkungslos, wenn sie sich nicht zu Produktionskartellen erweitern, welche die Produktion nach einem gemeinsam festgesetzten Schlüssel beschränken, um so der «Ueberproduktion» (hier natürlich als Ueberproduktion im kapitalistischen Sinne aufzufassen) zu steuern. Produktionskartelle schränken die Arbeitszeit durch freiwillige Vereinbarung ein oder legen einen bestimmten Prozentsatz von Arbeitsmitteln still (so z. B. in der Textilindustrie: an bestimmten Tagen wird nicht gearbeitet oder so und so viel Spinnmaschinen, Webstühle werden außer Betrieb gesetzt).

Wird die Durchführung und Ueberwachung der Kartellverträge einer bestimmten zentralen Leitung übertragen, so wird das Kartell zum Syndikat. Der Name Syndikat bedeutet so viel als Verkaufsstelle. Wenn eine Zentralstelle die Aufträge einsammelt und sie nach einem bestimmten Schlüssel den best gelegenen Unternehmungen zur Ausführung überweist, haben wir ein Auftragssyndikat vor uns. Auftragssyndikate sind speziell verbreitet in der Schwerindustrie (z. B. Rheinisch-Westfälisches Kohlensyndikat A.-G. in Essen), wo die Belieferung durch bestimmte Produzenten nicht wesentlich ins Gewicht fällt und das Produkt Massengutcharakter hat. Seltener sind Kontingentierungssyndikate (auch Kontingentierungskartelle genannt), bei denen durch eine zentrale Kontroll- und Verrechnungsstelle die Produktionsquote für jedes einzelne Mitglied bestimmt und kontrolliert wird, um auch in Zeiten der Krise die Preise hochhalten zu können. Uebernimmt das Syndikat mit dem Verkauf auch noch die Verteilung der Gewinne auf die einzelnen Unternehmungen, so entsteht das Gewinnverteilungssyndikat. Das Gewinnverteilungssyndikat sichert die Innehaltung der Minimalpreise: Für den Absatz, welcher über die Beteiligungsziffer hinausgeht, werden progressive Zuschläge erhoben. Oder das Syndikat kauft den Unternehmern die Produktion vollständig ab, um sie selbständig weiter zu verkaufen, worauf der realisierte Gewinn nach einem bestimmten Schlüssel auf die einzelnen Unternehmungen aufgeteilt wird.

Es wären noch zu erwähnen die Submissionsverbände, eine Art Kontingentierungskartelle, welche bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten gebildet werden und die Exportsyndikate, die den Export einer bestimmten Branche zentralisieren und organisieren sollen.

* Das folgende in Anlehnung an Liefmann: «Kartelle und Trusts» (1922) und Schmitt-Schowalter: «Die Organisationsformen der modernen Wirtschaft».

** Eine Vorstufe der Preiskartelle bilden die Kalkulationsverbände, die ihren Mitgliedern die gleichen Normen der Preisberechnung nahelegen (verbreitet im Klein-, Buchdruck-, Bau- und Reparaturengewerbe).

Von allen Kartellformen beschränkt das Gewinnverteilungssyndikat die Funktion des Unternehmers am stärksten. Die nächste Stufe des Konzentrationsprozesses ist der Trust. Trusts im ökonomischen Sinne entstehen durch Fusion mehrerer Unternehmungen oder durch Zusammenfassung der Betriebe eines Produktionszweiges durch eine Kontrollgesellschaft. Trusts realisieren Kartellrente. Sie ersetzen in den Vereinigten Staaten die Kartelle.

Anderen ökonomischen Inhalt besitzt die vertikale Konzentrationsbewegung, welche ihren sichtbaren Ausdruck in der Bildung von Konzernen findet. Auch der Konzernbewegung wächst ökonomische Stoßkraft zu aus dem Bestreben, Rente, Extraprofite zu realisieren. Die Konzerne realisieren aber vornehmlich Produktivitätsrente. Durch Kombination, d. h. durch die Angliederung von Rohstoffwerken und weiter verarbeitenden Betrieben, durch die Ausschaltung des Zwischenhandels lassen sich Produktionskosten und Handelsgewinne reduzieren, sodaß Kombinationsrente realisierbar wird. Immerhin wird die Ausschaltung des Handelskapitals den Profit nicht direkt vergrößern, aber indirekt wird die Ausschaltung des Zwischenhandels doch die Umlaufsgeschwindigkeit des Warenkapitals verringern und so den kaufmännischen Profit zu Gunsten des industriellen Profites reduzieren. Die vertikale Konzentrationsbewegung wird gefördert durch die Drosselung des Konkurrenzkampfes im Kartell; sie bedeutet die Ueberleitung des Konkurrenzkampfes in neue Bahnen. Sie schafft für die durch die Monopolrenten gesteigerten Profite neue Anlagemöglichkeiten.

Trotzdem das Kartell die Produktion der einzelnen Mitglieder des Kartells streng kontingentiert, so versucht doch vor Ablauf des Kartellvertrages jedes Kartellmitglied seine ökonomische Position für künftige Verhandlungen möglichst zu stärken. Die kapitalkräftigen Unternehmungen kaufen kleinere Betriebe auf, legen sie still und schlagen deren Beteiligungsquote zu der eigenen Quote. Oder da der Verbrauch von Kohle oder Eisen im eigenen Betrieb nicht dem Kartellzwang unterstellt werden kann, gliedern sich die größern Werke Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie an. Die Kartellierung begünstigt die Entstehung von gemischten Werken. In der Schwerindustrie kauft die Hütte Zechen auf, beteiligt sich die Hüttenzeche an einer Maschinenfabrik. So werden die reinen Werke niederkonkurriert.

Die Kartellierung beginnt im Bergbau, greift auf die Hüttenindustrie über, stößt aber schon bei den Walzwerken auf Schwierigkeiten. Je mehr sich die Produktion spezialisiert, umso schwieriger wird die Zusammenfassung der Betriebe unter eine einheitliche Kartelleitung. In der weiterverarbeitenden Industrie entstehen die Kartelle bloß unter dem Drucke der Kartellierung der Industrie der Halbfabrikate, damit die erhöhten Kostenpreise auf die Konsumenten abgewälzt werden können. Unter Umständen kaufen Großunternehmungen der weiterverarbeitenden Industrie Hütten und Zechen auf, um so von der Preispolitik des Syndikates unabhängig zu werden. So haben in den letzten Jahren die deutsche chemische, wie die elektrische Industrie Bergwerke und Hüttenwerke aufgekauft und ihrem Konzern angegliedert. Schließlich kann die Kombination noch andere Vorteile aufweisen: Bessere technische Ausnützung der Anlagen (Wärmewirtschaft!), Unabhängigkeit von Verkehrsstörungen, bessere Materialkontrolle, Einsparung von Lagervorräten, bessere Ausnützung der Marktlage, da in einem Konzern das Schwergewicht der Produktion sich leicht von einer Produktionsstufe in die andere verschieben läßt, alles Gründe, die unter gewissen Bedingungen den Konzentrationstendenzen Vorschub leisten.

Die Kartellierung kann den Konkurrenzkampf zwischen den Mitgliedern des Kartells nicht verhindern*. Das Prinzip der virtuellen Konkurrenz schränkt sowohl die Wirksamkeit der Kartelle, als auch den Erfolg des Kartellszwanges ein**. Die Kartelle entstehen gewöhnlich in Zeiten anziehender Konjunktur. Ihre Widerstandskraft wird in der Depression auf eine schwere Probe gestellt, weil die produktionstechnisch besser ausgerüsteten Betriebe immer hoffen können, durch Senkung der Verkaufspreise nach dem Austritt aus dem Kartell ihre Konkurrenten vom Markte zu verdrängen, während das Kartell sie zu empfindlichen und für

* Im Jahre 1893 betrug die Zahl der Mitglieder des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates 96, 1913 nur noch 62, trotzdem die Durchschnittsbeteiligung um volle 320 % zugenommen hatte. Unter den 62 Mitgliedern verfügten zwei Unternehmungen (Harpen und Gelsenkirchen) über eine Beteiligungsziffer von 17,7 Millionen Tonnen, 33 kleine Zechen aber nur über ca. 15,2 Millionen. 1905/1906 wurden 8 Zechen mit 1,2 Millionen Förderung stillgelegt, wobei die Beteiligungsquote von den stillegenden Zechen übernommen wurde.

** Kestner-Lehnich bespricht in seiner Arbeit: «Organisationszwang» einläßlich die Methoden des Kartellzwanges.

Großunternehmungen ganz besonders verlustreichen Produktionsbeschränkungen zwingt.

Die ökonomische Wirkung der Kartellierung ist volkswirtschaftlich nichts weniger als segensreich. Sie bedeutet auf der einen Seite Bildung von Kartellrente, auf der anderen Seite aber führt die Kartellierung leicht zu beträchtlicher Ueberkapitalisation (z. B. deutsche Kaliindustrie).

Als Prototyp der Kartelle können wir das 1893 gegründete Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat betrachten. Der unbestrittene Einfluß des Syndikates erstreckt sich nur über ein beschränktes Gebiet; schon in Hamburg kann die Ruhrkohle nicht mit der englischen auf dem billigen Wasserwege lieferbaren Kohle konkurrieren. Die Rente des Kohlensyndikates ist Transportrente. Eine Uebersicht der Kohlenpreise vor und nach der Gründung des Kohlensyndikates zeigt deutlich den Einfluß des Syndikates auf die Preisgestaltung. Es gelingt dem Syndikat auch in Zeiten der Depression die Preise hochzuhalten*.

* Kohlenpreise (Jahresdurchschnitt) an der Essener Börse:
(Fettförderkohle, nach 1893 Verrechnungspreise des Syndikates)
pro Tonne in Mark:

1881	5,48	1896/97	8,30
1885	5,63	1909/12	10,75
1888	6,04	1897	9,0
1889	8,48	1899/1900	9,30
1890	10,72	1900/1902	10,00
1891	9,86	1902/1905	11,00
1892	8,50	1905/1906	10,50
1893	7,30	1906/1907	11,25
1893/94	7,00	1907/1909	12,00
1894/96	7,50		

Während und nach dem Weltkriege herrschen infolge der Zerrüttung der Währung abnormale Verhältnisse, weshalb wir auf Wiedergabe der entsprechenden Preise verzichten. Die mitgeteilten Preise sind sogenannte Richtpreise, die sich auf die im Ruhrgebiet am häufigsten geförderte Kohle beziehen. Die Preise der anderen Kohlenarten halten stets ein bestimmtes Verhältnis zu dem Preise dieser Standardkohle ein, was aus nachfolgender Uebersicht hervorgeht:

	1889	1890	1893	1896	1900	1907	1910
	in Mark pro Tonne						
Flammförderkohlen	9,29	12,36	7,58	8,03	10,00	11,12	10,75
Fettförderkohlen	8,48	10,72	7,29	8,25	10,25	11,12	10,75
Magerförderkohlen	8,26	11,00	7,50	7,67	9,50	10,38	10,00
Gasförderkohlen	11,04	14,58	9,79	10,17	12,75	13,44	13,00

Trotzdem mißlingt die restlose Abwälzung der Krisenfolgen auf die weiterverarbeitende Industrie. Um die Preise hochhalten zu können, muß während der Depressionsperiode die Produktion eingeschränkt werden.

Ebensowenig hat die Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikates die Konkurrenz durch Außenseiter verhindern können. Von 1893 bis 1903, dem Jahre der Erneuerung des Syndikatsvertrages (1903 wurden das Kohlen- und das Kokssyndikat vereinigt) stieg der Anteil der Außenseiter an der Kohlenförderung des Ruhrgebietes von $13^1/_3$ auf $17^3/_4$ %. Und nach 1903, nachdem fast alle Außenseiter dem Kartell beitraten, vermehrte sich durch Neuanlage der Anteil der nichtsyndizierten Zechen von 1,3 auf 11,1 %*.

Besondere Aufmerksamkeit erregt in der Oeffentlichkeit das System der billigen Auslandsverkäufe, das sogenannte Dumpingsystem, das die Syndikate durchführen, sobald die Produktionsfähigkeit der Kartelle die Aufnahmefähigkeit des inländischen Marktes übersteigt. Hohe Inlandspreise sichern den betreffenden Syndikaten auch dann noch einen hohen Profit, wenn ein bestimmter Teil der Produktion zu Preisen abgesetzt wird, die nur um ein Geringes die Produktionskosten überschreiten. Mit Recht hebt Liefmann hervor, nicht das Dumping-System, wohl aber die höheren Inlandspreise schädigten die weiterverarbeitende Industrie auf Kosten ihrer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkte. Das Dumping-System setzt die Kartellrente, aber auch die ausländische Konkurrenz voraus. Dumpingverkäufe werden nur dort sinnvoll sein, wo sie getätigt werden, um Zollschranken zu überwinden oder relativ hohe Transportkosten aufzurechnen. Nach einiger Zeit führt das Dumping-System zwangsläufig zur internationalen Verständigung, zum internationalen Kartell, vor-

	1889	1890	1893	1896	1900	1907	1910
	in Mark pro Tonne						
Hochofenkoks	15,72	19,18	11,00	12,02	21,29	17,25	14,37
Gießereikoks	17,00	22,00	14,00	14,23	23,33	19,63	17,50
Brechkoks I/II	17,69	22,61	15,25	15,19	24,37	21,56	20,25
Briketts	11,86	14,64	9,25	10,19	13,50	12,72	11,75

* Nach Liefmann: «Kartelle und Trusts», Seite 100:

	Syndikatszechen	Gesamtförderung
1893	33,5 Mill. Tonnen	38,6 Mill. Tonnen
1903	63,6 Mill. Tonnen	64,7 Mill. Tonnen
1913	88,7 Mill. Tonnen	110,7 Mill. Tonnen

ausgesetzt, daß nicht vorher noch der Versuch der machtpolitischen Auseinandersetzung bis zu seiner letzten Konsequenz, dem Krieg, verfolgt wird. Nicht gering ist der Einfluß, den der Kartellierungsprozeß auf den Handel ausübt. Das Kartell bringt den Großhandel meistens in direkte, oft aber auch in indirekte Abhängigkeit*.

1913 umfaßte das Ruhrkohlensyndikat 53 % der Kohlenförderung, 66 % der Koksherstellung und 73 % der Brikettfabrikation des deutschen Reiches**. Die Gesamtförderung an Steinkohle war auf 88,5 Mill. Tonnen, die Fabrikation von Koks auf 17,7 Mill., jene von Briketts auf 4,8 Mill. Tonnen festgesetzt. An der Spitze der Förderung stand die Gelsenkirchner Bergbau A.-G. (9,9 Mill.) und die Harpener Bergbau A.-G. (7,8 Mill. Tonnen). Während dem Kriege setzte ein starker Konzentrationsprozeß ein: 36 Zechen blieben selbständig, während 55 Zechen in 13 Gruppen zusammengefaßt wurden:

1. Rhein-Elbe	(16,1 Mill. Tonnen)
2. Harpen	(9,1 Mill. Tonnen)
3. Funke-Lothringen	(8,3 Mill. Tonnen)
4. Haniel-Gutehoffnungshütte	(7,7 Mill. Tonnen)
5. Hoesch	(6,1 Mill. Tonnen)
6. Hibernia	(5,8 Mill. Tonnen)
7. Phönix	(5,1 Mill. Tonnen)
8. Stinnes	(4,8 Mill. Tonnen)
9. Thyssen	(3,6 Mill. Tonnen)
10. Lothringer Verein	(3,6 Mill. Tonnen)
11. Mannesmann	(2,7 Mill. Tonnen)
12. Rhein. Stahlwerke	(2,5 Mill. Tonnen)
13. Stumm	(2,4 Mill. Tonnen)

Die kleinste Beteiligungsziffer hat die Zeche Herbeder Steinkohlen (nämlich 100 000 Tonnen, was immer noch einem jährlichen Produktionswert von ca. 1,5 Mill. Fr. entspricht).

«Die durch J. G.-Verträge und Beteiligungen zu einem K o n z e r n zusammengefaßten Unternehmungen treten äußerlich in ihrer Spitzenorganisation in Erscheinung. Diese Spitzenorganisation kann eine Kontrollgesellschaft (Dachgesellschaft), eine Verwaltungsgesellschaft (A.-G. oder G. m. b. H.), eine Finanzierungsgesellschaft (Bank für elektrische Unternehmungen) oder eine der im Konzern vereinigten Unternehmungen sein, sie kann eventuell auch fehlen. Die Bildung eines Konzerns bedingt Aktientausch, Personalunion der Verwaltungsräte, sie kann sich in einer gemeinsamen Verkaufsstelle ausdrücken, alle finanziellen Angelegenheiten (Kredite, Beteiligungen, Gründungen) können zentral geregelt sein oder die Leitung der Produktion wird durch Fusion oder Verpachtung der führenden Unternehmung übertragen. Innerhalb des Konzerns sind nur noch technische und organisatorische Fragen zu entscheiden, weshalb jeder Konzernvertrag die Zentralisation der Verwaltung und die möglichst lange Dauer des Konzernes sichern muß. Viele Konzernverträge werden auf 99 Jahre abgeschlossen. Stimmrechtsaktien oder auch bloß die genaue Kenntnis des Geschäftsbetriebes sichern den Spitzen der Verwaltung die Beherrschung des ganzen Konzern»*.

Durch die Konzernbildung wird die Konkurrenz zwischen den Firmen des Konzerns ausgeschaltet und eine wirtschaftlich-technische Einheit von großer Stoßkraft geschaffen, welche größte Lieferungsverträge übernehmen kann**. Der Konzern kann je nach Bedarf die Betriebe zentralisieren oder dezentralisieren: der Konzern realisiert innerhalb seines Umkreises das Prinzip der bewußten Regelung der Wirtschaft. Die meisten «Trusts» der Vereinigten Staaten sind genau genommen Konzerne, da sie gewöhnlich nicht nur Betriebe der gleichen Produktionsstufe umfassen und auch nicht streng monopolistisch organisiert sind.

Um Mißverständnisse zu vermeiden, können wir vielleicht das begriffliche Verhältnis von Großunternehmung, Konzern und Trust so definieren, daß wir unter K o n z e r n die mehr oder weniger ausgedehnte Zusammenfassung mehrerer Großunternehmen, unter T r u s t aber die monopolistische Zusammenfassung mehrerer Unternehmungen oder Konzerne verstehen wollen. Danach wäre die Standard Oil Co. als ein Trust, die United States Steel Co. [die bloß ca. 60 % der amerikanischen Stahlproduktion kontrolliert] als ein großer Konzern zu bezeichnen. Besonders eingehend untersucht sind die Konzernbildungen im Deutschen Reich

* z. B. vermittelte nach 1903 die Rheinische Kohlenhandels- und Reedereigesellschaft G. m. b. H., auch Kohlenkontor genannt, den gesamten Kohlenverkauf nach Süddeutschland.

** Die oberschlesischen Werke, wie jene des Saargebietes waren dem Ruhrkohlensyndikate nicht angeschlossen.

* Schmitt-Schowalter l. c. Seite 36.

** Die Konzerne der elektrischen Industrie übernehmen die Durchführung ganzer Projekte, sie sichern die Finanzierung, erstellen Kraftanlagen, Eisenbahnen, Elektrische Lokomotiven, die Fahrtleitung.

der Nachkriegszeit, weshalb wir aus dem reichen vorliegenden Material einige wenige Beispiele als Illustrationen auswählten*.

Die größten trustähnlichen Gebilde der deutschen Industrie** sind: In der Hüttenindustrie die Vereinigten Stahlwerke A.-G., in der Kaliindustrie der Winterhallkonzern, in der elektrotechnischen Industrie der Siemens-Halske-Schuckert-Konzern und der AEG.-Konzern, in der chemischen Industrie die J. G. Farbenindustrie A.-G.

I. Vereinigte Stahlwerke A.-G. Düsseldorf.
Gründungskapital 800 Mill. Mark.

Gründungsfirmen:	% Kapital	Mill. Mark
a) Rhein-Elbe Union	39,5 %	316
b) Phönix-Gruppe	26,0 %	208
c) Thyssen-Gruppe	26,0 %	208
d) Rheinstahl	8,5 %	68
e) Charlottenhütte	2,5 %	20

Die Rhein-Elbe Union entstand durch Interessengemeinschaft und spätere Fusion der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten A.-G. Bochum (Stammaktienkapital 91 Mill., Vorzugsaktienkapital 6,5 Mill. Mk.) mit der Gelsenkirchen Bergwerk A.-G. (Stammaktienkapital 131,6 Mill.; Vorzugsaktien 6,5 Mill. Mk.) und dem Bochumer Verein (58 Mill. Aktienkapital). Grössere Aktienpakete der Phönixgruppe befinden sich in holländischem Besitz. Die Thyssengruppe ist geschlossener Familienbesitz. Die Rheinischen Stahlwerke A.-G. haben nur die Hütten, nicht aber ihre Kohlenbergwerke in den Stahltrust eingebracht. Ueber die innere Organisation des Stahltrustes ist die Oeffentlichkeit nur mangelhaft unterrichtet.

Im deutschen Kalibergbau herrscht eine ungeheuerliche Ueberkapitalisation. 1879 umfaßte das erste Kartell 4, 1886 7, 1898 10 Unternehmungen, 1908 aber schon 50 und 1913 gegen 167 Syndikatsmitglieder mit über 1 Milliarde Kapital. Nach dem Kriege setzte eine starke Konzentrationsbewegung ein, die zur Zusammenfassung der Werke in mehreren Konzernen führte*. Der Winterhallkonzern ist gegenwärtig der größte dieser Konzerne (seit 1927 Kaliindustrie A.-G. = Kiag, 120 Mill. Mark Aktienkapital). Die Kiag ist direkt und indirekt an mehr als 40 Gewerkschaften beteiligt. Durch die Bank für Landwirtschaft hat der Konzern auch auf Düngerwerke Einfluß gewonnen. Die Handelsgesellschaft des Konzerns ist die Kaliindustrie Handels A.-G. Bei einem Aktienkapital von 120 Mill. wurden 1927/1928 die Anlagen auf 155 Mill., die Beteiligungen auf 25 Mill., die Vorräte auf 16 Mill., die Schuldner auf 89 Mill., die Obligationenanleihen auf 94 Mill. und das Reinvermögen auf 150 Mill. Mark geschätzt. Der Rohgewinn betrug 1927 43 % des Aktienkapitals, der Reingewinn 12 Prozent des Aktienkapitals (15 % Abschreibungen, 7½ % Zinsen, 7½ % Geschäftsunkosten).

Eine andere Struktur haben die Konzerne der elektrotechnischen Industrie. Besonders verwickelte Verhältnisse weist der Siemens Konzern auf. Der AEG.-Konzern ist übersichtlicher gegliedert.

A. E. G. Konzern.
(Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft A.-G.)
Aktienkapital: 156,2 Mill.

(General Electric Co. beteiligt, seit 1929 engere Verbindung)

17 in- und ausländische Fabrikationsunternehmungen (Beteiligung je 15—100 %).
3 Bahngesellschaften, Gesellsch. für Elektrizitätsgewinnung (5—50 %).
3 Radiogesellschaften (12—25 %).
3 Metallwerke (24—91 %).
15 diverse Unternehmungen (50—100 %).
(Apparate, Papier, Glaswerke, Ziegel etc.)
4 ausländische Handelsgesellschaften.

Bank elektr. Werke A. G. (A. E. G. zu 66,8 % bet.) 15,5 Mill.

Elektr. Lieferungs-A. G. 25 Mill. (B.el.W. zu 40 % bet.)
10 Elektrizitätswerke (2,5—100 %)
2 verschiedene Gesellschaften.

1 elektrotechnische Fabrik (7 Mill. Mk.)
1. Braunkohlengrube A. G. Cöthen (17 Mill. Mk.)
2 diverse Gesellschaften.

(Die Bank für elektrische Werke, sowie eine Reihe von Bahn- u. ä. Gesellschaften sind genau genommen Finanzierungsgesellschaften.)

* 1912 101 fördernde Werke Absatz 1,0 Mill. Tonnen Reinkali.
1923 93 fördernde Werke Absatz 0,84 Mill. Tonnen Reinkali.
1928 60 fördernde Werke Absatz 1,42 Mill. Tonnen Reinkali.
Gewinne 1927 28 Mill. Mk.; 1928 54,6 Mill. Mk.

* Nach der 1. Einzelschrift zur Statistik des deutschen Reiches: «Konzerne, Interessengemeinschaften und ähnliche Zusammenschlüsse im Deutschen Reiche, Ende 1925». 1927 Berlin.

** Die Rhein-Elbe Union hat durch die Gründung der Vereinigten Stahlwerke 25 Mill. Gründergewinn realisiert, während die Phönixgruppe statt mit 300 Mill. Aktien nur mit 208 Mill. an den Vereinigten Stahlwerken beteiligt ist.

Den größten deutschen Konzern bildet die J. G. Farbenindustrie A. G. 1928 betrug das Stammaktienkapital 960 Mill. Mark (160 Mill. zurückbehalten, 80 Mill. nicht bezahlt), das Vorzugskapital 140 Mill. Mark (ca. 100 Mill. nicht bezahlt)*. Die J. G. Farbenindustrie entstand durch Zusammenschluß von 6 Gesellschaften**. Sie ist daneben noch an einer Reihe von anderen Unternehmungen beteiligt: 18 Unternehmungen der chemischen Industrie, 2 Unternehmungen der Mineralölgewinnung, 4 Werken der elektrochemischen Branche, 5 Düngermittel- und Zuckerfabriken, 10 Braunkohlenwerken, 2 Steinkohlenzechen (Rheinische Stahlwerk A.-G. 160 Mill. Mk. zu 35 %; Kohlenlieferungsvertrag!), 4 Kunstseidefabriken, 2 Werken der metallverarbeitenden Industrie, 7 diversen kleineren Handels- und 9 anderen in- und ausländischen Unternehmungen. Nach Zeitungsmeldungen zu schliessen sichert sich die J. G. Farbenindustrie A.-G. besonders in der Kunstseidenindustrie und in der Kohlenverflüssigungsindustrie neue ausgedehnte Interessen.

Wo, wie in England, die Familienunternehmung lange Zeit die vorherrschende Form der Unternehmung blieb, die Aktiengesellschaft sich nur unter Widerständen durchsetzen konnte, prägten sich auch die Kartellierungs- und Konzentrationstendenzen weniger scharf aus. Immerhin ist bei der Betrachtung der englischen Verhältnisse die Wirkung des Freihandelssystem nicht außer Acht zu lassen. Unter dem Freihandel können sich auf die Dauer bloß Transport- und Patentrente realisierende Kartelle halten.

Auf der Früh- und auch noch auf der industriekapitalistischen Stufe richtet sich die Ausdehnung und Vergrößerung der Unternehmungen vor allem nach den technischen Bedürfnissen des Produktionsprozesses. Die Umwandlung der Familienunternehmung in die Aktiengesellschaft beseitigt den persönlichen Charakter der Unternehmung, spaltet die Kapitalmacht als

* Inzwischen ist das Kapital mehrfach (1928 250 Mill. Obligationen) erhöht worden, z. T. unter Gründung ausländischer Finanzierungsgesellschaften. Vor dem Kriege betrug das Aktienkapital nur 201,8 Mill. Mk. 1924 Reserven 104 Mill.; 1928 Reserven 188 Mill.; Gewinn 118 Mill., Dividende 12 %.

**Nämlich Badische Anilin- und Sodafabrik (177, 2 Mill. Mk.), A.-G. für Anilinfabrikation (58 Mill. Mk.), Farbwerke vorm. Meister, Lucius & Brüning (177,2 Mill. Mk.), Chem. Fabrik Griesheim-Elektron (44,3 Mill. Mk.), Farbenfabriken vormals F. Bayer & Co. (177,2 Mill. Mk.), Chemische Fabriken vorm. Weiler-ter-Meer (12 Mill. Mk.).

Aktie vom technischen Leben der Betriebe ab und eröffnet dem Konzentrationsprozeß ganz neue Möglichkeiten. Der Konzentrationsprozeß ist immer noch an technischen Bedingungen orientiert, aber der Konzentrationsprozeß wird gleichzeitig zum Objekt der tollsten Spekulation. Um- und Neugründungen, Fusionen und Kontrollgesellschaften realisieren Gründergewinne: der Spekulation fällt die Aufgabe zu, den zukünftigen Unternehmergewinn zu kapitalisieren und in Rentenkapital zu verwandeln. Der technisch und produktiv notwendige Konzentrationsprozeß fällt der Börsenspekulation anheim. So wird die Möglichkeit zur Bildung von ganz großen Vermögen geschaffen, welche kontrollierend in ganze nationale Volkswirtschaften eingreifen können. Rücksichtslose Glücksritter, brutale Spekulationsnaturen erwerben Riesenvermögen, während eine unabsehbar große Zahl von kleineren Mitläufern in das Elend der proletarischen Existenz hinabgestoßen wird*.

Um John D. Rockefeller, einen der reichsten Männer oder den reichsten Mann der Welt, haben sich zahlreiche Legenden gebildet. Rockefeller ist wohl aus kleinen Anfängen zu seiner weltbeherrschenden Stellung aufgestiegen, aber sein Vater gehörte doch schon zur Bourgeoisie und stellte dem 19-Jährigen zu seiner ersten Geschäftsgründung 1000 Dollar (unter Berücksichtigung der Geldentwertung ca. 12 000 Franken Goldwert 1927) zur Verfügung. Bestechung und Korruption, Methoden welche nahezu an das gemeine Verbrechen grenzen**, begleiten den Aufstieg dieses Mannes. Durch immer wiederholte Umgründungen der Firma sichert sich Rockefeller den maßgebenden Einfluß und große Gründergewinne. Rücksichtslose Niederkonkurrenzierung der Konkurrenten, Auskauf und wirtschaftlicher Terror werfen der Standard Oil Company riesige Gewinne ab. Besaß Rockefeller 1865 erst 50 000 Dollar, so 1875 schon 5 Millionen, 1890 100 Millionen und 1911 soll er über ca. 900 Millionen Dollars Vermögen nebst einem Jahreseinkommen von 60 Millionen Dollar verfügt haben, trotz einer Reihe von großen Stiftungen (seit 1890) und der allmählichen Uebertragung seines Reichtumes auf seinen Sohn, um die Erbschaftssteuer umgehen zu können.

* Morus: «Wie sie groß und reich wurden». Verlag Ullstein 1927. Dort auch andere Literatur.

Liefmann: «Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften».

** Nach Morus.

Auch John Pierpont Morgan ist der Sohn eines reichen Vaters. Er ist sogar Erbe eines Millionen-Vermögens*. John P. Morgan leistet nach Studien in Göttingen sein Gesellenstück während des amerikanischen Bürgerkrieges. Alte verrostete Karabiner in New York zu 3.50 $ pro Stück aufgekauft, werden, neu lackiert, zu 22 $ das Stück nach St. Louis verkauft. Trotz gerichtlichem Nachspiel verdient Morgan mit seinem Strohmann ca. 100 000 $ an dem Geschäft. Was sonst noch auf Konto Morgans an Kriegsgeschäften zu buchen ist, ist nicht bekannt. Mit 30 Jahren wirft er sich auf die Spekulation in Eisenbahnwerten. Durch Emission von Eisenbahnanleihen, Sanierung verkrachter Unternehmungen wird viel verdient. Immer größer wird die Gruppe, welche Morgan beherrscht. Das Eisenbahnnetz wird durch den Besitz von Kohlengruben bereichert, 1901 kauft er Andrew Carnegie den Stahltrust ab. 1907 verschärft Morgans Eingreifen die amerikanische Geldkrise. J. P. Morgan stirbt 1913 auf einer Europareise (1837 bis 1913).

Nicht minder aufschlußreich ist die Entwicklungsgeschichte des Vermögens der Rothschild. Kleine Frankfurter Juden, entwickeln sich die Rothschilds im Zeitalter der heiligen Allianz zum mächtigsten Bankhause Europas. Die Rothschilds finanzieren den Staatshaushalt der großen und kleinen Mächte mit satte Provisionen abwerfenden Anleihen. Die Rothschilds werden geadelt. Nach zähem Kampfe werden die «Juden» selbst in den Kreisen der höchsten Aristokratie zugelassen. Das Geld hat den Standesdünkel der grundherrlichen Aristokratie besiegt. Sicherlich ist eine der Wurzeln des europäischen Antisemitismus im überragenden Einfluß des Bankhauses Rothschild auf die Finanzgebarung der europäischen Staaten zu erblicken. Aber auch die Rothschilds sind nicht aus dem Nichts in die blendende Strahlensonne des ganz großen Reichtums emporgetaucht. Mehrere Generationen haben diesen märchenhaften Reichtum durch glückliche Spekulationen zusammengescharrt; von der Tätigkeit als Bankherren des berüchtigten Landgrafen von Hessen, über den Coup von Waterloo bis zum europäischen Staatsbankier führt eine einheitliche

* «Der Großvater ist aus England eingewandert, hat sich als Landwirt und Gasthausbesitzer ein kleines Vermögen erspart, der Vater hat daraus ein bedeutendes gemacht, hat es in der Stadt vom Kaufmann zum Handelsherrn und Bankier gebracht, der in London und New York in gleicher Weise zu Hause ist» (Morus l. c.).

Linie der Entwicklung; die Finanzierung der französischen Kriegsentschädigung an Deutschland, die Vermittlung russischer Anleihen, die Beteiligung an der russischen Erdölindustrie, die Auslösung des Gründerkrachs an der Wienerbörse (1873) sind weitere Marksteine auf dem Werdegang des Reichtums der Herren von Rothschild. Mit der Bildung großer Riesenvermögen wandelt sich die Szene: Die früh- und industriekapitalistische Idylle wird zum finanzkapitalistischen Credo, Geld ist Macht und Macht ist Geld.

4. Das Finanzkapital.

Der Produktionsprozeß setzt periodisch Geldkapital frei. Durch den Bankier wird dieses bloß potentielle Kapital in einer Hand vereinigt und so aus potentiellem in reelles Kapital verwandelt. Der Gewinn des Bankiers scheint bloßer Differenzgewinn zu sein: Der Bankier nimmt höhere Zinsen als er gibt, er nimmt Provisionen für den Kauf und Verkauf von Effekten, für die Vermittlung von öffentlichen und privaten Anleihen. Aber die ökonomische Wurzel des Bankgewinnes ist anderswo zu suchen.

Dadurch, daß der Bankier Geldkapital vermittelt, übt er im Rahmen des kapitalistischen Wirtschaftssystems wichtige ökonomische Funktionen aus; der Bankier sichert den gesellschaftlichen Zusammenhang der kapitalistischen Produktion; das Bankwesen gewährleistet den Ausgleich der Profitraten zur Durchschnittsprofitrate; das Bankwesen ermöglicht den systematischen Kapitalexport und befreit so den kapitalistischen Akkumulationsprozeß von den Schranken der regionalen Verwertungsbedingungen. Der Bankier wird zum Vertrauensmann des Industriellen. Er orientiert diesen über die Lage entfernter Märkte, über die mutmaßliche Entwicklung des Geldkapitalmarktes, über die besten Anlagemöglichkeiten in Wertpapieren und die Tendenzen der Börse u. s. f. Das Bankkapital ist bloß ein Teil des gesellschaftlichen Gesamtkapitals und zwar jener Teil, der als Geldkapital neue Anlage- und Verwertungsmöglichkeiten sucht. Auch das Bankkapital beansprucht seinen Anteil am Durchschnittsprofit pro rata des verwendeten Eigenkapitals. Die Berechnung des Bankgewinnes stimmt überein mit der Berechnung des Kaufmannsprofites. Denn der Bankgewinn ist Gewinn des Geldhandlungskapitals, wie der kaufmännische Profit Gewinn des Warenhandlungskapitals ist.

Die Banken gewähren entweder Zirkulations- oder Kapitalkredit. Der Zirkulationskredit macht — indem er Kreditgeld (Wechselumlauf) schafft — die Produktion unabhängig

«von der Schranke der vorhandenen Bargeldsumme, wobei wir unter Bargeld das vollwertige Metallgeld, das Währungsgeld, Silber- und Goldgeld verstehen, plus dem Staatspapiergeld mit Zwangskurs und den Scheidemünzen, soweit sie in dem Umfang des gesellschaftlich notwendigen Zirkulationsminimum existieren»*.

Der Zirkulationskredit stützt sich auf den Warenumlauf. Der Wert des Kreditgeldes ist abhängig von der Einlösung der diskontierten Wechsel bei Verfall**. Der Umfang des Zirkulationskredites ist abhängig von Umfang, Masse und Geschwindigkeit des Warenumlaufes. Der Zirkulationskredit kann den Zinsfuß nicht beeinflussen, weil der Zirkulationskredit der kapitalistischen Klasse als Ganzes kein neues Kapital zur Verfügung stellt.

«Es wird nur an Stelle des Kapitals in der einen Geldform (dem privaten Zahlungsversprechen) Kapital in anderer Geldform (Zahlungsversprechen der Bank, ev. Bargeld) gesetzt»***.

Anders der Kapitalkredit. Der Kapitalkredit überträgt Geldkapital. Die wachsende Machtstellung der Banken**** beruht auf dem Kapitalkredit. Die Banken führen den Industriezentren brachliegendes Geldkapital der Ackerbaudistrikte zu, nichtkapitalistische Schichten stellen durch Vermittlung der Banken der kapitalistischen Klasse Sparkapitalien zur Verfügung.

«Je größer die Störungen, umso größeres Geldkapital muß der industrielle Kapitalist besitzen, um die Ausgleichung abwarten zu können und da im Fortgang der kapitalistischen Produktion sich die Stufenleiter jedes individuellen Produktionsprozesses und mit ihm die Minimalgröße des vorauszuschießenden Kapital erweitert, so kommt jener Umstand zu den anderen, die die Funktion der industriellen Kapitalisten mehr und mehr in ein Monopol großer Geldkapitalisten, vereinzelter oder assoziierter, verwandeln»*.

Je ausgedehnter die kapitalistische Zirkulation, umso größer der Umfang des Kreditverkehrs, umso stärker der Zwang zur Benützung des kapitalistischen Kredites**. Denn der Kredit sichert dem frei über Kredit verfügenden Kapitalisten einen Vorsprung im Konkurrenzkampf. Dabei unterscheidet sich der kommerzielle und industrielle Kredit ganz wesentlich vom Bankkredit. Kaufmann, wie Industrieller müssen gewisse Zahlungstermine innehalten, der Bankier dagegen ist innerhalb weiter Grenzen viel unabhängiger in seinen Dispositionen. Indessen sichert erst die Entwicklung zur Großbank der einzelnen Bank wirkliche finanzielle Unabhängigkeit, weil sie dann dank ihrer Kapitalmacht auch den Gläubigern als übermächtige ökonomische Einheit gegenübertreten kann.

Im Konkurrenzkampf bedeutet die Benützung von Kapitalkredit eine Erhöhung der individuellen Profitrate***. Sicherung eines dauernden Kapitalkredites sichert dem betreffenden Kapitalisten Extraprofit; wir können diese Art Extraprofit auch als Kreditrente, die Summe von Durchschnittsprofit und Kreditrente als Unternehmerdividende (§ 16) bezeichnen****.

* Hilferding: «Finanzkapital», Seite 85.

** «Konvertibles Kreditgeld kann seine Entwertung nie herleiten aus seiner Menge, sondern nur aus dem Versagen der Konvertibilität» (l. c. S. 51).

*** l. c. Seite 84.

**** «Nach dem bisherigen wirkte die Bank einmal als Vermittlerin des Zahlungsverkehrs, den sie durch die Konzentration der Zahlungen und Ausgleichungen der örtlichen Verschiedenheiten erweitert; sodann besorgte sie die Verwandlung von brachliegendem in funktionierendes Geldkapital, das sie sammelte, konzentrierte, verteilte und dadurch auf das jeweilige Minimum, das für den Kreislauf des Gesellschaftskapitals notwendig ist, reduzierte.

Eine dritte Funktion übernimmt die Bank, indem sie das Einkommen aller anderen Klassen in Geldform sammelt und der Kapitalistenklasse als Geldkapital zur Verfügung stellt. Den Kapitalisten fließt so außer ihrem eigenen Geldkapital, das die Banken verwalten, das brachliegende Geld aller anderen Klassen zur produktiven Verwendung zu» (Hilferding: «Finanzkapital» S. 89).

* «Kapital», Bd. II, Seite 79. Hilferding (S. 75) bemerkt: «Hier ist also die Herrschaft der Banken über die Industrie, die wichtigste Erscheinung der neuesten Zeit, vorausgesagt, als noch kaum die Keime dieser Entwicklung sichtbar waren».

** l. c. Seite 93.

*** l. c. Seite 93. Siehe auch § 17.

**** «Beträgt die Durchschnittsprofitrate 30 Prozent, der Zinsfuß 5 Prozent, so wird ein Kapital von 1 Million Mark einen Profit von 300 000 Mk. erzielen. (Von diesem Profit werden in der Berechnung des Kapitalisten 250 000 Mk. als Unternehmergewinn, 50 000 Mk. als Zins auf sein Kapital gebucht werden.) Gelingt es dem Kapitalisten, eine zweite Million aufzunehmen, so wird er jetzt einen Profit von 600 000 Mk. minus 50 000 Mk., die er als Zins auf die zweite Million Mark wegzahlen muß, also 550 000 Mk. Gewinn machen; sein Unternehmergewinn beträgt jetzt 500 000 Mk., der, nach wie vor auf das eigene Kapital von 1 Million berechnet, nunmehr eine Unternehmergewinnrate von 50 Prozent gegen die frühere von 25 Prozent ergibt. Erlaubt ihm das größere Kapital zugleich mit der Ausdehnung der Produk-

Gleichzeitig kann jener Unternehmer, welcher Kapitalkredit beansprucht, in Zeiten ungünstiger Marktlage unter dem Produktionspreis verkaufen, ohne den Durchschnittsprofit auf sein individuelles Kapital zu gefährden, weil für das fremde Kapital nur Zins vergütet werden muß*.

Mit steigender Beanspruchung von Kredit wird das Eigenkapital zum Anlagekapital, während das kreditierte Kapital die Form von Betriebskapital annimmt. Schließlich wird auch ein Teil des Anlagekapitals auf dem Kreditwege beschafft. Damit «ändern sich die Bedingungen für die Kreditgewährung von Grund aus»**. Jede Bank muß auf die Sicherung ihrer Zahlungsfähigkeit bedacht sein. Sie kann daher nur einen gewissen Bruchteil des ihr zur Verfügung stehenden Geldkapitals als festes Anlagekapital kreditieren: Einmal das der Bank gehörende Eigenkapital, dann jenes Minimum von fremden Depositen, welches erfahrungsgemäß auch in Perioden der Geldkrisis nicht abgehoben wird. Bloß Großbanken können der Industrie in großem Maßstab Anlagekapital kreditieren. Je größer die Bank, umso größer ihr Kredit, umso größer das für Anlagezwecke zur Verfügung stehende Minimum, umso leichter die Beschaffung von Eigenkapital, umso stärker die Stellung der Bank gegenüber der Industrie.

> «Das geänderte Verhältnis zur Industrie verstärkt alle jene Tendenzen, welche schon aus der Technik des Bankwesens heraus zur Konzentration führen»***.

In keinem anderen Produktionszweig macht sich der Zwang zur Konzentration so stark und so frühzeitig geltend wie im Bankwesen, sobald der Bankier vom einfachen Geldwechselgeschäft zu eigentlichen Kreditgeschäften übergeht.

Welch gewaltigen Umfang die Konzentrationsbewegung im Bankgewerbe allmählich angenommen hat, in welchem Maße sich mit der gleichzeitigen Reduktion der Zahl der selbständigen Unternehmungen die Anzahl der Filialen vermehrt hat, zeigen die Zahlen der englischen und der amerikanischen Statistik, welche

tion auch billiger zu produzieren, so wird sich sein Gewinn weiter erhöht haben.» (Hilferding: «Finanzkapital», Seite 93.)

* «Die Benützung des Kredites gibt so in Zeiten ungünstiger Konjunktur eine Ueberlegenheit im Preiskampf, die mit dem Umfang der Kreditbenützung wächst» (l. c. Seite 94).

** l. c. Seite 95.

*** l. c. Seite 97.

eindrücklich das unaufhaltsame Vordringen der Aktienbanken auf Kosten der Privatbanken belegen:

England und Wales:

a) Aktienbanken ohne Bank von England.

Jahr	Zahl der Bankfirmen	Zweigstellen	Kapital und Reserven	Summe aller Passiven	Kasse Gelder auf Abruf	Anlagen	Diskonte u. Darlehen
			In Millionen £				
1890	104	2203	67,8	464,1	84,0	182,8	269,5
1900	77	3757	78,8	698,8	144,4	127,8	395,3
1910	45	5202	80,9	862,1	199,7	137,7	467,9
1920	20	7257	128,2	2200,3	449,2	368,7	1263,1
1925	18	8469	134,8	2073,8	441,8	317,6	1168,0

b) Privatbanken.

1895	38	—	11,8	85,5	20,5	25,1	36,3
1900	19	—	6,2	—	—	—	—
1910	7	—	5,5	—	—	—	—
1925	4	—	2,6	35,4	2,8	5,1	22,3

In den Vereinigten Staaten ist die Entwicklung eher noch stürmischer:

Alle Banken:

	1900	1910	1920	1924
Zahl der Banken	10 382	23 095	30 139	29 348
Kapital in Mill. $	1 673	3 428	5 113	6 082
Aktiven	10 786	22 450	53 079	57 145

	Nationalbanken	Staatsbanken	Trustgesellschaften	Privatbanken
1910	7145	12 166	1091	934
	(1634 Mill. $)	(623 Mill. $)	(800 Mill. $)	(25 Mill. $)
1924*	8085	17 436	1664	560
	(2415 Mill. $)	(1664 Mill. $)	(1293 Mill. $)	(20 Mill. $)

Was in England nur Filiale einer Großbank, ist in den Vereinigten Staaten häufig eine nominell selbständige Aktienbank, trotzdem sich das Aktienkapital im Besitze einer kontrollierenden Kapitalistengruppe befindet.

Das zentrale Merkmal des kapitalistischen Konzentrationsprozesses bildet die Durchorganisierung der Wirtschaft, die Zentralisierung der kapitalistischen Funktionen in selbständigen, unpersönlichen Institutionen. Man würde zu weit gehen, wollte man allein schon aus der unverkennbaren Beeinflussung der industriellen Entwicklung durch die Großbanken auf eine über-

* 1928 und 1929 haben in New York eine Reihe von Bankfusionen stattgefunden, welche die amerikanischen Großbanken nahe an die Kapitalmacht der großen Londonerbanken herangeführt haben.

mächtige Machtstellung des Bankkapitals schließen; Industriekapital, Handelskapital und Bankkapital sind letzten Endes bloß Fraktionen des einen und umfassenden Kapitalverhältnisses, dem die heutige Wirtschaft verpflichtet ist.

Wenn Hilferding den Begriff des Finanzkapitals* in das marxistische System der Nationalökonomie einführte, so ist diesem ökonomischen Begriff vor allem eine methodologische Bedeutung beizumessen als knappstem Ausdruck der in der Großbourgeoisie sich immer mehr durchsetzenden Vereinheitlichung der kapitalistischen Funktionen: Der große Bankier wird zum Miteigentümer an Groß-Unternehmungen der Schwerindustrie; der Großkaufmann sichert sich wirtschaftlichen Einfluß in jenen Produktionszweigen, deren Warentausch er vermittelt; der Großindustrielle ist gezwungen, neben der technischen und kaufmännischen Leitung seiner Betriebe finanzielle Transaktionen größten Ausmaßes durchzuführen, er muß Finanzierungsgesellschaften gründen, er muß sich an anderen Unternehmungen beteiligen, um die Zufuhr der Rohstoffe oder den Verkauf seiner Produkte sicherzustellen: Die Entwicklung zum Finanzkapitalismus äußert sich so vor allem in der Heranbildung einer führenden Schicht von großen Geld- und Industriekapitalisten, den sogenannten «Wirtschaftsführern». Durch Personalunion verknüpft, wachsen die großen Unternehmungen immer mehr in das Geflecht eines mehr oder weniger zentralistisch organisierten Wirtschaftsorganismus hinein. Das Großkapital wird zum Staat im Staate. Der Wirtschaftsführer verhandelt auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit dem verantwortlichen Staatsmann. Neben die organisierte öffentliche Gewalt der Gesellschaft stellt sich die organisierte privatwirtschaftliche Macht des Finanzkapitals.

Das Finanzkapital ist nicht eine neue Form des Kapitals. Der Begriff des Finanzkapitals umschließt bloß jene Integration von Funktionen, welche der hochkapitalistischen Phase der Wirtschaftsentwicklung den entscheidenden Stempel aufdrücken.

In großen Zügen nimmt in allen kontinentalen Industriestaaten die Entwicklung des Bankwesens den gleichen Weg. Eine erste Gründerperiode in den 60er Jahren wird gefolgt von einer Periode

* «Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das . . . in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital» (l. c. Seite 283).

der stabilisierenden Entwicklung in den 70er und 80er Jahren. Gegen Anfang der 90er Jahre setzt ein zweiter mächtiger Entwicklungsschub ein, der erst mit dem Ausbruch des Weltkrieges eine Unterbrechung erfährt.

Im 18. Jahrhundert gab es in Deutschland bloß Privatbanken. Ob es sich um Juden oder Christen handelte, der Goldhandel, der Wechseldiskont oder das Emissionsgeschäft von Staatsanleihen wurde meistens in Verbindung mit andern Handelsgeschäften betrieben. Frankfurt a. M. entwickelte sich bald zu einem internationalen Platz mit lebhaftem Wechselverkehr und Anleihegeschäft*. Die Entwicklung der Börse bleibt eng mit der Entwicklung des öffentlichen Kredites verknüpft: In der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts werden an der Börse hauptsächlich Staatspapiere gehandelt.

Die erste Aktienbank entsteht 1848 (Bankhaus A. Schaffhausen, Köln wird A.-G.). 1851 wird die Diskontogesellschaft gegründet, 1853 die Darmstädter Bank, welche in der Krise von 1857 mit knapper Not dem Ruin entgeht. Einen neuen Aufschwung nimmt die Gründertätigkeit nach dem deutsch-französischen Krieg. In der Periode von 1871 bis 1873 entstehen eine Reihe von Banken, wie die Deutsche Bank, die Reichsbank, die Berliner Handelsgesellschaft, die Dresdener Bank. Die Banken haben aber schwer unter dem Krach von 1873 zu leiden**. Bestanden 1870 erst 31 Banken mit 375,6 Mill. Mk., so wurden Ende 1872 139 Banken mit 1112 Mill. Mk. Kapital gezählt***. Davon mußten allein 73 Banken mit 432 Mill. Mk. Kapital liquidieren.

Um das Jahr 1890 erweiterte sich der Machtbereich der Berliner Großbanken gewaltig durch den Zusammenbruch mehrerer Privatbanken. Es setzt ein neuer Expansionsprozeß der Großbanken ein. Eine Erhöhung des Aktienkapitals folgt der anderen. Das Emissionsgeschäft, der Kapitalexport treten immer mehr in den Vordergrund. Die öffentliche Schuld wächst fast in geometrischer

* Nach Schulze-Gävernitz (Grundriß der Sozialökonomik) monopolisierten die Bethmann während Jahrzehnten den Frankfurter Geldmarkt. Um 1800 wurden in Frankfurt schon 20 Staatspapiere notiert.

** Die Diskontgesellschaft zahlte 1868 9 %, 1872 27 %, 1876 4 % Dividende (Spekulation in Effekten!).

*** 1870/1873 wurden insgesamt 825 A.-G. mit 3,3 Milliarden Kapital gegründet.

Progression*. Im Jahre 1911 waren bereits 14,23 Milliarden Mk. deutscher Aktien emittiert, deren Kurswert 25,5 Milliarden Mk. betrug, sodaß 1911 das fiktive Effektenkapital sich schon auf mehr als 11 Milliarden Mark belief.

1913 erfaßten die deutschen Banken Geldkapitalien von über 14 Milliarden Mark, wobei einzig die 8 Großbanken über mehr als 6 Milliarden Mark in Form von eigenem Kapital (1,5 Milliarden) oder von fremden Geldern (4,8 Milliarden) verfügten. Berücksichtigt man die ökonomische Abhängigkeit zahlreicher Provinzbanken von den Großbanken (Beteiligungen, Interessengemeinschaften!), so wird die Machtstellung der deutschen Großbanken noch auffälliger: 1909 verwalteten 9 Berliner Großbanken 11,2 Milliarden Mark «und damit rund 83 % des gesamten deutschen Bankkapitals»**, wobei auf den Konzern der Deutschen Bank allein 3 Milliarden Mark entfielen.

Jede der Großbanken hat Beziehungen zu bestimmten industriellen Kreisen: Die Dresdener Bank ist die Bank der sächsischen Textil- und Zuckerindustrie, die Berliner Handelsgesellschaft ist mit der AEG. liiert, die Diskontogesellschaft hat durch den Schaffhauser Bankverein starke Interessen im Ruhrgebiet, die Deutsche Bank forciert das überseeische Geschäft und steht mit allen Großindustrien, speziell der Kaliindustrie in Beziehung. Ein äußeres Merkmal der Verflechtung der Bank mit Industrieinteressen ist die Personalunion: Die Dresdener Bank ist vor dem Krieg im Aufsichtsrat von über 200 Aktiengesellschaften zum Teil führend vertreten***. Einzig die chemische Industrie hat sich dank ihren großen Gewinnen vom Einfluß der Banken frei zu halten gewußt: Rücklagen und Erweiterungen konnten aus Monopolgewinnen bestritten werden; Bankkredite mußten nicht in Anspruch genommen werden.

Während das deutsche Bankwesen gleichzeitig Zirkulationskredit und Kapitalkredit vermittelt, die deutschen Banken nicht

* Emissionen in Deutschland (nach dem Kurswert):

	Schulden in Mill. Mark.		
	Reich	Bundesstaaten	Gemeinden
1880	268	5306	835
1900	2396	10987	3430
1909	4814	14500	7750

** Schulze-Gävernitz l. c. Seite 137.

*** Schulze-Gävernitz l. c. Seite 141.

nur das Depositengeschäft, sondern auch das Emissionsgeschäft in größtem Maßstabe betreiben, haben sich die englischen und amerikanischen Banken als Depositenbanken spezialisiert, weil die Beschaffung des Kapitalkredites den Fondsbörsen von London und New York überlassen blieb. In Frankreich haben die reinen Depositenbanken das Emissionsgeschäft einer speziellen Bankenkategorie, den «Banque d'affaires» überlassen.

Das englische Bankwesen* blickt auf eine längere Geschichte zurück, als das deutsche oder das französische Bankwesen. Durch den Staatsbankerott des Jahres 1672 wurde der Kredit des englischen Staates derart erschüttert, daß der Staat 1694 gezwungen war, sich durch Gründung der Bank von England (Anfangskapital 1 200 000 Pfund) einen finanziellen Rückhalt zu schaffen. Eine 1708 erfolgte Erweiterung des Banknotenmonopols verhinderte in der englischen Provinz bis zum Jahre 1826 die Errichtung größerer Notenbanken, was natürlich auch die sonstige Entwicklung von Bankinstituten hemmen mußte, da zu diesen Zeiten das Recht zur Ausgabe von Banknoten das wichtigste Mittel zur Kapitalbeschaffung der Banken bildete. 1844 zentralisierte die Peelsakte die Notenausgabe bei der Bank von England. Die nunmehr erstarkten Depositenbanken konnten auf das Ausgaberecht von Banknoten verzichten. Seit den 70er Jahren setzt eine Konzentrationsbewegung ein, die das Kreditsystem in «etwa ein Dutzend großer London- und Provinzialbanks» mit Hauptbureaus in London und einem dichten Netz von Filialen zentralisiert.

Den Bedürfnissen des kolonialen Handels dienten vorerst die «Merchant Bankers», meistens ausländische Firmen, bis in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts große Aktienbanken, die «Foreign und Colonial Banks» die privaten «Merchant Bankers» aus dem überseeischen Geschäft verdrängen.

Merkwürdigerweise ist der Markt für den Kapitalkredit in England nicht zentralisiert. Das englische Bankwesen kennt keine Hypothekenbanken. Hypotheken werden meistens durch Vermittlung von Rechtsanwälten und Notaren beschafft. Auch die Industrie hat langfristigen Kredit gewöhnlich auf privatem Wege in Anspruch genommen. Erst während der Kriegs- und Nachkriegszeit wurden englische Industrieaktien in größerem Maßstabe

* «Grundriß der Sozialökonomik», Seite 197 V/II.

emittiert, während sich die Londoner Fondsbörse seit 1815 zum großen Kapitalmarkt der Welt entwickelt hatte, wo ausländische Staatsanleihen, koloniale und andere Industriewerte untergebracht werden konnten. Die englischen Depositenbanken halten sich vom Gründergeschäft vollkommen fern. Dieses liegt in den Händen der sogenannten Promoters, die durch Vermittlung von Börsenmaklern neue Effekten an der Fondsbörse unterzubringen wissen.

In der scharfen Trennung von Geldmarkt (als Vermittler von Zirkulationskredit) und Kapitalmarkt (als Vermittler von Kapitalkredit) stimmen das englische und nordamerikanische Kreditwesen miteinander überein. Auch in Nordamerika steht das Notenbankwesen an der Wiege des Kreditsystems. Das Nationalbankgesetz von 1863/64, welches den Notenbanken u. a. die Errichtung von Filialen verbietet, hat äußerlich zu einer starken Zersplitterung des amerikanischen Bankwesens geführt. Aber die Gesetzgebung konnte nicht verhindern, daß große Privatbankiers (Morgan u. a.) sich durch Kontrollgesellschaften die Herrschaft über eine Mehrzahl von Bankbetrieben sichern konnten. Das amerikanische Bank- und Kreditwesen umfaßte vor 1913 kleinere, lokale Staatsbanken (ohne Notenausgabe, reines Depositengeschäft), Nationalbanken (mit Notenausgaberecht), Trustcompagnien (Depositen- und Gründerbanken), Foreign Bankers (gewöhnlich Privatbankiers von beherrschender Stellung: Morgan & Co., Kohn, Loeb & Co.) Durch die Bankgesetzgebung des Jahres 1913 fand das Nationalbankwesen eine tiefgreifende Reorganisation durch Einführung des Systems der Bundesreservebanken.

Unaufhaltsam schreitet der Konzentrationsprozeß des Bankwesens fort. Je größer das inländische und ausländische Filialnetz, umso lebhafter der Wechselverkehr, umso leichter die Abwicklung der Provisionsgeschäfte, speziell des Checksverkehrs. Besonders das Auslandgeschäft, der Devisenhandel erfordert große, flüssige Kapitalien. Industrielle Kapitalkredite laufen meistens über Kontokorrentkonto. Je größer die Bank, umso leichter die Ausgleichung der Risikos.

Nach und nach wird der Bankgewinn stabilisiert. Die Großbanken gehen dazu über, ihre Dividendenpolitik auf konstanten Ertrag einzustellen*. Sie erhöhen damit ihren Kredit. Der Gewinn

* Die meisten schweizerischen Großbanken zahlen Jahr für Jahr 8 % Dividende. In Zeiten guter Konjunktur werden Dividendenstabilisierungsfonds

der Banken fließt aus verschiedenen Quellen. Auf ihrem Eigenkapital erzielt die Bank bei entsprechender Anlage den üblichen Zins für Geldkapital. Das Depositengeschäft realisiert Differenzgewinne. Aus dem Bruttogewinn, d. h. der Summe der Kapitalzinsen, der Differenz der Aktiv- und Passivzinsen, der Provisionen werden Unkosten (Gehälter etc.) und Steuern bestritten, der Rest gelangt als Reingewinn an die Aktionäre zur Verteilung. Gewöhnlich ist die Dividende der Bankaktien höher als der landesübliche Zinsfuß für Leihkapital, weil die Bankdividende Gründergewinne* einschließt und Ersparnisse an Zirkulationskosten verkörpert. Daß die Dividende der Großbanken im Durchschnitt nicht unwesentlich höher angesetzt werden kann, als die Dividende der Kleinbanken, ist nach dem Gesagten nicht unverständlich.

«Der Bankgewinn ist nicht Profit. Aber die Summe des Gewinnes muß, auf das Eigenkapital der Bank berechnet, gleich sein der Durchschnittsprofitrate. Ist er geringer, so werden neue Banken entstehen. Da das Bankkapital stets Geldform hat oder jederzeit zu einem großen Teil leicht in Geldform rückverwandelbar ist, so ist hier eine Ausgleichung am raschesten möglich.

Daher gibt es auch keine «Ueberproduktion» von Bankkapital. Vielmehr führt eine zu starke Vermehrung des eigenen Bankkapitales wieder zu seinem Abfluß und anderer Anlage, aber nicht etwa zu einem allgemeinen Krach mit Entwertung etc., wie wir es in industriellen Sphären beobachten. Der Bankkrach ist nur Folge einer industriellen Ueberproduktion oder Ueberspekulation und erscheint als Mangel an Bankkapital in Geldform; darin, daß Bankkapital festgeritten ist in einer Form, die nicht als Geld sofort realisierbar ist.

Mit der Entwicklung des Bankwesens, mit der immer enger werdenden Verflechtung der Beziehungen zwischen Bank und Industrie verstärkt sich die Tendenz, einerseits die Konkurrenz der Banken untereinander immer mehr auszuschalten, andererseits alles Kapital in der Form von Geldkapital zu konzentrieren und es erst durch die Vermittlung der Banken den Produktiven zur Verfügung zu stellen. In letzter Instanz würde diese Tendenz dazu führen, daß eine Bank oder eine Bankgruppe die Verfügung über das gesamte Geldkapital erhielte. Eine solche «Zentralbank» würde damit die Kontrolle über die ganze gesellschaftliche Produktion ausüben»**.

geäuffnet, die in Zeiten der Krise zur Stabilisierung der Dividende Verwendung finden.

* Aus dem Emissions- und Umgründungsgeschäft.

** Hilferding Seite 217/218.

Nicht zu übersehen ist ein anderer Punkt:

«Dagegen ist ein anderes Moment wichtig. Da der Zinsfuß in entwickelten kapitalistischen Verhältnissen sich wenig ändert, die Profitrate dagegen sinkt, so wächst in gewissem Grade der Anteil des Zinses am Gesamtprofit gegenüber dem Unternehmergewinn, also der Anteil der müßigen Kapitalisten auf Kosten der funktionierenden, eine Tatsache, die zwar mit dem Dogma vom sinkenden Zinsfuß in Widerspruch steht, dafür aber mit den Tatsachen im Einklang und zugleich mit eine Ursache ist des wachsenden Einflusses und der Bedeutung des zinstragenden Kapitals, also der Banken, und ein wichtiger Hebel zur Verwandlung des Kapitals in Finanzkapital»*.

5. Börse, Aktiengesellschaft und die geschichtliche Tendenz des Finanzkapitals.

Der Aktionär ist kein industrieller Unternehmer. Er ist meistens nur Geldkapitalist**. Der industrielle Kapitalist legt sein ganzes Kapital in einem bestimmten Unternehmen an. Er kann das Kapital nicht zurückziehen,

«außer durch den Verkauf des Gesamtunternehmens, was nur heißt, daß die Person des Kapitalisten wechselt, ein Industrieller durch einen andern ersetzt wird.»

Der Aktionär wird dadurch zum Geldkapitalisten, daß er sein Kapital jederzeit als Geldkapital aus der Produktion zurückziehen kann. D. h. er muß seinen Eigentumstitel jederzeit veräußern können.

«Diese Verkaufsmöglichkeit wird geschaffen durch die ... Effektenbörse. Erst die Herstellung dieses Marktes gibt dem Aktienkapital, das nunmehr stets für den einzelnen «realisierbar» ist, ganz den Charakter des Geldkapitals ... Das freie Geldkapital konkurriert ... als zinstragendes Kapital um die Anlage in Aktien, wie es in seiner eigentlichen Funktion als Leihkapital um die Anlage in festverzinslichen Darlehen konkurriert. Die Konkurrenz um diese verschiedenen Anlagemöglichkeiten nähert den Preis der Aktie dem Preis der festverzinslichen Anlagen an und reduziert für den Aktionär das Erträgnis vom industriellen Profit auf den Zins. Diese Reduktion auf den Zins ist also ein historischer Prozeß, der mit der Entwicklung des Aktienwesens und der Effektenbörse vor sich geht. Solange die Aktiengesellschaft nicht herrschende Form und die Negotiabilität der Aktien nicht entwickelt ist, wird auch in der Dividende nicht nur Zins, sondern auch Unternehmergewinn enthalten sein»*.

«Durch die Verwandlung des Privatunternehmens in eine Aktiengesellschaft scheint eine Verdoppelung des Kapitals eingetreten zu sein. Aber das ursprüngliche, von den Aktionären vorgestreckte Kapital ist definitiv in industrielles verwandelt, existiert als solches allein in Wirklichkeit fort ... Das Geld, das bei den späteren Umsätzen von Aktien gezahlt wird, ist durchaus nicht das Geld, das von den Aktionären ursprünglich hergegeben worden war, und verbraucht ist ... Es ist zusätzliches Geld, erforderlich für die Zirkulation der kapitalistischen Ertragsscheine. Ebenso ist der Preis der Aktie keineswegs bestimmt als Teil des Unternehmungskapitals ... Daher ist der Preis der Aktie abhängig nicht vom Wert (resp. Preis) des wirklich fungierenden Kapitals, denn die Aktie ist .. Anweisung auf einen Teil des Ertrags und daher abhängig erstens von der Größe des Profits (also einer viel variableren Größe, als es der Preis der Produktionselemente des industriellen Kapitals wäre) und zweitens von dem herrschenden Zinsfuß.

Die Aktie ist also Revenuetitel, Schuldtitel auf künftige Produktion, Ertragsanweisung. Indem dieser Ertrag kapitalisiert wird und dies den Preis der Aktie konstituiert, scheint in diesen Aktienpreisen ein zweites Kapital vorhanden zu sein. Dieses ist rein fiktiv. Was wirklich existiert, ist nur das industrielle Kapital und sein Profit ... Der Umsatz von Aktien ist kein Kapitalumsatz, sondern Kauf und Verkauf von Rententiteln»**.

Hilferding bemerkt mit Recht, seine Auffassung der Oekonomie der Aktiengesellschaft gehe über die von Marx entwickelte hinaus. Marx bezeichne als Wirkung der Bildung von Aktiengesellschaften***:

«1. Ungeheure Ausdehnung der Stufenleiter der Produktion und Unternehmungen, die für Einzelkapitale unmöglich waren. Solche Unternehmungen zugleich, die früher Regierungsunternehmungen waren, werden gesellschaftliche.

2. Das Kapital, das an sich auf gesellschaftlicher Produktionsweise beruht und eine gesellschaftliche Konzentration von Produktionsmitteln und Arbeitskräften voraussetzt, erhält hier direkt die Form von Gesellschaftskapital (Kapital direkt assoziierter Individuen) im Gegensatz zum Privatkapital ... Es ist

* l. c. Seite 110.

** l. c. Seite 113 ff.

* l. c. Seite 114/115. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts sind es fest verzinsliche Staatsanleihen, welche die großen Bankiers beim Publikum unterbringen. Aber immer mehr tritt das Interesse an industriellen Papieren, an Bank- und anderen Aktien in den Vordergrund.

** l. c. Seite 115 ff.

*** «Kapital» III, Seite 423 ff.

die Aufhebung des Kapitals als Privateigentum innerhalb der Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise selbst.

3. Verwandlung des wirklich fungierenden Kapitalisten in einen bloßen Dirigenten, Verwalter fremden Kapitals, und der Kapitalseigentümer in bloße Eigentümer, bloße Geldkapitalisten. Selbst wenn die Dividenden, die sie beziehen, den Zins und Unternehmergewinn, das heißt den Totalprofit einschließen (denn das Gehalt des Dirigenten ist, oder soll sein, bloßer Arbeitslohn einer gewissen Art geschickter Arbeit, deren Preis im Arbeitsmarkt reguliert wird, wie der jeder anderen Arbeit), so wird dieser Totalprofit nur noch bezogen in der Form des Zinses, das heißt als bloße Vergütung des Kapitaleigentums, das nun ganz so von der Funktion im wirklichen Reproduktionsprozeß getrennt wird, wie diese Funktion, in der Person des Dirigenten, vom Kapitaleigentum . . .

Da der Profit hier rein die Form des Zinses annimmt, sind solche Unternehmungen noch möglich, wenn sie bloßen Zins abwerfen, und es ist dies einer der Gründe, die das Fallen der allgemeinen Profitrate aufhalten . . .»

Hilferding ergänzt: «Was Marx hier betrachtet, sind vor allem die wirtschaftspolitischen Wirkungen der Aktiengesellschaften. Die Dividende faßt er noch nicht als besondere ökonomische Kategorie und läßt deshalb auch den Gründergewinn unanalysiert. Was die letzte Bemerkung über den Einfluß auf die Bildung der Durchschnittsprofitrate und den Fall der Profitrate anlangt, ist es klar, daß mit der Verbreitung der Aktiengesellschaft der Profit der Aktiengesellschaft genau so in die Ausgleichung der allgemeinen Profitrate eingehen muß, wie der von Privatunternehmungen»*.

Eine quasi «natürliche Rate» des Zinsfußes vermag sich bloß für festverzinsliche Rentenpapiere (Obligationen, Anleihen der öffentlichen Hand) festzusetzen, während die Dividende einer einzelnen Aktiengesellschaft umso eher allen Zufällen des Geschäftslebens ausgeliefert ist, je kleiner die A.-G. und je geringer der Betrag des Aktienkapitals ist. Der Geldkapitalist wird daher stets die sichere festverzinsliche Schuldverschreibung dem reinen Ertragstitel vorziehen. Der Zinsfuß, zu dem Ertragspapiere gekauft werden, muß höher sein als der Zinsfuß für Obligationen. Er muß noch eine Risikoprämie enthalten. Mit andern Worten: Aktien, welche nicht mindestens eine Dividende abwerfen, deren Höhe = Zins + Risikoprämie (wenn wir unter Rentenzinsfuß den Zinsfuß für festverzinsliche Werte verstehen wollen, so könnte der bei Rentabilitätsberechnungen in Rechnung gestellte

* l. c. Seite 122.

Zinsfuß als produktiver Zinsfuß bezeichnet werden), können nur unter dem pari-Kurs an der Börse emittiert werden. Als zweites Moment, welches die Höhe der Dividende beeinflussen kann, ist die Organisationsform der Aktiengesellschaft zu berücksichtigen, die neben ökonomischen Vorteilen, wie erleichterte Kapitalbeschaffung*, größere Möglichkeit, fähige, leitende Persönlichkeiten nachzuziehen**, auch ökonomische Nachteile (erhöhte Verwaltungsspesen, unter Umständen schwerfälligere Organisation) aufweist.

Durch die Spaltung des Kapitals der A.-G. in produktives und fiktives Kapital wird die Bewegung der Rentabilität in undurchsichtiger Weise durch die Bewegung der Aktienkurse überdeckt:

Unternehmung	Parikurs	Börsenkurs Ende Dez. 1927 Zürich	Dividende 1926 27	Diskontsatz	Rentabilität
1. Nationalbank	500	565	6 %	3,5 %	5,31 %
2. Bank für elektr. Untern.	500	1400	10 %	3,5 %	3,57 %
3. Union financ. de Genève	500	775	7 %	3,5 %	4,51 %
4. Akkumulatorenfabrik	100	420	20 %	3,5 %	4,76 %
5. Allg. Maggi-Gesellsch.	5000	11 500	10 %	3,5 %	4,55 %
6. Alumin. Industrie A.-G.	1000	3460	15 %	3,5 %	4,55 %
7. Maschinenfabr. Oerlikon	500	740	8 %	3,5 %	5,41 %

In vorstehender Tabelle sind nur einige wenige Beispiele herausgegriffen worden. Wir können daraus entnehmen, daß sich die Rentabilität auf einem Satz von 1—2 % über dem Diskontsatz stabilisiert, daß aber bestimmte Papiere auf so hohem Kursniveau angelangt sind, daß die Rentabilität sogar fast unter den Diskontosatz sinkt. Genauere Betrachtung solcher Fälle zeigt, daß sich die Ueberwertung dieser Aktien stets aus speziellen Marktverhältnissen erklären läßt. So kann der betreffende Kurs als Folge scharfer Kämpfe um die Aktienmajorität in die Höhe getrieben worden sein. Oder das betreffende Material befindet sich in festen Händen; dem freien Markt werden nur ganz wenige Effekten zum Verkauf angeboten, welche von Käufern übernommen werden, denen nicht die Rentabilität der betreffenden Aktie, sondern das mit dem Erwerb der Aktien verbundene Recht an der Aktionärversammlung teilzunehmen oder andere Motive, wesentliches Ziel

* «Der Aktiengesellschaft steht für ihre Vergrößerung, ebenso wie für ihre Gründung, das gesamte freie Geldkapital zur Verfügung. Sie vergrößert sich nicht bloß aus der Akkumulation ihres eigenen Profits» (l. c. Seite 137).

** Familienunternehmungen leiden oft unter der Schwierigkeit, die Leitung unbefähigten Erben übertragen zu müssen, wenn nicht die Größe des Betriebes die Einstellung bezahlter Angestellter erlaubt.

des Kaufes sind. Berücksichtigt man bloß die Kurshöhe und nicht auch die Größe der getätigten Umsätze, so muß sich oft ein falsches Bild ergeben. Nur bei ausgesprochenen Spekulationspapieren, d. h. Effekten, die in größerer Menge auf der Börse «schwimmen», Aktien, welche von Tag zu Tag in größeren Posten umgesetzt werden, wird der Kurs und die Rentabilität dem produktiven Zinsfuß entsprechen.

«Aus der Bildung der Dividende geht bereits hervor, daß es keine Durchschnittsdividende weder nach Art der Zinsrate noch nach Art der Profitrate gibt. Die Dividende ist ursprünglich gleich dem Zins plus einer Risikoprämie, kann im Lauf der Entwicklung aber sowohl geringer als höher werden und dauernd so bleiben, da ja hier die Ausgleichung durch die Konkurrenz nicht wie bei der Zins- und Profitrate bei dem Erträgnis, sondern nur beim Aktienkurs einsetzt»*.

Bei Umgründungen wird das Aktienkapital häufig so hoch bemessen, daß der Nominalwert des ausgegebenen Aktienkapitals höher wird als der Kurswert. Man spricht in diesem Falle von Verwässerung des Aktienkapitals:

«Ist das nominelle Aktienkapital so groß, daß sein Kurs bei der Emission unter den Nominalwert, unter pari, fällt, so spricht man von Verwässerung des Aktienkapitals. Es ist klar, daß diese Verwässerung zunächst etwas rein Rechnungsmäßiges ist. Gegeben ist das Erträgnis und dieses bestimmt den Kurs des Gesamtaktienkapitals; aus je mehr einzelnen Stücken sich dieses zusammensetzt, ein desto kleinerer aliquoter Teil entfällt natürlich auf das einzelne Stück. Die Verwässerung hat nichts zu schaffen mit dem Gründergewinn, der vielmehr bei jeder Aktiengesellschaftsgründung aus der Verwandlung von produktivem, profittragendem Kapital in fiktives zinstragendes Kapital entsteht. In der Tat ist die Verwässerung nichts Wesentliches und kann daher in der Regel durch Gesetz gehindert werden, im Gegensatz zum Gründergewinn» . . .

«Die Verwässerung ist aber unter Umständen ein geeignetes finanztechnisches Mittel, um den Anteil der Gründer über den Gründergewinn hinaus zu steigern. In den Vereinigten Staaten zum Beispiel werden bei den großen Gründungen gewöhnlich zweierlei Arten Aktien ausgegeben, die preferred shares (Vorzugsaktien) und die common shares (gewöhnliche Aktien)» . . .

«Diese Finanzierungsmethode sichert den durch die Gründung zu erwartenden Extraprofit und den Ertrag aller künftigen Errungenschaften und günstigen Konjunkturen den Gründern, den Besitzern der common shares, während der Gewinn des Publikums, das die preferred besitzt, auf eine feste, den Zins nicht allzu hoch überschreitende Grenze gesetzt ist . . . Doch hat die Ueberkapitalisierung keineswegs einen Einfluß auf die Preise. Es ist eine merkwürdige Vorstellung, daß, weil das fiktive Kapital nominell angeschwollen ist, die Preisgesetze irgendwie alteriert sein können»*.

* l. c. Seite 125.

Als Beispiel für die Verwertung der Stammaktien zu Spekulationszwecken erwähnt Hilferding den amerikanischen Stahltrust. Bei der Gründung des Stahltrustes wurden 1100 $ Aktien und 304 Mill. $ Obligationen ausgegeben, wovon ca. 350 Mill. Vorzugsaktien, der Rest Stammaktien waren. Auf die Vorzugsaktien wurden regelmäßig 7 % Dividende bezahlt, die Dividenden auf die Stammaktien aber derart unregelmäßig** bemessen, daß bis 1908 ca. 133 Mill. $ Spezialreserven angesammelt waren. Die Gründer konnten so große Spekulations- und Gründergewinne realisieren. Ende 1921 bestand das Kapital der United Steel Co. aus 360 Mill. $ Vorzugsaktien und 500 Mill. $ Stammaktien, welche sich auf 95 777 Aktionäre verteilten (1901 bloß 13 318), gleichzeitig waren für 540 Mill. $ Obligationen ausgegeben.

Die Großaktionäre sind gewöhnlich nicht nur an einem einzigen Unternehmen beteiligt. Als Mitglieder verschiedener Verwaltungsräte eignen sich die Großaktionäre einen die Dividende vergrößernden Anteil am Gewinn als Tantième an.

Die Tantièmen wurden in Deutschland von Loeb für 1900 auf 60 Mill. Mk., 1906 auf 70 Mill. Mk., 1924 für die Schweiz von Dr. Wyler auf 22,4 Mill. Fr. geschätzt. Je enger der Kreis der Großaktionäre, umso stärker das Bestreben, eine Mehrzahl von Aufsichtsratsstellen in einer Hand zu vereinigen. Speziell die Großbanken sind in zahlreichen Verwaltungsräten vertreten. 1909 gab das Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsratmitglieder für Deutschland*** 12 000 Aufsichtsratsstellen an, wovon 2918 sich auf 197 Personen verteilten.

«Es bildet sich ein Kreis von Personen heraus, die vermöge ihrer eigenen Kapitalmacht oder aber als Vertreter der konzentrierten Macht fremden Kapitals (Bankdirektoren) als Aufsichtsräte in einer großen Anzahl von Aktiengesellschaften vertreten sind. Es entsteht so eine Art Personalunion, einmal

* Hilferding: «Finanzkapital», Seite 125 ff.

** Dividende der Stammaktien: 1901/03 4 %; 1903 3 %; 1904/05 0 %; 1906 2 %; 1907 2 %; 1908 2 %; 1909 3½ %.

*** l. c. Seite 135.

zwischen den verschiedenen Aktiengesellschaften untereinander und sodann zwischen diesen und den Banken, ein Umstand, der für die Politik dieser Gesellschaften von größtem Einfluß sein muß, weil zwischen den verschiedenen Gesellschaften ein gemeinsames Besitzinteresse sich bildet»*.

Rein äußerlich betrachtet, scheint die Aktiengesellschaft — im Gegensatz zur Privatunternehmung — das persönliche Profitstreben zu Gunsten der Kollektivinteressen einer unpersönlichen Gemeinschaft auszuschalten. Aber die Aktiengesellschaft bedeutet keine «Demokratisierung» des Kapitalbesitzes. Im Gegenteil! Hilferding hebt mit Recht hervor:

«Denn die Aktiengesellschaften und gerade die wichtigsten, erträgnisreichsten und bahnbrechendsten, werden von einer Oligarchie oder sogar nur von einem Großkapitalisten (oder einer Bank) beherrscht, die in Wirklichkeit ebenfalls voll interessiert und von der Masse kleiner Aktionäre unabhängig sind. Dazu kommt, daß die Leiter, die Spitzen der industriellen Bureaukratie, sowohl durch die Tantièmen als auch, und vor allem durch in der Regel ausgedehnten Aktienbesitz an dem Unternehmen interessiert sind»**.

«Mit der Ausdehnung des Aktienwesens löst sich die ökonomische Entwicklung los von den individuellen Zufälligkeiten der Eigentumsbewegung, die in dem Schicksal der Aktien, nicht der Aktiengesellschaft, erscheint. Die Konzentration der Unternehmungen kann also rascher erfolgen als die Zentralisation des Eigentums. Beide Bewegungen haben ihre eigenen Gesetze. Doch ist die Konzentrationstendenz bei beiden vorhanden. Bei der Eigentumsbewegung erscheint sie nur zufälliger und weniger zwingend und wird auch in der Tat oft durch Zufälligkeiten durchkreuzt. Es ist dieser Schein, der manche veranlaßt, von einer Demokratisierung des Eigentums durch die Aktie zu reden. Die Trennung der industriellen Konzentrationsbewegung von der Eigentumsbewegung ist wichtig, weil dadurch die erstere nur mehr den technisch-ökonomischen Gesetzen zu folgen braucht, unabhängig von der Schranke des individuellen Eigentums.

Durch die Verwandlung des Eigentums in Aktieneigentum wird der Eigentümer zum Eigentümer minderen Rechts. Als Aktienbesitzer ist er abhängig von den Entschlüssen aller anderen Aktienbesitzer: er ist nur ein Glied (wenn auch nicht gerade immer ein dienendes) einer Gesamtheit . . . Die wirkliche Verfügung über das Produktionskapital steht Leuten zu, die nur einen Teil desselben wirklich beigesteuert haben»***.

* l. c. Seite 132/133.

** l. c. Seite 136.

*** l. c. Seite 144/145.

Das Kampffeld der großen Spekulation ist die Börse. «In ihren Anfängen dient die Börse dem Umsatz von Geldsorten und Wechseln . . . Später wird sie zum Markt des fiktiven Kapitals. Dieses entwickelt sich zuerst mit der Entwicklung des Staatskredites. Die Börse wird zum Markt der Staatsanleihen. Aber umwälzend wirkt erst die Verwandlung von industriellem Kapital in fiktives Kapital, also das immer stärkere Eindringen der Aktiengesellschaft in die Industrie . . . In der Warenzirkulation geht Güterübertragung und Eigentumsübertragung Hand in Hand . . . Bei der Zirkulation der Effekten aber handelt es sich um Eigentumsübertragung, Zirkulation bloßer Eigentumstitel ohne gleichzeitige Güterübertragung»*.

Die Aktien gewinnen durch die Börse gleichsam doppelte Funktion: «Sie dienen einerseits als Objekt der Spekulation und Unterlage für ihre Differenzgewinne. Gleichzeitig dienen sie auch den Banken in ihrem Bestreben, sich in den Aktiengesellschaften beherrschenden Einfluß zu verschaffen und ihren Willen in den Generalversammlungen zur Geltung zu bringen, ohne dabei genötigt zu sein, dauernd ihre Gelder in den betreffenden Aktien festlegen zu müssen»**.

Mit wachsender Konzentration des Bankwesens ändert sich das Verhältnis der Banken zur Börse. «Anfangs ist der Bankier nur Kommissionär, der für den Kunden das Geschäft besorgt. Je mehr aber die Kapitalkraft und das Interesse der Bank an den Aktienkursen wächst, desto mehr geht sie zum Eigenhandel über»***.

«Zugleich entzieht die Großbank der Börse einen Teil ihrer Funktion und wird selbst zum Markt für die Effekten; der Börse bleibt nur ein Restbetrag übrig, der bei den Banken nicht zum Ausgleich kommt»****.

Indessen treffen diese Feststellungen bloß auf deutsche Verhältnisse zu, weil in England und den Vereinigten Staaten die Börse sich an der Seite der reinen Depositenbanken als selbständiger Kapitalmarkt behaupten konnte.

«Namentlich die New-Yorker Börse hat als Mittel der Eigentumsübertragung, das heißt die Expropriation, größere Bedeutung als die europäischen Börsen. Hier wirkt auch die eigentümliche Geldverfassung in Verbindung mit der Börsentechnik mit. Die New-Yorker Börse kennt nur das Kassengeschäft, in der Art, daß die Differenzen täglich reguliert werden müssen»*****.

* Hilferding l. c. S. 161/164.

** Hilferding l. c. S. 173.

*** Hilferding l. c. S. 174.

**** Hilferding l. c. S. 175.

***** Hilferding l. c. Seite 176. Fußnote.

«Auf der Börse erscheint das kapitalistische Eigentum in seiner reinen Form als Ertragstitel, in den das Ausbeutungsverhältnis, die Aneignung der Mehrarbeit, begriffslos verwandelt ist. Das Eigentum hört auf, irgend ein bestimmtes Produktionsverhältnis auszudrücken, und wird eine Ertragsanweisung, die ganz unabhängig erscheint von irgend einer Tätigkeit. Das Eigentum ist losgelöst von jeder Beziehung zur Produktion, zum Gebrauchswert . . . Alles Eigentum ist Kapital und Nichteigentum, Schulden sind, wie jede Staatsanleihe beweist, ebenso Kapital und alles Kapital ist gleich und verkörpert sich in den bedruckten Papierzetteln, die auf der Börse hoch- und niedergehen. Die wirkliche Wertbildung ist ein Vorgang, der ganz der Sphäre der Eigentümer entrückt bleibt und auf völlig rätselhafte Weise ihr Eigentum bestimmt . . .

. . . Es erscheint absurd, den Zins, der stets wechselt und in der Tat unabhängig von den unmittelbaren Vorgängen in der Produktion wechseln kann, in Zusammenhang mit der Arbeit zu bringen. Er erscheint als Folge des Kapitaleigentums als solchen, als . . Frucht des mit Produktivität begabten Kapitals. Er ist wechselnd, unbestimmt, und mit ihm wechselt der «Wert des Eigentums», eine verrückte Kategorie. Dieser Wert erscheint ebenso rätselhaft, unbestimmt wie die Zukunft. Der bloß Zeitablauf scheint Zinsen zu bringen und Böhm-Bawerk macht aus diesem Schein seine Theorie des Kapitalzinses»*.

«Die Apologeten der kapitalistischen Produktionsweise suchen die Notwendigkeit ihrer einzelnen Erscheinungen zu beweisen, indem sie die aus der kapitalistischen Produktion folgende spezifisch ökonomische und daher historische Form identifizieren mit dem technischen Inhalt, der gegenüber der transitorischen Form dauernd notwendig ist . . . So erklärt Ehrenberg den Handel als Verteilung über den Raum, die Spekulation als Verteilung über die Zeit. Und da die Verteilung natürlich bei einem gewissen Grade der technischen Entwicklung immer notwendig ist, ist ihre Beseitigung eine Unmöglichkeit, eine Utopie. Identifiziert man noch dazu «notwendig» mit «produktiv», so kommt man mit Ehrenberg zu dem grotesken Resultat, daß die Spekulation ebenso ein Produktionszweig ist wie die Landwirtschaft. Warum auch nicht, da der Boden und eine Aktie in gleicher Weise Geld tragen! Es wird dabei der Handel einfach mit dem Transport und der Arbeit des Einpackens, Zerteilens etc. verwechselt, die Spekulation mit der Lagerung identifiziert, Operationen, die natürlich bei jeder technisch entwickelten Produktionsweise nötig sind»**. Auch der Terminhandel der Warenbörse dient nicht nur spekulativen Zwecken: «Die Notwendigkeit des Terminhandels besteht in Wirklichkeit einmal darin, daß er den produktiven Kapitalisten . . . erlaubt, ihre Zirkulationsarbeit auf Null herabzusetzen und sich damit gegen die Preisschwankungen während der Zirkulationszeit zu versichern, diese auf die Spekulation, die diese spezifische Funktion zu erfüllen hat, abzuwälzen. Zweitens erlaubt der Terminhandel, einen Teil der Handelsfunktionen statt von kommerziellem Kapital, von Geld-(Bank-)Kapital erfüllen zu lassen; für diesen Teil der Operationen wird nicht Durchschnittsprofit, sondern Zins erzielt; um die Differenz steigt der industrielle Profit (Unternehmergewinn). Drittens gestattet der Terminhandel . . . die Verwandlung von Geldkapital in Handelskapital . . . und eröffnet so dem Bankkapital die Möglichkeit, sein Herrschaftsgebiet über Handel und Industrie zu erweitern und einem immer größern Teil des produktiven Kapitals den Charakter von Geldkapital, das in der Verfügung der Bank ist, zu erhalten»*.

Im Gegensatz zur Effektenbörse erstreckt sich das Termingeschäft der Warenbörse über die ganze Produktionsperiode der börsengängigen Standardware. Eine Notierung der Baumwollbörse lautet zum Beispiel:

New York	15. Juli 1921	14. Juli	New York	15. Juli 1921	14. Juli
Baumwolle, lok.	12.45	12.25	Sept.	12.60	12.70
Juli	12.18	12.75	Oktober	12.85	12.90
August	12.37	12.50	November	13.05	13.05

(Preise cents pro 1 engl. Pfund = 0,4536 kg Middling-Baumwolle.)

«Das Eigenkapital einer Bank muß so bemessen sein, daß die Bank, auf dieses Kapital bezogen, Durchschnittsprofit realisiert»**. Deshalb kann bei der Gründung einer Aktienbank Gründergewinn abgeschöpft werden, trotzdem «das Bankkapital [eigene und fremde Kapitalien] nicht Unternehmergewinn (industriellen Profit) erzeugt, sondern nur Zins realisiert»***.

Um das Verhältnis der fremden zu den eigenen Geldern mit den Bedürfnissen des Emissionsgeschäftes in Einklang zu bringen, verwandeln die Großbanken mit wachsendem Umfang des Geschäftes immer wieder fremdes Geldkapital in eigenes Geldkapital der Bank.

* Hilferding l. c. Seite 176/177.

** Hilferding l. c. Seite 202/203.

* Hilferding l. c. Seite 204.

** «Gesetzt den Fall, eine Bank habe die Verfügung über ein Leihkapital von 100 Millionen Mark. Sie macht damit einen Bruttogewinn von 6 Millionen und einen Reingewinn von 2 Millionen. Das Eigenkapital der Bank kann dann bei einer Profitrate von 20 Prozent 10 Millionen betragen, während ihr 90 Millionen als Depositen zur Verfügung stehen werden» (l. c. Seite 208).

*** l. c. Seite 208.

«Die Vermehrung des Bankkapitals bedeutet zunächst nur eine juristische Transaktion, keine ökonomische Funktionsänderung . . . Diese Verwandlung fremden in eigenes Geldkapital der Bank läßt natürlich Nachfrage und Angebot von Geldkapital ganz unverändert und hat keine Wirkung auf den Zinsfuß»*.

Die Vermehrung des Bankkapitals vermehrt das fiktive Kapital, es findet dabei Verdoppelung des fiktiven Kapitals statt:

«Geldkapital wird fiktiv in das Kapital der Bankaktien umgewandelt und geht damit in Wirklichkeit über in das Eigentum der Bank; dieses Bankkapital wird jetzt fiktiv in Industrieaktien verwandelt und in Wirklichkeit in die Elemente des produktiven Kapitals, Produktionsmittel und Arbeitskraft»**.

R. Hilferdings «Finanzkapital», im Deutschland der Vorkriegszeit entstanden und an den deutschen Verhältnissen orientiert, ist über den Rahmen eines zeitlich bedingten Werkes weit hinausgewachsen. So verdienen gerade die Betrachtungen Hilferdings über die geschichtliche Tendenz des Finanzkapitalismus ganz besondere Beachtung.

«Die Entwicklung der kapitalistischen Industrie entwickelt die Konzentration im Bankwesen . . . Eine weit fortgeschrittene Kartellierung wirkt von vorneherein dahin, daß auch die Banken sich zusammenschließen und sich vergrößern, um dem Kartell oder Trust gegenüber nicht in Abhängigkeit zu geraten. Die Kartellierung selbst befördert so den Zusammenschluß der Banken, wie umgekehrt der Zusammenschluß der Banken die Kartellierung . . .»***

Die Kartellierung erhöht den Profit. «Dieser erhöhte Profit kann kapitalisiert werden und Gründergewinn bilden. Dieser spielt beim Zustandekommen der Trusts in doppelter Hinsicht eine wichtige Rolle. Erstens ist seine Erlangung ein sehr wichtiges Motiv für die Banken, die Monopolisierung zu fördern. Zweitens aber kann ein Teil des Gründergewinnes dazu verwendet werden, um widerstrebende, aber doch wichtige Elemente durch Bezahlung eines höheren Kaufpreises zum Verkauf ihrer Fabriken, also zur Ermöglichung des Zustandekommens des Kartells bewegen . . . Der amerikanische Zuckertrust wurde 1887 von Havemeyer durch Verschmelzung von 16 kleinen Gesellschaften, die ihr Kapital auf zusammen 6½ Millionen Dollars angaben, gegründet. Das Aktienkapital des Trusts wurde auf 50 Millionen Dollars festgesetzt . . . Eine Untersuchung, die 1888 eingeleitet wurde, ergab, daß der Trust an einer Tonne raffinierten Zuckers ungefähr 14 Dollars verdiente, was ihm die Auszahlung von 10 Prozent Dividende auf das volle Aktienkapital, also ungefähr 70 Prozent auf das bei Gründung der Gesellschaft wirklich einbezahlte, ermöglichte. Außerdem konnte sich der Trust noch gelegentlich die Zahlung von Extradividenden und die Rücklage enormer Reserven leisten. Heute hat der Trust 90 000 000 Dollars Aktienkapital. Die Hälfte sind Vorzugsaktien, berechtigt zu 7 Prozent kumulativ, die andere Hälfte sind Stammaktien, die gegenwärtig ebenfalls 7 Prozent bringen («Berliner Tageblatt» vom 1. Juli 1909)»*.

«Die heutige Industrie wird mit einem Kapital betrieben, das weitaus größer ist als das Gesamtkapital im Eigentum der industriellen Kapitalisten. Mit der kapitalistischen Entwicklung wächst auch beständig die Summe des Geldes, das von der nicht produktiven Klasse den Banken und durch diese den Industriellen zur Verfügung gestellt wird. Die Verfügung über diese der Industrie unentbehrlichen Gelder gehört den Banken. Mit der Entwicklung des Kapitalismus und seiner Kreditorganisation wächst so die Abhängigkeit der Industrie von den Banken»**.

«Das Finanzkapital entwickelt sich mit der Entwicklung der Aktiengesellschaft und erreicht seinen Höhepunkt mit der Monopolisierung der Industrie. Der industrielle Ertrag gewinnt einen sicheren und stetigeren Charakter. Damit gewinnt die Anlagemöglichkeit von Bankkapital in der Industrie immer weitere Ausdehnung»***.

«Mit der Kartellierung und Trustierung erreicht das Finanzkapital seine höchste Machtstufe, während das Handelskapital seine tiefste Erniedrigung erlebt. Ein Kreislauf des Kapitalismus hat sich vollendet. Bei Beginn der kapitalistischen Entwicklung spielt das Geldkapital als Wucherkapital und als Handelskapital eine bedeutende Rolle sowohl für die Akkumulation des Kapitals als auch bei der Verwandlung der handwerksmäßigen Produktion in kapitalistische. Dann aber beginnt der Widerstand der «produktiven», das heißt der Profit ziehenden Kapitalisten, also der Kommerziellen und Industriellen gegen die Zinskapitalisten . . . Das Wucherkapital wird dem Zinskapital untergeordnet. Als Geldhandlungskapital vollzieht es die Geldfunktionen, die sonst die Industriellen und Kommerziellen bei der Metamorphose ihrer Waren selbst hätten vollziehen müssen. Als Bankkapital vermittelt es die Kreditoperationen unter den Produktiven. Die Mobilisierung des Kapitals und die stets stärkere Ausdehnung des Kredites ändert allmählich die Stellung der Geldkapitalisten vollständig. Die Macht der Banken wächst, sie werden die Gründer und schließlich die Beherrscher

* l. c. Seite 212.
** l. c. Seite 214.
*** l. c. Seite 280.

* l. c. Seite 281.
** l. c. Seite 282.
*** l. c. Seite 283.

der Industrie, deren Profite sie als Finanzkapital an sich reißen, ganz wie einst der alte Wucherer in seinem «Zins» den Arbeitsertrag des Bauern und die Rente des Grundherrn»*.

«Die Kartellierung bedeutet außergewöhnliche Extraprofite ... Gleichzeitig aber bedeuten die Kartelle eine Verlangsamung der Kapitalsanlage. In den kartellierten Industrien, weil die erste Maßregel des Kartells die Einschränkung der Produktion ist, in den nicht kartellierten, weil die Senkung der Profitrate zunächst von weiteren Kapitalsanlagen zurückschreckt. So wächst einerseits rapid die Masse des zur Akkumulation bestimmten Kapitals, während sich anderseits seine Anlagemöglichkeit kontrahiert. Dieser Widerspruch verlangt seine Lösung und findet sie im Kapitalexport. Der Kapitalexport selbst ist nicht eine Folge der Kartellierung. Er ist eine Erscheinung, die von der kapitalistischen Entwicklung unzertrennlich ist. Aber die Kartellierung steigert plötzlich den Widerspruch und schafft den akuten Charakter des Kapitalexportes ...

Es entsteht aber die Frage, wo die Grenze der Kartellierung eigentlich gegeben ist. Und diese Frage muß dahin beantwortet werden, daß es eine absolute Grenze für die Kartellierung nicht gibt. Vielmehr ist eine Tendenz zur stetigen Ausbreitung der Kartellierung vorhanden. Die unabhängigen Industrien geraten, wie wir gesehen haben, immer mehr in Abhängigkeit von kartellierten, um schließlich von ihnen annektiert zu werden. Als Resultat des Prozesses ergäbe sich dann ein Generalkartell»**.

«Die Tendenz zur Herstellung eines Generalkartells und die Tendenz zur Bildung einer Zentralbank*** treffen zusammen und aus ihrer Vereinigung erwächst die gewaltige Konzentrationsmacht des Finanzkapitals. Im Finanzkapital erscheinen alle partiellen Kapitalformen zur Totalität vereinigt ... Dieses Bankkapital wird immer mehr die bloße Form — Geldform — des wirklich fungierenden Kapitals, das heißt des industriellen Kapitals. Zugleich wird die Selbständigkeit des kommerziellen Kapitals immer mehr beseitigt, während die Trennung des Bankkapitals und des produktiven Kapitals im Finanzkapital aufgehoben wird. Innerhalb des industriellen Kapitals selbst werden die Schranken der einzelnen Sphären durch fortschreitende Vereinigung früher getrennter und selbständiger Produktionszweige aufgehoben, die gesellschaftliche Arbeitsteilung — das heißt die Teilung in den verschiedenen Sphären der Produktion, die nur durch die Tauschaktion als Teile des ganzen gesellschaftlichen Organismus verbunden sind — stetig verringert, während anderseits die technische Arbeitsteilung innerhalb der vereinigten Betriebe immer weiter getrieben wird.

So erlischt im Finanzkapital der besondere Charakter des Kapitals. Das Kapital erscheint als einheitliche Macht, die den Lebensprozeß der Gesellschaft souverän beherrscht, als Macht, die unmittelbar entspringt aus dem Eigentum an den Produktionsmitteln, den Naturschätzen und der gesamten akkumulierten vergangenen Arbeit, und die Verfügung über die lebendige Arbeit als unmittelbar entspringend aus den Eigentumsverhältnissen. Zugleich erscheint das Eigentum, konzentriert und zentralisiert in der Hand einiger größter Kapitalassoziationen unmittelbar entgegengesetzt der großen Masse der Kapitallosen. Die Frage nach den Eigentumsverhältnissen erhält so ihren klarsten, unzweideutigsten, zugespitztesten Ausdruck, während die Frage nach der Organisation der gesellschaftlichen Oekonomie durch die Entwicklung des Finanzkapitals selbst immer besser gelöst wird»*.

§ 22. Vom Merkantilismus zum Marxismus. **

Marx hat in seinen «Theorien über den Mehrwert» wertvolle Vorarbeit zu einer dogmengeschichtlichen Uebersicht der volkswirtschaftlichen Theorien geleistet. Leider hat die marxistische Schule noch nicht Gelegenheit gefunden, das weitschichtige Material der nationalökonomischen Literatur vom Standpunkte des historischen Materialismus aus zu sichten. Auch wir müssen uns im folgenden auf eine knappste Uebersicht beschränken. Die marxistisch orientierte Dogmengeschichte muß erst noch geschrieben werden.

Im Altertum und Mittelalter überschreitet das theoretische Studium wirtschaftlicher Fragen kaum den Rahmen technologischer Haushaltskunde und hauswirtschaftlicher Betriebswirtschaftslehre. Die moderne politische Oekonomie entsteht im Laufe des 16. Jahrhunderts. Es sind Probleme der staatlichen Wirtschaftspolitik, welche zur Entstehung dieser neuen Disziplin Veranlassung geben. Der dem Absolutismus zusteuernde Feudalstaat

* l. c. Seite 284.

** l. c. Seite 294/295.

*** Läßt sich eine bessere Bestätigung dieser Gedanken denken, als der Plan der Reparationsbank im Youngplan?

* l. c. Seite 295/296.

** Stark gekürzt. Für eingehendes Studium sei u. a. verwiesen auf Gide und Rist (Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen), Schumpeter (Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte), Mombert (Geschichte der Nationalökonomie). Die Zahl der Werke, welche die Geschichte der Nationalökonomie behandeln, ist nicht groß.

des ausgehenden Mittelalters konnte an den engen Zusammenhängen von militärischer Schlagkraft und wirtschaftlicher Blüte umso weniger vorübersehen, als die sich ausbreitende Geldwirtschaft, das Söldnerwesen und die durch das Feuergewehr revolutionierte Kriegstechnik die Staatsfinanzen als den Kern der politischen Macht erkennen ließen. Die Regierung trieb Wirtschaftspolitik im Interesse der Staatsgewalt. Sie förderte die Reichtumsbildung, um die Steuererträgnisse zu vermehren.

Man faßt die ersten Vertreter der nationalökonomischen Disziplin unter dem Begriff des Merkantilismus zusammen, trotzdem dieser Sammelbegriff Vertreter verschiedenster, meistens auch sehr unklarer wirtschaftspolitischer Tendenzen umfaßt. Gemeinsam ist den Merkantilisten die Verehrung des Goldes als Verkörperung des Reichtums. Der absolutistische Staat fördert die gewerbliche Entwicklung durch Privilegien und Monopole, er begünstigt neue Gewerbe, er erleichtert die Ausfuhr und unterbindet die Einfuhr. In großem Maßstabe fand das Programm des Merkantilismus seine Verwirklichung in Frankreich im System des Colbertismus. Colbert, der Finanzminister Ludwig XIV. versuchte von 1663—1683 die französische Industrie durch protektionistische Maßnahmen aller Art zu fördern, um dem französischen Absolutismus die Mittel für seine Raubkriege gegen die Niederlande und den maßlosen Luxus des französischen Hofes zu verschaffen. Es gelang denn auch Colbert u. a. in Lyon eine bedeutende Seidenindustrie großzuziehen.

Im Kampfe gegen die das wirtschaftliche Leben allseitig einschnürende Politik der Monopole, Privilegien und Ordonnanzen entsteht die Lehre der Physiokraten und des wirtschaftlichen Liberalismus. Frankreich, das Land der einseitigsten Durchbildung des Merkantilsystems, ist auch das Geburtsland der Physiokratie. Dadurch, daß die Physiokraten von einem Kreislauf der Güter in der Wirtschaft sprechen, lehren sie die Volkswirtschaft als eine Ganzheit zu betrachten. Ihr Verdienst besteht in der Erkenntnis des volkswirtschaftlichen Prozesses als Einheit von Produktionsprozeß der Güter und Reproduktionsprozeß der Produktionsbedingungen. Sie versuchen, von der Idee des Naturrechtes geleitet, die «natürliche» Wirtschaftsordnung ausfindig zu machen. Der Führer der Physiokraten ist François Quesnay (1694—1774), dessen berühmtes «Tableau économique» 1758 erschien; als seine Schüler sind zu erwähnen Le Trosne, Lemercier de la Rivière, der ältere Mirabeau, Turgot, Dupont de Nemours. «Das Aufkommen der Physiokratie hatte zu tun sowohl mit dem Gegensatz zum Colbertismus, als namentlich auch mit dem Kladderadatsch des Systems von John Law»*.

In England verlief die Entwicklung weniger einseitig. Marx bezeichnet Sir William Petty**, Mitglied der englischen Royal Society (1623—1687), als den Begründer der modernen politischen Oekonomie. Petty ist einer der wichtigsten Vorläufer der klassischen Schule. Nach Petty wird der Wert der Waren durch die Arbeit bestimmt. Mehrwertformen sind nur Grundrente und Geldrente. Der Wert von Grund und Boden ist kapitalisierte Bodenrente. Sir Dudley North, John Locke, David Hume (1711—1776) und Ferguzon (1723—1816) befassen sich hauptsächlich mit den Problemen des Geldwesens und des Zinsfußes. Der erste Vertreter der klassischen Schule der Nationalökonomie ist Adam Smith (1723—1790), in dessen Hauptwerk «Enquiry in the nature and origine oft the wealth of Nations» (1776) Ideen seines Lehrers Hutcheson mit den Gedanken der Physiokraten verschmolzen sind.

Frankreich ist noch im 19. Jahrhundert das Land vorwiegender landwirtschaftlicher Produktion; in England erreicht die städtische Bevölkerung schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts zahlenmäßig die ländliche. Daher identifizieren die Physiokraten den Mehrwert mit dem Mehrprodukt des Bauern, während die englischen Nationalökonomen schon durch die ökonomische Struktur ihres Landes veranlaßt werden, den Profit aus dem Handelsprofit und den Handelsprofit aus der Uebervorteilung des Käufers durch den Verkäufer zu erklären. Fast alle Physiokraten sind Staatsbeamte, durchdrungen vom Glauben an die Autorität des Staates. Trotzdem formulierte die Physiokratie im Schlagwort: «laisser faire, laisser aller» den Grundgedanken der liberalen Wirtschaftspolitik. Als ideologische Vorkämpfer des Bürgertums wollen die Physiokraten alle Steuern auf das Grundeigentum gelegt wissen, weil nur die Landwirtschaft einen Reinertrag abwerfe, die

* «Theorien über den Mehrwert», Seite 49. Nicht zu übersehen ist auch der Einfluß des Rückganges der spanischen Weltmacht, trotz der gewaltigen Edelmetallschätze, die der spanische Raubstaat angehäuft hatte [Rückgang der spanischen Bevölkerung von 10 auf 5,7 Millionen (1702)].

** «Treatise on Taxes and Contributions» 1662.

gewerblichen Produzenten eine «sterile» Klasse seien. Erst die französische Revolution sollte die Ideen der Physiokraten zum Siege führen.

Adam Smith stellt alle seine Vorgänger in den Schatten. Sein Werk wird zum Lehr- und Lesebuch der Nationalökonomen. Neben seiner Leistung versinken die Irrtümer der Physiokraten im Dunkel der Vergangenheit. Das System von Adam Smith gruppiert sich um die produktionstechnischen und wirtschaftspolitischen Probleme der Manufakturperiode: Arbeitsteilung und Kooperation bilden den Ausgangspunkt seiner Untersuchungen. Die Arbeit sei der wahre Maßstab des Tauschwertes aller Güter. Smith ist der erste konsequente Vertreter der Arbeitswerttheorie; ihre Wurzeln reichen aber über Franklin und Locke bis zu Petty und den christlichen Kommentatoren zurück. Die Fragen nach der Höhe des Arbeitslohnes, dem Ursprung des Mehrwertes, der Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, die Probleme des Geldes und der Preise, der Handelspolitik und der Finanzwirtschaft finden in den 5 Büchern des «Volksreichtums» eingehende Bearbeitung. Adam Smith lehnt u. a. ganz entschieden die Auffassung ab, als ob der Kapitalprofit aus der Arbeit der Ueberwachung und Leitung abgeleitet werden könnte, denn die Höhe des Kapitalprofites stehe in gar keinem direkten Verhältnis zur Größe der betreffenden Arbeitsleistung.

Die Ideen des wirtschaftlichen Liberalismus, wie sie Adam Smith verficht, fielen auf fruchtbareren Boden, als ihr Schöpfer vieleicht selbst ahnte oder hoffte. Der Abfall der nordamerikanischen Kolonien tat die Unhaltbarkeit des Kolonialsystems dar; die napoleonischen Kriege brachten großes Massenelend; die Bedürfnisse des aufstrebenden Industriekapitals fegten gegen den erbitterten Widerstand der Arbeiter bis 1814 auch die letzten Reste der alten englischen Arbeitsgesetzgebung hinweg: Die Arbeitszeit erfuhr maßlose Ausdehnung, Frauen und Kinderarbeit nahmen überhand, das Elend der Arbeiterklasse steigerte sich von Jahr zu Jahr, Arbeiterunruhen loderten hoch. So schien die Harmonie der natürlichen Ordnung in häßlicher Weise verunstaltet. Die Kritik setzte ein. Utopistische Sozialisten auf der einen, Fortbildner des klassischen Systems auf der anderen Seite. Robert Maltus (1766—1834)* suchte mit seinem Bevölkerungsgesetz

* «Essay on the principles of populations» 1798. R. Mathus war Pfarrer der anglikanischen Kirche.

den Nachweis zu leisten, der Arbeiter sei selbst verantwortlich für seine Notlage. Da alle Lebewesen, mit ihnen auch der Mensch, sich in geometrischer Progression vermehren, der Nahrungsspielraum nur in arithmetischer Progression ausgeweitet werden könne, seien Hunger und Elend der untern Volksklassen unvermeidlich, solange sich diese nicht in sexueller «Entsagung» übten. David Ricardo (1772—1823)* dagegen stellte ein positives wirtschaftspolitisches Programm auf. Ricardo ging in vielen Punkten über Adam Smith hinaus**. Er gab der nationalökonomischen Theorie eine geschlossenere und begrifflich besser fundierte Begründung. Ricardo's wahrhaft klassische Untersuchungen über die Grundrente leiteten zur Forderung des Freihandels, der Aufhebung der im Gefolge der Kontinentalsperre eingeführten Getreidezölle über. Die 1836/1838 unter der Leitung von Cobden und Brigth gegründete Anti-Corn-Law Ligue erreichte denn auch durch ihre Agitation 1849 die Aufhebung der Kornzölle, womit in England die Periode des Freihandels beginnt: Das industrielle Kapital hatte über das Grundeigentum gesiegt. Marx ist ein Schüler Ricardos; doch können wir nicht näher auf die geistigen Beziehungen der beiden Nationalökonomen eintreten. Marx unterscheidet sich von Ricardo vor allem durch die Verschmelzung der Gedankenwelt des historischen Materialismus mit der ökonomischen Theorie.

Adam Smith machte auch in Frankreich Schule. Jean Baptiste Say (1767—1832), Baumwollfabrikant und Professor der Nationalökonomie, schnitt im im Jahre 1803 erschienenen «Traité d'Economie Politique» das Smith'sche System auf französisches Maß zu. Im Gegensatz zu Smith forderte Say verschärften Schutz des Eigentums, weil er die Arbeiterunruhen, welche die Proletarisierung der Handwerker mit sich brachte, miterlebte. Say verdankt die Nationalökonomie die Formulierung verschiedener mehr oder minder flacher Plattheiten, wie z. B. daß keine Ueberproduktion möglich sei, weil die Produktion gleichzeitig Nachfrage schaffe, Ansichten, welche aus den Zeitverhältnissen heraus zu begreifen sind.

Von andern namhafteren Vertretern der klassischen Schule, Anhänger des Smith'schen, später des Ricardo-Smith'schen Systems seien erwähnt: In Frankreich Bastiat (1801—1850),

* Ricardo entstammte einer reichen jüdischen Bankiersfamilie.

** «Principles of political economy and taxation.»

in England Cobden (1804—1865), Nassau Senior und die sogenannte Manchesterschule der Anti-Corn-Law Ligue; in Deutschland Thünen (1783—1850, «Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie» 1850), von Hermann (1795—1868) von den bescheidenen Deutschen als der «deutsche» Ricardo bezeichnet, F. Schultze-Delitzsch (1808—1883), ein eifriger Förderer des Genossenschaftsgedankens und J. Prince-Smith (1809—1874), der Gründer des freihändlerischen «volkswirtschaftlichen Kongresses» (1858 gegründet, nach 1873 immer mehr an Bedeutung verlierend); in den Vereinigten Saaten datiert die freihändlerische Bewegung erst seit dem Auftreten Carey's* (1793—1879). Die ganz anders gearteten sozialen Verhältnisse der Vereinigten Staaten — freies unokkupiertes Land im Ueberfluß, reichste Bodenschätze — mußten auch andere wirtschaftstheoretische Ansichten zur Reife bringen.

In den Vereinigten Staaten setzt wie in Deutschland schon frühzeitig eine Bewegung zur Errichtung von Erziehungszöllen ein, um die junge nationale Industrie gegen die übermächtige englische Konkurrenz schützen zu können. Der Vorkämpfer dieser nationalistisch-antiliberalen Ideologie ist in Deutschland Friedrich List (1789—1846), dessen «Das nationale System der politischen Oekonomie» (1841) der Bewegung zum Ausbau des 1834 gegründeten Zollvereins mächtigen Antrieb verlieh. Kaum ein anderes Werk der theoretischen Nationalökonomie ist derart das Produkt der historischen Situation, wie Friedrich Lists nationales System. Friedrich List hatte schon 1819 in Frankfurt den «Handelsverein» gegründet, um die Idee der großdeutschen Zolleinheit zu propagieren, ging aber dann für einige Jahre nach Amerika, wo er ähnliche wirtschaftliche Bedürfnisse vorfand wie in Deutschland. Friedrich List konnte auf Frankreich und die Vereinigten Staaten verweisen, welche sich bereits mit Erfolg der englischen Konkurrenz durch Schutzzölle erwehrten und Handelsverträge eingeführt hatten.

In gewissem Sinne bildet John Stuart Mill (1806—1873), der große Logiker (1843: «System of Logic») den Abschluß der Reihe der klassischen Nationalökonomen**. In der Jugend liberaler Individualist, neigt Mill im Alter sozialistischen Ideen zu. Rein äußerlich betrachtet, schien in der Periode von 1848—1870 die liberale Schule ihre theoretischen Gegner, die Ideenwelt des Sozialismus wie die Gedankenwelt des Protektionismus endgültig überwunden zu haben. Die Träume der utopistischen Sozialisten [St. Simon (1760—1825, «Nouveau christianisme»); Fourier (1772—1837, «Le nouveau monde» 1829); Robert Owen (1771—1858)], wie der Blanquisten (Louis Blanc, 1811 bis 1882) und Proudhonisten (Proudhon, 1809—1865) hatten sich in der Junischlacht 1848 verflüchtigt; die Kritik Sismondis [(1773—1842); «Nouveau Principes d'Economie politique» (1819), «Etudes sur l'Economie politique»] am kapitalistischen Wirtschaftssystem wurde durch den wirtschaftlichen Aufschwung der Periode nach 1848 besänftigt, aber schon reiften in der Stille Gegenkräfte heran, welche den Liberalismus in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus dem Sattel heben sollten.

Auf der einen Seite wurde der utopistische Sozialismus durch Karl Marx (1818—1883)* und Friedrich Engels (1820 bis 1895) unter Verschmelzung der sozialistischen Gedankenwelt mit den Grundlagen der klassischen Theorie zum wissenschaftlichen Sozialismus, zum Marxismus fortentwickelt; auf der anderen Seite begann die theoretische Flucht in historisierende und subjektivistische Betrachtungsweise, um den offensichtlichen Widerspruch zwischen der Harmonielehre der Klassiker und den immer deutlicher sich zuspitzenden Klassengegensätzen von Arbeiterschaft und Unternehmertum zu überbrücken.

Die stark vom Feudalismus bestimmte Struktur der deutschen Gesellschaft begünstigte den Romantismus (Adam Müller 1779—1829) und Historismus. Entstehung, Entwicklung und Ausbreitung der historischen Schule sind charakteristische Erscheinungen im Deutschland der Zeit vor und nach der nationalen Einigung. Der Tatsache der nationalen Revolution von oben entsprach die geistige Abdankung der Wissenschaft auf wirtschaftstheoretischem und wirtschaftspolitischem Gebiet in die Hände der Praktiker und Beamten. Man beschränkte sich auf Wirtschaftsbeschreibung und Wirtschaftserzählung. Der Gründer der älteren historischen Schule, welche in Deutschland nur langsam an Einfluß gewann, ist Roscher (1817—1894;

* «The past, the present and the future» und «Principles of social science».

** «Principles of political Economy» 1848.

* «Kapital» I. Bd. 1867, II. Bd. 1885, III. Bd. 1894. «Zur Kritik der politischen Oekonomie» 1859.

1843 «Grundriß zu Vorlesungen über die Staatswissenschaft nach geschichtlicher Methode», 1854 «System der Volkswirtschaft»). Weiter als Roscher geht Hildebrand (1812—1878), der in seinem Buche «Die Nationalökonomie der Gegenwart und Zukunft» (1848) durch die historische Methode die Nationalökonomie als Wissenschaft erneuern will. Zur älteren Schule rechnet man auch Knies (1821—1898), welcher die Möglichkeit, wirtschaftliche Gesetze aufzustellen, verneint.

Ueber eine Kritik der abstrakten Methode der Klassiker kam die ältere historische Schule nicht hinaus. Die jüngere historische Schule unter der Führung von Gustav Schmoller (1838—1917, «Grundriß der Volkswirtschaftslehre») machte mit der historischen Methode ernst und vertiefte sich in die Detailarbeit. Zum Teil huldigen ihre Vertreter am Staatssozialismus orientierten sozialpolitischen Ideen [Bücher, 1847 geb. «System der Volkswirtschaft»; L. Brentano geb. 1844, «Kathedersozialismus»; F. Knapp (1842—1926) ist durch seine geldtheoretischen Arbeiten bekannt geworden]. Die Gedanken der historischen Schule dringen auch im Auslande durch.

Einen anderen Weg zur Umgehung des immer dräuender sich öffnenden Gegensatzes von Theorie und Praxis beschritt die subjektivistische Richtung, die in der österreichischen Schule des Grenznutzens ihre konsequente Ausbildung erfuhr. Steht hinter Smith die Manufaktur, hinter Ricardo die Fabrik und die Bank, hinter der historischen Schule der Staatsbeamte, so verbirgt sich hinter der Theorie des Grenznutzens die ökonomische Charaktermaske des Rentners und des Börsenspekulanten.

Jedesmal, wenn eine neue Richtung Schule macht, suchen ihre Apologeten nach geschichtlichen Vorläufern. Die verschiedenen Theorien drapieren sich mit dem romantischen Schein vergangener Größe.

Auch die Subjektivisten verfolgen die Quellen ihrer Gedankenwelt bis ins graue Altertum zurück. Aristoteles, Bernoulli, Condillac, Galilei, Gossen, Walras Vater gelten als Vorläufer, der Engländer Jevons (1835—1882) und der österreichische Beamte und Journalist C. Menger (1840—1921) als Begründer der psychologischen Schule und der Theorie des Grenznutzens*. Karl Menger wendet sich sowohl gegen die klassische, als auch

* Stanley Jevons: «Theory of Political Economy» (1871). Karl Menger: «Grundsätze der Volkswirtschaftslehre» (1871).

gegen die historische Schule, was zum berühmten Methodenstreit Mengers mit Schmoller führte.

Die Diskussion über die Gegensätze von induktiver und deduktiver Methode haben mit gegenseitigen Zugeständnissen, allgemeiner Einsicht in die Zwecklosigkeit derartiger Auseinandersetzungen, zunehmender Beruhigung und großem Papierverbrauch geendet. Es ist interessant genug, daß alle in der Nationalökonomie der Gegenwart lebendigen Tendenzen ihren Ursprung in der Periode der machtvollsten Herrschaft des Liberalismus genommen haben. Die wichtigsten Vertreter der österreichischen Grenznutzenschule sind Böhm-Bawerk (1851—1914) und v. Wieser (1851—1926), welch letzterem die systematische, auf der subjektiven Wertlehre aufgebaute «Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft» (Grundriß der Sozialökonomik) zu verdanken ist. Böhm-Bawerk, wie v. Wieser erweiterten die Grenznutzentheorie zu einer Lehre der Preise und des Zinses.

Die subjektive Werttheorie fand ebenfalls bald Eingang in anderen Staaten, wobei die mannigfachsten Mischformen vertreten wurden. Der Amerikaner Clark z. B. kombiniert die Grenznutzenlehre mit der klassischen Kostentheorie und dehnt den Gedanken der Differentialrente auch auf Lohn und Zins aus.

Jevons bedient sich der graphischen Darstellung und der Fixierung seiner Vorstellungen in mathematischen Gleichungen. Auch der Lausanner Leon Walras bevorzugt die mathematische Formulierung der ökonomischen Gesetze (sog. mathematische Schule). In Schweden vertritt die Grenznutzenlehre Wicksell, in Deutschland Philippovich. Eine Weiterbildung der Theorie versuchten J. Schumpeter («Wesen und Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie» 1908; scharfe begriffliche Scheidung von Statik und Dynamik, Schumpeters Triebkraft der Entwicklung ist das Unternehmergenie), Liefmann (Gegner der Zurechnungslehre, betrachtet alles Einkommen als Preise) und Alfred Ammon («Grundzüge der Volkswohlstandslehre» 1926, begabter Theoretiker. Das Wertproblem sei ein Tauschwertproblem. Verlangt Zurückführung der Wertgrößen auf Größen gleicher Dimension).

Ein neuromantisches Pferd reitet Othmar Spann, der sich vom Grenznutzler zum «Universalisten» entwickelt hat. Adam Müller, der vertrocknete österreichische Staatsbeamte der Restaurationszeit, ist Othmar Spanns Vorbild. Zur sozialrechtlichen

Schule, welche sich stark dem Marxismus nähert, werden gezählt A. Wagner [(1835—1917), «Grundlegung der politischen Oekonomie»), ein Schüler von Rodbertus, dem deutschen Staatssozialisten und Großgrundbesitzer], R. Stammler, K. Diehl und P. Mombert.

Auf dem Boden der klassischen Schule und der objektiven Wertlehre stehen Albert Schäffle, W. Lexis («Allgemeine Volkswirtschaftslehre» 1916), Werner Sombart («Der moderne Kapitalismus»), F. Oppenheimer, der Verfechter der sozialliberalen Idee und schroffe Gegner des Großgrundbesitzes.

Eine Art verbindender Mittelstellung zwischen klassischer Theorie und Grenznutzenlehre nehmen ein die Deutschen Dietzel («Theoretische Sozialökonomie» 1895, Versuch einer Synthese von objektiver und subjektiver Wertlehre) und E. Lederer («Grundzüge der ökonomischen Theorie» 1922, einer der bedeutendsten Theoretiker der Gegenwart), der Schwede Cassel («Theoretische Sozialökonomie», 4. Auflage 1927, lehnt Wertlehre ab, anerkennt nur Preislehre, reines System der Tauschwirtschaft) und der Engländer A. Marshall («Principles of Economies» 1898, das Haupt der Cambridger Schule, übernimmt die wichtigsten modernen Gedanken in die klassische Theorie und baut die Rententheorie aus).

Auf theoretischen Nebengeleisen fechten die Anarchisten (Stirner, Bakunin, Krapotkin), die französischen Solidaristen (Leon Bourgeois), die Bodenreformer [Henry George («Progress and Poverty» 1879), A. Damaschke, Walker u. a.]; die Freigeldtheoretiker (S. Gsell), die Christlichsozialen [Le Play, François Huet (der Schöpfer des Wortes christlicher Sozialismus), Pesch], deren Lehren mehr sozialwissenschaftliches, denn nationalökonomisches Interesse beanspruchen können.

Wachsende Bedeutung gewinnt der Marxismus. Das theoretische System von Karl Marx ist die konsequente Fortbildung der Lehren der klassischen Schule. Der sogenannten orthodoxen marxistischen Richtung unter der Führung von Karl Kautsky, dem Schriftleiter der «Neuen Zeit», tritt um die Jahrhundertwende der Revisionismus, geführt von Eduard Bernstein, entgegen. Das Schrifttum über den Marxismus ist unübersehbar. Wichtige theoretische Arbeiten der marxistischen Schule wurden veröffentlicht von R. Hilferding («Böhm-Bawerks Marx-

kritik», «Das Finanzkapital», beide erschienen in den Marxstudien), Rosa Luxemburg («Der Akkumulationsprozeß des Kapitals»), Karl Kautsky («Die materialistische Geschichtsauffassung»). Als Marxbiographie ist zu empfehlen Karl Vorländers «Karl Marx». Dem Marxismus stehen nahe Tugan-Baranowsky, Lexis, W. Sombart [Sombarts theoretische Ideen entstammen fast durchwegs dem marxistischen Ideenkreis, seine Methode ist marxistisch, nur baut Sombart in hegelianischer Umstülpung der Dialektik, auf der Beschreibung der Wirtschaftsverhältnisse eine ideologische Theorie auf, welche den Kapitalismus aus dem kapitalistischen «Geiste» erklärt], E. Lederer, W. Gelesnoff.

Die Marxkritik der offiziellen Nationalökonomie ist im allgemeinen einseitig und oberflächlich. Schumpeter polemisiert in seiner Dogmengeschichte gegen den «Agitator» Marx, anstatt die marxistische Theorie objektiv darzustellen. Böhm-Bawerk («Zum Abschluß des Marx'schen Systems») verkennt gänzlich den historischen Grundzug der Marx'schen Methode. Bortkiewicz («Wert- und Preisrechnung im Marx'schen System») übernimmt von Tugan-Baranowsky einige ganz unhaltbare Rechenfehler, auf welcher Grundlage dann weitreichendste mathematische Operationen aufgebaut werden. Alfred Ammon mußte sich in der Vorkriegszeit von Sombart sagen lassen, was für Mühe er sich hätte ersparen können, wenn er Marx gelesen hätte («Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik»). In seinem theoretischen Hauptwerk («Grundzüge») bezeichnet Ammon das «Kapital» von Marx als Kulminationspunkt der Arbeitswertlehre. Die Unhaltbarkeit des marxistischen Systems sei offenkundig. Zwar hätten die Sozialisten die Tatsachen der Entwicklung für sich (!), aber die Arbeitswertlehre sei abzulehnen, weil die Gleichheit der Tauschwerte bloß gleiche Geltung im Tauschwertverkehr bedeute(!).

Diese Beispiele einseitiger Kritik des marxistischen Systems könnten beliebig vermehrt werden. Es gilt hier wie kaum auf einem anderen Gebiete geistiger Tätigkeit die Regel, daß soziale Vorurteile und gefühlsmäßige Hemmungen geeignet sind, auch das Urteil aufrichtigster Wahrheitssucher zu trüben. Aber mit der zunehmenden Macht der Arbeiterklasse wird auch der Marxismus zu einer immer größeren geistigen Macht: aus dem Mittel des politischen Kampfes wird er zur Denkform des sozialwissenschaftlichen Menschen.

§ 23. Der Imperialismus.*

Selbst wenn man unter Imperialismus ganz allgemein das Bestreben der Staaten nach machtpolitischer Ausweitung versteht, kann man den Funktionswandel nicht übersehen, den der imperialistische Machtdrang im Laufe der Zeit erlitten hat: Unter Imperialismus im engeren Sinne des Wortes wollen wir alle jene im Zeitalter des Finanzkapitalismus auftretenden Expansionserscheinungen zusammenfassen, die mit dem Beginn der Periode des Kapitalexportes aus Europa einsetzten und nach und nach zum bestimmenden Faktor der europäischen Machtpolitik wurden, im Weltkrieg einen ersten Höhepunkt und vorläufigen Abschluß fanden.

Die Erweiterung der Warenzirkulation führt zur Ausbildung des Weltmarktes. Die zunehmende Akkumulation von kapitalistischem Reichtum erleichtert den Kapitalexport. So wird nicht nur der Umfang der einfachen Warenzirkulation erweitert, es wird auch der Bereich der kapitalistischen Produktionsweise** sowohl quantitativ als auch territorial vergrößert.

Durch den Hinweis auf die Problematik der Beziehungen der kapitalistischen Produktionsweise zur nicht kapitalistischen Umwelt und des Imperialismus hat Rosa Luxemburg (siehe § 12) überaus anregend und belebend auf die theoretischen Diskussionen eingewirkt. Eine Reihe von Schriften haben ihre Grundgedanken aufgegriffen und versucht, eine ökonomische Theorie des Imperialismus zu entwickeln. So hat z. B. Fritz Sternberg in seiner breit angelegten, mit pathetischem Schwung niedergeschriebenen Studie über den Imperialismus*** auf den Schultern von Rosa Luxemburg weitergebaut. In ähnlicher Richtung zielt das soeben erschienene Werk von Henryk Großmann: «Das Akkumulations- und Zusammenbruchsgesetz des kapitalistischen Systems (zugleich eine Krisentheorie)»*.

Eingehend befaßte sich Hilferding mit den Rückwirkungen der finanzkapitalistischen Entwicklung auf die Wirtschafts- und Außenpolitik der Staaten**. Hilferding betont, daß der Ausschluß

* Aus Raumgründen wesentlich gekürzt.

** Wagemann («Konjunkturlehre») gibt für den Bereich der kapitalistischen Produktionsweise die nachstehende Zusammenstellung:

	Bevölkerung in Mill.	Fläche in Mill. km²
1. Hochkapitalistische Gebiete	544	23
2. Halbkapitalistische Gebiete	1018	30
3. Neukapitalistische Gebiete	166	30
4. Nichtkapitalistische Gebiete	58	27
	1726	110

*** Fritz Sternberg: «Der Imperialismus», Malikverlag 1926. Sternberg steht dem Kommunismus nahe. Sich am Geiste der bolschewistischen Ideologie nährend, glaubt Sternberg die taktische These von Rosa Luxemburg noch überspitzen zu sollen: «Eine sozialistische Partei, die noch nicht zur Erkenntnis durchgedrungen ist, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus ein langer Raum revolutionärer Umwandlung steht, eine Periode, in der die Diktatur [!] notwendig ist, eine sozialistische Partei, die dies noch nicht erkannt hat, ist keine sozialistische Partei [!]» (Seite 358). In fast ermüdender Breite wandelt Sternberg den Gedanken der kapitalistischen Notwendigkeit des imperialistischen Vorstoßes in nichtkapitalistische Territorien ab. Nur im kapitalistischen Wirtschaftssystem bestehe der Zwang zur Akkumulation, die Notwendigkeit zur Aufrechterhaltung einer Surplusbevölkerung. Durch den Kapitalexport werde, da er meistens in Form von Warenexport erfolge, die industrielle Reservearmee reduziert, der Lohn steige. Diese Stufe der Entwicklung bezeichnet Sternberg als die Stufe des Frühimperialismus. Wertvoll ist der Gedanke, daß der Kapitalexport die Akkumulation der einzelnen Industriezweige befreie von den Schranken der proportionalen Abhängigkeit zu den anderen Produktionszweigen (S. 171). Auch Engels habe im Vorwort zum 3. Bande des «Kapitals» hervorgehoben, die Anlage der überschüssigen europäischen Kapitalien in Uebersee habe die Gefahren der lokalen Ueberspekulation verringert. Die Durchkapitalisierung der Kolonien belebe ganz allgemein den Welthandel, nicht nur den Handel mit dem Mutterlande. Die gegenseitige Kapitalverflechtung der aktiv-imperialistischen Staaten sei gering: England hatte vor dem Kriege von 70—80 Milliarden Goldmark auswärtigen Anlagen in Deutschland 120 Millionen, in Frankreich 140 Millionen angelegt; Frankreich von 40 Milliarden in England 0,5 Milliarden, in Spanien aber 3—4 Milliarden und in Rußland 11—11,5 Milliarden. Sternberg belegt seine theoretischen Ausführungen durch reiches handelsstatistisches und finanzpolitisches Material. Er meint, wahrscheinlich gingen wir einem neuen Krisenzyklus und einer neuen Epoche des Imperialismus entgegen (S. 324). Es sei eine gefährliche Illusion, einen friedlichen Uebergang in den Sozialismus annehmen zu wollen. Zwar werde die soziale Revolution durch das Wachsen der Mittelschichten erschwert; deshalb könnte Europa auch geschichtslos werden, könnte der Imperialismus in einer Art Neofeudalismus enden. Sternbergs «Imperialismus» ist ein verzweifelter Versuch, der geschichtlich entschwindenden Illusion der bolschewistischen Weltrevolution neues Leben einzuhauchen.

* Verlag Hirschfeld 1929. Großmanns oft recht scharfe Polemik stützt sich auf eine algebraische Formel, die mathematisch ungenügend diskutiert wird. (Siehe Dr. H. Otto: «Zusammenbruch des Kapitalismus?» Rote Revue, Heft 12. Helene Bauer im «Kampf» 1929.)

** Hilferding Seite 375 ff.

der ausländischen Konkurrenz [durch Schutzzölle] die Kartellbildung außerordentlich fördert.

«Der Schutzzoll gewährt dem Kartell einen Extraprofit über den durch die Kartellierung hinaus und gibt ihnen die Macht, von der Bevölkerung des Inlandes gleichsam eine indirekte Steuer zu erheben . . . einen Tribut, welcher der gesamten Konsumentenklasse des Inlandes auferlegt ist.»

Diese Art der Steigerung des Profites werde umso wichtiger, als die Erstarkung der Arbeiterbewegung die Erhöhung der Profitrate durch Steigerung des absoluten Mehrwertes verunmöglicht. Zahlt das Kartell seinen Mitgliedern Exportprämien, so wird der Schutzzoll aus einem Mittel der Abwehr . . .

«ein Mittel der Eroberung der fremden Märkte durch die einheimische Industrie»*. Der Schutzzoll bedeutet Extraprofit, er wird «ein Motiv, statt der Waren die Produktion der Waren selbst in das fremde Land zu bringen . . . So wird es dem Kapital eines entwickelten Landes möglich, die schädlichen Folgen des Schutzzollsystems in seiner Wirkung auf die Profitrate zu überwinden durch das Mittel des Kapitalexports»**.

Der Schutzzoll zerlegt den Weltmarkt immer mehr in einzelne staatlich getrennte Wirtschaftsgebiete; die Entwicklung zum Finanzkapital steigert die Bedeutung der Größe des Wirtschaftsgebietes***. Der Freihandel erschwert die Kartellierung, begünstigt aber die Steigerung der Produktivität der Arbeit, ermöglicht die rationellste internationale Arbeitsteilung.

«Einerseits wird der Schutzzoll für die Kartelle zu einer Angriffswaffe im Konkurrenzkampf, wodurch der Preiskampf verschärft wird, während gleichzeitig durch Anwendung staatlicher Machtmittel, diplomatischer Interventionen, die Stellung im Konkurrenzkampf zu verstärken gesucht wird. Andererseits stabilisiert der Schutzzoll die nationalen Kartelle und schafft so Erleichterung für den Abschluß interkartellistischer Gebilde. Resultat dieser Tendenzen ist, daß diese internationalen Vereinbarungen eher Waffenstillstand bedeuten als dauernde Interessengemeinschaft, da jede Verschiebung in der Schutzzollrüstung, jede Aenderung in den staatlichen Machtverhältnissen die Grundlage der Vereinbarungen ändert und neue Verträge erforderlich macht. Nur dort kommt es zu festeren Gebilden, wo entweder der Freihandel die nationalen Schranken mehr oder weniger beseitigt oder . . wo ein natürliches Monopol gegeben ist»*. Sofern das Mittel der Ausdehnung des eigenen Wirtschaftsgebietes oder der Erhöhung der Zölle versagt, setzt der «Kapitalexport in Form der Errichtung von Fabriken im Ausland ein».

* l. c. Seite 389.

** l. c. Seite 389. «Wir verstehen unter Kapitalexport die Ausfuhr von Wert, der bestimmt ist, im Ausland Mehrwert zu hecken. Es ist dabei wesentlich, daß der Mehrwert zur Verfügung des inländischen Kapitals bleibt (l. c. S. 395)»

*** l. c. Seite 390.

Vom Kapitalexport ist die Kapitalübertragung zu unterscheiden: Wandert der Kapitalist gleichzeitig mit dem Kapital aus, so haben wir nicht von Kapitalexport, sondern von Kapitalübertragung zu sprechen.

Nur «wenn das im Ausland verwendete Kapital zur Verfügung des Inlandes bleibt,» kann man von Kapitalexport sprechen**.

«Der Kapitalexport ist das Mittel zur Ausgleichung der nationalen Profitraten . . die Zinsrate ist in Ländern mit geringer kapitalistischer Entwicklung und mangelnder Kredit- und Bankorganisation viel höher als in den entwickelten kapitalistischen Staaten . . . in dem Zins sind meist noch Teile des Arbeitslohnes oder Unternehmergewinnes enthalten . . . Der hohe Zins bildet unmittelbaren Anreiz für den Export von Leihkapital. Der Unternehmergewinn steht höher, weil die Arbeitskraft außerordentlich billig, ihre geringere Qualität durch überlange Arbeitszeit ausgeglichen wird. Dann aber, weil die Grundrente niedrig oder nominell ist . . . der niedrige Bodenpreis also die Produktionskosten verbilligt . . .»***.

Der Kapitalexport erweitert die Aufnahmefähigkeit des neu erschlossenen Marktes. Schon der Export des Kapitals als Leihkapital, z. B. eine Staatsanleihe, ermöglicht, wenn sie zur Verzinsung von Kapital dient, einen Export, der umso größer ist, je niedriger der Zinsfuß steht.

«Weitaus bedeutender noch als der Export in Form des Leihkapitals ist die Wirkung des Exports des industriellen Kapitals . . . denn die Uebertragung kapitalistischer Produktion auf den fremden Markt macht diesen von den Schranken der eigenen Konsumtionskraft völlig frei . . . Die Kapitalisierung Südafrikas z. B. ist völlig losgelöst von der Aufnahmefähigkeit Südafrikas, da der Hauptproduktionszweig, die Ausbeutung der Goldminen, in seiner Absatzmöglichkeit geradezu unbeschränkt ist und die Kapitalisierung hier nur abhängt von der natürlichen Ausdehnungsfähigkeit des Abbaues und dem Vorhandensein einer genügenden Arbeiterbevölkerung»****.

* l. c. Seite 392/93.

** l. c. Seite 395.

*** l. c. Seite 396/397.

**** l. c. Seite 399.

Die Erschließung neuer Märkte beendet die industrielle Depression; erstere ist gebunden an die Behebung des Mangels freier Lohnarbeit in den Kolonien.

«Wie stets, wenn das Kapital sich zum erstenmal Verhältnissen gegenübersieht, die seinem Verwertungsbedürfnis widersprechen und deren ökonomische Ueberwindung . . . viel zu langsam vor sich gehen würde, appelliert es an die Staatsgewalt . . . Die gewaltsamen Methoden gehören zum Wesen der Kolonialpolitik . . . Die Methoden der Arbeitserzwingung sind mannigfach. Hauptmittel ist die Expropriation der Eingeborenen, denen das Land und damit die Grundlage ihrer bisherigen Existenz genommen wird»*. Durch Einrichtung eines auf Geldsteuern beruhenden Steuersystems werden die Eingeborenen zu sklavenartiger Fronarbeit gezwungen. «Am wohlsten fühlt sich das Exportkapital bei völliger Beherrschung des neuen Gebietes durch die Staatsmacht seines Landes»**.

Dort wo die Industrie organisatorisch am besten organisiert ist, ist auch der Drang nach industriellem Kapitalexport am stärksten. Denn Träger des industriellen Kapitalexportes sind vor allem die Kartelle und Trusts, weil in der schweren Industrie das Bedürfnis nach neuen Absatzmärkten am drängendsten ist.

«Dies erklärt die eigentümliche Erscheinung, daß . . . Deutschland und die Vereinigten Staaten . . . einerseits Kapital exportieren, anderseits das für die eigene Volkswirtschaft nötige Kapital zum Teil vom Ausland importieren. Sie exportieren vor allem industrielles Kapital und erweitern so die eigene Industrie, deren Betriebskapital sie zum Teil in Form von Leihkapital aus Ländern mit langsamerer industrieller Entwicklung, aber mit größerem akkumuliertem Kapitalreichtum beziehen»***.

«Je größer das Wirtschaftsgebiet, je größer die Staatsmacht, desto günstiger die Stellung des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt. So wird das Finanzkapital zum Träger der Idee der Stärkung der Staatsmacht mit allen Mitteln . . .» (S. 421). Andererseits entstehen Tendenzen zu einer internationalen Solidarität: «französisches, holländisches, im hohen Maße aber auch englisches Kapital, wird zum Leihkapital für Industrien unter deutscher und amerikanischer Leitung . . .» (S. 422). «Das Verlangen nach Expansionspolitik revolutioniert die ganze Weltanschauung des Bürgertums. Es hört auf, friedlich und humanitär zu sein . . . Als Ideal erscheint es jetzt, der eigenen Nation die Herrschaft über die Welt zu sichern, ein Streben ebenso unbegrenzt wie das Profitstreben des Kapitals, dem es entsprang» (S. 426).

Hilferding analysiert eingehend die Stellung der einzelnen Klassen gegenüber dem Finanzkapital und kommt zum Schluß:

«Schließlich vereinigt das gemeinsame Interesse gegenüber dem Vormarsch der Arbeiterklasse immer mehr alle bürgerlichen Schichten. In dieser Abwehr aber hat das Großkapital schon längst die Führung übernommen»*.

Wenn auch durch die Abkehr der Bourgeoisie vom Freihandel der Kampf um den Freihandel ausichtslos wird, kann sich das Proletariat nicht zur modernen Schutzzollpolitik bekehren lassen, weil der Sieg

«nur aus dem beständigen Kampf gegen diese Politik hervorgehen kann, weil nur dann das Proletariat der Erbe des Zusammenbruches werden kann, zu dem diese Politik führen muß, wobei es sich aber um einen politischen und sozialen, nicht um einen ökonomischen Zusammenbruch handelt, der überhaupt keine rationelle Vorstellung ist»**.

«Dem bürgerlichen Dilemma: Schutzzoll oder Freihandel? entrinnt das Proletariat mit der Antwort: Weder Schutzzoll noch Freihandel, sondern Sozialismus, Organisation der Produktion . . . Sobald das Finanzkapital die wichtigsten Produktionszweige unter seine Kontrolle gebracht hat, genügt es, wenn die Gesellschaft durch ihr bewußtes Vollzugsorgan, den vom Proletariat eroberten Staat, sich des Finanzkapitals bemächtigt, um sofort die Verfügung über die wichtigsten Produktionszweige zu erhalten . . . Die Gesellschaft, die über den Bergbau, die Eisenindustrie bis hinunter zur Maschinenindustrie, die Elektrizitäts-, die chemische Industrie verfügt, die über das Transportsystem herrscht, hat durch die Beherrschung dieser wichtigsten Produktionssphären die Verteilung des Rohmaterials an die andern Industrien und den Transport der Produkte in der Hand und kann so diese gleichfalls beherrschen . .»***.

Den imperialistischen Tendenzen, die zum gewaltsamen Zusammenstoß drängen, stehen zahlreiche Tendenzen gegenüber, welche die Kriegsgefahr einschränken. Um die Mitte des 19. Jahrhunderts erwogen die Manchesterleute, die Vertreter der liberalen englischen Bourgeoisie, sogar ernsthaft den Gedanken, auf die Herrschaft über die britischen Kolonien zu verzichten. Im reinen

* l. c. Seite 401.
** l. c. Seite 406.
*** l. c. Seite 411.

* l. c. Seite 448.
** l. c. Seite 471.
*** l. c. Seite 473.

Kapitalismus ist der gewaltsame, imperialistische Expansionsdrang ein Anachronismus, weil die Unkosten der kriegerischen Auseinandersetzung die durch die Ausschaltung der ausländischen Konkurrenz realisierbaren Gewinne weit übersteigen. Träger der militärischen Reaktion kann nur eine unproduktive Klasse sein, eine Klasse, deren Existenz abhängig ist von der sozialen Struktur der Nation und die aus der Mehrarbeit der produktiven Schichten lebt.

In der Tat sind die treibenden Kräfte der militärischen Reaktion immer aus den Kreisen des Grundbesitzes, der Bürokratie und des Offizierskorps hervorgegangen. Daß sich dieser feudalen Reaktion in den meisten modernen Industriestaaten gewichtige Schichten der Großbourgeoisie anschlossen, ist aus den besonderen historischen Bedingungen der Zeit vor dem Weltkriege, sowohl der Furcht vor der aufstrebenden Arbeiterklasse, wie der wachsenden Beherrschung der Industrie durch das monopolistische Finanzkapital zuzuschreiben.

Der Kapitalismus stellte den Militarismus auf ganz neue Grundlagen. Mußte im 18. Jahrhundert — schon aus rein wirtschaftlichen Erwägungen — der Krieg unter tunlichster Schonung des Söldnermaterials geführt werden, so stellte im Laufe des 19. Jahrhunderts der sprunghaft sich steigernde Reichtum der bürgerlichen Gesellschaft dem Militarismus geradezu unerschöpfliche Hilfsquellen zur Verfügung. Mochte der preußische, der französische, der österreichische Militarismus immer neue Steuern dekretieren, die stürmische Entwicklung der Produktivkräfte der Arbeit ertrug die wachsende Belastung mit behaglicher Leichtigkeit*.

Das Ergebnis der kapitalistischen Expansion wäre bloß die immer intensivere, gegenseitige Verflechtung der einzelnen Nationalwirtschaften in den kapitalistischen Organismus der Weltwirtschaft, wenn nicht feudal-imperialistische Kräfte dem Kapitalexport bestimmte Bahnen vorschreiben würden. So folgte der einseitige Kapitalstrom Frankreichs nach Rußland, Deutschlands

* Es ist eine historisch eindrucksame Tatsache, daß in jenen Staaten, in denen die industrielle Bourgeoisie entscheidenden Einfluß auf den Staat ausübt, nämlich in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien, der Militarismus nie jene das gesamte Volksleben beherrschende Stellung erringen konnte, wie in Deutschland.

nach Oesterreich und der Türkei politischen Erwägungen. Der politische Gegensatz von Deutschland zu Frankreich, die Entente Frankreichs mit Rußland, Deutschlands mit Oesterreich bestimmten entscheidend die Richtung des Kapitalexportes.

Ueber das Schicksal des deutschen Staates und damit auch der deutschen Nation entschieden nicht die allgemeinen Klasseninteressen der Bourgeoisie, sondern die «höheren» Staatsinteressen, die Interessen der feudalen Bürokratie. Derart wurde das Jahr 1914 das Jahr der Blutschuld, wo das deutsche Bürgertum die schwächliche Feigheit seiner Vorfahren im Jahre 1848 mit Blut und Elend begleichen mußte. Es ist nur zu hoffen, daß in der Gegenwart das europäische Proletariat nicht dem gleichen Fehler verfalle und nicht der großbürgerlichen Reaktion, durch Revolution von oben, erlaube, die geschichtlich notwendig gewordene Einigung Europas auf imperialistisch-kapitalistischer Basis durchzuführen.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts schreitet die finanz- und monopolkapitalistische Entwicklung in zwei Staaten, im deutschen Kaiserreich und in den republikanischen Vereinigten Staaten am raschesten fort. Dennoch ein scharfer Gegensatz in der Außenpolitik. In den Vereinigten Staaten sehen wir eine unverhüllte Klassenherrschaft der industriellen und finanzkapitalistischen Großbourgeoisie der Nordstaaten. Macht ist Reichtum; die Politik ist ein Geschäft. Der Dollarmilliardär ist die Spitze der Gesellschaft! Dollarimperialismus! In Deutschland Herrschaft des ostpreußischen Junkertums. Der preußische Offizier ist die Spitze der Gesellschaft: Der Imperialismus der gepanzerten Faust.

In den Vereinigten Staaten ein kleines Heer. Die Marine wird erst nach dem Weltkrieg stark ausgebaut. [Dem Stahltrust kamen 1921 staatliche Aufträge sehr gelegen!]. Das Söldnerheer ist die teuerste Armee der Welt: Eine Waffe gegen den innern Feind. Der amerikanische Imperialismus erobert im spanisch-amerikanischen Krieg Kuba, begnügt sich aber mit dem Protektorat über die reiche Insel. Die Vereinigten Staaten haben keine abenteuerlustigen Beamten- und Adelssöhne zu versorgen.

Deutschland ertrotzt nach dem deutsch-französischen Krieg einige afrikanische und ostasiatische Kolonien. Abenteurer vom Schlage eines Peters werden Vorkämpfer der deutschen Kolonialpolitik. Die deutschen Kolonien sind immer finanzielle Zuschuß-

gebiete* geblieben. Der Handel des Mutterlandes mit den Kolonien überschritt nicht den bescheidensten Umfang**.

Nicht die Interesen der deutschen industriellen Bourgeoisie, nur die Standesinteressen der deutschen Militärbureaukratie trieben Deutschland in den Gegensatz gegen England hinein, denn England war vor dem Weltkriege der beste Kunde der deutschen Exportindustrie***.

Die maritime Aufrüstung Deutschlands erweiterte den Machtbereich des Junkertums, erschloß ihm neue Karrieremöglichkeiten; gleichzeitig bedeutet der Ausbau der Flotte für die Eisen- und Stahlindustrie erhöhte Profite. Der Bund der junkerlichen Agrarier mit der großen Schwerindustrie hat Deutschland in den Weltkrieg getrieben. Erst der militärische Zusammenbruch des Jahres 1918 fegte die deutsche Junkerkaste aus ihren Machtpositionen. Wahrhaftig ein teures Lösegeld, das die Menschheit und das deutsche Volk zur Ablösung einer geschichtlich überalterten Klasse von der Herrschaft bezahlen mußten!

Welch großen Einfluß die Größe des Wirtschaftsgebietes auf die wirtschaftliche Entwicklung ausübt, zeigt der Vergleich der Wirtschaftsentwicklung der Vereinigten Staaten mit Großbritannien. Die amerikanische Wirtschaft**** bietet ein berauschendes Bild stürmischer Entwicklung, aber gleichzeitig auch eine glänzende Illustration der Tendenzen der kapitalistischen Entwicklung. Man darf allerdings die besonderen Grundlagen der vereinsstaatlichen Entwicklung nicht außer Acht lassen, will man nicht der Gefahr einer Ueberschätzung oder einseitigen Beurteilung der

* 1912 lebten in den deutschen «Schutzgebieten» insgesamt 22 386 Deutsche. Die eigenen Einnahmen betrugen 49 Millionen, die Ausgaben 90 Millionen Mark [1905 sogar 15,3 Mill. Mark und 204 Mill. Mark (Hereroaufstand)].

** 1912 betrug der deutsche Import an Waren 10 691 Mill. Mk., der Export 8 956 Mill. Mk., Davon entfielen auf den Import aus den deutschen Kolonien 0,49 %; auf den Export 0,58 %!

*** 1908 gingen 15,6 %, 1912 13 % des deutschen Exportes nach Großbritannien. Oesterreich-Ungarn steht an zweiter (1912 = 11,0 %), die Vereinigten Staaten stehen an dritter Stelle (1912 = 7,8 %). Die Importziffern lauten für 1912: Vereinigte Staaten 14,8 %, Rußland 14,3 %, Großbritannien 7,9 %, Oesterreich-Ungarn 7,8 %. Also auch hier Großbritannien an 3. Stelle.

**** «Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927.» Deutsches Statistisches Reichsamt.

amerikanischen Verhältnisse erliegen. Im Gegensatz zum lateinischen Amerika, wo die feudalrechtliche Ausbeutung der Indianerbevölkerung zum gestaltenden Faktor der Wirtschaft wurde, ist Nordamerika hauptsächlich von Großbritannien, zum kleineren Teile auch von Frankreich aus besiedelt worden durch eine Bevölkerung mit bürgerlich-puritanischer Geisteshaltung. Der freie, von Feudalrente unbelastete Boden Nordamerikas wird zur Geburtsstätte der föderativen demokratischen Republik; im Unabhängigkeitskrieg der 13 nordamerikanischen Staaten von 1776 bis 1783 werden die United Staates of America geboren. Während in den südlichen Staaten Plantagenwirtschaft und Sklavenhandel die Grundaristokratie zur Herrschaft bringen, wird der Charakter der Nordstaaten von freien selbstwirtschaftenden Bauern und Kleinbürgern bestimmt. Die Nordstaaten sind die Zufluchtsstätte der in Europa um ihres Glaubens willen Verfolgten.

Noch zu Beginn des 19. Jahrhunderts ist die Bevölkerungszahl der Vereinigten Staaten gering, aber der einer Völkerwanderung gleichende Einwanderungsstrom des 19. Jahrhunderts reißt die Bevölkerungsziffer bald auf europäisches Niveau hinauf. Nach 1825 setzt die Periode der Besiedelung der mittleren Staaten ein. Die Indianer werden immer mehr zurückgedrängt, oder physisch ausgerottet. Mit der Entdeckung der kalifornischen Goldfelder nimmt der Run nach dem Westen gigantische Formen an. In den 60er Jahren drängt der wachsende wirtschaftliche und soziale Gegensatz der Nord- zu den Südstaaten zum bewaffneten Zusammenstoß im amerikanischen Bürgerkrieg. Das Prinzip der freien Arbeit des Nordens besiegt mit 450 000 Toten und 18 Milliarden Kriegsschulden den sklavenhaltenden Süden. Durch diesen Sieg ersteht das moderne Amerika. Unter der Führung des Großkapitals wird die Union zum ersten Industriestaat der Erde.

Nach der oben erwähnten Studie des deutschen statistischen Amtes ist die «beispiellose Wirtschaftsentwicklung in den Vereinigten Staaten seit der Jahrhundertwende» hauptsächlich dem Zusammentreffen von vier sich gegenseitig organisch ergänzenden Voraussetzungen zuzuschreiben:

«a) ein sich über die verschiedenen Klimata und Wachstumszonen erstreckendes, nach zwei Ozeanen offenes Territorium von 7,8 Mill. km²; b) ein 120 Mill. Menschen umfassender, durch keinerlei Zoll-, Sprach- und politische Grenzen behinderter Binnenmarkt mit einer bedürfnisreichen, tatkräftigen und

vom einheitlichen Wirtschaftsgeist des «get quick rich» [d. h. schnell reich zu werden] getragenen Bevölkerung; c) ein über die Eigenbedürfnisse zum Teil hinausgehender Vorrat an Kraftquellen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln; d) ein weitgehend ausgewogenes Verhältnis zwischen agrarer und montaner Urproduktion, Industrie und Handel»*.

Immerhin fehlen den Vereinigten Staaten eine Reihe wichtiger Rohstoffe, wie Seide, Kautschuk, Zinn, Jute, Kaffee, Tee und Kakao; an anderen wie Holzmasse, Wolle, Zucker herrscht Mangel, sodaß der inländische Bedarf durch Import gedeckt werden muß. Dagegen sind besonders in der Produktion von mineralischen Rohstoffen die Vereinigten Staaten seit dem Ende des 19. Jahrhunderts schlechthin führend. In der Nachkriegszeit hat sich diese Tendenz eher noch verschärft*. Der Weltkrieg hat die Industrialisierung mächtig gefördert.

Vor dem Kriege wurden 69,3 % der Baumwolle exportiert, nach dem Kriege nur noch 59,7 %. Die Vereinigten Staaten besitzen vom Weltbestand an Automobilen (1927 = 27,8 Mill.) ca. 80 % (22,1 Mill. Stück). Indessen darf gerade letztere Ziffer nicht überschätzt werden. Die Weiträumigkeit des Landes und die relativ geringe Volksdichte bringen es mit sich, daß in den Vereinig-

* l. c. Seite 523.

* Anteil an der Weltproduktion und am Weltverbrauch.

	Steinkohle	Erdöl	Roheisen	Kupfer	Weizen	Baumwolle
1900	Mill. T.	Mill. Fass	Mill. T.	Mill. T.	Mill. T.	Mill. T.
Weltproduktion	708,8	149,1	40,4	0,5	74,3	2,85
Prod. U. S. of Am.	244,7	63,6	14,0	0,29	20,4	2,06
% der Weltproduktion	34,5 %	42,7 %	34,7 %	57,5 %	27,5 %	72,3 %
Verbrauch der U. S. A. in %	35,1 %	—	—	34,0 %	—	—
1913						
Weltproduktion	1216,3	385,3	79,2	1,02	109,8	4,67
Prod. U. S. of Am.	516,6	248,4	31,5	0,60	20,8	3,07
% der Weltproduktion	42,5 %	64,5 %	39,8 %	59,0 %	18,9 %	65,7 %
Verbrauch in %	39,4 %	—	—	36,6 %	—	25,2 %
1927						
Weltproduktion	1276,4	1252,1	86,2	1,5	115,4	5,0
Prod. U. S. of Am.	542,9	894,4	36,9	0,8	23,7	2,8
% der Weltproduktion	42,5 %	71,4 %	42,8 %	55,0 %	20,5 %	56,1 %
Verbrauch in %	40,1 %	66,3 %	—	41,7 %	—	27,6 %

ten Staaten das Automobil ein viel dringenderes Bedürfnis befriedigt als in Europa*.

Verglichen mit dem binnenländischen Warenumsatz ist der amerikanische Außenhandel immer noch relativ klein**. 1870 entfielen noch mehr als $^2/_3$ der amerikanischen Ausfuhr auf Rohstoffe, 1927 nur noch $^1/_3$ (25 % Rohstoffe, 9 % unverarbeitete Nahrungsmittel). Die Ausfuhr in Fertigwaren stieg von 30,7 % (1911/1915) auf 41,6 % (1927). Bis zur Jahrhundertwende nahm Europa «noch $^3/_4$ der ganzen Ausfuhr der Vereinigten Staaten auf» (dabei gingen $^2/_3$ nach Großbritannien). 1927 ist die Ausfuhr nach Europa von 74,6 % (1900) auf 48,1 % abgesunken, die Ausfuhr nach Canada stieg von 6,8 auf 15,4 %, nach Südamerika von 2,8 auf 9 % und nach Asien von 4,7 auf 11,7 %.

* Im Jahre 1910 betrug die Länge des deutschen Eisenbahnnetzes 59 031 km (17,3 Milliarden Mark Anlagekapital); das Netz der Vereinigten Staaten besaß eine Länge von 386 400 km (77 Milliarden Mark Anlagekapital). Aber die deutsche Bevölkerungsdichte ist 120 Einwohner pro km², die amerikanische knapp 12. Auf 1 km Bahnlänge fallen in Deutschland 1100 Einwohner; in den U. S. A. nur 239. 1 km Schienenstrang hat in Deutschland ein Gebiet von nur 9,2 km², in den Vereinigten Staaten aber von 20,2 km² zu bedienen.

** Gesamter Außenhandel (Summe von Ein- und Ausfuhr) (l. c. Seite 527).

	1900	1913	1926
		in Millionen $	
Welt	20 132	40 666	62 104
U. S. of America	2 307 (11,5%)	4 223 (10,4%)	9 125 (14,7%)
Großbritannien	3 650 (18,1%)	5 771 (14,2%)	8 592 (13,8%)
Deutschland	2 472 (12,3%)	4 966 (12,2%)	4 704 (7,6%)
Frankreich	1 678 (8,3%)	2 953 (7,3%)	3 867 (6,2%)

1926/27 wird das amerikan. Volkseinkommen auf 100 Milliarden $ geschätzt.

Kopfquote in $ (l. c. Seite 527)

	Gesamter Außenhandel		
	1900 (Export)	1913 (Export)	1926 (Export)
Großbritannien	88,7 (34,4)	126,4 (56,0)	178,3 (65,7)
Frankreich	43,1 (20,1)	74,2 (33,4)	94,9 (47,5)
Ver. Staaten	30,3 (19,5)	43,8 (25,4)	77,9 (40,2)
Deutschland	44,1 (19,6)	74,1 (35,9)	73,9 (36,7)

Die Berücksichtigung der Entwertung der Kaufkraft des Dollars würde wohl die absolute Höhe der Zahlen, nicht aber ihr gegenseitiges Verhältnis verringern. Offensichtlich ist die große Bedeutung des Außenhandels für die englische Wirtschaft, während Deutschland dank seiner breiteren Agrarbasis mit einer geringeren Kopfquote auskommen kann.

Nicht minder wichtig als die Veränderungen der Handelsbilanz* sind die Verschiebungen der Zahlungsbilanz. Vor dem Kriege dürften die Vereinigten Staaten mit $2^1/_2$—$3^1/_2$ Milliarden $ ans Ausland verschuldet gewesen sein; nach dem Kriege sind sie aus einem Schuldner- zum Gläubigerland (1927 ca. 17—20 Milliarden Nettoguthaben) geworden. Nichtsdestoweniger ist 1927 die Zahlungsbilanz immer noch passiv, weil die Geld-Rücksendungen der Einwanderer in die Heimat und der Touristenverkehr die Zahlungsbilanz stark belasten. Der größte Teil des akkumulierten Kapitals der Vereinigten Staaten wird in der inländischen Industrie angelegt, sodaß sich die zunächst paradox erscheinende Tatsache ergibt, daß der Geldmarkt der Vereinigten Staaten die ausländischen, vor allem die europäischen Emmissionen mit ihm kurzfristig zur Verfügung gestelltem, europäischem Kapital finanziert. Die Vereinigten Staaten waren «in den letzten Jahren weniger Kapitalgeber im eigentlichen Sinne als . . . Bankier der Welt»*.

Die amerikanische Landwirtschaft ist nicht wie die europäische durch konservative Traditionen vorbelastet:

«Die Farm wird überwiegend rein als Gelderwerbsquelle, nicht dagegen . . . als dauernde Heimstätte angesehen. Von den 6,5 Mill. Farmen, die 1920 gezählt wurden, waren über die Hälfte weniger als 5 Jahre in gleichem Besitz. Die Produktion für den Markt steht im Vordergrund. Daraus ergibt sich technisch: die äußerste Spezialisation der Landwirtschaft und die weite Verbreitung des Ein-Fruchtbau-Systems mit seiner starken Auszehrung des Bodens, wirtschaftlich die starke Abhängigkeit des Farmers von der Preisgestaltung der Produkte»**.

Industrie und Bergbau wandern aus dem Nordosten immer mehr nach dem Süden und Westen. Die Produktivität der Arbeit konnte wesentlich gesteigert werden. Nimmt man den Zustand im

* Unter Handelsbilanz versteht man das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr. Bei passiver Handelsbilanz ist die Einfuhr größer als die Ausfuhr; bei aktiver Handelsbilanz übersteigt die Ausfuhr die Einfuhr. Die Handelsbilanz ist oft von der Zahlungsbilanz abhängig. Die Zahlungsbilanz umfaßt alle vom Inland ans Ausland oder vom Ausland ans Inland zu leistenden Zahlungen aus Warenverkäufen und -Käufen, Transport- und anderen Leistungen, Zinsverpflichtungen, Kapital- und Geldbewegungen u. s. w. Auf die Dauer kann die Handelsbilanz nur dann passiv sein, wenn die Zahlungsbilanz zufolge einer Verschuldung des Auslandes ans Inland aktiv ist. Eine aktive Handelsbilanz ist oft der Ausdruck starker Verschuldung ans Ausland (Indien, Rußland vor dem Kriege!).

** l. c. Seite 533.

*** l. c. Seite 540.

Jahre 1899 als Basis (= 100), so stieg die Leistungsfähigkeit der Kraftmaschinen (in Pferdestärken gemessen) auf das 3,5fache, die Produktion auf das 2,8fache (im Bergbau gar 4,8fache; im Verkehr 2,9fache), die Zahl der Arbeiter auf das 1,8fache und die Produktion pro Arbeiter auf das 1,5fache (Bergbau 2,7fache!). Die Landwirtschaft vermochte die Produktion nur auf das 1,4fache zu steigern, wobei die Zahl der Arbeiter unverändert blieb. Entsprechend der Tendenz zur industriellen Massenproduktion nimmt die Konzentration der Produktion in Großbetrieben immer mehr überhand*.

Die amerikanische Betriebsstatistik ist zweckentsprechender organisiert als die europäische Statistik. Sie klassifiziert die Betriebe nach ihrer Produktionskapazität: Von 1914 bis 1925 nahm der «Bruttoproduktionswert» (= Summe der Kostenpreise) von 24 Milliarden auf 62,7 Milliarden $ zu. Gleichzeitig sank der Anteil der Betriebe mit einem Produktionswert von 5000—20 000 $ von 3,8 auf 1,0 % (absolut 906 resp. 628 Mill. $); der Betriebe mit einem Produktionswert von 20 000—100 000 $ von 10,6 % auf 5,2 %; jener von 100 000—500 000 $ von 23,9 % auf 15,3 %; jener von 0,5 Mill. bis 1 Mill. $ von 12,6 % auf 11,0 %; während der Anteil der ganz großen Betriebe am Produktionswert von 49,1 auf 67,6 Prozent anstieg. Die amerikanische Wirtschaftsentwicklung bildet die glänzendste Bestätigung der marxistischen Konzentrationstheorie: Absolute Verlagerung der Produktion vom Klein- zum Großbetrieb, Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals bei wachsender Produktivität der Arbeit.

Der Durchschnittslohn der Arbeiter ist (1925, seit 1899) von 426 $ auf 1280 $ gestiegen [entsprechend einer Steigerung des Reallohnes von 32 %**. Um den Anstieg des Kleinhandelsindex

*

	Betriebe	Beamte Angestellte je 1000	Arbeiter	PS. e 1000	Gehälter	Löhne je Mill. $	Material kosten	Bruttoproduktionswert
1899	208	364	4 713	10 098	381	2 008	6 576	11 407
1925	187	1 304	8 384	35 773	3 147	10 730	35 936	62 714

Der Bruttoproduktionswert umfaßt die Auslagen für Gehälter, Löhne und Materialkosten; es handelt sich also hier um die Summe der Kostenpreise, nicht der Produktionspreise. Die Zählung von 1899 umfaßte alle Betriebe mit über 500 $ Produktionswert, jene von 1925 alle Betriebe mit über 5000 $ Produktionswert.

** Die Steigerung des Reallohnes bleibt hinter der Steigerung der Produktivität der Arbeit zurück. Der amerikanische Arbeiter hat intensiven Mehrwert produziert.

auszugleichen, hätte eine Steigerung des Lohnes auf 969 $ genügt]. Die Vermehrung der Einlagen bei den Banken weist auf die gewaltige Kapitalakkumulation hin*. Die wachsende Bedeutung von New York als Banken- und Börsenplatz erhellt aus den steigenden Ziffern des Abrechnungsverkehrs**. New York wird das führende Kapitalzentrum der Welt.

Nach der Krise von 1921 steigen die Aktienkurse*** ununterbrochen: Eine Periode überschäumender fiktiver Kapitalbildung und zunehmender Finanzspekulation hat eingesetzt****. Trotz dem Krieg ist die Finanzlage des Staates außerordentlich günstig. Die Staatsschuld konnte seit 1919 von 25,4 Milliarden $ (dank jährlicher Ueberschüsse der Staatsrechnung) bis auf 18,5 Milliar-

* Einlagen (davon Sparkassen) in Mill. $

1900	7 239	2 390
1914	18 318	4 934
1920	37 315	6 538
1926	48 882	9 599

** New York andere Clearingstellen in Mill. $

1900	51 965	32 618
1914	89 760	74 089
1920	252 338	208 499
1927	307 159	228 750

*** 20 Industrieaktien 20 Eisenbahnaktien in $ je Aktie.

1900	62,0	84,0
1903	54,9	105,0
1906	94,1	129,3
1908	73,5	103,1
1909	90,2	124,2
1914	68,3	98,4
1919	99,4	82,4
1921	72,7	71,5
1925	137,2	103,0
1927	177,6	132,1
1928 1. Sept.	216,0	180,0

**** Seit 1928 nimmt die Beanspruchung des Geldmarktes für spekulative Zwecke immer mehr zu. Der Wechselkredit ist noch relativ billig (ca. 5 %); tägliches Geld bedingt Zinssätze von 9, 10 und mehr Prozent. Das deutet auf die starke ausländische Beteiligung an der Spekulation hin. Effektenübernahmegesellschaften (oft fälschlich als Investmentstrust bezeichnet) schießen pilzartig aus dem Boden.

den $ (1927) abgeschrieben werden*. Die Vereinigten Staaten sind die wirtschaftlichen Sieger des Weltkrieges. Die vereinstaatliche Wirtschaft brodelt über von Lebenskraft und Tatendrang. Auch im Jahre 1929 hält die zielbewußte Förderung des Außenhandels mit der wachsenden Ueberproduktion Schritt; einzig die alle Dämme der Diskont- und Kreditpolitik durchbrechende Spekulationswut der New Yorker Börse weist auf die kapitalistischen Grenzen der amerikanischen Geschäftslage hin.

Der amerikanische Bürgerkrieg vernichtete die Ansätze feudalwirtschaftlicher Entwicklung. Unbeschwert von feudalrentenhafter Belastung konnte sich die amerikanische Wirtschaft entwickeln: die den Bedürfnissen der modernen Technik entsprechende Rohstoffbasis, reiche Goldfunde in Kalifornien und Alaska, die kapitalistisch betriebene Farmerwirtschaft, der befruchtende Strom von europäischem Kapital und europäischer Arbeitskraft sind die Elemente, aus denen der Wille zum Reichtum die führende Wirtschaftsmacht des 20. Jahrhunderts entstehen ließ.

Der Imperialismus ist nicht aus rein wirtschaftlichen Bedingungen zu begreifen. Der staatliche Machtapparat ist ein selbständiger wirtschaftlicher Faktor*, dessen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung nicht unterschätzt werden darf.

Das Problem des Imperialismus ist weniger ein wirtschaftliches, als ein soziologisches Problem. Der scheinbar so enge Zusammenhang der Entwicklung des englischen Industriekapitalis-

* Einnahmen Ausgaben der zentralen Finanzverwaltung in Mill. $

1900	567	521
1914	735	735
1920	6 704	6 142
1927	4 024	2 897

** Der Einfluß der Staatswirtschaft ist nach dem Kriege stark gewachsen. Aber schon vor dem Krieg betrugen die Staatseinnahmen der U. S. of America 724 Mill. $ (1913) = 40 % der Einfuhr (1920 gar 128 %; 1927 noch 96 %). Und für Großbritannien lauten die Ziffern:

	Staatseinnahmen	Einfuhr in Mill. £	% der Einfuhr
1900	140,1	459,8	30 %
1913	198,2	632,9	31 %
1927	842,8	1096,3	78 %

mus mit der Entwicklung des englischen Weltreiches erleichterte die naheliegende Identifizierung von Imperialismus und Kapitalismus, obgleich das britische Weltreich seine Entstehung ganz speziellen geschichtlichen Bedingungen und vor allem dem Machtwillen der englischen Grundaristokratie verdankt.

Die englische Volkswirtschaft ist schon gegen Ende des 19. Jahrhunderts über das natürliche Fundament des englischen Wirtschaftskörpers hinaus gewachsen und hat ihre Wurzeln mehr und mehr in das Erdreich eines weltumspannenden Renten- und Finanzkapitalismus versenkt. Der englischen Wirtschaft fehlt die breite elastische, organisch gewachsene Unterlage, auf der das industrielle Gebäude der Vereinigten Staaten ruht. In der Mitte des 19. Jahrhunderts stand das industrielle Bürgertum Englands vor der Wahl: die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft zu entwickeln oder die Landwirtschaft vor der Konkurrenzierung durch die überseeischen Getreideproduzenten zu schützen. Die englische Regierung entschied sich für die industrielle Entwicklung, für den Freihandel, den Weltmarkt, die Seeherrschaft, das koloniale Weltreich, sie opferte die englischen Bauern und trieb die irische Ueberschußbevölkerung hinüber in die Vereinigten Staaten*: ein Wirtschaftssystem, das durch den Weltkrieg den ersten gefährlichen Stoß erhielt. Während die Industrie der Vereinigten Staaten die Proportionalität der Produktionszweige in relativ einfacher Weise sichern kann, ist die englische Industrie auf den Welthandel als naturale Ergänzung der englischen industriellen Produktion direkt und zwingend angewiesen. Immerhin darf die Bedeutung der Industrie für das englische Wirtschaftsleben nicht derart überschätzt werden, daß man Großbritannien nur als Konsumenten industrieller Rohstoffe und Produzenten von Fertigwaren betrachtet. Heute wird aber in stärkerem Maße als durch die Industrie das Wirtschaftsleben Großbritanniens . . . «durch seinen über die ganze Welt reichenden Handel, durch seine Schiffahrt und durch sein an Erfahrung außerordentlich reiches Bankwesen be-

* Bevölkerung von England und Wales Schottland Irland

		in Millionen.	
1800	9,2	1,6	5,5
1830	14,1	2,4	7,7
1850	18,0	2,9	6,7 (!)
1890	29,0	4,0	4,7 (!)
1910	36,0	4,7	4,3

stimmt»*. Gerade in jenen Produktionszweigen, in denen im 19. Jahrhundert Großbritannien unbestritten führend war, wie in der Roheisen- und Stahlindustrie, im Berg- und Schiffbau, in der Baumwoll- und Wollindustrie ist der Anteil Großbritanniens an der Weltproduktion nicht nur relativ, sondern zum Teil sogar auch absolut gesunken**. Indessen darf dieser Rückgang auch nicht überschätzt werden, liegt es doch auf der Hand, daß bei einer absoluten Steigerung der Weltproduktion durch den Uebergang vorkapitalistischer Nationen zu kapitalistischer Produktion die Wirtschaft von Ländern mit einem alten Industrieapparat nicht mehr so expansionsfähig ist wie jene jungkapitalistischer Länder. Andererseits sind in Großbritannien die Kriegsfolgen stärker zu spüren als in den Vereinigten Staaten, weil der Krieg die Disproportionalität der Produktionszweige erhöhte. (Die Leistungsfähigkeit der Stahlwerke lag 1927 um 50 % über jener von 1913, der Schiffbau hatte 1923 2,6 Mill. Bruttoregistertonnen, 1921 3,8 Mill. Registertonnen und 1929 aber bloß 1,4 Mill. B. R. T. im Bau). Kein anderes Land ist derart einseitig industriell orientiert wie Großbritannien**.

Wie ist diese Entwicklung möglich gewesen? Treibend war vor allem die Entwicklung des Außenhandels. Vor dem Kriege besaßen die englischen Reedereien 39,8 % (1913) der Welthandelsflotte (1890 48,4 % = 9 167 Schiffe zu 10 Mill. B. R. T.; 1913 =

* «Die Wirtschaft des Auslandes 1900—1927», S. 1.

** Großbritannien erzeugte (verbrauchte) in % der Weltproduktion (resp. des Weltverbrauchs):

	Steinkohle		Roheisen		Schiffbau
			Millionen Tonnen		
1900	32,3 %	(23,9 %)	9,1	22,5 %	62,6 %
1913	24,0 %	(15,3 %)	10,4	13,1 %	58,0 %
1927	20,6 %	(14,7 %)	7,4	8,6 %	53,6 %

*** Berufsgliederung Großbritanniens:

	Bevölkerung in Mill.	Erwerbstät. in %	Land- und Forstwirtschaft Fischerei	Industrie und Bergbau	Handel und Verkehr	Armee öffentlicher Dienst freie Berufe	Dienstboten	Andere Berufe
			in %					
1901	37,0	44,8	9,3	48,3	22,8	6,5	9,5	3,7
1911	40,8	44,9	8,9	47,2	25,5	6,8	8,6	3,0
1921	42,8	45,3	7,8	51,5	22,2	7,2	7,5	3,8

Berufszugehörigkeit 1911 in England und Wales: Kohlenindustrie 0,97 Mill.; Metallindustrie 1,5 Mill.; Textilindustrie 1,17 Mill.; Konfektion 1,05 Mill.; Bauindustrie 0,86 Mill.; Rest 1,26 Mill.

9214 Schiffe zu 18,7 Mill. B. R. T.; 1925 8559 Schiffe zu 19,4 Mill. B. R. T.). Die gewaltige Entwicklung der Schiffahrt zog einen entsprechenden Ausbau der Schiffsbauindustrie nach sich, die Schiffsbauindustrie förderte die Entwicklung der Eisen- und Stahlindustrie, des Kohlenbergbaus. England exportiert Kohlen, Eisen, Maschinen und Textilwaren; auf der Rückfahrt importieren die Schiffe Nahrungsmittel und Rohstoffe. Die Agrarbasis Englands ist zu schmal: eine Ausdehnung der Erzeugungsmöglichkeiten war nur in der Linie der industriellen Entwicklung möglich.

Solange die Aneignung von Mehrwert auf ökonomischem Wege noch nicht das ganze Wirtschaftsleben beherrscht, dieses noch nicht rein kapitalistisch geworden ist, wird ein wesentlicher Teil der Mehrarbeit auf politischem Wege, in Form von Steuern und Abgaben angeeignet. Die direkte politische Ausbeutung eines Landes kann ergänzt werden durch die finanzkapitalistische Ausbeutung: Durch den Export von Leihkapital* werden auch die kleinbürgerlichen Rentnerschichten des Mutterlandes an der Aufrechterhaltung der politischen Herrschaft über die Kolonien interessiert. Die feudalpolitische Ausbeutung weicht überall vor der kapitalistischen Ausbeutung zurück, weil das Kapital durch die Steigerung der Produktivität der Arbeit ungleich größere Massen von Mehrwert freisetzen kann, als eine noch so straff gespannte Steuerpolitik aus dem naturalwirtschaftlichen Körper eines wirtschaftlich rückständigen Volkes auspressen könnte.

Die herrschende Klasse des britischen Reiches akkumuliert nicht nur den Mehrwert des englischen Arbeiters, sie akkumuliert

* Nach Mr. G. Paish waren (aus Sternberg) von Großbritannien angelegt in auswärtigen Anlagen 3 192 Mill. £, davon 53 % in Amerika, 16 % in Asien, 14 % in Afrika, 12 % in Australien und nur 5 % in Europa (Kanada 372 Mill. £, Indien 365 Mill. £, Südafrika 351 Mill. £, englische Kolonien 155 Mill. £, U. S. of Am. 688 Mill. £, Argentinien 269 Mill. £.

Die britische Zahlungsbilanz wird wie folgt geschätzt («Die Wirtschaft des Auslandes»):

	1907	1913	1920	1927
		in Mill. £		
Auswärtige Kapitalanlagen	160	210	200	270
Schiffahrtsdienste	85	94	340	140
Kurzfristige Anlagen und Provisionen	25	25	40	63
Andere Dienste	10	10	15	15
	280	339	595	488
Einfuhrüberschuß	142	158	343	392
Kapitalexport	138	181	252	96

auch den Schweiß des indischen Bauern, des chinesischen Kulis, des afrikanischen Negers, sie akkumuliert Steuern und Abgaben, die Früchte eines jahrhundertealten Wachstums. Stein fügte sich auf Stein, bis das kunstvolle Gebäude des britischen Imperiums vollendet war, ein Gebäude, das in seiner machtvollen Pracht von keinem anderen Reiche erreicht wird*.

Alle jenen besonderen Fragen, die den Zusammenhang von Imperialismus, Kapitalexport, Zollpolitik, Goldproduktion, das Problem des Weltkrieges u. a.** betreffen, müsen wir aus Raum-

* Kolonialbesitz (in Mill km² und Mill.):

	1876		1900		1922	
	Gebiet	Bevölkerung	Gebiet	Bevölkerung	Gebiet	Bevölkerung
Großbritannien	22	251	32	367	35	406
Niederlande	2	24	2	37	2	47
Belgien	—	—	2,3	19	2,3	11
Frankreich	0,9	5,9	10,9	50,1	11,2	55
U. S. of America	1,5	0,06	1,8	8,8	1,9	12

** Wir lassen die interessante Frage, unter welchen konkreten Bedingungen der Kapitalexport einsetzen muß, offen. In der geschlossenen kapitalistischen Wirtschaft ist kapitalistische Akkumulation, d. h. Akkumulation zur Steigerung des angeeigneten Mehrwertes an die Schranken der Bevölkerungsvermehrung gebunden. Die Vorstellung, daß die Wirtschaft eines Landes mit Kapital «gesättigt» sei, kann nur die Bedeutung haben, daß durch Neuanlage von Kapital keine zusätzliche Mehrarbeit angeeignet werden kann, weil keine zusätzlichen Arbeiter eingespannt werden können. Der Kapitalexport durchbricht diese natürliche Schranke der kapitalistischen Ausbeutung. Ist der Kapitalexport nicht möglich, so muß die kapitalistische Klasse zur Vergeudung des akkumulierten Mehrwertes in schrankenlosem Luxuskonsum übergehen (Rentnerkapitalismus). Die These gewisser liberaler Wirtschaftstheoretiker (so z. B. Oppenheimer), wonach der «Ueberfluß» an Kapital die Rente, resp. den Zins durch die Konkurrenz um die Anlagemöglichkeiten bis auf Null reduzieren würde, ruht auf der illusionären Vorstellung, als ob nicht das Kapital, sondern nur Grund und Boden Monopolbesitz sei.

In der zeitgeschichtlichen Wirklichkeit laufen Verrentnerung und Kapitalexport nebeneinander her, sie überschneiden sich, oft wird der Kapitalexport auch ein Mittel zur Expropriation der kleinen Kapitalisten durch die großen Kapitalisten: Der große Kapitalist finanziert ausländische Anleihen und verkauft vor dem Staatsbankerott des Schuldnerstaates die Papiere an den kleinen Sparer, an den kleinbürgerlichen Rentner. Nicht nur die inländische Staatsschuld, auch die ausländischen Staatsschulden werden zu einem Mittel der kapitalistischen Akkumulation, zu einem Mittel der Expropriation des kleinen Kapitals durch das Groß- und Bankkapital. Durch den Weltkrieg werden neue finanzpolitische Abhängigkeiten geschaffen: Die Zahlungsbilanz des besiegten Deutschlands ist nicht nur durch Zinszahlungen an

gründen zurückstellen. Wir wiederholen aber: Das Problem des Imperialismus ist nur zum Teil ein ökonomisches, es ist vor allem ein soziologisches Problem*. Es mag vielleicht etwas abwegig erscheinen, wenn wir in diesem Zusammenhang auf eine Tatsache aufmerksam machen, die oft übersehen wird. Die Schärfe der Klassengegensätze läßt sich nicht rein mechanisch an der Zahl der selbständigen und unselbständigen Berufstätigen ablesen: ebenso wichtig ist die Altersgliederung der selbständigen und unselbständigen Schichten. Es zeigt sich, daß sich in vielen Produktionszweigen der Gegensatz von selbständigen und unselbständigen Produzenten mit dem Gegensatz der älteren zur jüngeren Generation deckt: der junge, unselbständige Arbeiter kann in vielen Fällen hoffen, im Laufe der Zeit in die selbständige Stellung aufzurücken. Auch der Gegensatz von alt- und jungkapitalistischen Nationen verliert viel von seiner Schärfe, wenn den neu aufstrebenden Nationen keine künstlichen, rechtlichen und politischen Hindernisse in den Weg des politischen Aufstieges gelegt werden. Die Entwicklung der Weltwirtschaft zu einem den ganzen Erdball und die gesamte Menscheit umspannenden Organismus ist eine geschichtliche Notwendigkeit und soweit der Imperialismus in den Dienst dieser Notwendigkeit gestellt wird, dumpf und apathisch dahin vegetierende Völker aus dem Sumpfe der unwissenden Barbarei in das Licht moderner Zivilisation emporhebt, ist der Imperialismus eine nicht zu umschreitende Stufe der Entwicklung. Die Ausbildung und Ausweitung der kapitalistischen Welt-

das Ausland, sie ist auch durch direkte Tributzahlungen belastet. Daß diesen Zahlungsverpflichtungen die Tendenz zum internationalen Ausgleich der nationalen Profitraten entgegengearbeitet, sei hier nur andeutungsweise erwähnt.

* Die reine Wirtschaftstheorie ist Theorie der reinen wirtschaftlichen Erscheinungen (reine Oekonomie), die Theorie des Imperialismus fällt bereits in das Grenzgebiet von Wirtschaftstheorie und Soziologie (politische Oekonomie), in den Bereich der Wechselbeziehungen von Wirtschaft und politischer Macht, resp. Oekonomie und Gewalt. Nicht nur die Union, auch die Schweiz sind reich geworden ohne das Mittel imperialistischer Expansion. Der Imperialismus kann natürlich auch positive ökonomische Aufgaben erfüllen: Sicherung der Rohstoffversorgung, Erleichterung der Erweiterung der Warenzirkulation durch direkte Beherrschung der Goldproduktion (Transvaal-Großbritannien: Burenkrieg); der Imperialismus kann die Zinsrate, resp. die Unternehmerdividende steigern, wenn die Rate des Leihzinses dank Sättigung der heimischen Industrie mit Leihkapital niedrig ist.

wirtschaft bereichert und ergänzt die nationale Volkswirtschaft durch die Vervielfältigung der Befriedigungsmöglichkeiten der Bedürfnisse, durch die stets sich vermehrende Abhängigkeit der einzelnen Volkswirtschaft vom Ganzen der Weltwirtschaft. Russisches Platin, deutsches Kali, amerikanisches Petrol, indischer Kautschuk, brasilianischer Kaffee, kubanischer Zucker, Tee von Ceylon, mittelamerikanische Bananen, afrikanische Diamanten, Kupfer vom obern See und aus dem Katangagebiet, die Baumwolle Aegyptens und des Mississippideltas, der Reis Indiens und Chinas, der Weizen Kanadas und Argentiniens, das Fleisch Südamerikas, die Wolle Australiens, alle diese Produkte, diese Rohstoffe fluten in gewaltigem Strom hinein in die großen Industriewerkstätten der alten und der neuen Welt, werden dort in Kleider und Schmuckgegenstände, in Maschinen und Haushaltungsartikel, in Nahrungs- und Genußmittel verarbeitet; Rohstoffgebiete, Agrar- und Industrieländer werden durch den immer wachsenden Warenverkehr in ein immer engeres Netz von Wirtschaftsbeziehungen verkettet; ein Netz, aus dessen Maschen das herrlich schimmernde Gewebe der Menschheitskultur auf dem Webstuhl der Zeit gewoben wird. So entwickeln die wirtschaftlichen Gesetze die reale Basis, auf der sich dereinst der stolze Bau des humanitären Menschheitsideals erheben kann: Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit, Friede, Abrüstung und Toleranz, diesem fernen Ziele strebt die Entwicklung der Menschheit mit machtvollen Schritten entgegen: Ein Ziel von so berauschender Einfachheit und Größe, daß es den zukunftsgläubigen Menschen nur mit Begeisterung erfüllen kann.

B. Der Sozialismus.

§ 24. Probleme der sozialistischen Wirtschaftspolitik.

Leider ist die marxistische Literatur erstaunlich arm an Arbeiten, welche einläßlichen Aufschluß über die anzustrebende sozialistische Gesellschaft und die sozialistische Wirtschaftspolitik geben. Auch wir können in den nachfolgenden Ausführungen auf diese Probleme nur soweit eintreten, als sie sich als logische Konsequenz der marxistischen Wirtschaftstheorie entwickeln lassen. Die konkrete Behandlung der marxistischen Wirtschaftspolitik, wie auch die eingehende, ins Detail gehende Auseinandersetzung mit den theoretischen Gegnern des Marxismus, muß einer Fortsetzung dieser Arbeit vorbehalten bleiben: An Hand der modernen nationalökonomischen Literatur sind darin alle jene wirtschaftspolitischen Momente aufzurollen, die als Hebel für die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung betätigt werden müssen.

Der Sozialismus ist keine Utopie, er ist eine Aufgabe, er ist keine Theorie, er ist nur wirklich als wissenschaftliche Praxis.

Wir haben im Kapitel über den Finanzkapitalismus gesehen, wie mehr und mehr die Verfügungsmacht über den gesellschaftlichen Reichtum sich in den Händen weniger Finanzmagnaten konzentriert. Neben und innerhalb der staatlichen Organisation wachsen sich die Wirtschaftsmächte zu machtvollen Korporationen aus. Der wirtschaftliche Zwang überbrückt die nationalen Grenzen, führt zur internationaler Vertrustung und Kartellierung führender Großindustrien. Diese ökonomische Entwicklung spiegelt sich in der Ideologie. Der Ueberstaat, der Völkerbund wird nach und nach aus einem ideellen Bedürfnis zu einer praktischen Notwendigkeit. Das Erwachen der Kolonialvölker, die An- und Eingliederung der letzten Reserven vorkapitalistischer Wirtschaftsgebiete in die kapitalistische Wirtschaftsorganisation erschwert in steigendem Maß den Akkumulationsprozeß des Kapitals. Der Kredit erweitert die Grenzen der Akkumulation, stößt sich aber immer wieder an den Bedingungen des kapitalistischen Verwertungsprozesses. Damit gerät der technische, wirtschaftliche und

soziale Fortschritt ins Stocken. Die Periode der Ueberorganisation der Wirtschaft leitet zum letzten Stadium der kapitalistischen Wirtschaft, zur allgemeinen Trennung der Funktionen der leitenden Techniker und kaufmännischen Beamten vom reinen Kapitalisten über. Fiktive Kapitalbildung und Spekulation überstürzen die allgemeine Verwandlung des produktiven Kapitals in Rentnerkapital. Der stachelnde Anreiz zur steten Steigerung der Produktivität der Arbeit läßt mit der immer geringer werdenden Möglichkeit der Ausdehnung des kapitalistischen Weltmarktes nach. Mit dem Aufstieg der Kolonialvölker zur politischen und wirtschaftlichen Selbständigkeit versiegen die Quellen der ursprünglichen Akkumulation. Allgemeiner Marasmus der Geschäfte wird zur allgemeinen Regel. Versuche, diesen Marasmus durch Wirtschaftsautarkie zu beheben, scheitern am innern Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft. «Unproduktive», d. h. nicht Durchschnittsprofit abwerfende Produktionszweige müssen vom Staate unter direkte gesellschaftliche Kontrolle gestellt werden. Die gegenseitige Abhängigkeit der nationalen Wirtschaften zwingt zur Verständigung, drängt zur Weltwirtschaftskonferenz. In dieser Entwicklung als stets vorwärtstreibende Kraft die übrigen Schichten der Gesellschaft in der Richtung zur sozialistischen Planwirtschaft hin mitzureißen, dies ist die historische Aufgabe des klassenbewußten Proletariats.

Der Klassenkampf des Proletariats ist vor allem ein Kampf um das ideologische Bewußtsein der Gesellschaft. Dieses muß mit neuen Ideen, mit sozialistischem Geiste erfüllt werden. Von allen Klassen der modernen Gesellschaft ist nur das Proletariat eine revolutionäre, d. h. an der Umwandlung der heutigen Gesellschaftsordnung direkt interessierte Klasse. Die übrigen Schichten der bürgerlichen Gesellschaft sind entweder direkte Nutznießer des Kapitalismus oder sie werden passiv durch den Mechanismus der ökonomischen Gesetze zerrieben.

Es wäre eine grundlegende Täuschung, wenn man Sozialismus und sozialistische Gesellschaft mit politischer Herrschaft des Proletariates (im engeren Sinne des Wortes, der Fabrik- und Handarbeiter!) über die Gesellschaft verwechseln wollte. Sozialistische Gemeinwirtschaft bedeutet nichts anderes als eine Wirtschaftsorganisation im gesellschaftlichen Gesamtinteresse, den Gegensatz zum kapitalistischen Individualinteresse. Auch die so-

zialistische Gesellschaft wird der Wirtschaftsführer, der Staatsmänner, der Künstler und der Wissenschafter nicht entbehren können, aber in der sozialistischen Gesellschaft werden sich diese Schichten als dienendes Glied dem gesellschaftlichen Ganzen einzufügen haben, während sie heute die Gesellschaft im engherzigen Gruppen-Interesse beherrschen und vergewaltigen. Der Klassenkampf des Proletariats, als geschichtliche Bewegung genommen, wendet sich nicht gegen den einzelnen Kapitalisten, er wendet sich gegen das ganze kapitalistische System, das die Wirtschaft mehr und mehr in unerträgliche Fesseln zu schlagen droht.

Das ökonomische Ziel der sozialistischen Bewegung ist in grundsätzlicher Hinsicht hauptsächlich negativer Natur: Beseitigung des Mehrwertes. Aber nicht der Mehrarbeit. Denn Mehrarbeit ist eine allgemeine wirtschaftliche Notwendigkeit. Wir wissen, daß die Umwandlung der Mehrarbeit in Mehrwert geknüpft ist an das Privateigentum an den Produktionsmitteln, resp. den Produktivgütern. Die Forderung, das Privateigentum an den Produktivgütern in gesellschaftlichen Besitz umzuwandeln, ist in dieser abstrakten Formulierung eine abgeschmackte Phrase.

Denn der Mehrwert ist wohl in grundsätzlicher Hinsicht eine wichtige ökonomische Kategorie, aber der Mehrwert ist nicht die konkrete Erscheinungsform der kapitalistischen Ausbeutung. Wir haben gesehen, daß sich der Mehrwert spaltet in Zins, Grundrente, Unternehmergewinn, Gründergewinn, Steuern und Aufsichts- oder Dirigentenlohn. Das Ziel sozialistischer Politik muß die Umwandlung der privatwirtschaftlichen Aneignung dieser Mehrwertsformen in gemeinwirtschaftliche Aneignung sein. Auch die sozialistische Gesellschaft bedarf des Dirigenten- oder Aufsichtslohnes, der Steuern.

Die Beseitigung des Mehrwertes kann auf zwei prinzipiell verschiedenen Wegen angestrebt werden: Einmal kann versucht werden, die notwendige Arbeit auf Kosten der Mehrarbeit derart zu steigern, daß als Mehrwert nur noch Steuern und Aufsichtslohn angeeignet werden können. Das würde aber Unterbindung des Akkumulationsprozesses bedeuten. Dieser Weg ist also nur teilweise gangbar. Es ist der Weg der Gewerkschaftspolitik, welche versucht, durch den gewerkschaftlichen Kampf den Lohn der Arbeiter zu steigern, die Arbeitszeit zu verkürzen und die Arbeitsintensität zu verringern.

Im Betrieb stehen sich Unternehmer und Arbeiter in schroffem Interessengegensatz gegenüber; der Unternehmer verkörpert sowohl die ökonomische Macht, als auch die rechtliche Befehlsgewalt des Kapitals. Der Klassenkampf im Betriebe ist ein Teilstück aus dem gewaltigen Kampf um die Arbeitsbedingungen, aus dem Kampf um Arbeitslohn und Arbeitszeit. Auch dieser Kampf kann nur auf gesellschaftlicher Basis ausgefochten werden. Durch die wachsende Vergesellschaftlichung der Produktivkräfte, die Entwicklung des Industriekapitalismus zum Finanzkapitalismus wird der Klassenkampf auf breitere Grundlagen gestellt. Es stehen sich nicht mehr Belegschaft und Einzelunternehmer, sondern Wirtschaftsverbände gegenüber, welche von Macht zu Macht verhandeln. Dem Finanzkapital gegenüber beginnen die rein gewerkschaftlichen Kampfmittel zu versagen. Die Gewerkschaftspolitik wird daher mehr und mehr auf politischen Boden abgedrängt.

Die zweite Möglichkeit ist die allmähliche Umwandlung von Zins, Grundrente, Unternehmergewinn und Gründergewinn in gesellschaftlichen Mehrwert durch legislatorische und ökonomische Maßnahmen, wie entsprechende Besteuerung, Expropriation, Verstaatlichung und Sozialisierung. Das ist der Weg des politischen und wirtschaftlichen Kampfes.

Die praktische Wirtschaftspolitik der Arbeiterklasse wird alle drei Wege beschreiten müssen: Gewerkschaft, politische Partei und gemeinwirtschaftliche Unternehmungen sind die gegebenen Ausdrucksformen des Klassenkampfes der Arbeiterklasse. Denn die Arbeiterklasse ist ja bloß dadurch als Klasse konstituiert, daß sie ein dem Interesse der Kapitalistenklasse entgegengesetztes Interesse an möglichster Reduktion der notwendigen Arbeit auf Kosten der Mehrarbeit besitzt.

Zins, Grundrente, Unternehmergewinn und Gründergewinn sind Mehrwertformen, die verschiedenen Kapitalarten, resp. Eigentumstiteln ihr Dasein verdanken. Das Zinskapital tritt als Rentner- und Bankierkapital, das Unternehmerkapital als Industrie- und Handelskapital, das Grundrentenkapital als Bodenkapital auf. Wir betrachten die einzelnen Mehrwertformen gesondert.

Die kapitalistische Grundrente entsteht aus der Verwandlung der feudalen Bodenrente in Differential- und absolute Grundrente. Sie bedeutet Aneignung von Extraprofit. Diese Aneignung ist einerseits möglich, weil in der Landwirtschaft die

organische Zusammensetzung des Kapitals unter dem gesellschaftlichen Durchschnitt steht, andererseits das Grundeigentum eine absolute, der Willkür des Grundeigentümers ausgelieferte Schranke der landwirtschaftlichen Produktion bedeutet. In der kapitalistisch betriebenen Landwirtschaft fallen — ökonomisch gesehen — Grundeigentümer und Grundbesitzer auseinander. Der Pächter ist Besitzer, der Grundrentner Eigentümer. Beseitigung der Grundrente bedeutet demnach Beseitigung des Grundeigentums unter Belassung des Grundbesitzes.

Die entschädigungslose Umwandlung des Grundeigentums in Nationaleigentum des Staates ist umso leichter möglich, als dadurch die Lage der Pächter, der eigentlichen Produzenten überhaupt nicht berührt wird. Denn es ist für den Pächter durchaus gleichgültig, ob er die Grundrente an einen Junker, einen englischen Landlord, an eine Gemeinde oder an den Staat entrichtet. Seine Wirtschaft wird durch einen Wechsel in der Person des Grundrentenempfängers nicht im geringsten berührt. So einfach und einleuchtend, so im allgemeinen gesellschaftlichen Interesse liegend diese wirtschaftspolitische Maßnahme erscheint, so schwer läßt sie sich in der Praxis den vielen Interessengegensätzen gegenüber durchsetzen. Durch die Kapitalisierung der Grundrente ist ein wesentlicher Bruchteil des Volksvermögens in Bodenkapital verwandelt worden. Zunächst muß der Prozeß der Bildung von fiktivem Kapital abgestoppt werden, bevor an die Frage der Uebertragung der Grundrente an den Staat herangetreten werden kann.

Andere, die Grundrente betreffende Maßnahmen ergeben sich mit ebenso zwingender Konsequenz: Die Grundrente ist nur als kapitalistische Grundrente reif zur Uebertragung an den Staat. Daher Beseitigung aller feudalrechtlichen Ueberreste. Die Grundrente ist umgewandelter Extraprofit, geschuldet der Tatsache, daß der Wert der landwirtschaftlichen Produkte über ihrem Produktionspreis steht. Also tunlichste Förderung der Produktivität der Landwirtschaft durch Einführung verbesserter Maschinerie, modernere Produktionsmethoden, Förderung des landwirtschaftlichen Schulwesens, produktionspolitische Zusammenfassung kleiner Bauernwirtschaften durch Genossenschaften, Güterzusammenlegung etc. etc. Diese Forderungen decken sich mit den Postulaten der Bauernparteien. Einzig der landwirtschaftliche Protektionismus muß von Seite der Arbeiterschaft konsequent bekämpft werden, da im Schatten hoher Zollmauern die Grundrente besonders gut gedeiht, wachsende Grundrente in vermehrtem Maße Kapital absorbiert in Form von kapitalisiertem Bodenpreis, somit der technische Fortschritt in doppelter Hinsicht gehemmt wird.

Was für die landwirtschaftliche Grundrente gilt, gilt in noch stärkerem Maße für die städtische Baustellenrente. Die Kommunalisierung der städtischen Grundrente (geschehe dies durch entsprechende Wertzuwachssteuern, Aufkauf des Bodens oder durch direkte Expropriation) wird den Gemeinden einen starken finanziellen Rückhalt verleihen. Diese Kommunalisierung ist umso eher gerechtfertigt, als nirgendwo klarer als bei der städtischen Grundrente der gesellschaftliche Charakter der Mehrwertbildung ersichtlich ist. Es ist die günstige Verkehrslage, die durch Verkürzung der Umlaufszeit des Kapitals, durch Vermehrung des Umsatzes dem begünstigten Ladeninhaber erhöhten Gewinn in den Schoß wirft.

Ohne tiefgreifende Umgestaltungen der Steuerpolitik, des Erbrechtes und direkten staatlichen Eingriff in das Kreditwesen wird allerdings die Umwandlung der Grundrente in Gesellschaftsrente nicht möglich sein. Daß jede Besteuerung der Grundrente die durch Neuanlage von Kapital verursachte Erhöhung der Produktivität der landwirtschaftlichen Arbeit fördern soll, Extraprofite, geschuldet verbesserter Produktionstechnik, nicht ausschalten darf, ergibt sich ebenfalls aus dem Wesen sozialistischer Wirtschaftspolitik, deren oberster Grundsatz immer die Steigerung der Produktivität der Arbeit, die restlose Entfesselung der gesellschaftlichen Produktivkräfte sein muß.

Leih- und Bankkapital eignen sich den Mehrwert in Form von Zins und Gründergewinn an. Im Finanzkapitalismus erobert die Finanzwelt die mittelbare und unbeschränkte Herrschaft über die Produktion. So spitzt sich der letzte Entscheidungskampf um die sozialistische Gestaltung der Wirtschaft auf die Auseinandersetzung mit dem Finanzkapital zu. Nicht die Verstaatlichung der Industrie, sondern die Verstaatlichung des Kreditwesens wird die erste und die wichtigste politische Aufgabe des proletarischen Staates sein.

Während in der einfachen Warenproduktion nur materielle Gebrauchsgüter getauscht werden, verwandelt der Uebergang zur

kapitalistischen Warenproduktion auch Rechtstitel, ökonomische Machtpositionen in Waren. Schließlich wird jede mehr oder weniger stetige Quelle von Einkommen zum Ausgangspunkt der Bildung von fiktivem Kapital: es gibt kaum ein Gebiet des wirtschaftlichen Lebens, wo sich das Leihkapital nicht bestreben würde, produktives Kapital in Rentenkapital umzuwandeln, die Eigentumsrechte in immer mannigfaltigerer Form als Ansprüche auf zukünftigen Mehrwert zu konsolidieren. Auf dem Wege langsamer Umgestaltung durch das Mittel der Reform ist diesem Prozeß nicht Einhalt zu bieten: Die Beseitigung der Bedingungen zur Bildung von fiktivem Rentenkapital ist bloß als eine Reihe von legislatorischen Maßnahmen denkbar, die einen revolutionären Bruch der Rechtsordnung bedeuten.

Die festeste ideologische Stütze des Rentnerkapitals ist der kleinbürgerliche Sparer. Der Kleinbürger spart nicht, um zu akkumulieren, der Kleinbürger spart, um sich ein sorgenfreies Alter zu sichern. Erst dann, wenn durch obligatorische staatliche Alters- und Invalidenversicherung der Zwang zum Sparen überflüssig geworden ist, kann eine sozialistische Wirtschaftspolitik daran denken, das Rentenkapital durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zu beseitigen. Zwar kennt das kapitalistische Wirtschaftssystem keine Sentimentalitäten. Verstand es doch die herrschende Schicht der Großbourgeoisie die Lasten des Weltkrieges auf Arbeiterschaft, Kleinrentner und Kleinbourgeoisie abzuwälzen, indem Inflation und Währungskatastrophe die auf feste Beträge lautenden Rententitel (Staatsanleihen, Staatsschuldverschreibungen) entwerteten. Durch die Aufwertungsgesetze wurde die Entwertung der Rententitel vorsorglich gesetzlich fixiert. Dennoch haben diese ökonomischen Katastrophen keineswegs das Bewußtsein der kleinbürgerlichen Schichten gewandelt, weil auf dem Boden der privatrechtlichen Ordnung der Wirtschaft eine Altersversorgung nur durch Akkumulation von Rentnerkapital möglich ist. Es wäre töricht, den ideologischen Einfluß dieser Einstellung des Kleinbürgertums verkennen zu wollen. Die immer noch wachsende Bedeutung des Versicherungswesens spricht eine deutliche Sprache. Daher ergibt sich als unmittelbare Voraussetzung der Beseitigung des Rentnerkapitals die Durchführung der Verstaatlichung des Versicherungswesens.

Ist die Altersversorgung gesichert, werden Arbeitslosenversicherung, Kranken- und Unfallwesen in fortschrittlichem Sinne

ausgebaut, so kann auch mit Aussicht auf Erfolg der Kampf gegen die heutige staatliche Finanzgebahrung aufgenommen werden. Jene Grundsätze, die im privaten Haushalt allgemein als schädlich bewertet werden, zukünftige Einnahmen durch Anleihen zu belasten, betrachtet man in der Finanzpolitik moderner Staaten als Grundlage «rationeller» bürgerlicher Finanzpolitik. Staats- und Gemeindeanleihen sind beliebte Spekulationswerte der Hochfinanz. Eines der wichtigsten Ziele sozialistischer Wirtschaftspolitik wird daher die Beseitigung der modernen Staatsschulden sein; diese Politik kann aber erst dann durchgesetzt werden, wenn das ökonomische Interesse an der Geldanlage in Staatspapieren auf andere Wege abgeleitet wird. Dem kleinen Mann erscheint heute die Staatsrente als die sicherste Kapitalanlage. Hat einmal die staatliche Altersfürsorge auch dem kleinen Mann das Interesse an der Staatsschuld genommen, so wird es bald möglich sein, die Staatswirtschaft auf gesunde, moderne Grundlagen zu stellen: Anleihen sind, wenn überhaupt, so bloß zu produktiven Zwecken aufzunehmen. Unproduktive Ausgaben dürfen nur aus laufenden Einnahmen gedeckt werden. Der Zinsendienst ist, wenn möglich, bis auf Null zu reduzieren.

Ohne die Verstaatlichung des Kreditwesens wird sich diese Finanzpolitik nicht durchführen lassen. Durch die Kreditverstaatlichung wird der staatliche Kredit vergrößert. Die Staatsbanken werden den Zinsfuß des Leihkapitals auf möglichst niedriger Basis regulieren können, indem durch Ausbau des Giro- und Zahlungsverkehrs den Depositären Kompensationen geboten werden. Je enger die Verstaatlichung des Kreditwesens sich an die bestehende Organisation des Bankwesens anschließt, umso reibungsloser ist der Uebergang. Eine möglichst elastische Organisation, die Zentralisierung des Bankwesens in einem Zentralinstitut, die Eingliederung der bestehenden Bankfilialen an die Zentralbank unter tunlichster Wahrung des selbständigen Geschäftsgebahrens der Filialleiter, die Schließung überflüssiger Filialen, die Gliederung der Bankorganisationen nach Geschäfts- und Kundenkreisen, sorgfältiger Ausbau der Arbeitsbedingungen, die Abkürzung des Instanzenzuges unter möglichster Vermeidung all jener Tendenzen, welche die Verknöcherung der Verwaltung und Bürokratie begünstigen könnten, sind prinzipielle Forderungen, welche an eine erfolgreich durchzuführende Verstaatlichungsaktion gestellt werden müssen.

Als Vorteile der Verstaatlichung des Bankwesens zählt Robert Deumer in der Preisschrift «Verstaatlichung des Kredits» auf:

1. Vermehrung der Staatseinnahmen;

2. Beste Verteilung des Risikos, daher Reduktion der Zinssätze möglich,

3. Reduktion der Verwaltungskosten, zentralisierter Zahlungsverkehr. Robert Deumer sieht als ökonomische Folgen der Verstaatlichung des Kreditwesens die Verstaatlichung der Bodenschuld, die Förderung des Konzentrationsprozesses der Industrie, die Umwandlung aller Kreditschuldpapiere in Staatsschuldpapiere voraus. Die Verstaatlichung des Kreditwesens kann sich Deumer nur als Staatsmonopol unter Anwendung des Filialsystems denken. Er empfiehlt Selbstverwaltung und Kreditversicherung einzuführen, die privaten Bankbesitzer vollwertig zu entschädigen. Die Vorbereitung der Kreditverstaatlichung will Deumer nur zum Teil in die Hände der Fachleute, der Bankdirektoren gelegt wissen; diese sollen nur für banktechnische Probleme, nicht aber zur Beratung der grundsätzlichen Fragen herangezogen werden.

Das letzte Ziel der Verstaatlichung des Kreditwesens ist die einheitliche Regelung der Produktion nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen. Eo ipso umfaßt dieses Ziel Ausschaltung der Effektenbörse. Der freie Geld- und Kapitalmarkt wird überflüssig. Durch die Beseitigung der Börse ist eine der wichtigsten Quellen der fiktiven Kapitalbildung verstopft: Die Aktien können nicht mehr als Kapitalertragspapiere gehandelt werden. Ergänzende legislatorische Maßnahmen, wie gesetzliche Ausschließung aller Aktienverkäufe zu höheren Preisen als dem Nennwert, Umwandlung aller Inhaberpapiere in Namenspapiere, werden erst die Schließung der Börse sich voll auswirken lassen.

Die Kreditpolitik der Staatsbanken kann durch beratende Wirtschaftsräte, welche Vertreter von Industrie, Handel, Gewerbe, Landwirtschaft, Arbeiterschaft und Konsumenten umfassen, festgelegt werden. Produktionszweige, die wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse befriedigen, sind durch die Kredit- und Kapitalanlagepolitik der Staatsbanken zu fördern, Produktionszweige von Luxusartikeln zu hemmen.

Die Kreditpolitik der Staatsbanken muß gegen die Konkurrenz privatwirtschaftlicher Unternehmungen gesichert werden: 1.

eventuell durch direktes Verbot privatwirtschaftlicher Bankgeschäfte; 2. durch rechtliche Erschwerung des privaten Kredits (Versagen des Rechtsschutzes an private Darlehen, Wechsel dürfen nur von Banken diskontiert werden usw.) und 3. durch Sperre der Grenzen für den Kapitalexport.

Die Kritik des Liberalismus am Etatismus ist in mehrfacher Hinsicht berechtigt. Durch allgemeine Verstaatlichung der Produktion ist an und für sich für den Sozialismus noch nichts gewonnen. Unter Umständen wird bloß der privatwirtschaftliche Kapitalismus durch den Staatskapitalismus ersetzt und die freie Initiative des Unternehmers durch die gewissenhafte Pflichterfüllung der Beamten verdrängt. Ohne die Sozialisierung des Zirkulationsprozesses wird die Sozialisierung des Produktionsprozesses immer scheitern, wird es auch nicht möglich sein, eine Nivellierung der Einkommen herbeizuführen.

Der Initiative des Technikers ist in der Produktion mehr wie bis anhin freie Bahn zu schaffen. Nur Produktionszweige, welche Monopolgewinne realisieren, sind zu verstaatlichen (Verkehrswesen, Schwerindustrie, chemische Großindustrie, Versicherungswesen), oder solche Produktionszweige, wo allein schon die Größe der notwendigen Kapitalanlage die privatwirtschaftlichen Möglichkeiten überschreitet (z. B. Elektrizitätsindustrie). Allerdings schließt der grundsätzliche Standpunkt, daß das produktive Kapital, das Unternehmerkapital nur in bestimmten Produktionszweigen expropriiert werden kann, keineswegs den bewußten gesellschaftlichen Eingriff in die Produktion aus. Aber diese Eingriffe sollen die freie Initiative fördern, nicht hemmen. Nur Auswüchse der Konkurrenz sollen — im Interesse der Gesamtheit — beschnitten werden. Ebenso wie in der Landwirtschaft das Grundeigentum von Grundbesitz zu trennen ist, so ist auch in der gewerblichen Produktion die Scheidung des Kapitalbesitzes vom kapitalistischen Eigentum zu fördern. Demokratisierung der Arbeitsverhältnisse, das Mitspracherecht der Arbeiterschaft im Betriebe sind — in diesem Zusammenhang gesehen — wichtige Forderungen der Gewerkschaftspolitik.

Der liberale Staat schützt die Initiative des Einzelnen nur unvollkommen. Ist es nicht ein Hohn, daß auch hervorragende Erfinder elend hungern, während der Großkapitalist Produktivitätsrenten realisiert? Schlagen nicht die Grundsätze des Patentwesens jeder gesunden Wirtschaftspolitik ins Gesicht?

Könnte nicht gerade durch Austausch der Erfahrungen, Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, Beseitigung des patentrechtlichen Schutzes und materieller Entschädigung der Erfinder durch den Staat der technische Fortschritt in weit stärkerem Maße gefördert werden, als dies heute das privatrechtliche Patentrecht tut? Die Bedeutung einer Erfindung sollte durch Sachverständige geprüft und vom Staate durch Lizenzgebühren entsprechend entlohnt werden, dafür sollte aber jede Erfindung der Industrie zur freien Verwertung zur Verfügung stehen.

Die Einsicht, daß die Berücksichtigung des psychologischen Faktors von einer schematischen Verstaatlichung abhalten muß, beginnt sich auch in der Arbeiterschaft zu verbreiten. Freie Bahn dem Tüchtigen, aber nicht gegen, sondern für die Gesellschaft, dies muß oberste Maxime der sozialistischen Politik bleiben. Die sozialistische Politik wird daher die Förderung der Schule, der allgemeinen kulturellen Bildung* nicht vernachlässigen dürfen.

Dies umso weniger, als gerade die Vertiefung der Bildung geeignet ist, die Entbürokratisierung der staatlichen Verwaltung zu fördern. So sehr sich der staatliche Beamte einer gewissen Vorzugsstellung erfreuen soll, so notwendig ist doch eine Abänderung der Anstellungsverhältnisse der Beamten. Unser Beamtenrecht ist erstarrt. Es wurde geschaffen zu einer Zeit, da es galt, eine zuverlässige Verwaltungsmaschinerie mit mittelmäßigen, oft kaum geschulten Kräften aufzubauen. Die Hebung der allgemeinen Volksbildung erleichtert aber heute die Lockerung des starren Beamtenverhältnisses: Einerseits müssen dem einzelnen Beamten größere Kompetenzen eingeräumt werden, andererseits ist das Anstellungsverhältnis in der Richtung abzuändern, daß der Beamte seine Stellung nicht als eine Sinekure betrachten kann, sondern daß der Vorgesetzte auch die Möglichkeit besitzt, tüchtige Kräfte außerhalb der Hierarchie vorrücken zu lassen, nachlässige Schaffer strafweise zu versetzen oder kurzfristig zu entlassen.

* Die Schule der Zukunft wird Arbeitsschule sein; sie soll nicht nur eine allgemeine ästhetische und ethische Bildung vermitteln, sie soll auch das wirtschaftliche Denken und die wirtschaftliche Einsicht der Massen fördern. Die Neuorientierung der Schule ist vor allem eine Lehrerfrage: Die Lehrer sollten der Praxis entnommen werden; es sollten Männer sein, die das Leben nicht nur von der Schulbank aus kennen gelernt haben, sondern im wirtschaftlichen Kampfe drin gestanden haben.

Nur auf diesem Wege ist eine innere Umwandlung der Bürokratie zu erwarten, kann der Gegensatz von Staat und Volk überbrückt werden.

Dem System der Wirtschaftsräte wären neben dem Ausgleich der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen alle jene Aufgaben zu überbinden, welche eine tunlichste Steigerung der Produktivität der Arbeit ermöglichen. Durch staatlich gesicherten Zwang zur Qualitätsware (wie dies bereits durch die Lebensmittelchemie im Lebensmittelgewerbe geschieht), Typisierung und Standardisierung der Produktion, gegenseitige Kontrolle der Produktionspreise der verschiedenen Produktionszweige, Schaffung genossenschaftlicher Zwischenhandelsorganisationen, Ausdehnung und Förderung der Konsumgenossenschaften und der Produktivgenossenschaften können die Unkosten des kapitalistischen Zirkulationsprozesses, welche sich aus der Zersplitterung des Handels und dem Reklamewesen ergeben, auf Bruchteile des heutigen Wertes reduziert werden. Die Kommunalisierung des Wohnungsbaues ist berufen, das Hypothekarwesen auf ganz neue Grundlagen zu stellen, sodaß schließlich der Mieter nur mehr den Verschleiß des Hauses im Mietzins, aber nicht mehr die Verzinsung des Baukapitals zu entrichten hat.

Diese mehr rechtlichen Eingriffe in das Wirtschaftsleben sind durch positive produktionspolitische Maßnahmen zu ergänzen.

Naturgemäß ließe sich das Bild der Wirtschaft der sozialistischen Gesellschaft in mancher Hinsicht vertiefen*. Es lag uns nur daran, die Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaftspolitik von allgemeinen Gesichtspunkten aus zu umranden.

Wir halten fest: Der Sozialismus bedeutet keineswegs staatliche Zwangswirtschaft, unterschiedslose, mechanische Verstaatlichung des wirtschaftlichen Lebens. Der Sozialismus ist wohl ein prinzipieller Gegner des Manchestertums, aber er beabsichtigt nicht, die persönliche Initiative in einem Meer von Ordonnanzen und Verordnungen zu erwürgen. Der Sozialismus bedeutet nicht nur politische, er bedeutet auch wirtschaftliche Demokratie. Ge-

* Einen beachtenswerten Versuch konstruktiver Zukunftsschau entwickelte Ballod in seinem «Zukunftsstaat», dessen technische Berechnungen im einzelnen nicht kritiklos übernommen werden dürfen, aber ein anschauliches Bild der Möglichkeiten sozialistischer Wirtschaftspolitik bieten.

rade der Sozialismus ist dazu berufen, durch die wirtschaftliche Befreiung die Persönlichkeit, die Individualität aus dem Zwange des sozialen Geschehens zu erlösen, die Entwicklung des einzelnen Menschen entsprechend seinen Anlagen unabhängig von allen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorrechten zu gewährleisten. In diesem Sinne ist der Sozialismus der Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit!

Das Instrument des machtpolitischen Kampfes der Arbeiterklasse ist die Arbeiterpartei. Die Ideologien der Arbeiterparteien sind ein Produkt der geschichtlichen Entwicklung, ihre praktische Tagespolitik das Ergebnis der wirtschaftlichen Spannungen. Nach und nach gleichen sich Ideologie und wirtschaftspolitische Arbeit immer mehr einander an: Aus den Naturbedingungen des Klassenkampfes der Arbeiterschaft entsteht die materielle und damit letzten Endes auch die geistige Solidarität der Arbeiterklassen und Arbeiterparteien aller Länder. Neben den allgemeinen wirtschaftspolitischen Maßnahmen stellt die historische Situation des 20. Jahrhunderts der Sozialdemokratie und dem revolutionären sozialistischen Proletariat ganz konkrete staatspolitische Aufgaben. Nur das Proletariat ist eine revolutionäre Klasse. Nur das Proletariat entwickelt eine internationale Ideologie. Die Ideologie der Bourgeoisie ist der Nationalismus. Die bürgerliche Revolution ist eine nationalistische Revolution. Die revolutionäre Aufgabe des Proletariates kann nur auf internationaler Basis gelöst werden: Der Kampf gegen den Krieg, der Kampf für die Abrüstung, der Kampf für die Demokratie in der Innen-, wie in der Außenpolitik ist nur dann mit Erfolg zu führen, wenn ihm ein konkretes außenpolitisches Ziel gegeben wird. Bloß die Schaffung des internationalen Bundesstaates, in Europa die Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa*, in Amerika die Schaffung der panamerikanischen Union, in Asien der Zusammenschluß der ostasiatischen Völker wird den Weltfrieden organisieren können.

* Verkennt das internationale Proletariat die Stunde der Entscheidung, so ist die Gefahr der «Revolution von oben» nicht zu vermeiden. Ebenso wie Bismarck 1870 Deutschland unter Wahrung der Klasseninteressen des Junkertums einigen konnte, könnte 1930 die Bildung der Vereinigten Staaten Europas unter einseitiger Berücksichtigung der bürgerlichen Klasseninteressen eingeleitet werden, wenn die internationale Sozialdemokratie sich wieder ein neues Mal in unverzeihlicher Einsichtslosigkeit das Gesetz des Handelns diktieren ließe.

Aufhebung des Klassengegensatzes im Inland ist identisch mit der Aufhebung der Ausbeutung der einen Nation durch eine andere Nation: «Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt, der Gleichförmigkeit der industriellen Produktion und der ihr entsprechenden Lebensverhältnisse. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen. Vereinigte Aktion, wenigstens der zivilisierten Länder, ist eine der ersten Bedingungen seiner Befreiung. In dem Maße, wie die Exploitation [Ausbeutung] des einen Individuums durch das andere aufgehoben wird, wird die Exploitation einer Nation durch die andere aufgehoben.

Mit dem Gegensatz der Klassen im Innern der Nation fällt die feindliche Stellung der Nationen gegeneinander.

Die Proletarier haben nichts zu verlieren, als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen:

«Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!»

(Aus dem kommunistischen Manifest.)

Literaturnachweis.

Es würde zu weit führen, wenn wir ein ausführliches Verzeichnis der benützten Literatur anführen wollten. Die meisten in Frage kommenden Schriften sind im Text oder in Fußnoten bereits nachgewiesen. «Das Kapital» wurde zitiert nach der von F. Engels herausgegebenen Ausgabe: 1. Band, 7. Auflage 1914; 2. Band, 5. Auflage 1919; 3. Band 4. Auflage 1919. «Das Finanzkapital» von R. Hilferding 1. Auflage («Marxstudien» 3. Band 1910). In den wirtschaftsgeschichtlichen Abschnitten haben wir zahlreiche Angaben Sombarts «Der moderne Kapitalismus», Wl. Wlotinskis «Die Welt in Zahlen» verwendet, ohne jeweils jede einzelne Stelle besonders aufzuführen. Soweit es möglich war, haben wir die wichtigsten Belegstellen aus Marx und Hilferding in den Text eingeschaltet oder in den Fußnoten wiedergegeben. Vom Verfasser sind erschienen:

«Marxismus oder Bolschewismus?» mit einem Vorwort von Herman Greulich (Verlag Trösch, Olten 1919). «Freigeldwirtschaft oder Sozialismus?» (Verlag Unionsbuchhandlung Zürich 1920). «Relativitätstheorie und Philosophie.» (Vierteljahresschrift der naturforschenden Gesellschaft Zürich 1924.) «Geometrie als mögliche Form der Physik» (Vierteljahresschrift der naturforschenden Gesellschaft Zürich 1926). Siehe auch die verschiedenen Jahrgänge der «Roten Revue».

Für das Studium einzelner Probleme können u. a. empfohlen werden:

Von nicht marxistischen Werken «Grundriß der Sozialökonomik», «Wörterbuch der Volkswirtschaft», «Handwörterbuch der Staatswissenschaften», Sombart: «Der moderne Kapitalismus», Liefmann: «Beteiligungs- und Finanzierungsgesellschaften».

In den erwähnten Handbüchern, die auf jeder größeren volkswirtschaftlichen Bibliothek einzusehen sind, findet man ins Einzelne gehende Literaturangaben. Recht anregend und vielseitig werden gewisse Teilprobleme des Marxismus behandelt in «Der lebendige Marxismus», Festgabe zum 70. Geburtstage von Karl Kautsky (1924). Aktuelle Probleme der Tagespolitik werden fortlaufend besprochen vom marxistischen Standpunkt aus im «Kampf», in der «Gesellschaft» und der «Roten Revue».

Namen- und Sachverzeichnis.

A

Abrechnungsverkehr siehe Clearing.
Absatzkrise 299.
Agiotheorie, Agio, Disagio 199, 236, 286.
Aktien 95, 131, 284.
Aktienbanken 441 ff.
Aktiengesellschaft 95, 353, 448.
Akkordlohn, -arbeit 84, 204.
Akkumulation 48, 61, 114, 129, 138 ff. 158, 244, 318.
Akkumulation, ursprüngl. 162, 360 ff.
Ammon, A. 221, 469, 471.
Amortisation 121.
Anarchie der Produktion 332.
Anarchisten 470.
Angebot 52, 176, 209.
Anlagekapital 77.
Anlagerente 255 ff.
Anleihen, Arten der 283.
Anti-Corn-Law-Ligue 465.
Aequivalentform 43.
Arbeit 20, 170.
Arbeit, notwendige 63.
Arbeit, qualifizierte 70.
Arbeitgeberverbände 417.
Arbeitsgegenstand 21.
Arbeitskraft 54, 68, 74.
Arbeitslohn 68 ff., 86, 384, 397.
Arbeitslosenfürsorge 332.
Arbeitsmarkt 68, 86, 141.
Arbeitsmittel 11, 21.
Arbeitsmühe 204.
Arbeitsteilung 13, 21, 55.
Arbeitsperiode 116.
Arbeitswertgesetz 37, 63, 75, 142, 167 ff., 180, 216, 402.
Arbeitszeit, gesellschaftl. notwendige 78, 177.
Arbeitszeit, Verkürzung 83.
Arbitrage 270.
Aristoteles 369, 468.
Aufbewahrungsmittel 48.
Aufsichtslohn 238, 243.
Auftragssyndikat 425.
Ausbeutung 77.

B

Baisse 285.
Bakunin 470.
Ballod 505.
Banken 280 ff., 441 ff.
Bankgeschäfte, -gewinn 274, 356, 446.
Banknoten 275.
Barbarei 9, 10, 62.
Bastiat 465.
Bauer, Helene 473.
Bauer, Otto 142, 145, 401.
Baumwollindustrie 378 ff.
Baustellenrente 265, 499.
Beamtenrecht 504.
Bedürfnis 11, 16, 20, 176, 202, 218, 221, 248.
Bergwerksgewerkschaft 95.
Bernstein, Ed. 470.
Bernoulli 468.
Berufsgliederung 489.
Beteiligungsgesellschaften 417 ff.
Betrieb, -sgröße 90, 97.
Betriebskapital 77.
Betriebsleitung 89.
Bevölkerungsgesetz 17, 145, 154.
Bevölkerungsdichte 61, 483.
Bismarck 506.
Blanc, L.; Blanquisten 467.
Bodenpreis 253.
Bodenreformer 470.
Bodenrente, absolute 262 ff.
Böhm-Bawerk 19, 177, 197 ff., 205, 236, 469, 471.
Bolschewistische Weltrevolution 473.
Börse 52, 214, 281, 502.

Börsentechnik 285.
Bortkiewicz 471.
Bourgeois, L. 470.
Brentano 468.
Bucharin 142.
Bücher, K. 9, 468.

C

Carey 466.
Cassel 208, 470.
Cassirer, E. 3.
Check 275.
Christlichsoziale 470.
Clark 469.
Clearingverkehr 280, 486.
Cobden 466.
Cohen 3.
Colbert 462.
Condillac 468.

D

Damaschke 470.
Dampfmaschine 370.
Delbrück 340.
Depositen, Depositenbanken 274, 280, 445.
Detailhandel 105, 356.
Deumer, R. 502.
Deutschland 28 ff., 55, 98 ff., 345, 443, 479.
Devisengeschäft 267 ff.
Dialektik 2, 4, 17.
Diehl, K. 27, 198, 470.
Dietzel 470.
Differentialrente 255.
Dirigentenlohn 238.
Disproportionalität der Produktion 314, 321, 330.
Distribution 23.
Diskontogeschäft 273, 277.
Dividende 96, 284, 385/6, 401, 434, 443, 446.
Dogmengeschichte 33, 461.
Doppelwährung 47.
Dumpingsystem 429.
Dupont de Nemours 463.
Durchschnittsprofit, -rate 167, 182, 191, 241, 385.

E

Effekten, -börse 279, 281 ff., 285 ff., 448.
Effektenübernahmegesellschaft 419, 421.
Ehrenberg 349.
Eigentum 24, 140.
Einfache Warenproduktion 10, 24, 37, 63, 65, 178, 215, 346, 406.
Einkommen 128.
Emissionsgeschäft 278.
Empirismus 6.
Energieprinzip 23.
Engels, Fr. 9, 11, 38, 39, 168, 292, 387, 467.
Entfaltete Wertform 43.
Erkenntnistheorie 2.
Erweiterung des Marktes 319 ff.
Erziehungszoll 410.
Existenzminimum 141.
Exportsyndikat 425.
Extraprofit 191, 248, 250, 413.

F

Fabrik, -gesetzgebung 98, 365, 371, 388 ff.
Ferguzon 463.
Feudalismus 31.
Fiktives Kapital 245, 279, 315, 500.
Finanzkapitalismus 215, 402 ff., 442.
Finanzierungsgesellschaften 417 ff.
Finanzzölle 410.
Fourier 467.
Freigeldtheorie 47, 470.
Freihandel 415, 465, 488.
Friedrich der Große 347.
Fronhofwirtschaft 339 ff.
Fruchtbarkeitsrente 255 ff.
Frühkapitalismus 169, 336 ff.
Fugger 349.
Fulton 370.
Fusion 417, 423.

G

Galilei 369, 468.
Gebrauchswert 22, 40, 129, 201, 209.

Gebietskartell 424.
Geld 38, 44 ff., 207, 213.
Geldkapital 106, 128, 437.
Geldkrise, -markt 268, 299.
Geldleihe, -rente 104, 247.
Geldwechselgeschäft 267.
Geldwirtschaft 9, 217, 342.
Gelegenheitsgesellschaft 353.
Gelesnoff 471.
Gemeineigentum, -wirtschaft 10, 23, 326, 329, 494 ff.
Genossenschaft 95, 505.
George, H. 400, 470.
Gesellschaftswissenschaft 35.
Gesellschaften 94 ff.
Gesetze, wirtschaftliche 17, 88, 173.
Gewerbe, -freiheit 21, 32, 57, 376.
Gewerkschaft 70, 85.
Gewinnverteilungssyndikat 425.
Gide 461.
Gilbert 369.
Giro 275.
Gläubiger 49, 104.
Gleichgewichtsproblem 149.
Goldpunkte, -währung 46, 269.
Gossen 197, 468.
Grenzhandel 38.
Grenznutzen, -theorie 174, 176, 194, 202, 210, 221, 265, 468 ff.
Grenzpaar 212.
Greshams Gesetz 46.
Großbetrieb 91 ff., 97, 485.
Großbritannien 345, 378 ff., 393, 441, 445 ff., 488 ff.
Großmann, H. 473.
Grundbesitz, -eigentum 266, 498.
Gründergewinn 278.
Grundrente 170, 247, 250, 254, 497.
Gsell, S. 47, 470.
Gut, freies Gut, Güter 1. Ordnung 22, 37, 198, 200.
Gutswirtschaft 30, 342.
Guericke 370.

H

Handarbeit 21.
Handel 34, 57, 147, 224, 323, 338, 347, 351.
Handel, Außen- 132, 164, 393 ff., 400, 483.
Handelsbilanz 150, 484.
Handwerk, Handwerkerlohn 29, 65, 346.
Harwardinstitut 297.
Hausindustrie 146, 357.
Hausse 285.
Hegel 2, 5.
Hermann 466.
Hilferding 2, 76, 107, 146, 148, 168, 195 ff., 236, 273, 282 ff., 289, 331, 401 ff., 415, 438 ff., 453 ff., 463, 470, 473.
Hildebrand 9, 468.
Historische Schule, ältere u. jüngere 467, 468.
Historischer Materialismus siehe materialistische Geschichtsauffassung.
Huet, F. 470.
Hume, D. 463.
Huyghens 369.
Horizontaler Zusammenschluß 417.
Holding Co. 419, 421.
Hypothekargeschäft 277.

J

Jevons 197, 335, 468.
Ideologie 14, 16, 473, 495, 506.
Ideologische Geschichtsauffassung 27.
Imperialismus 472 ff., 487.
Industrielle Reservearmee 141, 146, 153.
Inflation 50, 207, 296, 317.
Inkassogeschäft 279.
Interessengemeinschaft 417, 423, 434.
Internat. Kartelle 411.
Investmenttrust 419 ff.

K

Kalkulationsverbände 424.
Kant 2.
Kapital 14, 73, 170, 198.
Kapitalanlagegesellschaft 419.
Kapital, festes, uml., ver. etc. 76, 77.
Kapital, industrielles, prod. 113, 237.

Kapital, organ. Zusammensetzung 87, 166, 184 ff., 384.
Kapital, techn. Zusammensetzung 87.
Kapitalexport 240, 315 ff., 460, 474, 478, 491.
Kapitalübertragung 474.
Kapitalmarkt 268.
Kapital. Warenproduktion 178, 408.
Karner 1, 20, 23.
Kartelle 327, 417, 427 ff.
Kartellpreis, -rente 219, 410.
Kaufkraft, Kaufmittel 45.
Kaufmannskapital, -profit 170, 171, 225.
Kausalität 5.
Kautsky, Karl 5, 8, 11, 142, 336, 470, 471.
Kestner-Lehnich 427.
Klasse, Klassenkampf 8, 15 ff., 83, 495.
Klassische Schule 463.
Klawa, R. 311.
Kleinbetrieb 91 ff., 97.
Knapp 468.
Knies 468.
Kolonialbesitz, -politik 163, 352, 479 ff., 491.
Kombinationsrente 426.
Kommerzieller Profit, Arbeiter 228 ff.
Konditionenverband 424.
Konjunktur, Geschäftslage 290 ff.
Konkurrenz 97, 171, 175, 324.
Konkurrenz, Prinzip der virtuellen K. 411.
Konstanter Wertteil 64.
Konsumentenrente 212.
Konsumgenossenschaft 505.
Konsumgüter, -industrie 22, 53, 132, 147 ff.
Konsumtion, Kons. prod., Kons. ind. 13, 23, 113 ff., 132.
Konsumtivkredit 271.
Kontingentierungssyndikat 425.
Kontokorrentgeschäft 276.
Kontrollgesellschaft 419.
Konzentration des Kapitals 384, 440 ff., 485.
Konzern 417, 426, 430 ff.
Kosten 76, 218.
Kostpreis 111, 187.
Krapotkin 470.
Kredit 149 ff., 271 ff.
Kreditinflation 217, 317.
Kreditkrise, -politik 299, 332.
Kreditrente 439.
Kreditwesen, Verstaatl. 499 ff.
Krisen, -theorie 152, 217, 289, 292 ff., 311 ff., 395 ff.
Kultur 15.
Kundenschutz 424.
Kurse (Aktien-) 286 ff., 451, 486.
Kuxe 96, 284.

L

Landwirtschaft 57, 99.
Law 284, 292, 300.
Lederer 197, 209, 217, 306, 316, 413, 470, 471.
Leistungslohn 86.
Lemercier de la Rivière 463.
Leihkapital, -gewinn 231, 240.
Lexis 470, 471.
Liberalismus 166, 503.
Liefmann 197, 205, 385, 422 ff., 429, 435, 469.
Lipps, G. F. 3.
List, F. 9, 466.
Locke 463.
Loeb 453.
Logismus 3.
Lohnarbeiter 131.
Lohnwerk 351.
Lombardgeschäft 277.
Lorenz 387.
Losanleihen 284.
Luxemburg, Rosa 142, 145, 470, 472.
Luxusgüter, L.-industrie 53, 133.

M

Malthus, R. 464.
Manchesterschule 466, 477.
Manufaktur, -periode 68, 351, 357 ff.
Markgenossenschaft 13, 31.
Marshall 196, 197, 212, 470.
Markt, -lage, -parteien 51, 172 ff., 211, 220, 290.
Marx Karl 1 ff.
Marxismus und Sozialismus 196, 470.
Materialist. Geschichtsauffassung 2, 4, 6, 15, 27.
Materialismus, naturwiss. 2, 5.
Medici, C. 348.
Mehrarbeit 61.
Mehrwert 63, 68, 129, 496.
Mehrwert, absol., rel. 82.
Mehrwert, int., ext. 82, 485.
Mehrwert, inflatorischer 416.
Mehrwertrate 77, 135, 141, 180.
Menger, C. 197, 468.
Mercier de la Rivière 47.
Merkantilismus 462.
Metallwährung 47.
Militarismus 478.
Mill, John Stuart 466.
Mittelalter 338.
Mirabeau 463.
Mombert 461, 470.
Money, Ch. 165.
Monopol, -gewinne, -kapitalismus 38, 170, 192, 203, 219.
Monopolpreis, -rente 219, 265, 408, 413.
Morgan 9, 436.
Morus 433, 436.
Motorische Kräfte 55, 485.
Mulhall 165.
Müller, A. 469.
Münze, -fuß, -regal 46 ff.

N

Nabholz 345.
Nachfrage 52, 176.
Napoleon 293.
Nassau-Senior 466.
Natorp, P. 3.
Natur, -bedingungen 20, 61.
Naturalrente, -leihe, -tausch, -wirtschaft 39, 48, 104, 246.
Neuburger 365.
Newcomen 370.
Newton 369.
Nominallohn 161.
Normierungsverband 424.
North Dudley 463.
Notstandskrise, vorkap. 300.
Nutzprinzip, techn., sozial., kapit. 55.

O

Obligation 276, 283.
Obst 274.
Oeffentl. Kredit 271.
Oppenheimer, Fr. 470, 491.
Oekonomie, pol., reine 491.
Organisationsformen wirtsch. 89 ff., 416 ff.
Otto, H. 473.
Owen R. 467.

P

Parikurs 286.
Paish 490.
Papiergeld, -währung 47, 49 ff., 150.
Parallelwährung 47.
Parikurs 286.
Papin 370.
Patentwesen, -rente 409, 503.
Pesch 470.
Personalkredit 271.
Petty, W. 20, 463.
Philosophie 15.
Philippovich 33, 469.
Physiokraten 462.
Play, Le 470.
Post 354.
Prägung 46 ff.
Preis, -kartell 44, 424.
Prince-Smith 466.
Produktion 11 ff., 20, 197.
Produktionsbedingungen, -einheit 8, 13, 57.
Produktionskapital 106, 313.
Produktionskartell 425.
Produktionskosten (Berechn.) 79.
Produktionspreis, -gesetz 37, 111, 168, 180 ff., 187, 221, 408.
Produktionsverband, -zeit, -zyklus 56, 107, 115.
Produktionsverhältnisse 6, 8, 15.
Produktionszweige 21, 57.

Produktivgüter (Produktionsmittel), -industrie 22, 57, 132, 147 ff.
Produktivkräfte 8, 21.
Produktivkredit 271.
Produktivität der Arbeit 3, 71, 85.
Produktive Arbeit 8, 62.
Produktivitätsrente 220, 409.
Produktivgenossenschaft 505.
Produzentenlohn 65.
Profit, -masse 68, 70, 87, 110.
Profitrate 87, 166 ff. 180, 189, 312, 325.
Proletariat, Lebensbed. 387 ff., 401.
Provisionsgeschäfte 279.
Proudhon 467.
Psychologie, Psychotechnik 35, 84.

Q

Qualifizierte Arbeit 70.
Quantitätstheorie 47.
Quesnay, Fr. 462.

R

Rationalisierung 311, 392.
Ratzel 61.
Rau 31.
Realkredit 271.
Reallohn 161, 485.
Rechtsordnung 14, 23 ff.
Reinhard, E. 401.
Reklame 229.
Renner, K. 23.
Rentenzinsfuß 450.
Rentner 151, 205.
Reparaturen 123, 134.
Reproduktion 11, 66, 129.
Revolution 72, 152, 495 ff.
Ricardo, D. 465.
Risiko, -prämie 326, 450.
Rist 461.
Robinson 12, 203.
Rockefeller 435.
Rodbertus 470.
Rohstoff 22, 54.
Rothschild 436.
Roscher 467.
Rüst, E. 379.

S

Sachkapital 76.
Saint-Simon 467.
Sammelwirtschaft 7.
Sanierung v. Untern. 334.
Savery 370.
Say, J. B. 465.
Schäffle, A. 470.
Schatzmittel 48.
Scheidemünze 47.
Schmitt-Schowalter 424.
Schmoller 198, 468.
Schule 504.
Schuldner 49.
Schulze-Gävernitz 443/4.
Schultze-Delitzsch 466.
Schumpeter 197, 461, 469.
Schutzzoll 410.
Schweiz 102, 345.
Scott 353.
Selbständigkeitsrente 266.
Seltenheitsgüter 220.
Siegrist 79.
Sismondi 467.
Sklaverei 62, 339.
Smith, A. 21, 56, 193, 463.
Solidaristen 470.
Sombart, W. 28, 30 ff., 164, 290, 341 ff., 470/1.
Sozialismus, sozial. Gesellschaft 149, 159, 198, 328, 494 ff.
Soziologie, Sozialrechtl. Richtung 27, 35, 469.
Spann, O. 469.
Sparkassen 280.
Spekulation, -skrise 285, 299, 448, 452, 455, 486.
Spengler 28.
Spiethoff 295.
Staat, -spapiergeld, -schuld 13, 47, 233, 364, 338, 444,
Stadtwirtschaft 9, 13, 64, 339, 342.
Stammler 27, 476.
Stamp 165.
Stand 15.
Stephenson 370.
Sternberg 472, 490.
Stirner 470.
Strozzi 348.
Syndikate 327, 417, 425.
Substitutionsprinzip 204.
Submissionsverbände 425.

T

Taglohn 85.
Tantième 453.
Tausch, isol., Tauschmittel, -wert 40, 45, 129, 209 ff.
Taylor, Taylorismus 84.
Termingeschäft 285.
Technik, Technologie 20, 34, 54, 365 ff.
Torricelli 369.
Transportindustrie 119.
Transportrente 220, 249, 409.
Trosne, le 462.
Trust 327, 417, 426, 431 ff.
Tugan-Baranowsky 380, 395 ff., 400, 471.
Turgot 463.

U

Ueberbau 7.
Ueberproduktion 292 ff.
Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes 50, 142.
Umlaufszeit, Umschlagszeit 115, 120, 123.
Unternehmung 90, 103.
Unternehmerdividende, -gewinn, -kapital 170, 233, 237, 239 ff., 439.
Unternehmerverbände 83.
Unternehmungen, Konzentr. der 103, 416 ff.
Urproduktion 21, 57.

V

Vereinigte Staaten von Amerika 102, 441, 446, 479, 481.
Vereinigte Staaten von Europa 507.
Verein für Sozialpolitik 327.
Verelendungstheorie 161.
Vergesellschaftung 11, 20.
Verkehr, Verkehrswirtschaft 57, 213, 215, 347, 353.
Verlagssystem 68, 349 ff.
Verstaatlichung 499 ff.
Vertikaler Zusammenschluß 417.
Vinci, Leonardo da 369.
Volkseinkommen, -vermögen 164 ff., 305.
Völkerbund 328.
Vorländer, K. 471.

W

Wagemann 152, 171.
Wagner 336, 472.
Währung, -skrise 47, 299.
Walker 470.
Walras 197, 468/9.
Ware 37.
Warenbörse 281.
Warenkapital 107, 113.
Warenmarkt, -vorrat, -zirkulation 67, 118, 178, 330.
Warenhandlungskapital 223.
Walter, E. J. 216.
Wechsel, -recht 272.
Weltmarkt 152, 171.
Weltkrieg 295, 305.
Werkzeug 10, 54, 371 ff.
Wert, Wertlehre, subj. 200, 216.
Wertform, relat., zufällige 42.
Wertgesetz 37, 63, 75, 142, 167 ff., 221.
Wertmesser 45.
Wertpapiere siehe Effekten.
Wettbewerb 210.
Wicksell 469.
Wieser, von 196, 197, 205, 469.
Wildheit 8, 9, 62.
Wirtschaft, Wirtschaft geschlossene 20, 316.
Wirtschaftsformen, -geschichte, -stufen 9, 10, 20, 33.
Wirtschaftsplan, -politik, -rat 33, 34, 152, 497, 502.
Wirtschaftstheorie, -wissenschaft 19, 32, 33.
Wissenschaft 15, 54, 369.
Witte, Ch. 21.
Wlotinski, W. 305.

Wucherkapital 146, 268.
Wyler 463.

Z

Zahlungsbilanz 484, 490.
Zahlungsmittel, -verkehr 49, 279.
Zentralisation 103, 160.
Zins 170, 199, 217, 221, 241.
Zinsfuß, Prod. Z., theoret. Rate 235, 239, 451.
Zinseszinsrechnung 243.
Zirkulationskapital, -kredit 122, 438.
Zivilisation 9, 10.
Zoll, Zollrente 219, 410.
Zunft 32, 64, 178, 344.
Zuschußkapital (zusätzl. Kapital) 108, 126, 223.
Zwangssyndikat 417.
Zwischenprodukte 198.

Berichtigung.

Seite 8, Zeile 2 v. o.: Gesellschaft statt Gesellsellschaft.
Seite 95, Zeile 18 v. u.: Bergwerks-Gewerkschaft statt Bergwerks-Genossenschaft.

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES

This book is due on the date indicated below, or at the expiration of a definite period after the date of borrowing, as provided by the library rules or by special arrangement with the Librarian in charge.

DATE BORROWED	DATE DUE	DATE BORROWED	DATE DUE

C28(946)M100

COLUMBIA UNIVERSITY LIBRARIES
0050706276

MSH 33466

330.1 W17

330.1 W17

Walter

Der kapitalismus.

SEP 25 1947

END OF
TITLE